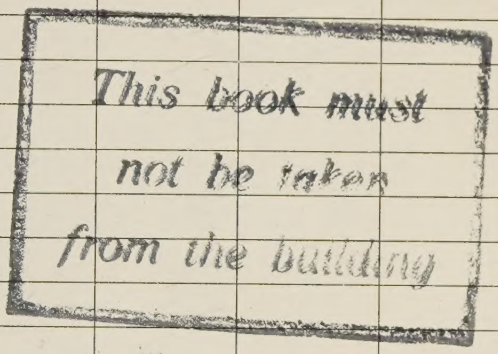
v.24
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278455/

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G970.28
G375
v.24

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diediplomantisch0024vari

D°
394
G4
v.24

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

S419

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

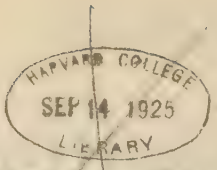
DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

24. Band:

Deutschland und die Westmächte 1907–1908

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

Inhaltsübersicht des vierundzwanzigsten Bandes

ABSCHNITT I
DIE FLOTTENFRAGE

KAPITEL CLXXIV

Monarchenreisen. Eduard VII. in Wilhelmshöhe und Ischl. Wilhelm II. in London. August—November 1907 3

KAPITEL CLXXV

England und das deutsche Flottenprogramm. Der Tweedmouth-Brief. Dezember 1907—Juni 1908 23

KAPITEL CLXXVI

Die Englisch-Französische Intimität. Präsident Fallières in London. Frühjahr 1908 55

KAPITEL CLXXVII

Erste Erörterungen über ein Deutsch-Englisches Rüstungsabkommen. Eduard VII. in Kronberg und Ischl. Lloyd George in Berlin. Juli—September 1908 79

KAPITEL CLXXVIII

Die „Daily Telegraph"-Affäre. November 1908 165

ABSCHNITT II
DIE MAROKKOFRAGE

KAPITEL CLXXIX

Das Bombardement von Casablanca und seine Folgen. Abdul Asis und Mulay Hafid. August 1907—August 1908 213

KAPITEL CLXXX

Der Zwischenfall von Casablanca. Herbst 1908 327

KAPITEL CLXXXI

Die Deutsche Initiative zur Anerkennung Mulay Hafids. Die Entsendung Konsul Vassels nach Fes. August—Dezember 1908 . . . 375

KAPITEL CLXXXII

Das Deutsch-Französische Abkommen vom 9. Februar 1909 459

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIX—XXV erscheint am Schlusse des XXV. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192517

Abschnitt I

Die Flottenfrage

Kapitel CLXXIV

Monarchenreisen
Eduard VII. in Wilhelmshöhe und Ischl
Wilhelm II. in London
August—November 1907

Nr. 8160

*Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow, z. Z. in Wilhelmshöhe**

Unsignierte Reinschrift

Wilhelmshöhe, den 15. August 1907

Sir Charles Hardinge sprach mir seine Befriedigung darüber aus, daß die Beziehungen zwischen unseren beiderseitigen Delegierten im Haag während der ganzen Konferenz die besten gewesen seien. Die heikle Frage der Abrüstung, welche die englische Regierung aus innerpolitischen und parlamentarischen Rücksichten zur Diskussion gestellt habe**, scheine durch unmittelbare Aussprache zwischen den Delegierten ihre befriedigende Erledigung gefunden zu haben. Er freue sich, daß wir in dem englischen Vorschlage wegen Abhaltung einer neuen Konferenz im Jahre 1914 einen gesunden Kern fänden, nämlich den Gedanken, daß die nächste Konferenz sorgsamer vorbereitet werden müsse als die diesjährige. Ob es nützlich sei, das Datum einer neuen Konferenz schon vorher festzusetzen, wolle er sich noch überlegen.

Über unser Verhältnis zu Frankreich sagte ich Sir Charles Hardinge, daß ich dasselbe ohne Optimismus und ohne Pessimismus betrachte, da

---

* Vor dem zum 14. August 1907 angesagten Besuch König Eduards VII. im Hoflager zu Wilhelmshöhe, zu dem Fürst Bülow von Norderney herüberkam, hatte dieser sich im Hinblick auf mögliche politische Erörterungen mit dem Könige und dem in dessen Begleitung weilenden englischen Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge kurze Aufzeichnungen vom Auswärtigen Amt über den augenblicklichen Stand der politischen Fragen schicken lassen. Diese am 8. August übersandten Aufzeichnungen betrafen die Haager Konferenz und die Abrüstungsfrage, das Mittelmeerabkommen, die Bagdadbahn, die Deutsche Bank in Persien, Mazedonien, Deutschlands Stellung zu den russisch-englischen Verhandlungen und Südafrika. Der Abdruck der nur Bekanntes wiederholenden Aufzeichnungen erübrigt sich um so mehr, als die Mehrzahl der behandelten Gegenstände in den Wilhelmshöher Gesprächen gar nicht oder doch nur ganz oberflächlich berührt wurde. Auch die bei der Abendtafel am 14. August gewechselten Trinksprüche der beiden Herrscher gaben im wesentlichen nur dem Wunsche Ausdruck, daß zwischen ihren beiden Ländern die besten und angenehmsten Beziehungen bestehen möchten. König Eduard äußerte außerdem seine Freude über den für den Herbst geplanten Besuch des Kaisers in England (vgl. Nr. 8171). Schon am späten Abend des 14. setzte König Eduard seine Reise nach Ischl fort, wo er mit Kaiser Franz Joseph zusammentraf.

** Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXX.

für beide Völker kein Grund zu ernstlichen Reibungen vorliege. Ich wisse wohl, daß zwischen Deutschland und Frankreich im Hinblick auf die Vergangenheit ein wirklich freundschaftliches und intimes Verhältnis in absehbarer Zeit ausgeschlossen scheine. Aber ebenso wenig glaubte ich, daß die Franzosen bei ihrer notorischen militärischen Inferiorität einen Waffengang mit uns provozieren würden. Ruhige und korrekte Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seien sehr gut möglich, und wir wünschten, daß solche Beziehungen zwischen unseren Ländern beständen. Sir Charles Hardinge erklärte, daß nach seinen Beobachtungen eine détente in Frankreich eingetreten sei, was England zur größten Befriedigung gereiche.

Die Bagdadbahn und das englische Mittelmeerabkommen wurde in der Unterredung zwischen Sir Charles Hardinge und mir nicht berührt.

Der Unterstaatssekretär ließ den Wunsch durchblicken, daß die amerikanische Flotte nicht nach dem Stillen Ozean geschickt werden möge*, da diese Maßnahme in Japan Aufregung hervorrufen würde. Ich erwiderte Sir Charles, nach unseren letzten Nachrichten aus Washington sei glücklicherweise nicht daran zu zweifeln, daß dank der Mäßigung der beiderseitigen Staatsmänner ein ernster Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ausgeschlossen erscheine.

Nr. 8161

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Wilhelmshöhe, den 15. August 1907

Dem Kaiserlichen Geschäftsträger in Wien** habe ich soeben telegraphiert:

„Bitte Minister Freiherrn von Aehrenthal mit meinen angelegentlichen Empfehlungen zu sagen, daß die Begegnung zwischen unserem allergnädigsten Herrn und König Eduard gut verlaufen ist. Der Verkehr zwischen beiden Monarchen war ein ungezwungener und herzlicher. Der König betonte, wie sehr er ruhige und freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland wünsche. Er und der Unterstaatssekretär Sir Charles Hardinge sprachen sich mir gegenüber in dem gleichen Sinne aus.

Hinsichtlich der Haager Konferenz sehen der König und der Unterstaatssekretär keine weiteren Schwierigkeiten voraus, nachdem in der Abrüstungsfrage ein Einvernehmen zwischen den Kaisermächten und England erzielt sei. In betreff der russisch-englischen Verhandlungen*** versicherte Sir Charles Hardinge, ebenso wie in Swinemünde Iswolsky, daß deutsche Interessen nicht beeinträchtigt werden sollten. König und

---

* Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXIX, Nr. 7963, S. 276, Fußnote.
** Graf Brockdorff-Rantzau.
*** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIII.

Minister begrüßen mit Genugtuung die zwischen Deutschland und Frankreich eingetretene détente. Als ich äußerte, daß wir Frankreich und Spanien bei ihrem Vorgehen in Marokko* keine Schwierigkeiten in den Weg legen würden, gab Sir Charles der Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich den Boden der Algecirasakte nicht verlassen werde. Die Zustände in Mazedonien** schienen Sir Ch. Hardinge Besorgnisse einzuflößen. Er sprach die Absicht aus, dem Wiener Kabinett vorzuschlagen, daß die Mächte in Athen gemeinsame Vorstellungen wegen der Entsendung griechischer Banden nach Mazedonien machen sollten. Ich entgegnete dem Unterstaatssekretär, daß wir im Orient grundsätzlich mit allen Maßregeln einverstanden seien, die unser österreichischer Bundesgenosse und das uns und Österreich-Ungarn befreundete Rußland für nützlich hielten. Es werde uns zur aufrichtigen Genugtuung gereichen, wenn der Standpunkt der beiden Mächte, die sich seinerzeit über das Mürzsteger Programm geeinigt hätten, das Einverständnis der anderen Mächte und besonders Englands fände."

Bülow

Nr. 8162

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 215 Wien, den 17. August 1907

Auftrag*** ausgeführt. Freiherr von Aehrenthal nahm Euerer Durchlaucht Mitteilungen mit lebhaftem Interesse entgegen und ersuchte mich, mit angelegentlichsten Empfehlungen seinen aufrichtigen Dank für die ihm sehr wertvollen Eröffnungen zu übermitteln.

Der Minister äußerte seine besondere Freude über das günstige Ergebnis der Begegnung unseres allergnädigsten Herrn mit König Eduard und bat mich zu melden, daß der König ihm gegenüber† mit außerordentlicher Befriedigung über den Verlauf seines Aufenthalts in Wilhelmshöhe

---

* Infolge der Ermordung mehrerer Europäer in Casablanca (31. August) hatten Frankreich und Spanien Anfang August nach einem Bombardement der Stadt zahlreiche Truppen gelandet und schickten sich an, größere Vorstöße gegen die aufgeregten Stämme der Nachbarschaft zu unternehmen. Deutschland bewahrte gegenüber der französisch-spanischen Aktion, obwohl bei dem Bombardement Casablancas gerade die deutschen Einwohner aufs schwerste geschädigt waren, möglichste Zurückhaltung. Vgl. dazu Kap. CLXXIX.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

*** Vgl. Nr. 8161.

† Der Besuch König Eduards VII. in Ischl fand am 15. August statt. Dafür, daß er schon bei diesem Besuche sich bemüht habe, Kaiser Franz Joseph in seiner Bundestreue wankend zu machen, bieten die Akten keinerlei Anhalt. Vgl. O. Hammann, Der mißverstandene Bismarck S. 148; Deutsche Weltpolitik 1890—1912, S. 177f.

gesprochen habe. Seine Majestät habe vor allem auch betont, daß er sich glücklich schätze, im Herbst ihre Kaiserlichen und Königlichen Majestäten in England begrüßen zu dürfen.

Die Abrüstungsfrage ist in Ischl nicht berührt worden, dagegen haben sowohl König Eduard wie der Unterstaatssekretär bezüglich der Unruhen in Marokko erklärt, daß Frankreich sicher die Algecirasakte in vollem Umfange respektieren werde.

Die Zustände in Mazedonien haben den Gegenstand eingehender Aussprache gebildet. Freiherr von Aehrenthal berief sich bei seinen Mitteilungen auf das bekannte offizielle Communiqué* und fügte hinzu, er könne mit Genugtuung konstatieren, daß England tatsächlich entschlossen zu sein scheine, seine Politik auf dem Balkan zu ändern. Sir Charles Hardinge habe ihm in absolut bindender Form die Versicherung gegeben, daß das Londoner Kabinett eine ruhige Entwicklung und die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan wünsche.

Sichtlichen Eindruck auf den Minister machte die von Euerer Durchlaucht Sir Charles Hardinge gegenüber abgegebene Erklärung, daß wir im Orient grundsätzlich mit allen Maßnahmen einverstanden sind, die Österreich und Rußland für nützlich halten; er betonte, er lege größten Wert darauf, die Kaiserliche Regierung sofort und eingehend über alle Schritte zu informieren, die er am Balkan zu tun veranlaßt sein würde.

Vorderhand beabsichtige er mit Rußland gleichzeitig an die Zivilagenten einen Erlaß zu richten, in dem die Interpretation von Artikel 3 des Mürzsteger Programms eine Erweiterung in der Richtung erfahren solle, daß nach den Intentionen der Ententemächte nicht eine zeitweilige Beruhigung, sondern die Einführung dauernder geordneter Zustände in Mazedonien in Aussicht genommen sei.

Freiherr von Aehrenthal verspricht sich von diesem Erlaß, dessen Inhalt er den Kabinetten von Athen, Belgrad und Sofia zur Kenntnis bringen will, eine heilsame Wirkung; er bezeichnete die Griechen insbesondere als Störenfriede und erklärte, daß man keinenfalls eine gewaltsame Verschiebung des Besitzstandes der Nationalitäten zulassen dürfe.

Graf Berchtold erhält morgen Instruktion, Herrn Iswolsky entsprechende Vorschläge zu machen; inzwischen bittet Freiherr von Aehrenthal vorstehende Mitteilungen, bis er sich des Einverständnisses Rußlands versichert hat, als geheim zu behandeln.

Rantzau

---

* Über die Ergebnisse der Unterredung, die Freiherr von Aehrenthal am 15. August in Ischl mit Sir Charles Hardinge gehabt hatte, war am 16. August im „Fremdenblatt" ein Communiqué veröffentlicht worden, nach dem sich in allen Fragen und speziell auch bezüglich des mazedonischen Problems volle Gleichheit in den Anschauungen beider Staatsmänner herausgestellt hätte.

Nr. 8163

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 316 Wien, den 20. August 1907

Die von Paris aus kategorisch in Abrede gestellte Nachricht von dem in Marienbad bevorstehenden Zusammentreffen des französischen Ministerpräsidenten mit König Eduard* bestätigt sich jetzt doch trotz des offiziösen Dementis.

Wie die „Allgemeine Zeitung" heute abend meldet, wird Herr Clemenceau morgen einer Einladung des Königs zur Frühstückstafel Folge leisten.

Als Zweck der Begegnung bezeichnet das Blatt auf Grund ihm von „gut informierter diplomatischer Seite" zugekommener Mitteilungen vor allem die Absicht des Königs, mit dem ihm persönlich bekannten und sympathischen französischen Staatsmann das Ergebnis der Entrevuen von Wilhelmshöhe und Ischl zu erörtern; daneben werde auch die marokkanische Frage als eins der dringendsten aktuellen Probleme zweifellos eingehend erörtert werden.

Herr Clemenceau dürfte nicht verfehlen, König Eduard über die Absichten Frankreichs nochmals befriedigende Aufklärungen zu geben und auszuführen, daß Frankreich keine Eroberungspläne in dem afrikanischen Sultanate verfolge. Frankreich sei heute weiter als jemals davon entfernt, sich auf Abenteuer einzulassen, und fest entschlossen, „sich nicht in Marokko so weit zu engagieren, daß seine anderweitige Aktionsfähigkeit hierunter leiden könnte"[1].

Die vorstehenden Mitteilungen der „Allgemeinen Zeitung" verdienen besondere Beachtung, weil der Chefredakteur des Blattes Dr. Szeps mit Herrn Clemenceau verschwägert ist und diese verwandtschaftlichen Beziehungen bereits wiederholt politisch ausgenutzt hat.

Brockdorff-Rantzau

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha!

Nr. 8164

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 714 London, den 22. August 1907

Besonders die konservative Presse betont heute die politische Bedeutung der Unterredung König Eduards mit Herrn Clemenceau in

* Die Zusammenkunft zwischen König Eduard VII. und Clemenceau fand am 21. August statt. Am 5. September empfing König Eduard auch Iswolsky.

Marienbad, in der sie die natürliche Ergänzung der Besuche König Eduards in Wilhelmshöhe und in Ischl erblickt. Es wird die Ansicht vertreten, daß König Eduard durch seine Begegnung mit dem französischen Premier Frankreich habe zeigen wollen, daß seine Zusammenkünfte mit den Souveränen Deutschlands und Österreichs das Verhältnis Englands zu Frankreich in keiner Weise beeinflußt hätten. Die in letzter Zeit eingetretene Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen sei mit dem englisch-französischen Verhältnis ebenso vereinbar wie der bevorstehende Abschluß eines englisch-russischen Abkommens* mit dem englisch-japanischen Vertrage. Wenn der französische Ministerpräsident bei seiner Abreise von Marienbad erklärt habe, daß seine Unterredung mit König Eduard die Hoffnungen auf eine dauernde Aufrechterhaltung des Friedens gestärkt habe, so beziehe sich dieser Ausspruch natürlich darauf, daß König Eduard in der Lage gewesen sei, seinem Gast zu versichern, daß Deutschland dem französischen Vorgehen in Marokko keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen werde.

Diese letztere Ansicht vertritt auch die „Westminster Gazette", die dem Besuche Clemenceaus in Marienbad im Gegensatz zur „Times" eine große politische Tragweite beimißt. Das Blatt sieht in der Unterredung des französischen Ministerpräsidenten mit König Eduard einen Beweis dafür, daß die Beziehungen Englands zu Frankreich nach wie vor sehr freundschaftlich seien. Auch könne der bevorstehende Abschluß einer englisch-russischen Entente dem mit Rußland verbündeten Frankreich nur willkommen sein.

Stumm

Nr. 8165

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 711 London, den 22. August 1907

Wir können im allgemeinen mit der Aufnahme zufrieden sein, die die Begegnung König Eduards mit Seiner Majestät dem Kaiser in der hiesigen öffentlichen Meinung gefunden hat. Die liberale Presse befleißigte sich einer sehr freundlichen Stellungnahme, und auch mehrere der führenden unionistischen Organe gaben ihrer Befriedigung über die in dem Besuch zum Ausdruck kommende Besserung der deutsch-englischen Beziehungen unverhohlen Ausdruck. Daß die „Times" in dieses Konzert nicht mit einzustimmen vermochte, ist bei der prinzipiell germanophoben Haltung des Blattes nicht weiter erstaunlich. Die konservative „Morning Post" stand

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIII.

wie schon beim Journalistenbesuch schweigend abseits. Es verdient indessen hervorgehoben zu werden, daß keine einzige Stimme, soweit ich dies zu übersehen vermag, sich erhoben hat, die die Zusammenkunft der beiden Monarchen direkt zu gehässigen Ausfällen auf Deutschland oder die deutsche Politik benutzt hätte.[1] Es zeigt dies den der hiesigen Presse eigenen Grad der Selbstdisziplin sowie das Ansehen, das der König persönlich im Lande genießt. Das Vertrauen in den Herrscher, soweit seine Einflußnahme auf die auswärtigen Angelegenheiten in Betracht kommt, ist ein außerordentlich großes, und dem Versuch, an seiner Politik Kritik zu üben, würde eine so wenig günstige Aufnahme beschieden sein, daß dieselbe sich auch dort nicht hervorwagt, wo die Neigung dazu, wie beispielsweise gewiß stellenweise im vorliegenden Falle, vorhanden ist. Nur unter dem Gesichtspunkt der Überschreitung seiner konstitutionellen Befugnisse durch den König ist die Betätigung des Herrschers auf dem Gebiet der auswärtigen Politik gelegentlich Angriffen im Parlament oder der Presse ausgesetzt. Auf dem Einfluß, den seine Stellungnahme zu auswärtigen Fragen auf die Haltung der öffentlichen Meinung in England ausübt, beruht daher meines gehorsamsten Dafürhaltens vorwiegend die Bedeutung des Herrschers als einer beachtenswerten Figur auf dem politischen Schachbrett[2].

Die hiesige Regierung hat es ersichtlich in jüngster Zeit in ihr Programm aufgenommen, das Bestreben nach guten Beziehungen zu Deutschland auch äußerlich an den Tag zu legen. Inwieweit diese Politik auf die Initiative des Königs zurückzuführen ist, inwieweit höchstderselbe unter der Einwirkung einzelner Persönlichkeiten wie Sir Charles Hardinge oder Sir John Fisher[3], die sich, wie ich weiß, in dieser Hinsicht beide ein gewisses Verdienst zuschreiben, sich entschlossen hat, die Initiative zu dem Besuchsaustausch mit Seiner Majestät dem Kaiser zu ergreifen, mag dahingestellt bleiben. Die Tatsache, daß der König sich in nach außen hin erkennbarer Form zum Träger dieser Politik gemacht hat, hat die Wirkung hervorgebracht, derselben die wünschenswerte Popularität im Lande zu verschaffen, und das ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Daß daneben die Zurückhaltung, die wir uns gegenüber den jüngsten Ereignissen in Marokko* auferlegt haben, nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Presse wie der maßgebenden politischen Faktoren gewesen ist, dürfte eine Äußerung Sir Edward Greys erweisen, der unter Hervorhebung des bezüglich des Zwischenfalles von Casablanca herrschenden Einvernehmens der deutschen und französischen Politik erklärte, daß die Wilhelmshöher Entrevue unter günstigen Auspizien vor sich gehe. Ich habe im übrigen wiederholt, aber vergeblich versucht, den wortkargen Staatssekretär zu einer persönlichen Meinungsäußerung über den Verlauf der Zusammenkunft zu bewegen. Ich habe aus ihm nur herausbringen können, daß Sir Charles Hardinge, der, nach England zurückgekehrt, ohne sich

---

* Vgl. dazu Kap. CLXXIX.

in London aufzuhalten, sich direkt aufs Land zurückbegeben hat, in einem Telegramm gemeldet habe, daß er verschiedene angenehme (agreeable) Unterredungen in Wilhelmshöhe gehabt hätte[4]. Ich schließe aber aus der Wärme der von dem Tone aufrichtigen Bedauerns getragenen Erklärungen, die mir der Staatssekretär wiederholt anläßlich des Zwischenfalls Morenga* abgegeben hat, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf die Beeinträchtigung, die die günstigen Wirkungen der Monarchenbegegnung in Wilhelmshöhe dadurch erfahren könnten, daß er von den Ergebnissen derselben durchaus befriedigt ist und an der in Wilhelmshöhe angebahnten Ära eines etwas erhöhten Wärmegrades in den deutsch-englischen Beziehungen festzuhalten beabsichtigt. Für die auf die Unschädlichmachung Morengas hinzielenden Bestrebungen kann das nur von Vorteil sein. Sir Edward Grey sagte mir, die Form, in die die Mitteilungen der hiesigen Regierung an die Kap-Regierung in der Sache gekleidet gewesen seien, werde derselben keinen Zweifel darüber gelassen haben, was man hier über den Vorfall denke, und welche weitere Behandlung der Angelegenheit man erwartet. Von anderer unterrichteter Seite höre ich ferner die Ansicht äußern, die Kap-Regierung sei „really quite ashamed of herself". Nun ist von Zerknirschung gegenüber der Zentralregierung heutzutage bei den englischen Kolonialregierungen in der Regel wenig mehr zu spüren. Die Kolonialkonferenz** hat es nur zu deutlich gezeigt, wie groß die Neigung zur Fronde gegen das Mutterland bei denselben ist. Die hiesigen Staatsmänner scheinen also ein ziemlich energisches Wort gesprochen zu haben, und das läßt darauf schließen, wie großen Wert sie im gegenwärtigen Augenblick darauf legen, daß der jüngsten Phase in den deutsch-englischen Beziehungen eine längere Dauer beschieden sein möge.

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wäre auch noch besser gewesen
[2] richtig
[3] !
[4] also ohne nachhaltige Wirkung oder Bedeutung!

---

* Am 13. August war der Hottentottenhäuptling Morenga von der Kapkolonie her in Deutsch-Südwestafrika eingedrungen. Die Kapregierung traf der Vorwurf, das Entweichen Morengas über die deutsche Grenze nicht gehindert, ja ihm vielmehr durch eine ungeschickte Warnung das Signal zu seinem Vorgehen gegeben zu haben. Die englische Regierung wies, wie Unterstaatssekretär Runciman am 19. August im Unterhaus erklärte, die Kapregierung sofort an, Morenga das Asylrecht zu entziehen, und sie ließ die deutschen Behörden in Südwestafrika wissen, daß ihnen bei den Bemühungen, sich Morengas zu bemächtigen, jede Unterstützung von seiten der britischen Behörden zuteil werden würde. Tatsächlich agierte die Kap-Polizei gemeinsam mit den deutschen Truppen gegen Morenga, der am 21. September von einer englischen Patrouille in der Kalahariwüste angegriffen und getötet wurde.
** Vom 15. April bis 14. Mai hatte in London die dritte britische Reichskonferenz getagt.

Nr. 8166

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 742 London, den 30. August 1907

Ohne für die Richtigkeit dieser Nachricht eine Bürgschaft übernehmen zu wollen, möchte ich folgende Version hier wiedergeben, die in angeblich gut unterrichteten Hofkreisen über die Haltung der englischen Politik zu Deutschland in neuerer Zeit und speziell die Stellungnahme des Königs kursieren soll. Meinem Gewährsmann zufolge hätten die Vereinigten Staaten vor mehreren Monaten, als die Beziehungen zu Japan einen bedrohlichen Charakter anzunehmen begonnen hätten*, sich nach London in dringender Form mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Sie seien abschlägig beschieden worden. In der Enttäuschung hierüber sei amerikanischerseits das Wort gefallen, man könne sich ja, wenn mit England nichts zu machen sei, mit Deutschland zusammentun. Die Möglichkeit eines engeren Anschlusses der Vereinigten Staaten an Deutschland in Verbindung mit Anzeichen von einer Lockerung der russisch-französischen Beziehungen habe hier die Besorgnis vor einer Kombination Deutschland-Amerika-Rußland entstehen lassen. Auf das Bestreben, diese Kombination im Keime zu ersticken, sei die Schwenkung der englischen Politik zugunsten Deutschlands und insbesondere die Initiative König Eduards bezüglich des Besuchsaustausches mit Seiner Majestät dem Kaiser zurückzuführen. In Hofkreisen erblicke man hierin einen erneuten Beweis für das hervorragende diplomatische Geschick des Königs.

Gegen vorstehende Version läßt sich schon auf Grund chronologischer Daten von vornherein manches einwenden. Als Symptom dafür, daß in derselben aber doch vielleicht ein Körnchen Wahrheit enthalten ist, glaube ich folgendes erwähnen zu sollen. Marquis Soveral war vor einigen Wochen vom Haag zu einem Besuch in England eingetroffen** und hat bei dieser Gelegenheit den Grafen Mensdorff gesprochen. Ich fragte damals den Botschafter nach den Eindrücken des Gesandten von der Friedenskonferenz. Graf Mensdorff meinte, Marquis de Soveral habe mit der größten Anerkennung von der Tätigkeit Baron von Marschalls auf der Konferenz gesprochen, der bei weitem die hervorragendste Persönlichkeit unter den Delegierten sei. Außerdem habe er als sehr bemerkenswert das weitgehende Empressement hervorgehoben, das seinen Beobachtungen zufolge deutscherseits auf der Konferenz den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber gezeigt worden sei. Graf Mensdorff begleitete damals seine Mitteilung mit einer Bemerkung in dem Sinne, daß wir ja wohl über-

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIV, Anhang, Nr. 8550, Fußnote *.
** Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXIX, Nr. 7964 nebst Fußnote **, S. 287.

haupt etwas den Amerikanern den Hof machten. Diese Äußerung mag eine ganz spontane gewesen sein; sie kann aber auch die Ansichten und Stimmungen des hiesigen Hofes widerspiegeln, die Graf Mensdorff zu kennen sehr wohl in der Lage ist, und auf denen sich die vorstehend wiedergegebene Kombination aufgebaut haben mag.

Stumm

Nr. 8167

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 13. September 1907

Ich habe Anzeichen dafür, daß hier an einzelnen Stellen der Gedanke zurzeit erwogen wird, zu einer allgemeinen Verständigung mit uns zu gelangen. Es mag sein, daß ein Ostseeabkommen* dabei eine Rolle spielt. Vorläufig ist aber Sir Edward Grey für den Gedanken noch nicht gewonnen worden. Das ist das einzige Positive, was ich habe feststellen können. Wer die treibenden Kräfte sind, weiß ich nicht, ebensowenig, wie das Ganze gedacht ist, und inwieweit etwa dabei der König tätig ist, der ja in neuerer Zeit ganz unverkennbar die Tendenz hat, uns ein freundliches Gesicht zu zeigen. Der Argwohn, mit dem uns Sir Edward Grey gegenübersteht, dürfte durch unsere Haltung auf der Friedenskonferenz in einzelnen Fragen, beispielsweise in der Minenfrage**, neue Nahrung erhalten haben. Der in der Verteidigung seiner vermeintlichen eigenen Rechte und Interessen so naive Engländer hat so gar kein Verständnis dafür, daß ein anderer auf die ihm zu Gebote stehenden Mittel zur Verteidigung seines Besitzes nicht ohne weiteres verzichten will, sondern erblickt dahinter eine böse Absicht.

Ich habe vorstehendes nicht zum Gegenstande meiner Berichterstattung machen wollen, da ich zu wenig klar in der ganzen Sache sehe und die völlige Abwesenheit aller verantwortlichen Persönlichkeiten von London im gegenwärtigen Augenblick nähere Feststellungen unmöglich macht. Ich habe aber, da vorstehende Andeutungen aus absolut zuverlässiger und unterrichteter Quelle stammen, nicht geglaubt, dieselben Euerer Exzellenz vorenthalten zu sollen. Ich stehe persönlich dem Gedanken an die Möglichkeit einer deutsch-englischen Annäherung vorläufig noch recht skeptisch gegenüber.

Stumm

---

* Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXXIII, B.
** Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXXII, Nr. 8021.

Nr. 8168

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 265 London, den 10. Oktober 1907

Dem heutigen gehässigen Leitartikel der „Times" über den eventuellen Besuch des Herrn Reichskanzlers in England* tritt die der Regierung nahestehende „Westminster Gazette" heute abend in einem energischen Leitartikel entgegen.

Sir E. Grey, den ich soeben sprach, bedauert die Geschmacklosigkeiten der „Times" auf das tiefste. Er besprach mit mir den Versuch, das Blatt zu einem Widerruf zu bewegen, bezweifelt aber ebenso wie ich den Erfolg eines solchen Schrittes seinerseits.

Der „Standard" enthält heute einen an Seine Majestät und den Herrn Reichskanzler gerichteten warmen Willkommenartikel.

Ich sagte Sir E. Grey, daß die taktlosen Äußerungen der „Times" im jetzigen Augenblick und bei dem Herannahen des Besuchs Seiner Majestät einen sehr ungünstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung in Deutschland haben würden.

Metternich

Nr. 8169

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Klein-Flottbek

Telegramm. Entzifferung

Privat London, den 12. Oktober 1907

Ihr Brief vom 8. Oktober[1] hat sich mit dem meinigen gekreuzt.

Die Bombe in der „Times" ist zu früh geplatzt, hat daher keinen Schaden angerichtet, sondern allgemeine und scharfe Verurteilung gefunden.

Ich spreche am nächsten Mittwoch den König. Bitte lassen Sie Frage bis dahin und bis auf weitere Mitteilung von mir in suspenso.

Metternich

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:

[1] In diesem Brief hatte ich Metternich geschrieben, daß der Herzog von Connaught mich in Karlsruhe aufgefordert habe, Seine Majestät nach England zu begleiten, und Metternich gebeten, mir seine Ansicht über die Opportunität meines Mitgehens offen auszusprechen.

* „The German Emperor's Visit", „The Times" vom 10. Oktober. Der Artikel differenzierte zwischen dem Besuch des Kaisers, den das Blatt willkommen hieß, und dem des Reichskanzlers, den es zwar nicht direkt ablehnte, aber doch durch gehäufte Unfreundlichkeiten an die Adresse des Kanzlers zu vereiteln strebte.

Nr. 8170

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 832 London, den 12. Oktober 1907

Der „Daily Telegraph" bringt heute an leitender Stelle seine Freude über den bevorstehenden Besuch Seiner Majestät des Kaisers zum Ausdruck. Auch dieses Blatt tritt in schärfster Weise den unfreundlichen Auslassungen der „Times" entgegen, in denen es nicht nur eine Beleidigung Euerer Durchlaucht, sondern auch Seiner Majestät erblickt. Es wird betont, daß Euere Durchlaucht in England ebenso willkommen sein werden wie Seine Majestät der Deutsche Kaiser, und daß, wenn Euere Durchlaucht in Begleitung Seiner Majestät nach England kommen könnten, die Bedeutung des Besuches dadurch erhöht werden würde. Das Blatt hofft, daß die offizielle Ankündigung der Anwesenheit Euerer Durchlaucht bald erfolgen werde*.

Die Hetzer in England gäben zwar vor, daß bessere Beziehungen zwischen Deutschland und England die Entente mit Frankreich schwächen könnten. Dies sei jedoch keineswegs zu befürchten, denn die Entente sei sicher und fest begründet und habe ihre Probe in Algeciras bestanden. England stehe mit Deutschland auf dem Fuße ernster Rivalität, und in solchen Fällen gebe es nur zwei vernünftige Wege, entweder ausgesprochene Feindschaft oder die Achtung des Starken für den Starken. Der erstere Weg werde sowohl von der öffentlichen Meinung wie vom Standpunkt des öffentlichen Interesses verurteilt, und der zweite würde von allen vernünftigen Menschen unterstützt werden.

P. Metternich

---

* Fürst Bülow verzichtete dann doch auf die Teilnahme an der Kaiserreise; an seiner Stelle begleitete der neuernannte Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen den Monarchen. Vgl. den Brief des Fürsten Bülow an den Pressedezernenten O. Hammann vom 21. Oktober 1907 (abgedruckt bei O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 49), in dem die Gründe für Fürst Bülows Verzicht wiedergegeben sind: „Nie war ein englischer Premierminister oder ein englischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten seit 29 Jahren in Berlin. Nach Kiel ließ König Eduard sich vom Marineminister begleiten, nach Kronberg und Wilhelmshöhe von dem Unterstaatssekretär des englischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten. Auch wer wie ich solche mehr formale Fragen nicht schwer oder scharf nimmt, wird doch finden, daß auch in dieser Beziehung zwischen zwei Großmächten eine gewisse Parität walten muß." Der Bülowsche Brief ist auch deshalb wertvoll, weil er zeigt, wie sehr dem Kanzler damals um die Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses zu tun war.

Nr. 8171

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 20. November 1907

Der allerhöchste Besuch in England* ist in jeder Beziehung vortrefflich verlaufen. Der Empfang unserer Majestäten durch die königliche Familie war ein sehr warmer und aufrichtig herzlicher.[1] Der von Anfang an angeschlagene Ton unbefangenen familiären Verkehrs zwischen den Herrschaften hat sich während des fast eine Woche umfassenden Aufenthaltes nicht nur ungestört erhalten, sondern auch von Tag zu Tag vertieft. Seine Majestät der Kaiser hat wiederholt Gelegenheit genommen, mir zu sagen, daß die englische Königsfamilie nicht aufgehört habe, unseren allerhöchsten Herrschaften mit warmer Freundschaft und unerschöpflicher Liebenswürdigkeit entgegenzukommen und den Aufenthalt zu einem angenehmen und segensreichen zu gestalten[2].

Auch die Begrüßung unserer Majestäten durch die Bevölkerung bei der Ankunft in Portsmouth und in Windsor wie namentlich bei der Fahrt durch die reich geschmückten Straßen von London und bei dem Empfange im Mansion House war eine durchaus warme, ja begeisterte. Nicht der leiseste Mißton ist hervorgetreten und von den geplanten feindseligen Kundgebungen englischer und ausländischer Sozialdemokraten ist auch nicht eine Andeutung wahrgenommen worden.

Einen ganz vortrefflichen Eindruck haben die Reden der Souveräne bei der Galatafel in Windsor Castle, die beim Lord-Mayor-Bankett gewechselten Reden[3]** sowie die Ansprachen unseres allergnädigsten Herrn

---

* Der Besuch des deutschen Kaiserpaars in England war vom 10.—18. November vor sich gegangen; daran schloß sich noch ein dreiwöchiger Aufenthalt des erholungsbedürftigen Kaisers in Highcliffe Castle gegenüber der Insel Wight. Der Kaiserbesuch wäre fast noch im letzten Augenblick vereitelt worden, da Wilhelm II. durch die peinlichen Enthüllungen des Ende Oktober zum Abschluß gelangenden Prozesses Moltke-Harden körperlich und seelisch derart mitgenommen war, daß er sich außerstande zur Reise fühlte. Auf ein Telegramm, das er am 31. Oktober in diesem Sinne an Eduard VII. richtete, erfolgte indessen die dringende Aufforderung, doch ja an dem Besuche festzuhalten. Auch Sir E. Grey ließ sich gegenüber Graf Metternich dahin aus, er würde es sehr bedauern, wenn der Besuch des Kaisers unterbliebe, der die besten Aussichten des Gelingens und nützlicher Folgen böte. Sir E. Grey und ebenso der Geheimsekretär Eduards VII. Lord Knollys wollten sich dafür verbürgen, daß gerade jetzt nach dem Prozesse Moltke-Harden der Kaiser sich eines besonders herzlichen Empfangs in England gewiß halten dürfe. Telegramme Graf Metternichs Nr. 287, 289, 291 vom 1. November 1907.

** Bei der Galatafel in Windsor am 12. November sagte Kaiser Wilhelm II. u. a.: „Es ist auch mein ernster Wunsch, daß die enge Verwandtschaft, welche zwischen unsern beiden Familien besteht, sich widerspiegeln möge in den Beziehungen unserer beiden Länder und so den Frieden der Welt bekräftigen möge, dessen Aufrechterhaltung

bei anderen Anlässen hinterlassen. Die englische Presse hat sich zu dem Besuch und dessen Verlauf durchweg sehr sympathisch ausgesprochen, allgemein den Gedanken vertreten, daß das in den letzten Jahren aufgetauchte Mißtrauen zwischen beiden Nationen verschwinden solle, Mißverständnisse vergessen sein mögen und die Beziehungen nicht nur in normale, sondern auch in herzliche Bahnen zu lenken seien. Die englische Presse hat auch mit Befriedigung den warmen Widerhall verzeichnet, den die herzliche Aufnahme unseres Kaiserpaares bei der deutschen Presse erweckt hat.

Es lag weder in den englischen noch unseren Absichten, den Besuch zum Anlaß politischer Behandlung oder auch nur Besprechungen zu machen. Gleichwohl hat sich ganz ungesucht Gelegenheit zum politischen Gedankenaustausch zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und mir mit einigen britischen Staatsmännern gegeben. Seine Majestät hat in Gesprächen mit dem sehr deutschfreundlichen Kriegsminister Haldane und dem Minister des Äußern Sir Edward Grey die Bagdadbahn berührt und hierbei die bestehenden britischen Vorurteile und Bedenken mit Erfolg bekämpft*. Bei dem Unternehmen, das nicht nur deutscher Kulturkraft entspringe, sondern auch von einem der weitsichtigsten Engländer, Cecil Rhodes, warm empfohlen worden sei, lägen politische Absichten und Hintergedanken gänzlich fern[4]. Es handele sich lediglich darum, ein im Altertum blühendes Kulturland wirtschaftlich wieder zu beleben und deutschem Handel und deutscher Industrie ein neues bedeutendes Absatzgebiet zu eröffnen. Die in England vielfach gehegten Bedenken strategischer Natur seien gegenstandslos[5]. Niemand könne daran denken, daß die Bahn jemals zu feindseligen militärischen Unternehmungen gegen Indien benutzt werde, am wenigsten von Deutschland. Für England und Indien biete die Bahn vielmehr als kürzeste Verbindung große Vorteile für den Waren-, Post- und Personenverkehr; England tue gut daran, sich mit uns in irgendeiner Weise zu verständigen. Wolle England eine Sicherheit in der Weise haben, daß es das „Ausgangstor" der Bahn am Persischen Golf in Händen habe, so ließe sich darüber reden, nur müsse es seinerseits eine Sicherheit dafür bieten, daß dieses Tor immer offen und der Charakter des ganzen Unternehmens als deutsches gewahrt bleibe.

Die englischen Minister bezeichneten diese Gedanken als eine gesunde Unterlage für eine Verständigung[6]. Sie seien zu Verhandlungen bereit,

ebensosehr Eurer Majestät beständiges Bestreben wie mein eigenes ist." Und bei dem Festmahl in der Guildhall am 13. November: „Die Geschichte wird mir, hoffe ich, die Gerechtigkeit widerfahren lassen, anzuerkennen, daß ich dieses Ziel — den Frieden zu erhalten — seit jeher unerschütterlich verfolgt habe. Die Hauptstütze und die Grundlage des Weltfriedens ist aber die Aufrechterhaltung von guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Ich werde auch fernerhin dieselben stärken, soweit dies in meiner Macht liegt."

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8667, Fußnote *** und Viscount Haldane, Before the War, p. 47ff.

nur müßten diese im Einvernehmen mit Rußland und Frankreich geführt werden, die ziemlich identische Interessen hätten. Sei eine prinzipielle Verständigung mit den Mächten erzielt, so könnten Verhandlungen über das Maß der Beteiligung der nichtdeutschen Mächte und über Anschlußbahnen usw. zweckmäßig von Vertretern der Finanz- und Geschäftswelt geführt werden, die in dem zentral gelegenen Berlin zusammenkommen könnten. Die Sache müsse aber bis zum Fertigwerden geheim bleiben, damit die Presse nicht wieder ihren vergiftenden Einfluß ausüben könne[7]. Die Minister erklärten noch ausdrücklich, daß das so skizzierte Vorgehen die volle Zustimmung des Königs hat, der nichts mehr wünsche, als daß alle Reibungsflächen zwischen England und Deutschland beseitigt würden.

Meinerseits habe ich Sir Edward Grey erklärt, daß wir zu Verhandlungen der gedachten Art gern bereit seien. Nur glaubten wir zunächst mit Rußland, das, wie Sir Edward Grey übrigens schon bekannt, die Initiative zu Verhandlungen mit uns über die Bagdadbahn ergriffen habe, um einen Schritt weiterkommen zu sollen. Die Interessen der Mächte seien keineswegs identisch; wir glaubten daher, Einzelverhandlungen den Vorzug geben zu sollen*, wenn auch im allseitigen Einvernehmen über die allgemeinen Gesichtspunkte[8]. Die Verständigung über Einzelfragen nicht durch Politiker, sondern Vertreter der Geschäftswelt, hielten auch wir für empfehlenswert[8].

Von sonstigen politischen Fragen hat Sir E. Grey bei mir die mazedonische Justizreform** flüchtig berührt. Ich habe ihm gesagt, daß wir uns nur verpflichtet haben, uns dem gemeinsamen Vorgehen der Ententemächte anzuschließen. Die Ententemächte aber seien zurzeit nicht in allen Punkten einig. Uns erscheine die in dem österreichisch-ungarischen Projekte aufgestellte zweite Alternative, wonach dem Sultan von der Finanzkommission eine Liste zur Auswahl vorgelegt werde, sympathischer als die erste schroffere Alternative, wonach die Wahl lediglich von der Finanzkommission zu treffen sei.

Marokko ist nur insofern berührt worden, als Grey auf die Frage der Entschädigung für Casablanca*** zu sprechen kam. Ohne sich für den spanisch-französischen Vorschlag besonders zu erwärmen, sagte er, England sei durch die Marokkoabmachung zur diplomatischen Unterstützung Frankreichs verpflichtet, er müsse daher auch die internationale Regelung der Entschädigungen befürworten. Wenn wir verlangten, daß das Er-

---

* Dieser Standpunkt des deutschen Staatssekretärs wurde von Sir E. Grey sofort dem russischen Botschafter Graf Benckendorff und von diesem Iswolsky mitgeteilt. Siehe Iswolskys Brief an Graf Benckendorff vom 19. Dezember 1907, B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, S. 319f. Über eine Benckendorffsche Intrige im Zusammenhange mit den Erörterungen über die Bagdadbahn vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8808.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

*** Vgl. dazu Kap. CLXXIX.

gebnis unserer nationalen Kommission ohne Nachprüfung von der internationalen Kommission angenommen werde, so erscheine es unbillig, daß in letzterer ein deutsches Mitglied Sitz und Stimme habe, also gewissermaßen über die fremden Nationen mit zu Gericht sitze, während es den anderen verwehrt sei, sich mit den Schäden der Deutschen zu befassen.

Ich erwiderte, wir seien eben in besonderer Lage, da wir die einzigen seien, die bereits, bevor von internationaler Kommission die Rede gewesen, die Entschädigung unserer Landsleute wirksam in die Hand genommen hätten.

Die Besprechungen haben in sehr freundschaftlichem Tone stattgefunden, wie überhaupt bei den britischen Staatsmännern das Bestreben hervortrat, uns vertrauensvoll zu begegnen und den Besuch zu einem entschiedenen Wendepunkt in den Beziehungen beider Länder zu gestalten. Sir Edward Grey, dessen Tischnachbar ich bei mehreren Anlässen war, hat mir wiederholt warm die Hand gedrückt und versichert, er sei glücklich, daß durch den unserem Kaiserpaare bereiteten herzlichen Empfang, durch die ausgetauschten Reden und durch die Gedanken, die ich in einem Interview mit einem Reuterkorrespondenten bekannt gegeben, eine neue Atmosphäre geschaffen sei, in der beide Nationen besser leben würden. Auch Sir Frank Lascelles war sehr beglückt und meinte, man sei nun endlich so weit gekommen, wie es immer sein sehnlichster Wunsch gewesen.

Die Flottenrüstungen sind während der Besuchstage weder von englischer noch von unserer Seite berührt und auch, soviel ich übersehen kann, von der englischen Presse nicht hervorgehoben worden.

Über Fragen der Ostsee und Nordsee* zu sprechen, ist von englischer Seite kein Anlauf genommen worden, so daß auch von unserer Seite eine Berührung vermieden werden konnte. Daß Rußland mit Schweden über die Aalandsinseln zu verhandeln wünscht, ist dem Foreign Office bekannt. Sir Charles Hardinge sagte mir, ohne näher darauf einzugehen, die Frage sei nicht leicht zu lösen. Ich habe indessen den Eindruck, daß England keinen Widerstand leisten wird, vorausgesetzt, daß Schweden sich darein findet[9].

Das Schwergewicht des Ergebnisses des Kaiserbesuches liegt, wie auch von englischer Seite allgemein betont wird, in der Beseitigung bisher bestehenden Mißtrauens. Es kann angesichts des überaus freundlichen Entgegenkommens der englischen Königsfamilie, der Minister, des Volkes und der Presse kaum ein Zweifel bestehen, daß es den Engländern mit dem Wunsche, mit uns wieder zu aufrichtig freundschaftlichen Beziehungen zu gelangen, Ernst ist.

Seine Majestät der König sagte mir beim Abschied, er sei überaus glücklich über den in jeder Beziehung schönen Verlauf des Besuches und hoffe zuversichtlich, daß die nun wieder geschaffenen herzlichen Beziehun-

---

* Vgl. dazu Bd. XXIII, Kap. CLXXIII, B.

gen andauern und gute Früchte tragen mögen*, worauf ich dem hohen Herrn erwiderte, das sei auch unser aufrichtiger Wunsch, an ernstem Bestreben, ihn zur Erfüllung zu bringen, werde es bei uns nicht fehlen.

v. Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr erfreulich
[2] um so nötiger ist es, daß nun auch von unserer Seite alles vermieden wird, was die englische Königsfamilie froissieren könnte
[3] weil die Reden vorher festgestellt waren und vorgelesen wurden
[4] richtig
[5] und wirklich ganz sinnlos!
[6] gut
[7] Sehr richtig!!
[8] richtig
[9] das sollte es

---

* Vor übertriebenen Erwartungen in dieser Beziehung warnte ein eingehender Bericht des Geschäftsträgers in London von Stumm vom 25. November 1907. Es hieß darin u. a.: „Man ist somit zweifellos berechtigt, den Besuch unseres Herrscherpaares beim hiesigen Hof als ein in jeder Hinsicht sehr gelungenes, ohne den geringsten Mißton irgend welcher Art verlaufenes Ereignis zu bezeichnen, das geeignet ist, die Bestrebungen auf das wirksamste zu unterstützen, die auf die Beseitigung der Spannung in den deutsch-englischen Beziehungen hinzielen, die die politischen Ereignisse der letzten Jahre gezeitigt hatten. Sich weitgehenden Illusionen in dieser Hinsicht hingeben zu wollen, würde aber meines gehorsamen Dafürhaltens verfehlt sein. Einem höheren Wärmegrade in den deutsch-englischen Beziehungen werden bis auf weiteres zwei Faktoren stets im Wege stehen: die Rücksicht auf Frankreich und der Ausbau der deutschen Flotte. Die hiesige Presse hat nicht verfehlt, wiederholt während des Besuches darauf hinzuweisen, daß die Anbahnung besserer deutsch-englischer Beziehungen das Verhältnis Englands zu Frankreich nicht beeinträchtigen dürfe. Zum Teil hat sie die Ansicht geäußert, der Besuch Seiner Majestät des Kaisers bringe zum Ausdruck, daß Deutschland sich mit der von England verfolgten Ententepolitik abgefunden hätte. Was aber die deutsche Flottenpolitik betrifft, so hat das vor einigen Tagen bekannt gewordene neue deutsche Marineprogramm hier wieder starke Beunruhigung hervorgerufen. Ich sehe in der Tatsache, daß diese Beunruhigung in der Öffentlichkeit noch nicht in lebhafterer Weise zum Ausdruck gekommen ist, als dies bisher der Fall war, eine unmittelbare Wirkung des jüngsten Besuches. Auch die überzeugtesten Vertreter einer deutschfreundlichen Politik in England stehen auf dem Standpunkt: Für jedes neue deutsche Schiff müssen zwei englische gebaut werden. Wenn dieser Standpunkt in ruhiger Weise und ohne Leidenschaft vertreten wird, so kann das meines gehorsamen Dafürhaltens nur günstig wirken. Denn die in dem jetzigen Zustande zweifellos immer noch latent enthaltenen Gefahren werden dann erst endgültig als beseitigt angesehen werden können, wenn man sich in England ebenso an den Gedanken gewöhnt haben wird, daß Deutschland eine starke Flotte besitzt, wie in Deutschland an den Gedanken, daß die englische Flotte der deutschen stets überlegen sein wird. Wird einmal dieser Gedanke seine Schrecknisse für die englische Einbildungskraft verloren haben, so wird auch die französische Freundschaft in den Augen der englischen Staatsmänner an Wert verlieren, und es wird möglich werden, die englisch-deutschen Beziehungen über den Stand korrekter Höflichkeit hinauszubringen, der sie gegenwärtig kennzeichnet." Zur Flottenfrage vgl. des näheren Kap. CLXXV.

Nr. 8172

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 20. November 1907

Besten Dank!

Ich habe die Aufzeichnung* mit lebhaftem Interesse gelesen und finde den Inhalt sehr erfreulich.

Auf dieser Basis müssen wir weiter arbeiten. Zunächst handelt es sich darum, über die Bagdadbahn zu einer Verständigung zu gelangen, ein Abkommen über die Nordsee zu schließen** und die Marokkoangelegenheit so zu behandeln, daß die Engländer nicht den Eindruck empfangen, wir wollten im Vertrauen auf die Besserung unserer Beziehungen zu ihnen jetzt Frankreich wieder brüskieren.

Ich schlage vor, eine Abschrift Ihrer Aufzeichnung (zur streng vertraulichen Orientierung) an Metternich zu schicken.

Bülow

* Siehe Nr. 8171.

** Vgl. darüber Bd. XXIII, Kap. CLXXIII, B.

Kapitel CLXXV

England und das Deutsche Flottenprogramm
Der Tweedmouth-Brief
Dezember 1907 – Juni 1908

Nr. 8173

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 979 London, den 14. Dezember 1907

Es liegen heute wieder einige englische Preßstimmen über das deutsche Flottenprogramm* vor. Die „Westminster Gazette" veröffentlichte gestern einen Brief des Präsidenten der Navy League**, in welchem dieser mit Hinweis auf die bevorstehende Vergrößerung der deutschen Flotte die englische Regierung energisch dazu ermahnt, die englische Flotte in solcher Stärke zu erhalten, daß sie imstande wäre, jede feindliche Koalition zur See zu vernichten. Man solle so handeln, wie im Jahre 1898, als die englische Regierung auf die Ankündigung der Vergrößerung der russischen Flotte hin sofort das Jahresprogramm um vier Kriegsschiffe und vier Panzerkreuzer vermehrt habe. Durch diese Maßnahme sei damals der bald darauf folgende Brand im Fernen Osten auf seinen Herd beschränkt worden.

Der „Daily Graphic" stimmt heute dieser Meinungsäußerung der Navy League vollkommen bei und fragt, warum Deutschland gerade jetzt[1] diese enorme Vergrößerung der Flotte für nötig halte, wo man eifrig bestrebt sei, die freundlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland zu fördern. England müsse dies beachten und demgemäß handeln. Wie groß auch die Ausgaben sein mögen, um Englands Stellung zur See sicher zu stellen, England müsse und werde sich damit abfinden.

---

* Am 14. November 1907, während das deutsche Kaiserpaar in England weilte, hatte der Bundesrat die Einbringung einer neuen Flottenvorlage an den Reichstag genehmigt, die die Herabsetzung der Lebensdauer der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre und eine Verteilung der Ersatzbauten für die Jahre 1908—1917 vorsah, wonach zunächst für die Jahre 1908—1911 jährlich je drei Linienschiffe und zwei kleine Kreuzer neu aufgelegt werden sollten. Siehe den Wortlaut der Vorlage in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1907, S. 157ff. Näheres über die Vorlage und ihre Begründung auch im Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, hrsg. von Nauticus, Jg. 1908, S. 22ff. und bei A. v. Tirpitz, Erinnerungen, S. 175f. Die Flottennovelle, die zwar streng genommen nicht aus dem Rahmen des ursprünglichen Flottenplans von 1900 herausfiel, immerhin aber durch die Verjüngung des Schiffsmaterials und die Erhöhung des Deplacements der Neubauten nach dem Vorbild der Dreadnoughts einen wesentlichen Zuwachs der Kampftüchtigkeit der deutschen Flotte involvierte, erregte alsbald große Beunruhigung in England. Solange die Anwesenheit des Kaisers in England dauerte (10. November bis 12. Dezember), hielt sich die Agitation zurück (vgl. Kap. CLXXIV. Nr. 8171, S. 21, Fußnote), um dann sofort zu einem neuen navy scare anzuschwellen.

** Yerburgh.

Der „Standard" ferner bringt heute einen Auszug aus einem Aufsatz Mr. Steads über das deutsche Flottenprogramm, der in der „Review of Reviews" erschienen ist. Der Verfasser nimmt denselben Standpunkt ein wie die Navy League und hält eine entsprechende Vergrößerung der englischen Flotte für unumgänglich notwendig. Die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft zur See sei für England eine Lebensfrage, und England könne daher eine Gefährdung derselben auch nicht für einen Augenblick zulassen.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Flottengesetz vor 10 Jahren bereits veröffentlicht

Nr. 8174

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 984 London, den 17. Dezember 1907

Mr. Haldane hat gestern in Hanley eine Rede gehalten, in der er unter anderem auch auf den Two-Power-Standard zu sprechen kam. Es werde, so führte der Minister aus, für England nicht immer leicht sein, den Two-Power-Standard aufrecht zu erhalten, da Deutschlands und Amerikas Bevölkerung stark zunehme und sich dadurch das Zahlenverhältnis zu Ungunsten Englands verschiebe. Deshalb müsse England, da es sich vielleicht später nicht allein auf seine Flotte verlassen könne, seine Armee und Landverteidigung stärken.

Der „Globe" bemerkt hierzu, er hoffe, daß man sich in England über die Tragweite der Worte des Kriegsministers klar sein werde. Wenn man annehme, daß eine Zeit kommen werde, wo die Aufrechterhaltung des Two-Power-Standard sich kaum mehr ermöglichen lasse, so gebe es dann eben nur die andere Alternative, die allgemeine Wehrpflicht. Wolle man dies nicht, so bleibe nichts anderes übrig, als den Two-Power-Standard um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

P. Metternich

Nr. 8175

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 991 London, den 19. Dezember 1907

Mr. Haldane hielt gestern in Hull eine Rede, in der er betonte, daß England bei dem augenblicklichen Zunehmen der Rüstungen nicht zurückstehen dürfe.

„Ich glaube," so sagte der Kriegsminister, „daß es keinen Mann gibt, der aufrichtiger den Frieden der Welt wünscht als der Deutsche Kaiser. Seine Majestät aber ist der Auffassung, daß der Frieden nur für den gesichert ist, der gerüstet ist, und er vermehrt daher nicht nur die Ausgaben für seine Flotte, sondern auch für seine Armee."

P. Metternich

Nr. 8176

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 12 London, den 4. Januar 1908

Der „Outlook" beschäftigt sich heute mit den auswärtigen Fragen Englands im Jahre 1907 und bezeichnet das Nachlassen der Spannung in den deutsch-englischen Beziehungen als das bemerkenswerteste Ereignis in der abgelaufenen Periode. Es sei endlich eine gewisse Beruhigung in dem gemeinen, törichten und unfruchtbaren Sturme der Verdächtigungen und Rekriminationen eingetreten, die es ermögliche, vorurteilsfrei und ohne Böswilligkeit die wichtigste Tatsache in den Beziehungen der beiden Völker, nämlich das rapide Anwachsen der deutschen Flotte, zu betrachten. Dasselbe rückt den Moment in größere Nähe, wo das Schwergewicht zur See in deutschen Händen sein werde. Seit den napoleonischen Kriegen habe England keine so schwere Krisis durchgemacht. England müsse ohne unnötige Worte und Lamentationen seine ganze Wachsamkeit und Energie der Tatsache widmen, daß Deutschland das englische Übergewicht zur See bedrohe wie keine Macht in den letzten 200 Jahren.

Der „Outlook" spricht nur aus, was alle Welt zurzeit hier denkt. Wenn die Germanophobie besonders unter den Wirkungen des Besuches Seiner Majestät des Kaisers in letzter Zeit hier an Intensität abgenommen hat, so hat sie andrerseits an Breite zugenommen. Das Einbringen der neuen Flottenvorlage, noch mehr aber die mit der Wahl des Generals Keim verknüpften Vorgänge im Flottenverein* haben die Folge gehabt, daß auch die liberale Presse, wie zum Beispiel die „Westminster Gazette", in das caveant consules im Hinblick auf die deutschen Flottenpläne mit einstimmt. Allgemein herrscht hier zurzeit die Ansicht vor, daß die Welt im Jahre 1911 mit einer neuen, großen deutschen Flottenvorlage überrascht

* Der Flottenverein hatte unter Führung des Generals Keim eine heftige Agitation gegen die angeblich ungenügende Marinevorlage entfaltet. Infolge dieser Vorgänge sah sich Prinz Rupprecht von Bayern veranlaßt, das Protektorat über den bayerischen Landesverband des Flottenvereins niederzulegen.

werden wird. Auch die jüngsten Äußerungen Sir Edwards Greys* zeigen, daß der Minister von ähnlichen Anschauungen erfüllt ist. Immer lauter erschallt der Ruf nach einer öffentlichen Enquete über den Zustand der englischen Flotte, der zwar ursprünglich durch den Antagonismus Sir John Fishers und Lord Charles Beresfords hervorgerufen worden ist, jetzt aber durch die allgemeine Nervosität neue Nahrung erhält, die ganz England mit Rücksicht auf das Wachstum der deutschen Seemacht befallen hat. Die Frage beschäftigt alle Gemüter so intensiv, daß es der Regierung kaum möglich sein wird, sich demgegenüber ganz passiv zu verhalten. Sie kann noch zu einer Quelle ernster Verlegenheiten für das liberale Kabinett werden. Sehr viel wird davon abhängen, wie sich die Verhältnisse im deutschen Flottenverein schließlich gestalten. Unterliegt dort die chauvinistischere Richtung, so wird auch hier voraussichtlich wieder eine gewisse Beruhigung eintreten und es möglich sein, auf der Grundlage weiter zu bauen, die das Jahr 1907 für die Fortentwicklung der deutsch-englischen Beziehungen geschaffen hat. Andrenfalls ist zu befürchten, daß in kurzer Zeit auch der Ton der Mäßigung aus der öffentlichen Diskussion des Verhältnisses zu Deutschland wieder verschwindet, der das greifbarste Ergebnis der Entwicklungen im vergangenen Jahre darstellt.

Stumm

Nr. 8177

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 50 London, den 16. Januar 1908

Sir Edward Grey hielt gestern vor seinen Wählern in Alnwick eine Rede, in der er unter anderm auch auf die englische Flotte zu sprechen kam.

Die erweiterten Flottenprogramme anderer Staaten, so führte der Minister aus, machten es für England unmöglich, weitere Beschränkungen des eigenen Flottenbaues vorzunehmen. Es sei völlig verständlich, und England habe kein Recht sich zu beklagen, wenn andere Nationen ihre Flotten vergrößern wollten, um ihren Handel zu schützen und die Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen ihres Reiches aufrecht erhalten zu können. Die englische Flotte bedeute aber für England noch mehr.

* Am 19. Dezember 1907 hatte Sir E. Grey in Berwick eine Rede gehalten, in der er sich bezüglich des neuen deutschen Flottenprogramms dahin ausließ: die deutsche Regierung stelle ein recht großes Programm auf; er führe nicht Klage darüber, sondern erwähne es nur, weil es wichtig sei. Wenn andere Nationen ihre Flotten vergrößerten, so könne England nicht zurückbleiben; doch sei die Situation für England für ein oder zwei Jahre noch völlig sicher, und es habe keine Not, daß England sich in besondere Unkosten stürze.

Von ihr hänge nicht nur Englands Handel ab, nicht nur das Reich, sondern die Unabhängigkeit und das Leben Englands. Augenblicklich sei die englische Flotte noch stark genug, um jeder möglichen Kombination fremder Flotten entgegentreten zu können; wenn man aber die Flottenprogramme einiger anderer Staaten betrachte, so komme man zu dem Schluß, daß, falls diese vollständig durchgeführt werden sollten, England bald im Interesse seiner Unabhängigkeit zu einer Vergrößerung seiner eigenen Flotte sich werde entschließen müssen.

Der Minister bemerkte ferner im Laufe seiner Rede, daß die Einführung von Schutzzöllen in England die Möglichkeit antibritischer Kombinationen unter den Mächten wesentlich erhöhen werde.

Die „Westminster Gazette" drückt bei Besprechung der Äußerungen Sir Edward Greys ihr Bedauern darüber aus, daß der von ihr oft vertretene Gedanke, mit Deutschland zu einer Vereinbarung über die relative Verstärkung der beiderseitigen Flotten zu gelangen, sich nicht habe verwirklichen lassen.

P. Metternich

Nr. 8178

Der Marineattaché in London Kapitänleutnant Widenmann an den Staatssekretär des Reichsmarine-Amts Admiral von Tirpitz

Abschrift

London, den 24. Januar 1908

Vor einigen Tagen hat Sir Edward Grey in einer liberalen Versammlung in Alnwick auf vermehrte Ausgaben für Marinezwecke vorbereitet. Er begründete dies mit dem Hinweis auf die zunehmenden Rüstungen fremder Nationen und auf die Abhängigkeit Englands von der Seeherrschaft.

Lord Tweedmouth* hat sich gestern in einer Rede in Newcastle in demselben Sinne ausgesprochen. Er hebt dabei hervor, daß es falsch sein würde, in ein hastiges Tempo zu verfallen; daß die Aufgabe der verantwortlichen Männer vielmehr darin bestehe, die Rüstungen der fremden Marinen zu beobachten und danach das eigene Bauprogramm abzuwägen. England wolle nicht das Tempo für die Flottenvermehrung angeben, müsse aber das augenblickliche Kräfteverhältnis aufrecht erhalten.

Im Anschluß an diese offiziellen Kundgebungen kombiniert die „Times" in ihrem heutigen Leitartikel, daß neben den Forderungen an Kreuzern und Torpedofahrzeugen der Bau von zwei bis drei Dreadnoughts im Programm 08/09 erwünscht sei.

---

* Erster Lord der Admiralität.

Sie deutet dabei an, daß durch Nachtragsforderungen das richtige Verhältnis jederzeit hergestellt werden könne, wenn sich dieses Programm als unzureichend erweise. Sie beruft sich dabei auf das Beispiel Lord Goschens.

Es ist schwer zu sagen, ob diese Ausführungen einen zuverlässigen Hinweis auf die diesjährige Marinebaupolitik enthalten. Wenn andererseits ein Blatt wie die „Times" so kurz vor Eröffnung des Parlaments diesen Schritt tut, ist es vielleicht berechtigt, ihm einige Bedeutung beizumessen.

Möglicherweise hält die Admiralty, die bei einer nur geringe Forderungen enthaltenden Vorlage auf heftige Angriffe seitens der Flottenförderer stoßen wird, Nachtragsforderungen in Bereitschaft, mit denen sie, ähnlich wie mit der „Rodney" des Programms 07/08 nach der Haager Konferenz, nach Bewilligung unserer Vorlage durch den Reichstag erst hervortreten wird.

(gez.) Widenmann

Nr. 8179

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 107 London, den 3. Februar 1908

Die „Times" wendet sich heute an leitender Stelle gegen die Äußerung des Admirals von Tirpitz, daß das deutsche Flottenprogramm in England keine Unruhe hervorgerufen habe*. Unruhe sei vielleicht das

* In seiner Reichstagsrede vom 29. Januar 1908 hatte Staatssekretär von Tirpitz sich gegen die Ansicht gewandt, daß die deutsche Flottenvorlage Beunruhigung in England habe hervorrufen müssen. Ausdrücklich äußerte er sich in der gleichen Rede gegen die Unterstellung eines Wettrüstens mit England: „Was nun die Idee anbetrifft, daß wir mit England konkurrieren wollen, daß wir England gegenüber eine Seemacht schaffen wollten, die ihm die Seeherrschaft streitig machen könnte, so sind das Phantasiegebilde, gegen die man mit Gründen sehr schwer wird aufkommen können. Man braucht nur die absoluten Stärkeverhältnisse der beiden Flotten in Betracht zu ziehen. England ist tatsächlich mehr als dreimal so stark wie wir, und England ist auch tatsächlich in der Lage, sehr viel schneller zu bauen als wir . . . Also, England ist in der Lage, uns in jeder Beziehung vorbeizulaufen. Also, wie ist es nun möglich, daß man aus unserm Vorgehen, das von langer Hand vorbereitet ist, das zwar keine akute Bedeutung hat, auch keine haben kann und soll, da zur Schaffung einer Flotte bekanntlich eine Generation gehört, auf eine Provokation Englands schließen kann?" Verhandlungen des Reichstags, Bd. 230, S. 2730f. Den Auslassungen Tirpitz' trat keinerlei Widerspruch entgegen; vielmehr wurde noch am selben 29. Januar die Flottenvorlage vom Reichstage mit überwältigender Mehrheit angenommen. Vgl. dazu die Berichte des belgischen Gesandten Baron Greindl vom 2. Februar und namentlich vom 28. März 1908, die die Einmütigkeit des deutschen Reichstags in der Flottenfrage ganz wesentlich auf die „Befürchtungen aller Welt vor einem englischen Angriff zurückführen". „Personne n'a jamais

falsche Wort für den Eindruck, den es hervorgerufen habe. Einen Eindruck aber habe es gemacht. Um sich hiervon zu überzeugen, brauche man nur ein halbes Dutzend der hauptsächlichsten englischen Blätter anzusehen. Das deutsche Flottenprogramm habe, so werde man sich dann überzeugen, die äußerste Wachsamkeit auf Seiten Englands hervorgerufen. England beabsichtige seine Vorherrschaft zur See unbedingt aufrecht zu erhalten. Es sei im Interesse der guten englisch-deutschen Beziehungen, daß hierüber keine Illusionen in Deutschland beständen.

Die „Daily News" bringt heute die Nachricht, daß die Vertreter einer Politik der Sparsamkeit im englischen Kabinett gegenüber der Partei Sir John Fishers, der für größere Flottenrüstungen eintrete, das Spiel verloren hätten. Der Schlüssel der Situation liege natürlich im deutschen Flottenprogramm[1]. Deutschland sei aber gar nicht in der Lage, so schnell zu bauen, wie es sein Programm vorsehe[2]. Man müsse hierzu das Bündnis mit Japan, die Verständigung mit Frankreich und Spanien, das Verschwinden der russischen Flotte und den augenblicklichen Three-Power-Standard[3] der englischen Flotte rechnen. Das englische Volk werde mit Spannung einer Erklärung für eine Politik entgegensehen, die die Einschränkung der Rüstungen zur See aufgebe, welche bei den letzten Wahlen versprochen worden sei.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelm II.:

[1] Quatsch! In der Erkenntniß daß ihre „Dreadnought" policy ein Unsinn ist, da auf die Dauer der 2 Power Standard mit dem Typ nicht aufrecht erhalten werden kann!

[2] ?!

[3] ? existiert nicht

Nr. 8180

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 163 London, den 14. Februar 1908

Auf eine Anfrage im Unterhause erwiderte Sir Edward Grey, daß nach einer Erklärung des ersten englischen Delegierten auf der Haager Konferenz vom 17. August* die englische Regierung bereit sei, jährlich denjenigen Mächten die Zahl und Kosten der neu zu bauenden Kriegsschiffe mitzuteilen, welche zu der gleichen Maßnahme gewillt seien[1]. Bevor andere Mächte zu einer solchen Mitteilung auch bereit wären, liege

eu ici l'idée absurde et irréalisable d'une agression contre l'Angleterre; mais tout le monde éprouve la crainte d'une agression anglaise. C'est la raison pour laquelle le Reichstag a voté sans sourciller une énorme augmentation de dépenses pour la marine de guerre quoique le budget de l'Empire souffre d'un déficit qu'on ne sait pas comment combler et que les finances de la Prusse soient en tout aussi mauvais état." Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 51 f.

* Vgl. Bd. XXIII, Kap. CLXX.

aber kein Grund vor, daß eine Macht einer anderen ihr Flottenprogramm im voraus mitteile. Der Vorschlag der englischen Regierung werde aber jedenfalls jederzeit aufrecht erhalten.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Blech! Sie wissen es ja schon durch unsere Novelle

Nr. 8181

*Kaiser Wilhelm II. an den Ersten Lord der englischen Admiralität Lord Tweedmouth**

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 16. Februar 1908

My dear Lord Tweedmouth,

May I intrude on your precious time and ask for a few moments attention to these lines I venture to submit to you.

I see by the daily papers and reviews that a battle royal is being fought about the needs of the navy. I therefore venture to furnish you with some informations about the German Naval program which it seems is being quoted by all parties to further their ends or trying to frighten the peacable British tax payers with it as a bogy.

During my last pleasant visit to your hospitable shores I tried to make your authorities understand what the drift of the German naval policy is. But I am afraid that my explanations have been either misunderstood or not believed, because I see the German danger and the "German Challenge to British Naval Supremacy" constantly quoted in the different articles. The phrase if not repudiated or corrected . . .** broadcast over the country and daily dimmed into British ears might in the end create most deplorable results. I therefore deem it advisable as Admiral of the Fleet to lay some facts before you to enable you to see clearly.

It is absolutely nonsensical and untrue that the German Naval Bill is to provide a Navy meant as a "Challenge to British Naval Supremacy." The German Fleet is built against nobody at all. It is solely built for Germany's needs in relation with that country's rapidly growing trade. The German Naval Bill was sanctioned by the Imperial Parliament

---

* Das kaiserliche Schreiben, das nach einem Privatbrief Staatssekretärs von Schoen an Graf Metternich vom 3. März 1908 ohne sein und Fürst Bülows Vorwissen verfaßt und abgegangen ist, findet sich in den Akten nur in einer Abschrift von der Hand des Chefs des Marinekabinetts Admiral von Müller. Vgl. Nr. 8186 und 8188. Veröffentlicht ist der Brief zuerst in „The Morning Post" vom 30. Oktober 1914, neuerdings auch von A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 58 ff.
** In der bei den Akten liegenden Abschrift findet sich hier eine Lücke; Tirpitz druckt "but flung".

and published 10 years ago and may be had at any large booksellers. There is nothing surprising, secret or underhand in it and every reader may study the whole course mapped out for the development of the German navy with the greatest ease. The law is being adhered to and provides for about 30—40 ships of the line in 1912. The number of ships fixed by the bill included the fleet then actually in commission notwithstanding its material being already far surpassed by the contemporary types in the foreign navies. The extraordinary rapidity with which improvements were introduced in the types of battleships, armaments and armour, made the fleet in commission obsolete before the building program providing the additions to it was half finished. The obsolete fleet had to be struck of the list thus having a gap lowering the numbers of ships below the standard prescribed in the bill. This gap was stopped by using the finished ships to replace the obsolete ones instead of being added to them as originally intended. Therefore instead of steadily increasing the standing fleet by regular additions it came to a wholesale rebuilding of the entire German Navy. Our actual program in course of execution is practically only an exchange of old material for new, but not an addition to the number of units originally laid down by the bill 10 years ago which being adhered to.

It seems to me that the main fault in the discussion going on in the papers is the permanent ventilating of the so called 2—3 or more Power-Standard, their only exemplifying on one Power, which is invariably Germany. It is fair to suppose that each nation builds and commissions its Navy according to its needs and not only with regard to the programs of other countries. Therefore it would be the simplest thing for England to say: I have a world-wide Empire, the greatest trade of the world and to protect them I must have so and so many battleships, cruisers etc. as are necessary to guarantee the supremacy of the sea to me and they shall accordingly be built and manned. That is the absolute right of your country and nobody anywhere would lose a word about it. [It] be 60 or 90 or 100 battleships, that would make no difference and certainly no change in the German Naval Bill: May the numbers be as you think it fit, everybody here would understand it but people would be very thankful over here if at last Germany was left out of discussion. For it is very galling for the Germans to see their country continually held up as the sole danger and menace to Britain by the whole press of the different contending parties considering that other countries are building too and there are even larger fleets than the German.

Doubtless when party factions run high there is often a lamentable lack of discrimination in the device of the weapons, but I really must strongly protest that the German Naval program should be the only one for exclusive use or that such a poised one should be forged as the "German Challenge to British Naval Supremacy of the Sea." If permanently used mischief may be created at home and injured feeling

engendering the wish for retaliation in the circles of the German Naval League as a Representative of the nation, which would influence public opinion and place the government in a very disagreable position by trying to force it to change its program, through undue pression difficult to ignore.

In the letter Lord Esher published a short time ago* he wrote, that every German from the Emperor down to the last man wished for the downfall of Sir John Fisher. Now I am at loss to tell whether the supervision of the foundations and drains of the Royal Palaces is apt to qualify somebody for the judgement of Naval Affairs in general. As far as regards German affairs naval the phrase is a piece of unmitigated balderdash . . .** has created immense merriment in the circles of those "who know" here. But I venture to think that such things ought not to be written by people who are highly placed as they are liable to hurt public feelings over here. Of course I need not assure you that nobody here dreams of wishing to influence Britain in the choice of those to whom she means to give the direction of her navy or to disturb them in the fulfilment of their noble task. It is expected that the choice will always fall on the best and ablest and their deeds will be followed with interest and admiration by their brother officers in the German navy. It is therefore preposterous to infer that German authorities work for or against persons in official positions in foreign countries, it is as ridiculous as it is untrue. I hereby repudiate such a calumny. Besides to my humble notion this perpetual quoting of the "German Danger" is utterly unworthy of the great British nation with its world wide Empire and its mighty navy which is about five times the size of the German Navy. There is something nearly ludicrous about it. The foreigners in other countries might easily conclude that the Germans must be an exceptionally strong lot as they seem to be able to strike terror into the hearts of the British who are five times their superiors!

I hope your Lordship will read these lines with kind consideration. They are written by one who is an ardent admirer of your splendid navy, who wishes it all success and who hopes that its ensign may ever wave on the same side as the German navy's, by one who is proud to wear the British Naval Uniform of an Admiral of the Fleet, which was conferred on him by the late great Queen of blessed memory.

Once more: the German Naval Bill is not aimed at England and is not a "Challenge to British Supremacy of the Sea," which will remain unchallenged to generations to come. Let us all remember the warning

---

* Am 22. Januar hatte der dem englischen Könige wie Sir John Fisher nahe befreundete Lord Esher einen Brief an die Gründer einer „Imperial Maritime League" geschrieben, der im „Daily Telegraph" vom 6. Februar veröffentlicht wurde. Er schloß mit den Worten: „There is not a man in Germany from the Emperor downwards, who would not welcome the fall of Sir John Fisher."

** In der bei den Akten liegenden Abschrift findet sich hier eine Lücke; Tirpitz druckt „and".

Admiral Sir John Fisher gave to his hearers in November, when he so cleverly cautioned them not to get scared, by using the admirable phrase: If Eve had not always kept her eye on the apple, she would not have eaten it and we should not now be bothered with clothes.

I remain

Yours truly

(signed) William I. R.
Admiral of the Fleet.

Nr. 8182

Der Erste Lord der englischen Admiralität Lord Tweedmouth an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Sir, February 20, 1908

I have the honour to acknowledge the receipt of Your Imperial Majesty's gracious letter, the tone of which so clearly demonstrates the kindly feelings you hold towards my country and your heartfelt desire to maintain most friendly relations with its Ruler and his people.

I will if Your Majesty pleases not enter into any detailed explanation in reply to the points which are raised in Your Majesty's letter, as I find a memorandum has already, before Your Majesty's letter reached me, been sent from the Foreign Office to Sir Frank Lascelles, with the intention that it should be handed to Prince Bülow for Your Majesty's information*.

I beg to enclose for Your Majesty a proof of the paper I have prepared as my statement to be issued next week to Parliament, with the detailed estimates of the year April 1. 1908 to March 31. 1909**.

Your Majesty will I hope agree that in it there appears no complaint with regard to the naval programmes of any foreign nation, I only state what our own necessities are and I would respectfully submit there is nothing in the substance or manner of the statement made by me, to instigate comments to the Press of a kind unfriendly to Germany, comments which His Majesty the King's Government would always regret, though as Your Majesty is already aware, the Press in Great Britain does not admit any official control, especially on the subject of the Navy[1].

I have the honour to be

Your Imperial Majesty's most humble obedient servant

Tweedmouth

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Pharisee! Doggerbank!

---

* Wohl identisch mit Nr. 8184.
** Die Anlage liegt nicht bei den Akten. Es handelt sich offenbar um einen Auszug aus dem englischen Marinebudget 1908/09.

Nr. 8183

König Eduard VII. von England an Kaiser Wilhelm II.

Handschreiben. Abschrift

Buckingham Palace, February 22nd 1908

My dear William,

I have received your letter of 14th inst. in which you have informed me that you have written a letter to Lord Tweedmouth relative to the German naval programme in which you have detected some uneasiness in the British press.

Your writing to my First Lord of the Admiralty is a „new departure", and I do not see how he can prevent our press from calling attention to the great increase in the building of German ships of war, which necessitates our increasing our navy also.

Believe me your affectionate uncle

(signed) Edward R.

Nr. 8184

Memorandum

Vom englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles am 28. Februar im Auswärtigen Amt überreicht

Ausfertigung

His Majesty's Government have never claimed the right to criticize the action of the German or any other Government in determining the extent of their naval or military requirements. They frankly recognise that this is a matter which every independent State must settle for itself. Sir Edward Grey has himself recently given public utterance to this view in unmistakable terms with particular reference to the new German naval programme, and the German Secretary of State for the Navy, when introducing the naval estimates into the Reichstag specially alluded to the dispassionate and friendly tone in which the press and public speakers in England had discussed the German proposals.

It is however alleged that certain English newspapers have made „attacks on the German naval programme", by calling attention to the great expense which this country must necessarily incur if compelled tc build so many more ships in consequence of the increase of the German naval forces. No indication has been given as to the particular articles referred to. But as the Emperor has suggested that something should be done to counteract this „anti-German tendency", it seems requisite to explain that His Majesty's Government cannot regard as just cause for irritation

in Germany an expression of regret by an independent British newspaper at the growth of expenditure inevitably imposed upon England by the increase of German naval armaments.

The organs of the German navy league frequently use the British Navy as an illustration of the need for increasing the German Navy, and it is not unnatural that the section of the British press which is always afraid that the Government, especially a Liberal Government, will let the navy fall behindhand, should make similar use of the German navy to enforce its point.

The independence and very existence of the British Empire depend on the preservation of its supremacy at sea, and the British Government is bound to organize and keep up such naval forces as are essential for that purpose. It would be futile to pretend that the increase of the German fleet is not one of the factors which has to be taken into account in any calculation of the strength at which the British Navy must be maintained. To prevent the British Press from freely stating and commenting upon so obvious a fact would be neither equitable nor possible.

His Majesty's Government regret as much as anyone that the newspaper press should at times be utilised as the vehicle for international recriminations. But even if they had the power to interfere — which it is of course well known they have not — they would not feel called upon to restrain the public but courteous expression of views which reflect the actual situation. This situation, viewed from the standpoint of the British Government is that whilst there is no thought of attributing hostile intentions to Germany or any of Great Britain's neighbours nor of calling in question their right to build what ships they please, the supreme interest of the security of the British Empire requires that the standard and proportion of the British Navy to those of European countries, which has been upheld by successive British Governments must be maintained.

Foreign Office.

Nr. 8185

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 239 London, den 3. März 1908

Gestern begann im Unterhause die Debatte über den Antrag des liberalen Abgeordneten Mr. Murray Macdonald, in dem die Regierung zu einer weiteren Einschränkung der Rüstungen angesichts der bestehenden guten Beziehungen zwischen England und den übrigen Mächten aufgefordert wurde. Der Antrag wurde von dem liberalen Abgeordneten Sir

J. Brunner unterstützt, welcher erklärte, daß der „Two-Power-Standard" jetzt keine Berechtigung mehr habe. Der Redner, der als Mitglied der Kanalkommission vergangenes Jahr in Deutschland war, protestierte energisch gegen die antideutsche Preßhetze, die es zuwege gebracht habe, daß man in Deutschland in Angst sei vor einem plötzlichen Angriff auf die deutsche Flotte.

Nunmehr ergriff in Vertretung des erkrankten Premierministers der Schatzkanzler, Mr. Asquith, das Wort und erklärte, daß er eventuell beantragen werde, die Macdonaldsche Resolution dahin abzuändern, daß das Haus seine Bereitwilligkeit ausspreche, die Regierung bei solchen Ersparnissen in den Ausgaben für Marine und Landheer zu unterstützen, die mit einer genügenden Sicherstellung des Englischen Reiches vereinbar seien. Aus den Ausführungen, mit denen der Schatzkanzler die Stellung der Regierung darzulegen und insbesondere auch nachzuweisen suchte, aus welchen Ursachen die allzu sanguinischen Hoffnungen eines Teiles der liberalen Partei über Einschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke nicht hätten erfüllt werden können, seien die Bemerkungen hervorgehoben, in denen Mr. Asquith Deutschland streifte. Was die Beziehungen zu demselben betreffe, so meinte der Schatzkanzler, so sei man durchaus zu der Hoffnung berechtigt, daß die beiden Nationen einem vollständigen gegenseitigen Einvernehmen jedes Jahr näher rückten. England habe — das spreche er mit voller Absicht aus — keinen Grund, einem Ausbau der maritimen Machtmittel in Deutschland oder anderswo mit Sorge oder Mißtrauen gegenüberzustehen, solange diese mit den ökonomischen Bedürfnissen, den Anforderungen der Landesverteidigung und der Notwendigkeit, die in der Zunahme begriffenen Handelsinteressen im Auslande zu schützen, im Einklang ständen.

Andererseits lege er Wert darauf festzustellen, daß auch die englische Flottenpolitik eine lediglich defensive sei. Die Stellung Englands zur See sei zurzeit unangreifbar und müsse es auch bleiben. Die Suprematie Englands zur See sei für dieses eine Lebensfrage. Der Stand, auf dem die Flotte zu erhalten sei, müsse ein solcher sein, der ihr die Überlegenheit gegend irgend eine Kombination der Mächte gewährleiste. Er glaube versichern zu können, daß zurzeit keine einzige Macht mit Eifersucht oder Übelwollen der Erhaltung der englischen Flotte auf dem sogenannten „Two-Power-Standard" gegenüberstehe. Über diese Grenze aber beabsichtige die Regierung unter keinen Umständen hinauszugehen.

Bei der Schlußabstimmung wurde die Macdonaldsche Resolution verworfen. Dagegen stimmte das ganze Haus einschließlich der Opposition, dafür nur 73 Abgeordnete Macdonaldscher Richtung. Ein Abänderungsantrag des Führers der Opposition, der bezweckte, die Regierung auf den „Two-Power-Standard" festzunageln, wurde zur Abstimmung nicht zugelassen.

P. Metternich

Nr. 8186

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven

Telegramm. Konzept

Nr. 3 Berlin, den 6. März 1908

Die „Times" veröffentlicht heute einen Brief ihres militärischen Mitarbeiters*, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine Angelegenheit von angeblich größter Wichtigkeit zu lenken. Es sei, so schreibt der Mitarbeiter, zu seiner Kenntnis gelangt, daß der Deutsche Kaiser an Lord Tweedmouth ein Schreiben gerichtet habe**, in dem auf die englische und die deutsche Flottenpolitik Bezug genommen werde. Das kaiserliche Schreiben, das unzweifelhaft echt und auch beantwortet worden sei, laufe auf einen Versuch hinaus, den für das englische Marinebudget verantwortlichen Minister im deutschen Interesse zu beeinflussen. Das kaiserliche Schreiben und seine Beantwortung müßten unverzüglich dem Parlamente vorgelegt werden, da die Angelegenheit ein offenes Geheimnis geworden sei.

Euere Majestät bitte ich ehrfurchtsvoll um Abschrift des Briefes an Lord Tweedmouth, damit wir für alle Eventualitäten gerüstet sind und ich Euerer Majestät nach Rückkehr über den weiteren Verlauf Vortrag halten kann.

Alleruntertänigst

Bülow

Nr. 8187

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshaven

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 Berlin, den 6. März 1908

Graf Metternich telegraphiert:

„Wenn irgend möglich, halte ich Veröffentlichung des allerhöchsten Briefes an Lord Tweedmouth für den besten Weg, um den Schaden, den die ‚Times'-Nachricht verursacht, wieder einigermaßen zu reparieren. Ohne Veröffentlichung werden falsche Insinuationen willig geglaubt werden. Anfragen im Parlament werden unzweifelhaft stattfinden. Lord Tweedmouth mag über diese Angelegenheit zu Fall kommen und die uns günstig gesinnte liberale Regierung einen starken Stoß erleiden. Alle uns freundlich gesinnten Elemente werden geschwächt und die Jingos gestärkt werden. Auch die Popularität Seiner Majestät des Kaisers in England wird leiden und das Mißtrauen gegen unsere Politik wieder zunehmen."

---

* Oberst A'Court-Repington.

** Siehe Nr. 8181.

Ich kann über Opportunität der Veröffentlichung ohne Kenntnis des Wortlauts von Euerer Majestät Brief kein endgültiges Urteil abgeben, erbitte aber ehrfurchtsvoll prinzipielle Genehmigung zu Veröffentlichung von uns aus, eventuell unter Weglassung persönlicher Stellen, beispielsweise derjenigen über Lord Esher.

Alleruntertänigst

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Ich theile die Befürchtung Metternichs nicht. So total verrückt sind die Engländer noch nicht geworden. Der Times Vorstoß kommt vom König, der in Sorge ist daß der Brief einen zu beruhigenden Eindruck macht. Mit Veröffentlichung einverstanden. W.

Nr. 8188

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 55 Berlin, den 6. März 1908

Antwort auf Privattelegramm*.

Wir erwägen Opportunität der Veröffentlichung, sei es von hier aus, sei es in London. Wir können indessen Entscheidung nicht treffen, bevor Genehmigung Seiner Majestät aus Wilhelmshaven sowie Wortlaut des Briefes vorliegt, von dem Seine Majestät Abschrift zurückbehalten hat. Wir kennen nicht Wortlaut, sondern nur ungefähren Inhalt, der jede Absicht der Beeinflussung der englischen Flottenpolitik ausschließt, vielmehr Grundsatz betont, daß England so viele Schiffe bauen mag, wie ihm zur Aufrechterhaltung seiner Seemacht erforderlich erscheint**.

Schoen

Nr. 8189

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 London, den 6. März 1908

Kurz vor Schluß der heutigen Sitzung des Unterhauses gab Mr. Asquith folgende Erklärung ab: Er habe von verschiedenen Abgeordneten

---

* Identisch mit dem in Nr. 8187 inserierten Telegramm.

** Am 7. März telegraphierte darauf Graf Metternich zurück: „Möchte dringend anheimgeben, nichts zu veröffentlichen ohne vorhergehende Verständigung mit hiesiger Regierung." Dazu bemerkte Staatssekretär von Schoen am Rande: „Selbstverständlich."

Anfragen erhalten, die im öffentlichen Interesse eine sofortige Antwort zu erfordern schienen. Er erkläre daher, es sei eine Tatsache, daß Lord Tweedmouth am 18. v. Mts. einen Brief von Seiner Majestät dem Kaiser erhalten habe. Es sei eine rein private und persönliche Mitteilung, in durchaus freundlichem Geist abgefaßt, und des Lord Tweedmouth Antwort sei ebenfalls privat und nichtamtlich. Weder Brief noch Antwort seien dem Kabinett bekannt gewesen oder mitgeteilt worden. Das bisherige Marinebudget sei schon vor Eingang des Briefs von der hiesigen Regierung festgesetzt worden.

Morgen keine Sitzung. Am nächsten Montag sollen Anfragen im Parlament beantwortet werden.

Metternich

Nr. 8190

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 London, den 7. März 1908

Bei gestrigem Diner bei Lord Lansdowne traf ich Anzahl konservativer Politiker. Maßloser Artikel der „Times" betreffend Kaiser-Tweedmouth-Korrespondenz wurde scharf verurteilt. Lord Lansdowne meinte, daß der Sturm bald vorübergehen werde. Ich sagte ihm, daß ich kaiserlichen Brief nicht kenne, aber trotzdem mich dafür verbürge, daß nichts darin stände, was englisches Publikum, wenn es den Brief kennte, nicht als freundliche Absicht auffassen würde. Lord Lansdowne erwiderte, meine Unkenntnis des Briefes sei der beste Beweis dafür, daß es sich nur um eine private Mitteilung handele. Die Annahme, daß kaiserliches Schreiben an Lord Tweedmouth Beeinflussung der englischen Flottenpolitik bezweckt habe, sei nicht ernst zu nehmen.

Lord George Hamilton, Marineminister in der letzten konservativen Regierung*, deutschfreundlich und Schwager Lord Lansdownes, sprach sich scharf gegen „Times"-Artikel aus und . . . .** mir an, daß hauptsächlicher Anlaß dazu wahrscheinlich innere Gegensätze in der Admiralität gewesen seien.

Trotz dieser gerechten Beurteilung des Vorganges seitens konservativen Parteiführers nehme ich an, daß politisches Kapital daraus geschlagen werden wird.

Ich möchte aber dringend davor warnen, bei etwaiger offiziöser Darstellung der Angelegenheit in unserer Presse Personalfrage zu erörtern,

---

* Tatsächlich war Lord George Hamilton in der letzten konservativen Regierung Staatssekretär für Indien gewesen; Erster Lord der Admiralität war er in den beiden ersten Kabinetten Salisbury.

** Zifferngruppe fehlt, vermutlich „deutete".

da nichts Nützliches dabei herauskommen und dann alle Parteien hier aus Patriotismus geschlossen gegen uns Stellung nehmen würden. Die ruhige Vertretung des Gesichtspunktes, daß der Privatbrief, was immer er enthalten möge, selbstverständlich nicht die Beeinflussung der englischen Marinepolitik betroffen habe könne, sondern lediglich der Fortentwickelung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Nationen gedient habe, wird am besten zur Beruhigung beitragen.

Der militärische Berichterstatter der „Times" ist ein Oberst A'Court, einer der gefährlichsten und geschicktesten Deutschenhetzer.

Metternich

Nr. 8191

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Schoen

Nr. 6 Berlin, den 8. März 1908

Ew. Majestät danke ich ehrfurchtsvollst für die mir übermittelte Korrespondenz*.

Der Wortlaut von Ew. Majestät Brief ist so, daß Veröffentlichung meines untertänigsten Erachtens an und für sich eine günstige Wirkung haben würde. Eine solche Veröffentlichung wäre aber nicht möglich ohne gleichzeitige Bekanntgabe der Antwort von Lord Tweedmouth. Diese enthält eine vorzeitige Mitteilung über englische Flottenvorlage. Das könnte in England unangenehme Angriffe gegen die gegenwärtige Regierung hervorrufen, deren ungeschwächter Fortbestand für uns wünschenswert ist. Auch abgesehen hiervon würde hierdurch Verkehr und Gedankenaustausch zwischen unserer Marine und der englischen Marine erschwert und das Verhältnis Eurer Majestät zu der englischen Marine getrübt werden.

Ohne vorherige Verständigung mit englischer Regierung werden wir also nichts veröffentlichen können. Wir müssen zunächst die morgen stattfindenden Erklärungen im englischen Parlament abwarten.

Die englische Presse verurteilt fast einstimmig das Verhalten der „Times". Graf Metternich drahtet heute:

„Die heutigen Zeitungen, obwohl sie in der Mehrzahl Veröffentlichung des Briefwechsels verlangen, folgen der ‚Times' nicht, sondern schreiben gemäßigt. Der Versuch der ‚Times', den Vorgang zu einer internationalen Frage von Bedeutung zu gestalten, fällt glatt ab."

Unsere Presse mit wenigen Ausnahmen würdig und ruhig.

Alleruntertänigst

Bülow

---

* Vgl. Nr. 8181, 8182 und 8183.

Nr. 8192

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 155 Paris, den 7. März 1908

Die gestrige „Enthüllung" der „Times" gibt einem Teil der hiesigen Presse Anlaß, die Vermutung auszusprechen, daß für die englisch-deutschen Beziehungen eine neuerliche Trübung zu erwarten sei.

Der „Eclair", welcher überall die Absicht Englands wittert, Deutschland, seinen gefährlichsten Nebenbuhler, zum Kriege zu drängen, meint, daß dieser Zwischenfall den Zeitpunkt des unvermeidlichen Zusammenstoßes zwischen beiden Staaten beschleunigen könne.

Im „Echo de Paris" bringt der Delcassé-Freund Mévil eine weitere „Enthüllung", wonach in Highcliffe ein Mitglied des englischen Kabinetts in einem Gespräche mit Seiner Majestät dem Kaiser und König über die englisch-deutschen Beziehungen sowie Marine- und Militärfragen sich dahin geäußert habe, daß nur der Premierminister und der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten berechtigt seien, derartige wichtige Unterhaltungen zu führen.

„Aurore" findet, daß der Lärm, den die „Times" schlage, wohl ziemlich übertrieben sei.

„Gil Blas" tadelt scharf das City-Blatt, welches durch die Aufstachelung der englischen Empfindlichkeit eine schwere Verantwortung auf sich geladen habe.

Radolin

Nachschrift

Ich möchte übrigens hier auf den eigentümlichen Zufall hinweisen, daß an demselben Tage, an dem die englische Presse ihre erregten Auslassungen veröffentlichte, König Eduard ungeachtet des völlig privaten Charakters der Reise nach Biarritz hier die Herren Clemenceau und Pichon in der Intimität zu längerem Besuche empfing und zur Frühstückstafel zog.

In einem derartigen Verkehr erblicken natürlich auch die Pariser Blätter nicht im geringsten etwas Bedenkliches.

Sowohl der Ministerpräsident Clemenceau wie auch Herr Pichon, mit denen ich gestern abend speiste, sagten mir beide, sie hätten König Eduard selten in so heiterer Stimmung gesehen wie jetzt.

Radolin

Nr. 8193

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Privatbrief. Abschrift

London, den 8. März 1908

Sir Ernest Cassel* ist gestern von Ägypten zurückgekehrt und hat auf der Durchreise in Paris König Eduard eingehend gesprochen. Sir Ernest suchte mich heute auf. Er sagte mir, König Eduard sei sehr aufgebracht über die Korrespondenzangelegenheit mit Lord Tweedmouth. Durch den kaiserlichen Besuch in Windsor sei alles in die besten Bahnen geleitet gewesen, und nun komme diese Sache dazwischen. Er verurteile[1] scharf das indiskrete Schreiben Lord Eshers an die Navy League, worin derselbe gesagt habe, vom Kaiser bis zum letzten Mann würde sich jeder in Deutschland über den Sturz Sir John Fishers freuen**. Es sei unbegreiflich, daß ein so vorsichtiger Mann wie Lord Esher sich zu einer so taktlosen Äußerung habe verleiten lassen. Über die „Times"-Veröffentlichung und die maßlose und törichte Anklage dieses Blattes sei der König äußerst empört***.

Sir Ernest glaubt nicht, daß der Sturm in der Öffentlichkeit lange dauern wird, oder daß die Briefwechselaffäre nachhaltig auf die deutsch-englischen Beziehungen wirken werde. Der Angriff der „Times" sei zu plump und ungeschickt, um eine nachhaltige Wirkung erzielen zu können.

Sir Schomberg Macdonnell, der frühere politische Privatsekretär Lord Salisburys, mit dem ich seit vielen Jahren befreundet bin, schilderte mir gestern abend, nachdem er gerade im Carlton Club, dem Mittelpunkt und Vereinigungsort der konservativen Partei, gewesen war, die allgemein dort herrschende Stimmung[2] folgendermaßen: that it would have been better if the letter had not been written, that it was a pity that public attention had been drawn to it, that Lord Tweedmouth could not keep his tongue and that the „Times" was a blackguard.

Dies gibt die allgemeine Stimmung, soweit ich habe feststellen können, auch in anderen Kreisen wieder. Sir Schomberg Macdonnell ist nun nicht der Ansicht, daß der Zwischenfall schon so bald spurlos vorübergehen werde, und ich teile diese Ansicht. Dem Argwohn, daß ein fremder Monarch, besonders von der Geschicklichkeit Seiner Majestät des Kaisers, Einfluß auf einen englischen Minister gewinnen könne, ist durch den Briefwechsel Nahrung gegeben, wenn auch die plumpe Unterschiebung der „Times"

---

* Englischer Bankier deutscher Herkunft, Freund und Berater König Eduards VII. Vgl. über ihn B. Huldermann, Albert Ballin, S. 204.
** Vgl. Nr. 8181, S. 34, Fußnote.
*** Vgl. dazu Nr. 8186.

nicht geglaubt wird. Zudem ist die Flottenfrage zwischen Deutschland und England hier der heikle Punkt, von dem es besser ist so wenig wie möglich zu reden. Es leuchtet keinem Engländer ein, daß der deutsche Flottenbau einen harmlosen Vorgang für England darstelle. Mit Bezug auf die deutsche Flotte gibt es zwei Parteien in England: die eine, welche glaubt, daß sie zum Angriff gegen England gebaut wird, und die sich dabei auf Aussprüche des Flottenvereins und andere englandfeindliche Äußerungen stützt, und die andere Partei, welche in unserer Flotte zwar nicht eine absichtliche, wohl aber eine mögliche Gefahr erblickt. Absicht oder Möglichkeit, eine Gefahr aber unter allen Umständen, darin sind beide Parteien und ganz England einig. Das Bewußtsein dieser Gefahr wächst natürlich mit der Zunahme unserer Flotte. Wir sind die einzigen, deren Flotte sie fürchten. In unserer Flotte erblicken die Engländer die Möglichkeit der Bedrohung ihrer Sicherheit und Existenz. Auf langsichtige Programme legen sie nicht so viel Wert als auf die tatsächliche jährliche Ausführung derselben, die sich in der Höhe des jährlichen Marinebudgets und in dem Inbaugeben von Kriegsschiffen äußert. Daher ist auch unser diesjähriges Marinebugdet für sie ein Novum, denn die kürzere Lebensdauer der Schiffe meint ein schnelleres Anwachsen[3] der Zahl, ein schnelleres Tempo im Bau der Flotte.

Sie fürchten eigentlich nur unsere Flotte, denn wir sind ihnen am nächsten und sie halten uns für die Tüchtigsten. Wir müssen an ihrer Insel vorbei[4], um in das Weltmeer zu gelangen. Die französische Flotte halten sie für minderwertig, abgesehen von dem politischen Verhältnis, welches sie zu Frankreich haben[5]. Die japanische Flotte ist auf der anderen Seite der Erdkugel und, wie immer man über die gelbe Gefahr denken mag, doch weniger auf die englischen Nerven wirkend[6] als eine einheitliche, mächtige, von der ersten Armee der Welt unterstützte Flotte, die sich an den Ufern der Nordsee aufbaut. Die Flotte der Vereinigten Staaten zieht die englische Regierung, wie mir Sir Edward Grey in einer vertraulichen Besprechung sagte, bei Erwägung des „Two-Power-Standard" überhaupt nicht in ihren Kalkül. Ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und England sei „unthinkable"[7], sagte er.

Eine Flotte von 36 Schlachtschiffen mag ein begrenztes Meer im Kampfe ausfüllen[8], auch wenn der Gegner bedeutend stärker ist. Eine verlorene Schlacht in der Nordsee bedeutet das Ende des englischen Weltreiches[9]. Eine verlorene Schlacht auf dem Kontinent noch lange nicht das Ende Deutschlands.

Nun gibt es die Politik, den möglichen Feind sich zum Freunde zu machen und sich mit dem Starken zu verbinden[10]. Auch das hat England erwogen. Es fürchtet aber, dann politisch in unsere Abhängigkeit zu geraten und stützt sich daher lieber auf andere[11]. Daher seine plötzliche Bündnis- und Ententenfreudigkeit. Alles unsere Flotte.[12]

Bis jetzt besteht in hiesigen maßgebenden Kreisen nicht die Absicht, wie ich es stets gesagt habe, uns mit Gewalt am Ausbau unserer Flotte

zu hindern. Es mag aber im Laufe der Jahre mit dem Anwachsen unserer Flotte dazu kommen, daß diese Absicht festere Wurzeln faßt. Vorläufig besteht hier noch die Hoffnung, daß die Völker[13] selbst es überdrüssig werden, die ungeheueren Rüstungslasten zu tragen, und daß die Regierungen[14] sich gezwungen sehen werden, die Rüstungen einzuschränken, immer unter dem Vorbehalt, daß der gewonnene Vorsprung Englands beibehalten wird[15], weil die Vorherrschaft zur See für England eine Lebensfrage ist, für andere aber nicht in demselben Maße.

Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. in Abschrift:

[1] Jetzt erst! nach 5 Wochen! er hat niemals auch nur das geringste getan, um vor 4—5 Wochen, als der Angriff seines Freundes und Beamten auf mich erfolgte, sein Mißfallen oder Bedauern darüber bekannt werden zu lassen! warum hat der König ihn nicht sofort koramieren lassen! damals!!

[2] sie kennen den Brief nicht!

[3] Ersatz!!

[4] ja drunter weg können wir nicht!

[5] dasselbe könnten sie ebenfalls mit uns haben, dann wäre alle Sorge überflüssig.

[6] frage der Metternich mal die englischen Kaufleute in Ostasien, die singen ein anderes Lied.

[7] sehr leichtsinnig und kann doch mal kommen oder der mit Japan!

[8] Nein!

[9] noch lange nicht! gar kein Grund dazu!

[10] eine ganz willkürliche Kombination!

[11] dies hat es sonst immer getan das ist eben falsch! und ein schwerer Fehler, da es auf die Dauer unser Volk mit Mißtrauen erfüllen und ärgern muß!

[12] Quatsch! alles englische Fehler!

[13] nur das deutsche!

[14] nur die deutsche!

[15] das Ziel unserer Seerüstung ist ihnen nochmal genau mitgeteilt, also können sie ihren Vorsprung danach einrichten.

Schlußbemerkung des Kaisers in Abschrift:

Dieses Raisonnement der Engländer und ebenso des Botschafters ist nicht neu und muß und kann nur immer wieder durch Richtigstellungen und Erklärungen korrigiert werden. Dazu diente der Brief. Im übrigen verfahren die Engländer in obiger Ausführung geradezu verkehrt und politisch falsch, wenn sie sich „lieber auf andere stützen", als mit uns ein Freundschaftsverhältnis haben wollen! Das ist eben ein Fehler ex fundamentis, der in seinen Folgen in allerhand unmöglichen Situationen, die England selbst bedrücken, seinen Ausdruck findet. Dabei kann man sich nicht einfach beruhigen, sondern muß „Linderung" schaffen. An alle dem ist nicht unsere Flotte schuld, sondern die ganz verrückte „Dreadnought" Policy von Sir J. Fisher und His Majesty, welche vermeinten, uns damit „en demeure" zu setzen. Jetzt sehen sie und die getäuschten Briten ein, daß sie sich total geirrt haben, und daß sie damit ihre alte, große, bisherige Überlegenheit vernichtet haben, da alle Staaten sie nachmachen. Das hat die Briten nervös gemacht, da sie jetzt erst dahinter kommen. Sie müssen sich eben an unsere Flotte gewöhnen. Und von Zeit zu Zeit müssen wir ihnen versichern, es sei nicht gegen sie.

(gez.) Wilhelm I. R.

Nr. 8194

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 London, den 9. März 1908

Der Verlauf der heutigen Verhandlungen im Ober- und Unterhaus drückt deutlich den Wunsch der Führer beider Parteien aus, die Briefaffaire auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und der weiteren Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die Presse zu steuern. Lord Roseberys ernste Mahnung an die Presse wird ihre Wirkung nicht verfehlen.

Sir E. Grey sagte mir soeben aus eigenem Antriebe, er halte Veröffentlichung des Briefwechsels nicht für angezeigt wegen der zwar witzigen, aber kolloquialen Ausdrücke im kaiserlichen Briefe, die der Presse Veranlassung zu neuen und unerwünschten Kommentaren bieten würde. (Ich bin derselben Ansicht.) Nachdem Lord Tweedmouth ihm den Brief vorgelegt habe, sei er, Sir E. Grey, in Anbetracht des nicht amtlichen Charakters des Briefes zu der Ansicht gelangt, ihn nicht durch das Foreign Office zu beantworten, sondern Lord Tweedmouth die ebenfalls nicht amtliche Antwort zu überlassen.

Auf meine Frage, ob es ihm nicht angezeigt erscheine, im Parlament darauf hinzuweisen, daß König Eduard durch Seine Majestät den Kaiser vom Briefe an Tweedmouth in Kenntnis gesetzt worden sei*, erwiderte der Minister, er habe dies auch überdacht, es könne dies aber nicht ohne Einwilligung des Königs geschehen.

Schließlich bemerkte der Minister, daß das von Sir Frank Lascelles im Verfolg der Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser Euerer Durchlaucht übergebene Memorandum** vor Eingang des Briefes Seiner Majestät an Tweedmouth abgeschickt worden sei***.

Das Verhalten der leitenden Staatsmänner Englands bei dieser Gelegenheit ist würdig und geschickt, und unsere öffentliche Meinung kann sich damit zufrieden geben.

Metternich

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Für uns ist es meines Erachtens günstiger, daß die englische Regierung diese Version vertritt. Es wäre für uns unbequem, zugeben zu müssen, daß die englische Regierung sich über den Brief Seiner Majestät bei uns beschwert habe.

---

* Vgl. Nr. 8183.

** Siehe Nr. 8184.

*** Anscheinend hatte jedoch Sir Frank Lascelles, mit dem der Kaiser nach einem Privatbrief des Staatssekretärs von Schoen an Graf Metternich vom 3. März in ähnlichem Sinne gesprochen hatte, darüber an die englische Regierung berichtet. Ohne die Kenntnis der kaiserlichen Stellungnahme hätte das Foreign Office keine Veranlassung zur Übersendung seines Memorandums gehabt.

Nr. 8195

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 269 London, den 10. März 1908

In der Behandlung der durch den Briefwechsel Seiner Majestät des Kaisers mit Lord Tweedmouth entstandenen Fragen haben die leitenden Persönlichkeiten der beiden parlamentarischen Parteien den guten Willen gezeigt, zur Beruhigung der durch den Zwischenfall hervorgerufenen Erregung beizutragen und eine den deutsch-englischen Beziehungen am wenigsten abträgliche Lösung herbeizuführen. Umsomehr drängt sich dem aufmerksamen Beobachter die Tatsache auf, daß in den gestrigen Verhandlungen des Unterhauses über das Marinebudget direkte Hinweise auf die deutsche Flotte an die Stelle der früher meist in mehr abstrakter Form gefallenen Bezugnahmen auf die Flottenrüstungen fremder Mächte getreten sind, die den verschiedenen Rednern zum Ausgangspunkt für ihre Betrachtungen zu dienen pflegen.

Wie die in der Wiedergabe der „Times" gehorsamst beigefügten Parlamentsverhandlungen ergeben, bildeten Vergleiche mit der deutschen Marine ein Thema, das der parlamentarische Sekretär der Admiralität* seinen Ausführungen vielfach zu Grunde zu legen gezwungen war[1]. Sie bildeten ferner eine wesentliche Grundlage für die Kritik, die Mr. Balfour, der Führer der Opposition, an der Flottenpolitik des liberalen Kabinetts übte, wobei ihm die Frage, ob Deutschland zu Ende 1911 wirklich 13 Schiffe von der Dreadnought-Klasse haben werde im Vergleich zu nur 12 englischen Dreadnoughts, besondere Sorge zu bereiten schien.

Von den schüchternen Versuchen einiger Abrüstungsfreunde, einer größeren Sparsamkeit in den Ausgaben für Marinezwecke das Wort zu reden, sei der Antrag des bekannten Abgeordneten Murray Macdonald erwähnt, den Effektivbestand der englischen Marine um 8000 Mann herabzusetzen.

Es wäre im Interesse unseres Verhältnisses zu England sehr zu wünschen, wenn deutscherseits diesen bemerkenswerten Vorgängen im englischen Parlament nach außen hin möglichst wenig Beachtung geschenkt würde[2].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das liegt an den ganzen Artikeln die bereits im Januar inclusive Lord Eshers Brief** veröffentlicht und diskutirt wurden. Ebenso ist es das Programm der Opposition und der Ingoes stets uns vorzureiten!

[2] auf die Dauer nicht zu erreichen! und nicht das faktum zu beseitigen!

* Robertson.

** Vgl. Nr. 8181, S. 34, Fußnote.

Nr. 8196

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Nr. 399 Berlin, den 14. März 1908

Ganz vertraulich

Sir Frank Lascelles hat gelegentlich die Frage bei mir angeregt, ob das Euerer Exzellenz durch Erlaß Nr. 299 vom 2. d. Mts. mitgeteilte Memorandum der englischen Regierung über deren Stellung zur Flottenfrage* zu veröffentlichen sein möchte. Ich glaube diese Frage verneinen zu sollen.

Das Memorandum ist uns als Antwort der englischen Regierung auf den Brief Seiner Majestät des Kaisers und Königs an Lord Tweedmouth bezeichnet worden. Während Seine Majestät mit dem Briefe in erster Linie den Zweck verfolgte, der in England verbreiteten Theorie einer angeblichen Gefährdung Englands durch unsere Marinebauten entgegenzutreten, beschränkt sich das englische Memorandum hauptsächlich auf eine Kritik der auch im kaiserlichen Briefe erwähnten Preßtreibereien, ohne die eigentliche, die angebliche „deutsche" Gefahr abwehrende Tendenz der allerhöchsten Auslassungen richtig zu würdigen. Schon dieser Umstand dürfte gegen eine Veröffentlichung des Memorandums sprechen. Hierzu kommt, daß das Memorandum eine amtliche Antwort auf einen Privatbrief darstellt. Aus diesem Grunde würde, falls das Memorandum veröffentlicht werden sollte, auch dem Verlangen nach Veröffentlichung des kaiserlichen Briefes eine gewisse Berechtigung nicht versagt werden können, so daß diesbezügliche, nach Lage der Verhältnisse wohl zweifellos zu erwartende Anregungen und Wünsche des Parlaments und der Presse kaum mehr ignoriert oder zurückgewiesen werden könnten. Die Veröffentlichung des Memorandums würde daher zur Folge haben, daß die dank der verständnisvollen Behandlung seitens der dortigen Regierung inzwischen zur Ruhe gelangte Briefangelegenheit von neuem aufgerührt werden würde. Ob die daran sich anschließenden Parlamentserörterungen und Preßpolemiken zu einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen beitragen würden, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Eine Veröffentlichung des Memorandums dürfte hiernach nicht unbedenklich sein.

Euere Exzellenz bitte ich, diese Gesichtspunkte bei der dortigen Regierung, falls sich Ihnen ungesuchte Gelegenheit dazu bietet, mündlich zur Sprache bringen zu wollen.

Zu Euerer Exzellenz gefälligen Orientierung bemerke ich noch ergebenst, daß Seine Majestät sich neuerdings wiederholt dahin ausgesprochen

---

* Siehe Nr. 8184.

haben*, daß die englische Theorie von einer „deutschen Gefahr" immer wieder durch Richtigstellung und Erklärungen korrigiert werden müsse. Dazu diene auch sein Brief an Lord Tweedmouth. England sei das Ziel unserer Seerüstung genau mitgeteilt und könne daher seinen Vorsprung danach einrichten. Seine Sorgen könnten durch ein Freundschaftsverhältnis mit uns beseitigt werden, während seine bisherige Ententepolitik unser Volk auf die Dauer mit Mißtrauen erfüllen und ärgern müsse. Seine Nervosität sei nicht durch unsere Flotte verschuldet worden, sondern durch seine eigene verfehlte „Dreadnought"-Policy. Daß alle Staaten diese Politik nachmachen, habe die Briten nervös gemacht. Sie müßten sich aber an unsere Flotte gewöhnen, und von Zeit zu Zeit müßten wir ihnen versichern, daß unsere Flotte nicht gegen sie gerichtet wäre.

v. Schoen

Nr. 8197

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Zimmermann

Berlin, den 17. März 1908

Vielen Dank für Ihren interessanten Brief vom 8. d. Mts.**. Nachdem die Korrespondenzangelegenheit mit Lord Tweedmouth inzwischen im englischen Parlament eine so verständige Erledigung gefunden und die öffentliche Meinung und die Presse hüben und drüben sich daraufhin einigermaßen beruhigt hat, glaube ich, daß auch die zweifellos zu erwartende Erörterung der Frage im Reichstage*** zu keinen unliebsamen Weiterungen

* Siehe die kaiserliche Schlußbemerkung zu Nr. 8193.

** Siehe Nr. 8193.

*** Am 24. März fand eine Erörterung der Tweedmouth-Affäre im Reichstage statt. Fürst Bülow nahm Veranlassung, den Kaiser, dem er das Recht zu solchen Privatbriefen, auch politischen Inhalts, vindizierte, gegen die Unterstellung zu verteidigen, daß sein Brief bezweckt habe, den für das englische Marinebudget verantwortlichen Minister im deutschen Interesse zu beeinflussen. Im Zusammenhang damit nahm Fürst Bülow auch für Deutschland das Recht der Selbstbehauptung nachdrücklich in Anspruch. „Von diesem Rechte der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung macht auch Deutschland Gebrauch, wenn es sich eine Flotte schafft, die seinen Küsten und seinem Handel den notwendigen Schutz gewähren soll. Dieser defensive, dieser rein defensive Charakter unseres Flottenprogramms und unserer Flottenpolitik kann gegenüber den unaufhörlichen Versuchen, uns England gegenüber aggressive Absichten und Pläne anzudichten, nicht oft und nicht scharf genug hervorgehoben werden. Wir wünschen mit England in Ruhe und Frieden zu leben, und darum empfinden wir es bitter, daß ein Teil der englischen Publizisten immer wieder von der ‚deutschen Gefahr' spricht, obwohl die englische Flotte unserer Flotte mehrfach überlegen ist, obwohl andere Länder stärkere Flotten besitzen als wir und mit nicht geringerem Eifer an dem Ausbau ihrer Flotten arbeiten als wir. Trotzdem ist es Deutschland, immer wieder Deutschland und nur Deutschland, gegen das die öffentliche Meinung jenseits des Kanals durch eine rücksichtslose Polemik aufgeregt wird. Es würde, meine Herren, im Interesse der Beruhigung zwischen beiden Ländern, es würde im Interesse der all-

führen dürfte. Jedenfalls hoffe ich, daß die Briefwechselaffäre, wie auch Sir Ernest Cassel annimmt, eine nachhaltige Wirkung auf die deutsch-englischen Beziehungen nicht ausüben wird.

Was Sie von den phantastischen englischen Vorstellungen über unseren Flottenbau sagen, halte ich für durchaus zutreffend. Wenn aber danach alle Welt dort darüber einig ist, daß unsere Flotte eine Gefahr für England bilde, so werden wir uns um so mehr angelegen sein lassen müssen, die Engländer bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer von neuem darauf hinzuweisen, wie unbegründet und geradezu sinnlos ihre Besorgnisse nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für die Zukunft sind. Daß dies auch den Intentionen Seiner Majestät entspricht, ist Ihnen bereits an anderer Stelle mitgeteilt worden. Zur Widerlegung der englischen Besorgnisse vor unserer Flotte erscheint mir der Inhalt des kaiserlichen Briefes an Lord Tweedmouth wohl geeignet. Weiteres Material für diesen Zweck dürfte der hier beigefügte Artikel des Korvettenkapitäns a. D. Capelle „16 Jahre Linienschiffsbau"* bieten. Bemerkenswert ist auch das den Gegenstand behandelnde Entrefilet des „Figaro" vom 8. d. Mts. aus der Feder des bekannten, nichts weniger als deutschfreundlichen oder gar englandfeindlichen Publizisten Gaston Calmette, das mit den Worten: „En vérité, voilà bien du bruit pour une omelette!" beginnt, und in dem ferner ausgeführt wird, daß die englische Presse der Welt ein Schauspiel gebe, das man jenseits des Kanals als lächerlich bezeichnet haben würde, wenn es in einem anderen Lande vor die Öffentlichkeit getreten wäre.

Ich habe angeordnet, daß Ihnen auch in Zukunft nach Möglichkeit Material zur Zerstreuung der tatsächlich absurden englischen Besorgnisse vor unserer Flotte mitgeteilt wird. Indem ich Ihrer bewährten Geschicklichkeit vertrauensvoll die geeignete weitere Behandlung dieser für unsere Beziehungen zu England so heiklen Frage überlasse, bleibe ich . . .

Bülow

Nr. 8198

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 467 London, den 15. Mai 1908

Bei dem gestrigen Jahresdiner des „Iron and Steel Institute" hielt Sir Edward Grey eine Rede, in der er unter anderem folgendes ausführte:

gemeinen Beruhigung der Welt liegen, wenn diese Polemik aufhörte. So wenig wir England das Recht bestreiten, sich auf denjenigen Flottenstandard einzurichten, den seine verantwortlichen Staatsmänner für notwendig halten, um die britische Weltmacht aufrecht zu erhalten, ohne daß wir darin eine Drohung gegen uns erblicken, so wenig kann man es uns verargen, wenn wir nicht wünschen, daß unsere Schiffsbauten als eine gegen England gerichtete Herausforderung hingestellt werden!"

* Deutsche Tageszeitung vom 15. März 1908.

Der Friede sei leider nicht mehr so billig wie früher. Die Bewaffnungslasten wüchsen allenthalben in der Welt mehr und mehr.

Es sei selbstverständlich wünschenswert, daß diese Lasten verringert würden, weil sie nur durch Anleihen oder durch erhöhte Steuerlasten aufgebracht werden könnten.

Erhöhte Steuerlasten aber minderten die Renten der Industrie, und Anleihen entzögen der Industrie die nötigen Kapitalien. Er müsse indessen zugunsten der Industrie betonen, daß, so wünschenswert es sei, daß die Ausgaben für Bewaffnungszwecke reduziert würden — wünschenswert für jede Nation —, eine Nation ohne diesen Aufwand hülflos sei.

Die Regierung sei sich darüber klar, so sehr sie diese Kosten verringern möchte, daß insbesondere der englische Aufwand für die Flotte von den Aufwendungen anderer Länder abhängig sei und bleibe. England sei bereit, die Frage mit anderen Nationen zu diskutieren, wenn diese gleichfalls die gegenseitige Abhängigkeit der Rüstungen zugäben[1].

Aber für England sei die Flotte ein rein defensiver Machtfaktor und deshalb ein wesentlicher Machtfaktor; denn wenn Englands maritime Stellung je so tief herabsinken sollte, daß es unfähig werde, sich mit irgend einer denkbaren Kombination zu messen, die gegen es zusammengebracht werde, so würde nicht nur sein Wohlergehen auf dem Spiele stehen, sondern es würde sich handeln um die Unabhängigkeit und den Bestand des Englischen Reiches.

Stumm

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nein!

Nr. 8199

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Hammann

Abschrift

[pr. 22. Juni 1908]

Nachdem Sir Ernest Cassel gelegentlich den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, mit Ballin eine vertrauliche Unterredung über die deutsch-englischen Beziehungen zu haben, ist Ballin kürzlich einer direkten Einladung folgend mit ihm zusammengetroffen*. Sir Ernest leitete das Gespräch mit der Erklärung ein, daß er lange schon das Bedürfnis gehabt habe, aus seiner genauen Kenntnis des Königs heraus als Privatmann zu dem Privatmann die gegenwärtige Lage zu besprechen. Er habe nicht vergessen, daß er in Deutschland geboren sei, und möchte dazu beitragen,

---

* Vgl. dazu B. Huldermann, Albert Ballin, S. 208ff., und O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 52ff.

eine gefährliche Entwickelung der bestehenden Rivalitäten zu verhüten. Der König sei aufs tiefste davon durchdrungen, daß der rasche Ausbau der deutschen Flotte die englische Stellung zur See bedrohe. Zwar wisse der König, daß sein Neffe niemals leichtfertig auf Händel ausgehen werde und seiner innersten Natur nach den Schrecken eines Krieges widerstrebe. Möchte daher auch in den Jahren, die ihm — dem König — noch beschieden seien, kein englisch-deutscher Krieg ausbrechen, so müsse er doch dafür sorgen, seinem Sohne die ihm überkommene Stellung Englands auf den Meeren so zu hinterlassen, daß sie auch der Nachfolger des Kaisers nicht anfechten könne.

Auf die Bemerkung Ballins, daß doch die ruhmreiche englische Flotte bei ihrer notorischen Übermacht die junge deutsche Flotte nicht zu fürchten brauche, erwiderte Sir Ernest: Man wisse in englischen Fachkreisen sehr genau, daß die Verstärkung der deutschen Flotte erheblich größer sei, als es nach den amtlichen Darstellungen im Deutschen Reichstage scheine. Obwohl nun der König nicht bezweifele, daß die englische Flotte nicht nur der Schiffszahl nach immer überlegen bleiben werde, sondern auch technisch in bezug auf Material, Konstruktion und Armierung hinter der deutschen keineswegs zurückstehe, so flößten ihm doch die Vorzüge des deutschen Systems der Bemannung und sein tiefer Respekt vor der Tüchtigkeit der deutschen Seeoffiziere die Besorgnis ein, daß die deutsche Überlegenheit im Menschenmaterial die englische Überlegenheit der Schiffszahl aufwiegen könne. England habe im Burenkriege erfahren, wie schwer es sei, einen an Zahl schwächeren, aber todesmutigen Feind niederzuringen. Die Sorge vor der deutschen Gefahr sei die treibende Kraft für die ganze Ententenpolitik des Königs und diese ein Beruhigungsmittel für jene. Daher sei auch in Reval* den Russen der Rat gegeben worden, auf den Neubau der Flotte zu verzichten und alle Kraft auf das Landheer zu verwenden.

Als Cassel andeutete, daß eines Tages England im Einverständnis mit Frankreich und Rußland an Deutschland die Frage richten könne, wann es in der Verstärkung seiner Rüstung zur See Halt zu machen gedenke, erwiderte Ballin: Da biete sich Sir Ernest in seiner Vertrauensstellung zum König Gelegenheit, diesem und der Sache des Friedens einen großen Dienst zu erweisen, indem er keinen Zweifel darüber aufkommen lasse, daß eine solche Anfrage der Krieg sei. Deutschland werde sich einem solchen Versuch zu einem Faschoda mit aller Kraft widersetzen.

Im weiteren Verlaufe der Unterredung äußerte Cassel, der gegenwärtige Zustand der Reichsfinanzen — über den er sich genau unterrichtet zeigte — würde es Deutschland sehr schwer machen, einen Krieg zu beginnen. Dabei wies der Finanzmann darauf hin, welchen großen Einfluß gegenwärtig die wechselseitigen Geldinteressen für die politischen Beziehungen der Länder erlangt hätten, und wie abhängig die kapitalbedürftigen von den

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8810, S. 459, Fußnote *.

Geld leihenden Ländern geworden seien. Allerdings gebe es auch für die großen Gläubigerstaaten unbequeme Lagen, so jetzt für England, nachdem die Vereinigten Staaten den größten Teil ihrer japanischen Schuldtitel nach England abgeschoben hätten. Das Mißverhältnis zwischen Militärlasten und wirtschaftlichem Vermögen trete in Japan immer deutlicher hervor und, vor die Wahl zwischen Auspowerung des Volkes oder Verzug in der Zinszahlung gestellt, werde sich der geriebene Japaner am Ende lieber für den letzteren entscheiden.

Im Constitutional Club in London hörte Ballin den Vortrag eines Parlamentsmitglieds, das unter allgemeiner Zustimmung ausführte: Die Lage Englands sei nicht so günstig, als es nach der Ententenpolitik scheine. Zur Zeit der Queen habe man viel bessere Bilanz gehabt; was jetzt auf der Kreditseite stehe, seien zum Teil Forderungen an schlechte Schuldner wie Spanier, Portugiesen, Japaner, deren politisches Wohlverhalten England zu hoch bezahle. Man dürfe sich durch Bilanzverschleierung nicht über den Wert der Ententen täuschen lassen.

Ballin hat die Äußerungen Cassels gestern nach dem Mahle beim Grafen Götzen und heute nach dem Gottesdienst auf der „Hohenzollern" Seiner Majestät vorgetragen. Der Kaiser sprach sich gestern bitter über die ihm und Ihrer Majestät angetane Kränkung aus, daß der König den in Windsor im vergangenen Herbst verabredeten Besuch des englischen Königspaares in Berlin später brieflich wieder abgesagt habe. Seine Majestät versicherte, daß er den Boden Englands so bald nicht wieder betreten werde.

(gez.) Hammann

Kapitel CLXXVI

Die Englisch-Französische Intimität
Präsident Fallières in London
Frühjahr 1908

Nr. 8200

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Abschrift

Nr. 373 London, den 16. April 1908

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, sich die Frage vorzulegen, inwieweit der Wechsel in der Person des englischen Premierministers* geeignet ist, einen Einfluß auf die äußere Politik der englischen Regierung auszuüben. Mr. Asquith ist seit langem durch freundschaftliche Beziehungen mit Sir Edward Grey verknüpft und vertritt dieselbe politische Richtung wie dieser, d. h. einen gemäßigten Imperialismus innerhalb der durch die Grundprinzipien des Liberalismus, wie beispielsweise den Freihandel, gezogenen Schranken. Es kann daher angenommen werden, daß der neue Premierminister in der Leitung der äußeren Politik seinem Ressortkollegen völlig freie Hand lassen und daß daher diese Politik in ihren allgemeinen Tendenzen eine Änderung nicht erfahren wird. Wenn auch Sir Henry Campbell-Bannerman sich direkter Eingriffe in das Gebiet der auswärtigen Politik im allgemeinen enthalten hat, so ist doch andererseits nicht zu verkennen, daß ihn sein Idealismus und seine extremradikalen Anschauungen gelegentlich fortgerissen und zu einer Stellungnahme auch in äußeren Fragen veranlaßt haben, die dem Leiter des Ministeriums des Äußern etwas unbequem geworden sein und ihn gezwungen haben dürfte, mitunter den sentimental-humanitären Forderungen des extremen englischen Liberalismus weiter nachzugeben, als das seinen eigenen Überzeugungen entsprochen haben mag. Ich darf an das: La Douma est morte, vive la Douma! des Premierministers** erinnern, das den Förderern der englisch-russischen Verständigung jedenfalls recht ungelegen kam. Ich erinnere ferner an die Illusion, die sich Sir Henry Campbell-Bannerman in der Abrüstungsfrage gemacht hat. Auch die Geister, die den Minister des Äußern jetzt immer weiter in der mazedonischen Frage*** drängen, entstammen dem Ideenkreise, auf dem sich die

* Am 6. April 1908 war der bisherige Kanzler der Schatzkammer H. H. Asquith an Stelle des schwer erkrankten Sir H. Campbell-Bannerman († 22. April) als Premierminister getreten.

** Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLX, Nr. 7358, Fußnote **.

*** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXC.

Weltanschauung des früheren Premierministers aufbaute. Ohne Sir Henry Campbell-Bannerman als einflußreichen Fürsprecher würden die englischen Abrüstungsidealisten schwerlich die Regierung vermocht haben, sich im Haag so weit zu exponieren, wie sie das trotz der ziemlich sicheren Voraussicht eines Mißerfolges getan hat. Was aber die mazedonische Frage betrifft, so sagt mir auch Graf Benckendorff, daß er, ohne sich allerdings allzu großen Illusionen in dieser Hinsicht hinzugeben, sich von dem Ministerwechsel einen mäßigenden Einfluß auf den Reformeifer der englischen Regierung verspricht.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der russische Botschafter dabei an die Möglichkeit denkt, auf den neuen Premierminister einen gewissen persönlichen Einfluß auszuüben. Herr Asquith unterhält freundschaftliche Beziehungen zur russischen Botschaft, deren Genesis vielleicht darin zu suchen ist, daß Mr. Asquith einer der ersten englischen Staatsmänner gewesen ist, die einer Verständigung Englands mit Rußland in Asien das Wort geredet haben. Am 10. Juni 1898 hat anläßlich der Debatte im Unterhause, die in Anknüpfung an die Rede stattfand, in der Mr. Chamberlain in Birmingham den Gedanken eines engeren Zusammenschlusses zwischen England und Deutschland lanciert hatte, Mr. Asquith eine Rede gehalten, in der er sich gegen eine deutsch-englische Allianz mit antirussischer Spitze aussprach und als erstrebenswertes Ziel Freundschaft und Zusammengehen mit Rußland in Asien bezeichnete. Es ist mir ferner bekannt geworden, daß Herr Iswolsky im Frühjahr 1906, kurz vor seiner Ernennung zum Minister des Äußern, gelegentlich eines kurzen Privatbesuchs in London eine Zusammenkunft mit Mr. Asquith im Hause des Herrn Poklewsky gehabt hat.

Ich erwähne dies nicht etwa, um gleichzeitig anzudeuten — ich möchte dem ausdrücklich vorbeugen —, daß wir mit Herrn Asquith als mit einem Faktor rechnen müssen, der geneigt sein könnte, gelegentlich sein Votum zugunsten eines engeren Anschlusses an Rußland auf Kosten Deutschlands in die Wagschale zu werfen. Ich höre vielmehr allseitig, daß Herr Asquith die Ansichten seines Amtsvorgängers über das Wünschenswerte guter Beziehungen zu Deutschland durchaus teilt, und daß er seinen Anschauungen in dieser Hinsicht speziell noch gelegentlich des Tweedmouth-Zwischenfalls*, zu dessen glatter Beilegung er nach Kräften beigetragen hat, unzweideutigen Ausdruck verliehen hat. Ich erwähne es lediglich, um auf einige Nuancierungen vorzubereiten, die die auswärtige Politik Englands in der Zukunft möglicherweise aufweisen wird, und die unter anderm in der mazedonischen Frage zum Ausdruck kommen können. Wie diese Frage vielleicht fernerhin eine etwas ruhigere, den Einflüssen sentimentaler Strömungen weniger unterworfene Behandlung erfahren wird, so müssen wir uns umgekehrt darauf gefaßt machen, daß in der Frage der Rüstungen Englands zur See die liberale Regierung von jetzt

---

* Vgl. darüber Kap. CXXV, Nr. 8181 ff.

ab eine entschiedenere Haltung einnehmen wird als bisher. Herr Asquith ist nicht der Mann, sich durch das Drängen der Parteiidealisten an dem von ihm als richtig erkannten und verfochtenen Grundsatz der unbedingten Aufrechterhaltung der englischen Suprematie zur See irre machen zu lassen. Für jedes deutsche Schiff zwei englische ist ein Prinzip, das in Zukunft konsequent zur Durchführung gebracht werden dürfte, und die Aufgabe des neuen ersten Seelords Mr. M'Kenna, den ich vor einigen Tagen als eine außerordentlich unterrichtete und energische Persönlichkeit kennen gelernt habe, wird es sein, dieses Prinzip in möglichst ökonomischer Weise zu verwirklichen*. Die Stimmen, die aus dem unionistischen Lager Herrn M'Kenna als „little Englander" mit Mißtrauen empfangen haben, sind, wie ich von einer dem Minister nahestehenden Seite höre, durchaus auf dem Holzwege.

(gez.) Stumm

Nr. 8201

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 504 London, den 26. Mai 1908

Präsident Fallières ist gestern nachmittag, begleitet von Herrn Pichon, hier eingetroffen.

In Dover, wo sich die Kanalflotte zu seinem Empfange versammelt hatte, begrüßte ihn Prinz Arthur von Connaught im Auftrage Seiner Majestät des Königs. Zu der bald nach 4 Uhr in London stattfindenden Ankunft hatte sich Seine Majestät König Eduard, der Prinz von Wales, der Premierminister, Sir Edward Grey und eine Reihe anderer Minister und offizieller Persönlichkeiten auf dem Bahnhofe eingefunden. Seine Majestät der König begleitete alsdann den Präsidenten in feierlichem Zuge nach St. James' Palace, wo er für die Dauer seines Aufenthaltes wohnt. Am Abend fand im Buckingham Palace ein Bankett statt, bei dem Seine Majestät König Eduard den Präsidenten in französischer Sprache willkommen hieß und die Hoffnung aussprach, daß die Entente eine dauernde sein möge, da sie für die Wohlfahrt und das Gedeihen der beiden Länder wie für die Erhaltung des Friedens notwendig sei. Der Präsident dankte für den herzlichen Empfang, der ihm durch den König und die Stadt London zuteil geworden sei, und der sich an das Land richte, welches er vertrete. Frankreich erblicke in dem Besuch eine Bestätigung des freundschaftlichen Einvernehmens, das zwischen beiden Ländern bestehe, und das sich zum beiderseitigen Heil und im Interesse des Friedens zweifellos immer inniger gestalten werde. Heute findet der

* Vgl. dazu des näheren Kap. CLXXVII.

Besuch der englisch-französischen Ausstellung durch den König und den Präsidenten statt.

Die Presse hebt die besondere und ungekünstelte Herzlichkeit hervor, mit der der Präsident empfangen worden sei, und ergeht sich in weiteren Lobeshymnen auf die Entente cordiale, die von der Sympathie der beiden Nationen getragen werde.

Der „Manchester Guardian" weist auf die Dienste hin, die die Entente der Sache des Friedens geleistet habe. Frankreich habe England zu einer Verständigung mit Rußland* verholfen. „Die beste Gegenleistung hierfür", so bemerkte das Blatt, „würde darin bestehen, daß wir zwischen Frankreich und Deutschland vermittelten."

P. Metternich

Nr. 8202

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 301 Paris, den 27. Mai 1908

Es ist unverkennbar, daß der Besuch des Präsidenten der Republik in London das Selbstgefühl der Franzosen in hohem Maße gesteigert hat[1]. Der Umstand, daß der Anwesenheit des französischen Staatsoberhaupts am englischen Hofe das Zusammentreffen König Eduards mit dem Zaren** unmittelbar folgen soll, die herzliche Aufnahme, die dem Präsidenten überall bereitet worden ist, und namentlich die in den Trinksprüchen beim Festmahl im Buckinghampalast gebrauchten Worte „entente permanente" und „entente resserrée" wirken zusammen, um die hiesige Presse fast durchweg in überschwenglichen Artikeln von der Innigkeit der Freundschaft mit England und ihrer hohen Bedeutung für Frankreichs europäische Stellung sprechen zu lassen. Dabei werden die erwähnten Ausdrücke in den offiziellen Toasten meist dahin aufgefaßt, als dürfe man glauben, daß der Abschluß eines regelrechten Bündnisvertrages, wenn auch vielleicht noch nicht erfolgt, so doch im Begriff sei perfekt zu werden. Trotz der in den Trinksprüchen enthaltenen Betonung des Friedensgedankens wird sodann meist die Tripleentente zur Tripleallianz in ziemlich scharfen Gegensatz gebracht[2] und als eine Mächtegruppierung bezeichnet, die wohl imstande sei, dem „zentraleuropäischen Block" Schach zu gebieten.

Höchst überraschend wirkte bei diesen fast die ganze ernstere Presse in gleicher Weise beherrschenden Auffassungen der gestrige Artikel des „Temps", nach welchem Herr Tardieu den in London geäußerten Wünschen

---

* Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXIII.

** Am 9./10. Juni 1908 fand die Zusammenkunft des englischen Königspaars mit dem Zarenpaar in Reval statt. Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIX.

nach festerer Gestaltung des französisch-englischen Verhältnisses nur mit dem Vorbehalt zustimmen will, daß England sein Landheer von Grund aus einer Umformung unterzieht. Erstaunt fragt man sich, welche Beweggründe diesmal dem enfant terrible die Feder geführt haben*. Entweder, so hört man, liege eine Verabredung mit der englischen Militärpartei vor, oder aber — und dies scheint mir die richtige Lösung des Rätsels — Herr Tardieu hat wieder einmal seiner an Größenwahn grenzenden Sucht nachgegeben, nur seine eigenen Wege zu wandeln, ganz besonders, wenn ihn diese in Widerspruch mit der übrigen öffentlichen Meinung setzen. Gegen den Artikel ist sofort von der heutigen Presse in versteckter Weise polemisiert worden, und mit Spannung scheint man auf das Echo zu lauschen, das er jenseits des Kanals finden wird.

Nicht unerwähnt möchte ich übrigens lassen, daß, wie ich selber festzustellen Gelegenheit hatte, hier vielfach die wachsende französisch-englische Intimität als Erklärung dafür angesehen wird, wenn die Haltung der deutschen Presse gegenüber Frankreich neuerdings unfreundlicher geworden sei. Die Mißstimmung und die Besorgnis, so meint man, welche bei uns die öffentliche Meinung über die Stärkung der Freundschaft zwischen unseren westlichen Nachbarn empfinde[3], suchten sich in dieser Weise Luft zu machen.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das soll es wohl!
[2] natürlich
[3] die ist vernünftiger sie escomptirt den Vorfall und verstärkt ihre Rüstungen! und wird Steuern bewilligen!

Nr. 8203

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148 Wien, den 27. Mai 1908

Die heutige „Wiener Allgemeine Zeitung", die enge Fühlung mit hiesiger französischer Botschaft unterhält, erfährt aus „sehr gut unterrichteten diplomatischen Kreisen", daß bei dem Besuch des Präsidenten Fallières in London die Frage des englisch-französischen Handelsvertrags, insbesondere die Sicherung des jetzigen handelspolitischen Verhältnisses auf lange Zeit im Vordergrund stehe. Frankreich wolle damit erreichen, von einem eventuellen Sieg der schutzzöllnerischen Richtung in England nicht betroffen zu werden.

---

* Vgl. den Kommentar, den der belgische Gesandte Baron Greindl in seinem Bericht vom 12. Juni über den Tardieuschen Artikel gibt. Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 58.

Große Bedeutung lege man den Worten des Königs bei, der davon gesprochen, die entente cordiale möge zu einer entente permanente werden; man sehe darin eine Anspielung auf eine Allianz, deren Vorbedingung eben in der Festlegung des jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen England und Frankreich liegen würde.

In der Marokkofrage könne während des Besuchs des Präsidenten eine neue Orientierung der französischen Politik in der Richtung erfolgen, daß es Mulay Hafid* als Sultan anerkenne.

Der Grund zu der wirtschaftlichen entente cordiale, deren Verwirklichung jetzt in London versucht werde, sei vom König anläßlich seines letzten Besuchs in Paris und von Clemenceau bei dessen Anwesenheit in London beim Begräbnis Sir Campbell-Bannermans gelegt worden.

Tschirschky

Nr. 8204

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 161 London, den 29. Mai 1908

Sir Charles Hardinge sagte mir, daß in der von der Presse fälschlich kommentierten Ansprache König Eduards und der Antwort des Präsidenten nichts weiter als die Entente betont worden sei. Von Allianz sei gar keine Rede. England denke nicht daran, sich in europäische Allianzen zu verwickeln. Auch sei es reiner Zufall, daß dem Besuch des Präsidenten der Besuch in Reval bald folge. Seit zwei Jahren biete sich zum Besuch des Königs beim Zaren jetzt zuerst eine günstige Gelegenheit. Sir E. Grey erklärte gestern im Unterhause, kein neuer Vertrag und keine neue Abmachung mit Rußland sei beabsichtigt.

Metternich

Nr. 8205

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 525 London, den 30. Mai 1908

Der unermeßliche Jubel, mit dem, nach den Zeitungen zu urteilen, Präsident Fallières hier empfangen worden sein soll, ist nichts als eine tendenziöse Übertreibung. Der Präsident wurde, wie dies zu erwarten war,

* Über den Thronstreit Abdul Asis' und Mulay Hafids vgl. Kap. CLXXIX und das deutsche Weißbuch: Aktenstücke über Marokko September 1906 bis April 1908, S. 46ff.

freundlich begrüßt, aber von der grenzenlosen Begeisterung in den Straßen, wovon die Zeitungen faseln, war nichts zu bemerken. Hiervon habe ich mich selbst überzeugt, und dies haben mir auch andere berichtet. Die Persönlichkeit des Herrn Fallières hat hier in Hofkreisen nicht so gefallen wie die seines Vorgängers. Auch das mürrische Äußere des Herrn Pichon und sein verschlossenes Wesen haben hier weniger eingenommen als die Beweglichkeit seines Vorgängers vor vier Jahren. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die entente cordiale nicht allseitig nach wie vor hier auf das freudigste begrüßt wird, wenn auch die unliebsamen Erörterungen über Allianz und die Wehrkraft Englands zu Lande* einen kleinen Schatten in die Feststimmung hineingeworfen haben. Im Gegensatze zu dem Besuche vor vier Jahren hat es allen Anschein, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß diesmal nicht die Grundlage zu ferneren, weittragenden Abmachungen gelegt worden ist.

Das übermütige Triumphgeschrei eines Teiles der englischen und französischen Presse, welche anfangs des präsidentiellen Besuches die Entente zu einem Bündnis erweitern wollte, hat die unerwartete Wirkung gehabt, daß die Ernüchterung auf dem Fuße gefolgt ist. Auch können wir es, scheint mir, mit Ruhe hinnehmen, wenn die französische Presse jetzt, nachdem die öffentliche Meinung bei uns sich nicht ungerechtfertigterweise über das militärische Vordringen der Franzosen in Marokko erregt hat, herausfordernd antwortet und sich mit der Stärke Frankreichs und mit Freunden und Bundesgenossen brüstet. In den 70er und 80er Jahren zu Zeiten Bismarcks, als Frankreich darniederlag und ohne Bundesgenossen und Freunde war, trat die Efferveszenz des französischen Nationalcharakters, wenn es zu Kontroversen mit Deutschland kam, noch stärker zutage als jetzt. Auch die berühmten kalten Wasserstrahlen hatten weniger die Wirkung der Beruhigung als vielmehr die des Tropfens auf das heiße Eisen: es zischte und schäumte, bis der Dampf verflogen war.

Als ich dem Präsidenten Fallières vorgestellt wurde, erkundigte er sich nach dem Befinden Seiner Majestät des Kaisers und ersuchte mich, de transmettre ses meilleurs compliments à Sa Majesté. Gestern hatte ich bei und nach einem Diner auf der französischen Botschaft noch eine längere Unterhaltung mit dem Präsidenten über gleichgültige Dinge. Auch mit Herrn Pichon tauschte ich eine Anzahl höflicher Bemerkungen aus. Beide Herren rühmten mit Wärme ihre ausgezeichneten Beziehungen zum Fürsten Radolin.

In dem Festprogramm figurierte auch ein Diner für den Präsidenten auf dem Foreign Office, wozu außer englischen und französischen Herren nur der russische Allianz-Botschafter geladen war. Meine Kollegen machten sich über dieses komische Intermezzo lustig und auch Graf Benckendorff schien über diese Auszeichnung etwas verlegen zu sein.

P. Metternich

---

* Vgl. Nr. 8202 mit Fußnote, S. 61.

Nr. 8206

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 47 Berlin, den 1. Juni 1908

Geheim

Selbst entziffern.

Ew. pp. telegraphische Meldungen über den Besuch des Präsidenten Fallières sind mir von Interesse und Wert gewesen. Dankbar wäre ich für weitere eingehende schriftliche Berichterstattung über die durch den Besuch des Präsidenten Fallières in London und den bevorstehenden Besuch König Eduards in Rußland nach Ihrer Ansicht geschaffene politische Weltlage*.

Wie Sie aus der Presse ersehn haben werden, sind in Deutschland Besorgnisse laut geworden, daß die sogenannte Einkreisungspolitik König Eduards weitere Fortschritte gemacht habe, und daß in unabsehbarer Zeit auf ein aggressives Vorgehn Englands gegen Deutschland gerechnet werden kann**. Wie beurteilen Ew. pp. die Stimmung in England, wie Sie dieselbe nach Ihrer Rückkehr vom Urlaub vorgefunden haben? Wie hat der französische Besuch auf diese Stimmung gewirkt? Ich bitte Ihren Bericht so abzufassen, daß er auf die vorliegende Anfrage nicht Bezug nimmt und Seiner Majestät vorgelegt werden kann, der, wie ich ganz vertraulich bemerke, die gegenwärtige Situation eher pessimistisch auffaßt.

Bülow

Nr. 8207

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 535 London, den 1. Juni 1908

In Beantwortung des Erlasses Nr. 854 vom 28. v. Mts.*** darf ich mit Bezug auf die Allianzfrage zwischen England und Frankreich auf meine

---

* Vgl. Nr. 8209.

** Diese Besorgnisse waren nicht bloß in der deutschen Presse laut geworden. Auch der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl machte sie sich durchaus zu eigen. Vgl. dessen Bericht vom 30. Mai 1908: „Qu'on l'appelle alliance, entente ou comme l'on voudra, le groupement des puissances préparé personnellement par le Roi d'Angleterre, existe et s'il n'est pas une menace directe et prochaine de guerre pour l'Allemagne (ce qui serait trop dire), il n'en constitue pas moins une diminution de sécurité." Deutsches Weißbuch: Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 57.

*** Durch Erlaß Nr. 854 vom 28. Mai war Graf Metternich das Telegramm Nr. 148 aus Wien (siehe Nr. 8203) mit dem Ersuchen, sich dazu zu äußern, mitgeteilt worden.

Telegramme 160 und 161* sowie auf Bericht Nr. 525 vom 30. v. Mts.** verweisen.

Außer Sir Ch. Hardinge hat mir auch der gut unterrichtete Minister Harcourt, ferner der politische Privatsekretär Sir E. Greys*** und heute dieser selbst spontan die Versicherung gegeben, daß an den angeblichen Bündnisverhandlungen kein wahres Wort sei. Sir Charles Hardinge hat auch dem österreichischen Botschafter im selben Sinne gesprochen.

Hinsichtlich der angeblichen Handelsvertragsverhandlungen gestatte ich mir auf die Berichte Nr. 481 und 505 vom 19. und 26. v. Mts. zu verweisen. Sir E. Grey bestätigte mir heute, daß lediglich Besprechungen administrativer Natur stattgefunden hätten. Mit welchem Ergebnis, sagte er nicht. Nach Cambon handelt es sich, wie schon gemeldet, um die Aufhebung der surtaxe d'entrepôt in Frankreich gegen Herabsetzung der Weinzölle in England. Das Wort Handelsvertrag ist, wie Cambon mir sagte, überhaupt nicht ausgesprochen worden. Sir E. Grey bemerkte mir heute, Handelsvertragsverhandlungen fänden nicht statt.

Es ist wohl möglich, daß, wenn es gelingen sollte, auf administrativem Wege Handelserleichterungen zu schaffen, mit der Zeit an Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und England geschritten werden wird. Es ist aber verfrüht, davon jetzt zu reden, und auch gar nicht abzusehen, ob es dazu kommt. Ob dann endlich aus einem Handelsvertrag die politische Allianz sich entwickeln wird, dürfte die „Wiener Allgemeine Zeitung" ebensowenig wissen, wie irgend jemand anders oder die Nächstbeteiligten selbst. Augenblicklich wird die Allianz meines Erachtens zwischen der englischen und der französischen Regierung weder besprochen noch von einer der beiden Regierungen gewünscht. Ob sie einmal abgeschlossen werden wird, weiß niemand und hängt von der Entwicklung der Dinge ab. Höchst wahrscheinlich wird sie eintreten, sobald wir mit Frankreich in Krieg geraten sollten. Denn es gilt allmählich als politisches Axiom beider Parteien in England, daß Frankreich nicht noch einmal aus einem Kriege mit Deutschland geschwächt hervorgehen dürfe.

Die Anerkennung Mulay Hafids wird weit mehr von seinem eigenen Erfolg als von der Reise des Präsidenten nach London abhängen.

Metternich

Nr. 8208

Bericht des Militärattachés in London Hauptmanns Ostertag

Abschrift

London, den 4. Juni 1908

Der Besuch des Präsidenten Fallières in London hat in der Presse eine offene Besprechung der Möglichkeit eines militärischen Bündnisses

* Siehe Nr. 8204.
** Siehe Nr. 8205.
*** W. G. Tyrrel.

Englands mit Frankreich an Stelle der Entente veranlaßt. Die vom „Temps" hierzu abgegebene Erklärung, daß England als militärischer Verbündeter für Frankreich wertlos sei*, hat wiederum in der englischen Presse Äußerungen für und gegen eine Verstärkung der Armee hervorgerufen, die England auch zu Lande einen gewissen Wert als militärischer Bundesgenosse verschaffen würde.

Einzelne Blätter haben sich deutlich dagegen ausgesprochen, indem sie meinten, daß man wie bisher auch weiterhin ohne ein starkes Heer auskommen müsse. Ein Blatt warf dem „Temps" Taktlosigkeit vor. Andere Zeitungen, namentlich die konservativen Organe der Militärpartei, wenn man eine solche unter Mitwirkung der „National Service League" als bestehend annimmt, haben sich nicht gerade für den französischen Vorschlag ausgesprochen, doch benutzen sie die dargebotene Gelegenheit, um der Regierung wegen der militärischen Schwäche des Landes Vorwürfe zu machen.

Besonders wohltuend klingen die offenherzigen Mahnungen, die der liberale Labouchère in seinem Blatte „Truth" (vom 3. d. Mts.) hören läßt. Selbst französischer Herkunft sagt er: „... Ich bin jetzt dazu gelangt, dem überschwenglichen, aus der entente cordiale herausquellenden Strome zu mißtrauen. Da ich meine Landsleute (die Franzosen) kenne, sehe ich entweder eine schädliche Reaktion oder einen noch schädlicheren Versuch entstehen, aus lediglich internationalen Gefühlen ein gefährliches militärisches Bündnis zu bilden.

... Wer unter uns (den Engländern) von einer solchen Allianz träumt, hält sie für eine Sicherung des europäischen Friedens. Dieser Frieden wird am besten gewahrt, wenn jede Nation sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmert und sich jeden Zankes mit dem Nachbarn enthält. Wollen wir als militärische Verbündete Frankreich nützlich sein, so müssen wir zuerst ein Heer zum Kampfe gegen Frankreichs mögliche Gegner auf dem Kontinente aufstellen, was ja auch freimütig von den Anhängern eines solchen Bündnisses zugegeben wird. Es wäre reiner Wahnsinn anzunehmen, daß dies zum europäischen Frieden führen würde. Die augenblicklichen Friedensgarantien der kontinentalen Mächte würden eine Störung erfahren, und wir würden in die Folgen verwickelt werden.

Die beste Gewähr für den Frieden Europas ist, daß die drei Nationen (Deutschland, Frankreich und England), die so vieles gemein haben, und deren Interessen so eng miteinander verknüpft sind, ihren gegenseitigen Argwohn, Hader und Neid beiseite legten. Dies wird jedoch niemals angesichts eines „Einvernehmens" zwischen zwei von ihnen geschehen, das allen Anschein hat, heimlich gegen den Dritten gerichtet zu sein."

Die früher durch den Pariser „Matin" aufgerollte Frage der etwaigen Mitwirkung Englands auf französischer Seite im Falle eines deutsch-französischen Krieges ist auch wieder etwas in den Vordergrund gerückt.

---

* Vgl. Nr. 8202.

Wohl hat man hier im Parlament offiziell und auch an anderer Stelle das Bestehen einer festen Abmachung hierüber geleugnet. Wenn ich aber die Bedeutung des Geistes zusammenfasse, der wie ein roter Faden durch die militärische Literatur der letzten zwei Jahre hindurchschimmert — die sich freilich nicht gezwungenermaßen mit der Ansicht des gesamten Volkes deckt —, so glaube ich behaupten zu müssen, daß wir im Falle eines jetzt oder in der nächsten Zukunft ausbrechenden Konfliktes zwischen uns und Frankreich auch England so gut wie sicher gegen uns haben würden.

Es fragt sich, wie sich diese englische Hilfe für die Franzosen in der Hauptsache gestalten würde. Die Flotte wird in der Nordsee versuchen, die unsrige zu einer Seeschlacht herauszulocken, um ihr dank der augenblicklichen und ja auch für lange hinaus bestehenden numerischen Überlegenheit ein Tschusima zu bereiten. Diese Ansicht habe ich öfters entweder direkt oder zwischen den Zeilen lesbar in den verschiedensten Abhandlungen über einen Zukunftskrieg gefunden und auch aus Gesprächen mit Offizieren des britischen Heeres und der Marine herausgehört. Besonders ist mir aufgefallen, daß man dabei auf das Gelingen eines Überfalls hofft, d. h. daß man ein oder mehrere ältere Schiffe als Lockspeise anbietet und unter Umständen opfert, um dann über den siegreichen Feind mit neuen Kräften herzufallen. Wenigstens glaube ich, daß List und Verschlagenheit eine nicht unbedeutende Rolle in der Kriegsführung zur See spielen würden.

Betreffs der Verwendung des Heeres habe ich immer wieder die Ansicht getroffen, daß man es nicht Seite an Seite mit dem französischen, sondern durch Landung an der Nordseeküste ablenkend verwenden würde. Der bekannte vermutliche Ausschiffungsort Esbjerg dürfte hierfür — wie wir ja schon lange annehmen — von besonderer Wichtigkeit sein.

Auch habe ich die Auffassung gefunden, daß England sofort Antwerpen besetzen und als Basis für Operationen in unserer rechten Flanke benutzen würde, falls durch unser Vorgehen gegen Frankreich die belgische Neutralität litte. Ausgeschlossen ist es nicht, daß von englischer Seite dieser Schritt getroffen würde, ohne erst einen deutschen Neutralitätsbruch abzuwarten. Man würde sich dann mit der Entschuldigung in Antwerpen einnisten, daß man die Neutralität Belgiens schützen wolle.

So wie die Verhältnisse jetzt bei der Armee liegen, glaube ich, daß gleichzeitig nicht mehr wie 80000 Mann, eher weniger als mehr, die britischen Inseln zur Verwendung auf dem Kontinent verlassen könnten. Durch die Haldanesche Armeereform sind die Miliz, die Volunteers und die Yeomanry in ihrer bisherigen Zusammensetzung aufgelöst, ein annähernd gleichwertiger Ersatz zur Landesverteidigung aber noch nicht geschaffen worden. Man wird daher einen erheblichen Teil der etwa 130000 Mann Kampftruppen zählenden „striking force“ zum Schutze zurücklassen müssen. Mit dem Wachsen der neuen Territorialarmee im Laufe der nächsten Zeit wird aber auch die Zahl der zurückzulassenden „Regulären“ ab- und daher die „striking force“ an Stärke zunehmen.

Ausdrücklich möchte ich betonen, daß die Veranlassung, in diesem Sinne zu berichten mir nicht durch etwa hier bestehende kriegslustige Stimmung gegeben wird. Im Gegenteil, die früher schon erwähnte Kriegsfurcht herrscht hier nach wie vor in allen Kreisen fort, und alles strebt nach Anbahnung friedlicher Verhältnisse. Nur einige wenige Hitzköpfe möchten wohl am liebsten sofort losschlagen, um den mächtigen Konkurrenten auf allen Gebieten lahmzulegen, ehe er zu stark wird. Dieser Trieb würde aber auch sicher sofort allgemein zur Geltung kommen, wenn zwischen Frankreich und uns ein Krieg ausbräche.

(gez.) Ostertag

Nr. 8209

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 559 London, den 5. Juni 1908

Das herzliche Einvernehmen zwischen Frankreich und England bestand vor dem Besuch des Präsidenten der französischen Republik in London. Während des Jubels der Festtage nahm es einen höheren Schwung, und nachdem sie verrauscht sind, besteht es weiter. Eine neue Lage ist meines Dafürhaltens nicht geschaffen. Es lag seit Jahr und Tag klar vor aller Augen, daß die Entente, welche während der Marokkokrisis die diplomatische Feuerprobe bestanden hat, beiderseits gewünscht und daß an ihr festgehalten wird. Die Zweifel, welche auf französischer Seite an ihr laut wurden, sind im Laufe der Zeit bis auf geringe Ausnahmen verstummt. Auf englischer Seite hat sie, seit sie besteht, überhaupt keinen Widersacher gehabt. Das, was schon vorhanden war, kam bei dem Präsidentenbesuch nochmals laut zum Ausdruck. Mehr liegt meines Erachtens nicht in ihm. Hiermit will ich nicht die Bedeutung der Entente verkleinern. Während wir früher bei einem Kriege mit Frankreich zum mindesten auf die wohlwollende Neutralität Englands rechnen konnten, müssen wir jetzt zum mindesten in diesem Falle mit der übelwollenden Neutralität, höchstwahrscheinlich und ziemlich sicher sogar mit der offenen Feindschaft Englands rechnen[1].

Ich bin nicht bei den Besprechungen zwischen Herrn Pichon und Sir Edward Grey zugegen gewesen und kann daher keine Garantie dafür übernehmen, welche Themata besprochen und welche unberührt geblieben sind. Sir Edward Grey sagte mir indessen, daß seine Besprechung mit Herrn Pichon keinen anderen Charakter gehabt habe als wie bei einer seiner gewöhnlichen Besprechungen mit Herrn Cambon, d. h. daß sie sich um die laufenden Tagesfragen und um nichts anderes gedreht habe. —

* Der Bericht Graf Metternichs ist die Rückäußerung auf Nr. 8206.

Es mögen die Chancen Mulay Hafids gegen die des Abdul Asis abgewogen, die Ausgleichung des russischen und englischen Reformprogramms in Mazedonien* im Hinblick auf den Besuch in Reval oder auch englisch-französische Handelserleichterungen und manches andere besprochen worden sein. Dies wäre aber auch ebenso gut in demselben freundschaftlichen Geiste ohne den Präsidentenbesuch geschehen. — Nicht besprochen worden ist dagegen, wie mir Sir Edward Grey und verschiedene andere leitende Staatsmänner spontan versichert haben, der Allianzgedanke. Dieser schlummert und wird erst geweckt werden, wenn es zu europäischen Komplikationen, insbesondere zum Kriege zwischen uns und Frankreich kommen sollte. Vielleicht auch schon früher, wenn nach zwei oder drei Jahren eine konservative Regierung hier ans Ruder kommt und schon vorher dem englischen Steuerzahler das Geld für neue Dreadnoughts abgenommen wird, um den Vorsprung vor uns zu behalten.

(Die seltsamsten Geschichten werden hier über unsere Flotte erzählt und finden, was noch seltsamer ist, Gläubige: Wir bauten unsere Flotte mit erborgtem Gelde, um uns nachträglich durch eine Kriegskontribution in London schadlos zu halten[2]. Es sei bei unseren Marineoffizieren Gebrauch, daß sie sich gegenseitig zutränken: „Auf den großen Tag!", d. h. der Seeschlacht mit der englischen Flotte). Alles dies hängt aber nicht mit dem Präsidentenbesuch zusammen. Die Allianzfrage wurde öffentlich diskutiert, nachdem der „Temps" den bekannten Anstoß dazu gegeben hatte**, und es stellte sich heraus, daß weder hier noch in Frankreich jener Gedanke besonders populär ist. Der Engländer wünscht für den Augenblick weder Allianzen noch Kriege. Auch keinen mit uns. Er fürchtet sich nur davor. Daher das Bedürfnis, sich Freundschaften zu sichern. Allianzen in Europa sind ihm vorläufig noch unheimlich. Die sicherste Friedensgarantie liegt darin, daß England die allgemeine Wehrpflicht nicht hat und bis auf weiteres auch nicht will. Sie ist zu unbequem und kostet auch zu viel. Vor den Ausgaben für die Flotte allein wird ihm schon bange, und er weiß nicht, wo er die neue Besteuerung für die bald erforderlichen neuen großen Ausgaben für die Flotte einführen kann. In dem in ein bis zwei Jahren zu erwartenden neuen Flottenprogramm wird die Schutzzollbewegung einen mächtigen Bundesgenossen erwerben. An eine innere Feindschaft des englischen Volkes gegen Deutschland glaube ich nicht, wohl aber an die zunehmende Furcht vor uns, aus der dann alle möglichen Folgen entspringen können, nur nicht die der schließlichen Ergebung in das unvermeidliche Schicksal vor der Superiorität Deutschlands. Dafür sitzt zu viel Tatkraft und Entschlossenheit im englischen Volke, und seine Hilfsquellen und seine Stärke zur See sind dafür zu bedeutend. In die Rolle, welche England den Vereinigten Staaten gegenüber mit Bewußtsein einnimmt, wird es sich bei uns nicht fügen. Mit den Vereinigten

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVIII.
** Vgl. Nr. 8202.

Staaten wird England keinen Krieg mehr führen. Es hängt im Handel und in der Zufuhr von Lebensmitteln von ihnen ab, und es kann ihnen nichts anhaben. Auch weiß es, daß die Amerikaner unter diesen Umständen England niemals angreifen werden. Von uns hängt England aber nicht ab, und bei uns hat es nicht die Zuversicht, daß wir es niemals angreifen werden. In uns erblickt es gefährliche Nachbarn, in den Amerikanern entfernte Freunde.

Trotzdem ist hier noch der Wunsch vorherrschend, auf gutem Fuße mit uns zu leben. Bei den in der letzten Zeit allzusehr sich zusammendrängenden deutschen Freundschaftsbesuchen in England* ist dieser Wunsch hier auch äußerlich erkenntlich geworden. Die Führer der Unionisten haben sich den Freundschaftsbezeugungen zwar ferngehalten. Es mag dies aber zum Teil auch daran liegen, daß sie die Regierungsvertreter als die berufeneren Persönlichkeiten betrachten. Unstreitig aber haben wir unter den Liberalen mehr Freunde als bei ihren Gegnern. Mit Herrn Austen Chamberlain, dem Sohne des bekannten, dauernd erkrankten Staatsmannes, früherem Schatzkanzler und jetzigem Führer der schutzzöllnerischen Bewegung hatte ich vor einigen Tagen eine lange Unterredung über die Vergangenheit und die Zukunft der deutsch-englischen Beziehungen. In dem Lager seines Vaters befinden sich vielleicht unsere stärksten Gegner. Herr Austen Chamberlain sieht nicht rosig in die deutsch-englische Zukunft. Er stimmte mit mir darin überein, daß keine nationalen Notwendigkeiten zu einem bewaffneten Konflikte zwischen beiden Ländern führen müßten. Er hält aber die politische Atmosphäre voller Elektrizität, die Stimmung in England uns gegenüber für noch recht schlecht und hofft, daß die Leitung auf beiden Seiten vorsichtig alles vermeiden werde, was eine Erregung der Gemüter herbeiführen könne. Er hofft dann, daß irgend ein günstiges Ereignis[3] die beiden Nationen in der Zukunft wieder zusammenführen werde. Von aggressiven Tendenzen war auch bei ihm nichts zu bemerken.

Über die deutsch-englischen Beziehungen höre ich die verschiedensten Ansichten aussprechen. Durchweg kommt dabei der Wunsch zum Ausdruck, daß sie gute bleiben mögen, daneben auch stets das Mißbehagen vor unserer Flotte. Mehrfach ist mir folgende Argumentation begegnet: „Während wir Engländer uns nur den Bedürfnissen des Augenblicks zuwenden und danach unser Verhalten einrichten, sind Sie Deutsche ein zielbewußtes Volk, welches lange im voraus große Pläne mit eiserner Energie verfolgt. Beweis, die Politik vor 66 und vor 70. Alles wird im voraus bedacht, Sie rüsten sich für einen bestimmten Zweck, und wenn Sie fertig sind, bestimmen Sie den günstigen Zeitpunkt zum Handeln. Sie bauen nun eine große Flotte[4], und wir fürchten, daß Sie auch dabei ebenso zielbewußt vorgehen wie in den vorhergehenden Jahrzehnten Ihrer Geschichte, und daß wir das Objekt Ihrer Anstrengungen sind[5]“. Meine

* Vgl. darüber Kap. CLXXVII, Nr. 8212, S. 85, Fußnote.

Antwort darauf lautet: „Wozu sollen wir England bekämpfen, wenn wir es auch könnten, mit einer Zukunftsflotte, die der englischen an Stärke nie gleich sein wird. Ihre großen Kolonien kann niemand erwerben. Für umherliegende Inseln und kleineren Kolonialbesitz wird aber kein Vernichtungskampf geführt, der vielleicht das Ende der Vorherrschaft Europas sein würde. In den Jahren 64, 66 und 70 handelte es sich um einen großen Gedanken, den der Einheit Deutschlands. Dieser ist verwirklicht worden. Einen Kampf mit England, der uns nur aufgezwungen werden könnte, würden wir für ein Verbrechen halten[6]".

Ich habe bei derartigen Gesprächen nur solche Personen im Auge, die auf Grund langjähriger Bekanntschaft offen mit mir sprechen, und auf deren Urteil ich etwas gebe. Im allgemeinen möchte ich sagen, daß zwar das Gefühl der Bitterkeit, welches noch vor einigen Jahren hier gegen uns herrschte, geschwunden ist und freundschaftlicheren Gefühlen und damit auch dem Wunsche nach dauernd friedfertigen Beziehungen Platz gemacht hat, daß aber zugleich das Anwachsen unserer Flotte nicht mehr das Gefühl des Vertrauens zu uns aufkommen lassen wird. Seit unserer Flottenvorlage im vergangenen Winter, die die beschleunigte Verjüngung unserer Flotte bezweckt und dadurch den schnelleren Ausbau derselben erreicht, zugleich auch eine Reserveflotte schafft, kann ich mich dem Eindruck nicht verschließen, daß der Anlauf, der während des Besuchs Seiner Majestät des Kaisers in England* zu einer Annäherung an uns genommen worden war, wieder zum Stillstand gekommen ist. Denselben Eindruck haben auch manche andere. Trotzdem wäre es falsch, daraus auf feindliche Absichten gegen uns zu schließen. Am 1. d. Mts. schrieb Herr Asquith einen zur öffentlichen Verlesung in der Albert Hall bestimmten Brief, wo die deutschen hier zu Besuch weilenden Geistlichen versammelt waren. Es heißt darin: „I appeal to you to convey to your countrymen the assurance that the people of this country heartily reciprocate the messages of friendship and goodwill of which you have been the bearers and our firm determination to cooperate in the noble task of the maintenance of cordial relations and good fellowship between Germany and Great Britain." Diese Worte klingen so warm wie möglich und sind nicht von dem Chef einer Regierung zu erwarten, die Übles gegen uns im Schilde führt. Es mag zwar auch Skeptiker geben, die unter diesen Worten nur den Deckmantel sehen, um naive Leute zu betören, und um desto sicherer und ungestörter das in London begonnene Komplott in Reval** weiter zu spinnen. Eine solche Auslegung würde mir aber gesucht erscheinen und ein übermäßiges und unbegründetes Mißtrauen dokumentieren, welches in der Politik schon häufig Schaden, aber meines Wissens noch niemals etwas Nützliches gestiftet hat.

Um nun auf den Präsidentenbesuch zurückzukommen, so scheint es

* Vgl. darüber Kap. CLXXIV, Nr. 8171.

** Zu dem Besuche König Eduards VII. in Reval (9./10. Juni) vgl. Bd. XXV, Kap. CLXXXIX.

mir, daß zur Kennzeichnung desselben König Eduard das richtige Wort gebraucht hat, als er in seinem Trinkspruche von der entente permanente sprach.

Sie ist nicht nur herzlich, sondern auch dauernd, den Wechselfällen des politischen Zufalls nicht mehr preisgegeben, sie ist ein Gemeingut beider Völker geworden und ein Grundpfeiler ihrer Politik. Das war sie schon vor dem Besuche des Herrn Fallières und wird es auch nachher bleiben, bis etwas Neues kommt, was vorläufig noch nicht in den Sternen zu lesen ist. Der Besuch hat die entente cordiale et permanente nur wieder kräftig ins Relief gerückt und sie dadurch auch gestärkt und ihre Lebenskraft erhöht. Es liegt deshalb aber nicht mehr in ihr als früher. Ihr Umfang und Inhalt ist der gleiche geblieben, ihr Glanz aber ist erhöht worden und die Zahl ihrer Widersacher in Frankreich — in England gab es deren keine — ist zusammengeschrumpft.

Wenn ich nun auch nicht glaube, daß wichtige Abmachungen hier getroffen worden sind, noch in der nächsten Woche in Reval getroffen werden sollen, so ist doch nicht zu verkennen, daß schon seit längerer Zeit in England, Frankreich und Rußland Tendenzen am Werke sind und sich gegenseitig in die Hände spielen, darauf gerichtet, diese Länder näher zusammenzuführen, um ein Gegengewicht gegen den Dreibund zu bilden. Diese Strömungen sind teils innerhalb der drei Völker wahrzunehmen, teils bei ihren Regierungen.

Die durch Bündnis geeinten Regierungen von Frankreich und Rußland wünschen allem Anscheine nach England nicht in das vertragliche Verhältnis hineinzuziehen. Sie haben auch allen Grund dazu. Frankreich genießt die Vorteile der Entente mit England, glaubt, daß es sich im Falle der Not auf England verlassen kann und läuft nicht das Risiko eines Bündnisses mit England. Dazu ist, wie der „Temps" sehr richtig bemerkt, die englische Armee nicht stark genug. Der neue Dreibund würde eine direkte Provokation Deutschlands sein und daher nicht, wie seine Anhänger behaupten, eine Friedensgarantie, sondern vielmehr eine Kriegsgefahr bedeuten[7]. Dieser will Frankreich sich nicht aussetzen. Die russische Regierung, wissend, daß Rußland nirgends von Deutschland bedroht wird, für Jahre hinaus schwach nach innen und außen, dürfte sich wohl hüten, durch einen neuen Dreibund uns die Gegnerschaft aufzuzwingen. Die englische Regierung zeigt ebenfalls keine Neigung, sich mit Frankreich und Rußland zu verbünden. Die Zeit ist dafür nicht reif und die Gelegenheit nicht gegeben. Sir Edward Grey erklärte gestern im Parlament: „I have been asked whether the visit (Reval) has any special diplomatic significance in the sense that it is to lead to an alliance or some treaty or convention between the two countries, which is not now known. I think it is desirable, both as regards people at home and people abroad, that I should at once remove any impression of that kind. No negotiations are on foot for the arrangement of any new treaty or convention with the Russian Government and none will be initiated during this visit. But

that the visit will have a political effect, and is desired to have a political effect, is perfectly true. We do desire that it should have an effect beneficial on the relations between the two countries." Also kein Bündnis, aber der Versuch der Annäherung, wozu schon seit mehreren Jahren wiederholt Anläufe genommen worden sind, unterbrochen durch den russisch-japanischen Krieg, nachher wieder aufgenommen und durch Sir Edward Grey mit zähem Eifer weitergeführt, so daß es schließlich unter dem anglophilen Minister Iswolsky zu einer Ausgleichung der Gegensätze in Asien, auf dem Papier wenigstens, gekommen ist. Die Bagdadbahn* und unser Versuch, in Persien wirtschaftlich Fuß zu fassen, bieten ferner für beide Regierungen Berührungspunkte zum Zusammengehen.

Die Besprechungen über Mazedonien**, welche in Reval stattfinden sollen, können wir meiner Ansicht nach mit vollkommener Ruhe hinnehmen. Falls es Herrn Iswolsky gelingt, die Engländer auf das russische Programm herabzudrücken, so ist nicht einzusehen, welches deutsche Interesse dadurch gefährdet werden könnte. Wir sind dafür auch dem Sultan gegenüber nicht verantwortlich. Anders wäre es, wenn wir glaubten, dem englisch-russischen Programm in Konstantinopel Opposition machen zu müssen. Die englisch-russische Solidarität würde dann in einem wichtigen Falle oppositionell gegen uns wirken und könnte auch zu Weiterungen führen. Ohne unser Zutun, d. h. wenn wir die ruhig abwartenden Zuschauer spielen, hat es, glaube ich, keine Gefahr, daß die bescheidenen Bäume der russischen Balkanreform in den englischen Himmel wachsen. England will durchgreifende, Rußland nur scheinbare Reformen. Wir können die beiden auf diesem Gebiete ruhig gewähren lassen. Natürlich dürfen wir nicht in jeder, auch noch so milden Reformfrage sofort dem Sultan zur Seite springen und die Absurdität derselben überzeugend nachweisen. Da wir dieses aber nicht tun, so brauchen wir auch nicht zu fürchten, daß sich das russisch-englische Reformprogramm zu mehr auswächst, als es ist: nämlich ein schwacher Versuch, die Reformfrage durch die Mischung des englischen Feuers mit dem russischen Wasser zu lösen. Wenn es Herrn Iswolsky gelingt, den englischen Reformeifer zu dämpfen, so wird damit der Möglichkeit des einheitlichen Auftretens der Mächte in Konstantinopel der beste Dienst erwiesen.

Sollte in Reval von den türkischen Meerengen gesprochen werden, so wird gewiß nicht von englischer Seite damit begonnen werden.

Der Wunsch der drei Regierungen nach gegenseitiger Annäherung ist unstreitig vorhanden und durch die Tatsachen erwiesen, wenn auch ein dreiseitiges Bündnisverhältnis jetzt nicht angestrebt wird.

Bei den drei Völkern liegt es nun anders. Diese sind nicht so einheitlich für einander disponiert wie ihre Regierungen.

Die Franzosen wünschen dringend, daß die intimsten Beziehungen,

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVI.
** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXC.

ein dreiseitiges Bündnis vorläufig ausgenommen, unter den Dreien unterhalten werden. Ihr ganzes Streben ist darauf gerichtet, Hilfe gegen Deutschland zu suchen, obwohl kein Volk so sicher vor jedem Angriff leben könnte wie gerade die Franzosen, wenn sie nur die Vergangenheit in Ruhe lassen wollten. Dazu haben sie sich aber bisher nicht entschlossen und werden es auch wohl für lange Zeit nicht tun. Das Bündnis mit Rußland erscheint den Franzosen wertvoller, wenn auch den jüngst erworbenen englischen Busenfreund enge politische Beziehungen mit ihrem Bundesgenossen verknüpfen.

Das englische Volk steht nicht so geschlossen hinter seiner Regierung wie das französische mit Bezug auf die dreiseitige Wechselwirkung. Es stimmt der Entente mit Frankreich rückhaltlos zu, nicht aber in seiner Gesamtheit einer solchen mit Rußland. Die Konservativen und die maßgebenden politischen Kreise beider Parteien sind einer politischen Annäherung an Rußland durchaus zugeneigt. Und zwar aus kühler politischer Erwägung, nicht aus Sympathie. Das papierne Einvernehmen in Asien wird natürlich fester, wenn es in der europäischen Politik beider Mächte einen Rückhalt findet. Infolge des Zusammenbruchs Rußlands hat sich die englische Politik noch entschiedener von uns abgewandt, wir erscheinen ihr zu mächtig, und neben der engen Freundschaft mit Frankreich erblickt sie in der Annäherung an Rußland ein nützliches Gegengewicht gegen die zentraleuropäische Machtstellung. Das russisch-französische Bündnis wird dagegen nicht nur von der Staatsraison, sondern auch einigermaßen von einer populären Strömung beiderseitig getragen, indem der französische und der slawische Charakter manches gemeinsam haben: zum Beispiel die Schnelligkeit der Auffassung und die leichte Beweglichkeit des Geistes. Der Engländer und der Russe aber haben nichts miteinander gemein. Dies zeigt sich deutlich da, wo das Gefühl über die kühle Erwägung den Sieg davonträgt wie bei der Beurteilung der Reise König Eduards nach Reval. In der gestrigen Unterhaussitzung stimmten 59 Abgeordnete (zur Hälfte Arbeiterpartei, zur anderen Hälfte Radikale) gegen den Staatsbesuch König Eduards beim Zaren, und 225 Abgeordnete hießen ihn gut. Dieses Stimmenverhältnis drückt aber nicht die wirklichen Gefühle des Unterhauses, noch weniger die des Landes aus. Der Engländer ist politisch zu diszipliniert, aus selbst auferlegtem Zwang, nicht durch Machtwort, um seiner Regierung in wichtigen äußeren Fragen, die mit der Machtstellung des Reiches zusammenhängen, Schwierigkeiten zu bereiten. Die Beziehungen zu Rußland bilden eine dieser Fragen. Deshalb schweigen viele, denen die Reise des Königs unsympathisch ist. Die partielle Auflehnung des Unterhauses gegen die Reise hat aber auch noch andere Gründe. König Eduard hat sich bei seinem Volke einen großen Namen als feiner Diplomat und als Friedensstifter erworben. Bei der großen Masse wird seine Rolle als peacemaker buchstäblich aufgefaßt, ohne Hintergedanken; die politisch Geschulten betrachten seine Ententepolitik aber auch als Sicherung gegen mögliche Gefahren. Bei dem einen

ist er peacemaker an sich, bei dem anderen peacemaker mit einem nützlichen Nebenzweck und einer reservatio mentalis. Das englische Volk wacht aber eifersüchtig über seine aus langem Kampf hervorgegangenen Rechte gegenüber der Krone, wonach der König zwar herrscht, das Parlament aber regiert und die Minister nur ausführende Organe der parlamentarischen Majorität sind. Bei aller Loyalität gegenüber dem Souverän sitzt dieser Grundsatz tief eingewurzelt im politischen Bewußtsein des Engländers, welcher Partei er auch angehören mag. Die vielen Reisen des Königs ohne ministerielle Begleitung, an die sich Änderungen in der auswärtigen Politik knüpften, haben die Eifersucht seiner Untertanen erweckt, obwohl sie den Erfolg seiner Tätigkeit guthießen. Die gesamte Richtung der auswärtigen Politik Englands wird nun dem Könige zugeschrieben, worin eine große Übertreibung liegt. Den ersten bedeutenden Fehler beging Seine Majestät, als er nach dem Tode des letzten Premierministers nicht nach England zurückkehrte, sondern sich den jetzigen Premier nach Biarritz kommen ließ, um ein neues Kabinett zu bilden. Dies ist ihm übel angerechnet worden, und die Verstimmung darüber macht sich bei der jetzigen Reise bemerkbar. Auch werden schon Äußerungen laut, daß der nächste weibliche und männliche Freundeskreis des Königs nicht sehr glücklich gewählt sei. Trotzdem ist die Popularität des Königs noch groß. Der König besitzt aber ein feines Ohr für solche Symptome, und sie werden dazu beitragen, um ihn und seine Umgebung auf der Reise nach Reval vorsichtig zu stimmen. Auch ist zu erwarten, daß der Widerhall aus dem englischen Parlament und einem Teile der englischen Presse die Feststimmung auf russischer Seite etwas dämpfen wird. Andererseits mag die persönliche Aussprache zwischen den beiden Souveränen, die sich seit sieben Jahren nicht gesehen haben, dazu dienen, um sie wieder näher miteinander zu befreunden. König Eduard wird es bei dieser Gelegenheit an dem persönlichen Charme, über den er verfügt, nicht fehlen lassen.

In Rußland nun besteht keine öffentliche Meinung wie in England und Frankreich. Dort sind diejenigen Kreise, die man mit einem unzutreffenden Namen als liberal bezeichnen könnte, zu denen Herr Iswolsky gehört, und die auf ordnungsmäßigem Wege auf einer erweiterten Grundlage eine Beteiligung der intelligenten Klassen an der Regierungsmaschine erstreben, für eine Annäherung an England, das Land der politischen Freiheit. Die strenge Reaktion, verkörpert in der alten Bureaukratie, ist gegen England. Die Revolution gegen den Besuch, aber für England. Daneben durchweht das Ganze, ohne bestimmte politische Parteirichtung, der slawische Gedanke. Dieser beschäftigt sich weniger mit England als mit uns. Er ist antideutsch und wird sich, wenn sich die Gelegenheit bietet, auf diesem Boden mit der englischen Politik zusammenfinden. Dieser Zeitpunkt ist aber noch nicht da.

Dem Besuche des Präsidenten Fallières in London und dem Besuche König Eduards messe ich trotz der martialisch-diplomatischen Beglei-

tung* keine besondere Bedeutung bei. Sie deuten nur an, was schon vorher bestand, daß die drei dabei mitspielenden Nationen aus verschiedenen Motiven sich zu nähern suchen, wobei der eine Beweggrund die Sicherung vor dem ihnen übermächtig dünkenden Deutschland bildet.

Das Fraternisieren der österreichischen Slawen mit den russischen erscheint mir bedeutungsvoller als beide Besuche.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] !
[3] Micawber!
[4] Quatsch
[5] falsch
[6] richtig
[7] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 8210

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 12. Juni 1908

Haben Sie besten Dank für Ihren Bericht 559 vom 5. d. Mts.**, der mir willkommen gewesen ist, und den ich mit besonderem Interesse gelesen habe. Ich habe ihn Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegt, allerhöchstwelcher folgende Randbemerkungen zu machen geruhte:

1.) Zu „Sie bauen eine große Flotte, und wir fürchten, daß Sie auch dabei ebenso zielbewußt vorgehen wie in den vorhergehenden Jahrzehnten Ihrer Geschichte, und daß wir das Objekt Ihrer Anstrengungen sind."

„Falsch!"

---

* König Eduard VII. wurde auf der Fahrt nach Reval von General French und von Admiral Sir John Fisher begleitet. Zu einem Artikel des „Daily Chronicle" vom 26. Mai 1908, der die Begleitung des englischen Königs durch Sir John Fisher ankündigte, bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „Sollte Fisher mitgehen, dann ist der Besuch sehr gefährlich und wir können rüsten." Daß dieses Mißtrauen nicht unbegründet war, ergibt ein Brief Sir J. Fishers an Lord Esher vom 8. September 1908 über den Besuch in Reval: „I sat several times between Stolypin, the Russian Prime Minister, and Isvolsky, the Foreign Secretary. I didn't begin it, but Stolypin said to me: 'What do you think we want most?' He fancied I should answer: 'So many battleships, so many cruisers etc.', but instead I said: 'Your Western Frontier is denuded of troops and your magazines are depleted. Fill them up, and then talk of Fleets.'" Lord Fisher, Memories p. 187 Vgl. auch Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8810, S. 459, Fußnote *.
** Siehe Nr. 8209.

2.) Zu den Schlußworten desselben Absatzes: „Einen Kampf mit England, der uns aufgezwungen werden könnte, würden wir für ein Verbrechen halten."

„Richtig."

3.) Am Schluß des ganzen Berichts:

„Sehr gut."

Wir haben es überaus peinlich empfunden, daß gerade in dem Augenblick, wo der König von England sich anschickte, seine Reise nach Reval anzutreten, einige deutsche Blätter taktlose und pöbelhafte („Neue gesellschaftliche Korrespondenz") Artikel gegen die Person des Königs brachten. Es ist uns gelungen, die Verbreitung dieser Infamien so weit als möglich zu verhindern. Namentlich die größeren Blätter haben ohne Ausnahme die Aufnahme derselben abgelehnt. Sollten sie aber dennoch in England bekannt geworden und aufgefallen sein, so bitte ich Sie, darauf hinzuweisen, daß bei uns die Preßfreiheit sich nachgerade in Preßfrechheit verwandelt hat, und daß der Ton und die Haltung unserer Presse, namentlich der von gesellschaftlichem Klatsch lebenden Blätter und der sogenannten Witzblätter, auch gegen unsern eigenen Kaiser und die eigene Regierung und die eigenen Minister so roh geworden ist wie kaum in irgend einem andern Lande. Diese Erscheinung ist traurig und wird von allen anständigen Kreisen der Nation in höchstem Grade gemißbilligt.

Bezüglich Ihrer die Bagdadbahn und Persien betreffenden Ausführungen bemerke ich, daß wir gar nicht daran denken, uns in einer Weise in Persien wirtschaftlich einzudrängen, die den Russen und Engländern unbequem werden könnte. Noch weniger haben wir die Absicht, im Reiche des Schahs eine politische Rolle zu spielen. Wir sind in dieser Hinsicht bestrebt, auf die berechtigten, ja sogar manchmal auf die unberechtigten Empfindlichkeiten jener beiden Mächte Rücksicht zu nehmen und jeden Schein der Einmischung in die innerpolitische Lage Persiens zu vermeiden. Das kann der englischen Regierung nicht unbekannt sein; stellt sie die gegenteilige Behauptung auf, so handelt sie wider besseres Wissen.

Die Befürchtungen wegen der Bagdadbahn sind erst recht unbegründet und übertrieben. Wir weisen den Gedanken einer Verständigung mit Rußland und England durchaus nicht von der Hand, nur wollen wir bei dem Werke, das deutscher Unternehmungsgeist ins Leben gerufen hat, die Führung behalten. Auf Konferenzen à quatre, wie England dies voriges Jahr vorschlug, werden wir uns, besonders bei der augenblicklichen politischen Konstellation, nicht einlassen.

Bülow

Nr. 8211

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 London, den 26. Juni 1908

Delcassé weilt seit einigen Tagen zum „Privatbesuch", wie das den Besuch ankündigende Zeitungskommuniqué lautete, in London. Der offizielle Hofbericht meldet, daß Seine Majestät der König den verflossenen Minister vorgestern in Audienz empfangen hat. Es ist dagegen nicht an die große Glocke gehängt worden, daß der Premierminister vorgestern abend Delcassé im Beisein des englischen Auswärtigen Ministers zu Tisch geladen, noch daß der Speaker des Unterhauses* ihm gestern in seiner Amtswohnung ein Lunch veranstaltet hat.

Delcassé wird also hiernach lustig gefeiert.

In langer Privatunterhaltung mit Sir Charles Hardinge über deutsch-englische Beziehungen bemerkte ich auch nebenbei, daß, obwohl ich es bedauern würde, es mich doch nicht allein** wundern würde, wenn der Delcassé hier zuteil gewordene Empfang bei uns zu Preßartikeln und fernerer Beunruhigung Veranlassung gebe.

Sir Charles Hardinge erwiderte, Delcassé habe sich als Freund Englands erwiesen. Es würde „mean" sein, wenn die Engländer ihn jetzt, nachdem er nicht mehr Minister sei, fallen ließen. Übrigens handele es sich nur um einen Privatbesuch.

Ich entgegnete, ein Mann in nichtamtlicher Stellung könne natürlich keinen anderen als einen Privatbesuch abstatten. Es stehe den hiesigen leitenden Persönlichkeiten vollkommen frei, zu empfangen und zu feiern, wen sie wollten. Wenn aber A den Todfeind des B ohne jede Veranlassung ostentativ feiere, so reflektiere dies notwendigerweise auf die Beziehungen zwischen A und B.

Delcassé hält also den Zeitpunkt für gekommen, um hier wieder enge Fühlung zu suchen, und man empfängt ihn hier wie einen gefeierten Heros. Ich zweifle, daß dies seine Stellung in Frankreich, wo man sich nicht durch England verhetzen lassen will, stärken wird.

Ein Ausbruch des Ärgers in unserer Presse über Delcassés Besuch und Aufnahme in London würde gänzlich zwecklos und nicht besonders würdevoll sein.[1]

Metternich

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr richtig!

* James W. Lowther.
** Statt des falsch entzifferten „allein" dürfte „allzusehr" zu lesen sein.

Kapitel CLXXVII

Erste Erörterungen über ein Deutsch-Englisches Rüstungsabkommen

Eduard VII. in Kronberg und Ischl
Lloyd George in Berlin

Juli—September 1908

Nr. 8212

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 624 London, den 30. Juni 1908

Vor einigen Tagen hatte ich eine lange Unterredung mit Sir Charles Hardinge, wobei sich das Gespräch bald ernsten Gegenständen zuwandte. Ich schicke voraus, daß wir beiderseitig betonten, in unserer offenen Aussprache lediglich den Ausdruck unserer persönlichen und privaten Ansichten erblicken zu wollen.

Der Unterstaatssekretär hielt die Befürchtungen, welche sich an die Besuche der letzten Zeit* geknüpft haben, für unbegründet und für unberechtigt. Andere Monarchen machten Besuche — nicht zum mindesten der Deutsche Kaiser — und niemand fände etwas daran auszusetzen[1]. Mache dagegen der König von England einen Besuch[2], flugs regten sich die deutschen Zeitungen auf. Die englische und russische Regierung hätten klar gezeigt, daß sie berechtigte Empfindlichkeiten Dritter auf das peinlichste zu schonen bemüht gewesen seien. Keine politischen Abmachungen in der Richtung von Bündnissen seien getroffen worden, und die englische Politik wolle sich auch in Zukunft von europäischen Bündnissen frei halten[3]. Sie strebe die Erhaltung des Friedens an, ebenso wie das englische Volk den Frieden wolle. Aus dem gleichen Grunde sei auch die Ausgleichung der Gegensätze mit anderen Völkern erfolgt. Zuerst mit den Vereinigten Staaten, dann mit Frankreich, jetzt mit Rußland. Mit Deutschland gebe es keine großen Fragen, die auszugleichen seien, sonst würde England auch dazu gern bereit sein[4].

Ich entgegnete, niemand bestreite dem König von England das Recht, andere Monarchen zu besuchen. Niemand könne sich darüber beschweren, wenn England alte Streitfragen, die es mit anderen Völkern gehabt, verwischen wolle. Wenn es sich nur darum handle, würde eine Beunruhigung unerklärlich sein, sie würde auch gar nicht entstehen können. Denn die Hinwegräumung von trennenden Hindernissen in den Beziehungen der Völker diente dem Frieden, ebenso wie der Austausch von Besuchen zwischen Staatsoberhäuptern, solange sie lediglich dem gleichen Zwecke

* Gedacht ist vor allem an den Besuch König Eduards VII. in Reval (9./10. Juni 1908). Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXIX.

gewidmet seien. Reine friedliche Tendenzen könnten nur die Zuversicht in den Frieden stärken. Sie allein könnten niemals das ungewisse Gefühl heraufbeschwören, daß der Friede gefährdet sei. Es müsse also noch ein anderes Moment bei den englischen Besuchen und Annäherungen der letzten Jahre mitspielen, wodurch Beunruhigung erzeugt worden sei.

Er habe die Vereinigten Staaten genannt, mit denen England sich zuerst ausgeglichen habe. Dieser Ausgleich beunruhige Deutschland nicht. Dies sei der beste Beweis dafür, daß wir England keine Freundschaft noch Annäherung verübelten, von der wir wüßten, daß sie keinen anderen Zweck habe als dem Ausgleich von Gegensätzen zu dienen. Wir fühlten und wüßten, daß die englisch-amerikanische Freundschaft für niemand anders eine Gefahr werden könne*. Nicht so verhalte es sich mit den Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland. Hier habe die Publizistik dieser drei Länder dafür gesorgt, Deutschland darüber aufzuklären, was wenigstens bei einem einflußreichen und lauten Teil der öffentlichen Meinung dieser Länder mit der gegenseitigen Annäherung, wozu auch die Besuche dienten, bezweckt werde. Es werde klipp und klar gesagt, daß durch die Entente- und Besuchspolitik die aggressive deutsche Macht in Schranken gehalten werden solle, daß ein Gegengewicht gegen den Dreibund geschaffen werden müsse, daß das Gleichgewicht Europas aufrechterhalten werden müsse, und daß aus der Annäherungspolitik, die zwar augenblicklich keine Bündnispolitik sei, doch Bündnisse entstehen würden, sobald die Ereignisse das erforderlich machen sollten. Allerdings sei es bei dem mächtigen Damme, mit dem sich England umgebe, nicht wahrscheinlich, daß Deutschland seinen aggressiven Gelüsten die Zügel schießen lassen werde. Durch die Ententepolitik werde das aggressive Deutsche Reich im Zaume gehalten. Diese rein defensive Politik diene daher dem Frieden und erhalte ihn. Mit der Ausstreuung derartiger Gedanken sei seit Jahren gegen Deutschland Mißtrauen gesäet worden. Jetzt zeigten sich allmählich die Früchte. Ließe sich mitten in Friedenszeiten ein gefährlicheres, den Frieden mehr bedrohendes Spiel denken als das Gebaren dieser Leute? Wenn der Deutsche Kaiser reise, so fühle sich niemand bedroht, weil niemand die öffentliche Meinung mit der Behauptung aufreize, daß damit ein Gegengewicht gegen die aggressiven Tendenzen der britischen Weltmacht geschaffen werden sollte[5]. Es seien also nicht die Besuche und Ententen an sich, sondern die Auslegung, welche der neueren englischen Politik gegeben werde, die die Welt nicht zur Ruhe kommen lasse. Solange sich dies nicht ändere, werde auch die Wirkung die gleiche bleiben. Ohne die Herstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und England werde die von allen gewünschte Beruhigung nicht eintreten[6].

Sir Charles Hardinge bemerkte, er wisse nicht, was ich unter neuerer englischer Politik verstehe. England wünsche mit uns in Frieden und

---

* Anmerkung Metternichs: „Andere Ansichten lassen sich hierüber allerdings auch aufstellen."

Freundschaft zu leben. Für die politische Aktion mangele aber der Anlaß, der Gegenstand, an dem sie einsetzen könne, um eine Annäherung herbeizuführen[7].

Ich erwiderte, bis vor wenigen Jahren habe die englische Politik Deutschlands Machtstellung mit Freuden begrüßt und sich dem Dreibunde mehr oder weniger angelehnt. Seit einigen Jahren suche die englische Politik Sicherheiten zu schaffen gegen Deutschlands Machtstellung und lehne sich an das Land an, welches in Deutschland seinen einzigen Feind erblicke. Hierin liege doch wohl eine Neuerung[8].

Auch scheine es mir, daß England wohl in der Lage sei, seine Beziehungen zu Deutschland besser zu gestalten. Das Grundübel sei die Verhetzung der öffentlichen Meinung durch die Publizistik, die nun seit vollen acht Jahren im Gange sei. Wenn sich hier angesehene Leute fänden, die dagegen aufträten und schrieben, würden sich die wohltätigen Folgen bald zeigen, und die Hetzer und Schürer würden nicht mehr mit demselben Mute auftreten wie bisher.

Dann gebe es zum Beispiel die Bagdadbahn. Es liege mir fern, diese Frage amtlich anzurühren. Ich hätte dazu weder den Wunsch noch den Auftrag. Da er mich aber um meine Ansicht gefragt hätte, wo ein Ausgleich zwischen uns gefunden werden könne, so gäbe ich ihm der Argumentation wegen diesen Punkt an die Hand.

Der Unterstaatssekretär warf lebhaft ein, die englische Regierung habe im vergangenen Winter in Windsor die einleitenden Schritte zur Diskussion dieser Frage getan*, warte aber noch vergeblich auf unsere Einladung, sie weiter zu verfolgen, obwohl Seine Majestät der Kaiser und der Herr Staatssekretär sich in Windsor dazu bereit erklärt hätten. Es liege daher nicht an der englischen Regierung, wenn bisher nichts geschehen sei. — Ich habe die Bagdadbahnfrage seit Windsor auftragsgemäß im Foreign Office nicht berührt und würde mir von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen unter den obwaltenden Verhältnissen auch nicht den geringsten Nutzen versprechen[9]. Wie sich der Herr Staatssekretär erinnern wird, habe ich mich in Windsor sofort und von Anfang an bei ihm selbst sowohl wie bei Seiner Majestät dem Kaiser gegen die Aufnahme von Verhandlungen auf der von England vorgeschlagenen Basis ausgesprochen[10]. —

Ich erwiderte Sir Charles Hardinge, daß ich selbst von einer Konferenz à quatre, auf der die drei anderen von vornherein einig gewesen sein würden, um unseren Wünschen gemeinsam entgegenzutreten, abgeraten hätte. Es würde dabei weiter nichts herausgekommen sein, als that we agree to disagree. Die Regelung der Bagdadbahnfrage hänge von England ab. Frankreich, welches keine wichtigen Interessen dort besitze, folge lediglich der Leitung Englands. Rußland habe auf der Linie der Bagdadbahn überhaupt nicht mitzusprechen und würde in dieser Frage weit

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8667, Fußnote ***.

traitabler sein ohne die Haltung Englands. Ich hätte vergeblich von maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten zu erfahren gesucht, worin die angebliche Gefahr dieser Bahn für Indien bestehe. Indiens Sicherheit beruhe, soweit ich die hiesige Auffassung kenne, darauf, daß es keine Landgrenze mit einer starken Militärmacht erhalte. Obwohl ich nun keineswegs glaubte, daß die russischen Eisenbahnen in der Richtung auf Indien eine absichtliche Bedrohung bedeuteten, so sei es doch, rein theoretisch gedacht, klar, daß diese die größere Möglichkeit einer Gefahr in sich schlössen als eine türkische Eisenbahn bis an den Persischen Golf und diesem Meer als Puffer zwischen Indien und der Türkei, einer Macht, die keine Schiffe besitze. Es sei daher der Widerstand Englands gegen die Bagdadbahn, die doch einmal gebaut werden müsse, nicht recht erklärlich[11].

Sir Charles Hardinge entgegnete, die russischen Bahnen hätten hier Anlaß zu sehr ernsten Befürchtungen gegeben (matter of grave concern). Sie reichten aber nur bis an die Grenze von Afghanistan, und wer immer dieses Land gegen den Willen seines Herrschers betrete, werde eine harte Aufgabe vor sich finden. Die englischen Befürchtungen bezüglich der Bagdadbahn lägen nicht so sehr auf dem Gebiete der indischen Politik, sie bezögen sich vielmehr auf den Persischen Golf. Durch das Vordringen der Bahn bis dorthin würde der seit einem Jahrhundert bestehende Status quo im Golf zu Ungunsten Englands eine Änderung erfahren[12]. Erstens seien bei dem bestehenden Zustande die merkantilen Interessen Englands in Mesopotamien vorherrschend[13]. Sodann würde aber vor allem der Sultan der Türkei vermöge der Bahn Truppenmassen an die Küsten des Persischen Golfs werfen und das alte Verhältnis der arabischen Schechs und Häuptlinge zu England beeinflussen, kurzum den England günstigen Status quo dort ändern können[14].

Dieses Argument ist, vom englischen Standpunkt aus betrachtet, nicht unrichtig. Ich bemerkte indessen nur kurz, daß wir, wie er wisse, stets bereit gewesen seien, über den Endpunkt der Bahn mit England zu einer Einigung zu gelangen.

Um nun auf das allgemeine Thema unserer Unterhaltung zurückzukommen, hätte ich nur noch hinzuzufügen, daß die englische Versicherungspolitik gegenüber dem Deutschen Reiche bei uns auf die Dauer das stärkste Mißtrauen in die Absichten Englands hervorrufen müsse[15]. Die Diplomatie besäße im Frieden kein stärkeres Mittel, um ihre Richtung zu indizieren, als durch den Abschluß von Verträgen, Abmachungen, Ententen und Freundschaften. Es sei stets diplomatische Mode gewesen, und es sei nicht anders möglich, als daß in Friedenszeiten die diplomatischen Aktionen als lediglich auf den Frieden gerichtet bezeichnet würden. Den Kommentar dazu lieferten aber andere, und das werde allmählich in Deutschland verstanden. Ich stände dieser Entwickelung der Dinge mit tiefem Bedauern gegenüber, da meiner festen Überzeugung nach weder das englische noch das deutsche Volk einen Konflikt wünschten, noch eine Notwendigkeit dazu vorliege[16].

Der Unterstaatssekretär stimmte mir hierin bei und gelangte dann zu dem wesentlichen Gegenstand unseres Gesprächs, nachdem ich ihm von dem Nutzen gesprochen hatte, den nach meiner Ansicht der Austausch von Besuchen zwischen englischen und deutschen Körperschaften im Gefolge habe.

Die deutschen Bürgermeister, Pastoren, Journalisten usw.* würden sich, so meinte Sir Charles Hardinge, davon überzeugt haben, daß im englischen Volke nur eine friedliche und freundliche Stimmung gegen die Deutschen herrsche. Aber noch so viele Besuche würden nicht imstande sein, den tiefen Argwohn zu entfernen, der durch den raschen Bau der deutschen Flotte ganz England beherrsche[17]. Ich sagte ihm zwar, daß andere Völker auch Flotten bauten, daß unser Programm schon längst öffentlich bekannt sei, daß nicht darüber hinausgegangen werden solle, und daß England jede beliebige Anzahl von Schiffen bauen könne, um die Superiorität, die es besitze, auch in Zukunft zu erhalten. Darauf antwortete er, welche Garantie denn vorläge, wenn auch augenblicklich nicht die Absicht dazu vorhanden sei, daß nach einer Anzahl von Jahren nicht eine abermalige Erweiterung unseres Flottenprogramms[18] vorgenommen werden würde, wie dies zum Beispiel schon im vorigen Winter geschehen sei.

---

* Über diese sich im Mai 1908 abspielenden deutschen Besuche in England berichtete Graf Metternich am 2. Juni (Nr. 542): „England hat in den letzten drei Wochen unter dem Zeichen der peaceful invasion von seiten Deutschlands gestanden. Zuerst kamen fünfzig Bürgermeister und städtische Vertreter aus Süddeutschland auf Einladung des Komitees für das Studium städtischer Einrichtungen des Auslandes nach London. Es folgten ihnen hundertfünfzig Geistliche aller christlichen Konfessionen zum Zwecke einer Friedensdemonstration, die das nonkonformistische Parlamentsmitglied Mr. Allan Baker eingeleitet hatte. Zu gleicher Zeit waren und sind noch in England anwesend der Kölner Männergesangverein, der in Manchester sowie in London eine Anzahl von Konzerten veranstaltet, sowie die Kölner Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung, die eine Studienreise nach England und Schottland unternimmt. Schließlich werden hier in der Pfingstwoche etwa hundert Arbeiter aus Düsseldorf und Duisburg eintreffen zur Erwiderung auf einen Besuch, den im vergangenen Jahre englische Arbeiter unserem rheinischen Industriebezirk abgestattet haben. — Sämtliche Besuche sind unter reger Beteiligung amtlicher wie nichtamtlicher Kreise an den verschiedenen festlichen Veranstaltungen zu Ehren der deutschen Gäste vor sich gegangen, und der denselben bereitete Empfang hat durchweg den Charakter einer durchaus spontanen Herzlichkeit getragen. Die englische Gastfreundschaft hat sich in glänzendster Weise betätigt, was dafür Zeugnis ablegt, daß sie von politischen Meinungsverschiedenheiten eine Beeinträchtigung nicht erfahren hat. In den überaus zahlreichen Ansprachen, die bei den verschiedenen Gelegenheiten gehalten wurden, kam in zum Teil sehr tief empfundener Form das Bedürfnis zum Ausdruck, die deutschen Besucher davon zu überzeugen, daß unfreundliche oder gar feindliche Gefühle gegenüber dem deutschen Volke den breiten Massen des englischen Volkes durchaus fern liegen. Die Kundgebungen nahmen stellenweise den Charakter demonstrativer Freundschaftsbezeugungen an. Dies gilt insbesondere auch bezüglich der Aufnahme der deutschen Gäste in der Provinz. Die Presse hat sich allerdings im allgemeinen kühl verhalten, nur die liberalen Organe brachten gelegentlich ein Wort des Willkommens. Die zeitlich mit dem deutschen Besuch zusammenfallende Anwesenheit Herrn Fallières' in London dürfte zum Teil für diese Haltung bestimmend gewesen sein."

Auch könne er meiner Behauptung, daß im vorigen Winter keine Veränderung des Programms stattgefunden habe, da der Umfang des gesetzlich dargelegten Flottenprogramms der gleiche bleibe, nicht zustimmen. Durch die Herabsetzung der Altersgrenze entstände ein rascheres Tempo im Neubau. Durch sie entstände, da die überzähligen Schiffe bei uns, im Gegensatz zu hier, im Dienst blieben, eine weitere Flotte[19]. Auch mein Versuch einer zahlenmäßigen Widerlegung dieser Auffassung benehme nach allgemeiner englischer Auffassung unserer Flotte nicht den hypothetisch bedrohlichen Charakter[20]. Niemand bestreite uns hier das Recht, eine Flotte zu bauen, von welcher Größe wir auch immer wollten. Die deutsche Küste aber liege nahe[21], und jeder Engländer sei überzeugt von der Notwendigkeit und entschlossen, die Vormachtstellung Englands zur See, von der einfach Sein oder Nichtsein abhänge, was es auch koste, zu erhalten[22]. Es sei sehr leicht für uns zu sagen, England solle so viele Schiffe bauen, als es Lust habe. Wir würden uns in unserem festgesetzten Programm dadurch nicht irremachen lassen und nicht darüber hinausgehen. Gerade der Umstand, daß wir durch unsere Flottenbauten England zu neuen, ungeheueren Anstrengungen zwängen, berge die Gefahr des deutsch-englischen Gegensatzes in sich. Mir machten die deutsch-englischen Beziehungen jetzt schon Sorge. Seine Sorge richte sich darauf, wie diese Beziehungen in fünf Jahren aussehen würden, wenn die durch unser Flottenprogramm notwendig werdenden neuen Lasten auf den englischen Steuerzahler drückten, dessen Leistungsfähigkeit in der Zwischenzeit durch die hier in Angriff genommene soziale Gesetzgebung, die Altersversorgung und andere Maßnahmen sowieso schon hart auf die Probe gestellt sein würde. Träten in fünf Jahren (Hardinge wiederholte die Zahl fünf) die ungeheuren Kosten für neue Dreadnoughts hinzu, so fiele das Odium für diese finanziellen Anstrengungen hier auf Deutschland zurück[23], und die Beziehungen würden dann, wie er sicher voraussehe, allerdings schlecht werden. Mit den Kosten würde hier die Verstimmung gegen Deutschland wachsen[24].

Das hoffnungsvollste Zeichen in dem Verhältnis Deutschlands zu England erblicke er in einigen Anzeichen, die dafür sprächen, daß die chauvinistische Richtung nicht mehr die Leitung im deutschen Flottenverein behalten solle, obwohl es noch keineswegs entschieden sei, wer die Oberhand behalten werde. Die Schule des Generals Keim habe bis in die kleinsten Orte Deutschlands die unwahre Lehre getragen — um Stimmung für die Flotte zu machen, — daß England einen Angriff plane und Deutschland sich daher zur See rüsten müsse[25].

Ich erwiderte dem Unterstaatssekretär, daß wir die Dreadnoughts nicht erfunden hätten[26]. Er müsse sich daher an diejenigen wenden, die seine Landsleute durch Einführung dieses Schiffstypus zu neuen Auslagen zwängen, nicht an uns. Die anderen großen seefahrenden Nationen seien natürlich gezwungen, dem englischen lead zu folgen, da niemand so töricht sei, veraltete Schiffstypen weiter zu konstruieren[27]. Wenn England nun, um den Vorsprung beizubehalten, den es bis zur Einführung der Dread-

noughts gehabt habe, besondere Anstrengungen machen müsse, so sei dies ebenfalls nicht unsere Schuld, sondern sie falle auf diejenigen Personen zurück, die den Dreadnought eingeführt hätten[28]. — Der Unterstaatssekretär schien durch einen Seufzer die Richtigkeit dieser Bemerkung anzuerkennen[29]. — Es möge, so fuhr ich fort, im deutschen Flottenverein agitatorisch gesündigt worden sein, wenn ich auch nie gehört hätte, daß dies in dem Maße geschehen sei, wie er es annehme[30]. Aber es hätten bei uns weder ein Civil Lord of the Admiralty in öffentlicher Rede, noch unser First Lord of the Admiralty in privaten Gesprächen einen Angriff auf die englische Flotte gepredigt[31].

Sir Charles Hardinge verstand diese Andeutung und bemerkte: „Nobody listens to the wild talk of Fisher[32]". Es ist mir nämlich schon seit länger bekannt, daß dieser Admiral in Freundeskreisen den Gedanken vertritt, loszuschlagen, ehe die deutsche Flotte noch stärker geworden ist[33]. Ebenso bekannt ist mir aber auch, daß die hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten hierauf bisher nicht hören.

Unsere Unterredung blieb in allen Phasen von jeder Gereiztheit frei und bewegte sich in ruhiger und ernster Argumentation. Wir schieden dann schließlich auf das freundschaftlichste mit der nicht nur unter Diplomaten üblichen Versicherung, daß eine offene, rein persönliche Ansichten wiedergebende Aussprache von Zeit zu Zeit nützlich sei[34].

Nichts und niemand wird den Engländer von der Überzeugung abbringen, daß eine in der Nähe seiner Küsten erwachsende mächtige Flotte nicht eine Gefahr, die größte, der er ausgesetzt werden könne, für ihn bedeute[35].

Wir sind entschlossen, eine starke Flotte zu besitzen und müssen uns daher auch die Folgen klar machen[36].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Weil ich auch kein Ententenphilipp bin

[2] doch nur, weil er bei mir erst abgesagt hat, um statt meiner einen Anderen zu besuchen! Was unter Souverainen als insulte gilt und noch niemals mir einer zu bieten gewagt hat*

[3] d. h. von einem Bündniß mit uns frei bleiben mit dem Rest von Europa sind sie schon alliirt!

---

* Kaiser Wilhelm II. hatte bei seinem Besuche in England im November 1907 das englische Königspaar auf das Frühjahr 1908 nach Berlin eingeladen; die von König Eduard VII. gegebene Zusage wurde aber im Januar 1908 widerrufen. Zu einem Briefe Graf Metternichs an Fürst Bülow vom 27. Mai 1908, wo davon die Rede war, daß die Königin Alexandra dem Besuch aus „Abneigung gegen Berlin und Preußen" widerstrebe, bemerkte der Kaiser: „Der König hatte die Einladung auch für die Königin mit angenommen und mich bevollmächtigt, das Sir E. Grey mitzuteilen, was beim Diner der Botschaft geschah. Grey sprach sich sehr erfreut aus und sagte, der König müßte auch noch die nordischen Höfe und Petersburg besuchen. Im späteren Winter hat His Majesty dann in dem Euerer Durchlaucht bekannten Briefe formell abgeschrieben."

[4] Quatsch!
[5] richtig
[6] richtig
[7] unglaublich!
[8] gut!
[9] richtig
[10] mit Recht ja
[11] richtig
[12] Unsinn
[13] ganz neu!
[14] es sind seine legitimen Unterthanen!
[15] natürlich
[16] gut
[17] !
[18] unser Geldbeutel! wir können nur soviel bauen wie im Flottengesetz vorgesehen ist
[19] die bleiben außer Dienst als zu veraltet, in England sind alle Linienschiffe fest im Dienst
[20] wer eben nicht überzeugt werden will, ist es eben nicht!
[21] Frankreich noch näher!
[22] die soll und will ja ihm kein Mensch antasten! Wir gewiß nicht!
[23] O wie billig!
[24] ist nicht zu ändern!
[25] das thut es auch in 5 Jahren!
[26] sehr richtig
[27] ganz richtig
[28] sehr gut
[29] aha! da blieb er die Antwort schuldig
[30] ist es auch nicht
[31] richtig
[32] Hardinge denkt ja grade so!
[33] genau dieselben Worte hat Hardinge Graf Raben* gegenüber in Copenhagen gebraucht
[34] o yes!
[35] sehr einfach! so mache es eine Entente mit uns
[36] ja

Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Einfachste Lösung ist eine Entente oder Bündniß mit uns, dann sind sie aller Sorgen ledig. Daß wir gute Alliirte sind, zeigt das Verhältniß zu Österreich

Nr. 8213

*Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in London Wilhelm von Stumm, z. Z. in Berlin***

Unsignierte und undatierte Reinschrift

[pr. 9. Juli 1908]

Das in der englischen Politik sowohl wie in der Stimmung weiter Volkskreise in England zum Ausdruck kommende Mißtrauen Deutschland

* Graf Raben-Levetzau, dänischer Minister des Äußern.
** Von Stumm weilte zwecks einer militärischen Übung in Deutschland. Die Aufzeichnung wurde am 5. Juli dem Fürsten Bülow übersandt.

gegenüber ist beinahe ausschließlich auf die Besorgnisse zurückzuführen, die das Anwachsen der deutschen Seemacht hervorruft. Von einer etwa auf der Verschiedenheit der Volkscharaktere beruhenden Antipathie des Engländers gegen den Deutschen ist — von individuellen Fällen abgesehen — in England nichts zu verspüren. Ebensowenig stehen historische Reminiszenzen einem freundschaftlichen Einvernehmen der beiden Völker hindernd im Wege. Was schließlich die deutsche Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete betrifft, so gibt es allerdings einzelne Interessentenkreise, die sich durch den deutschen Wettbewerb geschädigt oder doch bedroht fühlen, und deren Mißvergnügen sich in politischer Gegnerschaft gegen das Deutsche Reich Luft macht. So bin ich wiederholt der Behauptung begegnet, daß die deutschfeindliche Haltung der „Times" ursprünglich dadurch entstanden ist, daß die Papierfabriken der Familie Walter durch die deutsche Konkurrenz zum Stillstand gebracht wurden. Indessen darf angenommen werden, daß die Zahl der in dieser Weise unmittelbar in ihren Erwerbsinteressen Betroffenen verhältnismäßig klein ist. Wenn trotzdem von englischer Seite immer wieder auf die der englischen Volkswirtschaft von Deutschland drohende Gefahr hingewiesen wird, so ist dies vorwiegend ein agitatorisches Argument für die Zwecke der Schutzzollpropaganda. Diese aber ist keineswegs auf finanzpolitische Erwägungen zurückzuführen. Darüber darf das Bestreben der Konservativen, die Einführung der Tarifreform als Voraussetzung für den Ausbau der von liberaler Seite eingeleiteten sozialen Gesetzgebung hinzustellen, nicht hinwegtäuschen. Ebensowenig hat sie als primäres Ziel die Stärkung der englischen Volkswirtschaft im Auge. Die englische Schutzzollbewegung dankt vielmehr ihre Entstehung vorwiegend dem Wunsche, die einzelnen Bestandteile des englischen Imperiums durch Schaffung gegenseitiger Wirtschaftsinteressen fester aneinander zu keilen. Sie ist ihrer Entstehung und ihrem Wesen nach eine imperialistische. Sie ist aus der Erkenntnis hervorgegangen, daß dem ideellen und — materiellen Interesse, das das Mutterland an der Aufrechterhaltung des britischen Kolonialreiches hat, zurzeit im wesentlichen nur das Interesse gegenübersteht, das die Kolonien an dem Schutz haben, den ihnen die englische Seemacht gewährt. „Ohne unsere Flotte würden unsere Kolonien ohne weiteres von uns abfallen", äußerte in meinem Beisein kürzlich ein englischer Kabinettminister, der bis vor kurzem noch eine leitende Stellung im Kolonialamt einnahm. Aber selbst auf englischer Seite sind die Ansichten über den dem Mutterlande von den Kolonien zufließenden materiellen Nutzen geteilt. Die englischen Schutzzollbestrebungen gehen daher darauf aus, durch Kräftigung der gegenseitigen Wirtschaftsinteressen die Bande fester zu gestalten, die die englischen Kolonien mit dem Mutterlande verknüpfen. Präferentialzölle gegenüber dem Auslande sollen hierzu die Handhabe bieten. Inwieweit dieses System durchführbar ist, ist sehr bestritten. Die Liberalen Englands stehen demselben vorläufig durchaus ablehnend gegenüber. Auch ist es schwer, sich ein Bild davon zu machen, wie es möglich sein soll,

die unter so verschiedenen Wirtschaftsbedingungen lebenden, auf so verschiedenen Wirtschaftsstufen angelangten englischen Kolonien einem einheitlichen System zu unterwerfen. Indessen dürfte zweifellos ein ernster Versuch in dieser Hinsicht gemacht werden, sobald die jetzige liberale Regierung von einer konservativen abgelöst wird.

Einstweilen und auf absehbare Zeit hinaus aber bildet noch politische Machtfülle des Mutterlandes und insbesondere Seemacht den Kitt, der das englische Kolonialreich zusammenhält. Die Besorgnis vor einer Absorbierung durch die nordamerikanische Union im Falle der Trennung von England hält Kanada vorläufig im englischen Kolonialreich trotz vieler Interessengegensätze ebenso fest wie Australien, das mit steigender Beängstigung der Evolution der gelben Rasse gegenübersteht. In Britisch-Westindien soll bereits eine starke Neigung zum Anschluß an die Vereinigten Staaten bestehen, und was die englischen Kolonien in Südafrika betrifft, so dürfte es wohl auch hauptsächlich das Gefühl der eigenen Schwäche und Hilflosigkeit sein, das den dort hervortretenden Unabhängigkeitsbestrebungen zurzeit noch gewisse Schranken auferlegt. So ist die Frage der Aufrechterhaltung seiner Übermacht zur See eine Frage von vitalster Bedeutung für England, denn mit dem Verschwinden derselben würde das englische Kolonialreich selbst ohne einen Angriff von außen vermutlich zusammenfallen wie ein Kartenhaus.

Solange die Hegemonie der englischen Flotte unbestritten war, konnte es sich England erlauben, auf Bindungen mit einzelnen kontinentalen Mächten zu verzichten. Es kam aber die Zeit, wo man sich englischerseits in seiner splendid isolation doch etwas unbehaglich zu fühlen begann. Die englische Politik konnte sich an den Dreibund oder den Zweibund anlehnen. Der Zusammenschluß Englands mit der französisch-russischen Gruppe läßt Deutschland als einzigen ernsthaften Gegner der englischen Seemacht bestehen. Denn die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes mit den Vereinigten Staaten von Amerika stellen die englischen Staatsmänner nicht in Rechnung. Das Bestreben der englischen Politik wird es daher zunächst auch weiterhin sein, die Zahl der Bundesgenossen nach Möglichkeit zu beschränken, die Deutschland im Falle eines Krieges mit England finden könnte. Diese Politik ist ihrem Wesen nach eine defensive. Eine aggressive Politik würde dem Friedensbedürfnis der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes durchaus widersprechen. Indessen muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die englische Defensive sich in dem Augenblick in eine Offensive verwandelt, in dem die englische Suprematie zur See selbst von dem isolierten Deutschland für gefährdet gehalten werden würde.

Nr. 8214

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Travemünde, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Travemünde, den 6. Juli 1908

Ballin soeben, heute aus London zurück, bei mir gewesen. Er wird auf meine Veranlassung Euere Durchlaucht in Norderney aufsuchen. Eindrücke aus London günstig. City und Handelskreise nach wie vor absolut gegen jeden Krieg. Ärger und Unzufriedenheit über Reise- und Ententenwirtschaft des Königs stark im Zunehmen. Ministerium mit König auf gespanntem Fuß aus selbem Grunde. Sir Ernest Cassel wußte nichts von Absage Königsbesuchs bei mir im Winter*, war aufs äußerste empört und aufgebracht über Seine Majestät. Teilte Ballin mit, daß er vom König erfahren, daß Seine Majestät, um beim Zaren ein „Sprungbrett" zu haben, um denselben von mir loszubekommen, weisgemacht habe, das Sandschakbahnprojekt** sei von mir persönlich ausgeheckt, den Österreichern dann von mir couliert worden, um den Zaren zu ärgern, ihm eine politische Niederlage beizubringen und ihn vor Europa lächerlich zu machen. Dem Zaren sei dadurch von mir eine gleiche Niederlage beigebracht worden wie durch die Japaner. Der Zar dürfe so etwas nicht auf sich sitzen lassen und nicht von mir gefallen lassen. Sir Ernest fügte hinzu, es schiene, als ob der Zar das geglaubt habe. Über die Perfidie einer solchen Lügerei habe ich keinen Ausdruck. Cassel völlig entsetzt, als Ballin ihm sagte, dies wäre eine gemeine Lüge, da König Eduard fest an die Tatsache glaube. Auf Ballins ehrenwörtliche Erklärung (die ich ihm hier bestätigen konnte), daß ich von der ganzen Geschichte nichts gewußt und erst durch die Zeitungen wie alle anderen Menschen davon erfahren habe, erklärte Cassel, er müsse sofort das dem Könige mitteilen, um ihm den Unsinn auszureden. Cassel wird alles daransetzen, beide englischen Majestäten zum Besuch nach Berlin zu bringen. Ich habe ihn durch Ballin wissen lassen, daß ich aus der Ostsee noch nicht zurück sein werde, wenn Seine Majestät Deutschland nach Marienbad zu passiert***.

Ballin wird Ihnen viel Interessantes erzählen. Er hat seine Sache großartig gemacht. Ich fahre heute abend ab, Wetter gut, wünsche Ihnen einen schönen Sommer. Viele Grüße der Fürstin.

Wilhelm I. R.

---

* Vgl. Nr. 8212, S. 87, Fußnote.

** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVII.

*** Vgl. dazu Huldermann, Albert Ballin, S. 212f. Ballin gab sich alle Mühe, wenigstens für die Rückreise des englischen Königs von Marienbad nach England eine Zusammenkunft der beiden Monarchen als ein Vorspiel eines Besuchs des englischen Königspaares in Berlin zustande zu bringen. Die Zusammenkunft fand dann doch schon auf der Hinreise Eduards VII. am 11. August in Kronberg statt. Vgl. Nr. 8223ff.

Nr. 8215

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 662 London, den 10. Juli 1908

Lord Hugh Cecil, Sohn des verstorbenen Staatsmanns Lord Salisbury, gilt für einen der klügsten Köpfe des Unterhauses und steht dort in großem Ansehen. Er ist konservativ und Anhänger des Freihandels.

Als ich kürzlich eine eingehende Besprechung über die politische Lage mit ihm hatte, erinnerte ich ihn an das historische Wort seines Vaters, der die Entstehung des Dreibundes öffentlich als „tidings of great joy" bezeichnet hatte, und an den Wechsel, der seitdem in der Stimmung und Politik Englands Platz gegriffen habe.

Er gab hierfür mehrere Gründe an: Der Glaube, daß die deutsche Politik sich absichtlich und ohne zwingende Veranlassung mehrfach England in den Weg gestellt habe. Als Beispiel führte er unsere Beschützung des Sultans von Sansibar an, nachdem wir in einem Abkommen mit England uns über Sansibar geeinigt gehabt hätten. (Ich erkannte hierin die Stimmen seines Vaters, der, wie ich mich deutlich erinnere, in unserer Fluchtbegünstigung des Sultans* damals ein illoyales Verhalten erblicken zu müssen glaubte.) Ferner das Anwachsen der Macht Deutschlands, das heute unvergleichlich mächtiger dastehe, als zurzeit der Begründung des Dreibundes, und zugleich damit verbunden die angebliche Tendenz des jungen Deutschlands, in England den Rivalen zu erblicken, der uns überall im Wege stehe und daher beseitigt werden müsse[1]. Schließlich und vor allem die deutsche Flotte.

Lord Hugh Cecil bestritt entschieden, daß die englische Ententepolitik gegen Deutschland gerichtet sei, und ebenso entschieden, daß im englischen Volke oder in der englischen Politik aggressive Absichten gegen Deutschland beständen. Die Furcht vor Deutschland beherrsche hingegen die englische Politik. So werde zum Beispiel augenblicklich in parlamentarischen Kreisen vielfach besprochen, daß anscheinend deutsche Offiziere in großer Anzahl das Land bereisten[1].

Ich erwiderte, ein besseres Beispiel für die Leichtgläubigkeit und Irreleitung der öffentlichen Meinung in England könne er kaum anführen. Diese deutschen Offiziere existierten lediglich in der englischen Einbildung. Ich könne ihm mit aller mir zu Gebote stehenden Autorität und auf Grund sicherster Information die bestimmte Erklärung abgeben, daß kein deutscher Offizier den Auftrag habe, militärische Erkundungen in England einzuziehen.

---

* Vgl. dazu Bd. XIV, S. 117, Fußnote.

Ich übergehe meine sonstigen Antworten und Ausführungen wie auch vieles, was Lord Hugh Cecil im Laufe der Besprechung noch bemerkte, um nicht bei anderen Gelegenheiten schon Berichtetes zu wiederholen. Ich betonte aber, daß die gegen Deutschland gerichtete Auslegung der Ententepolitik Beunruhigung hervorrufen müsse.

Vorgestern hatte ich nun eine lange Unterredung mit dem früheren Premierminister, Herrn Balfour, aus der ich der Kürze halber auch nur einiges wiedergeben werde. Herr Balfour sagte, die Beziehungen zwischen England und Deutschland erfüllten ihn mit großer Sorge. Es werde ihm immer und immer wieder von Kennern Deutschlands[2] mitgeteilt, daß bei uns die Lehre eifrig verbreitet werde und Wurzel schlage, daß England der deutschen Expansion im Wege stehe, und daß unsere Anstrengungen darauf gerichtet werden müßten, England zu besiegen[3].

Ich entgegnete, mir seien diese Lehren unbekannt, wohl aber sei es zu meiner Kenntnis gelangt, daß selbst der Chef der englischen Admiralität einen Angriff auf die deutsche Flotte befürworte*. Bei uns dagegen plane niemand einen Angriff auf England. Wir seien friedlich gesinnt, hätten vor einem Menschenalter unsere Einheit errungen und wollten niemandem etwas zuleide tun. Allerdings sei es richtig, daß die englische Versicherungspolitik, wie sie von unseren zahlreichen Gegnern ausgelegt werde, eine immer tiefer gehende Beunruhigung erzeuge[4]. „An insurance policy," fuhr ich fort, „does not prevent a fire. It is costly, uncertain and no safeguard. The more efficient and much cheaper means of preventing a fire consists in taking away combustible materials[5]."

Herr Balfour verurteilte auf das schärfste the loose talk of attacking the German fleet. Ganz abgesehen von der Immoralität einer solchen Aktion würde sie die dauernde Feindschaft des deutschen Volkes gegen England heraufbeschwören[6], ohne Deutschland dauernd zu schwächen. A surprise attack auf die deutsche Flotte ohne vorherigen, durch die ernsteste Provokation hervorgerufenen, regelrechten Krieg müsse jeden Deutschen mit tödlichem Haß gegen England erfüllen[6]. Ich ergänzte, ein Haß, der in hundert Jahren nicht erlöschen würde. — Es sei ausgeschlossen, fuhr Herr Balfour fort, und ich könne ihm doch wohl zutrauen, daß er hierin sowohl die Ansichten der leitenden konservativen als auch der liberalen Staatsmänner kenne, daß England sich ohne die allerstärkste Provokation unsererseits auf einen Krieg mit Deutschland einlassen werde. Auch die Ententen seien ohne jede feindliche Absicht gegen Deutschland abgeschlossen worden[7]. Die englische Politik denke nicht daran, sich in Europa durch Allianzen festzulegen oder an etwaigen kriegerischen Verwicklungen gegen Deutschland teilzunehmen. Wenn wir England nicht den Krieg aufzwängen, so würde es überhaupt keinen deutsch-englischen Krieg geben. Hier sei man nur von der Furcht vor Deutschland beherrscht[8], aber nicht von Angriffsgedanken.

---

* Sir John Fisher. Vgl. die Bestätigung in Lord Fishers Memories, p. 18ff.

Als ich ihn frug, wie es denn komme, daß die englische Politik sich Deutschland gegenüber, das früher doch auch schon mächtig dagestanden sei, jetzt gänzlich geändert habe, warf der frühere Premierminister lebhaft ein: „Yes, but then you had no fleet[9].“ Unsere Machtstellung in Europa, gegründet auf unsere Volkszahl, Tüchtigkeit und Heer flößten ihm auch heute noch keine Besorgnis ein. Auch nicht die vielfach vertretene Ansicht, daß das Gleichgewicht Europas durch das Anwachsen unserer Macht und die gleichzeitige Schwäche Rußlands sowie durch die relative Schwäche Frankreichs gefährdet sei. Ein absolutes Gleichgewicht habe es in Europa nie gegeben. Einer sei immer der stärkste gewesen, und da sei es ihm noch lieber, daß dies der bisher friedfertige Deutsche anstatt des unruhigen Franzosen sei. Aber die Flotte! Daher komme die Angst und Besorgnis vor der deutschen Gefahr in England[10].

Es ist merkwürdig, wie die beiden Völker sich gegenseitig verschieden beurteilen. Der Engländer hält sich für bedroht. Er steht unter dem Zeichen der Furcht, fühlt sich also keineswegs übermütig oder überlegen im Hinblick auf seine Freundschaften und Ententen. Diese geben ihm nicht einmal das Gefühl der Sicherheit für seine Existenz. Er spürt nicht die geringste Lust, es mit uns aufzunehmen. Wir dünken ihm zu stark[10].

Der Deutsche dagegen hält sich durch das triumphierende England und seinen Anhang für immer mehr in die Enge getrieben, so daß er schließlich durch einen heroischen Verzweiflungskampf, den ihm aber niemand aufzuzwingen beabsichtigt, seine Freiheit, die ihm niemand fortnehmen will, wiedererringen zu müssen glaubt. Wenn unsere Börse ahnte, welche Angst man in England vor uns hat, so würde bei ihr bald wieder a more cheerful tone herrschen.

Als ich Herrn Balfour im Laufe unserer Unterredung darauf hinwies, daß seine Versicherung, die Ententen hätten keine Spitze gegen Deutschland, nicht überall Glauben fände, seinerzeit nicht im „Temps“, der den Engländern zur Erwerbung ihrer Bündnisfähigkeit mit Frankreich die allgemeine Wehrpflicht dringend anempfehle, erwiderte er, gerade an diesem Beispiel könne ich erkennen, daß England sich nicht auf kontinentale Allianzen einlassen wolle. In der Sitzung des Unterhauses, die er gerade verlassen habe, sei von einem Abgeordneten ein Antrag auf Einführung der Wehrpflicht in nur beschränktem Umfange und in milder Form gestellt worden. Das Unterhaus habe mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, den Antrag überhaupt zu diskutieren.

Auch auf die Spionenfurcht kamen wir zu sprechen. Ich sagte ihm, seine Landsleute seien in der Spionenriecherei jetzt selbst den Franzosen voraus[11]. Herr Balfour erwiderte, er lege dieser Sache keine besondere Bedeutung bei. Es sei ja bekannt, daß die großen Staaten militärische Informationen einzuholen suchten, wo und wie sie könnten.

Er war erstaunt, von mir zu erfahren, daß das Auskundschaften Englands durch Deutsche lediglich ein Phantasiegebilde der geängstigten Engländer sei.

Der Glaube an deutsche Spionage in England ist hier ganz allgemein[12] und nimmt die wunderlichsten Dimensionen und Formen an. Eine besondere Rolle spielen dabei die zahlreichen deutschen Kellner und City clerks. Einige der Herren vom schwarzen Frack sind nach japanischem Vorbilde verkleidete deutsche Offiziere, die die militärpflichtigen jungen hier angestellten Deutschen unter ihrer Kontrolle haben. Auch verborgenen Waffendepots ist schon nachgespürt worden. Neulich erfuhr ich auch, daß diese ganze formidable militärische Organisation in meiner Hand ruht[10]. Ich fürchte, man tut meiner militärischen Befähigung zu viel Ehre an.

Ich sagte Herrn Balfour, es gäbe keinen Unsinn und keine Dummheit, die hier nicht geglaubt würde[13], sobald es sich um Deutschland handele.

Etwas Ähnliches habe ich nur in Ägypten erlebt zur Zeit, als die Cholera dort ausbrach und den Eingeborenen weisgemacht wurde, daß diese Krankheit von den englischen Ärzten absichtlich propagiert werde, und zwar auf folgende ingeniöse Art: Mit einer langen Schere bewaffnet ging der Arzt nachts in der Wüste spazieren und durchschnitt in der Luft schwebende, unsichtbare Cholerafäden, um so den Keim der Krankheit zu vervielfältigen.

In Anbetracht der Unsicherheit der ärztlichen Kunst erscheint die ägyptische Leichtgläubigkeit noch die entschuldbarere.

Aus den Worten Lord Hugh Cecils sowohl wie seines Vetters, Herrn Balfours, trat es klar zutage, daß ihnen jede aggressive Absicht gegen Deutschland fern liegt und sie an eine solche auch im englischen Volke nicht glauben. Dagegen fürchten sie, daß die Lehren von Treitschke und von vielen anderen das deutsche Volk zu dem Gedanken erzogen hätten und erzögen, England stehe der Ausbreitung Deutschlands im Wege und müsse mit Hülfe einer starken Flotte besiegt werden[14]. Ich hingegen bestritt dies und betonte, daß die Auslegung, welche die englische Politik von unseren Gegnern erführe, das Mißtrauen Deutschlands in die englischen Absichten schüren müsse, und daß die Versicherungspolitik vor dem Ausbruch eines Feuers nicht schütze.

Wenn es auch nützlich ist, daß maßgebende Persönlichkeiten in England wissen, wie wir empfinden und denken, so würde ich mir von einer Ventilierung dieser Gedanken in der Presse doch nur Schaden und keinerlei nützliche Folgen versprechen, da die Presse sofort in einen polemischen Ton verfallen und man sich gegenseitig in heftiger Weise die Sünden vorhalten, aber niemand im anderen Lager überzeugen würde. Seit der Begegnung in Reval ist die gegnerische Presse nach Möglichkeit verstummt. Auch ihr ist es unheimlich geworden[15]. Sie scheint denn doch keineswegs so sicher zu sein, den Erfolg auf ihrer Seite zu finden, wenn der Krawall, den sie vorbereitet, losbrechen sollte[16].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !
2 ?!! Wesselitsky etc.!
3 an so einen Blödsinn denkt bei uns keiner!
4 überall! nicht nur bei uns
5 sehr gut!
6 ja
7 ?
8 die Kerls müßen in die Kaltwasserheilanstalt geschickt werden!
9 aha! then why not an entente with us?
10 !
11 unzweifelhaft ja!
12 von Russen und Franzosen genährt
13 sehr wahr
14 so dämlich werden wir niemals sein! das wäre ja Hari-Kiri
15 weil unsere still war und den Befehl dazu hatte; sie soll auch weiter das Maul darüber halten!
16 sehr erfreulich!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Metternich hat vorzüglich geantwortet! ich unterschreibe alles was er gesagt! Es ist hirnverbrannter Blödsinn sich einzubilden, wir wollten die Engländer angreifen, überfallen, oder gar „hinwegräumen" blos aus Concurrenzneid! Das Einzige, was wir wollen ist von ihnen in Frieden gelassen zu werden, um ungestört unseren Handel ausbreiten zu können. Ueber das Verhältniß der beiden Flotten zu einander giebt der „Nauticus 1908" den besten Aufschluß; da ist in Courven deutlich gezeichnet, daß die Engländer im Flottenbau den 3 power Standard erreicht haben, indem sie im Jahre 1909 mit 71 Linienschiffen gegen 24 von uns gegenüberstehen! Dabei sollen w i r sie überfallen wollen! Dalldorf!

W.

Meine Zufriedenheit an Metternich telegraphiren.

Nr. 8216

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Nordlandsreise

Undatierte Abschrift

Ganz geheim [pr. 15. Juli 1908]

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät danke ich ehrfurchtsvollst für das gnädige Telegramm aus Odde*. Ich freue mich, daß Euere Majestät dort eine so schöne Partie machen konnten, und hoffe aufrichtig, daß das Wetter auch fernerhin seine Gunst bewahren wird.

Euerer Majestät bin ich dankbar, daß Allerhöchstdieselben Ballin veranlaßt haben, mich hier aufzusuchen**. Die Unterredung mit ihm war mir in hohem Grade interessant, insbesondere dadurch, daß Ballin mich eingehend über das Verhältnis zwischen Euerer Majestät und Seiner

* Nicht bei den Akten.
** Vgl. Nr. 8214.

Majestät dem König Eduard orientiert hat. Offenbar geht der König darauf aus, Euere Majestät durch allerlei Nadelstiche zu reizen. Nichts amüsiert den König mehr, meinte Ballin, als wenn bei uns schlechte Laune zutage tritt. Das betrachtet der König als eine Quittung darüber, daß er seinen Zweck erreicht hat. Dabei möchte aber der König vor der Welt so tun, als wenn er von Euerer Majestät froissiert würde. Diese Taktik führt der hohe Herr mit Überlegung und Klugheit durch. Unsere Taktik muß also dahin gehen, uns keine Blöße zu geben und dem Könige nicht die Möglichkeit zu bieten, sich in sachlicher oder formeller Hinsicht mit Grund über uns zu beschweren. Das gilt gerade für die Besuchsfrage. Der König würde sich freuen, wenn auf unserer Seite Verstimmung über die bisher nicht erfolgte Erwiderung des vorjährigen Besuches Euerer Majestät in England an den Tag gelegt würde. Er würde daraus mit Vergnügen entnehmen, daß es ihm gelungen sei, uns zu ärgern. Wohl aber müssen wir aus ernsten politischen Gründen wünschen, daß der englische Besuch in Berlin stattfinde. Zu diesem Zwecke erscheint auch Ballin eine baldige Begegnung Euerer Majestät mit Seiner Majestät dem König sehr erwünscht als Einleitung für den Besuch in Berlin, und um das Nähere für den Besuch zu besprechen. Nach der Ansicht Ballins wäre es am besten, wenn diese Begegnung auf der Hinreise des Königs nach Marienbad stattfinden könnte. Wenn das durchaus nicht möglich wäre, so müßte das Zusammentreffen bei der Rückreise von Marienbad bewerkstelligt werden. Nach Straßburg oder Metz wird der König nicht kommen. Es würde falsch sein, ihm dort eine Begegnung vorzuschlagen, da ein unzweifelhaft zu erwartender Refus His Majesty nur in Frankreich noch beliebter machen würde als bisher. Ließe sich vielleicht ein Zusammentreffen in Homburg, Kronberg oder Baden-Baden arrangieren, wenn es nicht schon auf der Hinreise zu ermöglichen wäre?

Ballin ist davon durchdrungen, daß es im deutschen Interesse liegt, einen Zusammenstoß mit England selbstverständlich unter voller Wahrung unserer Würde grade im Laufe der nächsten Jahre zu vermeiden: Nicht nur weil die Zeit wegen der Zunahme unserer Bevölkerung, der Stärkung unserer Wehrkraft und der zu erhoffenden Kräftigung unserer Finanzen für uns liefe, sondern auch weil nach menschlicher Berechnung mit dem Könige, der anfange zu altern, das Element der Unruhe aus der englischen Uhr wieder ausscheiden würde. Ballin glaubt, daß nach dem Ableben Seiner Majestät des Königs wieder der frühere korrekte Zustand in England eintreten und die auswärtige Politik von den Ministern in Übereinstimmung mit dem Parlament und unter Ausschaltung der Liebhabereien und Rankünen des Souveräns gemacht werden würde. Deshalb sei es so wichtig, daß wir über die nächsten Jahre wegkämen. „Heute, heute laß Dich nicht fangen, so bist Du tausendmal entgangen." Auch nach der Ansicht Ballins beruhen die deutsch-englische Spannung und die Kriegsgefahr in erster Linie auf den deutschen Flottenbauten und speziell auf dem Tempo, in dem wir Schlachtschiffe bauen. Diese Flottenbauten

immer wieder rechtfertigen zu wollen, würde die englische öffentliche Meinung nur noch mißtrauischer machen. Wir sollten aber alles vermeiden, was wie pomphafte und von Reden begleitete Stapelläufe die Aufmerksamkeit auf sie lenke. Der Engländer ist nicht wie der Deutsche, der seine Eindrücke (wenn nicht aus der Tiefe seines Gemüts) aus Büchern und Tabellen schöpft; auf John Bull wirkt die Anschauung, das was er vor sich sieht. Im übrigen verhindert das Maß unserer finanziellen Kräfte, daß unser Flottenbau einen Umfang annimmt, der für England nicht eine imaginäre, sondern die wirkliche Lebensgefahr einer Aggression bedeuten würde. Wir können nicht zugleich das größte Heer und die größte Flotte haben. Auf einen Wettlauf in Dreadnoughts können wir uns mit dem viel reicheren England gar nicht einlassen. In Schlachtschiffen wird der Abstand zwischen uns und England wohl noch lange ungefähr der gleiche bleiben. Ballin stellte wiederholt zur Erwägung, ob es nicht möglich sein würde, mit den Engländern zu einer Verständigung über Umfang und Maß der Flottenrüstungen zu gelangen. Seines Erachtens würde das mit den Liberalen leichter sein als mit den Konservativen, wie es sich überhaupt dringend empfehle, sich mit den ersteren nach Möglichkeit zu stellen.

Ballin glaubt nicht, daß die Russen in England viel Geld erhalten werden, dagegen, daß König Eduard sich in Frankreich für Unterbringung einer neuen russischen Anleihe verwenden und damit auch Erfolg haben werde.

Mit Besorgnis erfüllt es Ballin, daß sich in Euerer Majestät Begleitung der Prinz Albert von Holstein* befindet. In allen Londoner Klubs wisse man, daß der Prinz indiskret sei und Sachen vertraulicher Natur, die zu seiner Kenntnis kämen, nach England schreibe. Die Beziehungen zwischen Deutschland und England seien aber zu ernster Natur, als daß man sie Indiskretionen aussetzen dürfe.

Sehr interessant ist, was Ballin über die allgemeine wirtschaftliche Depression sagte. Geld sei in England und Amerika jetzt ebenso knapp als in Deutschland; es sei zurzeit nur in Frankreich zu finden, weil man sich dort industriell nicht übernommen habe, und wegen des Sparsinns der Bevölkerung. Mit den japanischen Werten sind die Engländer gehörig hereingefallen.

Über unsere Reichsfinanzreform sagte Ballin kluge Sachen. Er verkennt nicht, daß es bei der jetzigen Geschäftslage und bei dem Parteigeist der Deutschen schwer sein werde, sie zustande zu bringen. Er bezeichnet sie geradezu als eine der schwierigsten Aufgaben, die je gestellt wurden. Auch die neuen Steuern würden das riesige Loch nur stopfen, wenn gleichzeitig größere Sparsamkeit auf allen Gebieten und an allen Stellen einkehre. Überall in Deutschland herrsche jetzt ein zu verschwenderischer Geist. Wir wären allmählich an allen Ecken und Enden in ein protzen-

* Sohn des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein und der Prinzessin Helena von Großbritannien, Kommandeur der Leibeskadron des Leibgardehusarenregiments in Potsdam.

haftes Wesen und Wirtschaften hineingeraten, das so nicht weiter ginge. Wir müßten wieder haushälterischer und einfacher werden. pp.*

(gez.) Bülow

Nr. 8217

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Ausfertigung

Nr. 691
Geheim

London, den 16. Juli 1908

Sir Edward Grey hatte mich vorgestern in seinem Hause mit Herrn Lloyd George zum Frühstück eingeladen. Das Gespräch wandte sich bald der auswärtigen Politik zu. Der jetzige Schatzkanzler hat sich in kurzer Zeit aus einem ultra-radikalen wallisischen Advokaten zu einer führenden und geachteten Persönlichkeit in seiner Partei und im Ministerium herangebildet. Da er imperialistisch denkt, so steht er auch bei den Unionisten in Ansehen. Als oppositioneller Abgeordneter erlaubte er sich, wenn ich mich recht erinnere, vor einigen Jahren hin und wieder einen im Jingo-Ton gehaltenen Seitenhieb auf Deutschland. Als verantwortlicher Minister fand ich in ihm eine versöhnliche Stimmung.

Er stimmte mir darin bei, als ich die Anfrage im Parlament betreffend Spionage berührte, daß hier jetzt leider jeder Unsinn, sobald es sich um Deutschland handele, geglaubt werde.

Als ich bemerkte, es sei zu bedauern, daß die englische Politik für die französische Freundschaft die deutsche Feindschaft eintauschen zu wollen scheine, und daß die Ententepolitik die Beunruhigung in Europa hervorgerufen habe, führte Sir Edward Grey ungefähr folgendes aus: England sei im Laufe der letzten Dezennien mehrmals nahezu in kriegerische Verwickelungen mit Frankreich und Rußland geraten. Ohne einen Vergleich würde es wahrscheinlich schon zum Kriege gekommen sein. Beide Vergleiche seien ohne jede Spitze gegen Deutschland abgeschlossen worden. Es bestehe nur eine Entente mit Frankreich. Mit Rußland „noch" keine. Dagegen habe Deutschland den Dreibund. Es sei unverständlich, wie man da von einer Politik der Isolierung Deutschlands sprechen könne.

Herr Lloyd George warf ein, es sei wohl die diplomatische Unterstützung Frankreichs durch England, die in Deutschland verstimme[1]. Sir

---

* Über den Schluß des Briefes siehe Bd. XXV, Kap. CLXXXIX, Nr. 8826, S. 490, Fußnote **.

** Neuerdings veröffentlicht in A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 72ff. Über die Stellungnahme des Kaisers zu dem Bericht vgl. das Schreiben des Kabinettschefs der Marine Admiral v. Müller an Admiral v. Tirpitz vom 31. Juli (nicht: August) 1908, v. Tirpitz a. a. O. S. 85. Das Müllersche Schreiben enthält auch einige Angaben über die Aussprache, die am 31. Juli in Swinemünde zwischen dem von der Nordlandfahrt zurückkehrenden Kaiser und dem von Norderney herbeigeeilten Reichskanzler über die Flottenfrage stattfand. Danach hätte der Kaiser auf der „völligen Indiskutierbarkeit einer verlangsamten Flottenentwicklung" bestanden. Die Akten bieten darüber nichts.

Edward Grey erwiderte, soweit es sich um Marokko handele, sei England hierzu verpflichtet.

Ich bemerkte, Frankreich sei in absolut gesicherter Lage, solange es den Status quo in Europa[2] anerkenne. Allein werde es an ihm nicht rütteln. Gestützt auf England möge der Revanchegedanke aber eines Tages wieder aufleben[3]. Avis au lecteur: Der Artikel des „Temps", der England eine starke Armee empfehle*, um bündnisfähig zu werden.

Als Herr Lloyd George die Ansicht ausdrückte, er glaube nicht an kriegerische Absichten in Frankreich, obwohl sich die Franzosen noch nicht dazu entschließen könnten, die Vergangenheit anzuerkennen, erwiderte ich, daß ich auch nicht an derartige Absichten bei den Franzosen glaubte. Auch hätte ich nicht das geringste dagegen zu erinnern, daß England Streitfragen mit anderen Nationen hinwegräumte. Dagegen sorgten in der Publizistik die Freunde. und Verteidiger der englischen auswärtigen Politik dafür, die Überzeugung zu verbreiten, daß es sich bei ihr nicht nur um den Ausgleich von Streitigkeiten, sondern zugleich um die Schaffung eines Bollwerkes gegen die deutsche Macht handele. Dieses Vorgehen verfolge keine friedliche Tendenz und könne auch nicht als solche in Deutschland aufgefaßt werden, müsse dort vielmehr und überhaupt in Europa Beunruhigung hervorrufen[4].

Sir Edward Grey bemerkte hierauf, das Unerfreuliche der Situation liege darin, daß wir uns gegenseitig feindliche Absichten zuschöben. In Deutschland glaube man an einen eventuellen englischen Angriff, hier dagegen, daß die deutsche Flotte gebaut werde, um Englands Stellung zu bedrohen.

Beide Minister waren der Ansicht, daß die Situation zwischen England und Deutschland sich um die Flottenfrage drehe. Die Auslagen für die englische Flotte würden infolge des deutschen Flottenpogramms[5] und des beschleunigten[6] Flottenbaues dermaßen in die Höhe gehen und das Gefühl vor der deutschen Gefahr würde damit dermaßen an Intensität zunehmen, daß die Beziehungen zwischen den Ländern sich nicht bessern könnten, solange sie sich in der Flottenkonkurrenz[7] gegenseitig in die Höhe schraubten. Jeder Engländer würde seinen letzten Pfennig daransetzen, um sich die Überlegenheit[8] zur See zu wahren, von welcher nicht nur die Weltstellung Englands, sondern auch seine Existenz als unabhängiger Staat abhänge. Die ruinösen Ausgaben, zu denen die Flottenkonkurrenz triebe[9], könnten vertrauensvolle Beziehungen zwischen beiden Nationen nicht aufkommen lassen. Wer auch nur einigermaßen England kenne, wisse, daß hier nicht die Absicht bestehe, Deutschland mit der englischen Flotte zu bedrohen[10] oder gar Deutschland anzugreifen. Eine Landung sei schon in Anbetracht der englischen Armeeverhältnisse gänzlich ausgeschlossen. Fürst Bismarck habe, wie Herr Lloyd George scherzend bemerkte, als bei irgend einer Gelegenheit von einer englischen Landung auf deutschem Boden die Rede gewesen sei, gesagt, er werde in dem Falle es der Polizei überlassen,

* Vgl. Kap. CLXXVI, Nr. 8202.

das englische Landungskorps festzunehmen. Ebenso lägen die Verhältnisse auch heute noch, wenn es sich um die Bedrohung Deutschlands durch England handele. Für England dagegen sei eine mächtige deutsche Flotte[11] mit einer noch mächtigeren Armee im Hintergrunde eine reale Gefahr[12].

Ich erwiderte, an der German invasion leide nur die englische Einbildungskraft. In Deutschland denke kein vernünftiger Mensch daran[13]. Die Flottenbauten seien leider verteuert worden durch die Erfindung des „Dreadnought“[13], wodurch England seinen immensen Vorsprung verloren hätte und andere seefahrende Nationen zu demselben großen Schiffstypus und damit relativ zu denselben hohen Ausgaben gezwungen würden. Aber, à qui la faute? Im Unterhause sei dieser Tage sogar von der Einführung eines neuen noch größeren Schiffstypus, einer schwimmenden Festung, gesprochen worden. Solange die englische Versicherungspolitik Beunruhigung in Deutschland erzeugen müsse, hielte ich eine Einschränkung der Rüstungen zu See für ausgeschlossen[13]. Zuerst müsse Sir Edward Grey eine politische Detente zwischen beiden Ländern herbeiführen und durch seine Politik in Zentraleuropa den Glauben wiederherstellen, daß seine Ententen nicht eines Tages gegen uns mißbraucht werden könnten[14], dann erst sei der Boden für eine etwaige Besprechung der Einschränkung von Seerüstungen geebnet[15]. Vorher nicht. Herr Lloyd George, der an der Flottendiskussion lebhaften Anteil nahm, entgegnete, eine Verlangsamung des Tempos in unserem Flottenbau[16] würde zur sofortigen Beruhigung der Gemüter mehr beitragen, als irgendeine politische Aktion dies vermöge. Wir würden hier das weitgehendste Entgegenkommen zur Schaffung einer gemeinsamen Basis für die beiderseitige Einschränkung des Flottenbaues finden[17]. Die Einführung des Dreadnoughttyps sei ein großer Fehler von englischer Seite gewesen. Die Regierung würde hier jede mögliche Garantie[18] geben, daß kein neuer Typus eingeführt[19] werden solle, wenn wir zu einer Verständigung gelangen könnten. Er habe sehr bedauert, daß seinerzeit der Briefwechsel zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und Lord Tweedmouth* nicht veröffentlicht worden sei. Es würden daraus dem Publikum die freundschaftlichen Gefühle Seiner Majestät des Kaisers für England klar geworden sein, und er würde in dem Briefe Seiner Majestät auch eine Handhabe erblickt haben, um in vertrauliche Besprechungen mit uns über die Flottenausgaben einzutreten[20]. Wenn er damals schon die Verantwortung für die Staatsfinanzen gehabt hätte, so würde er auch im Ministerrate auf die Veröffentlichung des Briefwechsels gedrungen haben[21]. Eine Haager Konferenz sei nicht der geeignete Weg[22], um zu einer Einschränkung der Ausgaben für die Flotte zu gelangen. Wenn es, wie er dringend hoffe, je dazu kommen solle, so dürfe dies auch nicht auf amtlichem Wege, etwa durch einen Notenwechsel[23], versucht werden. Nichtamtliche, vertrauliche Besprechungen, die gar nicht in die Öffentlichkeit dringen dürften[24], würden, wenn eine Verständigung zwischen England und uns auf diesem Gebiete überhaupt möglich sei, eher zum gewünschten Ziele führen[25].

* Vgl. Kap. CLXXV, Nr. 8181 f.

Sir Edward Grey stimmte seinem Kollegen bei außer in dem Punkte, wo dieser die Opportunität der Veröffentlichung des Briefwechsels befürwortet hatte.

Ich gab Herrn Lloyd George darin recht, daß weder eine Haager Konferenz noch weniger eine amtliche Anregung durch eine Note[26] der englischen an die deutsche Regierung die Frage der Verminderung der Flottenausgaben lösen werde[27], bezeichnete ein amtliches Vorgehen[28] in dieser Richtung sogar als unter Umständen sehr bedenklich[29] und schwerwiegend und gefährlich, ließ mich im übrigen aber nicht von dem sicheren Boden abbringen, den ich durch meine Forderung einnahm: Zuerst eine Politik der Beruhigung, dann können wir von der Flotte reden[30].

Ich habe auch in der Wiedergabe dieser Unterredung vieles ausgelassen und der Kürze halber nur das Wesentliche angeführt. Das Nebensächliche trägt aber zur richtigen Färbung des ganzen Bildes bei. Ich gestatte mir daher, um keine Mißdeutungen zuzulassen, noch die nachfolgende ergänzende Schlußbemerkung hinzuzufügen.

Euerer Durchlaucht ist es bekannt, daß die englische Regierung seit langem den Wunsch hegt, über die Flottenausgaben mit uns zu einem Abkommen zu gelangen[31]. Vor und während der zweiten Haager Konferenz wurde ein verfehlter Anlauf in dieser Richtung unternommen. Wenn ich richtig unterrichtet bin, so ist bei uns auch schon die Befürchtung hervorgetreten, die englische Regierung möchte, allein oder mit anderen, an uns den förmlichen Antrag richten, unser Flottenprogramm einzuschränken, und daß hieraus eine sofortige Kriegsgefahr entstehen würde[32]. Nach meiner Überzeugung liegt es der hiesigen Regierung vollkommen fern[33], uns durch eine Art von Ultimatum vor die Frage des Nachgebens oder des Krieges zu stellen. Sie hat keineswegs die Absicht, an uns eine drohende Frage zu richten[34]. Sie wünscht vielmehr, späteren kriegerischen Möglichkeiten durch einen Vergleich beizeiten vorzubeugen. Wenn ich jemandem einen Wunsch abschlage, so brauche ich mich deshalb noch nicht gleich mit ihm zu raufen. Diese Erwägung tritt erst dann ein, wenn ich sehe, daß der andere Miene macht, seinen Wunsch[35] von mir zu erzwingen[36].

Ich habe den beiden Ministern gegenüber die Erfüllung ihres Wunsches von einer Bedingung abhängig gemacht, deren Auslegung in unserer Hand liegt. Ich würde die Möglichkeiten der Zukunft eingeengt und die Lage unnötig verschärft haben, hätte ich ihnen zu verstehen gegeben, daß wir niemals und unter keinen Umständen bereit sein werden, über die Flottenausgaben uns zu verständigen. Der Preis, den ich dafür genannt habe, wird uns von Sir Edward Grey wohl so bald nicht gezahlt werden.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ja

[2] Reichslande!

[3] gut gesagt!
[4] richtig
[5] falsch! in Folge Englischer Uebergroßmachtsgelüste und Gespensterseherei
[6] ist nicht beschleunigt!
[7] giebt keine! unsere ist begrenzt! durch Gesetz!
[8] siehe Nauticus sie haben schon die 3fache!!!
[9] Eine solche anmaßende Sprache hat England auch in den Tagen schärfster Spannung mit Russland über Afghanistan niemals geführt! Es hat sich niemals unterstanden von Russland zu verlangen, es solle seine Truppen von der Grenze zurückziehen, oder die Nachschübe zur Verstärkung der Garnisonen einstellen.
[10] ?! haben sie schon permanent gethan!
[11] wird England gegenüber niemals mächtig sein! und noch weniger eine Gefahr als schon die übermächtige Englische Flotte für uns ist.
[12] Das nach meiner Guildhallrede ist direkt unverschämt!
[13] richtig
[14] sehr gut
[15] falsch! Darüber reden wir überhaupt nicht! wir werden uns niemals vorschreiben lassen wie unsere Rüstung beschaffen sein soll
[16] Wir haben kein schnelles Tempo! Und haben auch keine heimlichen „Dreadnoughts" für andere Staaten im Bau — die dann von England angekauft werden — oder als Panzerkreuzer frisirt, plötzlich sich als Linienschiffe entpuppen.
[17] Diese ganz unerhörte Zumuthung sollte der Engl[ische] Minister mal erst an Roosevelt, Clemenceau, Mirabello* oder Japan stellen! Die Antworten würden erheiternd ausfallen! Warum nur an uns? Weil man glaubt, daß meine Diplomatie die Hosen voll hat und sich durch Kriegsgeschrei imponiren lässt.
[18] brauchen wir nicht!
[19] ist uns ganz einerlei.
[20] der würde eine feine Antwort von mir bekommen haben. Würde keinen Erfolg haben!
[21] aha
[22] richtig
[23] die würde ich mit Granaten beantworten
[24] ausgeschloßen! Damit das Deutsche Volk nicht aufsteht und dem Minister mit Pflastersteinen die Fenster einschmeißt!
[25] nein
[26] das wäre eine Kriegserklärung!
[27] richtig
[28] das würden wir als Kriegserklärung auffassen
[29] unbedingt der Krieg
[30] nein! darüber wird überhaupt nicht geredet!
[31] geht nicht! sie sollen das erst bei den anderen Großmächten durchsetzen!
[32] ja
[33] ??
[34] in dem Gespräche der Herren Minister liegt schon eine versteckte Drohung! mögen sie sich mit Amerika erst vergleichen! die sind viel stärker als wir!
[35] es ist in unserer Lage besser daß ein solcher Wunsch nicht vorgebracht werde!
[36] das thut er auch

Schlußbemerkung des Kaisers:

Bravo! Metternich! Hat seine Sache sehr gut gemacht, bis auf einen Punkt, der die Hauptsache bildet. Der Botschafter hat es ganz übersehen, daß es ihm nicht zustand, wenn auch gänzlich unverbindlich und nur als seine Privatmeinung, dem unverschämten Ansinnen der Engl[ischen] Minister, ihre Friedlichkeit von der Verringerung unserer Wehrkraft zur See abhängig zu machen**. Damit hat er sich auf eine

---

* Italienischer Marineminister.

** Hier fehlt dem Sinne nach ein Wort; zu ergänzen wäre etwa „gleichsam zuzustimmen".

schiefe Ebene begeben! Das thut mir für ihn sehr leid. Es muß ihm bedeutet werden, daß mir ein gutes Verhältniß zu England um den Preis des Ausbaus der Flotte Deutschlands nicht erwünscht ist. Wenn England uns nur seine Hand in Gnaden zu reichen beabsichtigt unter dem Hinweis, wir müßten unsere Flotte einschränken, so ist das eine bodenlose Unverschämtheit, die eine schwere Insulte für das Deutsche Volk und seinen Kaiser in sich schließt, die a limine vom Botschafter abgewiesen werden mußte! Mit demselben Recht können Frankreich und Russland dann eine Einschränkung unserer Rüstungen zu Lande fordern. Sobald man unter irgendwelcher Firma einem fremden Staate erlaubt, in die eigenen Rüstungen hineinzureden, so dankt man ab, wie Portugal und Spanien! Die Deutsche Flotte ist gegen niemand gebaut und auch nicht gegen England! Sondern nach unserem Bedürfniß! Das ist ganz klar im Flottengesetz gesagt und seit 11 Jahren unbeanstandet geblieben! Dies Gesetz wird bis ins letzte Tüttelchen ausgeführt; ob es den Briten paßt oder nicht ist egal! Wollen sie den Krieg, so mögen sie ihn anfangen, wir fürchten ihn nicht! Wilhelm I. R.

Nr. 8218

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 741 London, den 29. Juli 1908

In seiner gestern abend anläßlich des jetzt hier tagenden Allgemeinen Friedenskongresses in der Queen's Hall abgehaltenen Versammlung sprach unter andern der Schatzkanzler Mr. Lloyd George.

Der Minister führte in drastischer Rede aus, wie sinnlos das Gerede von einem englisch-deutschen Kriege sei. Die Engländer seien die besten Kunden der Deutschen. Warum sollten die letzteren ihre besten Kunden töten wollen? Ebenso kauften die Deutschen für ungefähr £ 30000000 Waren von England. Weshalb sollten die Engländer den Wunsch haben, die Deutschen umzubringen? Neun Zehntel solcher Streitigkeiten entständen aus Mißverständnissen über die Motive der andern. Es gebe Leute von großer Erfahrung und in hoher Stellung in England, die fest davon überzeugt seien, daß Deutschland England anzugreifen beabsichtige. Ebenso gebe es Leute in Deutschland, die dasselbe von England erwarteten. Aus Furcht vor einander rüste man sich und treibe dem Streit entgegen, den man gerade vermeiden wolle. Genau ebenso, wie man jetzt von einem plötzlichen Überfall seitens Deutschlands rede, habe man früher von Frankreich behauptet, daß seine Flotte eines schönen Tages in Greenwich auftauchen werde. Man frage: warum sollte Deutschland sich vor England fürchten? Dabei müsse man sich zwei Dinge vergegenwärtigen. England habe Deutschland erschreckt. Es habe trotz seiner großen schon bestehenden Übermacht zur See angefangen, Dreadnoughts zu bauen. Wozu? Es brauchte sie nicht. Niemand anders baute solche Schiffe, und wenn jemand damit angefangen hätte, so wäre England in der Lage gewesen, schneller wie irgend eine andere Nation sie zu bauen. Ein anderer Punkt

sei der, daß in England immer davon gesprochen werde, England müsse, um gegen eine Invasion sicher zu sein, eine Two-Power-Standard-Flotte haben. Man solle sich die Lage Deutschlands ansehen. Seine Armee sei für Deutschland, was die Flotte für England sei, die einzige Verteidigung gegen eine Invasion[1]. Trotzdem halte Deutschland keine Two-Power-Standard-Armee. Deutschlands Armee möge stärker sein als die seiner Nachbarn, einzeln genommen, aber es liege zwischen zwei großen Mächten, die verbunden eine größere Truppenmasse über es ergießen könnten, als es selbst besitze. „Vergeßt das nicht," fuhr Mr. Lloyd George fort, „wenn Ihr Euch wundert, warum Deutschland über Bündnisse und Verständigungen erschreckt ist und über mysteriöse Machenschaften, die in der Presse auftauchen, und über Anspielungen der ‚Times' und ‚Daily Mail'."

Es sei bedauernswert, wenn zwei große fortschrittliche Nationen wie England und Deutschland nicht fähig sein sollten, sich zu verständigen. England habe sich mit Frankreich, mit Rußland und mit den Vereinigten Staaten von Amerika verständigt, warum sollte es nicht mit Deutschland gelingen? Unsummen würden jährlich auf Kriegsvorbereitungen ausgegeben. Was könnte alles mit dem Gelde Gutes geschaffen werden. Gebe es nicht genügend Dinge, die zu bekämpfen seien — schlimmere Feinde als Deutschland —: Trunksucht, Unwissenheit, Verbrechen, Gewalttätigkeit, Krankheit!*

Die vorgestern von Sir Edward Grey im Parlament gehaltene Rede über auswärtige Politik** wird von der Presse eingehend besprochen.

---

* Im gleichen Sinne äußerte sich Loyd George kurz darauf in einem von der Wiener „Neuen Freien Presse" gebrachten Interview: eine deutsch-englische Verständigung sei der einzige Weg, um der über Europa lagernden Spannung ein Ende zu machen; außer der Frage einer Beschränkung von Schiffsneubauten gebe es kein Streitobjekt zwischen beiden Völkern. Vgl. O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 55.

** In ihr verbreitete sich Sir E. Grey auch eingehend über die deutsch-englischen Beziehungen. In einem Berichte Graf Metternichs vom 28. Juli (Nr. 735) hieß es darüber: „Der Minister bezeichnete diese Frage als eine von großer Bedeutung und ‚extreme delicacy', bei deren Behandlung man seine Worte vorsichtig zu wählen habe. Er würde die Frage von sich aus nicht in die Debatte gezogen haben. Er beklage sich nicht, daß es geschehen sei, es sei aber eine ernste Frage. Es sei in keiner Weise wünschenswert, daß in England von irgend einer Seite die englische Politik als auf eine Isolierung Deutschlands gerichtet ausgelegt werde. Ebenso sei es nicht wünschenswert, daß man in Deutschland eine solche Auffassung von der englischen Politik habe. Wenn man eine solche Frage behandele, so müsse man, um sich ein richtiges Urteil über die Gefühle der beiden Länder zueinander zu bilden, keinen zu eng begrenzten Zeitraum betrachten. Diese Gefühle könnten von Jahr zu Jahr wechseln. Wenn man aber die letzten 20 Jahre überblicke, so müsse man zugeben, daß England bestrebt gewesen sei, mit Deutschland auf gutem Fuße zu stehen. Wenn man die erste Dekade dieser 20 Jahre betrachte, so sehe man, daß ewige Reibereien mit Frankreich und Rußland bestanden hätten. Was habe man darauf in neuerer Zeit getan? Man habe Abkommen getroffen, die Reibungspunkte ausgeschaltet und die Gefahren für den Frieden beseitigt. Eurere Durchlaucht hätten erklärt, daß Deutschlands Politik nicht davon abhänge, Zwietracht zwischen andere Mächte zu säen. Englands Ententenpolitik habe, so erklärte Sir Edward Grey, keine Spitze gegen irgend eine andere Macht und habe nicht zum Zweck, irgend jemanden

Die „Times" bemerkt dazu, die guten Absichten, von denen Sir Edward Grey Deutschland gegenüber geleitet werde, seien ebenso klar wie seine völlige Aufrichtigkeit. Es werde interessant sein zu sehen, wie die Rede aufgenommen werde. Lord Cromer habe die Gefahr, die von Deutschland drohe, vielleicht als zu ernst geschildert*; dieselbe bestehe aber und sei ernst genug, um den Angriff Mr. Lloyd Georges auf den Two-Power-Standard unachtsam und ungeeignet erscheinen zu lassen.

Auch die „Morning Post" betont die Aufrichtigkeit der von Sir Edward Grey abgegebenen Erklärungen. Falls es allerdings Deutschlands Absicht sei, England die Herrschaft zur See streitig zu machen, so könne England nichts gegen den drohenden Konflikt tun. Wenn man in Deutschland Sir Edward Greys Rede lese und die deutsche Regierung das Volk und die Presse darüber aufkläre, daß die Rede aufrichtig gemeint sei, so würden die Deutschen zu der Überzeugung gelangen, daß niemand sie schädigen wolle.

Der „Standard" billigt zwar die Ausführungen Sir Edward Greys, äußert sich jedoch im übrigen ziemlich skeptisch. Es sei ein unbefriedigender Zustand, daß die Beziehungen zwischen London und Berlin nicht besser seien als korrekt, doch sei es ungerechtfertigt, sich zu beunruhigen oder pessimistisch zu sein. Aber die Pflicht der leitenden Männer sei es, einen Krieg so lange als möglich hintanzuhalten. Solange die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in den Händen Sir Edward Greys oder von Männern aus seiner Schule liege, könne das englische Volk versichert sein, daß diesseits nichts geschehen werde, um einen feindlichen Zusammenstoß zwischen Nationen herbeizuführen, deren vorherrschendes Interesse es sei, Freunde zu bleiben.

Die „Daily Graphic" äußert sich in einem Leitartikel, überschrieben „The Message of Reval", sehr versöhnlich und ruhig. Was das schöne an unsern modernen Allianzen sei, sei der Wetteifer in der Fürsorge für den Weltfrieden.

Auch die „Pall Mall Gazette" ist sehr befriedigt über die Rede Sir Edward Greys, greift jedoch den Friedenskongreß an und meint, der wahre Friede komme nicht von ihm, sondern sei nur durch fortgesetzte Rüstung gegen einen möglichen Angriff zu erreichen.

Am unfreundlichsten spricht sich wieder der „Globe" aus. Deutschlands Fortschritte geschähen eben auf Kosten anderer Nationen, und deshalb sei es kein Wunder, wenn die Popularität Deutschlands abgenommen habe.

---

zu isolieren. Wenn man aber von Isolierung spreche, so solle man sich doch klar machen, daß Deutschland den Dreibund habe. England habe niemals den Dreibund als gegen sich gerichtet angesehen; wenn es Abkommen mit Frankreich und Rußland getroffen habe (die nebenbei gesagt veröffentlicht worden seien, während das bei denen des Dreibundes nicht der Fall sei), so liege ebenso wenig Grund vor, in diesen Abkommen die Absicht der Isolierung einer anderen Macht oder eine unfreundliche Haltung zu erblicken."

* Am 20. Juli hatte Lord Cromer in dem Oberhaus das Gespenst der deutschen Kriegsgefahr heraufbeschworen. Siehe das folgende Schriftstück.

In einem sehr bemerkenswerten Leitartikel aus der Feder Mr. Spenders sagt die „Westminster Gazette", man müsse hoffen, daß die Worte Sir Edward Greys den Gedanken, als erstrebe England die Isolierung Deutschlands, zerstreuen würden. Wenn Deutschland nur glauben wolle, daß die englische Politik nicht gegen Deutschland gerichtet sei, und wenn die Engländer nur glauben wollen, daß die deutsche Flotte nicht gegen England gemünzt sei, dann würde jeder Grund zur Unruhe verschwinden. Die Flottenpolitik Englands sei leider durch Ereignisse bestimmt, die der Vergangenheit angehörten. Deutschland habe die Vergrößerung seiner Flotte gesetzlich festgelegt, und England könne nicht dulden, daß es ihm den Rang ablaufe[2]. England habe somit keine andere Wahl als weiterzubauen.

Der „Daily Chronicle" meint, die Regelung der deutsch-englischen Beziehungen sei zwar nicht leicht, doch gäbe es momentan keine bestimmten Ursachen zu Reibungen. Das Blatt stellt sich im übrigen ganz auf den Standpunkt Sir Edward Greys.

Am schärfsten von allen Blättern wendet sich die „Daily News" gegen einen etwaigen deutsch-englischen Konflikt. England könne dabei nur verlieren. Deutschland habe keinen Grund, die englische Flotte zu bedrohen. England solle Deutschland bei einer Beschränkung der Flottenrüstungen auf halbem Wege entgegenkommen[3].

Es ist kein Zweifel, daß die Reden der beiden Minister dazu beigetragen haben, die erregte Stimmung, welche in den letzten Wochen Deutschland gegenüber vorherrschte, wenigstens momentan zu beruhigen.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] davon ist ja keine Rede
[3] nein!

Nr. 8219

*Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 756 London, den 1. August 1908
Geheim

Das in der letzten Zeit beunruhigendste[1] Symptom für die deutsch-englischen Beziehungen bildet die Rede Lord Cromers im Oberhause, worin er seine Landsleute vor der kommenden Gefahr warnt und die Wahrscheinlichkeit eines Kriegs voraussagt. Niemand bezweifelt, daß

* Neuerdings veröffentlicht in A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 75 ff.

die Warnung sich auf Deutschland bezog. Die Rede hat nicht nur im Auslande, sondern auch hier tiefen Eindruck gemacht. Solange derartige Warnungen von Zeitungen und Extremisten ausgingen, konnten sie bis zu einem gewissen Grade unbeachtet bleiben. Etwas anderes ist es, wenn Leute von der Bedeutung und dem Ansehen Lord Cromers sie öffentlich aussprechen. Lord Lansdowne stimmte in derselben Sitzung des Oberhauses den Worten Lord Cromers bei. Herr Austen Chamberlain wiederholte sie im Unterhause, und der frühere Staatssekretär für Irland, Herr Wyndham, drückte sich in öffentlicher Versammlung ähnlich aus. Dieser Herr besprach noch vor zwei Jahren die Mittel mit mir, um zu einem Ausgleich mit Deutschland zu gelangen, und befürwortete das Aufgeben des englischen Widerstandes gegen die Bagdadbahn. So sehr ist die Stimmung umgeschlagen. Es sieht fast so aus, als ob die Führer der unionistischen Partei beschlossen hätten, die Nation auf den unvermeidlich scheinenden kommenden Kampf vorzubereiten. Manches mag hierbei auf die Rechnung von Parteizwecken zu setzen sein, da die Unionisten große staatliche Ausgaben für die Altersversorgung zu vermeiden wünschen und von der liberalen Regierung noch weitere Einschränkungen in Heer und Marine befürchten, sodaß die Warnung, das Geld für den Krieg zu sparen und in den Rüstungen zu Wasser und zu Lande fortzuschreiten, ihnen genehm kommt und damit zugleich auch die Diskreditierung des liberalen Regimes, welches die Landesverteidigung außer acht lasse.

Lord Cromer gehört aber nicht zu dem Schlage von Leuten, die aus Parteirücksichten ernste internationale Fragen aufrollen. Was er sagt, meint er. Daher sind seine Worte von um so tieferer Bedeutung und von um so stärkerer Wirkung gewesen.

Auch Lord Rosebery, bei dem ich den letzten Sonntag auf dem Lande verbrachte, ist dieser Ansicht. Er konnte sich nicht erklären, was den ruhigen und überlegten Lord Cromer zu dem Alarmrufe im Oberhause getrieben hat. Er war geneigt anzunehmen, daß diesem besondere Vorgänge und Tatsachen bekannt seien, die er, Lord Rosebery, ignoriere. Er sehe nicht mehr hinter die Kulissen der auswärtigen Politik und stehe abseits von beiden Parteien, da er weder ein „socialist" noch ein „protectionist" sei.

Ich erklärte ihm, daß zwischen Deutschland und England nichts vorgefallen sei, was zur Verschärfung der Lage Anlaß biete. Hinter den Kulissen spiele sich nichts ab, was ihm nicht aus der Zeitungslektüre bekannt sei. Es müsse daher ein anderes Motiv für Lord Cromer vorgelegen haben[2]. Ich könne mir die Rede nicht anders erklären, als daß er wie so viele andere früher deutschfreundliche Engländer von der allgemeinen Verhetzung angesteckt worden sei.

Lord Rosebery, mit dem ich lange und eingehende Besprechungn über die politische Lage hatte, ist der einzige unter den bedeutenden Staatsmännern Englands, der die Entwicklung der englischen Politik und das Abkommen mit Frankreich scharf verurteilt. Er bespöttelt die Weisheit einer Politik, die sich durch Freundschaften mit anderen gegen ein Land

von 60 Millionen Einwohnern mit dem stärksten Heere zu schützen sucht, anstatt Freundschaft mit dem Starken selbst zu schließen[3]. Er sieht klar die Gefahr, die darin liegt, daß Deutschland dieser Politik eines Tages überdrüssig werden kann, um sie mit Gewalt zu brechen. In der marokkanischen Frage, wo es die Ironie des Schicksals wolle, daß wir Vorkämpfer der englischen Interessen gegen die englische Politik seien, hätten wir jederzeit die Handhabe, das System dieser Politik mit Gewalt zu durchbrechen.

Meine Aufgabe hier sei eine schwere. Sie bestehe in up hill work. Ich solle mich aber nicht entmutigen lassen und auch fortfahren, wenn sich die Gelegenheit biete, Reden zu halten, die, wie er mir versichern könne, stets eine gute und beschwichtigende Wirkung gehabt hätten. Unser Verhältnis zu England drehe sich, wie ich wisse, um die Flottenfrage. Obwohl er nun nicht glaube, wie so viele andere hier zu Lande, daß wir beabsichtigten, England anzugreifen, da das Objekt zu einem Kriege zwischen uns fehle, so sei doch nicht zu verkennen, daß eine ernste Lage für England durch unsere Rüstungen zur See geschaffen werde[4]. Die Stimmung in England beruhe auf der Furcht vor uns[5]. Angriffsabsichten beständen hier nicht.

In der vor einigen Tagen im Unterhause stattgehabten Debatte über die auswärtige Politik ergriff auch Sir Charles Dilke das Wort. Dieser radikale Staatsmann gilt als Autorität auf diesem Gebiete. Er war von jeher Franzosenfreund. Um so bemerkenswerter ist es, daß er warnend zur Mäßigung mahnte und gewissermaßen als Verteidiger Deutschlands auftrat. Er gebrauchte dieselben Argumente, die ich hier in der letzten Zeit in politischen Gesprächen angewandt habe. Die von vielen Seiten hier beliebte deutschenfeindliche Auslegung der Ententenpolitik habe eine gespannte Lage geschaffen und müsse in Deutschland verstimmen. Leider ist die Rede Sir Charles Dilkes in den parlamentarischen Zeitungsberichten nicht genau und nicht vollständig wiedergegeben worden. Er hat sich, wie ich höre, noch weitgehender und ernster über die gefährliche Provokation Deutschlands[6] durch die Haltung Englands ausgesprochen, als dies aus den Zeitungen zu ersehen ist.

Die Äußerungen Sir Charles Dilkes veranlaßten dann den Auswärtigen Minister zur Erwiderung in derselben Debatte, worüber ich anderweitig berichtet habe*. Am nächsten Tage hatte ich eine längere Besprechung mit Sir Edward Grey, der entgegen seiner Gewohnheit sehr bald auf die deutsch-englischen Beziehungen und auf unsere Flottenpolitik[7] zu sprechen kam. Er suchte zu erklären, weshalb gerade die deutsche Flotte hier beunruhigen müsse. Wir seien das einzige Volk in Europa, das, noch dazu in der Nähe der englischen Küste, eine große, starke, einheitliche, moderne Flotte baue[8] und die daher auch allein eine Gefahr für England werden könne[9]. Die anderen Kriegsflotten Europas besäßen überhaupt keine Dreadnoughts[10]. Amerika werde hier, wie er mir schon

* Siehe Nr. 8218 nebst Fußnote **, S. 105.

früher gesagt habe, gar nicht in Betracht gezogen[11]. Amerika liege weit ab, und ein Konflikt zwischen England und den Vereinigten Staaten sei undenkbar geworden[12].

In meiner Antwort wies ich darauf hin, was ich ihm schon früher gesagt habe, daß wir die Dreadnoughts nicht erfunden hätten, wir aber gezwungen seien, dem englischen Beispiel zu folgen. Wir bauten natürlich das Beste und Neueste[13]. Jede Flotte bilde für eine andere Flotte eine potentielle Gefahr ebenso wie jedes Heer für ein anderes Heer. Ich hielte es aber für willkürlich, die deutsche Flotte herauszugreifen und sie als einzige mögliche Gefahr für England hinzustellen[14]. Auch ich glaubte keineswegs an einen Konflikt zwischen England und den Vereinigten Staaten, obwohl vor nicht mehr als 15 Jahren diese Möglichkeit noch stark in beiden Ländern erwogen worden sei. Die Amerikaner bauten eine stärkere Flotte als wir, und obwohl ich überzeugt sei, daß sie nicht gegen England gebaut werde, so liege theoretisch zum mindesten dieselbe Mög-.ichkeit einer Gefahr für England vor wie bei unserer Flotte[13], denn die Amerikaner könnten England die Lebensmittelzufuhr abschneiden und ihnen Kanada und Westindien abnehmen, was wir nicht könnten[13]. Der Unterschied liege nur darin, daß den Engländern seit Jahr und Tag[15] in der Presse die deutsche Gefahr vorgemalt worden sei, sodaß sie jetzt daran glaubten. Hätten die englischen Staatsmänner die halbe Mühe auf freundschaftliche deutsch-englische Beziehungen verwandt, die sie für ihre Ententen mit anderen Nationen eingesetzt hätten, so wäre hier jetzt weder von der deutschen Gefahr noch von der deutschen Flotte die Rede[16].

Sir Edward Grey, in dem ich einen ehrlichen und einen friedlichen Gegner, aber einen Gegener erblicke, überging diese Kritik und begnügte sich mit der Bemerkung, daß ihm die hiesige Presse seit einiger Zeit weniger aggressiv gegen Deutschland zu sein scheine.

Ich bestätigte die Richtigkeit dieser Wahrnehmung, führte sie aber nicht auf eine freundschaftlichere Gesinnung gegen Deutschland, sondern auf das Bewußtsein zurück, daß sie nun das Werk der Verhetzung gründlich durchgeführt habe und sie nicht mehr befürchte, daß ein Umschwung zugunsten Deutschlands eintreten könne, und auch besonders darauf, daß ihr vor ihrem eigenen Werke etwas ängstlich werde und sie anfange, die Lage mit Besorgnis zu betrachten[17].

Der Minister antwortete, daß hier die gleiche Beurteilung mit Bezug auf unseren Flottenverein stattfinde, der auch ruhiger zu werden scheine, nachdem er die öffentliche Meinung gründlich gegen England aufgewiegelt habe[18].

Am selben Tage hatte ich eine lange Unterredung mit dem Schatzkanzler, Herrn Lloyd George, in dem ich einen wichtigen Mitarbeiter gewonnen habe. Abends hielt er vor dem Friedenskongreß die vielfach besprochene Rede*, zu der ich ihm manche Motive angegeben habe.

* Vgl. Nr. 8218.

Allerdings nicht dasjenige der Rüstungseinschränkungen zur See, was ihn am meisten beschäftigt.

Auch er war, wie die ganze politische Welt hier, von der Rede Lord Cromers impressioniert, jedoch ohne sie gutzuheißen. Er erwartet von ihr vielmehr insofern eine günstige Reaktion, als sie geeignet sei, die politischen Kreise darauf hinzuweisen, daß die Lage zu ernst werde, um noch länger mit Krieg und Kriegsgefahr zu spielen, und daß es an der Zeit sei, auf Mittel zu sinnen, um die Spannung zu mildern.

Ich setzte ihm auseinander, weshalb die seit sechs Jahren von England befolgte Politik zu dem jetzigen unerquicklichen Zustande habe führen müssen. Früher auf seiten des Dreibundes, jetzt auf seiten der Gegner Deutschlands. Marokko als Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich geworfen. Frankreich in der Revancheidee gefördert durch die Hoffnung auf englische Hilfe. Die Ententepolitik als Bollwerk gegen angebliche deutsche Expansion und Aggressivität. Spionenriecherei und Invasionsfurcht. Verzerrung deutscher Absichten in der Publizistik, Verunglimpfung der Motive der deutschen Politik und keine Gegenaktion[19]. Durch die Vergiftung der öffentlichen Meinung ohne Gegenwirkung trieben wir willenlos dem gefährlichen Zustande zu, wo am Horizont das Kriegsgespenst auftauche, das nach Herrn Lloyd Georges und nach meiner Überzeugung sowohl die beiden Regierungen wie die beiden Völker zu bannen wünschten[20].

Der Minister zeigte für alles dies Verständnis, sieht aber, wie jeder seiner Landsleute, in der Flottenfrage den Mittelpunkt der deutsch-englischen Beziehungen, um den sich alles dreht, und aus dem alle Nebenerscheinungen resultieren.

Er entwarf zunächst ein Bild (das mich beeindrucken sollte) über die Lage, die entstehen würde, wenn die beiderseitigen Rüstungen zur See im selben Tempo fortschritten[21]. England habe das Geld und werde jeden Nerv anspannen, um die Vorherrschaft auf dem Meere zu behalten[22]. Mit dem Wettlauf im Flottenbau[23] werde unvermeidlich die Spannung zunehmen und damit zugleich die Gefahr eines Zusammenstoßes wachsen. Am Ende der erdrückenden Rüstungen[24] würde der Abstand zwischen beiden Flotten immer noch groß und wir unserem Ziele nicht näher sein[25]. Dabei spielten wir hier zwei Richtungen in die Hände, die er bekämpfe und deren Hochkommen auch nicht in unserem Interesse liege. Bei den zunehmenden Ausgaben für die Kriegsmarine im Wettlauf zwischen Deutschland und England würden neue Finanzquellen zu erschließen sein und aller Blicke würden sich auf die Schutzzollpartei richten, die neue Einnahmen auf Kosten des Auslandes und ohne fernere Belastung des Engländers verspreche. Wenn bei den nächsten Wahlen das Marinebudget mit Ausgaben für Neubauten als Sicherungsmaßregel gegen das deutsche Programm schwer belastet sei, so würden die tariff reformers come in with a rush.

Ferner: Je mehr sich die deutsche Flotte der englischen an Stärke näherte[26], um so mehr werde hier der Gedanke an Kraft gewinnen, daß Englands Sicherheit nicht mehr allein von seiner Flotte abhänge, sondern

daß es auch seine Landmacht entwickeln müsse. Um eine wirklich starke Armee zu haben, gebe es nur ein Mittel: die allgemeine Wehrpflicht. Mit dem raschen Wachsen der deutschen Flotte rücke die Möglichkeit einer Invasion näher[27] — obwohl er keineswegs an die Absicht dazu glaube —, und die Engländer würden dann geradezu auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hingedrängt werden[28]. Die Militärpartei und eine große Anzahl von Konservativen wünschten dieselbe jetzt schon sehnlichst herbei. Mit dem Näherrücken der deutschen Gefahr würden aber auch die breiten Massen des Volkes, die bis jetzt von Wehrpflicht noch nichts wissen wollten, rasch dafür gewonnen werden[29]. Beachtenswert seien auch die Versuche in der französischen Presse, England zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und dann zu einem Bündnis mit Frankreich zu bewegen. Derartige Tendenzen würden sofort schwinden, wenn wir zu einer Einigung über unsere beiderseitigen Flottenprogramme gelangen könnten[30].

Ich erwiderte, Deutschland verfüge reichlich über die Mittel, neben der Armee eine Achtung gebietende Flotte zu schaffen. Die Steuerkraft des Landes sei noch nicht annähernd erschöpft. Gewisse Steuerquellen, die in England schon längst bis zur äußersten Grenze ausgenützt würden, wie zum Beispiel Bier, Tabak und die Erbschaftssteuer seien bei uns noch gar nicht angebohrt. Wir würden schon Mittel und Wege finden, um unser Budget im Gleichgewicht zu erhalten. Wenn die Bürde auch schwer sei, so sei sie doch im Hinblick auf die internationale Lage geboten. Es erfordere mindestens zehn[31] Jahre angestrengter Tätigkeit, um ein Volk in Waffen, ein Heer nach kontinentalem Muster zu schaffen. Wenn wir sähen, daß England zur allgemeinen Wehrpflicht überginge mit dem Blick auf Deutschland und um die Bündnisfähigkeit für Frankreich zu erlangen, so glaubte ich nicht, daß wir diesen Prozeß ruhig abwarten würden, bis er zu Ende geführt sei[32].

Die allgemeine Wehrpflicht, welche der englischen Nation höchst unsympathisch ist, mag ihr in einem Moment der Panik aufgezwungen werden können[33]. Ob sie sich dann aber auch gefallen lassen wird, daß sie in allen ihren Konsequenzen voll ausgeführt wird, möchte ich vorläufig noch bezweifeln. Prinzipielle Zustimmung und tatsächliche Ausführung ist nicht dasselbe. Eine beschränkte Wehrpflicht ist hier schon eher möglich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Fürsprecher der allgemeinen Wehrpflicht zahlreicher geworden sind, offener auftreten und auf geringeren Widerstand stoßen als früher. Jeder Zwang ist dem Engländer zuwider. Daher wird auch weniger von compulsory service, dem Militärzwang, gesprochen, einem Begriff, gegen den das Freiheitsgefühl des Engländers sich aufbäumt, sondern von universal service oder, wie Lord Roberts es noch unschuldiger ausdrückt*, von universal training. Allgemeine mili-

* Erst am 23. Juli hatte Lord Roberts im Oberhause eine Resolution zur Frage der Landesverteidigung eingebracht und die Beschaffung eines Heeres verlangt, das so stark an Zahl und so wirksam durch seine Eigenschaften sei, daß die furchtbarste fremde Macht zögern würde, eine Landung an den Küsten Englands zu versuchen.

tärische Erziehung läßt sich aber ohne Zwang nicht erreichen, welche Erfahrung Herr Haldane augenblicklich mit seiner Territorialarmee macht.

Die Schutzzollbewegung wird dagegen auch nach meiner Überzeugung mächtig wachsen[34], wenn für neue Schiffe neue Steuern notwendig werden. Anstatt wie bei der Wehrpflicht die eigene Haut zu Markte zu tragen, läßt der Engländer beim Schutzzoll das Ausland bluten, was eine weniger schmerzhafte Prozedur ist.

Herr Lloyd George kam nun auf seinen Lieblingsgedanken, die Verlangsamung im Tempo des Flottenbaues[35], zurück und redete auf mich ein, die Zeit zu benutzen, solange die friedfertige liberale Regierung am Ruder sei. Er schätzt diese Zeit auf drei bis vier Jahre. Die gegen die Regierung ausfallenden Nachwahlen würden die Regierungsmajorität nur um so fester zusammenschließen. Es sei ihm vollkommen klar, daß wir eine Achtung gebietende Flotte haben müßten. Auch sehe er vollkommen ein, daß uns das augenblickliche[18] Verhältnis zwischen der deutschen und englischen Flotte nicht passe, und daß wir der englischen Flotte näher kommen wollten[36].* Hiergegen sei nichts einzuwenden, da die deutschen überseeischen Interessen dermaßen zugenommen hätten, daß wir eine starke Flotte brauchten, um sie zu schützen. Den Two-Power-Standard fasse die jetzige englische Regierung so auf, daß die englische Flotte zwei

* Ob Schatzkanzler Lloyd George mit dem Gedanken eines Stärkeverhältnisses der beiderseitigen Flotten von 2 : 3 nicht doch bloß seine persönliche Ansicht aussprach? Premierminister Asquith jedenfalls erklärte sich in einer Rede in Leeds am 10. Oktober 1908 gegen jede Verminderung des Vorsprungs, den die englische Flotte hatte. Er berief sich hier auf eine Äußerung, die er am 2. März im Unterhause getan hatte: „Our naval position is, at this moment, one of unassailable supremacy and such it must remain." Diesen Standpunkt hielt Asquith am 10. Oktober nicht nur voll aufrecht, sondern er fügte hinzu: „We here in Great Britain start with a large and easily measurable margin of superior strength, and, by keeping our attention as we do, not upon paper programmes but upon what is actually being done in other quarters, we can always, with the resources which we possess, maintain that margin intact." („The Times" vom 12. Oktober 1908.) Das hieß doch mit klaren Worten, daß England gar nicht daran denke, den Vorsprung in der Marinerüstung, den es durch den Dreadnoughtbau erlangt hatte, verkleinern zu lassen und Deutschland zu erlauben, „der englischen Flotte näher zu kommen". Erst wesentlich später (1912) ist die englische Admiralität mit dem Vorschlag eines Stärkeverhältnisses von 16 : 10 hervorgetreten, der ja nur unwesentlich mit dem Gedanken Lloyd Georges differierte und der dann auch von Admiral v. Tirpitz (vgl. dessen Erinnerungen S. 178) sofort akzeptiert wurde. Daß Tirpitz schon 1908 dem Gedanken einer maritimen Verständigung mit England nicht so absolut und prinzipiell ablehnend gegenüberstand wie der Kaiser, darauf scheint ein Brief Sir John Fishers an Lord Esher vom 21. Februar 1908 zu deuten: „Secret. Tirpitz asked a mutual civilian friend living in Berlin to enquire very privately of me whether I would agree to limiting size of guns and size of ships, as this is vital to the Germans, who can't go bigger than the Dreadnought in guns or size. I wrote back by return of post yesterday morning: ‚Tell him I'll see him d—d first'! I wonder what Wilhelm will say to that if Tirpitz shows him the letter." Lord Fisher, Memories, p. 184. Neuerdings erklärt jedoch Admiral Tirpitz in seinem Buche, Der Aufbau der deutschen Weltmacht S. 145, Fußnote, mit Bezug auf den Fisherschen Brief, daß er niemals eine solche Anregung gegeben habe. Vgl. auch Nr. 8248 nebst Fußnote **, S. 162.

beliebigen fremden Flotten gewachsen sein müsse[37], nicht aber so, daß sie der stärksten fremden Flotte doppelt gewachsen sein müsse[38]. Also der deutschen Flotte plus einer anderen, nicht aber zweimal der deutschen Flotte. Er denke sich, daß das Verhältnis zwischen der deutschen und englischen Flotte etwa so fixiert werden solle[39], wie 2 : 3. Entsprechend der größeren vitalen Bedeutung, die die Flotte für England als für Deutschland habe, müsse die englische Flotte immer ein gutes Stück stärker sein als die unserige, sodaß sie imstande sei, das Gefühl der Sicherheit einzuflößen, welches England von ihr beanspruche, zugleich mächtig genug, keine mutwilligen Angriffsgelüste bei uns aufkommen zu lassen[40]. Die deutsche Flotte dagegen müsse so stark sein, daß sie zum Schutze unserer überseeischen Interessen genüge, und zugleich auch der englischen Flotte, trotz deren notwendiger Superiorität, das Gefühl geben, daß es doch immerhin riskant sei, mit uns anzubinden[41]. Durch das Verhältnis von 2: 3 scheine ihm ein gerechtes Gleichgewicht[27] zur See zwischen uns hergestellt zu werden. Er könne sich hierbei zwar nicht auf die Autorität der englischen Regierung berufen, sondern nur seine persönliche Ansicht äußern, er wisse aber, daß wir das größte Entgegenkommen bei dem liberalen Kabinett finden würden[42], wenn wir geneigt wären, die Verlangsamung des Tempos im Flottenbau zu besprechen[43]. Wenn wir auch nur übereinkämen, auf beiden Seiten jährlich einen Dreadnought weniger zu bauen, so würde schon das eine vollständige Umwälzung der Stimmung in England uns gegenüber bewirken[44].

Als ich hierüber Zweifel äußerte, wies der Minister auf die Wandelbarkeit der öffentlichen Meinung in England hin[45]. Dieselbe lebe in Furcht, Mißtrauen und Aufregung. Wenn sie aus einem allen erkennbaren Zeichen schließen könne, daß sie sich in unseren angeblichen Absichten getäuscht habe, so werde sie bald ebenso überschwenglich für uns wie jetzt gegen uns sein[46].

Ich erwiderte, daß wir zunächst ein Zeichen guten Willens der englischen Politik sehen müßten, ehe wir den von ihm angeregten Fragen nähertreten könnten[47]. Ohne einen vorherigen Beweis der Freundschaft Englands würde auch das deutsche Volk es nicht zulassen, daß wir Englands wegen unser von der öffentlichen Meinung gutgeheißenes Flottenprogramm wieder änderten[48]. Es sei am unrichtigen Ende anfangen, den Wagen vor die Pferde spannen, wollten wir über Flottenprogramme sprechen, ehe die Atmosphäre der Unruhe und des gegenseitigen Mißtrauens geklärt werde.

Der Minister meinte, daß gerade dies am sichersten durch eine freundschaftliche Vereinbarung auf dem Gebiete des Flottenbaues erreicht werden würde[49]. Übrigens versprach er mir, seinen Einfluß im Sinne einer deutschfreundlichen Politik einzusetzen. Ein Teil seiner Äußerungen mag auf Budgetsorgen zurückzuführen sein. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß auch er in der Flottenfrage das einzig gravierende Moment in dem Verhältnis beider Länder erblickt.

Zur Vervollständigung des Bildes möchte ich noch hinzufügen, daß Herr Haldane in einer gestrigen Rede darauf hinwies, daß England jeder möglichen Kombination von Mächten zur See gewachsen sein müsse, was mit der mir von seinem Kollegen gegebenen Definition des Two-Power-Standard nicht im Einklange steht[50]. Da aber die liberale Regierung in dem Geruche steht, die Landesverteidigung aus Sparsamkeitsrücksichten lau zu betreiben, so lassen sich seine großen Worte wohl aus dem ministeriellen Wunsche erklären, jenen Vorwurf als unberechtigt zurückzuweisen. Weitere „retrenchments" in Heer und Flotte würden der Regierung bei der vorhandenen Deutschenfurcht voraussichtlich sehr bald das Leben kosten.

Herr Asquith hielt nun gestern vor dem Friedenskongreß eine Rede, in der er die Ententen pries und Bündnisse verwarf, womit er, wenn ich ihn richtig interpretiere, in Deutschland hat dahin beruhigen wollen, daß die englischen Ententen sich nicht zu Bündnissen auswachsen würden.

Lord Rosebery sagte mir unter anderem: „Es ist ein Glück, daß die Ententen noch nicht als notwendig gegen Sie gerichtet anzusehen sind. Sollte Deutschland die Überzeugung gewinnen, daß durch die englische Politik der Kreis um Deutschland enger gezogen wird[51], so wird die Lage hoffnungslos (the situation would become past hope). Es ist lächerlich, Deutschland gegenüber eine Politik zu betreiben, als ob es sich um ein Land wie Serbien handele."

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Hat uns gar nicht beunruhigt!
[2] Frankreich!
[3] was ich immer sage!
[4] Quatsch! Man sende ihm den „Nauticus"!
[5] gänzlich überflüßig
[6] sehr gut! also es geht auch anders!
[7] Du lieber Himmel!
Der muß auch den „Nauticus" kriegen!
[8] das thun die Gallier auch! Sie sind noch näher!
[9] niemals
[10] Esel! Sie bauen alle welche!
[11] ist sehr falsch!
[12] eben so undenbkar wie der Verlust Indiens durch Japan!?
[13] ja
[14] richtig
[15] seit 10 Jahren!
[16] sehr richtig
[17] um so besser!
[18] !
[19] ein gutes Register!
[20] fällt mir garnicht ein! Wenn England den Krieg haben will soll es ihn nur anfangen wir werden ihm schon dienen!
[21] unseres ist ja gesetzlich begrenzt!

[22] macht ihm niemand streitig
[23] existirt gar nicht! Nur im Englischen Hirn!
[24] ? nicht für uns!
[25] das ist auch nicht unser Ziel
[26] gänzlich ausgeschloßen! ist auch niemals versucht worden
[27] !!
[28] wäre ihnen sehr gesund
[29] tant mieux
[30] Nein! Erst soll er sich mit Amerika einigen!
[31] Sancta Simplicitas! 50!
[32] würde uns ganz egal sein!
[33] ebenso wie die Volunteers aus Angst vor Napoleon
[34] wird sie so wie so!
[35] Das ist unerhört! und kommt davon daß Metternich neulich überhaupt auf den Gedanken eingegangen ist.
[36] Unsinn! hat gar nichts damit zu thun!
[37] sie hat ja ahnungslos bereits den 3 Power-Standard erreicht!
[38] !!Jesuitische Wortklauberei!
[39] nanu!? Soweit ist er schon!
[40] Das ist eine Sprache die bisher nur China oder Italien oder solchen Kerls gegenüber geführt wird! unerhört!!
[41] soweit sind wir noch nicht!
[42] Bluff!
[43] Nein! 3 mal Nein! nach obigen Worten niemals!
[44] Quatsch!
[45] Blauer Dunst
[46] Unsinn!
[47] wir werden es nicht
[48] wir sollen die Gebenden sein!
[49] Nein!
[50] der hat das Thema eben Metternich mundgerecht machen wollen
[51] es ist nicht mehr sehr weit davon entfernt

Schlußbemerkung des Kaisers:

Diese Art von Conversationen wie sie zwischen L. George und Metternich geführt wurde ist geradezu unwürdig und provokant für Deutschland! Ich muß mir ausbitten, daß er in Zukunft dergleichen Expektorationen unbedingt abweist. Hier hat er als Zuhörer ganz geduldig die Ansichten und Befehle Englischer Staatsmänner entgegengenommen, und sich nur auf Proteste beschränkt, die keinen Effekt hatten. Er muß mal den Herren, die „unsere muthwilligen Angriffsgelüste" nicht aufkommen lassen wollen, eine derbe Antwort geben wie „Lecken Sie mich etc." Damit diese Kerls erstmal wieder vernünftig werden! Daß der L. George überhaupt schon wagte mit einem Diktat zu Fixirung **unseres** Bautempos herauszukommen, ist bodenlos, aber die Folge davon, daß Metternich sich in seinen ersten Gesprächen auf die schiefe Ebene der „Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen" begeben hat. Die klugen Briten haken da ein, und über kurz oder lang werden sie ihm daraus einen Strick drehen an dem er eingehen wird; trotz „Privatgespräch", „Unverbindlichkeit der Meinungsäußerung" etc.! Er mußte ab ovo ablehnen mit dem Bemerken: „kein Staat läßt sich von einem Anderen das Maaß und die Art seiner Rüstungen vorschreiben oder hineinreden; ich lehne ab solch ein Gespräch zu führen"! Im Uebrigen Flottengesetz — seit 11 Jahren bekannt — und Nauticus lesen lassen!

Metternich soll einen gehörigen Schwärmer in den H..... kriegen; er ist zu schlapp!

Nr. 8220

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Konzept

Nr. 1295 Norderney, den 5. August 1908
Geheim [abgegangen am 9. August]

Seine Majestät der Kaiser und König haben zu Ew. Bericht Nr. 691 vom 16. v. Mts.* bemerkt: „Bravo Metternich!"

Die Absichten, von denen Ew. pp. bei Ihrer Unterredung mit den Ministern Sir Edward Grey und Herrn Lloyd George geleitet wurden, sind zweifellos die besten gewesen. Auch haben Ihre Ausführungen, wenigstens auf Herrn Lloyd George, wie dessen seitdem gehaltene Rede** zeigt, eine günstige Wirkung gehabt. Gleichwohl dürfen wir uns — und das ist von Seiner Majestät anläßlich Ihres Berichts hervorgehoben worden — keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Frage, welche von Ew. mit den beiden Ministern besprochen wurde, eine sehr heikle ist.

Wie das englische so ist auch das deutsche Volk empfindlich in Fragen seiner Sicherheit, Unabhängigkeit und Würde. Diese Empfindlichkeit ist bei uns gesteigert worden durch die unverkennbare Tendenz der englischen Politik, sich mit allen anderen Mächten besser zu stellen als mit Deutschland, und durch die zum Teil illoyale und tendenziöse Polemik, die von einem großen Teil der englischen und, unter englischem Beifall und ermuntert von England, auch der französischen Blätter gegen uns geführt wird. Wenn ein fremdes Land von uns einseitig Einschränkungen unserer Rüstungen zu Wasser oder zu Lande fordern sollte, so wird keine deutsche Regierung eine andere als eine absolute ablehnende Antwort geben können. Das ganze deutsche Volk würde darin einig sein, lieber jedes Opfer, auch einen Krieg mit mehreren Fronten auf sich zu nehmen, als eine solche Verletzung seiner Ehre und seiner Würde zu dulden. Ich verweise in dieser Beziehung auf meine am 30. April v. Js. im Reichstag gehaltene Rede, in der ich unter Zustimmung aller Parteien ausgeführt habe, daß wir uns von keiner anderen Macht das Maß unserer Rüstungen vorschreiben lassen können.

Was würden die Franzosen dazu sagen und wohl auch die Engländer, wenn wir Frankreich eine Verständigung über das Verhältnis der Präsenzstärke zur Bevölkerungsziffer oder einen Ausgleich hinsichtlich der technischen Waffen oder hinsichtlich des Baus von Grenzforts aufzwingen wollten? Was die Russen, wenn wir von ihnen verlangten, daß sie bei der Dislokation der Truppen an ihrer Westgrenze sich nach unseren Wünschen richten sollten? Was die ganze Welt, wenn wir für unsere Armee, auf der unser Schicksal nicht minder ruht als das Englands auf seiner Flotte, einen Zwei- oder gar einen Drei-Power-Standard anstrebten, es anderen Mächten untersagten, sich diesem Standard auch nur zu nähern?

---

* Siehe Nr. 8217.
** Vgl. Nr. 8218.

Ich bin mit Ew. pp. völlig darüber einverstanden, daß es im Interesse der Deutschen wie der Engländer liegt, einen Konflikt zu vermeiden, der für beide Völker, für Europa und für den Gang menschlicher Zivilisation politisch, wirtschaftlich und sozial die traurigsten Folgen haben würde. Im Hinblick hierauf haben Ew. pp. den englischen Ministern als unerläßliche Voraussetzung für die von ihnen gewünschte Verständigung die Anbahnung freundlicherer Beziehungen zwischen England und Deutschland empfohlen, und es wird Ihre Aufgabe sein, in dieser Richtung auch weiterhin Ihren Einfluß geltend zu machen. Ich überlasse es Ew. zu entscheiden, ob es ein taktisch richtiger Zug wäre, wenn Sie maßgebenden Personen in England gegenüber gelegentlich die Bemerkung fallen ließen, daß wir lediglich zu defensiven Zwecken Schiffe bauten, d. h. namentlich für den Fall, daß England bei einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich sich auf die Seite Frankreichs stellte. Auf einen französischen Angriff müsse Deutschland leider immer gefaßt sein. Wenn nun England für einen solchen Fall uns Neutralität versprechen wollte, würde es natürlich leichter für uns sein, in unserem Flottenbau ein noch langsameres Tempo einzuschlagen.

Vor allem aber werden Ew. pp. immer wieder darauf hinzuweisen haben, wie völlig unbegründet tatsächlich die englischen Befürchtungen sind. Wir stehen tatsächlich in unseren Schiffsbauten weit hinter England zurück und werden für absehbare Zeit hinter England weit zurückbleiben*. Ich verweise in dieser Beziehung auf den letzten Jahrgang des Nauticus. Wir haben, wie dies auch Seine Majestät der Kaiser wieder in Swinemünde betont hat, gar nicht die Absicht, es England im Bau von Schlachtschiffen gleich zu tun oder ihm darin auch nur wesentlich nachzukommen. Der Abstand zwischen uns und England wird in dieser Beziehung jedenfalls während der nächsten Jahre, wahrscheinlich aber für sehr lange Zeit, wenn nicht für immer, der gleiche bleiben wie heute. Wir wollen gar nicht in eine Konkurrenz, in einen Wettbau von Schiffen mit England eintreten. Dieser Gedanke hat grade dem Admiral von Tirpitz stets fern gelegen. Die Idee eines Wettbaus von Schiffen mit England ist von General Keim und einigen anderen Schwarmgeistern in Reden und Zeitungsartikeln vertreten worden. Das hat aber gerade Seine Majestät den Kaiser zu seiner Stellungnahme in der Krisis des Flottenvereins bewogen und ist die Veranlassung zum Rücktritt des Generals Keim geworden.

* Am 13. Juli hatte auch der Nachfolger des geisteskrank gewordenen Lord Tweedmouth als Erster Lord der Admiralität, M'Kenna, im Unterhaus ausgeführt: es sei unmöglich, die Tatsache außer acht zu lassen, daß England durch die Dreadnoughts eine beträchtliche Überlegenheit gewonnen habe. Ja, es dürfe behauptet werden, daß die Existenz der Dreadnoughts alle anderen Arten von Kriegsschiffen zu vernachlässigen gestatte. Die große Überlegenheit, die England in den älteren Schiffstypen besitze, und das Übergewicht, das 12 Dreadnoughts und Invincibles ihm gegenüber 9 auf Seiten Deutschlands verliehen, verbürge Englands volikommene Sicherheit bis 1911. Vgl. auch Admiral Sir John Fishers triumphierende Bemerkung: „Germany has been paralysed by the 'Dreadnought'", Lord Fisher, Memories, p. 14.

Ich hoffe, daß es Ew. pp. gelingen wird, die an und für sich wirklich völlig unbegründeten und in Deutschland kaum verständlichen englischen Besorgnisse zu zerstreuen, die Engländer über die wahre Sachlage aufzuklären und Vorschläge zu verhindern, die, wenn sie in irgendwie komminatorischer Form gemacht würden, für das deutsche Volk und die deutsche Regierung nicht annehmbar wären. Die Frage, ob in Zukunft zweiseitige Abmachungen zwischen uns und England über Flottenbauten möglich sind, läßt sich heute mit Sicherheit nicht beantworten. Die Voraussetzung für solche Abmachung wäre jedenfalls eine freundlichere und längere Zeit fortgesetzte Allgemeinpolitik Englands gegenüber Deutschland. Die weitere Vorbedingung für den Eintritt in derartige Erörterungen ist eine Feststellung der Grenzen, an denen die englischen Besorgnisse uns gegenüber beginnen. Wenn schon die Ausführung unseres gegenwärtigen, durch die Schutzbedürftigkeit unserer Küsten und die Proportionen unseres Handels bedingten und nach ihnen bemessenen Flottenprogramms den Engländern bedrohlich erscheinen sollte, so würde eine Änderung dieses Zustandes schwerlich möglich sein, da ein Verzicht auf dieses von den gesetzgebenden Faktoren nach reiflicher Prüfung festgelegten maßvollen Programms der Nation nicht verständlich sein würde. Rechnet man aber in England mit der Ausführung dieses Programms als mit einem fait accompli und fürchtet nur darüber hinaus neue deutsche Flottenbaupläne, so ist es vielleicht nicht ausgeschlossen, den von englischer Seite angeregten Verständigungsgedanken weiter auszubauen. Ew. pp. wollen mich zunächst auf Grund Ihrer dortigen Beobachtungen, und ohne den Punkt zum Gegenstande einer amtlichen Besprechung zu machen, hierüber näher informieren. Die Erörterung der mancherlei Schwierigkeiten politischer und technischer Natur, die sich der Verwirklichung des englischen Verständigungsprojektes sonst noch entgegenstellen, kann bis dahin ausgesetzt werden.

Bülow

Nr. 8221

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Swinemünde-Berlin, den 7. August 1908

Falls der englische Minister Lloyd George zu einer Zeit in Deutschland weilt, wo Seine Majestät in Wilhelmshöhe residieren (14. bis ca. 26. August)*, so würde Seine Majestät dessen Besuch in Wilhelmshöhe gern empfangen.

v. Schoen

---

* Am 15. Juli hatte der englische Schatzsekretär Lloyd George gegenüber Graf Metternich die Absicht geäußert, Anfang August nach Deutschland zu reisen, um sich mit

Nr. 8222

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 192 Wien, den 10. August 1908

Vertraulich

Als König Eduard vor Jahresfrist in Ischl weilte*, da herrschte hier im ganzen Lande Jubel, und kein Superlativ schien zu genügen, um alle Herrschertugenden und staatsmännische Weisheit des Königs angemessen zu würdigen[1]. Gestützt auf das unerschütterlich bewährte Bündnis mit Deutschland, in freundschaftlichsten Beziehungen zu Italien, dessen Minister sich gerade anschickte, Baron Aehrenthal seine Aufwartung zu machen, und in dem Bewußtsein eines festen Einvernehmens mit Rußland, fühlte man sich durch das ostentativ freundliche Entgegenkommen Englands geschmeichelt, und schon wurden Stimmen laut, daß die passive Rolle der habsburgischen Monarchie in der Weltpolitik beendet sei. Nicht am wenigsten trug zu dieser Stimmung die wiederholt geäußerte Überzeugung bei, daß Österreich-Ungarn berufen und allein imstande sei, ausgleichend zu vermitteln, wenn einmal die Beziehungen zwischen Berlin und London Trübungen erfahren sollten[2].

Als der hohe Gast von Ischl abreiste, versicherten Offiziöse und Inoffiziöse, daß alles aufs beste geordnet sei und daß die traditionelle Freundschaft unverändert fortbestehe. Baron Aehrenthal selbst erklärte, Sir Charles Hardinge habe ihm in bindender Form die beruhigendsten Zusicherungen gegeben, und England scheine tatsächlich entschlossen, seine Politik am Balkan ändern zu wollen[3].

Wenn König Eduard am nächsten Mittwoch wieder in Ischl** einzieht, wird er wieder mit festlichem Prunk empfangen werden, und sicher wird auch die traditionelle Freundschaft mit England wieder gepriesen werden, aber nicht wiederkehren wird die frohe Feststimmung des vergangenen Jahres. Die historische Freundschaft zwischen beiden Ländern besteht weiter, denn sie ist fest eingewurzelt in der Überzeugung einflußreicher Kreise Österreichs wie Ungarns; aber die Wärme der Stimmung hat bedeutend nachgelassen, und trotz polnisch-ultramontaner Intrigen,

---

der deutschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung, ihrer Handhabung und Wirkung bekannt zu machen. In einem Berichte vom gleichen Tage (Nr. 676) riet Graf Metternich, dem Schatzkanzler, der eine der hervorragendsten Persönlichkeiten Englands sei und höchstwahrscheinlich dazu berufen sein werde, eines Tages an die Spitze einer liberalen Regierung zu treten, möglichst entgegenzukommen.

* Vgl. darüber Kap. CLXXIV, Nr. 8162.

** König Eduard beabsichtigte, über Homburg v. d. H., wo er am 11. mit Kaiser Wilhelm II. zusammentraf, nach Ischl zu fahren, um dort Kaiser Franz Joseph zu besuchen.

die Österreich-Ungarn ganz in das englisch-französische Fahrwasser treiben möchten, beginnt sich merklich Mißtrauen gegen die englische Politik zu regen[4].

Die erste Enttäuschung kam, als die Reformen in Mazedonien nicht so vorwärts gingen, wie man hier gehofft hatte*, und als England fortfuhr, am Balkan unbekümmert seine eigenen Ziele zu verfolgen.

Die zweite ungleich schmerzlichere Enttäuschung brachte das Sandschakbahnprojekt**. Da war von Freundschaft und von Tradition verzweifelt wenig mehr zu spüren, und völlige Ernüchterung trat ein, als man gewahrte, wie ein gut Teil der unangenehmen Dinge, die die überreizte englische Stimmung an die deutsche Adresse direkt zu richten sich nicht traute, am Ballplatz abgelagert wurde. Besonders kränkend wirkte die geringschätzige Art, in der Österreich als von Deutschland vorgeschoben hingestellt wurde, und man besann sich mit Entrüstung auf die ungebetenen Dienste, die Englands Presse der Doppelmonarchie, als wäre sie schon dem Verfall unrettbar anheimgegeben, seit Jahren nicht unterläßt gegen das ländergierige Deutsche Reich anzutragen.

Die Einmütigkeit der russischen und englischen Hetze wirkte hier befremdend; sie hat die letzte und schwerste Enttäuschung, die russisch-englische Verständigung in Reval, vorbereitet. „Entente-Macht" galt hier bis dahin als ein Ehrentitel, der Rußland und Österreich allein gebührte, geeignet, vor der Welt die Intimität der beiden Kaiserreiche darzutun, und kaum ein amtliches Schriftstück über Balkanfragen ging aus der Kabinettskanzlei des Freiherrn von Aehrenthal, in dem nicht der „Entente-Mächte" mit sichtlicher Befriedigung Erwähnung getan wäre. Daß England jetzt das Mürzsteger Abkommen wirklich über den Haufen werfen und über Österreich-Ungarn weg mit Rußland selbst eine Entente eingehen sollte, erschien kaum glaublich. Baron Aehrenthal persönlich hat am schwersten unter diesem Schlage gelitten[5], und heute noch sträubt er sich gegen den Gedanken, daß Mürzsteg nichts weiter mehr sein soll als eine historische Erinnerung[6].

Wie die Befreiung von einem schweren Druck hat darum — so paradox es klingen mag — die plötzliche Erhebung in der Türkei gewirkt. Mit unverhohlener Schadenfreude wird hier in vertraulichem Gespräch die Begegnung zwischen König Eduard und Kaiser Nikolaus mit allen daran geknüpften alarmierenden Kommentaren als der unmittelbare Anlaß für den Ausbruch der Wirren in der Türkei[7] bezeichnet***. Daß die englisch-russische Verständigung über Mazedonien „erfreulich" schnell ein eigentümliches Resultat im Gegensatz zu der Ruhe stiftenden Wirkung des Mürzsteger Abkommens gezeitigt habe, wurde mir wiederholt angedeutet. Die Schadenfreude würde noch reiner sein, wenn der Ernst der Situation sie nicht beträchtlich herabminderte.

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVIII.
** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVII.
*** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXCI.

Je ernster sich die internationale Lage gestaltet, je schmerzlicher die Erfahrungen waren, die Österreich-Ungarn bei dem ersten schüchternen Versuch, sich wieder selbständig zu betätigen, mit Rußland und England gemacht hat, desto stärker wird hier die unerschütterliche Zusammengehörigkeit mit dem Deutschen Reiche empfunden, dessen mächtige und treue Bundesgenossenschaft allein[8] der Monarchie den ihr gebührenden Platz unter den Großmächten sicher gewährleistet.

König Eduard wird in Ischl einen glänzenden Empfang finden, wie er seinem Rang und seiner warmen Verehrung für den greisen Kaiser Franz Joseph gebührt. Daß auch die Politik einen breiten Raum in den Unterredungen beider Monarchen und ihrer Minister einnehmen wird, ist selbstverständlich; Neigung zu gewagten Experimenten — nach welcher Richtung auch immer — werden die englischen Staatsmänner hier aber sicherlich nicht finden. Der Politik des Friedens und der weisen Mäßigung, die Kaiser Franz Joseph seit einem Menschenalter durchgeführt, kann die plötzliche vielgeschäftige Unruhe Englands unmöglich erwünscht sein. Vielleicht ist man sich schon jetzt in London darüber klar; wenn nicht — dann würde König Eduard sich selbst in Ischl davon überzeugen können, daß der ganze Charme seiner Persönlichkeit nicht hinreicht, um völlig das Gefühl des Mißbehagens zu bannen, das man zweifellos gerade im gegenwärtigen Augenblicke hier in der Nähe dieses vielgewandten Herrschers empfindet.

Brockdorff-Rantzau

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ei ja!
[2] !!das machen wir allein!
[3] sancta simplicitas!!?
[4] mit Recht
[5] König Edward VII sagte mir er halte nichts von ihm; he is a poor man & not clever!
[6] so ist es
[7] ist auch ganz richtig
[8] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr wahr! sehr gut geschrieben!

Nr. 8223

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Friedrichshof, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung. Abschrift

Nr. 23 Schloß Friedrichshof, den 11. August 1908

Ich hatte gestern abend ein Gespräch mit Sir Frank Lascelles*, der in seiner alten gewohnten Weise sehr offen und scharf verurteilend über

---

* Der englische Botschafter Sir Frank Lascelles war von Homburg v. d. H. nach Kronberg gekommen, um dem für den 11. angesagten Besuch König Eduards VII. beizuwohnen.

seine Landsleute und ihr Verhalten uns gegenüber urteilte. Er sagt: „They are stark, staring mad." Ich fragte ihn, was der Grund davon sei, da meine Guildhall-Rede*, die doch mit großem Applaus von der Nation aufgenommen sei, völlig vergessen zu sein schiene. Er sagte: „It is the navy." Ich machte die übliche Auseinandersetzung nach Nauticus, welche er alle als richtig bestätigte. Er gab als Hauptgrund an, daß unsere Flotte stets versammelt in heimatischen Gewässern behalten werde und daher von urteilsloser Menge als stete Drohung aufgefaßt werde: „Ready to pounce upon England, like a tiger." Als ich ihm darauf erwiderte, daß das gerade geschehen sei auf Wunsch des Botschafters in London und der auswärtigen Behörden, weil man glaubte, der Anblick der deutschen Flotte beim Durchfahren der Doverstraße werde die Engländer beunruhigen, fiel der Botschafter hinten über, lachte laut auf und sagte mir, er sei mir dankbar für diese Mitteilung, er werde sie in England mit Nutzen verwerten, sie werde dort angenehm erstaunen und überraschen. Er bezeichnete die Entsendung der deutschen Flotte nach den Kanarischen Inseln während der Konzentration von 300 englischen Schiffen in der Nordsee** als eine sehr weise Maßregel, die in England den besten Eindruck gemacht habe, und er könne nur empfehlen, dergleichen Entsendungen öfters vorzunehmen, als eines der besten Mittel zur Beruhigung englischer Gemüter. Ich ließ einfließen, um weiteren englischen Wünschen vorzubeugen, daß Vergleiche (arrangements) über Flottenbauten oder deren Tempo ausgeschlossen seien, da kein Volk es sich gefallen lassen würde, von einem fremden Lande Einflußnahme auf seine Rüstung zu gestatten. Er stimmte völlig bei und erklärte das für ausgeschlossen und undenkbar. Ich ließ ein Exemplar Nauticus*** herunter kommen und zeigte ihm die Schiffsbaukurven†, wonach England bereits, ohne es zu wissen, den Three-Power-Standard erreicht habe, worüber der Botschafter sehr überrascht war mit dem Bemerken: „Our people have no idea of that". Er hat das Exemplar die Nacht über studiert und mir heute morgen erklärt, er habe in seinem Leben noch nie etwas Besseres gelesen. Alles sei so überzeugend und objektiv geschrieben, er werde das Buch als Quelle für seine Berichterstattung benutzen und es möglichst in England verbreiten. Er habe erfahren, daß der König in London in vertrauten Kreisen erklärt habe, was auch die Politik bringen möge, er persönlich wolle mit seinem Neffen gut stehen und sich nicht mit ihm zanken. Ich werde ihn jetzt gleich abholen. Eine Kriegsströmung sei im englischen Publikum nicht,

---

* Vom 13. November 1907. Vgl. Kap. CLXXIV, Nr. 8171, Fußnote **.

** Die deutsche Hochseeflotte hatte Ende Juli 1908, während die großen englischen Flottenmanöver in der Nordsee stattfanden, eine Übungsfahrt nach den Kanarischen Inseln und den Azoren unternommen. Es ist bezeichnend, daß die englische „Army and Navy Gazette" sofort den Versuch machte, das Mißtrauen der Amerikaner wegen des Besuchs der Azoren durch ein deutsches Geschwader zu erregen.

*** Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, hrsg. von Nauticus, 10. Jahrgang 1908.

† Daselbst, S. 55.

es sei alles Mache einer bestimmten Clique und der englischen Presse, welch letztere kein führendes Blatt besitze and beneath contempt sei. Abschrift dieses Telegramms bitte Staatssekretär v. Tirpitz mitzuteilen.

(gez.) Wilhelm I. R.

Nr. 8224

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Friedrichshof, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 24 [Schloß Friedrichshof, den 11. August 1908]

König eingetroffen, sehr aufgeräumt und frisch aussehend. Theilte mir mit daß er beabsichtige Goschen aus Wien nach Berlin* zu senden; ich habe ihn sofort acceptirt, was anscheinend sehr gefiel. Er war höchst erstaunt über Entwickelung in Stamboul** und erklärte er und seine Regierung seien völlig überrascht worden, niemand habe eine Ahnung von dieser Entwickelung gehabt.

In dem gestrigen Gespräch mit Sir Fr[ank] Lascelles die gegenseitige Einflussnahme auf Rüstungen fremder Nationen betreffend, brauchte ich die Paralelle von uns und Frankreich betr[e]f[fs] die Artillerie. Wir seien bis zu diesem Jahre um 2500 Feldgeschütze den Franzosen überlegen gewesen. In diesem Jahre habe Frankreich ein Gesetz angenommen, welches eine Verstärkung der Franz[ösischen] FeldArt[illerie] um diese Zahl vorsehe. An und für sich in diesen Friedenszeiten der Ententen und Bündnisse, eine ganz ungeheuerliche Massregel, die zu denken gebe. Ich hätte jedoch

* An Stelle von Sir Frank Lascelles, der wegen Erreichung der Altersgrenze am 1. Oktober abgehen sollte. Für die Nachfolgerschaft Lascelles' war erst der Ministerresident Cartwright in München in Aussicht genommen, den aber die eingezogenen Erkundigungen nicht als erwünscht erscheinen ließen. Deutscherseits hätte man am liebsten Sir Frank Lascelles noch weiter behalten oder ihn doch durch eine wirklich bedeutende Persönlichkeit vom Schlage Lord Roseberys, Lord Cromers oder des englischen Botschafters in Washington Bryce ersetzt gesehen. „Ich habe", so telegraphierte Graf Metternich am 27. Juni 1908 an das Auswärtige Amt, „Sir E. Grey dargelegt, daß eine einflußreiche Persönlichkeit für den Augenblick in Berlin not tue. Der Friede Europas hänge von den deutsch-englischen Beziehungen ab, und da komme es darauf an, für die nächsten Jahre einen Mann von Bedeutung zu finden, der sowohl hier wie in Berlin Einfluß besitze." Nach einem Schreiben Staatssekretär von Schoens an Fürst Bülow wäre der dann auserwählte bisherige englische Botschafter in Wien Sir Edward Goschen „kein bedeutender Diplomat, aber ein Mann, der von jedem Vorurteil gegen Deutschland frei ist, ohne jegliche Neigung zu Intrigen, ein offener, ehrlicher Charakter". Dafür, daß für die Abberufung Sir Frank Lascelles' aus Berlin seine deutschfreundliche Gesinnung maßgebend gewesen wäre, wie der belgische Gesandte in Berlin Baron Greindl in seinem Bericht vom 18. Juli 1908 (Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 61) behauptet — „Le zèle qu'il a déployé pour dissiper des malentendus qu'il trouve absurdes et préjudiciables à un haut degré, aux deux pays, ne correspond pas aux vues politiques de son souverain" —, ergibt sich aus den Akten keinerlei Anhalt.

** Dort war infolge des jungtürkischen Aufstandes Ende Juli die Einführung einer Verfassung erfolgt.

meinen Botschafter Radolin nicht zu Pichon geschickt mit dem Auftrage, diese Verstärkung zu unterlassen oder in ein Differenzialverhältniss zu uns abzuschwächen unter Androhung des Krieges oder einer sofortigen Mehrformation auf unserer Seite. Wir hätten gar keine Notiz davon genommen. So sei es mit unserer Flotte England gegenüber auch. Er stimmte völlig bei.

Wilhelm I. R.

Nr. 8225

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Paderborn, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Paderborn, den 12. August 1908

Fortsetzung von Telegramm Nr. 25*

Gespräch mit Sir Charles Hardinge. Nach Tisch redete mich Sir Charles Hardinge auf unsere militärischen Einrichtungen an und ging nach kurzer Besprechung der Armee auf die Flottenfrage über. Er sprach von grave apprehension, von der alle Kreise Englands über unseren Flottenbau erfüllt seien. Auf meine erstaunte Frage: warum, da sie gesetzlich begrenzt und das Gesetz seit 11 Jahren publiziert sei, erwiderte er: da sie stets zu Hause konzentriert sei. Ich erwiderte, wir brauchten unsere Flotte zum Schutz des rapiden Wachsens des Handels. Er: „Sie bleibt aber immer in Kiel oder Wilhelmshaven und Nordsee." Ich: „Da wir keine Kolonien und keine Kohlenstationen haben, ist das unsere Basis; uns fehlt ein Gibraltar oder Malta." Er: „Von Ihrer Basis aus ist Ihr Handel nicht zu schützen. Warum fahren sie nicht mehr umher?" Ich: „Weil Londoner Botschaft und auswärtige Behörden der Ansicht waren, daß, je weniger die Briten unsere Flotte zu sehen kriegen, um so besser; ein Erscheinen derselben im Kanal würde Mißvergnügen hervorrufen." Er: „Sie wollen wohl einen faulen Scherz machen?" Ich: „Es ist mein bitterer Ernst, meine Mannschaften haben genug darunter gelitten, ihre Dienstzeit nur in nordischen Gewässern zu verbringen." Er: „Das ist ja ganz unglaublich, in England hat man das ganz anders ausgelegt." Ich: „In diesem Sommer habe ich meine Flotte ins Ausland geschickt während Ihrer großen Manöver in der Nordsee, ein untrügliches Zeichen meiner Friedfertigkeit und meines Vertrauens zu England."

* Das Telegramm des Kaisers Nr. 25 an Fürst Bülow, das in der Hauptsache sich über die Unterredung mit Sir Charles Hardinge verbreitete, ist in drei Teilen abgegangen, von denen der erste einleitende Teil nicht zu den Akten gekommen ist. Teil 2 und 3 sind bereits veröffentlicht bei Otto Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 141 ff. und erneut bei A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht S. 69 ff. Die Wiederveröffentlichung bei Tirpitz hat den nunmehrigen Lord Hardinge veranlaßt, den seinerzeit am 16. August von ihm an Sir E. Grey erstatteten Bericht über „The Cronberg Interview" in „The Times" vom 10. November 1924 zu veröffentlichen. Ein Abdruck aus „The Times" (in deutscher Übersetzung) ist in den „Europäischen Gesprächen", Jahrgang 1925, S. 77 ff. erschienen.

Er: „Das war ausgezeichnet, hat sehr gut gewirkt, schicken Sie Ihre Schiffe nur oft weg, dann werden unsere Leute wesentlich ruhiger werden. Immerhin wäre es wünschenswerter, unsere Besorgnis wegen dem Flottenbau zu zerstreuen, da Sie in wenigen Jahren unsere Stärke erreicht haben werden." (!)

Ich: „Das ist absoluter Unsinn, außerdem haben Sie den Dreadnoughtbau angefangen und der Welt überraschend aufgezwungen, alle Staaten bauen sie." Er: „Es war ein schwerer Fehler von uns."

Ich: „Beim Stapellauf des Dreadnought hat Ihre Presse das Schiff als sicherstes Vernichtungsinstrument für die deutsche Flotte bezeichnet." Er: „Das war ein noch viel größerer Fehler." Schluß folgt.

Wilhelm I. R.

Nr. 8226

Kaiser Wilhelm II., z. Z. im Sennelager, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Schluß von Telegramm Nr. 25 Sennelager, den 13. August 1908

[Er:] „Aber der Dreadnoughtbau nimmt bei Ihnen so rasche Fortschritte, daß Sie in wenigen Jahren, sagen wir 1912, uns an Stärke gleich und sogar überlegen sein werden. Darüber ist das englische Volk voll Aufregung und schwerer Besorgnis." Ich: „Das ist ja absoluter Blödsinn. Wer hat Ihnen denn den Unsinn aufgebunden?" Er: „Das ist gar kein Unsinn, das ist authentisches Material von der englischen Admiralität." Ich: „Es bleibt Unsinn, auch wenn Ihre Admiralität es Ihnen mitteilt, und zugleich ein Beweis, wie wenig englische Staatsmänner und das englische Volk von maritimen Dingen versteht und über ihre eigene Stärke orientiert ist, um sich so etwas einbilden zu können. Sie haben ja, ohne daß Sie es wissen, den Two-Power-Standard längst überschritten und sind im Three-Power-Standard bereits angelangt." Er: „Das ist ganz unmöglich. Unsere Admiralität sagt, sie könne kaum den Two-Power-Standard aufrechterhalten eben wegen des deutschen Flottenbaus, der bedrohlicher Natur sei." Ich: „Ihre Admiralität muß das besser wissen und amüsiert sich damit, Sie und Ihre Landsleute mit Gespenstern zu bluffen. Ich kann Ihnen beweisen, daß ich recht habe, aus dem Nauticus." Er: „Sie können kein authentischeres Material haben, als was mir die Admiralität gegeben hat." Ich: „Ihr Material ist falsch, ich bin Admiral der englischen Flotte, welche ich genau kenne, und verstehe das besser wie Sie, der ein Zivilist ist und davon nichts versteht." Ich ließ den Nauticus herunterholen und zeigte Sir Charles die Euerer Durchlaucht bekannten Tabellen mit den Schiffsbaukurven. Sprachloses Erstaunen malte sich auf seinen Gesichtszügen, während Sir Frank Lascelles, der uns von ferne beobachtete, und mit dem ich Tags vorher auf Grund des einen ihm überreichten Exem-

plars des Nauticus ein ähnliches Gespräch gehabt hatte, sich vor Lachen gar nicht zu lassen wußte (Sir Frank ist von „Nauticus" begeistert und hat dessen Anschauungen rite akzeptiert).

Nach langem Schweigen fragte Sir Charles: „Wer ist eigentlich dieser Nauticus, ich habe bisher noch nie etwas von ihm gehört?" Ich: „Es ist eine Reihe von Herren, bedeutende Kapazitäten aus allen Berufen und Ständen, denen authentisches Material zur Verfügung steht." Er: „Solche Herren können keinen Anspruch darauf machen, besseren Bescheid zu wissen wie die Admiralität. Diese Tabelle ist ganz willkürlich, und lege ich ihr nicht den mindesten Wert bei (dabei klappte er das Buch zu), ich werde es sofort der Admiralität zeigen." Ich: „Sie können mir keinen größeren Gefallen tun."

Er: „Dieser Konkurrenzbauerei muß ein Ende gemacht werden, es muß ein Arrangement getroffen werden, wonach das Bautempo verlangsamt wird. Denn unsere Regierung muß sonst im nächsten Jahre ein großes Programm für Neubauten einbringen, für die bei dem Mangel an Mitteln neue Steuern ausgeschrieben werden müssen. Das wird sehr unpopulär sein, das Volk wird murren, und kann vielleicht der Regierung den Hals kosten." Ich: „Wenn Sie die Tabellen des Nauticus, statt sie für Phantasie zu halten, als richtig akzeptierten, dann würden Sie daraus ersehen, daß ein solches Extrabauprogramm zur Erhaltung Ihres Vorsprungs völlig überflüssig ist. Konkurrenzbau treiben wir nicht, unser Tempo ist gesetzlich festgelegt, die Anzahl der Schiffe desgleichen, und Ihnen bekannt. Sie treiben Konkurrenzbau, und zwar eine Konkurrenz, die nur einseitig englisch ist und von Ihrer Admiralität erfunden ist."

Er: „Can't you put a stop to your building? Or build less ships?" Ich: „Das Maß der maritimen Rüstung Deutschlands richtet sich nach seinen Interessen und Bündnissen,* ist ein defensives und bestimmt nicht gegen eine Nation, am wenigsten gegen England gerichtet. Sie sind keine Drohung für Sie, die Sie augenblicklich alle miteinander an Gespensterfurcht leiden." Er: „Aber ein Arrangement müßte doch getroffen werden, um den Bau einzuschränken. You must stop or build slower." Ich: „Then we shall fight for it is a question of national honour and dignity." Und dabei sah ich ihm fest und scharf in die Augen. Sir Charles bekam einen feuerroten Kopf, machte mir einen Diener, bat mich um Entschuldigung für seine Worte und ersuchte mich ausdrücklich, dieselben als versehentlich im Privatgespräch gemachte Bemerkungen zu betrachten, welche ich vergeben und vergessen möchte. Das Gespräch war von ihm in ziemlich gereiztem und fast diktatorischem Ton geführt worden. Ich zweifele keinen Augenblick, daß er Instruktion und Marschorder von Fisher hatte. Abends nahm ich das Gespräch mit ihm wieder auf, wobei er ein ganz anderer Mann war, liebenswürdig, vergnügt, seine Erzählungen mit Anekdoten würzend. Er konstatierte mit Befriedigung die Veränderungen in

---

* Mutmaßlich irrtümlich entziffert statt „Bedürfnissen".

der Türkei, wodurch thank Goodness die mazedonischen Reformen wohl überflüssig geworden seien. Ihm sei ein Stein vom Herzen gefallen. Er freue sich, daß seine Regierung und unsere betreffs der Aufschließung des Balkans durch Eisenbahnen von allen Seiten völlig einer Meinung sei. Es sei das praktischste, daß die Bahnen nicht an einzelne Großmächte, sondern an unpolitische Aktiengesellschaften vergeben würden. Er hob im Laufe des Gesprächs überall die Punkte hervor, wo auf der Welt deutsche und englische Politik zusammen gehen könnte. Als ich nach Tisch mit Erlaubnis des Königs ihm den Roten Adler Orden 1. Klasse verlieh, war er windelweich. Er erwähnte, sein Großvater sei Ordonnanzoffizier, vom Stab Wellingtons detachiert, bei Blücher abkommandiert gewesen und habe in dessen Nähe bei Ligny seinen Arm verloren, wofür er von Friedrich Wilhelm III. auch mit dem Roten Adler Orden ausgezeichnet worden sei. Der Orden werde in seinem Hause als ein Heiligtum bewahrt. Die offene Aussprache mit mir, in der ich ihm scharf die Zähne gezeigt hatte, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Mit Engländern muß man immer so verkehren. Es ist ganz klar, daß Ballins Aktion bei Cassel* ihre Wirkung gehabt hat, und daß letzterer mit Erfolg den König von der Behandlung der Materie abgehalten hatte.

Fisher ist vor Abreise Seiner Majestät nach Deutschland in Prviataudienz empfangen worden. Er wird gewiß Hardinge instruiert haben. Beim Scheiden wies ich Sir Charles nochmals auf meine Guildhall-Rede** hin: Sie sei ein Programm, im Namen meiner Regierung und meines ganzen Volks gesprochen. Daran möge er und seine Regierung sich halten. Wenn der Kaiser spricht, machte er keine Phrasen: He speaks what he means. Er erwiderte: „We have an absolut confidence in Your Majesty."

Seine Majestät kündigte den Besuch der Majestäten für nächstes Jahr in Berlin an. Zeit vorbehalten. Er werde Kaiser Franz Joseph von mir grüßen. Von Aehrenthal halte er nicht viel: „He is a poor man and not very capable."

Wir schieden mit Freundschaft und Wärme unter dem Bedauern des Königs, nicht haben länger bleiben zu können, da es ihm so sehr gut bei uns gefallen habe. Ich besprach nach der Abreise des Königs mit Lascelles meine Konversation mit Hardinge. Er war entrüstet über seinen Landsmann und rief aus: „Das kommt davon, daß man mir im Foreign Office nie glauben will, was ich ihnen über Deutschland berichte. Der Hardinge ist in den Fragen der Flottenentwickelung ebenso verrückt und schlecht informiert wie die übrigen Schreier unter seinen Landsleuten. Er sei froh, konstatieren zu können, daß der König mit den besten Eindrücken abgereist sei***. Die Gesamtsituation zwischen unseren beiden Ländern

---

* Vgl. Nr. 8214.

** Vgl. Kap. CLXXIV, Nr. 8171, Fußnote**.

*** In Wahrheit schieden sowohl König Eduard VII. wie Sir Charles Hardinge von Kronberg mit der bei der Entrevue in Ischl (12. August) deutlich zur Schau getragenen Empfindung, einen Mißerfolg davon getragen zu haben. Vgl. Nr. 8230 nebst Fußnote

hätte sich doch wesentlich verbessert, und der größte Teil der ernst und vernünftig denkenden Engländer denke gerade so wie er, vor allem die ganze City, die englischen Handels-, Industrie- und Arbeiterkreise. „They wont hear of war, and I am perfectly convinced the two countries will never meet in war."

Bitte maritimen Teil Exzellenz v. Tirpitz mitzuteilen.

Wilhelm I. R.

Nr. 8227

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. im Sennelager, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 Sennelager, den 12. August 1908

Nach Unterredung Sir Charles Hardinges mit Seiner Majestät dem Kaiser hatte ich mit dem ersteren ein langes Gespräch. Er führte etwa aus: England und Deutschland haben keine widerstrebenden Interessen, etwaige Verhandlungen werden immer freundschaftlich geführt und kommen oft zu befriedigendem Ergebnis. Englische Regierung ist überzeugt, daß Deutschland keine feindlichen Absichten gegen England hegt. Ebensowenig ist dies umgekehrt der Fall, aber England muß Aufrechterhaltung der Oberherrschaft zur See als Lebensfrage betrachten. Durch den beschleunigten Ausbau der deutschen Flotte wächst in England Befürchtung, daß diese Oberherrschaft zur See gefährdet werden könne. Dadurch wird England gezwungen, seinerseits neues Flottenprogramm aufzustellen, und wird dieses im Parlament nicht anders als durch Hinweis auf deutsche Flottenvermehrung begründen können. Neues Flottenprogramm kann nicht ohne Erhöhung der Steuern in England durchgeführt werden, was dort zweifellos große Erbitterung hervorrufen muß, die sich in erster Linie gegen Deutschland richten wird. Er sage mir dies, wenn auch privatim, so doch auf Wunsch seiner Regierung. Englische Regierung werde nur dann auf verstärktes Flottenprogramm verzichten können, wenn Deutschland im Ausbau der Flotte etwas langsameres Tempo einschlägt. Ob dies möglich sei, entziehe sich seiner Beurteilung. Seine Majestät habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß unser Flottenprogramm gesetzlich fest-

---

und Nr. 8243. Auch der belgische Gesandte in Wien Baron de Borchgrave bestätigt in seinen Berichten (Zur Europäischen Politik 1897—1914, hrsg. von B. Schwertfeger, III, 92f.) aus zuverlässiger Quelle, daß König Eduard VII. „était fort bien disposé en allant à Kronberg et il est reparti mécontent". Der Gesandte schließt seine Ausführungen über die Kronberger Flottenerörterungen mit den Worten: „Le refus de Guillaume II a été fait de façon si décisive qu'il n'est pas à prévoir que la question de l'arrêt des armements des flottes allemande et anglaise pourra être soulevée à nouveau dans un avenir prochain."

gelegt sei. Seine Majestät habe auf Nauticus hingewiesen, dessen Zahlen aber nicht mit denen der englischen Marinebehörden übereinstimmen. Ob ich glaubte, daß eine längere Ausführung unseres Flottenprogramms möglich sei? Nichts würde mehr zur Besserung unserer Beziehungen beitragen; denn in diesem Falle würde England von Aufstellung neuen Flottenprogramms absehen können.

Ich habe Sir Charles Hardinge mit den bekannten Argumenten erwidert: Das mächtige Deutsche Reich müsse bedeutenden Welthandel und Kolonien schützen, auch in fernen Weltteilen mit achtunggebietender Macht auftreten können. Umgeben von Nationen, die nicht alle freundlich gesinnt seien, müßten wir mit Kriegen gegen feindliche Flotten rechnen. Ausführung des gesetzlichen Flottenprogramms sei für uns Lebensbedürfnis. Außerdem könne keine Großmacht sich in ihre Verteidigungsmaßnahmen hineinreden lassen. Ich könne ihm aber versichern, daß unsere Flottenverstärkung sich nicht gegen England richte. Bei notorischer Übermacht der englischen Flotte seien englische Besorgnisse wegen Gefährdung der Oberherrschaft zur See lächerlich. Ich glaubte persönlich nicht, daß Seine Majestät der Kaiser sich in der Ausführung unserers Flottenprogramms werde beeinflussen lassen.

Sir Charles Hardinge gab die ungemein delikate Natur unseres Privatgesprächs zu, welches natürlich niemals den Gegenstand einer mehr offiziellen Erörterung, etwa zwischen englischem Botschafter und Reichskanzler, bilden dürfe, aber rein persönlich könne er mir nur seine obigen Ausführungen ans Herz legen und wiederholen, daß auch das kleinste Anzeichen dafür, daß wir das Tempo unserer Flottenvermehrung verlangsamten, für die englische Regierung genügen würde, ihrerseits von einem verstärkten Flottenprogramm abzusehen. Das englische Ober- und Unterhaus seien tatsächlich der Überzeugung, daß infolge unseres Flottenprogramms Deutschland im Jahre 1912 mehr Dreadnoughts als England haben werde.

Wir kamen dann auf Besuch des englischen Königspaares in Berlin zu sprechen, den ich als das beste Mittel zur Besserung der Beziehungen und zur Zerstreuung der englischen Besorgnisse bezeichnete. Man empfände es bei uns unliebsam, daß Königspaar viele andere Höfe und nicht den Berliner besuche. Sir Charles Hardinge erwiderte, Königspaar sei in Reval und nicht in St. Petersburg, in Karthagena und nicht in Madrid gewesen. Durch einen Besuch in Berlin würde bisheriges Prinzip des Königs, das auch in Madrid immer geltend gemacht würde, durchbrochen werden. Trotzdem wolle er bei seiner Regierung alles tun, um Besuch in Berlin im kommenden Frühjahr durchzusetzen. Er verhehle mir aber nicht, daß ein solcher vielleicht in England wenig populär sein werde, wenn man die Notwendigkeit eines neuen Flottenprogramms auf das Konto Deutschlands setzen müsse.

Kurz vor der Abreise kam Sir Charles Hardinge auf Besuchfrage zurück. Er sagte mir, Seine Majestät der Kaiser habe König sehr dringend

eingeladen, und dieser habe Besuch in Aussicht gestellt. Auf meine Frage nach dem Zeitpunkt nannte Sir Charles Hardinge erste Hälfte Februar oder nach Ostern. Ich bezeichnete ersteren Termin für geeigneter, da Seine Majestät zu Ostern vielleicht abwesend sein würde, worauf Sir Charles Hardinge sagte, dann werde Besuch vor Mitte Feburar stattfinden müssen, da englisches Parlament wahrscheinlich am 15. Februar zusammentreten würde.

Jenisch

Nr. 8228

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 772 London, den 11. August 1908

Der heutige Besuch König Eduards bei Seiner Majestät dem Kaiser wird von der hiesigen Presse in sehr freundschaftlichem Tone besprochen.

Besonders entgegenkommend ist die liberale Presse. Ihr schwebt ein mit Deutschland abzuschließendes Flottenabkommen[1] vor.

Der „Manchester Guardian" empfiehlt als Einleitung zur Erreichung dieses Zweckes die Festlegung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten[2], um es so Deutschland zu erleichtern, seine zum Schutze des Handels gebaute Flotte zu reduzieren[3]. „Daily Chronicle" begründet den Abrüstungsgedanken vom Gesichtspunkte der finanziellen Ersparnis, wie dies die „Daily News" in ihrem gestrigen Leitartikel getan hat. In ihrem heutigen Leitartikel befürwortet die „Daily News" den Gedanken einer Tripelallianz zwischen Deutschland, England und Frankreich und spricht sich außerdem für eine britisch-deutsche Ausstellung zur Besserung der gegenseitigen Beziehungen aus. Besonders bemerkenswert ist der warme Ton, zu dem sich auch die konservative Presse stellenweise aufschwingt, ohne natürlich ihr Programm aus den Augen zu lassen. Der „Daily Express" äußert seine Bewunderung für deutsche Intelligenz und wünscht warme und freundliche Beziehungen mit Deutschland. Die einzige Möglichkeit den Frieden mit Deutschland zu sichern sei jedoch, es dahin zu bringen, daß ein deutsch-englischer Krieg für Deutschland aussichtslos sei[4]. „Standard" bestätigt, daß es keine Ursache zu einem Streite zwischen England und Deutschland gebe. Besonders entgegenkommend ist auch die „Morning Post". Die Freundschaften der englischen Nation, so meint das Blatt, brauchten nicht als Feindseligkeiten gegenüber Deutschland gedeutet zu werden. Es sei nicht einzusehen, warum die Nationen durch entstellende Darstellungen der beiderseitigen Volkscharakter verbittert werden sollten. Daran sei die Presse nicht ganz schuldlos. Es sei zu hoffen, daß eine freie Aussprache der beiden Herrscher zu einem besseren Einvernehmen führen werde.

Die „Daily Mail" sagt: Man versichert uns, daß die deutsche Flotte nur für den Schutz der deutschen Küsten und des deutschen Handels gebaut ist. Auch wir wollen in Frieden leben. Deutschland hat wie England das Recht, sein eigenes Flottenprogramm aufzustellen.

An dem freundlichen Ton der heutigen Presse dürften die letzten Reden von Mr. Asquith und Mr. Lloyd George* nicht unbeteiligt sein[5].

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nur nicht!
[2] wie nett! Damit wir keine Prisen machen können an den vielen Englischen Linien!
[3] werden wir nicht!
[4] wird er nie sein! wir haben gute Chancen
[5] sie sind alle gänzlich bedeutungslos, da sie alle eine Reduzirung unserer Flotte als Vorbedingung ihrer Freundschaft im Auge haben; und das würden wir eben nicht thun! Die Briten sollten sich nur klar sein, daß Krieg mit Deutschland den Verlust Indiens bedeutet! und damit der Weltstellung

Nr. 8229

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 774 London, den 12. August 1908
Geheim

Ich habe keinen Zweifel darüber, daß die englischen Besorgnisse sich auf das vorliegende deutsche Flottenprogramm richten, welches England bald zu neuen und großen finanziellen und militärischen Anstrengungen zwingen muß. Nach hiesiger Auffassung würde ohne solche neuen Anstrengungen die englische Inferiorität uns gegenüber im Dreadnoughtbau schon in einigen Jahren eintreten. Die hier herrschende Schule legt den Dreadnought- und ähnlichen Typen aber die ausschlaggebende Bedeutung bei, so daß die zahlenmäßige Überlegenheit der vorhergehenden englischen Flotte nach der hier maßgebenden Ansicht nicht mehr stark ins Gewicht fallen würde. Daher entsteht auch der Wunsch bei den englischen Staatsmännern, zu einer Vereinbarung mit Deutschland zum Zwecke der Verlangsamung des Tempos in der Ausführung des vorliegenden deutschen Programmes zu gelangen. Etwaige künftige deutsche Programme werden hier nicht in Betracht gezogen.

Eine Drohung, uns im Flottenbau zu hindern, habe ich hier nirgends wahrgenommen. Unser Recht, eine Flotte zu bauen, ist hier bisher von niemand bestritten worden.

---

* Vgl. Nr. 8218 und 8219.

Die englischen Staatsmänner und mit ihnen das englische Volk sind der Überzeugung, daß Englands Superiorität zur See verloren geht, wenn das vorliegende deutsche Flottenprogramm ausgeführt wird, ohne daß England neue, große Anstrengungen macht. Diese Anstrengungen möchten sie durch ein Abkommen mit uns vermeiden, da sie sich um unserer Flotte willen nicht in ruinöse Ausgaben stürzen wollen. Beide Parteien sind sich aber darüber einig, daß die Anstrengung bald gemacht werden muß, wenn wir im selben Tempo unser vorliegendes Flottenprogramm weiterverfolgen.

Den Gedanken der Neutralität Englands im Falle eines französischen Angriffskrieges gegen Deutschland kann ich gesprächsweise verwerten, wobei ich jedoch mit großer Vorsicht verfahren muß, da hier leicht der Argwohn entsteht, daß wir England und Frankreich entzweien wollen. Hier wird allgemein bestritten, daß Frankreich Angriffsgedanken hege. Niemand fühlt sich hier moralisch verpflichtet, Frankreich in einem Angriffskriege beizustehen. Wer Angreifer, wer Angegriffener ist, bleibt Sache der Auslegung. Ein Neutralitätsversprechen wird hier schwer zu erreichen sein, da damit die Entente mit Frankreich in die Brüche ginge.

P. Metternich

Nr. 8230

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 208 Wien, den 19. August 1908
Streng vertraulich

Baron Aehrenthal, der hier heute einem Ministerrat präsidiert hat, um abends wieder auf den Semmering zurückzukehren, ließ mir sagen, da es ihm leider bei der Kürze der Zeit nicht möglich sei, mich zu empfangen, um mir persönlich Mitteilungen über das Ergebnis der Entrevue in Ischl* zu machen, habe er den Sektionschef von Müller damit beauf-

* Sie hatte am 12./13. August stattgefunden. Nach dem am 13. darüber ausgegebenen offiziellen Communiqué wären bei der Entrevue insbesondere die Zustände in der Türkei besprochen. Daß König Eduard VII. und Sir Charles Hardinge auch die deutsch-englische Flottenbaufrage und die Marokkoaffäre zur Sprache brachten, in der Hoffnung, daß die österreichische Regierung sich in beider Hinsicht die englische Auffassung aneignen und sie gegenüber der deutschen Regierung vertreten werde, kommt in dem Communiqué nicht zum Ausdruck, wird aber durch andere österreichische Mitteilungen (vgl. H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus II, 225; Molden, Alois Graf Aehrenthal, S. 56) bestätigt. Nach einem etwas späteren Telegramm des Geschäftsträgers in Tanger Freiherrn von Wangenheim vom 29. September 1908, der sich auf Mitteilungen seines russischen Kollegen Botkin stützte, hätte Marokko das eigentliche Hauptthema in Ischl gebildet: „Mein russischer Kollege, Herr Botkin, erzählte mir, Freiherr von Aehrenthal habe ihm nach der Begegnung Kaiser Franz Josephs mit König Eduard

tragt. Herr von Szögyéni ist von Ischl aus direkt mit Instruktionen versehen worden, um unserem allergnädigsten Herrn bereits gestern in Wilhelmshöhe Meldung erstatten zu können[1].

Die ungewöhnlich spärlichen Nachrichten, die bisher über den Besuch König Eduards in die Öffentlichkeit gelangt sind, das lakonische offizielle Communiqué und der auffallend konventionelle Trinkspruch Kaiser Franz Josephs, in dem zwar von den „langjährigen herzlichen Beziehungen zwischen beiden Herrscherhäusern", aber nur den „freundschaftlichen Beziehungen beider Länder" die Rede war, legten die Vermutung nahe, daß die Begegnung einen Verlauf genommen habe, über den absichtlich Stillschweigen beobachtet wurde. Die Mitteilungen des Sektionschefs von Müller, die mir gegenüber nachher von einem Herrn, der dem heutigen Ministerrate beiwohnte, interessant ergänzt wurden, haben diese Annahme in vollem Umfange bestätigt.

Offiziell wird selbstverständlich aufrecht erhalten, daß der Besuch durchaus befriedigend verlaufen ist; von eingeweihter Seite erfahre ich aber, daß Kaiser Franz Joseph seinen hohen Gast sehr kühl behandelt hat. In früheren Berichten hatte ich bereits die Ehre hervorzuheben, daß die Sympathien für England in letzter Zeit hier bedeutend erkaltet sind, und daß, besonders seit der englisch-russischen Verständigung in Reval, sich auch in amtlichen Kreisen eine starke Mißstimmung gegen London bemerkbar macht. Wie ich jetzt vertraulich höre, hat Kaiser Franz Joseph persönlich seinem Unwillen über die Art, in der Österreich-Ungarn von England in Reval beiseite gedrängt wurde, Ausdruck gegeben[2].

Ob die englischen Staatsmänner sich mit der Absicht getragen haben, in Ischl eine Annäherung Österreich-Ungarns an England auf Kosten der deutsch-österreichischen Beziehungen anzubahnen[3], entzieht sich meiner Kenntnis. Daß man österreichischerseits mit dieser Möglichkeit nicht nur gerechnet hat, sondern darauf vorbereitet war, beweist die sehr ernste Sprache, die sowohl der Kaiser wie sein Minister den englischen Gästen gegenüber geführt haben. Um von vornherein jeder Diskussion über diesen Punkt vorzubeugen, die man entschlossen war, überhaupt nicht zuzulassen, hat Kaiser Franz Joseph sofort bei Beginn der Unterredungen mit scharfer Betonung erklärt, daß die Basis seiner Politik für alle Zukunft das unerschütterliche Bündnis mit Deutschland bilde. Baron Aehrenthal hat Sir Charles Hardinge gegenüber dieselbe Erklärung mit Nachdruck

---

gesagt, vom König sowohl als Hardinge sei bei der Zusammenkunft fast ausschließlich und immer wieder über Marokko gesprochen. Der König und sein Minister hätten den Kaiser bestürmt, auf unseren allergnädigsten Herrn dahin einzuwirken, daß er den Franzosen in Marokko freie Hand lasse. Kaiser Franz Joseph hätte dieses Ansinnen von sich gewiesen. Freiherr von Aehrenthal erkläre sich englisches Drängen mit der Besorgnis des Königs, daß es um Marokko zu einem ernsten Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich kommen könne. England sei gegenwärtig nicht in der Lage, Frankreich mehr als diplomatische Unterstützung zu gewähren, und müsse damit rechnen, daß das enttäuschte Frankreich sich in die Arme Deutschlands werfe, wodurch die englische Isolierung wieder hergestellt werden würde." Vgl. auch Nr. 8241 und 8242.

abgegeben und dem Unterstaatssekretär so unzweideutig seinen festen Willen, an den vertrauensvollen herzlichen Beziehungen zum Deutschen Reich von keiner Seite rütteln zu lassen, zu erkennen gegeben, daß Sir Charles unter dem Eindruck dieser Eröffnungen, die er wohl in weniger kategorischer Form erwartet haben mochte, halb betroffen geantwortet hat[4], daran habe man in London nie gezweifelt und finde diese Politik für Österreich-Ungarn ganz selbstverständlich.

Im weiteren Verlaufe der Unterredung ist Sir Charles Hardinge dann auf die Frage der Flottenrüstungen zu sprechen gekommen und hat sich dabei, wie mir Herr von Müller mitteilte, sehr „präokkupiert" gezeigt. Baron Aehrenthal hat ihm ruhig, aber bestimmt erwidert, bei der Ententenpolitik, die König Eduard zu inaugurieren für gut befunden habe[5], könne es wahrlich niemand Deutschland verdenken, wenn es an dem Ausbau seiner Flotte unentwegt weiter arbeite[6]. Im übrigen sei dringend zu hoffen, daß eine unbedingt wünschenswerte freundschaftlichere Gestaltung der Beziehungen Englands zu Deutschland ermöglicht werde*.

Sir Charles scheint auf diese Antwort nicht gefaßt gewesen zu sein[7]. Er kennt den Freiherrn von Aehrenthal ja freilich von seiner Tätigkeit als Botschafter in St. Petersburg her, wo beide als Kollegen intim mit einander verkehrten; daß Deutschland aber in dem Minister Aehrenthal einen so treu überzeugten Anhänger und in ernsten Momenten so erprobten Freund finden würde, das hat der damalige englische Botschafter vielleicht nicht vorausgesehen[8]**.

Brockdorff-Rantzau

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ist geschehen

[2] bravo! Je mehr die Unverschämtheit der Briten gestraft wird um so besser

[3] sicher ja!

[4] gut! Daß der unverschämte Kerl gedeckelt worden ist.

[5] sehr gut! Daß er es auch mal von 3ter Seite zu hören kriegt

[6] bravo!

[7] auf meine auch nicht! Er kommt nach England zurück, a sadder but a wiser man!

[8] bravo!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr erfreulich! wie mir das wohlthut!

---

* Vgl. auch Molden, Alois Graf Aehrenthal (1917) S. 56f. Freiherr von Musulin bestätigt in seinen jüngst erschienenen Erinnerungen (Das Haus am Ballplatz, S. 167) die Angaben Moldens, betont aber, daß ein Versuch König Eduards, Österreich-Ungarn von Deutschland abzuziehen, nicht erfolgt sei. Vgl. dazu auch O. Hammann, Der mißverstandene Bismarck, S. 148; Deutsche Weltpolitik, S. 177f.

** In einem Privatbriefe Graf Brockdorff-Rantzaus an den Gesandten von Flotow, der am 27. August zu den Akten gegeben wurde, hieß es noch über die Entrevue von Ischl: „Die englischen Herren sind diesmal sehr klein von Ischl abgereist und haben, wenn sie es vorher nicht wissen wollten, gesehen, daß hier jetzt nichts zu holen ist. Die Haltung der Presse war der Person des Königs gegenüber höflich; wo aber auf Politik die Rede kam, reserviert und kühl; es war mehr von Reval und dem unerschütterlichen Bündnis mit Deutschland die Rede als von England und den englischen Gästen. Aehrenthal hat fast leidenschaftlich den deutschen Standpunkt vertreten, als von der Flottenfrage die Rede war, und scheint Hardinge gegenüber beinahe ausfallend geworden zu sein."

Nr. 8231

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Norderney, den 20. August 1908

Seine Majestät telegraphiert mir:

„Der im Ausschnitt des ‚Daily Telegraph' vom 17. d. Mts. seitens des Auswärtigen Amtes mir vorgelegte Gedanke einer Milliardenanleihe in England* hat mich sehr interessiert. Er ist englischerseits gewissermaßen als eine Drohung oder als ein Schreckschuß uns gegenüber gemeint. Er braucht jedoch von uns in keiner Weise als solcher honoriert zu werden. Der Gedanke, von dem diese Anleiheidee ausgeht — nämlich einem unsererseits beabsichtigten Konkurrenzbau der Flotte ein unerreichbares Paroli zu bieten, d. h. einen Wettlauf auf finanzielles Gebiet überzuspielen —, ist falsch. Wir haben ein festes, abgegrenztes, seit Jahren veröffentlichtes Programm. Dieses wird englischerseits fälschlich zum Konkurrenzbau umfrisiert und gegen diese selbst erfundene Konkurrenz ein tatsächliches Konkurrenzprogramm englischerseits aufgestellt. Die hohen Geldmittel, welche hierzu erforderlich sind, sollen das laufende Budget nicht belasten und möglichst einer Diskussion im Parlament mit obligaten Rekriminationen gegen Deutschland entzogen werden. Daher die Anleihe. Ich halte diesen Gedanken vom englischen Standpunkte aus für völlig berechtigt und sehr praktisch. Es ist eine Maßregel, die rein innerenglischer Natur ist, und wenn sie auch etwas fehdehandschuhartig uns hingeworfen wird, als solcher nicht aufzunehmen, da die Angelegenheit uns direkt nichts angeht. Ich wünsche daher, daß unsere Presse die ganze Angelegenheit möglichst ignoriert. Wo dieselbe aber doch besprochen wird, soll sie kurz, kühl und rein geschäftsmäßig vom finanziellen und nicht vom politischen Standpunkt aus besprochen werden. Wie wir uns das Recht vindizieren, ohne Einschränkung von außen unsere Rüstungsangelegenheiten nach unserem Ermessen zu regeln, so können in diesem Falle die Engländer dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen." Ich bitte in dem Sinne der allerhöchsten Weisung nach Möglichkeit auf unsere Presse einzuwirken**.

Bülow

---

* Vgl. dazu Nr. 8237.

** Nach einem Telegramm Fürst Bülows an den Kaiser vom 20. August wäre das sofort geschehen. Fürst Bülow stellte sich überhaupt nach einem Telegramm des Gesandten von Flotow, d. d. Norderney, den 21. August 1908, an das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, daß das Thema einer Verständigung mit England über die beiderseitige Flottenrüstung und ihre Einschränkung in der offiziösen Presse bis auf weiteres gar nicht mehr berührt werden solle.

Nr. 8232

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 383 St. Petersburg, den 20. August 1908

Der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja"* telegraphiert: Die Gerüchte über die Absicht des Schatzkanzlers, der sich nach Berlin zum Studium des deutschen Gesetzes über Altersversicherung begibt, sich mit dem Reichskanzler bezüglich einer Regulierung des Flottenbestandes beider Staaten zu verständigen**, rufen im Publikum und politischen Kreisen Unruhe und Unzufriedenheit hervor — eine derartige Verständigung betrachte man als eine Illusion der Pazifisten. England will seine Seeherrschaft sichern, Deutschland will sie untergraben. Besonders unpassend ist der Zeitpunkt der Unterhandlungen. Die deutsche Presse droht wieder Frankreich und stachelt die Türkei gegen Rußland auf. Hier herrscht die Ansicht, daß England nicht gesondert von den übrigen Ententemächten sich Deutschland nähern darf. Lloyd George und Churchill versichern, daß sie Grey nicht zuwiderhandeln würden, die Konservativen betrachten die Erklärung jedoch als ungenügend, da in ihr nicht gesagt sei, daß Lloyd George keine Unterhandlungen bezüglich der Flotte führen werde. Die Deutschen setzen große Hoffnungen auf die Berliner interparlamentarische Konferenz. Es werden an dieser 60 Mitglieder des englischen Parlaments teilnehmen, wobei versucht werden soll, in jedem zu Konzessionen an Deutschland bereiten Lande eine pazifistische Partei zu organisieren.

F. Pourtalès

---

* Wesselitzky.

** Eine dahingehende Meldung hatte auch am 18. August das „Berliner Tageblatt" unter Berufung auf ein Mitglied des englischen Kabinetts gebracht: „Die Reise Lloyd Georges nach Deutschland hat, wie ein Mitglied des Kabinetts auf Befragen mitteilte, weniger den Zweck, die Einrichtungen für Altersfürsorge zu studieren, als den Grund zu einer Verständigung zu legen, die auf Verminderung der Flottenrüstungen abzielt. Lloyd George hat übrigens mehrfach selbst geäußert, daß die Balance in dem durch die Alterspension sehr in Anspruch genommenen Budget nur durch Kürzungen an dem Flottenetat herzustellen sei, da alle anderen finanziellen Maßregeln, wie etwa Erhöhung der Steuern, indiskutabel seien. Lloyd George gilt im Kabinett als der geeignetste Mann, die Stimmung in Deutschland zu ergründen und, wenn in Berlin nicht prinzipielle Abneigung gegen die maritimen Ideen des englischen Kabinetts besteht, eventuell Zusagen zu erreichen."

Nr. 8233

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Norderney, den 21. August 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 65*.

Für Ihre persönliche Information:

Botschafter Graf Metternich** ist der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Empfang des Herrn Lloyd George durch Seine Majestät es diesem eher erschweren würde, für die Annäherung zwischen uns und England einzutreten. Unter diesen Umständen bitte ich von diesseitiger Anregung bei Seiner Majestät abzusehen. Graf Metternich wird sich am Montag bei Seiner Majestät melden.

Bülow

Nr. 8234

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Hammann

Nr. 66 Berlin, den 21. August 1908

Lloyd George hat in der Redaktion der „Frankfurter Zeitung" geäußert, er möchte gern unauffällig mit Eurer Durchlaucht zusammentreffen, eventuell von Hamburg, wo er Dienstag mit Automobil eintreffe, Abstecher nach Norderney machen. August Stein***, den er hier sprechen will, wird ihm vorsichtig abraten. Käme der Wunsch Georges direkt an Eure Durchlaucht, würde wohl Ablehnung nicht möglich sein.

Stemrich

---

* Telegramm Nr. 65 vom 20. August hatte wegen eines eventuellen Empfangs des englischen Schatzkanzlers Lloyd George bei dem Kaiser — den dieser selbst angeregt hatte, vgl. Nr. 8221 — angefragt.

** Graf Metternich hatte am 19. August zu Besuch bei Fürst Bülow in Norderney geweilt. Dort hat der Reichskanzler mit ihm offenbar vor allem die Flottenfrage durchgesprochen und ihm u. a. auch von den Marginalien des Kaisers zu dem Bericht vom 1. August (siehe Nr. 8219) Kenntnis gegeben. Daß Graf Metternich von dem durch den Kaiser selbst angeregten Empfang Lloyd Georges abriet, ist zweifellos so zu verstehen, daß er bei der schroff ablehnenden Haltung, die Wilhelm II. gegenüber dem Gedanken eines Abkommens über die beiderseitigen Flottenstärken einnahm, sich von einem Empfange Lloyd Georges nichts Gutes versprach.

*** Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung".

Nr. 8235

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Norderney, den 22. August 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 66*.

Bitte sofort August Stein vertraulich mitzuteilen, er möge von sich aus, und ohne Einvernehmen mit Auswärtigem Amt durchblicken zu lassen, Lloyd George abraten, mich aufzusuchen. Begründung: Sein Besuch würde natürlich bekannt und auf beiden Seiten des Kanals mit Flottenprogramm in Verbindung gebracht werden. Frage der Verlangsamung des Schiffsbautempos aber noch nicht reif. Öffentliche Meinung in Deutschland noch nicht vorbereitet. Durch seinen Besuch würden Hoffnungen in England geweckt werden, die vorläufig noch nicht erfüllt werden könnten, woraus schädlicher Rückschlag auf öffentliche Meinung entstehen würde. Auch würde es seinem Ansehen voraussichtlich in England, insbesondere bei der Oppositionspartei, schaden, wenn es hieße, daß seine Versuche bei der deutschen Regierung erfolglos geblieben seien.

Ersuchen Sie Stein, im Auswärtigen Amt nach Unterredung mit Lloyd George sofort mitzuteilen, ob es ihm gelungen ist, den englischen Minister vom Besuchgedanken abzubringen, und telegraphieren Sie mir Ergebnis**.

Bülow

Nr. 8236

*Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" August Stein an den Reichskanzler Fürsten von Bülow****

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 22. August 1908

Ew. Durchlaucht beehre ich mich über eine fünfviertelstündige Unterredung zu berichten, die ich heute früh 9 Uhr mit dem englischen Schatzkanzler Mr. Lloyd George während eines Frühstückes, zu dem er mich eingeladen hatte, in seinem Salon im Hotel Bristol gehabt habe.

Der Schatzkanzler hatte während seines Aufenthaltes in Frankfurt die Redaktion der „Frankfurter Zeitung" aufgesucht und sich dort mit

---

* Siehe Nr. 8234.

** Nach einem Telegramm des Unterstaatssekretärs Stemrich vom 22. August hätte Lloyd George auf Abraten A. Steins den Gedanken eines Abstechers nach Norderney fallen gelassen.

*** Vgl. auch den neuerdings bei A. v. Tirpitz a. a. O., S. 82 ff. abgedruckten Bericht des Korvettenkapitäus Boy-Ed über das Gespräch Lloyd George — A. Stein. Boy-Ed dürfte seine Informationen von A. Stein erhalten haben.

meinem Kollegen, dem Abgeordneten Oeser, unterhalten. Dieser, der nach langer Krankheit erst vor kurzem wieder in die Redaktion eingetreten ist, hat ihm wohl nicht viel zu sagen gewußt und hat ihn an mich gewiesen. Oeser teilte mir gestern früh telephonisch mit, daß Mr. Lloyd George mich aufsuchen werde, daß er mit mir über die Flottenfrage sprechen wolle, daß er den Wunsch habe, Euerer Durchlaucht möglichst unauffällig vor seiner Abreise nach London zu begegnen, und daß er offenbar glaubte, daß ich diese Begegnung vermitteln könnte. Ich habe mich auf diese Benachrichtigung hin sofort mit Herrn Geheimrat Hammann in Verbindung gesetzt und mit ihm besprochen, was ich in einer Unterredung mit dem Schatzkanzler diesem ungefähr zu sagen hätte. Da wir uns gestern mittag verfehlt hatten, lud mich Mr. Lloyd George telephonisch für heute früh zum Frühstück ein, an welchem außer ihm noch ein ihn begleitender Herr, ich vermute sein Sekretär, Mr. Spender*, und das Parlamentsmitglied Sir Charles S. Henry teilnahmen. Dieser fungierte als Dolmetscher, denn der Herr Schatzkanzler spricht außer englisch kein Wort einer europäischen Sprache, und mein Englisch reicht nicht aus, um eine politische Unterhaltung zu führen, bei der ich doch manches Wort sehr sorgfältig erwägen mußte. Mr. Henry spricht passabel deutsch und hat, wie ich kontrollieren konnte, sehr korrekt und vollständig übersetzt.

Im allgemeinen fiel mir auf, daß sowohl der Schatzkanzler wie die ihn begleitenden Herren von unseren deutschen politischen Verhältnissen, von den Mehrheitsverhältnissen im Reichstage und von den Schwierigkeiten, mit denen infolgedessen der leitende Staatsmann bei uns zu kämpfen hat, sehr wenig wußten. Ich habe sie über die einfachsten Dinge, die jedem deutschen Politiker und, wie ich vermute, auch vielen fremdländischen ganz geläufig sind, erst aufklären müssen. Am erstaunlichsten aber war, daß Mr. Lloyd George und seine Begleiter von unserem Flottengesetz und dem Bauplan unserer Flotte, der sie doch so sehr interessiert, auch nur ganz unvollkommene Kenntnis besaßen und sich von mir die einfachsten Dinge erläutern ließen. Ich empfahl ihnen zum Studium den Nauticus, und sie meinten außerdem, daß sie auf ihrer Botschaft wohl unser Flottengesetz und was dazu gehört vorfinden würden.

Der Schatzkanzler richtete unausgesetzt direkt bestimmt formulierte Fragen an mich. Der Kern aller dieser Fragen war immer wieder: Ist es nicht möglich, daß die deutsche Regierung den bis 1912 festgelegten Bau der Schiffe entweder sistiert oder doch verlangsamt? Ich setzte den Herren auseinander, daß unser Schiffsbauplan auf einem Gesetz beruhe, und daß an eine Abänderung dieses Gesetzes unmöglich zu denken sei, weil in dem Augenblick, wo eine Regierung das versuchen würde, nicht etwa nur unsere Flottenchauvinisten und Alldeutschen, die an Zahl gar nicht so bedeutend seien, sondern auch die andern Parteien und der größte Teil der Be-

* Harold Spender, Bruder des Herausgebers der „Westminster Gazette" J. Alfred Spender.

völkerung trotz seiner höchst friedfertigen Gesinnung den Kanzler, der eine solche Änderung oder Sistierung unseres Flottenbauplanes unternehme, der Feigheit und des Zurückweichens vor englischem Drucke beschuldigen würden. Das sahen die Herren allmählich auch ein, kamen aber trotzdem wiederholt mit der Frage, ob, wenn nun schon einmal bis 1912 der Bauplan gesetzlich festgelegt sei, die Regierung nun auch wirklich verpflichtet sei, in diesem Maße und in diesem Tempo zu bauen, ob sie nicht tatsächlich aus irgendwelchen vorgeschobenen technischen Gründen den Bau verlangsamen könnte. Ich habe darauf geantwortet, daß ich mir im Augenblick nicht ganz klar sei, wie weit das staats- und budgetrechtlich geschehen könne; ich glaubte aber, es könne nicht geschehen. Aber jedenfalls würde auch eine solche tatsächliche Verlangsamung der gesetzlich festgelegten Schiffsbauten und eine Verzögerung der Fertigstellung einzelner Schiffe, von der die Herren sprachen, denselben Sturm der Entrüstung und dieselben Vorwürfe gegen den leitenden Staatsmann hervorrufen wie eine gesetzliche Abänderung.

Ich hatte aus diesem Teile der Unterredung den Eindruck, daß der Schatzkanzler um jeden Preis mit der Zusicherung einer Verlangsamung unserer Schiffsbauten nach London hätte zurückkehren wollen. Ich glaube, ihm bewiesen zu haben, daß eine solche Zusicherung der Reichsregierung unmöglich sei. Sie warfen unter anderem ein, ob denn das Geld für die Schiffsbauten schon bewilligt und vorhanden sei. Das habe ich ihnen bejaht und erklärt, daß das jährlich durch Anleihen im Etat geschähe. Der Schatzkanzler bemerkte darauf, unsere letzten Anleihen seien schwer unterzubringen gewesen. Ich habe ihm erwidert, daß er sich darin täusche, und daß jedenfalls die Aufbringung der Mittel für die im Flottenbauplan festgelegten Schiffe bei uns nicht die geringsten Schwierigkeiten machen werde. Diese Frage: „Ob nicht in den nächsten Jahren schon eine Verlangsamung des Schiffsbaues eintreten könne" liegt jedenfalls dem Schatzkanzler am meisten am Herzen. Ich setzte ihm dann auseinander, daß Abmachungen oder Verträge über die Begrenzung der Flottenrüstungen zweier Staaten überhaupt unmöglich seien, und führte die bekannten geläufigen Gründe dafür an, unter anderem auch die Rückwirkung einer solchen Abmachung auf die Stimmung in den betreffenden Ländern. Das sah er ein, diese Gründe schienen ihm auch schon bekannt zu sein, dagegen hatte er nichts einzuwenden. Im Anschluß daran, führte ich aus, ähnlich wie ich es in einem Telegramm in der „Frankfurter Zeitung" vom 16. August getan habe, daß man das, was man durch Verträge nicht festlegen und erreichen könne, durch das tatsächliche Verhalten erreichen könne, und daß man in England doch mit der Wahrscheinlichkeit rechnen solle, daß nach der Durchführung unseres jetzigen gesetzlich festgelegten Flottenbauplanes der Bau der Schlachtflotte in der Hauptsache beendet sein werde, und daß sich die Aufgaben unserer Marine dann wahrscheinlich auf die Ausbildung des Torpedowesens und des Küstenschutzes erstrecken werden. Das war ihm angenehm zu hören. Aber er sprang dann immer wieder

einmal auf die nächsten vier Jahre zurück. Die schienen ihm als Schatzkanzler auch finanzielle Sorgen zu machen. Unter anderem fragte er mich auch, ob ich den Fürsten Bülow und den Kaiser „mit denselben Augen ansehe". Ich verstand das erst nicht recht. Es sollte heißen, ob sie ähnliche Charaktere und Temperamente wären. Ich habe ihn über die Unterschiede belehrt, und als er mit der Frage kam, ob der Herr Reichskanzler ähnlich wie der Kaiser Pläne zu fassen pflege — er meinte Flottenpläne —, um deren finanzielle Durchführung er sich wenig Sorge mache, da habe ich ihm gesagt, ich wüßte nicht, ob der Kaiser so hochfliegend und unter Vernachlässigung der realen Verhältnisse denke, bei dem Reichskanzler sei das jedenfalls nicht der Fall. Der sei sich der Verantwortung und der Schwierigkeiten bewußt, welche die Durchführung jedes Planes auch nach der finanziellen Richtung in sich schließt. Der Schatzkanzler fragte weiter, ob ich glaube, daß eine Entente mit England oder ein Vertrag über irgend eine politische oder handelspolitische Materie — er schien an irgend etwas Bestimmtes zu denken, was ich aber nicht erfahren konnte — es dem Kaiser und dem Reichskanzler vor den Parteien und der öffentlichen Meinung erleichtern würde, den Bau unserer Flotte zu verlangsamen oder einzuschränken. Ich habe geantwortet, daß natürlich jedes freundschaftliche Abkommen mit England der deutschen öffentlichen Meinung und allen Parteien höchst willkommen wäre, und daß es als ein sehr gutes Gegenmittel gegen die in Deutschland zwar vorhandenen, aber doch nur schwachen Elemente gelten könnte, die von England eine kriegerische Gefahr erblickten und daher auf die stete Vergrößerung unserer Schlachtflotte hinarbeiten. Jede Besserung unseres Verhältnisses zu England würde nach Ablauf des jetzigen Flottenplanes eine Einschränkung des Baues unserer Flotte unterstützen, aber, so habe ich hinzugefügt, in den nächsten vier Jahren sei nach meiner Meinung nichts zu ändern.

Ich sagte dem Schatzkanzler dann weiter, daß ich glaubte, über die Intentionen Ew. Durchlaucht unterrichtet zu sein, und daß ich bedauerte, daß Ew. Durchlaucht gegenwärtig in Norderney wären. Denn wenn Ew. Durchlaucht in Berlin wären, würden Sie sich selbstverständlich beeilt haben, den Herrn Schatzkanzler einzuladen, und dann würde er mehr und überzeugender, als es aus meinen Worten geschehen könnte, den Eindruck gewonnen haben, daß in Deutschland mit Ausnahme weniger Querköpfe kein Mensch daran denke, daß wir eine Flotte bauen könnten, die jemals der englischen gewachsen sein würde. Mr. Lloyd George fragte mich, wie weit Norderney von Bremen liege. Ich konnte ihm darauf nur ungenaue Auskunft geben. Er und seine Begleiter meinten, jedenfalls ließe sich ein Besuch in Norderney nicht wie eine zufällige Begegnung arrangieren. Ich erwiderte ihm, daß ein solcher Besuch jedenfalls großes Aufsehen erregen würde, und daß der Herr Schatzkanzler ebenso wie der Reichskanzler damit rechnen müßten, daß diesem Besuche eine ganz übertriebene Bedeutung in der öffentlichen Meinung und der Presse beider Länder zugeschrieben werden würde, und daß sich eine Agitation erheben könnte,

die von der irrtümlichen Voraussetzung ausginge, daß die beiden Staatsmänner in Norderney irgendwelche Abmachungen über die Begrenzung der Flottenbauten besprochen hätten. Zu einer Besprechung dieser Art sei nach meiner Meinung der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Dazu müßte erst die öffentliche Meinung in Deutschland und wohl auch in England noch vorbereitet werden. Das hat der Schatzkanzler ohne weiteres eingesehen. Er hat die Idee einer Begegnung mit Ew. Durchlaucht nicht weiter verfolgt. Ich hatte den Eindruck, daß er schon vor der Unterredung mit mir irgendwie erfahren haben müßte, daß eine solche Begegnung aus politischen Gründen nicht opportun wäre. Er sagte mir, daß er darauf verzichtet habe, und daß er heute abend noch über Hamburg nach Hause reisen wolle. Im allgemeinen glaube ich, Mr. Lloyd George und seine Begleiter darüber aufgeklärt zu haben, daß eine kriegerische Stimmung in Deutschland gegen England nicht besteht, daß unser Flottenbau keinerlei Spitze gegen England hat, und daß man auch den Kaiser ganz falsch beurteile, wenn man ihm kriegerische Pläne zuschreibe. Die aus der Unterhaltung mit mir gewonnene Überzeugung aber, daß von einer Verlangsamung oder Sistierung unserer Schiffsbauten in den nächsten vier Jahren nicht die Rede sein könne, schien dem Schatzkanzler doch eine Enttäuschung zu sein.

(gez.) A. Stein

Nr. 8237

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 811 London, den 20. August 1908

Die Diskussion der Themata: Deutsch-englische Beziehungen, Abrüstungsabkommen mit Deutschland, Aufrechterhaltung der englischen Suprematie zur See gegenüber dem Anwachsen der deutschen Seemacht, Deutsche Spionage in England usw. nimmt zurzeit in der hiesigen Presse einen so erheblichen Raum ein, daß sich das nicht lediglich mit dem Stoffmangel erklären läßt, an dem die Herren von der Feder in der Sommerzeit zu leiden pflegen. In den Blättern sämtlicher Richtungen wimmelt es tagtäglich von Zuschriften, Entgegnungen auf dieselben, Leitartikeln, statistischen Gegenüberstellungen der relativen Flottenstärken, die sich alle mit derselben einen Frage beschäftigen, die den politischen Himmel Englands zurzeit bewölkt, der Frage der weiteren Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland. Wenn man von den Organen ultrachauvinistischer Richtung absieht, bei denen die Germanophobie idiosynkratische Formen angenommen hat, kann man nicht sagen, daß die Ausführungen im allgemeinen auf einen besonders feindseligen oder gereizten Ton gegen Deutschland gestimmt sind. Es kommt in denselben eher eine

dumpfe Resignation zum Ausdruck. Daß das Verhältnis zu Deutschland zu der ernstesten Besorgnis Anlaß gibt, wird als eine gewiß bedauerliche, aber nicht mehr fortzuleugnende Tatsache angenommen, und beunruhigend ist höchstens die völlige Übereinstimmung, die in dieser Hinsicht in den Organen der verschiedensten Schattierungen hervortritt. Die seit Jahren hier konsequent betriebene Deutschenhetze hat ihre Wirkung getan. Ganz England ist von der Sorge vor den von Deutschland drohenden Gefahren erfaßt und der Notwendigkeit energischer Sicherungsmaßregeln durchdrungen. Die liberale Presse ist heute, unter Verleugnung der fundamentalsten liberalen Parteiprinzipien, was die Rüstungsfrage betrifft, imperialistischer als die Imperialisten; selbst die Sozialisten stoßen mit in die Alarmtrompete hinein. Wie ein Alpdruck lastet auf der ganzen Nation die Furcht vor dem deutschen Schreckgespenst. In einem Lande, in dem einmal gefaßte Ansichten so festhaften wie in England, in dem überkommene Vorurteile so schwer zu beseitigen sind, ist ein Umschwung in dieser Hinsicht nicht so bald zu erwarten, zumal die Elemente, die die Germanophobie hier systematisch großgezogen haben, schwerlich geneigt sein werden, ihre Propaganda einzustellen. Die liberalen Staatsmänner, die von einer Konzession Deutschlands an die englische Nervosität in der Form einer Verlangsamung in der Durchführung seines Flottenprogramms eine Beruhigung der hiesigen öffentlichen Meinung und damit eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen erwarten, dürften sich meines Erachtens einer Selbsttäuschung hingeben. Ihr Optimismus erklärt sich vielleicht mit dem Interesse, das aus parteipolitischen Rücksichten die liberale Regierung daran hat, nicht zu erhöhten Aufwendungen für Rüstungszwecke gezwungen zu sein, sondern auch ohne Anziehen der Steuerschraube ihr sozialpolitisches Programm zur Durchführung bringen zu können. Eine Konzession unsererseits im gedachten Sinne würde meines gehorsamsten Dafürhaltens lediglich die Wirkung haben, eine temporäre Beruhigung eines begrenzten Teils der liberalen Partei in England herbeizuführen und damit die Dinge in den Stand zurückzuversetzen, in dem sie etwa vor zwei Jahren waren. Eine Beruhigung der öffentlichen Meinung im ganzen Lande würde damit nicht erzielt werden, und vor allem würden unionistische Presse und Partei genau auf demselben Standpunkte auch weiterverharren, den sie schon seit einer Reihe von Jahren uns gegenüber einnehmen. Die liberale Presse ist in dieser Hinsicht allerdings außerordentlich sanguinisch. Die ganze Situation erinnert sehr lebhaft an die Sachlage vor der Haager Konferenz. Auch damals trug man sich im liberalen Lager mit großen Hoffnungen bezüglich der Ergebnisse, die die Konferenz in der Rüstungsfrage haben könne. Um so größer war die Enttäuschung, als die englischen Friedensschalmeien bei uns völlig taube Ohren fanden, und die Haager Konferenz hatte eine deutlich wahrnehmbare Abkühlung auch bei den aufrichtigsten Anhängern guter Beziehungen zu uns im liberalen Lager zu Folge. Es ist zu befürchten, daß die Enttäuschung, die denjenigen bevorsteht, die an den

Besuch Seiner Majestät des Königs in Kronberg und den angekündigten Besuch des englischen Königspaares in Deutschland besondere Erwartungen knüpfen, ähnliche Folgen haben wird. Der Enthusiasmus, mit dem heute der „Daily Telegraph" die Mitteilung der „Vossischen Zeitung" über die Ergebnisse der Kronberger Entrevue begrüßt, kann nur schädlich wirken. Die Ernüchterung wird nicht ausbleiben. Es wäre im Interesse der beiderseitigen Beziehungen auf das dringendste zu wünschen, daß sich die ihrer Verantwortlichkeit bewußte deutsche Presse in der Rüstungsfrage wie in der Besprechung der Beziehungen zu England ganz allgemein die allergrößte Reserve auferlegt. Die hiesige Presse beschäftigt sich schon zum Überdruß mit diesen Themen und auch die bestgemeinten Kundgebungen in der deutschen Presse können nur dazu dienen, auf der einen Seite übertriebene Hoffnungen zu erwerken, auf der anderen dem prinzipiell gegnerischen Teil der englischen Presse Material zu erneuten Verdächtigungen und Mißdeutungen zu liefern. Die kühle Zurückhaltung, mit der unsere Presse den Besuch König Eduards in Kronberg begrüßt hatte, nachdem schon der Öffentlichkeit darüber kein Zweifel gelassen worden war, daß derselbe nur auf Drängen des englischen Herrschers zustande gekommen sei, hat hier unverkennbar sehr günstig gewirkt. Mit einer gewissen Erleichterung und beinahe mit Dankbarkeit wurde die an und für sich doch nicht so inhaltreiche und zu schwerwiegenden politischen Schlußfolgerungen schwerlich berechtigende Nachricht aufgenommen, daß der Verkehr der beiden Monarchen während der Zusammenkunft ein außerordentlich herzlicher gewesen sei[1].

Mit dem immer erneuten Hinweise auf unsere Friedensliebe, die lediglich defensive Aufgabe der deutschen Flotte ist nichts gewonnen. Daß die deutschen, in den heimischen Gewässern konzentrierten Schlachtschiffe mit ihrem beschränkten Aktionsradius[2] bei unserem Mangel an Kohlenstationen im Auslande vor allem zum Schutze unserer überseeischen Handelsinteressen bestimmt sind, das glaubt uns in England kein Mensch mehr, von Sir Edward Grey herunter bis zum letzten Zeitungsschreiber. Ich bin der Ansicht, daß es sehr viel besser wäre, wenn einerseits unsere Presse sich über dieses Thema nach Möglichkeit in ein geheimnisvolles Schweigen einhüllte, andererseits aber der Versuch immer wieder erneuert würde, in vorsichtiger Weise den maßgebenden englischen Politikern es allmählich zum Bewußtsein zu bringen, daß die deutsche Flottenpolitik in ursächlichem Zusammenhange mit der Richtung steht, die die englische Politik in der letzten Zeit Deutschland gegenüber eingeschlagen hat. Denn bei der naiven Selbstgerechtigkeit, die eine Eigentümlichkeit des englischen Volkscharakters bildet, fehlt das Gefühl dafür, auch denkenden englischen Politikern, vollständig, daß die Anlehnung der englischen Politik an die französisch-russische Gruppe in Deutschland berechtigte Besorgnisse hervorruft. Man glaubt, daß diesen gegenüber die gewiß ganz ehrlich gemeinte Versicherung genügen müsse, daß die Ententen Englands nicht gegen Deutschland gerichtet seien. Wenn einmal das Verständnis

dafür sich in einzelnen maßgebenden englischen Köpfen bahnbricht, daß eine solche bloße Versicherung die leitenden deutschen Staatsmänner nicht von der Verpflichtung befreien kann, gegen Eventualitäten Vorkehrungen zu treffen, die bei dem gegenwärtigen Stande der englischen Volksstimmung im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes mit ziemlicher Sicherheit eintreten würden, wenn die Erkenntnis bei ihnen zum Durchbruch kommt, daß die allgemeine Richtung der auswärtigen Politik Englands in erster Linie für die gegenwärtige unerfreuliche Lage der Dinge mit verantwortlich ist, so wird diese Erkenntnis sehr bald auch in weitere Kreise eindringen. Aber von englischer Seite muß der Aufklärungsprozeß seinen Ausgang nehmen. Versuche der deutschen Presse, denselben einzuleiten oder ihm nachzuhelfen, würden lediglich dazu dienen, hier das Gefühl hervorzurufen, daß es sich um Bestrebungen handelt, die bezwecken, in die englisch-französischen Beziehungen einen Keil zu treiben.

Bei der überwiegenden Mehrheit der hiesigen öffentlichen Meinung hat sich die Anschauung festgesetzt, daß unsere Flottenpolitik darauf abzielt, der englischen Flotte den Rang streitig zu machen[3]. Unter dem Einfluß dieser Anschauung lautet die Parole, die besonders auch von liberaler Seite in jüngster Zeit ausgegeben wird: England muß durch die Tat zeigen, daß es den Vorsprung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten entschlossen ist, den es bezüglich seiner Flotte vor Deutschland voraushat. Dann wird man in Deutschland das vergebliche seiner Bemühungen einsehen[4] und geneigt sein, dem kostspieligen und gefährlichen Wettlauf durch ein Abkommen in der Rüstungsfrage ein Ziel zu setzen. Diese Tendenz liegt auch dem von Herrn Spender lancierten Gedanken zugrunde, für die nächsten drei Jahre ein einheitliches Flottenprogramm aufzustellen und die für die Durchführung desselben nötigen Mittel durch eine allmählich zu amortisierende Anleihe aufzubringen*. Herr Spender ist, wie er mir sagt, dabei, für seinen Gedanken eine ernstliche Propaganda in die Wege zu leiten. Daß sein Vorschlag an dem von dem Premierminister einmal aufgestellten Grundsatze, Aufwendungen für Bedürfnisse der Landesverteidigung nicht im Wege der Anleihe aufzubringen, scheitern könnte, glaubt er nicht. Es ist wohl anzunehmen, daß Herr Spender mit seiner Anregung nicht hervorgetreten wäre, wenn er sich nicht vorher des Einverständnisses maßgebender Persönlichkeiten im Kabinett versichert hätte. Herr Spender gibt an, daß er mit seinem Vorschlage lediglich im Auge habe, den alljährlich bei der Beratung des Budgets wiederkehrenden Diskussionen ein Ende zu bereiten, die das Land unnötig aufregten und die deutsch-englischen Beziehungen beeinträchtigten. In Wirklichkeit dürfte die Sache so liegen, daß auch Herr Spender von der allgemeinen Flut mit fortgerissen worden und sich außerdem bewußt ist, daß die liberale Partei etwas tun muß, um die um die Sicherheit des Vaterlandes besorgt gewordene öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Auch in einer

* Vgl. auch Nr. 8231.

Sitzung des Kabinetts ist diese Notwendigkeit, wie ich höre, festgestellt worden. Die englische Regierung wird also voraussichtlich mit erheblichen Mehrforderungen für die Flotte im nächsten Jahre hervortreten, und der Vorschlag des Herrn Spender bezweckt gleichzeitig, für diesen Fall dem Schatzkanzler die Balancierung seines Budgets zu erleichtern, das in seinen Einnahmen angesichts der herrschenden wirtschaftlichen Depression mit nicht unerheblichen Ausfällen zu rechnen haben wird und außerdem die Mehrbelastungen durch das Alterspensionsgesetz zu tragen hat, für welche eine Deckung bisher noch nicht vorgesehen worden ist. Der Vorschlag des Herrn Spender ist besonders auch von der hiesigen Hetzpresse sympathisch aufgenommen worden. Sie dürfte dabei allerdings lediglich an die Seite des Vorschlages denken, die eine Verstärkung der englischen Streitkräfte zur See im Auge hat. Der Gedanke, der sich wie ein roter Faden durch die ganze liberale Presse hindurch zieht, daß es zu einer Verständigung mit Deutschland auf die eine oder die andere Weise kommen muß, paßt ihr natürlich durchaus nicht in ihren Kram.

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wie immer
[2] Quatsch!
[3] Blödsinn!
[4] hat solche „Bemühungen" gar nicht unternommen!
Schlußbemerkung des Kaisers:
gut

Nr. 8238

Der Botschafter in Rom Graf Monts, z. Z. in Haimhausen, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertiguug

Nr. 1 Haimhausen, den 24. August 1908

Herr Tittoni gab mir gegenüber seiner hohen Befriedigung Ausdruck über die jetzt ganz offenkundige Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses. Unter der Spannung zwischen London und Berlin habe vor allem sein Vaterland gelitten. Der Dreibund wäre seinerzeit wesentlich unter der Voraussetzung abgeschlossen worden, daß England in guten, ja freundschaftlichen Beziehungen zu seinen drei Teilnehmern stand. Auf die englische Freundschaft sei aber von den drei Kontrahenten am allermeisten Italien angewiesen. Man möge nur einen Blick auf seine langgestreckten Küsten werfen mit den durchweg offenen Hafenstädten. Im Mittelmeer, das Italien rings umspüle, dominiere das seegewaltige Albion absolut. Wie oft hätten er und andere italienische Patrioten beklagt, daß die nationale Einheit zu spät zustande gekommen, daß alle guten Stücke der Mittelmeerküsten inzwischen ihre Herrn gefunden, und daß zu allem Unglück auch nach der Errichtung der unita Italia seine Staatsmänner sich bezüglich Ägyptens und Tunesiens so kurzsichtig erwiesen

hätten. Namentlich um Tunis sei es ewig schade, das direkt Sizilien vorgelagert ist und genau dieselben Lebensbedingungen wie der südlichste Teil des Königreichs aufweise. Tripolis wäre im Grunde nichts wert, und an Besitzergreifung albanesischer Küstenstriche denke kein ernsthafter italienischer Staatsmann[1].

Wenn es gelänge, wie man vor allem in seinem Vaterlande wünsche und hoffe, ein Arrangement zwischen uns und den Engländern zu treffen, so würde ganz Europa, soweit es von friedlichen Tendenzen beseelt ist, aufatmen. England und Deutschland seien zweifelsohne gegenwärtig die beiden größten Machtfaktoren, sie könnten sich daher ganz nach ihrem Gutdünken, und ohne auf Dritte Rücksicht nehmen zu müssen, arrangieren. Damit würden sie zugleich der gesamten Menschheit den größten Dienst erweisen, die unter der Last der fortgesetzt sich steigernden Rüstungen schier erdrückt wird. Denn wie alles habe auch die Möglichkeit, die Steuerschrauben anzuziehen, ein Ende, und immer deutlicher mache sich der Wunsch der Völker erkennbar, endlich einmal Schluß mit Vermehrung von Armeen und Flotten zu machen.[2]

Monts

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?
[2] Quatsch!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Italien hat eine viel zu große Armee!

Nr. 8239

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an Kaiser Wilhelm II.**

Unsignierte Abschrift

[Norderney, den 26. August 1908]

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät danke ich alleruntertänigst für die mir übersandten Briefe von Montagu und

---

* Von dem Schreiben des Fürsten Bülow liegt bei den Akten lediglich eine unsignierte und undatierte Abschrift. Das Original ist laut einer Aktennotiz von der Hand des Gesandten von Flotow vom 27. August „auf Befehl Seiner Durchlaucht zur ganz vertraulichen Kenntnis mit der Bitte um möglichst umgehende Rückgabe nebst einer dort mit Schreibmaschine anzufertigenden Abschrift" nur für kurze Zeit im Auswärtigen Amt gewesen. Das Datum ist ergänzt nach der Angabe bei Otto Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 57. Bei Hammann (S. 58) wird auch eine ausführliche Schlußbemerkung des Kaisers mitgeteilt. Sie lautet wörtlich: „Ich ersehe aus vorliegendem Schreiben mit Befriedigung, daß Ew. Durchlaucht auch meinen und des ganzen deutschen Volkes Standpunkt teilen, daß die Engländer uns in unser Flottenprogramm nicht hineinzureden haben, und daß es durchgeführt werden muß. Mir scheint, daß die Tatsachen etwas verschleiert werden und dadurch konfuse Illusionen heraufbeschworen werden. Es wird hier wiederum von ‚Rüstungen ad infinitum', also von Konkurrenz- und Wettbauten gesprochen. Das ist absolut falsch und eine willkürliche englische Verdrehung der Tastachen. Unser Gesetz sieht, alles gerechnet, für etwa 1918/20 eine Flotte von 40 Linienschiffen vor. Diese Zahl ist von Admiral Tirpitz

Kerr*, von denen ich mit Interesse Kenntnis genommen habe. Aus Euerer Majestät Marginalien zu meinem ehrfurchtsvollsten Briefe vom 13. d. Mts.** sehe ich, daß Euere Majestät mit meiner Auffassung der Lage in manchen Punkten nicht einverstanden sind. Euere Majestät bitte ich, nicht daran zu zweifeln, daß ich Euerer Majestät Flottenbestrebungen nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen unterstütze. Ich weiß, daß die Schöpfung der deutschen Flotte die Aufgabe ist, die Euerer Majestät von der Geschichte gestellt ist. Ich wage daran zu erinnern, daß ich seit 1897 für alle Flottenvorlagen vor der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen, im Plenum der Parlamente und in den Kommissionen, in Wort und Schrift mit Nachdruck eingetreten bin. Noch vor einigen Tagen las ich in einer englischen Review, die Feindschaft mancher Engländer gegen mich sei sehr in der Ordnung, denn ich sei eine der treibenden Kräfte für die Entwickelung der deutschen Marine, hätte den Reichstag zur Annahme der Flottennovelle von 1899 überredet und hätte namentlich die letzte Flottennovelle auf dem Gewissen, da diese ohne die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906 und die daraus hervorgegangene innere Konstellation kaum durchführbar gewesen wäre. Ich brauche auch nicht zu wiederholen, daß wir vor einem englischen Druck oder einer englischen Drohung unter keinen Umständen zurückweichen dürfen. Ich habe schon vor Wochen unsere Presse angewiesen, in dieser Richtung eine feste Sprache zu führen. Die Artikel, die Euerer Majestät Beifall in dieser Beziehung gefunden haben, sind auf meinen Wunsch geschrieben worden. Gerade weil Ausführung und Vollendung unseres Flottenprogramms mir so hoch stehen, möchte ich den wachsenden Baum vor Stürmen schützen, die ihn entwurzeln könnten.

---

und mir als vollkommen ausreichend fixiert und vom Reichstag festgelegt worden durch Gesetz. Wir beide sind der Ansicht, daß mit 40 Linienschiffen neuesten Typs und den dazu gehörigen Akzessorien von Kreuzern und Torpedobooten das Deutsche Reich auch einer stark überlegnen Flotte gewachsen ist und unsere Seeinteressen mit Erfolg verteidigen kann. Es besteht daher weder bei ihm noch bei mir die allergeringste Absicht, über dieses in einem Jahrzehnt etwa abschließende Programm im Linienschiffsbau hinauszugehen. Damit haben wir genug und werden nur stets die alten auszurangierenden durch Ersatzbauten ersetzen, um die Zahl voll zu halten. Eine große Novelle 1912 oder später ist nicht beabsichtigt und besteht in der Phantasie der total verrückten Briten. Sie können daher mit ganz ruhigem Gewissen jedem Briten sagen, das Flottengesetz wird planmäßig ausgebaut und damit ist für uns Schluß. Wir bauen dann nur noch, wenn Ersatz für altes, unbrauchbares Material nötig ist. Aber die Flotte als solche wird nicht vermehrt werden, gleichgültig ob England viel oder wenig neubaut, und von 1920 ab können wir uns unverbindlich mit ihnen über Bauten unterhalten. Das augenblickliche Verhältnis ist 22 deutsche zu 59 englischen Linienschiffen und wird in den nächsten Jahren sein 24 zu 62. Also hat England jetzt schon 22 Schiffe mehr als die deutsche Flotte in 10 Jahren Höchstzahl haben wird! Wilhelm."

* Nicht bei den Akten. Näheres über die Briefe in A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 66. Bei Montagu handelt es sich um Admiral Montagu, bei Kerr um den Kommandanten des „Implacable" Captain Mark Kerr. Vgl. über ihn Tirpitz a. a. O., S. 65 f.

** Nicht bei den Akten.

Soweit ich es zu übersehen vermag, scheint mir ein Unterschied zwischen der Auffassung Euerer Majestät und meiner ehrerbietigen Beurteilung der Lage in zwei Punkten obzuwalten. Euere Majestät glauben, daß die Engländer es nicht auf einen Krieg mit uns ankommen lassen würden. In dieser Beziehung ist es natürlich schwer, sicher zu prognostizieren. Die Gewißheit, daß die Engländer nicht losgehen werden, kann niemand bieten. Im Gegensatz zu vielen anderen habe ich im Herbst 1904, als die Engländer ihre Flotte im Kanal zusammenzogen, nicht an eine unmittelbare Kriegsgefahr geglaubt*. Ich halte den Krieg jetzt für wohl denkbar, wenn die Engländer es als ganz sicher ansehen, daß die Seerüstungen in infinitum so weiter gehen werden. Es sind nicht nur die Hetzer in England, die heute Kriegsgedanken haben. Die Beunruhigung ist eine tiefergehende. Der angekündigte Besuch der englischen Majestäten bietet selbst für die nächste Zeit noch keine unbedingte Gewähr. Bei eintretender Verschärfung der Lage dürfte der Besuch überhaupt nicht zustande kommen.

Die Situation, vor die wir im Falle eines Krieges gestellt sein würden, bleibt eine ernste. Haben wir es mit England allein zu tun, so kann dies uns mehr schaden als wir ihm. Wird Frankreich in den Krieg hineingezogen, so bedeutet das für uns wahrscheinlich den Kampf nach drei Seiten, denn Rußland wird in diesem Falle schwerlich neutral bleiben. Auch wenn der Zar es wollte, würde die slawische Strömung in Rußland ihn zum Eintreten für Frankreich drängen. Den Wert der türkischen Armee schätzt Kolmar von der Goltz heute weniger hoch als früher. Er scheint zu glauben, daß schon die Bulgaren mit ihr fertig werden würden. Die liberal gewordenen Türken, die Ovationen vor der englischen Botschaft veranstalten, werden schwerlich zu bewegen sein, etwas gegen England zu unternehmen. An diese Möglichkeit glaubt weder Marschall noch Metternich. Ein Aufstand in Indien erscheint unwahrscheinlich, da die dort allein kriegerischen muhammedanischen Elemente treu sind. Die Fellahs in Ägypten sind ein feiges Gesindel, von denen erst recht keine Auflehnung zu erwarten steht.

Metternich hat mir auf das bestimmteste erklärt, daß ihm von englischer Seite nie eine Drohung entgegengetreten wäre. Nach seiner Ansicht wollen die Engländer uns auch gar nicht drohen. Sie fühlten nur herum, ob sie nicht durch irgend ein Arrangement mit uns ihrerseits der Notwendigkeit einer neuen und gewaltigen Flottenverstärkung überhoben werden könnten. Ginge das nicht, so würden sie eben mit einem neuen kolossalen Flottenprogramm vorgehen.

Auch nach der Ansicht von Metternich wäre es ganz falsch, den Engländern zu sagen, wir wären jetzt bereit, in offizielle Besprechungen über die Frage einzutreten. Aber darum brauchten wir ihnen nicht alle Hoffnungen für die Zukunft abzuschneiden. Wir könnten dabei ja immer wieder betonen, daß unser Flottenprogramm ein maßvolles und gesetzlich fixier-

---

* Vgl. dazu Bd. XIX, Kap. CXXXVI.

tes ist. Wenn wir jede Verständigung über den Flottenbau auch in den zahlreichen unverbindlichen Privatgesprächen, die jeder Botschafter führen muß, ab ovo, kategorisch und für immer ablehnen, so wächst die Verstimmung in England in geometrischer Progression; damit entsteht natürlich doch eine reelle Kriegsgefahr, und vor allem baut England mehr wie je. Seine Hülfsquellen auf diesem Gebiete sind größer als die unsrigen. Die Aussichten für eine friedliche Entwicklung der Dinge sind mehr oder weniger an das liberale Kabinett geknüpft. Als Vorbedingung für jedes künftige Arrangement muß den englischen Liberalen ein gründlicher und dauernder Wandel der Stimmung und der Politik in England hingestellt werden: Solange in England die Stimmung eine solche sei wie heute, könne von Abmachungen nicht die Rede sein, denn wir bauten ja gerade, um uns gegen einen englischen Angriff zu schützen, der bei der Sprache der englischen Presse, der Stimmung in England und der Richtung der englischen Politik durchaus im Bereich der Möglichkeit zu liegen scheine.

Zum Schluß möchte ich nur noch eins sagen. Euere Majestät mögen versichert sein, daß, wenn das Ungewitter losbrechen sollte, das über dem Kanal steht, mir das Herz nicht in die Hosen fallen wird. Ich werde in Euerer Majestät Dienst dann nach Kräften dafür sorgen, daß wir, wie auch die Chancen liegen, unseren Feinden viele Leichen vor die Füße werfen. Euere Majestät mögen aber auch verstehen, wie ich bestrebt bin, nach Möglichkeit die Dinge so zu wenden, daß Euerer Majestät Lebenswerk mit Gottes Hülfe aus- und durchgeführt werden kann. Es kommt darauf an, über die nächsten Jahre wegzukommen.

Nr. 8240

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, z. Z. in Berchtesgaden, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Berchtesgaden, den 26. August 1908

pp.* Mit besonderem Interesse erkundigte Herr Tittoni sich nach unseren Beziehungen zu England und der Aussicht einer Verständigung über eine Begrenzung der Flottenrüstungen[1]. Ich habe ihm gesagt, ein Eingehen unsererseits auf die bekannten englischen Wünsche würde die Anschauung sanktionieren, daß wir die Stärke unserer Flotte lediglich mit dem Blick auf England bemessen. Diese Anschauung sei aber eine irrtümliche. Wir bauten unsere Flotte nach allgemeinen Bedürfnissen aus, nach den Erfordernissen unserer Landesverteidigung[2], gegen wen auch immer,

* Den Anfang des Berichts, der sich auf den Umschwung in der Türkei und die Stellungnahme der Dreibundmächte dazu bezieht, siehe in Bd. XXV, Kap. CXCI, Nr. 8905.

zum Schutze unseres Handels, unserer überseeischen Interessen und unserer Kolonien. Ein instrumentiertes Abkommen über Rüstungsbegrenzung hielte ich überhaupt für unmöglich[3], weder mit England, noch mit anderen Mächten, denn jede Macht müsse sich eben nach ihren Bedürfnissen, die mit der Zeit schwanken können, richten und könne in diesem Punkte keinen fremden Willen zulassen[4]. Unser Flottenbauprogramm stehe, durch Gesetz geregelt, auf viele Jahre hinaus fest. Nirgends bestehe bei uns die Absicht, über dieses Programm hinauszugehen. England kenne also die für das Inselreich nichts weniger als bedrohliche Grenze, bis zu welcher wir mit unseren Schiffsbauten gehen werden, England könne sich, wenn es wolle, hiernach richten, es stehe ihm aber nach unserer Ansicht frei, so viele und so große Schiffe zu bauen, wie es wünsche, wir würden daran keinen Anstoß nehmen.[4] Nur auf dieser Basis, auf der gegenseitigen Anerkennung der reellen Interessen, Bedürfnisse und Machtverhältnisse und achtungsvollem Bestehenlassen des freien Willens könne ich mir eine Verständigung denken, nicht ein in Worte und Paragraphen gebrachtes Abkommen, sondern einen durch stillschweigende Anerkennung geschaffenen Zustand des Vertrauens und Wohlwollens[5].

Herr Tittoni frug mich lebhaft, ob er, der mit London vortreffliche Beziehungen unterhalte[6], im Sinne meiner Darlegungen dort eine vermittelnde Rolle übernehmen könnte[7], er sei dazu gern bereit. Ich habe ihm herzlich für die gute Absicht gedankt, indessen betont, eine Vermittelung im jetzigen Moment könnte die Meinung wecken, daß unsere Beziehungen zu England gespannte seien[8]. Das sei durchaus nicht der Fall, die beiden Höfe und Regierungen ständen auf vortrefflichem Fuße, und beide Nationen seien von dem Wunsche aufrichtiger, herzlicher Freundschaft erfüllt. Es böten sich häufige Gelegenheiten zu offenherzigen Aussprachen zwischen maßgebenden Personen hüben und drüben, und wir hielten an der Zuversicht fest, daß die Engländer von ihren schiefen Vorurteilen über Stärke, Bedeutung und Zweck unserer Flottenbauten, von ihrer gänzlich unbegründeten Furcht vor deutschen Angriffsgelüsten zurückkommen, und daß das alte gute, vertrauensvolle Verhältnis zwischen beiden Nationen sich wieder einstellt. Sollte einmal ein Moment kommen, wo ein freundschaftliches Wort von vermittelnder Freundesseite am Platze schiene[9], so würden wir uns gern seines freundlichen Anerbietens erinnern. pp.**

v. Schoen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstückes:
Einverstanden!
Schoen hat brillant geantwortet
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Nein!
[2] gut
[3] richtig

** Der Schluß des Berichts betrifft Äußerlichkeiten des Tittonischen Besuches.

[4] gut
[5] sehr gut
[6] aha!
[7] nein!
[8] richtig
[9] gut

Nr. 8241

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 226 Wien, den 1. September 1908
Vertraulich

Baron Aehrenthal, der sich auf der Reise nach Ischl zwei Tage in Wien aufhält, ließ mich heute zu sich bitten, um mir zunächst zu sagen, daß er die Absicht habe, im Anschluß an seine Begegnung mit Herrn Tittoni* dem Herrn Staatssekretär von Salzburg aus einen Besuch zu machen. Da der Minister großen Wert darauf legte, bis morgen die Entschließung des Herrn Staatssekretärs zu kennen, um seine Reisedispositionen danach zu treffen, habe ich mir gestattet, über den Wunsch des Freiherrn von Aehrenthal telegraphisch das Nähere zu berichten.

Ich habe den Eindruck, daß der Minister gerade im gegenwärtigen Augenblick großen Wert darauf legt, sein unverbrüchliches Festhalten an der Allianz mit Deutschland auch nach außen mit besonderem Nachdruck zu betonen. Die wenig geschmackvolle Art, in der König Eduard jetzt seinen Badeaufenthalt benutzt, um mit den Herren Iswolsky und Clemenceau in Marienbad die Entente ununterbrochen zu feiern**, hat

---

* Die Begegnung Aehrenthals mit dem italienischen Minister des Äußern Tittoni fand am 4. September in Salzburg statt. Am 5. folgte eine Begegnung Aehrenthals mit dem Staatssekretär von Schoen in Berchtesgaden.

** Am 22. August stattete Iswolsky, der erst am 21. in Karlsbad angekommen war, dem zur Kur in Marienbad weilenden englischen Könige einen Besuch ab. Nach Zeitungsmeldungen hätte König Eduard Iswolsky bestimmte Ratschläge für die Unterhandlungen mit dem ebenfalls in Karlsbad weilenden französischen Ministerpräsidenten Clemenceau gegeben. Am 26. August fand dann eine Zusammenkunft zwischen König Eduard VII., Iswolsky und Clemenceau in Marienbad statt, bei der angeblich nicht nur über die Balkanangelegenheiten und über die wieder kritisch gewordene Marokkofrage, sondern auch über die deutsch-englische Flottenfrage (vgl. dazu Nr. 8243) gesprochen wurde. In der Zusammenkunft sahen sogar russische Blätter das Gegenteil einer Friedenskundgebung. Am 30. August berichtete der Petersburger Botschafter Graf Pourtalès über einen Artikel der „Rjetsch": „Die ‚Rjetsch' bespricht in einem längeren, im allgemeinen jedoch wenig inhaltsreichen Artikel die Marienbader Konferenzen zwischen König Eduard, Iswolsky und Clemenceau. Die ausländische Presse fasse diese Konferenzen vollkommen richtig als eine politische Demonstration auf. In gewissem Sinne seien sie auch von größerer Bedeutung als die jüngsten offiziellen Visiten. Eine Visite sei ein Gebot der Etikette und Höflichkeit. Eine sachliche Konferenz mit Ministern grenze aber fast an eine greifbare Tat. Von einer gemeinsamen Be-

den Minister peinlich berührt. Er sprach sich offen darüber aus und sagte, es sei doch recht eigentümlich, wie der König in Marienbad „herumtuschele". Als ich bemerkte, ein hiesiges, Herrn Clemenceau nahestehendes Blatt habe gestern abend einen alarmierenden Artikel gebracht und erklärt, König Eduard sehe nach seinem Besuch in Friedrichshof die gegenwärtige Lage als ungleich weniger günstig an als im vergangenen Jahre, entgegnete der Minister, es sei gerade angesichts all dieser tendenziösen Nachrichten und der zweifellos nervösen Stimmung von dem höchsten Wert und mit aufrichtigstem Dank zu begrüßen, daß unser allergnädigster Herr in Straßburg Gelegenheit genommen habe, in seiner so ungemein

---

ratung bis zu gemeinsamem Handeln sei nur ein Schritt." Iswolsky freilich, der am 15. September mit Baron von Aehrenthal in Buchlau und am 25. September mit Staatssekretär von Schoen in Berchtesgaden zusammentraf, zeigte sich bei beiden Gelegenheiten beflissen, seine Unterredungen mit König Eduard VII. und Clemenceau als friedfertig hinzustellen. Staatssekretär von Schoen gab in einem Berichte vom 26. September die Äußerungen Iswolskys dahin wieder: „Überaus friedfertig habe sich ihm auch Herr Clemenceau in Karlsbad ausgesprochen. Der französische Conseilpräsident sei sich mit ihm in der Überzeugung begegnet, daß jede Veränderung in dem heute bestehenden Bündnissystem der europäischen Großmächte das Gleichgewicht stören, daher von Übel sein würde. Deutschland würde nach Clemenceaus Ansicht eine gegen dasselbe gerichtete neue Mächtegruppierung nicht ruhig hinnehmen und sich zu Gegenzügen, selbst unter Umständen zu kriegerischen veranlaßt sehen, deren erstes Objekt Frankreich sein würde." Ähnliche Äußerungen hätte Iswolsky nach einem Briefe Freiherrn von Aehrenthals an Fürst Bülow vom 26. September zu dem österreichischen Minister getan: „Herrn Clemenceau hat Herr Iswolsky sehr pessimistisch gefunden. Der französische Ministerpräsident hat keinen Anstand genommen, ihm zu sagen, daß er den Krieg zwischen Deutschland und England für unvermeidlich halte, und daß bei Eintritt einer solchen Katastrophe die Gefahr bestünde, Deutschland werde sich mit aller Wucht auf Frankreich werfen und dasselbe zu zertrümmern trachten. Um nun einer solchen Gefahr zu entgehen, wünscht Clemenceau jedes weitere Engagement mit England zu vermeiden. Es würde mich nicht wundern, wenn in Marienbad und Karlsbad gewisse militärische Angelegenheiten zur Sprache gekommen wären, etwa in der Weise, daß Rußland Frankreich die Zusicherung erteilt, daß es gegen die französischerseits zu übernehmende glatte Durchführung der für den Herbst projektierten Anlehensoperationen eine Verstärkung der Garnisonen in Polen eintreten läßt. Es wird sich zeigen, ob meine Vermutung irgend eine Unterlage hat." Vgl. auch Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus II, 225f. Ob Fürst Bülow die Besorgnisse Clemenceaus ernst genommen hat, steht dahin; jedenfalls boten sie ihm erwünschten Anlaß, dem Kaiser von neuem klar zu machen, wohin eine unversöhnliche Haltung in der Flottenfrage und eine übertriebene Flottenpropaganda führen könnten. In einem Briefe an den Unterstaatssekretär Stemrich vom 30. September äußerte er sich anläßlich des Aehrenthalschen Briefes: „Sehr ernst klingt, was Aehrenthal über unser Verhältnis zu England schreibt. Darauf muß Seine Majestät hingewiesen werden. Clemenceau sprach offenbar unter dem Eindruck dessen, was er in Karlsbad von König Eduard gehört hatte, und König Eduard stand unter dem Eindruck seines Besuchs in Friedrichshof und der dortigen Unterredung zwischen Seiner Majestät und Hardinge. Bei diesem Anlaß möchte ich Seine Majestät darauf hinweisen, wie schädlich es auf die deutsch-englischen Beziehungen wirken muß, daß der Flottenverein jetzt wieder mit outrierter Agitation einsetzt. Cui bono? Die Engländer beunruhigt und reizt nichts mehr als der Gedanke, daß wir in infinitum Schiffe bauen wollen. Im Inlande befördern solche Übertreibungen nicht die Finanzreform, sondern sind eher geeignet, sie zu erschweren, weil sie die Meinung erwecken, daß selbst die großen Opfer, die jetzt vom Steuerzahler verlangt

eindrucksvollen Kundgebung für den Frieden gleichzeitig die englischen Abrüstungsvorschläge unzweideutig zurückzuweisen*.

König Eduard behaupte ja, daß er nur für den Frieden arbeite; er (Baron Aehrenthal) sei aber überzeugt, daß den Franzosen diese Friedensarbeit des Königs schon recht unbehaglich geworden sei. pp.**

Brockdorff-Rantzau

Nr. 8242

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, z. Z. in Berchtesgaden, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 7 Berchtesgaden, den 5. September 1908

Baron Aehrenthal bestätigte mir spontan, daß Kaiser Franz Joseph und er bei der Entrevue in Ischl einem etwaigen Versuch von englischer Seite, Österreich-Ungarn vom Dreibund zu detachieren, mit der nachdrücklichen Erklärung zuvorgekommen seien, daß das Bündnis mit Deutschland die unveränderliche Basis der österreichisch-ungarischen Politik sei und bleibe.

Ich habe Baron Aehrenthal versichert, daß Österreich-Ungarn unter allen Umständen auf loyalste und gewissenhafteste Bundestreue unsererseits rechnen könne.

Baron Aehrenthal besprach mit mir noch mehrere Fragen, worüber ich ausführlich*** berichten werde.

Schoen

---

werden, gegenüber derartigen Flottenplänen, und wo wir auch für Armee, Sozialpolitik, Kulturzwecke usw. zu sorgen haben, Tropfen auf einen heißen Stein sind. Die Situation schiebt sich immer mehr in der Richtung zusammen, daß die Beziehungen zwischen allen Mächten sich glätten, nur zwischen uns und England wird durch die Flottenfrage der Gegensatz schärfer, neben England aber steht Frankreich und neben Frankreich Rußland." Siehe den vollen Text des Schreibens, ebenso den des Aehrenthalschen Schreibens vom 26. September und des Schoenschen Berichts vom gleichen Tage in Bd. XXVI, Kap. CXCIII.

* Am 30. August hatte der Kaiser bei einem Festmahl in Straßburg eine Rede gehalten, in der er zunächst seine „innerste Überzeugung" dahin aussprach, daß der europäische Friede nicht gefährdet sei, um dann auch der Sicherung des Friedens durch die deutsche Wehrmacht zu gedenken: „Und zuletzt wird der Friede gesichert und verbürgt auch durch unsere Wehrmacht zu Wasser und zu Lande, durch das deutsche Volk in Waffen."

** Den Schluß des Berichts, der die Frage einer Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn betrifft, siehe in Bd. XXVI, Kap. CXCIII.

*** Aus dem ausführlichen Berichte von Schoens vom 5. September über seine Begegnung mit Aehrenthal (siehe die Hauptteile desselben in Bd. XXV, Kap. CXCI, Nr. 8909, und in Bd. XXVI, Kap. CXCIII) sei hier der Passus reproduziert, der die Äußerungen des österreichischen Ministers über die deutsch-englischen Be-

Nr. 8243

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen, z. Z. in Berchtesgaden, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Eigenhändiges Konzept

Geheim Berchtesgaden, den 6. September 1908

Baron Aehrenthal sagte mir im strengsten Vertrauen, er glaube zu wissen, daß bei den Begegnungen König Eduards mit Herrn Clemenceau und Herrn Iswolsky in den böhmischen Bädern auch die Frage erörtert worden sei, was angesichts des Mißerfolges der englischen Politik in Kronberg, d. h. der deutschen Ablehnung eines Eingehens auf den englischen Wunsch der Rüstungsbegrenzung, zu tun sei. Näheres sei ihm noch nicht bekannt, er hoffe es aber zu erfahren und werde es uns alsdann wissen lassen.

v. Schoen

Nr. 8244

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 881 London, den 8. September 1908

pp.* Unter der Voraussetzung, daß die Marokkofrage gelöst und daher nicht mehr imstande sein würde, die deutsch-englischen Beziehungen ungünstig zu beeinflussen, scheint mir aber die Erzielung eines Einvernehmens mit England, wenigstens solange die liberale Regierung am Ruder ist, trotz der großen augenfälligen Schwierigkeiten, die einem solchen ent-

---

ziehungen enthält: „Unsere Beziehungen mit England verfolgt Baron Aehrenthal mit aufmerksamem Interesse und dem Wunsche herzlicher Gestaltung. Die Vorbringung des bekannten englischen Wunsches nach einer Verständigung über Begrenzung der Rüstungen zur See hält er allerdings für das ungeeignetste Mittel zur Erzielung eines aufrichtig freundschaftlichen Verständnisses. Er habe diese seine Anschauung auch dem König und Sir Charles Hardinge in Ischl nicht verhehlt und sich bemüht, beide von dem Mangel jeglicher aggressiven Absichten Deutschlands zu überzeugen, auch auf die Stärkeverhältnisse hingewiesen, die dem englischen Wunsch jeden vernünftigen Boden entziehen. Dem Argument Hardinges, daß die liberale englische Regierung ihr soziales Programm nicht ausführen könne, wenn sie das Land mit einer großen Anleihe für Flottenzwecke — 100 Millionen Pfund — belasten müsse, habe er entgegengehalten, daß Deutschland verhältnismäßig noch größere Lasten tragen müsse und doch Bewundernswertes auf sozialem Gebiete geleistet hätte. Kurz, er sei mit Nachdruck für unseren Standpunkt eingetreten und sei auch fernerhin zu gleichen Freundschaftsdiensten gern bereit."

* Den Anfang des Berichts, der die Marokkofrage behandelt, siehe in Kap. CLXXXI, Nr. 8428. Das Schriftstück ist bereits veröffentlicht bei O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 144 ff. Vgl. neuerdings A. v. Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 49 ff.

gegenstehen, nicht außerhalb der Grenzen des Erreichbaren zu liegen. Gerade die englischen Besorgnisse vor der Entwicklung unserer Flotte bin ich geneigt, so paradox das klingen mag, als einen Umstand anzusehen, der das Zustandekommen einer Verständigung ganz wesentlich zu erleichtern geeignet ist. Die geradezu panische Angst, mit der ganz England das Anwachsen der deutschen Streitkräfte zur See beobachtet, die schweren finanziellen Lasten, die ihm der Grundsatz auferlegt, stets doppelt so stark gerüstet zu sein wie wir, die großen Verlegenheiten, die ihm bezüglich seiner Weltstellung die Notwendigkeit bereitet, beinahe seine gesamten Streitkräfte in der Nordsee zu immobilisieren, alles das sind Momente, die mir zu erweisen scheinen, ein wie wertvolles Atout wir in unserer Flottenpolitik England gegenüber in der Hand haben. Der enthusiastische Empfang, der der amerikanischen Flotte in den jüngsten Tagen in Australien zuteil geworden und dessen demonstrativer Charakter auch hier nicht verkannt worden ist, dürfte es manchem denkenden englischen Politiker zum Bewußtsein gebracht haben, wieviel nützlicher es für das englische Imperium wäre, wenn die englischen Schlachtschiffe an Ort und Stelle den australischen Brüdern den Wert und die Größe des vom Mutterlande zu erwartenden Schutzes demonstrieren könnten, anstatt, des hypothetischen deutschen Angriffs gewärtig, in England im Hafen zu liegen. Es entzieht sich meiner Beurteilung, ob und in welcher Form es uns vielleicht einmal möglich sein würde, England von seinen Besorgnissen vor der Beeinträchtigung seiner Suprematie zur See durch Deutschland in überzeugender Weise zu befreien. Sollte der Fall aber eintreten, so dürfte dies meines gehorsamsten Dafürhaltens nicht geschehen ohne vollwertige Gegenleistung von englischer Seite[1]. Eine Vereinbarung, wie sie zurzeit hiesigen Politikern vorschwebt, und die sich lediglich auf die beiderseits zu beobachtende Flottenpolitik zu erstrecken hätte, würde meines Erachtens schon aus dem Grunde nicht in Frage kommen können, weil sie der vorteilhaften Lage, in der wir uns England gegenüber befinden, nicht genügend Rechnung tragen würde. Es würde vielmehr ein eventuelles Abkommen mit England auf eine möglichst breite Basis zu stellen sein, um auf anderen Gebieten Kompensationen für die Preisgabe der Vorzugsstellung zu erlangen, die wir gegenüber den englischen Flottennöten haben. Das russisch-englische Abkommen über Zentralasien, das England von der säkularen Sorge vor einem russischen Einmarsch nach Indien, wenn auch nur temporär und wohl nur scheinbar, befreit hat, lehrt, wie gewinnbringend sich englische Zwangsvorstellungen ausnutzen lassen[2].

Im Interesse des Zustandekommens einer Verständigung mit England in absehbarer Zeit wollen mir in Gemäßheit der vorstehenden Erwägungen auch die Stimmen nicht opportun erscheinen, die sich in Deutschland neuerdings in der Öffentlichkeit[3] für ein Rüstungsabkommen mit England erwärmt haben. Je einmütiger die öffentliche Meinung in Deutschland hinter der Auffassung steht, wie sie bezüglich der Erhaltung und Gestaltung der deutschen Wehrkräfte in der Straßburger Rede Seiner Maje-

stät des Kaisers zum Ausdruck gekommen ist, um so stärker wird die Stellung sein, in der wir uns, gegebenenfalls, England gegenüber befinden würden. Wenn inzwischen durch eine tüchtige englische Flottenvorlage dem englischen Steuerzahler noch zum Bewußtsein gebracht worden ist, wie kostspielig die gegenwärtigen Beziehungen Englands zu Deutschland sind, so wird er für die Vorteile einer Annäherung der englischen Politik an Deutschland um so größeres Verständnis haben[4].

Dabei ist allerdings eines nicht aus dem Auge zu verlieren, und zwar die Gefahr, daß das liberale Regime vor der Zeit während oder vielleicht gerade infolge dieser dem englisch-deutschen Ausgleich vorausgehenden Geburtswehen einem unionistisch-imperalistisch-protektionistischen Platz zu machen gezwungen werden könnte. Damit würden sich die Chancen für eine Verständigung erheblich verringern. Die beifällige Aufnahme, die die Straßburger Rede Seiner Majestät des Kaisers* gerade in der unionistischen Presse gefunden hat, ist unter diesem Gesichtspunkt sehr bezeichnend.

Man wird daher deutscherseits den Bogen zwar nicht seiner Spannkraft berauben, aber ihn auch nicht überspannen dürfen[5].

Stumm

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr richtig
[2] Sehr beachtenswert
[3] richtig!
[4] gut
[5] sehr richtig**

Nr. 8245

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 888 London, den 8. September 1908

Seit Mr. Lloyd George und Mr. Churchill ihre deutsch-freundlichen Gesinnungen öffentlich bekundet haben***, sind sie den heftigsten Angriffen in der unionistischen Presse ausgesetzt, die sie der Überschreitung ihrer

---

* Vgl. Nr. 8241, S. 155, Fußnote.*

** Daß Fürst Bülow zu dieser Zeit einer Verständigung mit England innerlich geneigt war, ergibt sich aus seinem Briefe an O. Hammann vom 12. September 1908, abgedruckt bei O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 50. In dem Briefe gedenkt Fürst Bülow auch einer neuen Anwesenheit Graf Metternichs in Norderney (5.—10. September). Unrichtig ist die Behauptung Tirpitz' (Der Aufbau der deutschen Weltmacht, S. 85), daß in Norderney eine Zusammenkunft des Kaisers mit Bülow und Metternich stattgefunden habe. Statt dessen ist der Botschafter am 24. August in Wilhelmshöhe vom Kaiser empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit erhielt er den Auftrag, in London zu erklären, daß weder der Kaiser noch seine Regierung über den Umfang des gesetzlich festgelegten Flottenprogrammes hinauszugehen beabsichtige. Vgl. A. v. Tirpitz a. a. O., S. 154.

*** Betreffs Lloyd Georges Rede vom 28. Juli vgl. Nr. 8218. Über die deutschfreundliche Rede des Handelsministers Churchill in Swansea (15. August) siehe Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 322.

Kompetenzen und des Intrigierens gegen Sir E. Grey beschuldigt. Im Einklang hiermit wird in unionistischen Kreisen allgemein verbreitet, daß tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden genannten Ministern und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts beständen, daß die Herren Lloyd George und Churchill einen Bund geschlossen hätten, um Mr. Asquith, Sir Edward Grey und Mr. Haldane, d. h. die einflußreichsten Mitglieder des imperialistischen Flügels der Partei zu stürzen und sich an ihre Stelle zu setzen. Die Kluft sei bereits eine so tiefe, daß eine Kabinettskrise unmittelbar bevorstehe. Bei der völligen Entblößung Londons von offiziellen oder sonstwie unterrichteten Persönlichkeiten im gegenwärtigen Augenblick ist es außerordentlich schwer festzustellen, was diesen Gerüchten Tatsächliches zugrunde liegt. Daß ein „little Englander" wie Mr. Churchill mit den Anschauungen Mr. Haldanes nicht besonders sympathisiert, ist zweifellos, und daß die Exkurse der beiden Minister in das außenpolitische Gebiet Sir E. Grey nicht sonderlich erfreut haben, ist auch anzunehmen. Daß aber Mr. Lloyd George und Mr. Churchill sich der Selbsttäuschung hingeben sollten, daß sie imstande sein würden, ohne Unterstützung der liberalen Imperialisten ein Kabinett formieren zu können, ist nicht anzunehmen. Ich vermag daher den erwähnten Gerüchten einstweilen eine besondere Bedeutung nicht beizulegen. Sie scheinen mir vielmehr in erster Linie unter dem Gesichtspunkt bemerkenswert, daß die Kundgebung deutscher Sympathien in England heutzutage mit erheblichen Unzuträglichkeiten verknüpft ist. Die politische Gegnerschaft greift dabei sogar in das Privatleben über. Über Mr. Lloyd George werden seit einiger Zeit die abenteuerlichsten Geschichten erzählt. Es wird unter anderem behauptet, er sei auf seiner Automobilfahrt durch Deutschland von einer bekannten hiesigen Schauspielerin begleitet gewesen. Andere wollen wissen, er sei in flagranti im Ehebruche mit der Gattin eines Parlamentsmitgliedes ertappt worden, das nur durch die Zusage der Verleihung einer Knighthood davon habe abgehalten werden können, einen Skandal herbeizuführen. Hoffentlich wird sich Herr Lloyd George durch diese Erfahrungen nicht entmutigen lassen, auf den bisherigen Bahnen fortzuschreiten.

Stumm

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

General Stuart Wortley* sagte mir im Manöver: My countrymen are as mad as marchhares, even in September. Even General Sir John French believes firmly in a forthcoming german attack! Worauf ich ihn beauftragte, von mir aus zu Hause zu bestellen, daß die Briten den Eindruck of a set of raving lunatics machten. Worüber er sich enorm amüsirte und es zugab.

---

* Besitzer von Highcliffe Castle gegenüber der Insel Wight, wo der Kaiser im November und Dezember 1907 mehrere Wochen zugebracht hatte, bekannt durch die „Daily-Telegraph"-Affäre.

Nr. 8246

Bericht des Militärattachés in London Majors Ostertag

Abschrift

London, den 8. September 1908

In welcher Weise jetzt die französische Presse in Verbindung mit der englischen ausgenutzt wird, um eine Stärkung des englischen Heeres hervorzubringen, zeigt die anliegende Korrespondenz aus der heutigen „Morning Post".

Dieses Blatt läßt sich von seinem Korrespondenten in Paris einen Artikel des „Siècle" beschreiben, in dem — wie schon öfters — wieder behauptet wird, daß England augenblicklich im Falle eines deutsch-französischen Krieges seinem Verbündeten kaum in militärischer Hinsicht durch Landung einer Truppenmacht an der Nordseeküste helfen könne, wenigstens nicht zu Beginn eines solchen Krieges. Zu einer derartigen Landung müsse England die See beherrschen. Man müsse ja zugeben, daß bei einem heute stattfindenden Zusammenstoße der deutschen und der englischen Flotte die englische nach gewisser Zeit die Oberhand behalten würde. Diese Zeit würde aber länger dauern, als die für das deutsche Heer zur Niederkämpfung der französischen Grenzbefestigungen und zur Invasion Frankreichs erforderliche. Setze Deutschland aber seine Anstrengungen weiter fort, so sei es noch unbewiesen, ob es zur See überhaupt von England geschlagen werden würde.

Derartiges Schüren zum „Sichranhalten" ist Wasser auf die Mühle der von mir früher erwähnten, noch erheblich in der Minderzahl befindlichen, extrem deutschfeindlichen Partei in England, deren Ideen augenblicklich hauptsächlich die „National Review", der „Standard" und die „Pall Mall Gazette" vertreten. Gleichzeitig wird aber auch Stimmung für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gemacht.

(gez.) Ostertag

Nr. 8247

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 904 London, den 14. September 1908

Da Sir Edward Grey im Norden Englands weilt und vermutlich erst Anfang Oktober nach London zurückkehrt, so habe ich heute Sir Charles Hardinge einen Besuch gemacht.

Derselbe sprach von seinem Aufenthalt in Friedrichshof und der Unterredung, die er mit Seiner Majestät dem Kaiser gehabt habe. Er drückte die Hoffnung aus, daß daraus keine Verstimmung bei Seiner Majestät zurückgeblieben sein möge. Er habe „under instructions" gehandelt[1], und er hoffe, daß die freimütige Aussprache die Atmosphäre geklärt habe[2]. Es sei ursprünglich beabsichtigt gewesen[3], daß Seine Majestät König Eduard die Flottenfrage mit Seiner Majestät dem Kaiser hätte besprechen sollen[4]. Er, Hardinge, freue sich aber nun, daß dies nicht geschehen sei, und daß statt dessen ihm diese Aufgabe zugefallen sei.

Die persönlichen Beziehungen zwischen beiden Souveränen seien ausgezeichnet, und dies sei sehr wichtig.

Über seine Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser habe er für Sir Edward Grey eine Aufzeichnung gemacht, welche dann dem Kabinett mitgeteilt worden sei.

Ich erinnerte den Unterstaatssekretär daran, daß er die Zahlen des Nauticus nicht habe anerkennen wollen. Diese seien aber unanfechtbar. Er bemerkte, er habe den Nauticus der hiesigen Admiralität übergeben[5]. Dieselbe sei nun damit beschäftigt, ihrerseits vergleichende Tabellen aufzustellen.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das hatte ich gleich gemerkt! daher meine Deutlichkeit

[2] hoffe ich auch!

[3] Fisher!

[4] das wäre was nettes geworden!

[5] den müßte doch der Marine Attaché aus Berlin ihr schon längst besorgt haben!!

Nr. 8248

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 22. September 1908
[abgegangen am 23. September]

Seine Majestät der Kaiser erzählte mir seine Unterredung mit Sir Charles Hardinge, aber weit ruhiger als seinerzeit in seinen Telegrammen*. Der Kaiser scheint namentlich darüber erregt gewesen zu sein, daß Hardinge ihm über unsere Schiffsbauten direkt und nicht ohne Schärfe Vorstellungen gemacht hat. Ich muß selbst sagen, daß es der konstitutionellen und diplomatischen Gepflogenheit besser entsprochen hätte, wenn Hardinge

---

* Siehe Nr. 8225 und 8226.

mit seinen Wünschen und Vorstellungen statt an den unverantwortlichen Monarchen an die Kaiserliche Regierung direkt oder durch Sir Frank Lascelles herangetreten wäre. Manche Asperität wäre dadurch vermieden worden. In eigener Person vor diese heikeligen Fragen gestellt, hat der Kaiser schroffer geantwortet, als dies sonst wohl der Fall gewesen sein würde. Mir gegenüber betonte Seine Majestät besonders, wie Sie aus dem allerhöchsten Marginal* schon wissen, daß wir über unser jetziges Flottenprogramm hinaus nicht bauen wollen und aus Gründen finanzieller wie militärischer Natur auch gar nicht könnten, und daß dieses Programm tatsächlich keine Gefahr für England bedeutet.

Tirpitz würde die Flottenfrage nicht ungern persönlich mit den englischen Fachmännern besprechen. Er weiß nur nicht recht, wie er, ohne Aufsehen zu erregen, England besuchen soll. Er sagte mir unter vier Augen in denkbar bestimmtester Weise und unter Hinweis auf seine Verantwortlichkeit vor dem Lande und der Geschichte: Es sei völlig unverständlich, wie die Engländer, deren Superiorität zur See für uns garnicht zu erreichen, geschweige denn zu erschüttern sei, einen deutschen Angriff fürchten könnten. Tirpitz schien mir nicht absolut abgeneigt, mit den Engländern zu einer Verständigung über Flottenbauten zu gelangen. Er meinte nur, daß das gegenwärtig gesetzlich festgelegte Flottenprogramm kaum modifiziert werden könnte, da alle bürgerlichen Parteien im Reichstag und die öffentliche Meinung dies nicht verstehen würden**. Auch müßte die englische Politik uns gegenüber freundlichere Saiten aufziehen auf diplomatischem Gebiet wie in der Presse, denn das deutsche Volk würde

---

* Gemeint ist wohl das Marginal zu Fürst Bülows Schreiben vom 26. August. Siehe Nr. 8239, Fußnote*.

** Vgl. Nr. 8219, S. 113, Fußnote. In diesem Sinne hat sich Tirpitz um die gleiche Zeit auch zu anderen Persönlichkeiten geäußert. In einer Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Stemrich vom 3. Oktober 1908 heißt es darüber: „Herr Gwinner sagte mir vor einigen Tagen, Exzellenz von Tirpitz habe ihm bei dem neulichen Gartenfeste für den Preßkongreß gesagt, er sei einer Verständigung mit England über die Flottenrüstung gar nicht abgeneigt. Allerdings dürfe unser gesetzlich festgelegter Flottenplan nicht berührt werden; alles übrige sei dagegen durchaus diskutabel." Aber gerade in der unbedingten Aufrechterhaltung des deutschen Flottenplans, von dem Tirpitz nicht ein Jota aufgeben wollte, lag eben die Schwierigkeit. Daß Fürst Bülow für sich bereit gewesen wäre, in dieser Beziehung weiter zu gehen, darf aus seinem Briefe an Unterstaatssekretär Stemrich vom 30. September (vgl. Nr. 8241, S. 154, Fußnote) und aus seinen Briefen an Otto Hammann vom 19. September und vom 2. Oktober (O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 59f.) geschlossen werden. In jenem äußerte sich Fürst Bülow sympathisch zu der Schrift des Vizeadmirals a. d. Galster „Welche Seerüstung braucht Deutschland?": „Wenn wir bei unsern Flottenrüstungen den Akzent mehr auf die defensiven Küstenbefestigungen, Unterseeboote, Minen usw. legen, so fällt der Hauptgrund für die Spannung mit England weg, und vielleicht ist es auch für unsere eigene militärische Sicherheit (wie für unsere Finanzen) besser." Die persönlichen Dispositionen des Reichskanzlers waren hiernach sicherlich auf eine Verständigung mit England über Flottenbauten gerichtet; die Frage war nur, ob es gelingen würde, den schroffen Widerspruch des Kaisers zu überwinden. Charakteristisch für die durch diesen geschaffene Unsicherheit der Lage ist eine Nachschrift zu dem Bülowschen

sich nichts gefallen lassen, was auf äußeren Druck zurückzuführen sein würde. Wenn zwischen Deutschland und England erst eine Detente eingetreten wäre, sei die Frage wohl erwägenswert und vielleicht nicht unlösbar, ob beide Länder nicht sich über ihre Schiffsbauten verständigen und dadurch ihre gegenseitigen Befürchtungen aus der Welt schaffen könnten.

Bülow

Schreiben an Stemrich vom 30. September: „Übertreibungen des Flottenvereins wären nur dann unschädlich, wenn bei uns die Absicht bestände, mit England zu einer Verständigung über Schiffsbauten zu gelangen. In diesem Falle könnten solche Exzesse des Flottenvereins dazu benutzt werden, um den Engländern zu sagen: ‚Unsere und Euere Flottenexaltados verlangen Unmögliches, wir sind aber bereit, über eine vernünftige Grenze hinsichtlich der beiderseitigen Schiffsbauten uns mit Euch zu verständigen'. Besteht solche Absicht bei uns nicht, so sind solche flottenvereinlichen Demonstrationen direkt gefährlich und doppelt gefährlich jetzt, wo nicht mehr eine Landratte wie Salm, sondern ein Großadmiral an der Spitze des Flottenvereins steht."

Kapitel CLXXVIII

Die Daily Telegraph-Affäre November 1908

Nr. 8249

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Geheim Rominten, den 30. September 1908

Seine Majestät der Kaiser hat während des diesjährigen Kaisermanövers mit dem dazu geladenen Obersten Stuart Wortley, Eigentümer von Highcliffe Castle, eine längere Unterredung gehabt. In dem hier beigefügten Brief an Seine Majestät vom 23. d. Mts.* kommt der Oberst auf diese Unterredung zurück und überreicht den gleichfalls beigeschlossenen Entwurf zu einem Artikel, den er im „Daily Telegraph" als aus der Feder eines alten Diplomaten kommend veröffentlichen zu dürfen bittet. Stuart Wortley verspricht sich einen guten Erfolg von der Wiedergabe der Worte des Kaisers, ersucht aber gleichzeitig um strengste Diskretion.

* Der Brief des Obersten Stuart Wortley liegt nicht bei den Akten und dessen Einlage, der Entwurf zu dem „Daily Telegraph"-Artikel, nur in einer auf dem Auswärtigen Amt vorgenommenen Abschrift (vgl. Nr. 8251, Anlage). Infolgedessen wird nicht klar, ob der Oberst den Entwurf aus eigner Initiative vorgelegt hat, oder ob er damit einer Anregung des Kaisers folgte. Nur so viel erhellt, daß die eigentliche Veranlassung zu dem Artikel in der Unterredung zu suchen ist, die Kaiser Wilhelm II. während der elsässischen Kaisermanöver mit dem Besitzer von Highcliffe Castle über die englisch-deutschen Beziehungen und speziell über das jüngste Vorgehen Deutschlands in der Marokkofrage — Initiative in der Empfehlung zu der Anerkennung Mulay Hafids; Entsendung des Konsuls Vassel nach Fes (vgl. dazu Kap. CLXXXI) — gehabt hatte. Wahrscheinlich hat der Monarch, der schon während seines Aufenthalts in Highcliffe Castle im Spätherbst 1907 mit Oberst Stuart Wortley das Thema der deutsch-englischen Beziehungen mehrfach besprochen hatte, bereits damals und dann im Sommer 1908 von neuem den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die englische Öffentlichkeit über seine von Haus aus trotz der Flottenfrage englandfreundliche Gesinnung möglichst umfassend aufgeklärt werden möge. Zu diesem Zweck stellte Oberst Stuart Wortley, nach England zurückgekehrt, auf Grund der Äußerungen des Kaisers aus dem Herbst 1907 wie dem Sommer 1908 den Entwurf eines Artikels zusammen, der, wie es scheint, dann auf der Redaktion des „Daily Telegraph" mit Hilfe des Journalisten Harold Spender seine abschließende Form erhielt und in dieser von Stuart Wortley dem Kaiser am 23. September brieflich unterbreitet wurde.

Seine Majestät ist erfreut über das Anerbieten Stuart Wortleys und darüber, daß auch ein vornehmer Engländer an der Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und England mitzuarbeiten sich erbietet. Er findet den Artikel gut geschrieben und seine Worte wahrheitsgetreu wiedergegeben. Dem englischen Obersten hat Seine Majestät den Empfang seines Briefes telegraphisch dankend bestätigt mit dem Hinzufügen, der Artikel werde einer Prüfung unterzogen.

Seine Majestät beauftragt mich, Dir Brief und Anlage unter Rückerbittung zur Kenntnisnahme zu übersenden, und ersucht Dich, in dem Artikel Dir gut dünkende Veränderungen vorzunehmen und diese neben den jetzigen englischen Text zu schreiben. Dazu müßte der Artikel wohl auf gebrochenem Bogen und einseitig erst abgeschrieben werden. Auch wünscht Seine Majestät, daß für uns eine Abschrift mit dem veränderten Text zurückbehalten werde. Seine Majestät hat mir ausdrücklich befohlen, die Stuart Wortleysche Sendung nicht durch Auswärtiges Amt, sondern direkt an Dich gehen zu lassen, da er wünscht, daß die Sache möglichst geheim und diskret behandelt wird. Ich habe Seine Majestät schon darauf aufmerksam gemacht, daß an mehreren Stellen die allerhöchstihm in den Mund gelegten Worte einer Korrektur bedürften, weil sie mit den Tatsachen nicht übereinstimmten, so zum Beispiel mit Bezug auf die Entsendung des Herrn Vassel und die Anwesenheit des französischen Konsuls in Fes, auch bezüglich der Verhandlungen während des Burenkrieges usw. Seine Majestät scheint Wert darauf zu legen, bald eine Antwort von Dir zu bekommen.

Martin

Seine Majestät sagte mir soeben nochmals, er wünsche, daß das Anerbieten Stuart Wortleys so geheim wie möglich behandelt und außer Dir tunlichst niemand anders in das Vertrauen gezogen werde.

Nr. 8250

Direktiven des Reichskanzlers Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney, für das Auswärtige Amt

Eigenhändig

Ganz geheim [Norderney, den 2. Oktober 1908]

Ich bitte den anliegenden Artikel sorgsam prüfen, den Artikel sodann auf gebrochenen Bogen mit Kanzleihand (oder noch besser mit Schreibmaschine) abschreiben und die wünschenswerten Korrekturen, Zusätze und Weglassungen (mit derselben Handschrift) am Rand eintragen zu lassen. Ferner soll eine Abschrift mit dem veränderten

Text zurückbehalten werden für Seine Majestät. — Ich bitte um strengste Geheimhaltung und möglichste Beschleunigung der Übersendung an mich.

Bülow

Nr. 8251

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 5. Oktober 1908

Euerer Durchlaucht verfehle ich nicht, die befohlenermaßen auf gebrochenem Bogen mit der Schreibmaschine hergestellte Abschrift des englischen Zeitungsartikels* vorzulegen, nachdem darauf die nach Lage unserer Akten unerläßlichen Zusätze bezw. Weglassungen am Rande ebenfalls mit der Schreibmaschine vermerkt worden sind.

Das Original des Artikels, der Brief des Freiherrn von Jenisch und der Brief des Obersten Stuart Wortley sind wieder beigefügt.

Zu den einzelnen Änderungen** darf ich folgendes bemerken:

1) Die Seiner Majestät in den Mund gelegte Anerkenntnis, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit gegen England nicht freundlich gesinnt sei, ist wohl nicht ganz richtig und wird jedenfalls für eine englische Zeitung besser eingeschränkt.
2) Was Seine Majestät über die Sendung Vassels sagt, beruht offenbar auf einer Verwechslung mit der Angelegenheit des österreichischen Konsuls Loehr*** und mußte daher entsprechend umgearbeitet werden. Übrigens war der französische Konsulatsvertreter (Bu Mzian) als solcher bereits seit Monaten in Fes, was aus einer Meldung des „Temps“ vom 18. Februar d. Js. bekannt ist.
3) Die amtlich von uns in St. Petersburg wie auch hier an Graf Osten-Sacken erteilte Antwort auf die russische, von Frankreich unterstützte Anregung zu einer gemeinsamen Intervention im Burenkrieg ging bekanntlich dahin: Wir müßten besonders sorgfältig Verwicklungen mit andren Großmächten, namentlich Seemächten vermeiden, solange wir gegen Frankreich nicht sicher seien, und diese Sicherheit könne nur durch gegenseitige Garantierung des Besitzstandes auf eine längere

---

* Siehe Anlage.

** Zu den von Klehmet vorgeschlagenen Änderungen, die der an Stelle des beurlaubten Staatssekretärs von Schoen die Amtsgeschäfte führende Unterstaatssekretär Stemrich sich völlig zu eigen machte, vgl. auch Nr. 8258.

*** Das Nähere darüber siehe in Kap. CLXXXI, Nr. 8408 nebst Fußnote*.

Reihe von Jahren geboten werden*. Von dieser Motivierung, in der von der Drohung mit einem bewaffneten Eintreten Deutschlands zugunsten Englands nichts zu finden ist, und die zudem auch in dem von uns veranlaßten, Seiner Majestät bekannten Aufsatz der „Deutschen Revue" vom September d. Js., „Deutsche Intrigen gegen England während des Burenkrieges. Von einem Wissenden"**, angedeutet ist, dürfen wohl die Seiner Majestät in den Mund gelegten Bemerkungen nicht allzuweit abweichen können.

Die befohlene weitere Abschrift für Seine Majestät konnte nicht rechtzeitig fertiggestellt werden und folgt morgen. (Die Sache ist hier völlig geheim, unter Ausschaltung des Zentralbüros, behandelt worden.)

Stemrich

Anlage

We have received the following communication from a source of such unimpeachable authority that we can without hesitation commend the obvious message which it conveys to the attention of our readers:

Discretion is the first and last quality requisite in a diplomatist and should still be observed by those who, like myself have long passed from public into private life. Yet, moments sometimes occur in the history of nations when a calculated indiscretion proves of the highest possible service, and it is for that reason that I have decided to make known the substance of a lengthy conversation which it was my privilege during the present month to have with His Majesty, the German Emperor. I do so in the hope that it may help to remove that obstinate miscon-

---

* Vgl. dazu Bd. XV, Kap. CIII.

** Vgl. dazu Bd. XV, Kap. CIII, S. 523, Fußnote. Der von dem Legationsrat Fritz Heilbron herrührende Aufsatz war von dem Staatssekretär von Schoen veranlaßt worden, um das kurz vorher von André Melvil im Juliheft der „National Review" aufgewärmte „alte Märchen" zu widerlegen, als ob Deutschland zur Zeit des Burenkrieges eine antienglische Koalition habe zusammenbringen wollen und darin nur durch den Widerstand Delcassés gescheitert sei. Der Heilbronsche Aufsatz war auch dem Kaiser vorgelegt und von diesem mit zustimmenden Randbemerkungen versehen worden. Übrigens hatte Kaiser Wilhelm II. schon einen ihm im Spätherbst 1907 von dem englischen Schriftsteller J. L. Bashford im Entwurf vorgelegten und dann in der illustrierten Zeitschrift „The Strand Magazine" (Januar 1908) veröffentlichten Aufsatz seine Zustimmung gegeben, der gleichfalls die england-freundliche Stellung des Kaisers während des Burenkrieges unterstrich. Danach hätte der Kaiser, mutmaßlich doch während seines Aufenthaltes in Highcliffe Castle, zu einer nicht näher bezeichneten Persönlichkeit gesagt: „I cannot comprehend the illfeeling against me in England. I have acted loyally to England. An offer was made to Germany simultaneously from two powerful sides to take advantage of the situation and to interfere in British policy, and I refused point-blank. I instantly telegraphed the nature of the offer to my uncle."

ception of the character to the Kaiser's feelings towards England, which, I fear, is deeply rooted in the ordinary Englishman's breast. It is the Emperor's sincere wish that it should be eradicated. He has given repeated proofs of his desire by word and deed. But, to speak frankly, his large stock of patience is giving out, now that he finds himself so continually misrepresented and has so often experienced the mortification of finding that any momentary improvement of relations is followed by renewed outbursts of prejudice and a prompt return to the old attitude of suspicion.

As I have said, His Majesty honoured me with a long conversation and spoke with impulsive and unusual frankness. „You English", he said, „are mad, mad as March hares. What has come over you that you are so completely given over to suspicions quite unworthy of a great nation? What more can I do than I have done? I declared with all the emphasis at my command in my speech at the Guildhall* that my heart is set upon peace, and that it is one of my dearest wishes to live on the best terms with England. Have I ever been false to my word? Falsehood and prevarication are alien to my nature. My actions ought to speak for themselves, but you listen not to them but to those who misinterpret and distort them. That is a personal insult which I feel and resent. To be for ever misjudged, to have my repeated offers of friendship weighed and scrutinized with zealous, mistrustful eyes taxes my patience severely. I have said time after time that I am a friend of England, and your press, or at least a considerable section of it, bids the people of England refuse my proffered hand and insinuates that the other holds a dagger. How can I convince a nation against its will?"

„I repeat", continued His Majesty, „that I am a friend of England but you make it hard for me to remain so. My task is not of the easiest. *The prevailing sentiment amongst my own people is not friendly to England. I am in a minority*** in my own land, but it is a minority of the best elements, just as it is in England with respect to Germany. That is another reason, why I resent your refusal to accept my pledged word that I am the friend of England. I strive without ceasing to improve relations and you retort that I am your arch-enemy. You make it very hard for me. Why is it?"

Thereupon I ventured to remind His Majesty that not England alone but the whole of Europe had viewed with disapproval the recent action of Germany in allowing the German Consul to return from Tangier to Fez, and in anticipating the joint action of France and Spain by sug-

---

* Vgl. dazu Kap. CLXXIV, Nr. 8171, Fußnote.**

** Statt der kursiv gedruckten Worte schlug das Auswärtige Amt vor zu sagen: „The prevailing sentiment amongst large parts of the middle and lower classes of my own people is not friendly to England. So I am, as to say, in a minority in my own land, but" etc.

gesting to the Powers that the time had come for Europe to recognize Mulay Hafid as the new Sultan of Morocco.

His Majesty made a gesture of impatience. „Yes," he said, „that is an excellent example of the way, in which German action is misinterpreted. First, then as regards the journey of Dr. Vassel. *The German Government had nothing whatever to do with his leaving Tangier. He started for Fez entirely on his own account to look after his belongings in that city, from which he has been so long absent. And why not? Are those who charge Germany with having stolen a march on the other Powers aware that the French Consul has already been in Fez for two weeks when Dr. Vassel set out?** Then, as to the recognition of Mulay Hafid? The Press of Europe has complained with much acerbity that Germany ought not to have suggested his recognition until he had notified to Europe his full acceptance of the Act of Algeciras, as being binding upon him, as Sultan of Morocco and the successor of his brother. My answer is that Mulay Hafid notified the Powers to that effect weeks ago before the decisive battle was fought. He sent, as far back as the middle of last July an identical communication to the Governments of Germany, France, and Great Britain containing an explicit acknowledgement that he was prepared to recognize all the obligations towards Europe incurred as Sultan by Abdul Aziz. The German Government interpreted that communication as a final and authoritative expression of Mulay Hafid's intentions, and therefore they considered that there was no reason to wait until he had sent a second communication, before recognizing him as de facto Sultan of Morocco, who had succeeded to his brothers throne by right of victory in the field."

I suggested to His Majesty that an important and influential section of the German Press had placed a very different interpretation upon the action of the German Government and in fact had given it their effusive approbation precisely because they see in it a strong act instead of mere words, and a decisive indication that Germany was once more about to intervene in the shaping of events in Morocco. „There are mischief makers," replied the Emperor, „in both countries. I will not attempt to weigh their relative capacity for misinterpretation. But the facts are as I have stated. There has been nothing in regard to Germany's recent action with regard to Morocco which runs contrary to the explicit declaration of my love of

---

* Anstatt der kursiv gedruckten Worte schlug das Auswärtige Amt vor zu sagen: „The German Government in sending Vassel back to his post at Fez was only guided by the wish that he should look after the private interests of German subjects in that city, who cried for help and protection after the long absence of a consular representative. And why not send him? Are those who charge Germany with having stolen a march on the other Powers aware that a French consular representative has already been in Fez for several months when Vassel set out" etc.

peace which I made both at the Guildhall and in my latest speech at Strassburg"*.

His Majesty then reverted to the subject uppermost in his mind — his proved friendship for England. „I have referred to my speeches" he said, „in which I have done all that a Sovereign can to proclaim my good will. But, as actions speak louder than words, let me also refer to my acts. It is commonly believed in England that throughout the South African War, Germany was hostile to her. German opinion undoubtedly was hostile, bitterly hostile. The Press was hostile, the private opinion was hostile. But official Germany — what of that? Listen. What was it that brought to a sudden stop and absolute collapse the tour of the Boer delegates in Europe who were striving to obtain European intervention? They were fêted in Holland, France gave them a rapturous welcome. They wished to come to Berlin where the German people would have crowned them with flowers. They asked me to receive them. I refused. The agitation at once died away. The delegation returned empty-handed**. Was that, I ask, the action of a secret enemy?"

„Or again when the struggle was at its height, the German Government was invited by the Governments of France and Russia to join with them in calling upon England to put an end to the war. The moment had come, they said, not only to save the Boer Republics, but also to humiliate England to the dust. What was my reply? I said that so far from Germany joining in any concerted European action to put pressure upon England and bring about her downfall, Germany *would use her armed might to prevent such concerted action****. Posterity will one day read the exact terms of the letter — now in the archives of Windsor Castle — in which I informed the Sovereign of England of the answer I had returned to the Powers which then sought to compass her fall. Englishmen, who now insult me by doubting my word, should know what were my actions in the hour of their adversity."

„Nor was that all. Just at the time of your Black Week, when disasters followed one another in rapid succession, I received a letter from Queen Victoria, my revered grandmother, written in sorrow and affliction and bearing manifest traces of the anxieties which were preying upon her mind and health. I at once returned a sympathetic reply. But I did more than that. I bade one of my officers procure for me as exact an account as he could obtain of the number of combatants in South Africa on both sides, and of the actual position of the opposing forces. With the figures before me I worked out what I considered to be the

---

* Vom 30. August 1908. Vgl. darüber Kap. CLXXVII, Nr. 8241, S. 156, Fußnote *.
** Vgl. dazu Bd. XV, Kap. CIII.
*** Statt der kursiv gedruckten Worte schlug das Auswärtige Amt vor zu sagen: „Would always keep aloof from politics that could bring her into complications with a sea-power like England. Posterity" etc.

best plan of campaign under the circumstances, and submitted it to my General Staff for their criticism. Then I despatched it to England, and that paper likewise is among the State papers at Windsor Castle awaiting the severely impartial verdict of history. And, as a matter of curious coincidence let me add that the plan which I formulated ran very much on the same lines as that which was actually adopted by Lord Roberts and carried by him into successful operation*. Was that, I repeat, the act of one who wished England ill? Let Englishmen be just and say!"

„But, you will say, what of the German Navy? Is not that a menace to England? Against whom but England is it being steadily built up? If England is not in the minds of those Germans who are bent on creating a powerful fleet, why is Germany asked to consent to such new and heavy burdens of taxation? My answer is clear. Germany is a young and growing Empire. She has a world-wide commerce which is rapidly expanding, and to which the legitimate ambition of patriotic Germans refuse to assign any bounds. Germany must have a powerful fleet to protect that commerce and her manifold interests in even the most distant seas. She expects those interests to go on growing and she must be able to champion them manfully in any quarter of the globe. Germany looks ahead. Her horizons stretch far away. She must be prepared for any eventualities in the Far East. Who can foresee what may take place in the Pacific in the days to come, days not far distant as some believe, but days at any rate for which all European Powers with Far Eastern interests ought steadily to prepare. Look at the accomplished rise of Japan, think of the possible national awakening of China, and then judge of the vast problems of the Pacific. Only those powers which have vast navies will be listened to with respect when the future of the Pacific comes to be solved, and if for that reason only Germany must have a powerful fleet. It may even be that England herself will be glad that Germany has a fleet, when they speak together on the same side in the great debates of the future."

Such was the purport of the Emperor's conversation. He spoke with all that earnestness which marks his manner when speaking on deeply pondered subjects. I would ask my fellow countrymen who value the cause of peace to weigh what I have written and to revise if necessary, their estimate of the Kaiser and his friendship for England by His Majesty's own words. If they had enjoyed the privilege which was mine, of having once spoken they would doubt no longer either His Majesty's firm desire to live on the best of terms with England or his growing impatience at the persistent mistrust with which his offer of friendship is received.

---

* Vgl. dazu Bd. XV, Kap. CIII, Anhang, Nr. 4507, Anlage.

Nr. 8252

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten**

Privatbrief. Konzept von der Hand des Gesandten im Haag von Müller

Norderney, den 11. Oktober 1908

Mein lieber Martin,

Ich danke Dir für Deine geheimen Mitteilungen aus Rominten vom 30. v. Mts.** Die Anlagen Deines Schreibens folgen anbei wieder zurück. Bei Vorlage derselben an Seine Majestät bitte ich Dich zu sagen, daß ich ganz nach den allerhöchsten Befehlen verfahren habe, indem ich von dem Stuart Wortleyschen Entwurf mit der Schreibmaschine die hier gleichfalls beigefügte Abschrift genommen habe, an deren Rand ich die mir wünschenswert erscheinenden Änderungen verzeichnet hätte. Zu den einzelnen Änderungen erlaubte ich mir folgendes zu bemerken:

1) Das Seiner Majestät in den Mund gelegte Anerkenntnis, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit gegen England nicht freundlich gesinnt sei, sei wohl nicht ganz zutreffend und würde wohl für eine englische Zeitung besser eingeschränkt.

2) Was Seine Majestät über die Sendung Dr. Vassels sagt, beruht offenbar auf einer Verwechslung mit der Angelegenheit des österreichischen Konsuls Loehr und mußte daher entsprechend umgearbeitet werden. Übrigens war der französische Konsulatsvertreter Bu Mzian als solcher bereits seit Monaten in Fes, was aus einer Meldung des „Temps" vom 18. Februar d. Js. bekannt ist.

---

* Die Mundierung des Konzepts ist nach einer späteren Angabe (vgl. Nr. 8269) des Gesandten im Haag von Müller, der dem Reichskanzler während seines Aufenthalts in Norderney zur Erledigung der laufenden Geschäfte beigegeben war, erst nach dem Wiedereintreffen Fürst Bülows in Berlin (11. Oktober) vor sich gegangen. Wie der inzwischen vom Urlaub auf seinen Posten zurückgekehrte Staatssekretär von Schoen in einer retrospektiven Aufzeichnung aus dem Oktober 1909 anführt, erfolgte die Mundierung so eilig, daß er keine Zeit hatte, Einsicht in das Schriftstück zu nehmen: „Am Abend des 11. Oktober 1908 ließ mich Fürst Bülow zum Vortrag bitten. Das Zentralbureau, das mir den Befehl übermittelte, legte mir zugleich ein Aktenstück vor, dessen Bearbeitung sich der Herr Reichskanzler vorbehalten habe, und dessen Erledigung eilig sei. Ich hatte keine Zeit, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen, konnte nur soviel sehen, daß das äußerste Schriftstück mit der Überschrift ‚Mein lieber Martin' begann, woraus ich schloß, daß es der Entwurf eines Privatbriefes des Herrn Reichskanzlers an den im Gefolge Seiner Majestät befindlichen Freiherrn von Jenisch war. Ich übergab das Aktenstück dem Reichskanzler mit dem Bemerken, daß ich nicht Zeit gehabt, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Fürst Bülow nahm es an sich mit dem Bemerken, es sei eine Sache, die er selbst erledigt habe."

** Siehe Nr. 8249.

3) Die amtlich von uns in Petersburg wie auch in Berlin an Graf Osten-Sacken erteilte Antwort auf die russische, von Frankreich unterstützte Anregung zu einer gemeinsamen Intervention im Burenkrieg ging bekanntlich dahin: Wir müßten besonders sorgfältig Verwickelungen mit anderen Großmächten, namentlich Seemächten vermeiden, solange wir gegen Frankreich nicht sicher seien, und diese Sicherheit könne nur durch gegenseitige Garantierung des Besitzstandes auf eine längere Reihe von Jahren geboten werden. Von dieser Motivierung, in der von der Drohung mit einem bewaffneten Eintreten Deutschlands zugunsten Englands nichts zu finden ist, und die zudem auch in dem von uns veranlaßten, Seiner Majestät bekannten Aufsatz der „Deutschen Revue" vom September d. Js., „Deutsche Intrigen gegen England während des Burenkrieges. Von einem Wissenden", angedeutet ist, dürfen wohl die Seiner Majestät zugeschriebenen Bemerkungen nicht allzuweit abweichen können.

Bülow

Nr. 8253

Oberst Edward Stuart Wortley an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Redoubt House Shorncliffe, October 22nd 1908

Your Majesty,

The letter (with its enclosure)* which You were gracious enough to send to me, reached me safely — and I have taken steps which I hope and believe will tend to correct the stupid impressions concerning Your Majesty's feelings towards this Country, which certain organs of our Press have created. The profound admiration and regard which I have for Your Majesty dictates to me a duty — to act if in ever so humble a capacity — in a manner which cannot fail to put before the British public, the true feelings that You have towards us. I shall be overjoyed if good comes out of it. The „Daily Telegraph" will take up the subject in a very strong line. And no one will ever know the source from which the Communiqué came. —

I thank Your Majesty most sincerely and gratefully for the confidence placed in my humble endeavour: and I beg Your Majesty ever to believe in the devotion to Yourself of Your Majesty's most devoted servant

Edward Stuart Wortley

* Bei der Einlage des (nicht bei den Akten befindlichen) Kaiserlichen Briefes handelt es sich um den nach Maßgabe der Vorschläge des Auswärtigen Amts korrigierten Entwurf zu dem „Daily Telegraph"-Artikel.

Nr. 8254

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Hammann

Eigenhändig

Berlin, den 28. Oktober 1908

Die anliegende Anfrage von Wolffs Telegraphischem Bureau* bezieht sich auf Äußerungen Seiner Majestät, die den Eindruck der Echtheit machen und Aufsehen erregen werden. Unterdrücken läßt sich die Sache natürlich nicht. Wenn Wolff das Telegramm aber veröffentlicht, so wird der Inhalt für echt genommen. Veröffentlicht er nicht, so wird er von den Blättern, namentlich denen ohne eigene Korrespondenten in London, angegriffen werden. Vielleicht empfiehlt es sich, eventuell nach Vortrag bei Seiner Durchlaucht mit „Ja" zu antworten und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß in den Abendblättern gesagt wird, die Verantwortung für die Richtigkeit trage der „Daily Telegraph". Bestätigung von deutscher Seite sei abzuwarten.

Hammann

---

* Die (nicht bei den Akten liegende) Anfrage des Wolffschen Telegraphenbureaus ging nach Freiherrn von Schoen, Erlebtes, S. 96, dahin, ob die Verbreitung des „Daily Telegraph"-Artikels, der am 28. Oktober früh in London erschienen war, erfolgen könne. Nach Schoens Erzählung hätte er mit Rotstift ein großes und deutliches „Nein" auf den Fragebogen gesetzt und wäre erst durch den Pressedezernenten Hammann zur Zurücknahme seines Vetos bewogen worden. Vgl. dazu Otto Hammann, Um den Kaiser, S. 100, und „Offener Brief an Johannes Haller", „Roter Tag" Nr. 102 vom 3. Mai 1922. Hammann, der bis zum 28. Oktober von der materiellen Beteiligung des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes an der Veröffentlichung des „Daily Telegraph"-Artikels nichts gewußt hat, ist nach seiner Erzählung anfänglich dafür gewesen, dem „Daily Telegraph"-Artikel sofort ein amtliches Dementi entgegenzusetzen, er gab aber diese Absicht auf, als er im Verfolg einer Rücksprache mit Staatssekretär von Schoen über die Zusammenhänge orientiert wurde. Die obige Aufzeichnung Hammanns ist offenbar niedergeschrieben, ehe er mit dem Staatssekretär konferierte und ebenso vor der Beratung, die dann im Laufe des 28. beim Reichskanzler stattfand. Fürst Bülow will den Abdruck des Interviews erst in der fertigen Ausgabe des Wolffschen Telegraphenbureaus zu Gesicht bekommen haben. Er schrieb an den Rand des ihm vorgelegten Exemplars: „Stimmt das mit dem Entwurf überein, der im Auswärtigen Amte seinerzeit geprüft worden ist?" Hierauf antwortete der Vortragende Rat Klehmet in einer kurzen Aufzeichnung: „Die anliegende Veröffentlichung von Wolff ist ein richtiger Auszug aus dem von Seiner Majestät mitgeteilten und demnächst vom Auswärtigen Amte durchgeprüften Artikel des Obersten Stuart Wortley." Infolge dieser Feststellung scheint Fürst Bülow sich entschlossen zu haben, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Obwohl es immer noch sehr wohl möglich gewesen wäre, dem Vorschlage Hammanns entsprechend zu sagen, daß bei der Wiedergabe der kaiserlichen Äußerungen wesentliche Irrtümer untergelaufen sein müßten — das hat ja Fürst Bülow auch in seiner Reichstagsrede vom 10. November betont —, und daß man dem „Daily Telegraph" die Verantwortung überlassen müßte, brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 29. Oktober

Nr. 8255

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Tokio Mumm von Schwarzenstein**

Telegramm
Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Schoen

Nr. 45 Berlin, den 29. Oktober 1908

„Daily Telegraph" veröffentlicht eine Unterredung Seiner Majestät des Kaisers mit einem englischen Privatmann, an deren Schluß im Hinblick auf zukünftige Entwickelung der Dinge im Stillen Ozean auf Notwendigkeit starker Flotte hingewiesen wird.

Bitte dort sogleich keinen Zweifel zu lassen, daß Äußerung keinerlei Spitze gegen Japan innewohnt. Sie kann sich, wie Zusammenhang zeigt, nur auf Steigerung der wirtschaftlichen Interessen im Stillen Ozean und deren Schutz beziehen.

Bülow

---

die Wolff-Depesche vollinhaltlich, ohne irgendeinen Zusatz. Die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" erhielt dadurch den Charakter voller Authentizität, den Fürst Bülow nachher nicht mehr verwischen konnte. Über die Konferenzen bei Fürst Bülow am 28. bzw. 29. Oktober, von denen Freiherr von Schoen und O. Hammann in ihren Erinnerungen berichten, liegen keinerlei Aufzeichnungen bei den Akten. Es sind aber nicht etwa, wie in den Presseerörterungen, die sich bis spät in das Jahr 1909 hinein über die „Daily Telegraph"-Affäre fortspannen, wiederholt angedeutet wurde, Papiere des Auswärtigen Amts beiseite geschafft worden. Vielmehr erklärt sich die Lückenhaftigkeit des Materials daraus, daß Fürst von Bülow die mit der „Daily Telegraph"-Affäre zusammenhängenden Sachen, soweit sie ihn betrafen, vorzugsweise von dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei von Loebell, seinem besonderen Vertrauten, bearbeiten ließ, so daß manche Schriftstücke, wie z. B. die Konzepte zu seinen Immediatberichten und etwaige Aufzeichnungen des Fürsten, als wesentlich innerpolitische zu den Akten der Reichskanzlei genommen sein dürften.

* Das Telegramm nach Tokio, das die einzige außenpolitische Aktion vorstellt, welche das Auswärtige Amt im Hinblick auf die Veröffentlichung des „Daily Telegraph"-Artikels vornahm, zeigt, daß nur in dieser Richtung eine direkt schädliche Wirkung von der Veröffentlichung befürchtet wurde. Tatsächlich sind außenpolitische Komplikationen durch die „Daily Telegraph"-Affäre nicht eingetreten. Nur in Paris machte sich einen Augenblick die Besorgnis geltend, daß die scharfe Wendung, die die deutsche Regierung gerade gegen das Ende des Monats Oktober der Casablanca-Frage gab, ein außenpolitisches Ablenkungsmanöver sein sollte. Indessen hielt die Versteifung der französischen Haltung, die sich für kurze Zeit geltend machte, nicht vor. Es trat ja auch alsbald zutage, daß Kaiser Wilhelm II., weit entfernt, in der durch den „Daily Telegraph"-Artikel geschaffenen, für ihn so peinlichen Lage außenpolitisch auftrumpfen zu wollen, vielmehr zu besonderer Nachgiebigkeit in der Casablanca-Affäre neigte. Vgl. dazu Kap. CLXXX, Nr. 8400.

Nr. 8256

*Der Botschafter in Tokio Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 Tokio, den 1. November 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 45**.

Graf Komura***, diesseits entsprechend verständigt, hat mir seinen Dank für diese „bedeutsame Mitteilung" ausgesprochen.

Privat für den Herrn Reichskanzler:

Allerhöchstes Interview hat hier größtes Aufsehen erregt und wird von japanischer Presse zwar in relativ gemäßigter Tonart, aber doch unter scharfer Zurückweisung des kaiserlichen Mißtrauensvotums gegen Japan und der deutschen Einmischung in Angelegenheiten des Stillen Ozeans besprochen.

Eindruck trotz diesseitiger Beschwichtigungsversuche tiefgehend und für die in erfreulicher Besserung begriffen gewesenen deutsch-japanischen Beziehungen ungünstig.

Mumm

Nr. 8257

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 30. Oktober 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich in der Anlage eine Reihe von Zeitungsartikeln† über das Interview, das der Oberst Stuart Wortley über die mit Euerer Majestät geführte Unterredung veröffentlicht hat. Die englische Presse bespricht das Interview überwiegend in skeptischer, kritischer und ablehnender Weise. Maßgebende englische Persönlichkeiten wie Lord Roberts und Sir Edward Grey haben es abgelehnt, sich über dieses Interview überhaupt zu äußern. Die französischen und russischen Blätter benutzen die Gelegenheit zu

---

* Hier eingereiht, des Zusammenhangs halber.

** Siehe Nr. 8255.

*** Minister des Auswärtigen seit Mitte Juli 1908.

† Es waren Artikel aus „The Standard", „Daily Mail", „La Libre Parole", „Deutsche Tageszeitung", „Tägliche Rundschau", „Der Reichsbote", „Deutsche Zeitung", „Rheinisch-Westfälische Zeitung".

heftigen Ausfällen gegen Euere Majestät und die deutsche Politik. Vor allem ist die deutsche Presse mit verschwindenden Ausnahmen der Ansicht, daß durch das Interview unsere Politik und unser Land schwer geschädigt worden sind. Die Angriffe der deutschen Zeitungen sind ungerecht. Denn Euere Majestät haben die Gnade gehabt, mir durch den Gesandten Freiherrn von Jenisch die Aufzeichnungen des englischen Autors zur Prüfung zu übersenden. Ich war damals in Norderney mit ernsten Fragen (Orientkrisis, Reichsfinanzreform, andere innere Angelegenheiten) überhäuft und habe deshalb das auf schlechtem Papier sehr unleserlich geschriebene lange Elaborat des Obersten Wortley* nicht selbst gelesen, sondern zur Prüfung an das Auswärtige Amt geschickt. Ich gab hierbei die strikte Weisung, den Artikel auf seine Wirkung auf das sorgfältigste zu prüfen**

---

* Diese Angabe des Fürsten Bülow ist irrig. Das Manuskript des von Oberst Stuart Wortley eingesandten Artikels war nach einer Angabe Klehmets (vom 6. November 1908, vgl. Nr. 8258) mit Maschinenschrift geschrieben, nach einer späteren Aufzeichnung des Chefs des Chiffrierbureaus Geheimen Hofrats Willisch vom 4. Oktober 1909 „auf Bogen, deren erster die Firma des ‚Daily Telegraph' trug, mit Maschinenschrift geschrieben und vollkommen leserlich". Vielleicht liegt beim Fürsten Bülow eine Verwechslung des Manuskripts mit dem Begleitbriefe des Obersten Stuart Wortley vor, dessen Handschrift allerdings nicht ganz leicht lesbar ist. In der Öffentlichkeit ist es verschiedentlich so hingestellt worden, als ob Fürst Bülow entgegen seiner wiederholten, auch öffentlich im Reichstag abgegebenen Erklärung doch in das Manuskript des Artikels Einsicht genommen habe. Noch neuerdings hat Johannes Haller, „Die Ära Bülow", S. 140, behauptet: „Das Ammenmärchen, daß Fürst Bülow das Manuskript des ‚Daily Telegraph' nicht gelesen habe, obwohl es ihm aus dem Kaiserlichen Kabinett zur Begutachtung zugeschickt war, ist so albern, daß kein Urteilsfähiger je daran geglaubt hat." Irgendwelches positives Beweismaterial hat Haller, gegen den sich mit aller Entschiedenheit Hammann in seinem „Offenen Brief an Johannes Haller", „Roter Tag" vom 3. Mai 1922, gewandt hat, nicht vorbringen können. Auch die Akten enthalten außer einer Äußerung des Kaisers in einem Briefe an den Gesandten im Haag von Müller vom 22. Februar 1909, wonach Fürst Bülow ihm im Oktober proprio motu gesagt hätte, daß er das Manuskript gelesen habe und nochmals lesen werde, keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß Bülow Kenntnis von dem Manuskript gehabt habe. Bei jener angeblichen Äußerung Fürst Bülows zu Wilhelm II. aber kann es sich leicht um ein Mißverständnis gehandelt haben. Sie dürfte gefallen sein am 12. Oktober, wo der Kaiser bei dem eben aus Norderney zurückgekehrten Fürsten das Frühstück einnahm. Bei dieser Gelegenheit wird der Kaiser sich nach dem Schicksal des Manuskripts zu dem „Daily Telegraph"-Artikel, das ihm noch nicht wieder zu Händen gekommen war — das vom 11. datierte Schreiben des Fürsten Bülow an Freiherrn von Jenisch, mit dem das Manuskript zurückgegeben wurde (siehe Nr. 8252), ging erst am 12. an seine Adresse ab — erkundigt, und Fürst Bülow mag auf eine dahingehende Anfrage des Kaisers ausweichend geantwortet haben: gewiß, die Sachen seien sorgfältig geprüft worden. Daß der Kaiser sich in seiner Behauptung nicht ganz sicher fühlte, beweist der in dem Schreiben an den Gesandten von Müller enthaltene Appell an dessen Ehrgefühl als Kavalier und Gentleman und an seine Treue, ihm darüber genaue Auskunft zu geben, ob der Kanzler das Manuskript gelesen habe. Müllers Antwort (vom 28. Februar) ging dahin, er neige eher zu der Überzeugung, daß Bülow das nicht getan habe.

** Das ist insofern ein Irrtum des Fürsten Bülow, als seine tatsächlichen Direktiven nur dahin gegangen waren, den Artikel „sorgsam zu prüfen", nicht aber dahin: „den Artikel auf seine Wirkung auf das sorgfältigste zu prüfen". Vgl. Nr. 8250.

und mir zu melden, wo Änderungen, Zusätze, Weglassungen notwendig erschienen. Das Auswärtige Amt reichte das englische Manuskript mit einem Bericht zurück, in dem es einige kleine Änderungen vorschlug, sonst gegen die Veröffentlichung keinerlei Bedenken geltend machte. Im Sinne dieses Berichts schrieb der bei mir weilende Vortragende Rat an den Gesandten Freiherrn von Jenisch.

Wenn ich von dem Manuskript selbst Kenntnis genommen hätte, so würde ich Euere Majestät gebeten haben, die Erlaubnis zu der Veröffentlichung, zumal im gegenwärtigen Augenblick, nicht zu geben. Wenn Euere Majestät mein Verhalten darin mißbilligen, daß ich im Drange der Geschäfte das englische Manuskript nicht selbst geprüft habe, und den vom Auswärtigen Amt bewiesenen Mangel an Umsicht mir zum Vorwurf machen, so bitte ich alleruntertänigst mich aus meiner Stellung entlassen zu wollen*. Wenn ich aber das Vertrauen Euerer Majestät nicht verloren habe[1], kann ich nur bleiben, sofern ich in die Lage versetzt werde, den ungerechtfertigten Angriffen gegen meinen kaiserlichen Herrn offen und nachdrücklich entgegenzutreten. Euere Kaiserliche und Königliche Majestät muß ich deshalb um gnädige Erlaubnis bitten, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" amtlich sagen zu dürfen[2], daß die gegen Euere Majestät in einem großen Teil der Presse erhobenen Angriffe vollkommen ungerecht sind, daß Euere Majestät mir das Manuskript des englischen Autors zugesandt haben, daß ich dasselbe dem Auswärtigen Amt hätte zugehen lassen, und daß dieses nur geringe Änderungen vorgeschlagen hätte[3].

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 30/X 08 W.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Nein

[2] Ja

[3] Es kann noch hinzugefügt werden, daß das Manuskript der Niederschlag einer Reihe von Gesprächen darstelle, die ich im Laufe des vorigen Herbstes in England mit verschiedenen Persönlichkeiten gehabt hätte. Und daß es der Wunsch derselben gewesen sei — weil sie so überzeugend für das Englische Publikum sein würden — den Inhalt einem möglichst großen Kreise ihrer Landsleute zu-

---

* Am gleichen 30. Oktober bat auch Staatssekretär von Schoen im mündlichen Vortrag beim Kaiser um seinen Abschied. Indessen erklärte der Kaiser, der auch Bülows Abschiedsgesuch und ebenso ein solches des Unterstaatssekretärs Stemrich ablehnte, davon könne um so weniger die Rede sein, als Schoen an den Vorgängen, die sich während dessen Abwesenheit auf Urlaub zugetragen hätten, gänzlich unbeteiligt sei. Indessen erkrankte von Schoen noch am 30. ernstlich infolge Aufregung und Übermüdung, so daß, da auch Unterstaatssekretär Stemrich infolge Krankheit abwesend war, auf Schoens Vorschlag der Gesandte von Kiderlen-Wächter zur einstweiligen Führung des Auswärtigen Amtes berufen wurde. Schoen konnte die Dienstgeschäfte erst am 1. Dezember wieder übernehmen.

gänglich zu machen; was ich genehmigte nach Einchlagung des oben gekennzeichneten Weges*. W.

---

* Die amtliche Erklärung im „Reichsanzeiger" vom 31. Oktober hatte folgenden Wortlaut:

„Ein großer Teil der ausländischen und inländischen Presse hat wegen des im ‚Daily Telegraph' veröffentlichten Artikels kritische Betrachtungen gegen die Person des Kaisers gerichtet, wobei von der Annahme ausgegangen wurde, der Kaiser hätte diese Publikation ohne Vorwissen der für die Politik des Reichs verantwortlichen Stelle veranlaßt. Diese Annahme ist unbegründet.

Der Kaiser hatte von einem englischen Privatmann mit der Bitte, die Veröffentlichung zu genehmigen, das Manuskript eines Artikels erhalten, in dem eine Reihe von Gesprächen des Kaisers mit verschiedenen englischen Persönlichkeiten und zu verschiedenen Zeiten zusammengefaßt war. Jener Bitte lag der Wunsch zugrunde, die Äußerungen des Kaisers einem möglichst großen Kreise englischer Leser bekannt zu geben und damit den guten Beziehungen zwischen England und Deutschland zu dienen. Der Kaiser ließ den Entwurf des Artikels an den Reichskanzler gelangen, der das Manuskript dem Auswärtigen Amt mit der Weisung überwies, es einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Nachdem in einem Bericht des Auswärtigen Amtes Bedenken nicht erhoben worden waren, ist die Veröffentlichung erfolgt.

Als der Reichskanzler durch die Publikation des ‚Daily Telegraph' von dem Inhalt des Artikels Kenntnis erhielt, erklärte er dem Kaiser, er hätte den Entwurf des Artikels nicht selbst gelesen; anderenfalls würde er Bedenken erhoben und die Veröffentlichung widerraten haben; er betrachte sich aber als für den Vorgang allein verantwortlich und decke die ihm unterstellten Ressorts und Beamten. Gleichzeitig unterbreitete der Reichskanzler dem Kaiser sein Abschiedsgesuch.

Der Kaiser habe diesem Gesuch keine Folge gegeben, jedoch auf Antrag des Reichskanzlers genehmigt, daß dieser durch Veröffentlichung des oben dargestellten Sachverhalts in die Lage versetzt werde, den ungerechten Angriffen auf den Kaiser den Boden zu entziehen."

Über die Genesis der amtlichen Erklärung des „Reichsanzeigers" gibt eine spätere Aufzeichnung Staatssekretär von Schoens aus dem Jahre 1909 Aufschluß. Es heißt darin:

„Am 30. gegen Mittag fand beim Reichskanzler eine Beratung über eine in der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' zu veröffentlichende Erklärung statt, an der außer mir noch Unterstaatssekretär von Loebell und Geheimrat Hammann teilnahmen. Ich brachte einen Entwurf mit, in dem von einem bedauerlichen Versehen die Rede war, worin aber eine ausdrückliche Erwähnung des Auswärtigen Amtes vermieden war. Fürst Bülow bestand aber trotz meines Sträubens auf Erwähnung des Auswärtigen Amtes. Der Reichskanzler war sehr erregt, nachdem aber die Fassung der Erklärung beendet war, klärten sich seine Züge auf, und er äußerte, so schlimm eine Sache sei, so habe sie doch auch in der Regel eine gute Seite, man könne auch diese so gestalten, daß sie nicht ohne gute Wirkung verlaufe." Vgl. dazu Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 98, und O. Hammann, im „Roten Tag" vom 3. Mai 1922. Bei den Akten liegt ein Entwurf zu der Erklärung des „Reichsanzeigers", der zahlreiche Korrekturen von der Hand Bülows und Hammanns aufweist. Er scheint indessen nicht identisch zu sein mit dem von dem Staatssekretär von Schoen nach dessen Angabe in die Konferenz vom 30. Oktober mitgebrachten Entwurf, der darauf ausging, das Auswärtige Amt nicht in die Schußlinie zu bringen; denn auch der Aktenentwurf hebt schon in seiner ursprünglichen Fassung den Anteil des Auswärtigen Amtes an der Affäre hervor. Gar nichts gesagt war in der ersten Fassung des Aktenentwurfs darüber, daß die gegen den Kaiser in einem großen Teil der Presse erhobenen Angriffe vollkommen „ungerecht" seien; erst Hammann brachte bei der Korrektur des Entwurfs die Schlußwendung hinein, der Kaiser habe genehmigt, daß der Reichskanzler durch Veröffentlichung des Sachverhalts in die Lage versetzt werde, „den ungerechten Angriffen auf den Kaiser den Boden zu entziehen".

Nr. 8258

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Klehmet**

Reinschrift

Berlin, den 6. November 1908

Eines Abends ziemlich spät erschien Unterstaatssekretär Stemrich in meinem Amtszimmer und übergab mir die aus Norderney eingegangene Sache etwa mit den Worten, daß ihm dieselbe nicht recht geheuer erscheine, ich möchte mich derselben annehmen und sehen, was damit zu machen wäre. Eine weitere Direktive erhielt ich nicht.

Die Stücke bestanden nach meiner Erinnerung in

1. dem mit Schreibmaschine geschriebenen englischen Entwurf des „Daily Telegraph"-Artikels,

2. einem Brief des Obersten Stuart Wortley an Seine Majestät, worin er die Ermächtigung erbat, durch Veröffentlichung des Artikels seine Landsleute über die englandfreundliche Haltung Seiner Majestät aufzuklären,

3. einem Briefe des Freiherrn von Jenisch an Seine Durchlaucht, worin auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam gemacht wurde. Aus diesem Briefe entnahm ich, daß Seine Majestät die Veröffentlichung des Artikels entschieden verlangte und die vorherige Mitteilung an den Reichskanzler nur bezweckte, zu etwa uns wünschenswert erscheinenden

---

* Bei den Akten liegt noch eine zweite eigenhändige Aufzeichnung Klehmets vom 6. November, die aber gegenüber der hier abgedruckten nichts Neues bietet. Der Rechtfertigungsversuch Klehmets war dadurch veranlaßt, daß Fürst Bülow anfänglich sehr geneigt war, Klehmet die materielle Verantwortung für die üble Wendung der „Daily Telegraph"-Affäre zuzuschieben. In einer Aufzeichnung des Staatssekretärs von Schoen aus dem Oktober 1909 heißt es darüber: „Tags darauf — am 29. Oktober — stellte Fürst Bülow in meiner Gegenwart den Geheimen Rat Klehmet in ernstem Tone zur Rede, wie er bei Prüfung des Manuskripts so bedenkliche Äußerungen habe unbeanstandet lassen können. Klehmet antwortete, er habe den ihm seinerzeit zugegangenen Befehl zur Prüfung dahin aufgefaßt, daß sie sich auf die aktenmäßige Richtigkeit erstrecken solle. Darauf habe er sich beschränkt, in der Annahme, daß der Reichskanzler selbst im Benehmen mit Seiner Majestät über die Opportunität der Veröffentlichung entscheiden werde." Nach Freiherrn von Schoens späterer Erzählung (Erlebtes, S. 99) hätte Fürst Bülow ihn dann am 30. Oktober ersucht, er möge Klehmet sagen, es werde ihm kein Leid geschehen. Obwohl aber Fürst Bülow auch in seiner Reichstagsrede vom 10. November ausdrücklich erklärte, es widerstrebe seinem persönlichen Empfinden, Beamte, die ihr Leben lang ihre Pflicht getan hätten, deshalb zu Sündenböcken zu stempeln, weil sie sich in einem Falle zu sehr darauf verlassen hätten, daß er, Bülow, meist alles selbst lese und letzten Endes entscheide, sah sich Klehmet bald darauf veranlaßt, seine Zur-Disposition-Stellung zu beantragen. Er erhielt darauf den Posten als Generalkonsul in Athen. Vgl. dazu G. Klehmet, Zum Novembersturm von 1908, „Deutsche Revue", Oktoberheft 1920, wo u. a. eine eingehende Eingabe Klehmets vom 30. (nicht 31.) August 1910 abgedruckt ist.

Abänderungen einzelner Stellen die Möglichkeit zu bieten. Aus dem Brief ging hervor, daß Seine Majestät den größten Wert darauf legte, unsererseits von dem dankenswerten Anerbieten des Obersten Gebrauch zu machen,

4. einem mit Blaustift geschriebenen Zettel des Herrn Reichskanzlers, enthaltend den Auftrag, die Sache sorgsam zu prüfen und die uns wünschenswert erscheinenden Änderungen und Streichungen in einer auf gebrochenem Bogen herzustellenden Kopie am Rande einzutragen.

Da nach dem Briefe des Freiherrn von Jenisch Seine Majestät nicht wünschte, daß das Auswärtige Amt mit der Sache befaßt würde, auch der Reichskanzler dieselbe als ganz geheim bezeichnet hatte, hielt ich mich nicht für berechtigt, andere Referenten oder den Stellvertreter des Preßreferenten näher zu Rate zu ziehen und ihnen Einsicht in das Schriftstück zu geben.

Ich mußte also nach Durchsicht der Mitteilung des Reichskanzlers die Akten durchsehen, um festzustellen, wieviel aus den Äußerungen des Kaisers sich belegen ließ. Meine anfänglichen, sehr großen Zweifel an der Angängigkeit der Publikation erlitten einen Stoß durch den Aufsatz im Septemberheft der Fleischer-Revue von „einem Wissenden", der, wie ich erfuhr, im Auswärtigen Amt geschrieben war und, wie mir schien, alles Wesentliche aus dem englischen Artikel bereits gebracht hatte.

Danach schien es mir, daß das Auswärtige Amt als solches dem entschiedenen Willen des Kaisers nicht entgegentreten dürfe, nachdem auch der Reichskanzler, von dem ich annehmen durfte, daß er den Inhalt des Artikels kannte, seinerseits kein Bedenken zu erkennen gegeben hatte.

Ich legte mir die Sache so zurecht, daß es darauf ankäme, angesichts der von uns abgewiesenen Versuche von Haldane und Lloyd George zu einer Vereinbarung über Einschränkung der Seerüstung die englische Stimmung uns gegenüber à tout prix zu besänftigen, und daß es deshalb gerechtfertigt sein könnte, nach altem Bismarckschen Prinzip zur Erreichung des einen Ziels der Besserung unserer Stellung zu England alle anderen Rücksichten, namentlich diejenigen auf Frankreich und Rußland, einstweilen bei Seite zu stellen.

Die Versicherung des — nominellen — englischen Verfassers Wortley, daß der Artikel in England gut wirken werde, mußte ich glauben. Es fehlte mir an durchschlagenden Gründen, um der Auffassung Seiner Majestät entgegenzutreten, wonach diese uns angebotene englische Unterstützung nicht von der Hand zu weisen war.

Unter diesen Umständen hielt ich mich strikt an die vom Reichskanzler gestellte Aufgabe, den Artikel zu prüfen und Streichungs- bezw. Änderungsvorschläge zu machen. Eine Äußerung über die Opportunität der Veröffentlichung war meines Erachtens von mir nicht verlangt*. Ich

---

* Tatsächlich streiften die von Klehmet vorgeschlagenen Änderungen doch in dem Punkt der Englandfeindlichkeit des deutschen Volkes die Opportunitätsfrage.

nahm an, daß darüber der Reichskanzler schon entschieden hatte oder entscheiden würde.

Auf alle Fälle glaubte ich diese Entscheidung zu erleichtern, indem ich meine Abänderungsvorschläge motivierte. Mindestens aus diesen Motivierungen würde der Reichskanzler, so glaubte ich, ersehen, was für Sachen in dem Artikel behandelt wurden. Der Versuch, besonders bedenklich klingende Stellen auszumerzen, mißlang mir, weil das Ganze als eine streng einheitliche Argumentation sich darstellte, sodaß zum Beispiel die Stelle über den Feldzugsplan* unentbehrlich schien als Kulmination der ganzen Beweisführung.

Der von mir entworfene Bericht, der also doch nur ein Vorschlag war, wurde vom Unterstaatssekretär Stemrich gezeichnet und weitergegeben, ohne Änderungen.

Ich sagte mir auch, daß die Authentizität der in dem Artikel angeführten kaiserlichen Äußerungen nicht zu bestreiten war, daß, wenn Seine Majestät die Publikation ablehnte, diese doch von anderer Seite erfolgen würde, daß es endlich würdiger sei für Seine Majestät, sich jetzt gleich zu seinen Äußerungen zu bekennen, als später dazu gezwungen zu werden.

An den Publikationen in „Wolff“ und „Norddeutscher Allgemeiner Zeitung“ habe ich keinen Anteil.

Klehmet

Nr. 8259

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Donaueschingen, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Donaueschingen, den 7. November 1908

Privat für den Herrn Reichskanzler.

Seine Majestät der Kaiser sagte mir heute, seiner Ansicht nach werde bei Besprechung der „Daily Telegraph“-Veröffentlichung viel zu wenig Gewicht darauf gelegt, daß der Wunsch der Veröffentlichung nicht von uns, sondern von englischer Seite ausgegangen sei und dort die Meinung vorgeherrscht habe, dieselbe werde den Interessen der deutsch-englischen Beziehungen dienen.

Jenisch

---

* Gerade bei dieser Stelle des Artikels hätte Klehmet auf Grund der Nachprüfung in den Akten anmerken dürfen, daß es sich nicht eigentlich um einen Feldzugsplan, sondern nur um „Aphorismen“ handelte, die auch nicht dem Generalstabe zur Kritik unterbreitet worden waren, wie Fürst Bülow das in der Reichstagsrede vom 10. November feststellte. Vgl. dazu Bd. XV, Kap. CIII, Anhang, Nr. 4507, S. 554, Fußnote *.

Nr. 8260

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

London, den 7. November 1908

Sir Edward Grey sagte mir heute, er habe es bisher vermieden, mit mir das im „Daily Telegraph" veröffentlichte Interview zu besprechen. Wenn er heute dies Thema berühre, so bitte er mich, seine Bemerkungen nicht als amtlich zu betrachten. Beabsichtigte Anfragen im Parlament habe er bisher zu unterdrücken vermocht, da er sich keinen Nutzen von öffentlicher, amtlicher Behandlung der Angelegenheit seinerseits verspreche. Den Abgeordneten, welche die Sache zur Sprache bringen wollten, erwidere er, daß es nicht seine Sache sei, über das Interview Erklärungen abzugeben. Er überlasse dies der deutschen Regierung, falls sie dies für angezeigt erachte.

Er fürchte nur, daß bei uns der Eindruck entstehe, als ob die hiesige Regierung die dargebotene Hand zurückwiese. Er würde dies bedauern, da es nicht der Fall sei. Die Schwierigkeit bestehe nur darin, wie er mir schon öfters gesagt habe, ein gemeinsames Feld der diplomatischen Aktion zu finden. Das Zusammenwirken in einer gegebenen Frage mache mehr Eindruck als allgemeine Versicherungen, die bald wieder vergessen seien. Er freue sich daher, daß wir in der Türkei jetzt eventuell zusammengehen könnten. Unter dem alten Regime sei dies nicht möglich gewesen. Unter dem neuen Regime sei dies aber wohl möglich, da wir jetzt beide die Türkei zu unterstützen bestrebt seien*. Die Türkei brauche Geld. Es habe sich ein deutsch-französisch-englisches Syndikat gebildet, um der türkischen Regierung einen Vorschuß von 1500000 Pfund vorzustrecken, und zwar je £ 500000 von der Deutschen Bank, der Banque Ottomane und einer englischen Finanzgruppe. (Hinter der englischen Gruppe steht, wie ich von anderer Seite erfahre, Sir Ernest Cassel[1], der aus eigener Initiative dem Foreign Office den Vorschlag englischer Beteiligung gemacht hat und von diesem ermutigt worden ist, der Türkei englisches Kapital vorzuschießen. Vor einigen Wochen war der Versuch der Banque Ottomane, englisches Kapital zu gewinnen, fehlgeschlagen.) Sir Edward Grey hofft, daß diese finanzielle Operation auch politisch eine günstige Wirkung erzielen wird.

Ich sagte Sir Edward Grey, daß die Aufnahme des Interviews in England allerdings keine günstige Rückwirkung auf uns ausüben könne. In den Balkanfragen, in dem Casablanca-Zwischenfalle**, in allem nehme die hiesige Presse einen derartig feindlichen Ton gegen Deutschland an,

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXCI.
** Vgl. Kap. CXCI.

daß, wer sich nur aus der Presse sein Urteil bilde, an die entschiedene Feindschaft Englands gegen uns glauben müsse.

Der Minister antwortete, man dürfe nicht ein zu großes Gewicht auf die Presse legen. Die Politik werde von ihr nicht beeinflußt. Vor nicht langer Zeit habe sich die Presse noch heftig gegen Frankreich und Rußland gebärdet, ohne daß die englische Politik sich hierdurch habe lenken lassen. Sobald eine politische Beruhigung zwischen zwei Ländern eintrete, verschwänden die von der Presse bis dahin betonten Gegensätze von selbst, und alles erscheine in einem mildern Licht.

Ich erwiderte, es sei allerdings von der größten Wichtigkeit, daß unsere beiden Regierungen, wie bisher, ruhig und gerecht die Beziehungen zwischen den beiden Völkern beurteilten und sich von der Erhitzung des Augenblicks fernhielten. Was unsere beiderseitigen Beziehungen zur Türkei beträfen, so hätten Sie mir schon im Sommer gesagt, daß Sie die türkophile Haltung der englischen Regierung und das damit verbundene Wachsen des englischen Einflusses in Konstantinopel nicht nur ohne jede Eifersucht betrachteten, sondern sich darüber freuten, da dadurch der Boden für eine deutsch-englische Parallelaktion gegeben sei. Sie und Sir Edward Grey fänden sich daher in demselben Gedanken zusammen.

Der Minister war in seinem Privatgespräch mit mir, das weit eingehender war, als ich es hier wiedergebe, augenscheinlich bemüht, einen versöhnlichen und wohlwollenden Ton anzuschlagen, was anzuerkennen ist. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß das Interview im „Daily Telegraph" hier wieder eine große Verwirrung in die Geister gebracht hat. Es wird langer Zeit absolut ruhiger Politik bedürfen, um auch diesen Eindruck zu verwischen. Daneben wächst die Verstimmung und Befürchtung wegen unserer Flotte. Aber auch hierin ist absolute kühle Ruhe geboten.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also auch E[duard] VII.

Nr. 8261

Direktiven des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 9. November 1908

1. Ich bitte mir ein Telegramm an Metternich aufzusetzen, in dem ich ihm für seinen Brief* danke, meine Befriedigung über das finanzielle Zusammengehen in Konstantinopel ausspreche und mich ganz der Ansicht anschließe, daß die Regierungen ihre gegenseitigen Beziehungen um so ruhiger und gewissenhafter pflegen müßten, je mehr sich die Völker zu

---

* Siehe Nr. 8260.

leidenschaftlicher und einseitiger Auffassung hinreißen ließen. Ich müßte bei der bevorstehenden Reichstagsdebatte über den unglückseligen „Daily Telegraph"-Artikel natürlich Seine Majestät decken und die in Deutschland herrschende große Erregung und Verstimmung beschwichtigen. Ich würde aber in jeder Beziehung bestrebt sein, nichts zu sagen, was zwischen Deutschland und England neue Verstimmung hervorrufen könnte*.

2. Wenn sich die Rotstiftstriche beseitigen lassen, soll das Original des Briefes, anderenfalls eine Abschrift Seiner Majestät vorgelegt werden.

Bülow

Nr. 8262

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 London, den 10. November 1908

Auftrag Telegramm Nr. 254** ausgeführt.

Sir E. Grey sprach sich erfreut über meine Mitteilung aus. Er bemerkte vertraulich, er hoffe, daß Premierministers Guildhall-Rede***

* Ein Telegramm in diesem Sinne (Nr. 254) erging noch am gleichen 9. November an Graf Metternich. In seiner Reichstagsrede vom 10. November hat Fürst Bülow in der Tat stark betont, daß das deutsche Volk auf der Basis gegenseitiger Achtung friedliche und freundliche Beziehungen zu England wünsche, und ebenso daß dem deutschen Flottenbau irgendwelche aggressive Tendenzen, sei es gegen England, sei es gegen Japan, nicht innewohnten. Den guten Absichten des Kaisers, der in seinen Privatgesprächen mit englischen Freunden nur den Beweis habe führen wollen, daß er in England verkannt und falsch beurteilt werde, ließ Bülow in seiner Rede Gerechtigkeit widerfahren; immerhin gab er den großen Schaden zu, der durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" mit den vielfach zu stark gewählten Ausdrücken des Kaisers entstanden sei, und er sprach die feste Überzeugung aus, daß dieser fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung beobachten werde, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich sei. Ursprünglich scheint Bülow die Absicht gehabt zu haben, und darauf läßt auch noch die obige Aufzeichnung schließen, den Kaiser weit mehr zu decken, als es nachher angesichts der tiefen, in der Reichstagssitzung vom 10. November widerhallenden Erregung weiter Schichten des deutschen Volkes geschah. Nach einer Äußerung Hammanns im „Roten Tag" vom 3. Mai 1922 hätte sogar vor der Reichstagsdebatte vom 11. November ein Redeentwurf des Kanzlers vorgelegen, in dem die Veröffentlichung „nicht entschuldigt, sondern verteidigt wurde". Der Entwurf einer solchen Rede, die doch kaum zu der voraufgehenden, den Kaiser halbwegs bloßstellenden Kanzlerrede gepaßt hätte, liegt nicht bei den Akten. Über die Reichstagsverhandlungen vom 10. und 11. November siehe vor allem den Stenographischen Bericht, ferner Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 181ff; O. Hammann, Um den Kaiser, S. 105ff.

** Vgl. die voraufgehende Fußnote zu Nr. 8261.

*** In der Guildhallrede Asquiths vom 9. November war in sympathischer Weise des Deutschen Kaisers gedacht worden: „Es ist fast genau ein Jahr her, seit Kaiser Wilhelm hier unser Gast war. Ich kann die nachdrückliche Erklärung des Kaisers nicht vergessen,

auch dazu beitragen werde, Schwierigkeit der Lage im Reichstag zu mildern. Er habe in diesem Sinne gestern vor Rede eingehend mit Mr. Asquith gesprochen und auch meine Unterredung mit ihm, Sir E. Grey, (Privatbrief vom 7. d. Mts.*) verwertet. Eine direkte Bezugnahme auf „Daily Telegraph"-Artikel hätten beide nicht für angezeigt gehalten, dagegen sei Rede absichtlich so abgefaßt, daß Verbindung mit jüngstem Ereignis hervortrete.

Es scheine mir, erwiderte ich, daß wohlmeinende Absicht Premierministers in glücklicher Form zum Ausdruck gebracht sei.

Metternich

Nr. 8263

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 313 London, den 11. November 1908

Gesamte hiesige Presse bespricht gestrige Reichstagsdebatte und Rede Euerer Durchlaucht. „Times", vorläufig zurückhaltend, bemerkt, An-

---

daß das leitende Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und der guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland sei." In ähnlich sympathischer Weise äußerte sich Sir E. Grey nach Bülows Reichstagsrede vom 10. in einer am 19. in Scarborough gehaltenen Rede: Er wolle sich über die jüngsten Ereignisse in Deutschland nur äußern, weil die Verhandlungen im Reichstage den Vertretern der verschiedenen deutschen Parteien Gelegenheit zu ganz besonders offener Aussprache gegeben hätten. Jeder, der die Verhandlungen verfolgt habe, müsse bemerkt haben, daß von keiner Seite ein Wort gefallen sei, welches auf eine Feindschaft der Deutschen gegen England oder ein anderes Land hindeute. „Ich möchte", so betonte Grey, „daß dieses bemerkt und gewürdigt würde, daß es erwidert würde und in jedem Wort sich widerspiegele, welches in England über die deutsche Nation gebraucht wird." Die Art, wie der Deutsche Reichstag und in ihm vor allem Fürst Bülow sich am 10. November über die „Daily Telegraph"-Affäre ausließ, hat, wie auch aus Graf Metternichs zahlreichen Presseberichten hervorgeht, in dem sehr konstitutionell fühlenden England einen durchweg günstigen Eindruck hinterlassen (vgl. das folgende Schriftstück), so daß statt der anfänglich von den leitenden Staatsmännern hüben und drüben besorgten übelen Rückwirkungen der „Daily Telegraph"-Affäre auf die deutsch-englischen Beziehungen sich eher eine Besserung geltend machte, und das um so mehr, als ein Teil der englischen Öffentlichkeit das in den kaiserlichen Äußerungen zutage tretende Bestreben auf eine Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses nicht verkannte. Vgl. auch Nr. 8263. Allerdings sah sich Graf Metternich veranlaßt, in einem Privatbrief an Fürst Bülow vom 17. November warnend darauf hinzuweisen, daß einer wirklichen und nachhaltigen Besserung der deutsch-englischen Beziehungen die Flottenrivalität im Wege stehe: „Ihre und die Erklärungen sämtlicher Parteien im Reichstage, daß in Deutschland keine feindlichen Gefühle gegen England beständen, haben für den Augenblick hier unstreitig eine beruhigende Wirkung ausgeübt. Es unterliegt aber bei mir keinem Zweifel, daß eine dauernde innere Heilung der Beziehungen zwischen beiden Völkern infolge unseres Flottenprogramms vorläufig ausgeschlossen ist. Die Spannung wird vielmehr zunehmen. Hierüber besteht bei England nur eine Meinung. Auch bei denen, die eine Annäherung wünschen würden."

* Siehe Nr. 8260.

gelegenheit sei eine vorwiegend innerpolitische; ausländische Kritik würde in Deutschland Empfindlichkeit erregen. „Morning Post" kritisiert Passus der Rede, der von ernsten und bedauernswerten Mißverständnissen zwischen Deutschland und England handelt, und fragt, welche diese seien. „Standard" begrüßt mit Freude Versicherung, daß deutsche Majorität nicht antienglisch fühle. „Daily Expreß" ähnlich, betont aber Notwendigkeit englischer Flottenrüstung. „Daily Telegraph" durchweg sympathisch. „Daily Mail" wünscht englandfreundliche Taten deutscher Regierung zu sehen, die nicht in Forcierung Flottenbaues beständen. „Daily Graphic" sehr kritisch. „Daily Chronicle" begrüßt englandfreundliche Äußerungen. „Daily News" nützt Vorfall in radikalem Sinne aus.

Metternich

Nr. 8264

Oberst Edward Stuart Wortley an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändig

Redoubt House, Shorncliffe, November 11th 1908

Your Majesty,

It would be difficult for me to find words to express my feelings of disappointment at the manner in which Your Majesty's kind consideration and proof of friendship for this country, has been received. I have felt really quite ashamed at the ungentlemanlike tone of the Press, which, with few exceptions, has been shown. I have, however, been glad to notice in some papers that the feelings towards this country — which prompted Your Majesty's desire to make them known and understood — have been fully and gratefully recognised. I have had cuttings from every newspaper in the country sent to me. When the storm was at its height, I always said that in the end, as regards this country, great good would result: and I am convinced that in years to come, Your Majesty's action will be recognised as one which was rightly calculated to change an atmosphere clouded with doubt and suspicion, into one of clearness and understanding.

I need hardly assure Your Majesty that the whole history of the matter so far as I have played a humble part, will ever be preserved by me as a most cherished and honoured proof of Your Majesty's friendship, and as sacred in its confidence.

I must honestly confess that I had a better opinon of the good sense of the Press of this country than this rude awakening has given me. However, I believe firmly that Your Majesty's straightforward endeavour to convince this Country of Your friendship will meet with the response which, in all sense of justice, it fully deserves*.

* Es verdient in dieser Beziehung Erwähnung, daß dem deutschen Kaiser eine ungewöhnliche Fülle von Zuschriften aus dem englischen Publikum zugingen, die dankbar

I beg Your Majesty to forgive my mistaken estimate of the good sense of some of my countrymen: and to allow me, once more to assure Your Majesty of my humble devotion and gratitude — and to sign myself, with all due respect and humility Your Majesty's most humble and devoted servant

Edward Stuart Wortley

Nr. 8265

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Donaueschingen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Berlin, den 12. November 1908

Euerer Majestät melde ich ehrfurchtsvollst, daß ich heute Sitzung des Bundesrats abhalten muß, morgen Konferenz mit dem englischen Botschafter und Sonnabend unaufschiebbare und entscheidende Besprechung wegen der Reichsfinanzreform hier habe. Euere Majestät bitte ich untertänigst, mir gnädigst gestatten zu wollen, mich Montag in Kiel melden zu dürfen*.

Bülow

Nr. 8266

„Original des Entwurfs für die Veröffentlichung im ‚Reichsanzeiger' nach der Audienz des Reichskanzlers vom 17. November 1908" **

Konzept

In der am Montag (oder: heute) dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte Seine Majestät der Kaiser und König einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten von Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und erläuterte die Haltung, die er in den Verhandlungen des Reichstags über die Interpellationen eingenommen hatte.

---

die in dem „Daily Telegraph"-Artikel zutage tretende englandfreundliche Gesinnung des Kaisers anerkannten. Fast in allen diesen — bei den Akten liegenden — Schreiben wird betont, daß die wahre Meinung des englischen Volkes sich nicht mit den Angriffen der Presse decke.

* Noch am 12. November erfolgte die Antwort des Rats im Kaiserlichen Gefolge Freiherrn von Jenisch daß der Kaiser mit dem Vorschlag Fürst Bülows, ihm am 16. in Kiel über die Reichstagsverhandlungen vom 10. und 11. Vortrag zu halten, einverstanden sei. Doch wurde die Disposition am 16. dahin geändert, daß der Kaiser den Reichskanzler am 17. November um 11 Uhr vormittags im Neuen Palais zum Vortrag empfangen wolle.

** Die später nachgetragene Überschrift des Konzepts stammt von dem Vortragenden Rat Hammann her, von dessen Hand auch zahlreiche Korrekturen des Entwurfs herrühren.

Seine Majestät nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit großem Ernste entgegen und gab seinen Willen dahin kund:

Unbeirrt durch die von Ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik erblicke Er Seine vornehmste Kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Demgemäß billigte Seine Majestät die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten Seines fortdauernden Vertrauens.

Nr. 8267

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von Griesinger

Eigenhändig

Berlin, den 20. November 1908

Der österreichisch-ungarische Botschafter ist heute auf dem Auswärtigen Amt erschienen und hat sich folgenden Auftrags Baron Aehrenthals entledigt:

„Der Verlauf der Audienz Seiner Durchlaucht des Herrn Reichskanzlers bei Seiner Majestät dem Kaiser und König hat Baron Aehrenthal mit aufrichtigster Freude erfüllt, um so mehr, als bei dem hohen Ansehen, das Seine Durchlaucht bei allen Kabinetten genießt, sein Verbleiben im Amt die europäische Lage im günstigsten Sinne beeinflussen wird. Für Österreich-Ungarn, insbesondere im gegenwärtigen ernsten Augenblick, ist es von besonderem Wert, daß die auswärtige Politik des Deutschen Reiches auch weiterhin der sicheren und in kritischen Zeitläuften so sehr bewährten Führung Seiner Durchlaucht anvertraut bleibt."

Seine Exzellenz der Herr Botschafter hätte den Auftrag gerne persönlich bei Seiner Durchlaucht ausgeführt, hat aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige große Inanspruchnahme Seiner Durchlaucht hiervon Abstand nehmen zu sollen geglaubt. Er stellt sich aber jederzeit zur Verfügung Seiner Durchlaucht.

v. Griesinger

Nr. 8268

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 135 Rom, den 19. November 1908

Euerer Durchlaucht mußte ich seinerzeit pflichtgemäß berichten über die für uns überaus peinlichen Eindrücke, welche die Veröffent-

lichungen des „Daily Telegraph“ in Italien hinterließen. Die hiesige politische Welt verfolgte mit größter Aufmerksamkeit die Weiterentwickelung der als Folge jener Enthüllungen in Deutschland hervorgerufenen Krisis. Die vorgestrige Verlautbarung des Reichsanzeigers hat bei unsern Gegnern Enttäuschung, bei unsern Freunden und namentlich auch in den Kreisen der italienischen Regierung große Genugtuung hervorgerufen.

Die Italiener sind subjektiv veranlagt; wie bei allen anderen Dingen fragen sie auch bei politischen Vorgängen zunächst, wie wird die Sache auf uns zurückwirken, welcher Vor- oder Nachteil kann uns daraus erwachsen. Es ist nicht zu leugnen, daß Italien seit einiger Zeit eine viel dreibundfreundlichere Haltung angenommen hat als wie eine längere Reihe von Jahren zuvor. Seine Majestät der König Viktor Emanuel ist von Illusionen über die Machtverhältnisse in Europa und die Eigenschaft seines Landes als Zünglein an der Wage des internationalen Gleichgewichts sichtlich zurückgekommen. Die Herren Giolitti und Tittoni, namentlich unter dem Druck der großen Militärmacht Österreichs, haben jetzt ganz unzweifelhaft der Politik des Landes eine größere Stabilität wie unter Zanardelli und Prinetti verschafft. Jede wenn auch nur moralische Schwächung des Hauptfaktors des Bundes muß daher die gegenwärtigen Minister, angesichts ihrer vielen persönlichen Gegner und der nicht zu unterschätzenden Zahl und Macht der Feinde des Bundesverhältnisses überhaupt, in ihrer eigenen Stellung beeinträchtigen. Daher wurde auch den offiziösen Blättern die Parole gegeben, möglichst wenig von der „Daily Telegraph“-Angelegenheit zu schreiben und lieber über Türken und Bulgaren, Montenegriner und Serben ihren Leserkreis eingehend zu unterhalten. Auch die größeren Oppositionsblätter legten sich eine gewisse Reserve auf, denn die ernsten italiensichen Politiker bangen ihrer Mehrzahl nach innerlich vor dem Gedanken, daß der Dreibund jetzt in Stücke gehen könne.

Weiter schien die englische Enthüllung nach allgemeiner hiesiger Ansicht durchaus geeignet, namentlich die englisch-deutschen Beziehungen noch mehr und in gefährlicher Weise zu verschlechtern. Das Verhältnis Italiens zu England, rectius die Abhängigkeit der Halbinsel von dem seegewaltigen Albion ist aber ein Moment, das immer und immer wieder in das kontinentale Bundesverhältnis herübergreift. Die Allianz beruhte bekanntlich von allem Anfang an auf dem Gedanken, daß England sich zu derselben dauernd freundlich stellt. Wenn die Weiterentwicklung der europäischen Dinge auch die Beziehungen Englands zuerst zu dem einen, jetzt sogar zu dem anderen mitteleuropäischen Kaiserreich wesentlich lockerte, so schien den Italienern dieser Zustand wenigstens so lange noch erträglich, als er nicht in offene Feindschaft ausartete. Man tappte daneben im Gefühl der eigenen Schwäche noch herum nach anderen Stützen und glaubte bei Franzosen und Russen Rat und Hilfe finden zu können. Jedoch die Russen erzeigten sich desinteressiert respektive zu schwach, die Franzosen hochfahrend und anspruchsvoll. So schwankte man denn

zwischen anglophilen und dreibundfreundlichen Anwandlungen. Die Versuche, das italienische Staatsschiff durch die Brandung des englisch-deutschen Gegensatzes hindurch zu lavieren, wurden immer mühevoller, und mit größter Sorge zogen die besten Köpfe des Landes die Möglichkeit eines Konfliktes in Rechnung, der, wohin man sich auch wenden mochte, immer verhängnisvoll für Italien werden muß. Noch die letzten Lebenstage Rudinis waren mit dieser Sorge ausgefüllt. Ähnlich wie er beleuchtete auch Sidney Sonnino die ernste Frage mehrfach publizistisch. Geringere Kapazitäten, wie auch früher Herr Tittoni, glaubten, ihr Land könne vermittelnd eingreifen und als beider Freund beider Gegensätze ausgleichen. Allgemein aber überwiegt jetzt des verstorbenen Marchese Rudini Ansicht, der mir einst rundweg erklärte: Ein Krieg, in dem England in der Reihe unserer Gegner steht, würde das Bundesverhältnis notgedrungen lösen. Denn ultra posse nemo obligatur, und nur unter dieser einschränkenden, ihm damals von unserer Seite als ganz unmöglich bezeichneten Modalität habe er seinerzeit die Allianz erneut. Diese, wenn man billig denkt, vom italienischen Standpunkt wohlbegründet erscheinenden Sorgen treten jetzt zurück, wo eine Rektifizierung der Enthüllungen erfolgte, und wo nach hiesigen Nachrichten man anfängt in England versöhnlicher zu denken. Die Haltung von Krone, Kanzler, Reichstag und Nation soll ja inhaltlich englischer Zeitungen einen großen Eindruck auf die konstitutionell und loyal denkenden Engländer gemacht und diese uns wieder innerlich etwas näher gebracht haben. Das würde natürlich vor allem in Italien freudig begrüßt werden.

Endlich kommt noch ein persönliches Moment mit in Frage. Die Italiener sahen von jeher in Euerer Durchlaucht Person eine Garantie für ein fortdauernd freundliches Verhältnis der Berliner Regierung zu ihnen. Sie begrüßen es daher mit aufrichtiger Freude, daß ein erprobter Freund ihres Landes weiter die Staatsgeschäfte führen darf.

In der Presse kommen den obigen ähnliche Gedanken mehrfach zum Ausdruck. Man räumt ein, daß hier vielfach falsche Vorstellungen über unsere staatlichen Einrichtungen in Geltung sind. Auch war man geneigt, auf die Deutschen als auf ein autokratisch regiertes Volk herabzusehen und uns mit den Russen in einen Topf zu werfen. Die echt konstitutionelle Haltung und die Achtung vor der Verfassung, welche in dieser Krisis alle Faktoren und nicht zum wenigsten die Krone betätigten, wird eigentlich allseits bis tief in die Reihen unserer Gegner herein mit achtungsvollster Sympathie begrüßt. Hierein mischen sich Gefühle des Erstaunens, da die Italiener unserer innerpolitischen Gesetzgebung und Entwickelung doch im großen und ganzen sehr fremd gegenüberstehen und die verschiedensten Faktoren des öffentlichen Lebens in Deutschland fortdauernd falsch einschätzen.

Monts

Nr. 8269

Der Gesandte im Haag von Müller an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändiger Privatbrief

Haag, den 8. Dezember 1908

Euerer Durchlaucht gestatte ich mir, einem aus Berlin erhaltenen Winke folgend, meine Beteiligung an der formellen Behandlung des „Daily Telegraph-"Interviews zu schildern, wie solche sich nach gewissenhafter Selbstprüfung in meiner Erinnerung darstellt. Daß ich nicht eher zur Feder griff, daß mir der Gedanke, ich müßte zu einer Rechtfertigung bezw. Klarstellung meines Verhaltens schreiten, überhaupt nicht gekommen ist, bitte ich durch die Überzeugung erklären zu wollen, daß mich bei der unbedeutenden[1] Rolle, die ich in der Angelegenheit zu spielen berufen worden bin, eine Schuld nicht treffen könne. Denn — das möchte ich zum bessern Verständnis des Folgenden vorausschicken — durch eine eigene Verkettung von Umständen bin ich gar nicht dazu gekommen, das Manuskript des Interviews zu lesen[2], sodaß ich von dessen Inhalt erst durch die deutschen Zeitungen vom 28. Oktober d. Js. Kenntnis erhalten habe.

Euerer Durchlaucht bitte ich die näheren Umstände hier darlegen zu dürfen, die es mit sich gebracht haben, daß ich weder in das Stuart Wortleysche Manuskript noch in die Maschinenreinschrift Einsicht genommen habe.

Am 6. Oktober d. Js. abends 7 Uhr ließen Euere Durchlaucht mich rufen, um mir im Laufe einer Stunde etwa vier bis fünf Entwürfe zu diktieren, die ich mit Blei niederschrieb. Von diesen Entwürfen, die ich späterhin mit Tinte in Reinkonzepte umzuwandeln hatte, war der letzte ein Privatschreiben Euerer Durchlaucht an Freiherrn von Jenisch, das sich bei den Akten befindet und ungefähr folgenden Wortlaut haben muß:

Norderney, den 11. Oktober 1908

„Mein lieber Martin,

Anbei sende ich Dir die Anlagen Deines Briefes vom .... zurück, von denen ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen habe[1*]. Ich bitte Dich, das Seiner Majestät zu sagen und dabei meinen alleruntertänigsten Dank[3] für diesen neuen Beweis allerhöchsten Vertrauens zum Ausdruck zu bringen." usw. usw.

Während des Diktierens, also nach der von Euerer Durchlaucht getroffenen Entscheidung[4], übergaben mir Euere Durchlaucht einen Bericht

---

* Das stand keineswegs in dem Bülowschen Schreiben an Jenisch (vgl. Nr. 8252) vom 11. Oktober.

aus der Feder des Herrn Unterstaatssekretärs Stemrich*, der eine Reihe von Änderungsvorschlägen mit Bezug auf eine Anlage in englischer Sprache (Manuskript des Interviews) enthielt, mit dem Hinzufügen, die Anlagen seien, wie es am Schlusse des Berichts heiße, nicht vollzählig, es müsse deshalb mit der Absendung des Briefes bis zum Eintreffen der letzten Anlage aus Berlin gewartet werden.

Noch am nämlichen Abend machte ich mich zunächst an die Umwandlung der eiligsten Bleistiftentwürfe in Reinkonzepte, sparte mir aber dabei das Schreiben an Freiherrn von Jenisch, das noch warten konnte, für später auf. Nur auf diese Weise konnte es mir gelingen, Euerer Durchlaucht schon am darauffolgenden Nachmittage drei der weniger umfangreichen Reinkonzepte zur Paraphierung vorzulegen. Von diesen hatte ich nun noch Reinschriften anzufertigen. Da ich also für die nächsten Tage viel Arbeit voraussah, ging ich nun, noch ehe die fehlende Anlage aus Berlin eingetroffen war, auch an das Reinkonzept des mit Blei geschriebenen Briefes an Freiherrn von Jenisch. Von dem englischen Manuskript nahm ich indessen noch keine Kenntnis, weil ich zur Lektüre desselben auf die noch ausstehende Anlage aus Berlin wartete[5]. Als am übernächsten Tage, dem 8. Oktober, diese Anlage noch nicht in meinen Händen war, erlaubte ich mir danach zu fragen. Euere Durchlaucht antworteten mir, sie sei noch nicht eingetroffen.

Als ich nun endlich am Sonnabend, dem 10. Oktober, dem Tage vor der Abreise von Norderney, kurz vor dem Ein-Uhr-Frühstück bei Euerer Durchlaucht eintrat, um einige weitere Reinschriften zur Unterschrift vorzulegen, befand sich auch das Reinkonzept des Briefes an Freiherrn von Jenisch in meiner Aktenmappe. Euere Durchlaucht reichten mir mit den Worten: „Hier ist die Anlage aus Berlin!“ einen mit Maschinenschrift bedeckten Bogen, den ich zu den übrigen Anlagen meines Konzeptes legen wollte, und den ich nunmehr zusammen mit dem englischen Originalmanuskript wohl gelesen haben würde, wenn ich damit, wie sonst immer, auf mein Zimmer zurückgekehrt wäre. Euere Durchlaucht bestimmten aber, daß nicht, wie bisher, mein nunmehr von Euerer Durchlaucht paraphiertes Reinkonzept mir zum Mundieren überlassen bleiben sollte, sondern verfügten: „Schicken Sie das Konzept mit der soeben angekommenen Anlage an Unterstaatssekretär Stemrich nach Berlin; es soll mit der Maschine mundiert und mir dort übermorgen nach der Rückkehr zur Unterschrift vorgelegt werden.“ Hierbei boten Euere Durchlaucht mir ein entsprechendes großes Kuvert. Nachdem ich auf einen weißen Umschlag noch einen Vermerk gesetzt hatte, der ungefähr also gelautet haben mag: „Seine Durchlaucht lassen bitten, das Konzept mit der Schreibmaschine zu mundieren und nach Rückkehr vorzulegen“, steckte ich sofort alle Piecen in das Kuvert, das ich schloß und noch am gleichen Tage, also am 10. Oktober d. Js., nach Berlin befördern ließ.

---

* Vgl. Nr. 8251.

So hat ein Zufall[6] gewollt, daß ich von den beiden Anlagen zu Euerer Durchlaucht Schreiben keine Kenntnis erhalten habe. Von der ersten englischen hätte dies wohl geschehen können; ich hatte mir aber, wie gesagt, die Einsicht in das Manuskript aufgespart, bis sämtliche Anlagen eingetroffen sein würden[5]. Das Bestreben, zahlreiche Reinkonzepte rechtzeitig fertigzustellen, hatte mich veranlaßt, die Umwandlung der Bleistiftskizze zu dem Privatschreiben an Freiherrn von Jenisch in ein Tintenkonzept vorzunehmen, noch ehe ich den Wortlaut der Anlage aus Berlin kennen lernen konnte. In diese letztere aber war es mir überhaupt unmöglich Einsicht zu nehmen, weil sie, kaum in meine Hände gelangt, auf besondere Anordnung Euerer Durchlaucht[3] mit allen übrigen zu dem Gegenstande gehörigen Stücken sofort nach Berlin zurückgesandt wurde. An der Hand der in Norderney und Berlin gemachten Expeditionsvermerke dürfte sich die Richtigkeit meiner Angaben leicht nachprüfen oder, wo mein Gedächtnis mich im Stich gelassen haben sollte, ein Irrtum richtigstellen lassen.

Euere Durchlaucht bitte ich, hochgeneigtest berücksichtigen zu wollen, daß, nachdem Hochdieselben die Piecen zuvor zur Prüfung und Berichterstattung nach Berlin in den Geschäftsgang gegeben hatten und diese mit einer gutachtlichen Äußerung des Herrn Unterstaatssekretärs von dort zurückgekehrt waren, mir eine Revision der Ausarbeitung des Herrn Stemrich ohne weiteres nicht wohl zugestanden hätte[3]. Einen Auftrag, diese Ausarbeitung nachzuprüfen, hatte ich nicht erhalten[7], und dies auf eigene Verantwortung hin zu tun, hätte ich umsomehr als außerhalb meiner Befugnisse liegend betrachten müssen[5], als Euere Durchlaucht durch den Wortlaut des Antwortschreibens an Freiherrn von Jenisch jene Ausarbeitung bereits genehmigt zu haben schienen[8]. Ich darf wohl hinzufügen, daß, wenn Euere Durchlaucht mir die Sache zur Prüfung überwiesen hätten, ich diese Prüfung mit derjenigen Sorgfalt vorgenommen haben würde, die ich stets bemüht gewesen bin auf die mir übertragenen Arbeiten zu verwenden; ich würde dann gewiß nicht verfehlt haben, Euere Durchlaucht auf den eigentümlichen Inhalt des Manuskripts aufmerksam zu machen.

Zum Schluß bitte ich noch einmal zusammenfassend hervorheben zu dürfen, daß ich, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, die betreffenden Schriftstücke überhaupt zum ersten Mal bei ihrem zweiten Erscheinen in Norderney zu Gesicht bekommen habe[3], daß es nicht meines Amtes sein konnte, dieselben nach einer bestimmt von Euerer Durchlaucht gegebenen Instruktion[8] auf ihre Richtigkeit oder Zweckmäßigkeit hin zu prüfen[9], und daß, selbst wenn ich das englische Manuskript gelesen hätte, ich meine Ansicht der vorher von Euerer Durchlaucht ausgesprochenen gegenüber[10] gewiß hätte unterordnen müssen. War ich doch, wenn auch irrtümlich, der Überzeugung, daß Euere Durchlaucht die Angelegenheit geprüft und hiernach die in dem Schreiben an Freiherrn von Jenisch ausgesprochene Entscheidung getroffen hätten.

In der mich auch heute noch ganz erfüllenden Überzeugung, daß ich nicht wohl anders hätte handeln können, wende ich mich vertrauensvoll an Euerer Durchlaucht Gerechtigkeitsgefühl und an das mir stets bewiesene Wohlwollen mit der ehrerbietigsten Bitte, das Zutreffende meiner Darstellung anerkennen und mich gegen unrichtige Auffassungen und falsche Anklagen, wie ich solchen in der Presse begegnet bin, in Schutz nehmen zu wollen[11]. Zugleich aber wage ich meinem lebhaften Bedauern Ausdruck zu geben, daß es mir in der ehrenvollen Stellung, in welche Euere Durchlaucht mich auch in diesem Jahre nach Norderney zu berufen die Gewogenheit hatten, nicht vergönnt gewesen ist, dazu beizutragen, Euere Durchlaucht vor den unglücklichen Folgen der Veröffentlichung des Interviews zu bewahren.

von Müller
Kaiserlicher Gesandter

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] ??
[2] !!!
[3] ?
[4] ?!
[5] !
[6] !?
[7] Im Gegenteil! Ich habe Müller ausdrücklich — und zweimal — angewiesen, das Manuskript sorgsam auf seinen Inhalt zu prüfen*, da ich selbst keine Zeit hätte, es zu lesen.
[8] ??!
[9] dazu hatte ich Müller besonders angewiesen
[10] !!??
[11] ! il ne manque plus que cela

---

* Das ist von dem Gesandten von Müller fortdauernd kategorisch in Abrede gestellt worden. In einer von ihm mitunterschriebenen Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherrn von Schoen vom 27. September 1909 heißt es darüber: „Meines Wissens habe Fürst Bülow dem Gesandten den Vorwurf zu machen, trotz wiederholter besonderer Aufforderung das Manuskript und dessen Abschriften nicht geprüft zu haben. Herr von Müller stellte mit der größten Entschiedenheit in Abrede, daß ihm ein solcher Auftrag jemals erteilt worden sei." Andererseits versicherte Fürst Bülow dem Staatssekretär Freiherrn von Schoen am 22. Oktober 1910, „er entsinne sich ganz bestimmt, Müller wiederholt auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam gemacht und ihn zur Prüfung des Artikels des englischen Obersten aufgefordert zu haben". Aufzeichnung Freiherrn von Schoens vom 22. Oktober 1909.

Nr. 8270

*Der Reichskanzler a. D. Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen**

Privatbrief. Ausfertigung

Villa Edda, Norderney, den 25. September 1909

Nachdem die „Märkische Volkszeitung" vorgestern den Ihnen zweifellos bekannten Artikel über das Interview im „Daily Telegraph" gebracht hatte, wurde von verschiedenen Blättern bei mir angefragt, ob ich mich ihrer Spalten zur Widerlegung jener Auslassung zu bedienen wünsche. Ich erwiderte, daß ich in keine Polemik eintreten wolle. Heute ist mir von dem

---

* Im Anschluß an die gleichzeitigen Schriftstücke zur „Daily Telegraph"-Affäre mögen noch einige Schriftstücke aus dem Herbst 1909 mit retrospektiven Angaben über die Novembertage gebracht werden.

Bald nach der Entlassung des Fürsten Bülow am 14. Juli 1909, die ihren unmittelbaren Anlaß in dem Scheitern der Finanzreformpläne der Regierung, insbesondere der von den Konservativen zu Fall gebrachten Erbanfallsteuer hatte, ihren tieferen Grund aber in dem seit der „Daily Telegraph"-Affäre gestörten Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler fand, erhoben sich in der Presse Auseinandersetzungen über die eigentlichen Ursachen der Entlassung, die auch vielfach auf die Novemberereignisse zurückgriffen. Am 23. September 1909 brachte u. a. die „Märkische Volkszeitung", ein Zentrumsblatt, einen Artikel: „Die Wahrheit über die Novembertage", der großes Aufsehen verursachte. Die Genesis des „Daily Telegraph"-Artikels war darin folgendermaßen dargestellt:

„Ehe der Kaiser sich nach England begab, hatte er eingehende Unterredungen mit dem Reichskanzler, um mit diesem alles durchzusprechen, was während des Aufenthaltes geschehen könnte, um eine Besserung des Verhältnisses mit England herbeizuführen. In diesem Gespräche zeigte sich vollkommene Übereinstimmung zwischen Kaiser und Kanzler, und dabei wurden alle Materien, die in dem späteren Interview sich fanden, besprochen.

Der Kaiser führte dann während seines Aufenthaltes in Highcliffe die Unterredungen ganz im Sinne der Rücksprache mit dem Reichskanzler; er blieb auch im steten Kontakt mit diesem und verständigte ihn durch Briefe über alle Unterredungen. Fürst Bülow aber erklärte sich in ganz überschwänglichen Briefen mit dem Vorgehen des Kaisers völlig einig; diese Briefe werden später einmal ein ganz eigenartiges Licht auf das Verhalten des Reichskanzlers werfen.

Die Aussprache des Kaisers mit hervorragenden Engländern erreichte ihren Zweck; man beurteilte in diesen Kreisen Deutschland nun wesentlich günstiger. Dieser Erfolg ermutigte uns, die Mitteilungen des Kaisers einer breiteren Öffentlichkeit vorzusetzen. (Der verstorbene englische Journalist Bashford hatte schon im Januar 1908 einen Teil publiziert, ohne daß er viel Beachtung fand; ein ‚Wissender' hatte im September 1908 der ‚Deutschen Revue' alles gesagt, was später im ‚Daily Telegraph' stand; aber die breite Öffentlichkeit kehrte sich nicht viel daran; man suchte nun nach einem anderen Mittel und wählte dazu den immer Aufsehen erregenden Weg eines kaiserlichen Interviews.) Dem Kaiser wurden die Grundgedanken der Aussprache in einem sehr deutlich geschriebenen Manuskript vorgelegt; es sollten daraus eine Reihe von Leitartikeln in

Chefredakteur der „B. Z. am Mittag" das abschriftlich angeschlossene Telegramm* zugegangen, wonach sich die „Kreuzzeitung" die Lügen der „Märkischen Volkszeitung" aneignet.

Der Artikel der „Märkischen Volkszeitung" war im wesentlichen eine Wiederaufwärmung Martinscher Verleumdungen**. Alle von der „Märkischen Volkszeitung" aufgestellten Behauptungen sind unwahr. In dem

---

der englischen Presse verfertigt werden. Die von den deutschen Offiziösen später gebrauchte Ausrede von dem ‚schwer lesbaren Manuskript' kann nur Heiterkeit erregen; niemand wird wagen, dem Kaiser ein solches Manuskript zu unterbreiten; es war mit Maschinenschrift hergestellt. Der Kaiser las es durch, machte einige Randnotizen und gab den direkten Auftrag, dem Reichskanzler das Manuskript zuzusenden, mit dem Ersuchen, es auf seine historische Richtigkeit zu prüfen und über die Opportunität der Veröffentlichung zu berichten."

Es folgen dann in dem Artikel der „Märkischen Volkszeitung" nähere Angaben über die Behandlung des Manuskripts von seiten des Reichskanzlers bzw. des Auswärtigen Amts, die lediglich Bekanntes wiederholen. Im Anschluß daran wird über die Auswirkung der Veröffentlichung in politischer wie in persönlicher Beziehung weiter gesagt:

„Die Wirkung der Publikation im In- und Auslande war aber nicht die gewünschte, und nun sprang Fürst Bülow beiseite und ließ die Pfeile auf den Kaiser prasseln, statt ihn durch vollständige Aufdeckung des Sachverhalts zu schützen. Das eingereichte Entlassungsgesuch mußte abgelehnt werden. Fürst Bülow war es, der dem Kaiser den Rat gab, während der Reichstagsdebatten sich von Berlin fernzuhalten. (Wie das Programm der Donaueschinger Abendunterhaltung in das Bülowsche Leiborgan gelangte, entzieht sich der Kenntnis unserer Gewährsmänner.) Als am 17. November dann die Aussprache stattfand, nahm sie einen anderen Verlauf, als es die offiziösen Federn darzustellen beliebten. Das frühere Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler war zerstört; einzelne Mitglieder der kaiserlichen Familie sprachen sich darüber sehr deutlich aus. Fürst Bülow erkannte das Unhaltbare seiner Situation und bat am 11. März 1909 erneut um seine Entlassung. Das war vor der Sprengung des Blocks und vor der Ablehnung der Erbschaftssteuer. Der Kaiser lehnte sie angesichts der politischen Gesamtsituation ab mit den Worten: ‚Jetzt nicht!' und sagte sich für den 12. März zum Diner an. Fürst Bülow hoffte nun wieder ganz im Sattel zu sitzen; aber er sollte an der Reichsfinanzreform ‚verbluten'."

Zu dem Artikel der „Märkischen Volkszeitung", der ihm im Ausschnitt vorgelegt wurde, bemerkte der Kaiser: „Die Tatsachen sind absolut richtig." Vgl. auch Nr. 8274.

* Hier nicht abgedruckt.

** Regierungsrat a. D. Rudolf Martin hatte nach mehreren den Novemberereignissen gewidmeten Artikeln der „Gegenwart" im Frühjahr 1909 ein Buch „Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II." erscheinen lassen, das den Reichskanzler als den eigentlichen Schuldigen der „Daily Telegraph"-Affäre und der sogenannten „Novemberrevolution" hinstellt. Gegen Ende des Jahres 1909 ließ R. Martin ein zweites Buch, „Deutsche Machthaber", folgen, das seine Enthüllungskampagne fortsetzte. Aus diesem Buche, das von Otto Hammann, Um den Kaiser, S. 118, Fußnote, mit Recht „eine groteske Geschichtsklitterung, zusammengeflickt aus lauter fadenscheinigen Hypothesen," genannt wird, ergibt sich, daß sich damals um Rudolf Martin eine kleine Gruppe von Persönlichkeiten, die sich die „Kaiserlichen" nannten, zusammengeschlossen hatten, um den Fürsten Bülow zu Fall zu bringen. Als der Inspirator dieser Gruppe erscheint der Botschaftsrat a. D. Freiherr von Eckardstein, der sichtlich Martin das Material zu den Angaben seines Buches „Deutsche Machthaber" über die englischen Avancen an Deutschland aus den Jahren 1898 ff. geliefert hat. Vgl. dazu O. Hammann, Um den Kaiser, S. 117 f.

Interview des „Daily Telegraph" standen allgemeine Betrachtungen über das Wünschenswerte der Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, mit denen jeder einverstanden sein konnte. Es enthielt Äußerungen über die englandfeindliche Stimmung weiter Kreise des deutschen Volks, die Seiner Majestät besser nicht in den Mund gelegt worden wären, aber relativ ungefährlich waren. Dagegen enthielt das Interview drei Punkte, auf welche die durch den Artikel des „Daily Telegraph" hervorgerufene Erregung zurückzuführen war: Die Behauptung, daß durch Seine Majestät den Kaiser der Versuch Rußlands und Frankreichs verhindert worden wäre, England bis in den Staub zu demütigen; die Behauptung, daß Seine Majestät einen ernsthaften Feldzugsplan gegen die Buren für die Engländer ausgearbeitet hätte; die Behauptung, daß unsere Flotte im Stillen Ozean, also gegen Japan verwendet werden könnte und mit diesem Hintergedanken gebaut würde. Ihnen brauche ich nicht zu sagen, daß ich Seiner Majestät dem Kaiser nie geraten habe, sich im Sinne dieser drei Punkte auszusprechen. Ich habe, als Seine Majestät im Herbst 1907 die Reise nach England antrat, nicht geahnt, daß Seine Majestät sich in diesem Sinne äußern würde. Ich habe, bis der Artikel des „Daily Telegraph" erschien, nicht geahnt, daß Seine Majestät sich in diesem Sinne ausgesprochen hätte. Ich kann mich nicht entsinnen, daß Seine Majestät mir aus England über seine Unterredungen während dem damaligen Besuch überhaupt geschrieben oder telegraphiert hat*. Ich glaube es nicht. Was ich aber mit absolutester Sicherheit weiß, ist, daß Seine Majestät mir niemals brieflich, telegraphisch oder mündlich etwas von Äußerungen in dem angegebenen Sinne gesagt hat. Soviel ich weiß, ist auch Ihnen, der Sie damals Seine Majestät nach London begleiteten, und Metternich, der in Highcliffe im Gefolge Seiner Majestät war, über derartige Äußerungen Seiner Majestät nichts bekannt geworden; jedenfalls haben weder Sie noch Metternich mir je etwas davon gesagt**. Ich glaube nicht, daß ich während des damaligen Aufenthalts Seiner Majestät in England überhaupt an Seine Majestät geschrieben und speziell über seine Unterredungen geschrieben habe. Jedenfalls habe ich mich niemals und zu keiner Zeit mit Äußerungen Seiner Majestät in dem vorgedachten Sinne einverstanden erklärt. Ich habe, solange ich im Amt war, Seiner Majestät stets Vorsicht in brieflichen und mündlichen Äußerungen angeraten. Speziell habe ich Seine Majestät stets gebeten, den Engländern nichts zu sagen, was nicht Russen, Franzosen, Japaner und Amerikaner erfahren könnten, und umgekehrt. Ich habe Seine Majestät auch stets gebeten, die Japaner nicht zu reizen oder mißtrauisch zu machen;

---

* Bei den Akten liegen derartige Briefe oder Telegramme nicht.

** Immerhin hatte Graf Metternich in einem Berichte vom 15. Januar 1908 (Nr. 48) die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amts auf den Artikel Bashfords im „Strand Magazine", „Kaiser Wilhelm II.", hingelenkt, in dem sich bereits Äußerungen des Kaisers aus den Highcliffe-Tagen analog denen des „Daily Telegraph"-Artikels fanden. Vgl. S. 170, Fußnote**.

ich habe Seiner Majestät mehr wie einmal gesagt, daß man in der Politik an etwa geleistete Dienste nicht zu oft erinnern müsse. Der Gedanke, daß ich die in Rede stehenden Äußerungen Seiner Majestät gebilligt oder gar inspiriert hätte, ist so unsinnig, daß ich kein Wort weiter darüber verliere. Und dasselbe gilt wohl von Ihnen, Metternich und allen amtlichen Beratern Seiner Majestät.

Somit sind alle diesbezüglichen Angaben im Artikel der „Märkischen Volkszeitung" absolut unwahr. Es ist aber meines Wissens auch unrichtig, daß in dem September-Artikel der „Deutschen Revue" alles gesagt worden wäre, was später im „Daily Telegraph" stand. Es ist nicht einmal richtig, daß das Manuskript für den Artikel des „Daily Telegraph" mir in Maschinenschrift vorgelegt worden wäre*; die Abschrift in Maschinenschrift ist erst später im Auswärtigen Amt hergestellt worden. Seine Majestät hat auch keine Randnotizen zu dem Manuskript gemacht, das ich ja überhaupt nicht gelesen habe.

Ebenso unwahr sind die weiteren Behauptungen des Artikels. Die Unterredungen, welche Seine Majestät der Kaiser im November und im März mit mir hatte, wurden von Seiner Majestät in der gnädigsten und freundlichsten Weise geführt. Es ist Seiner Majestät auch nicht eingefallen, ein Entlassungsgesuch von meiner Seite im März mit den Worten „jetzt nicht" abzulehnen. Seine Majestät hat mich an diesem Tage und später fortgesetzt seines Vertrauens versichert. Seine Majestät telegraphierte mir noch in diesem Sinne an meinem Geburtstag und sprach in diesem Sinne mit mir in Kiel, als ich um meinen Abschied bat. Seine Majestät wollte mir diesen Abschied nicht geben, und erst nach längerer Unterredung gelang es mir, Seine Majestät davon zu überzeugen, daß die durch die Ablehnung der Erbschaftssteuer geschaffene Lage mein Bleiben unmöglich mache.

Ich habe an den Redakteur der „B. Z." geantwortet, er möge von der Entsendung eines seiner Mitarbeiter an mich absehen, da ich an dem Entschlusse festhielte, mich auf keine Polemik einzulassen. Ich stelle Ihnen aber zur Erwägung, ob gegenüber dem Vorgehen der „Kreuzzeitung" nicht eine amtliche Abwehr angezeigt ist. Es ist den Parteien natürlich unbequem, die Verantwortung für meinen Rücktritt vor dem Lande zu tragen. Es darf ihnen aber nicht gestattet werden, dies Odium von sich auf die Krone abzuwälzen und damit wahrheitswidrigen Klatschereien, Entstellungen, neuem Gerede über Kamarilla und persönliches Regiment Tür und Tor zu öffnen. Ein Dementi müßte nach meinem Gefühl vom „Reichsanzeiger" gebracht werden, ganz klar, sehr fest und wuchtig sein.

Bülow

---

* Das war allerdings der Fall; vgl. Nr. 8257, S. 180, Fußnote *.

Nr. 8271

Der Reichskanzler a. D. Fürst von Bülow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Linderhof i. Oberbayern

Privatbrief. Reinschrift

Villa Edda, Norderney, den 28. September 1909

Schoen wird Ihnen gemeldet haben, daß ich gegenüber den unwürdigen Verdächtigungen, denen ich seit einiger Zeit ausgesetzt bin, ein amtliches, unzweideutiges und entschiedenes Dementi für notwendig halte. Die gegen mich verbreiteten Anschuldigungen sind dreiste und unsinnige Lügen. Es ist nicht wahr, daß ich von dem Inhalt des im „Daily Telegraph" veröffentlichten Artikels vorher etwas gewußt hätte. Ich habe das umfangreiche Manuskript im Drange der Geschäfte und im Vertrauen auf meine Untergebenen seinerzeit nicht selbst gelesen und war überrascht und entsetzt, als ich es einige Wochen später aus der mir vorgelegten Wolff-Depesche kennen lernte. Die Veröffentlichung des Interviews durch Wolff ist spontan erfolgt, ohne vorherige Anfrage bei mir. Das Interview enthielt eine Reihe allgemeiner Betrachtungen über das Wünschenswerte einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen, die harmlos waren. Es enthielt eine Bemerkung über die englandfeindliche Stimmung weiter deutscher Kreise, die besser nicht Seiner Majestät in den Mund gelegt worden wäre, aber relativ unschädlich war. Das Interview enthielt aber weiter drei Punkte, auf welche die Sensation zurückzuführen war, die es in der Welt hervorrief, und die Erregung, die in Deutschland entstand: Die Behauptung, daß Seine Majestät der Kaiser Rußland und Frankreich verhindert hätte, England bis in den Staub zu demütigen; die Behauptung, daß Seine Majestät für England den Feldzugsplan gegen die Buren ausgearbeitet hätte, und daß dieser Plan mit dem von Lord Roberts durchgeführten ziemlich identisch gewesen wäre; die Behauptung, daß wir unsere Flotte mit dem Hintergedanken bauten, sie im Stillen Ozean, das heißt gegen Japan zu verwenden. Ich habe, bevor das Interview erschien, nicht geahnt, daß Seine Majestät sich über diese drei Punkte in der im „Daily Telegraph" angegebenen Weise in England ausgesprochen hätte, geschweige denn mich nachträglich mit einer solchen Sprache einverstanden erklärt oder gar dazu geraten. Ich habe Seine Majestät während meiner Amtszeit stets eindringlich um Vorsicht und Zurückhaltung in politischen Gesprächen gebeten. Ich habe einen großen Teil meiner Zeit und Arbeitskraft darauf verwenden müssen, die stattgefundenen Entgleisungen und Indiskretionen wiedergutzumachen. Ich habe Seine Majestät speziell gebeten, den Engländern kein Wort zu sagen, das Russen und Franzosen, Japaner und Amerikaner nicht wieder erfahren könnten. Ich wäre mir natürlich nicht einen Augenblick im Zweifel darüber gewesen, daß eine so drastische Anschwärzung der Russen und Franzosen bei den Engländern von letzteren nur als ein Versuch auf-

gefaßt werden würde, die von ihnen angebahnte Annäherung an jene Länder zu durchkreuzen, und daß damit das gerade Gegenteil der gewünschten Wirkung erzielt werden mußte. Die allerhöchste Äußerung über den Feldzugsplan gegen die Buren kann ich schon deshalb nicht angeraten oder gutgeheißen haben, weil ich den betreffenden Brief Seiner Majestät an die Königin Viktoria gelesen hatte und wußte, daß derselbe aphoristische und akademische Betrachtungen über Kriegführung enthielt und für den Ausgang des südafrikanischen Feldzuges nicht von praktischer Bedeutung gewesen sein konnte. Und was endlich Japan angeht, so habe ich Seine Majestät immer und immer wieder gewarnt, dieses empfindliche und mißtrauische Volk nicht noch argwöhnischer zu machen, als es durch mancherlei Vorgänge („Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter", Reden über „yellow peril" usw. usw.) ohnehin geworden sei. Ich entsinne mich, daß ich vor zwei oder drei Jahren telegraphisch einen schon seit mehreren Tagen abgegangenen Brief Seiner Majestät an Roosevelt zurückgehalten habe, weil er mir, als ich nachträglich von seinem Inhalte erfuhr, unvorsichtige Wendungen über Japan zu enthalten schien.

Ich kann mich nicht erinnern, Seiner Majestät im Herbst 1907 während seines Besuches in England überhaupt über die von ihm geführten Unterredungen geschrieben zu haben. Ich glaube es nicht. Das aber kann ich mit der äußersten Bestimmtheit erklären, daß ich mich gegenüber Seiner Majestät mit Äußerungen, wie die vom „Daily Telegraph" wiedergegebenen, über jene drei Punkte niemals weder schriftlich noch mündlich, weder brieflich noch telegraphisch einverstanden erklärt habe noch einverstanden erklären konnte. Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet, Seine Majestät der Kaiser habe gelegentlich Briefe von mir, in denen ich meinem Einverständnis Ausdruck gegeben hätte, „einem Politiker" gezeigt. Man zeige mir diese Briefe. Sie existieren ebenso wenig wie der fragliche Politiker. Ich habe die in Rede stehenden Äußerungen Seiner Majestät vorher ebensowenig gekannt, wie ich vorher etwas wußte von dem Brief an Lord Tweedmouth*, von der Verwahrung gegen die Kandidatur des amerikanischen Botschafters Hill**, von der Swinemünder Depesche an den Prinzregent von Bayern***, von dem Telegramm an den Fürsten von Lippe†,

---

* Vgl. Kap. CLXXV, Nr. 8181 ff.

** Näheres darüber bei Freiherrn von Schoen, Erlebtes, S. 91 ff.; Otto Hammann, Um den Kaiser, S. 97.

*** Am 10. August 1902 hatte Kaiser Wilhelm II. von Swinemünde aus ein Telegramm an den Prinzregenten von Bayern gerichtet, in dem er seine „Entrüstung" über die Ablehnung einer Summe von 100000 M. für Kunstwerke von seiten des bayerischen Landtags aussprach und dem Prinzregenten die verweigerte Summe zur Verfügung stellte. Siehe den Wortlaut des kaiserlichen Telegramms in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1902, S. 136.

† Am 26. September 1904 hatte Kaiser Wilhelm II., nachdem durch den Tod des Regenten des Fürstentums Lippe, Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld, die Erbschafts- und Regentschaftsfrage wieder aufgerollt war, an den Grafen Leopold, Sohn des Grafen

von sehr vielen Reden, von der Hunnen-Rede des Sommers 1900* bis zur Schwarzseher-Rede im Manöver 1906**. Die gegen mich gerichteten Angriffe enthalten noch andere und zahlreiche Unwahrheiten. So ist es unwahr, daß ich im Juni mit der Hoffnung nach Kiel gefahren wäre, Seine Majestät würde mein Entlassungsgesuch nicht annehmen. Ich war im Gegenteil mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage fest entschlossen, auf meinem Abschiedsgesuch zu bestehen. Ohne auf andere geringfügigere Einzelheiten einzugehen, will ich nur noch einen Punkt hervorheben, nämlich die Behauptung der „Kreuzzeitung", ich hätte das Vertrauen Seiner Majestät nur noch „offiziell" besessen und es auch nicht wieder zurückgewonnen. Seine Majestät hat zweimal mein Entlassungsgesuch unter Betonung seines Vertrauens zu mir abgelehnt***. Er hat nach der eingehenden Aussprache, die ich im März mit ihm hatte, mich in der gnädigsten, herzlichsten und wärmsten Weise seines vollen und unerschütterlichen Vertrauens versichert. Er hat sich wiederholt zu Tische bei mir angesagt, mich besucht, mich nach Potsdam eingeladen, in Berlin, Potsdam, Wiesbaden usw. in der gnädigsten, freundschaftlichsten Weise mit mir verkehrt. Er hat mich und meine Frau, als er von uns Abschied nahm, eingeladen, zum Geburtstag Ihrer Majestät der Kaiserin nach Potsdam zu kommen. Er hat mir wiederholt (zu meinem Geburtstag, am 3. Mai, vor seiner Reise zum Kaiser von Rußland und noch nach der Ablehnung der Erbschaftssteuer) im herzlichsten Tone und in einer Weise telegraphiert, die keinen Zweifel ließ an seinem Wunsch, daß ich im Amte bleiben möge. Er hat, als ich in Kiel um meine Entlassung bat, die ganze innere und auswärtige Lage wie die Wahl meines Nachfolgers vertrauensvoll und freundschaftlich mit mir durchgesprochen. Es ist mir erst nach langer Unterredung in Kiel gelungen, Seine Majestät davon zu überzeugen, daß ich nach der Ablehnung der Erbschaftssteuer im Hinblick auf die von mir seit den

---

Ernst, telegraphiert: „Ich spreche Ihnen mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Rechtslage in keiner Weise geklärt ist, kann ich die Regentschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen. Ich lasse auch das Militär nicht vereidigen."

* Vgl. Bd. XVI, Kap. CIV, Nr. 4540, Fußnote **.

** Am 8. September 1906 hatte der Kaiser in Breslau auf einem Mahle der Provinz Schlesien gesagt: „Den Lebenden gehört die Welt und der Lebende hat Recht. Schwarzseher dulde ich nicht, und wer sich zur Arbeit nicht eignet, der scheide aus, und wenn er will, suche er sich ein besseres Land". Siehe den vollen Wortlaut der Rede in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1906, S. 160 f.

*** Am 30. Oktober 1908 und am 11. März 1909. Auch am 26. Juni, wo Fürst Bülow dem Kaiser eingehend Vortrag über die Aussichtslosigkeit der Reichsfinanzreform hielt und im Anschluß daran um seine Entlassung bat, lehnte der Kaiser die sofortige Verabschiedung ab: er könne der Erfüllung des Wunsches des Fürsten Bülow auf Entbindung von seinen Ämtern nicht eher näher treten, als bis die Arbeiten für die Finanzreform ein positives und für die Verbündeten Regierungen annehmbares Ergebnis gezeitigt haben würden. Über die Unterredung zwischen Kaiser und Kanzler vom 11. März 1909 siehe O. Hammann, Um den Kaiser, S. 118 ff. und das freilich mit äußerster Vorsicht zu benutzende Buch von Rud. Martin, Deutsche Machthaber, S. 307 ff.

letzten Wahlen in der inneren Politik eingeschlagene Richtung nicht Reichskanzler bleiben könne. In welchem Lichte erscheint Seine Majestät, wenn das alles Komödie war! Ich bin aber überzeugt, daß es nicht Komödie war, daß Seine Majestät nicht den Wunsch hatte, sich von mir zu trennen. Wie ich andererseits nicht zurückgetreten wäre, wenn der Ausgang der Reichsfinanzreform mich dazu nicht genötigt hätte.

Ich habe nach meinem Rücktritt keinen anderen Wunsch, als jedes Hervortreten in der Öffentlichkeit zu vermeiden und ein friedliches und unabhängiges Leben zu führen. Ich habe aber das Recht zu verlangen, daß derartigen niederträchtigen Verleumdungen entgegengetreten wird, die sich gegen die Ehre eines Mannes richten, der unter schwierigen Verhältnissen und nicht ohne Erfolge zwölf Jahre Minister und neun Jahre Reichskanzler war. Wohin soll es führen, wenn diese Verleumdungskampagne weitergeht, wenn ich schließlich nicht länger schweigen kann, wenn es vielleicht zu Prozessen kommt, und wenn meinen Erklärungen, die ich auf meinen Eid nehme, angebliche Äußerungen Seiner Majestät entgegengehalten würden. Es würde das eine der traurigsten Wendungen in der deutschen Geschichte sein, die ich der Krone und dem Lande ersparen möchte. Es ist endlich vorauszusehen, daß bei einem weiteren Umsichgreifen dieser Treibereien auch die auswärtige Politik des letzten Winters zur Diskussion gestellt werden wird. Zentrumsblätter behaupteten schon im Januar, daß ich in der bosnischen Frage nur zögernd und getrieben an die Seite von Österreich getreten wäre. In der konservativen Presse finden sich jetzt ähnliche Insinuationen. Nun ist aber tatsächlich das gerade Gegenteil der Fall. Ich habe vom ersten Tage an mit der größten Entschiedenheit ein rückhaltloses Eintreten für Österreich angeraten. Ich habe in dieser Richtung bei Seiner Majestät lebhaften Widerspruch und erhebliche Widerstände zu überwinden gehabt. Seine Majestät wollte, als die bosnische Frage akut wurde, an die Seite von England und der Türkei treten*, was, wenn es geschehen wäre, allerdings die von unseren Feinden bis dahin vergeblich angestrebte europäische Koalition gegen uns und damit wohl die bedenklichste Lage herbeigeführt hätte, in der wir uns seit dem siebenjährigen Kriege befunden haben. Und wenn ich trotz der Veröffentlichung des „Daily Telegraph" im Amt geblieben bin, so war es hauptsächlich, weil ich überzeugt war, daß ein Schwanken in der von mir anempfohlenen, vertretenen und getragenen Politik des festen Zusammenstehens mit Österreich nicht nur die (inzwischen erreichte) Verscheuchung des Einkreisungsgespenstes verhindert, sondern den Frieden und die Zukunft des Reichs ernstlich gefährdet hätte.

Wenn der „Reichsanzeiger" ein deutliches und entschiedenes Dementi bringt, Seine Majestät mich bei meiner in der zweiten Hälfte Oktober bevorstehenden kurzen Anwesenheit in Berlin sieht und ich dann nach Rom übersiedle, wird das ganze elende Getratsche aufhören. Das Dementi

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCV.

muß aber, wenn es wirken soll, klipp und klar feststellen, daß die von einer Reihe von Blättern übernommenen und ausgeschmückten Angaben der „Märkischen Volkszeitung", sowohl was das Interview im „Daily Telegraph" angeht, als hinsichtlich des Verhältnisses Seiner Majestät zu mir in allen Punkten unwahr sind. Ich zweifle nicht daran, daß Sie, verehrter Freund, der Sie alle Mühen und Kämpfe dieses Winters mit mir durchgemacht haben, im Interesse der Dynastie wie des Vaterlandes weiterem Schaden und Unheil vorbeugen werden.

Bülow

Nr. 8272

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Linderhof i. Oberbayern, an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Geheim Linderhof, den 28. September 1909

Euerer Majestät bedauere ich berichten zu müssen, daß nicht nur Zentrumsblätter, sondern neuerdings auch die „Kreuzzeitung"* in eine Polemik über die Vorgänge bei den Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" und den Rücktritt des Fürsten von Bülow eingetreten sind und damit erhebliches Aufsehen hervorgerufen haben. Die Darstellungen laufen darauf hinaus, daß Fürst von Bülow von den Unterredungen Euerer Majestät in Highcliffe vorher Kenntnis gehabt und sie mündlich und schriftlich gebilligt habe[1]. Die später im „Daily Telegraph" erschienene Publikation sei also von Fürst von Bülow veranlaßt, das ihm seinerzeit in mehreren Abzügen[2] übersandte Manuskript sei im Auswärtigen Amt vom Unterstaatssekretär Stemrich und Geheimrat Klehmet gelesen[3] und daraufhin habe der Reichskanzler in Norderney die Veröffentlichung genehmigt[4].

Im Zusammenhang hiermit wird der Rücktritt des Fürsten von Bülow auf diese Vorgänge und nicht auf die Abstimmung[5] in der Erbschaftssteuerfrage zurückgeführt. Fürst von Bülow hat in einem an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts gerichteten Briefe** die Richtigkeit dieser Darlegungen bestritten[6] und ein Dementi im „Reichsanzeiger" beantragt, da es nicht angängig sei, das Odium seines Rücktritts von den Parteien, die gegen die Erbschaftssteuer gestimmt hätten, abzuwälzen.

Auch die wichtigsten Zeitungen verlangen eine amtliche Erklärung der Regierung, indem sie darauf hinweisen, daß die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" im November v. Js.*** den Tatsachen nicht

---

* „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung" vom 25. September 1909: „Zur letzten Kanzlerkrisis".

** Siehe Nr. 8270.

*** Vgl. Nr. 8257, S. 182, Fußnote.

entsprochen habe[7]. Ich kann es nicht für opportun halten[8], mit einer amtlichen Erklärung hervorzutreten[9]. Die Tatsachen selbst sind mir nicht aus eigener Erfahrung bekannt; ich könnte mich nur auf die Akten des Auswärtigen Amtes berufen, die gerade über die von der „Kreuzzeitung" relevierten Vorgänge nicht erschöpfend sind[10]. Die Allerhöchste Person Euerer Majestät aber in den Streit zu ziehen, indem ich etwa die mir von Euerer Majestät gemachten vertraulichen Mitteilungen der Öffentlichkeit preisgebe, ist selbstredend ausgeschlossen[11]. Auch erscheint es bedenklich, die Richtigkeit[12] einer feierlichen Erklärung der Staatsregierung, wie diejenige im November v. Js., noch einmal zu bestätigen[13] und damit einer erneuten Diskussion oder Interpretation zu unterziehen. Endlich würde meines Erachtens dem Polemisieren nur neuer Stoff zugeführt werden[11].

Ich glaube daher, ehrfurchtsvollst die Ermächtigung Euerer Majestät dafür erbitten zu sollen, daß von einer Erklärung nach dem Antrage des Fürsten von Bülow zunächst noch abgesehen[14] und abgewartet werde, ob etwa die Preßerörterungen sich fortsetzen und einen bedenklichen Grad erreichen. In diesem Falle würde ich mir erlauben, Euerer Majestät eine entsprechende Vorlage zu machen. Ich werde nach dem Eintreffen der Entscheidung Euerer Majestät hier die Rückreise nach Berlin antreten.

Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] 1 Abzug

[3] richtig, dafür hat Bülow Klehmet ja aus dem Amt gejagt!

[4] richtig
ja! sein Einverständniß ist mir schriftlich zugegangen

[5] falsch! Er ist wegen beider Sachen gegangen, hauptsächlich aber wegen der Erbschaftssteuerabstimmung.

[6] sie sind richtig.

[7] hat sie auch nicht!

[8] richtig!

[9] unter keinen Umständen

[10] das glaube ich gern!

[11] richtig

[12] sie war falsch!

[13] sie könnte nur widerlegt d. h. für falsch erklärt werden, aber niemals bestätigt werden!

[14] richtig! Sie darf nicht statthaben unter keinen Umständen.

Schlußbemerkung des Kaisers:
Was † Zeitung bringt ist nichts Neues, sondern längst Bekanntes. Es ist weiter nichts als Zusammenstellungen aus dem Buch von Stein*, in welchem die privaten Vorgänge — trotz meiner wiederholten Befehle an ihn — mit erstaunlicher Richtig-

---

* Adolf Stein, Wilhelm II. Der Kaiser irrt, wenn er das Steinsche Buch, das auf die Materie der Novemberereignisse nur obenhin eingeht, als die Quelle für den Artikel der „Kreuzzeitung" bezeichnet. Auch überschätzt er den Einfluß, den das Buch auf die öffentliche Meinung in Deutschland ausgeübt hat.

keit wiedergegeben sind. Dieses Buch bewirkte den überraschenden Umschwung zu meinen Gunsten im Deutschen Volk, und wurde heftig von der ganzen Presse — zumal auch der der Regierung — angegriffen, da sie sich furchtbar blosgestellt vorkam, in ihrer Hetzerei gegen mich. Das Material im Steinschen Buch enthielt so sekrete Dinge, die nur Bülow und ich wußten — z. B. Entstehung Krügertelegramms —, daß ich voller Entsetzen Stein durch einen Vertrauensmann auf Eid und Pflicht fragen ließ woher er das habe. Er antwortete es sei ihm auf Bülow's Befehl zur Veröffentlichung zugegangen. Bülow bestritt mir gegenüber dieses Material irgend Jemand mitgetheilt zu haben. Bülow hat mir gegenüber wiederholt über Steinsche Buch erst absprechend, später lobend gesprochen, mit dem Bemerken er kenne Stein gut und halte viel von ihm, da er ein höchst anständiger und zuverlässiger Mann sei. **Zuletzt,** als die erstaunliche Thatsache der Veröffentlichung und ihrer enormen Wirkung zu meinen Gunsten mich besorgt machte für Bülows Stellung, die nun gefährdet mir erschien, und als ich ihm meine Sorge mittheilte, ließ er mir andeutungsweise durchblicken, sie sei mit Material von ihm, und seinem Einverständniß gemacht!
Das Material ist also wohl authentisch, und die ganze Novemberhaltung der Regierung vollkommen dadurch preisgegeben und verurtheilt. Wie es ja auch im Volke geschehen ist. Eine Wiederbestätigung der Novembererklärung ist vollkommen ausgeschlossen, und würde eine erneute schwere Beleidigung der Krone und meiner Person sein, die ich keinen Augenblick zu dulden gewillt bin.
Regierung und Volk und Presse sind eben in schwerem, verhängnisvollen **Irrthum** im November befangen gewesen, den der Fürst eben leider — da er allein dazu in der Lage war — aufzuklären und zu beheben unterlassen hat. Das Steinsche Buch hat dem Volk das Material gegeben sich darüber klar zu werden. Und dieser Klarheit folgt sofort der Umschwung. Daß es mal zu solchen Erörterungen kommen würde, habe ich stets befürchtet, hatte sie aber viel früher erwartet. Es ist eine faule Ausflucht der Conservativen, die so thun wollen, als ob sie mir einen Gefallen erwiesen, ja auf meinen Befehl gehandelt hätten. Das ist eine Infamie!
Nachdem Bülow im Schloss mir Anfang März für sein und der Regierung Verhalten im November **pater peccavi in Aller Form** gesagt, hatte ich ihm verziehen Namens der Krone!
PS. Einer der Hauptacteure bei der Novembererklärung ist — nach meiner Information — der Führer der Nat[iona]l Lib[eralen] Dr. Bassermann gewesen. Als von befreundeter Seite der Fürst auf das Ungeheuerliche dieser Maaßnahme, — vorm Reichstage eine völlige Preisgabe des Trägers der Krone zu machen —, hingewiesen und gebeten wurde, doch so etwas zu unterlassen, erwiderte er, er könne leider nicht mehr zurück, da er bereits die Interpellation und ihre Beantwortung mit Dr. Bassermann vereinbart habe.
Rominten 29/IX 09 Wilhelm I. R.

Nr. 8273

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Linderhof i. Oberbayern, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Linderhof, den 29. September 1909

Bitte telegraphisch Fürst von Bülow benachrichtigen, daß Antwortbrief an ihn heute abend von Berlin abgeht, und ihm etwa folgendes schreiben:

„Euere Durchlaucht wünschen nach Ihrem Briefe eine amtliche Erklärung zu den neuerlichen Preßerörterungen über die ‚Daily-Telegraph'-

Affäre. Da bei derselben Seine Majestät der Kaiser stark in Mitleidenschaft gezogen ist, so wäre eine solche Erklärung ohne Genehmigung allerhöchstdesselben nicht denkbar. Seine Majestät hat aber anläßlich dieser Preßkampagne ganz spontan* den bestimmten Befehl gegeben, von jeder amtlichen Erklärung der Darstellung abzusehen. Der Herr Reichskanzler bedauert unter diesen Umständen außerordentlich, eine amtliche Darstellung nicht veranlassen zu können. Er hat volles Verständnis und Mitgefühl für die schwierige und peinliche Lage Euerer Durchlaucht. Dennoch glaubt er, daß der allgemeinen Sache durch möglichste Zurückhaltung ein Dienst geleistet werden würde**."

Bethmann Hollweg

Nr. 8274

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Gesandter von Flotow, z. Z. in Linderhof i. Oberbayern, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Geheim Linderhof, den 30. September 1909

Seine Majestät telegraphiert an den Herrn Reichskanzler:

„Mit Euerer Exzellenz völlig einverstanden. Hatte bereits in dem Sinne an Auswärtiges Amt telegraphiert. Es darf unter keinen Umständen eine ‚amtliche Deklaration' erfolgen oder überhaupt Eingehen auf die Preßerörterungen. Es muß einfach geschwiegen werden. Chose jugée! Artikel der ‚Märkischen Volkszeitung' von Zedlitz*** ist absolut zutreffend und wahr. Waidmannsheil.

Wilhelm I. R."

Flotow

Randvermerk Freiherrn von Schoens:

Ich habe bereits gestern das Preßbureau angewiesen, sich auf jedwede Anfrage von Journalisten bezüglich Aufklärung ablehnend zu verhalten. Die Parole müsse sein: „Jede weitere Diskussion inopportun". 30./9. v. Sch.

* Vgl. jedoch Nr. 8272.

** In diesem Sinne erging noch am 29. September ein Schreiben Staatssekretärs Freiherrn von Schoen an Fürst Bülow.

*** Die Annahme des Kaisers, daß der Artikel der „Märkischen Volkszeitung" von dem Parlamentarier Oktavio Freiherrn von Zedlitz und Neukirch stamme, ist irrtümlich; der Artikel, der nach Rudolf Martin, Deutsche Machthaber, S. 313, von dem Abgeordneten Erzberger herrühren soll, wendet sich im Gegenteil gegen frühere Auslassungen Freiherrn von Zedlitz' im „Roten Tag".

Abschnitt II

Die Marokkofrage

Kapitel CLXXIX

Das Bombardement von Casablanca und seine Folgen Abdul Asis und Mulay Hafid August 1907—August 1908

Nr. 8275

Der Geschäftsträger in Tanger Freiherr Langwerth von Simmern an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 203 Tanger, den 31. Juli 1907

Erfahre soeben von Vertreter deutschen Hauses Benedikt Schönfeld, Hamburg, der mit Dampfer von Casablanca hier eingetroffen, daß dort gestern Kabylen der Umgegend neun Europäer (Italiener, Franzosen und Spanier) getötet. Sache sei gegen Hafenbau, wo Feldbahn zerstört, und die in Telegramm Nr. 194 gemeldete Verbesserung in Zollkontrolle gerichtet*. Bei Abfahrt Dampfers, auf den sich gegen 400 Juden geflüchtet, sei Angelegenheit noch nicht beendet gewesen. Stadtbevölkerung soll sich mit Kabylen vereinigt haben. Nach allgemeiner Ansicht in Casablanca soll dortiger Gouverneur, gegen den diplomatisches Korps schon wiederholt Klage geführt, durch grobe Nachlässigkeit sich mitschuldig gemacht haben.

Habe drei zunächst beteiligte Gesandtschaften, denen Nachricht übrigens auch soeben zugekommen, orientiert und dabei unter Ausdruck meines Beileids Zusammengehörigkeitsgefühl in solchen Augenblicken betont.

Nach weiteren auf unserer Post eingetroffenen Nachrichten soll auch Rabat von Stämmen belagert werden.

Langwerth

Nr. 8276

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 Paris, den 3. August 1907

Minister Pichon, der seinen Urlaub auf zwei Tage unterbrochen hatte und Montag wieder abzureisen beabsichtigt, teilte mir soeben den Beschluß der französischen Regierung mit bezüglich der infolge der in Casablanca vorgekommenen Ausschreitungen zu ergreifenden Maßregeln, indem er

* Über die Gründe des Vorfalls vgl. auch Nr. 8286, Anlage.

wörtlich bemerkte: Frankreich beabsichtige in Gemeinschaft mit Spanien zu handeln und folgende Truppen aus Oran und Algier unverzüglich nach Casablanca zu entsenden. Es sollen ein und ein halb Bataillone Infanterie und eine Artillerieabteilung in Oran am Montag früh eingeschifft werden, um voraussichtlich am Mittwoch in Casablanca zu landen. Gleichzeitig sollen 300 Pferde Kavallerie auf zwei Schiffen am Montag und Mittwoch verladen werden, die Freitag und Sonntag den Bestimmungsort erreichen.

Die Transportschiffe werden von Konteradmiral Philibert befehligt, der ein genauer Kenner von Casablanca ist. Um dem Kommandeur der an sich geringen Truppenzahl mehr Nachdruck zu geben, sei ein Brigadegeneral dazu ausersehen, und zwar der kürzlich zu dieser Charge beförderte General Drude, ein bewährter algerischer Offizier.

Was die an Ort und Stelle auszuübende gemeinsame Aktion Frankreichs und Spaniens anlangt, so bemerkte der Minister mit Nachdruck, daß die Truppen nur über den Schutz der Fremden und ihrer Habe in Casablanca zu wachen und Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen hätten, indem sie streng nach der Akte von Algeciras verfahren und sofort das Funktionieren der Polizei in Casablanca und dessen Weichbild ins Leben rufen. Es sei keine Rede davon, wie Pichon hervorhob, eine militärische Expedition zu unternehmen und in irgend welcher Weise in das scherifische Reich einzudringen (de pénétrer dans une mesure quelconque dans l'empire chérifien). Der Minister sprach mir sein Mißfallen über den heutigen Leitartikel des „Temps" und Form und Inhalt aus, der übrigens nicht von dem abwesenden Herrn Tardieu herrührt. Der spanische Botschafter*, dem der Minister dieselben Erklärungen gemacht hat wie mir, bestätigt mir die Richtigkeit der Aussage über eine gemeinsame Aktion, ohne bisher seinerseits Details über die Ausdehnung der spanischen Beteiligung von seiner Regierung erhalten zu haben. Nur sagte er mir, daß ein spanisches Kriegsschiff von den Kanarischen Inseln sich nach Casablanca begeben habe.

Radolin

Nr. 8277

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 Paris, den 6. August 1907

Minister Pichon hat mich soeben von folgendem Vorfall in Casablanca benachrichtigt, den er mich bat unverzüglich zur Kenntnis Euerer Durchlaucht zu bringen: Am 4. August sei zwischen Mulay Emin, dem Verwandten des Sultans von Marokko, dem Pascha, dem französischen Ver-

* Leon y Castillo, Marquis del Muni.

treter und dem Schiffskommandanten verabredet worden, daß mit Rücksicht auf die feindliche Haltung der Bevölkerung die Truppen des Kriegsschiffs Galilée am folgenden Tage das französische Konsulat besetzen sollten, und daß der Pascha das Marinetor offen halten lassen würde, um den französischen Truppen den Einzug in die Stadt zu ermöglichen. Als dieselben am 5. August durch das Tor einzogen, seien sie durch die Menge, unter der sich viel reguläre marokkanische Soldaten befunden hätten, angegriffen worden, wobei fünf französische Soldaten und ein Fähnrich verwundet worden seien. Mulay Emin habe hierauf die rebellischen Soldaten, welche des Mordens überführt worden seien, in Ketten legen und sie ins französische Konsulat abführen lassen.

Mulay Emin habe dadurch selbst — wie der Minister mir sagen ließ — seine Ohnmacht, der Bewegung Herr zu werden, bewiesen und zugestanden, daß er auf seine Truppen nicht rechnen könne.

Auf das eigene Verlangen Mulay Emins hätte der französische Befehlshaber die Kanonen, welche auf Casablanca gerichtet gewesen und beim Bombardieren die Häuser der Europäer geschont hätten*, gegen die vor der Stadt lagernden feindlichen Stämme gekehrt, welche in das Innere der Mauer einzudringen drohten.

Soweit die bisher dem Minister zugegangenen Nachrichten.

Radolin

Nr. 8278

Note verbale

Ausfertigung. Am 7. August von dem französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon dem Auswärtigen Amt übergeben

7 Août 1907

Les événements ont devancé les mesures arrêtées par le Gouvernement de la République à la suite des récents attentats commis à Casablanca, mesures qui allaient être portées à la connaissance des Gouvernements intéressés.

En présence de l'impuissance manifeste du Gouvernement Marocain à se faire obéir de ses sujets et à pourvoir à la sauvegarde des ressortissants étrangers, l'urgente nécessité s'affirme de plus en plus d'organiser la police dans les ports du Maroc. Le maintien et le respect de la haute autorité de Sa Majesté Chérifienne y sont intéressés au premier degré.

C'est, pénétré de ces sentiments, que le Gouvernement de la République donnera suite aux mesures auxquelles il avait résolu de recourir en respectant scrupuleusement l'intégralité du Maroc et la souveraineté du

* Über die zerstörenden Wirkungen des Bombardements von Casablanca, mit dem der französische Kreuzer „Galilée" am 5. August den dem Einzuge unzureichender französischer Truppen in die Stadt entgegengesetzten Widerstand zu bestrafen suchte, vgl. Nr. 8286, Anlage.

Sultan. L'ordre et la sécurité, la liberté des transactions commerciales seront garantis à Casablanca par des forces suffisantes. Un châtiment exemplaire sera infligé aux indigènes responsables des massacres et des attentats d'hier.

Ces opérations seront accompagnées de l'organisation immédiate d'une police de la ville et de la banlieue de concert avec le Gouvernement Espagnol.

Bemerkung von Tschirschkys am Kopf des Schriftstücks:
Ich habe geantwortet, que la France a toutes nos sympathies dans son entreprise de châtiment pour sauvegarder les intérêts et garantir la sûreté de tous les Européens.

Ty.

Nr. 8279

Der Geschäftsträger in Madrid Graf von Oberndorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 San Sebastian, den 7. August 1907

Staatsminister*, den ich soeben sprach, schien einigermaßen besorgt über die Möglichkeit Folgen der Beschießung von Casablanca, deren Wirkung auf Eingeborene sich noch nicht absehen läßt.

Er sagte mir, Spanien und Frankreich hätten beschlossen, sofort gemeinsam Polizei in Casablanca unter den bereits früher ernannten Offizieren zu organisieren. Spanisches Ministerium würde gern, sobald dies möglich, eingeborene Polizeisoldaten anstellen. Frankreich wünsche bis dahin provisorische Übertragung des Polizeidienstes an französische Soldaten.

Spanische Matrosen seien nur gelandet worden, um Konsulat und spanische Untertanen zu schützen. Dies und Errichtung der Polizei seien einzige Ziele spanischer Regierung. Nur soweit hierzu unbedingt nötig, würden weitere Matrosen gelandet und wahrscheinlich zweites spanisches Schiff von Tanger nach Casablanca entsendet werden. Von der Entsendung von Landtruppen hoffe man absehen zu können.

Oberndorff

Nr. 8280

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 523 Paris, den 10. August 1907

Als ich gestern Herrn Pichon aufsuchte, um vor Antritt meines Urlaubes mich von ihm zu verabschieden, äußerte er sich nicht ohne Besorgnis

* M. Allendesalazar.

über die Schwierigkeiten, auf welche die französischen und spanischen Streitkräfte bei Niederwerfung der marokkanischen Unruhen noch würden stoßen können.

Sodann benutzte der Minister die Gelegenheit, um mir mit warmen Worten seine Genugtuung über die sympathische Aufnahme auszudrücken, die der Herr Staatssekretär der von Herrn Cambon ihm am 7. d. Mts.* überreichten Note bereitet habe. Die darin sich dokumentierende Denkungsart der Kaiserlichen Regierung sei ihm von höchstem Wert. Weiter gab mir Herr Pichon spontan die ausdrückliche Versicherung, daß Frankreich bei seinem Vorgehen in Marokko keinerlei Hintergedanken habe und lediglich den Zweck verfolge, die Ermordung seiner Staatsangehörigen zu sühnen und die Ordnung wiederherzustellen.

Endlich erwähnte er noch, der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger habe mit seinem französischen Kollegen eine Unterhaltung über die Möglichkeit einer besonderen deutsch-französischen Verständigung in Marokko auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet gehabt**. Er, der Minister, habe dem französischen Vertreter auf seinen bezüglichen Bericht dahin geantwortet, daß Frankreich es mit aufrichtiger Genugtuung begrüßen würde, wenn es gelänge, seine Interessen in Marokko mit denen Deutschlands in vollen Einklang zu bringen.

Radolin

Randverfügung des Fürsten von Bülow:

Ich bitte um gutachtliche Äußerung hinsichtlich der Anregung des französischen Ministers des Äußern, insbesondere welche Form eventuell einer solchen Verständigung zu geben wäre und wann der Moment für eine solche am günstigsten erscheint.

Nr. 8281

Der Geschäftsträger in Tanger Freiherr Langwerth von Simmern an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 228 Tanger, den 11. August 1907

Eben trifft hier deutscher Kaufmann Brand aus Casablanca ein. Mitteilt namens dortiger Deutschen, daß fast alles europäische Eigentum, ausgenommen einige private Häuser, vernichtet. Nach in Casablanca, wie Brand sagt, allgemeiner Ansicht hätten Franzosen ohne Gefahr für Europäer mit Landung warten können, bis größere Streitkräfte eingetroffen, wodurch Plünderung vermieden und Europäer nicht während dreier Tage

---

* Siehe Nr. 8278. Vgl. auch die Depesche des französischen Botschafters Jules Cambon vom 7. August 1907 im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc III, 1906—1907, p. 311.

** Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLVII.

großer Lebensgefahr ausgesetzt worden wären*. Über Vorgänge bei erster Landung widersprechende Nachrichten. Nach einer Version seien von französischen Matrosen marokkanische Truppen erst vor französischem Konsultat angetroffen, die dann allerdings feuerten.

Herr Brand mitteilt als allgemeine Auffassung, daß ehrgeiziger Kommandant der „Galilée", der Sache vor Ankunft Geschwaders entscheiden wollte, verfrühtes Handeln herbeiführte.

Bei Plünderung haben sich außer Kabylen und marokkanischen Soldaten spanische Bevölkerung, Juden und in verschiedenen Fällen auch französische Fremdenlegionäre und Zuaven beteiligt, natürlich nicht Matrosen und Tirailleurs; einer dieser letzteren Fälle, von dem deutsches Haus betroffen wurde, durch Zeugen festgestellt und französischem Polizeioffizier Major Mangin, der zurzeit Stadtkommandant, bzw. französischem Konsulat angezeigt. Herr Brand fuhr ab, ehe Antwort bekannt. Derselbe hebt übrigens hervor anerkennend Mangins entgegenkommendes,

---

* Über die Vorgänge in Casablanca vor und nach der am 9. August erfolgten Landung größerer französischer Truppenmassen hat der Konsulatsverweser Maenß in Casablanca eine Reihe von Berichten erstattet, die am 10. August von der Gesandtschaft in Tanger im Original unter Rückerbittung eingereicht und vom Auswärtigen Amt am 22. August zurückgesandt wurden, ohne daß Abschriften zurückbehalten worden wären. Einen Ersatz dafür bieten Nr. 8286, Anlage und Nr. 8287, Anlage. Die darin enthaltenen Angaben werden im wesentlichen bestätigt durch das Buch des französischen Berichterstatters Georges Bourdon, Les journées de Casablanca, Paris 1908, der sich im Vorwort „témoin direct de la plus grande part des faits de l'affaire de Casablanca" nennt. Ein äußerst scharfes Urteil über das französische Vorgehen in Casablanca enthält der Bericht des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 6. Mai 1908, der sich auch über die Gründe des deutschen laisser faire laisser aller verbreitet:

„Immédiatement après l'assassinat de ses ressortissants à Casablanca et sans avoir aucune raison de croire que le gouvernement marocain négligerait de rechercher et de punir les coupables, le gouvernement français a riposté par un procédé plus odieux encore que celui des assassins, bombardant une ville ouverte, massacrant des femmes et des enfants, ruinant des commerçants inoffensifs, au moment même où ses délégués à La Haye prononçaient vertueusement de beaux discours humanitaires.

On n'a pas pu manquer de prévoir à Paris que cette brutalité produirait non seulement au Maroc, mais encore dans tout le monde musulman, un mouvement xénophobe et surtout anti-français, fournissant le prétexte désiré pour procéder à une occupation qualifiée officiellement de temporaire; mais qu'on se propose évidemment de rendre éternelle. Au Quai d'Orsay on en est revenu à la politique de M. Delcassé avec l'hypocrisie de la forme en plus. On commence même à se passer de celle-ci. Il n'est déjà plus question d'impartialité entre les deux prétendants. Le gouvernement français s'est rangé ouvertement du côté d'Abdul Azis qui, abandonné par son peuple, accepte la protection française pour sauver un semblant de souveraineté et peut-être sa vie.

L'Allemagne tolère. Elle ne peut pas faire autrement. Le temps des négociations diplomatiques est passé. Elle n'a plus à choisir qu'entre l'ignorance volontaire et la guerre dont l'Empereur ne veut pas et qui serait condamnée par l'opinion allemande. L'intérêt de l'Allemagne est trop minime pour justifier les risques d'une conflagration européenne. Beaucoup de gens le croient même nul. L'aventure marocaine coûtera à la France beaucoup de sang et beaucoup d'argent. Pourquoi la détournerait-on d'une entreprise qui la paralysera pour longtemps du côté des Vosges." Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 52.

ruhiges Verhalten. Habe Herrn Brand unter Ausdruck wärmster Teilnahme gesagt, daß die Deutschen Casablanca sicher sein dürften, daß die Kaiserliche Regierung sich ihrer in möglicher Weise annehmen würde, und ihm geraten, darauf hinzuwirken, daß jeder Schaden tunlichst genau ermittelt wird. Außerdem habe ich ihm, der Befürchtungen der Deutschen Casablanca wegen einer vielleicht von Frankreich beabsichtigten Annexion Marokkos aussprach, im Sinne der mir von Euerer Durchlaucht mitgeteilten französischen Erklärungen geantwortet und ihm gesagt, daß ich es Euerer Durchlaucht Ermessen anheimstellen würde anzuregen, daß marokkanische Staatsbank Europäern in Casablanca sofort durch eine unabhängig von sogenannter Liquidationsanleihe aufzunehmende Anleihe einstweilen Mittel vorstreckt, um ihre Geschäfte fortzuführen, deren Zusammenbruch sonst zu befürchten.

Vielleicht Schaffung der eine solche Anleihe sicherstellenden Mittel durch eine gesteigerte Zollkontrolle möglich.

Langwerth

Nr. 8282

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Wilhelmshöhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 81 Wilhelmshöhe, den 16. August 1907

Ganz geheim

Seine Majestät der Kaiser äußerte anläßlich einiger Artikel in der deutschen Presse, in denen das französische Vorgehen in Marokko scharf kritisiert wird: Es sei durchaus geboten, uns in der Marokkofrage sowohl diplomatisch wie publizistisch die größtmöglichste Reserve aufzuerlegen, denn es liege kein Grund vor, die Franzosen zu reizen oder sie kopfscheu zu machen*.

Jenisch

* Am 14. August, als der Besuch König Eduards VII. in Wilhelmshöhe stattfand (vgl. darüber Kap. CLXXIV, Nr. 8161), war dort neben dem Reichskanzler Fürst Bülow auch Botschafter Fürst Radolin zugegen, der die Gelegenheit wahrnahm, mit dem Kaiser ausführlich über die Marokkoangelegenheit zu reden. Er führte dabei Details aus dem Jahre 1905 an, die den Kaiser veranlaßten, eine aktenmäßige Feststellung über den Sachverhalt anzuordnen. Es erfolgte darauf ein eingehender Immediatbericht des Staatssekretärs von Tschirschky vom 31. August, der im wesentlichen nur Bekanntes wiederholt. Der Kaiser versah diesen Bericht mit Randbemerkungen, die im Einklang mit dem oben wiedergegebenen Schriftstück zeigen, daß er mindestens damals für ein weites Entgegenkommen in der Marokkofrage war. Generell bemerkte der Kaiser: „Etwas mehr Entgegenkommen hätte vielleicht nicht geschadet." Zu einem Zitat aus Fürst Radolins Bericht vom 1. Mai 1905, wonach aus der Umgebung Rouviers verlautete, daß Frankreich lieber ein Arrangement mit Deutschland, ähnlich dem mit England,

Nr. 8283

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 547 Paris, den 20. August 1907

Herr Pichon und der hiesige spanische Botschafter, die beide wegen der Ereignisse in Casablanca ihren Urlaub unterbrechen mußten, haben das gleiche Sommerhotel in „Bellevue" in nächster Nähe der Stadt bezogen, das auch ich bewohne. Die überaus freundliche Art, mit der mir Herr Pichon von Anfang an entgegenkam, sowie meine seit längerer Zeit bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zum Marquis del Muni haben zu einem gewissen intimen Verkehr zwischen mir und den genannten Persönlichkeiten geführt, der mir gestattete, hier und da einen Eindruck von den Stimmungen zu gewinnen, in denen sich beide befanden. Eingehendere Gespräche mit dem Minister zu führen, habe ich geglaubt vermeiden zu sollen, und so beschränkte sich die Behandlung politischer Dinge zwischen uns meist darauf, daß Herr Pichon mir gelegentlich die ihm zugegangenen neuesten Nachrichten mitteilte. Dagegen habe ich dem spanischen Botschafter wiederholt bei längeren Auseinandersetzungen über die Lage zugehört, auch hier aber hielt ich selber mich mit Äußerungen möglichst zurück.

Von Herrn Pichon gewann ich den Eindruck, daß er nicht ohne Besorgnis der Zukunft entgegensieht. Besonders das ihm gestern abend bekannt gewordene Gerücht, wonach Mulay Hafid in Marrakesch zum Sultan ausgerufen worden sei*, schien ihm bedenklich wegen der infolge davon zu gewärtigenden noch größeren Anarchie im Innern. Spontan erklärte mir dann der Minister, unter keinen Umständen werde er, und möchte der „gâchis" im Innern des Landes noch so groß werden, dem Gedanken näher treten, die Aktion Frankreichs über die Küstenstädte hinaus auszudehnen[1].

---

treffen würde, als zur Algeciraskonferenz gehen: „Das wäre sehr angenehm und nützlich gewesen." Zu der Feststellung des Auswärtigen Amtes, daß es sich bei den französischen entgegenkommenden Erklärungen im Jahre 1905 niemals um ein wirklich präzises Verständigungsangebot gehandelt habe: „Nein! Aber das Angebot war doch schon sehr günstig, und wenn ich was davon erfahren hätte, wäre ich umgehend darauf eingegangen, und die ganze dämliche Algeciras-Konferenz wäre nicht gewesen."

* Im Verfolg des brutalen Vorgehens der Franzosen in Casablanca, das seine aufreizende Wirkung auf die einheimische Bevölkerung nicht verfehlte, war es in verschiedenen Gegenden des Landes zu unruhigen Bewegungen gekommen, so namentlich in Marrakesch, von wo sämtliche Europäer einschließlich der Deutschen sich um die Mitte August unter Bedeckung einer von dem Statthalter Mulay Hafid, einem älteren Bruder des Sultans Abdul Asis, gestellten Schutztruppe nach der Hafenstadt Saffi flüchten mußten. Unmittelbar darauf (16. August) wurde Mulay Hafid von der erregten Bevölkerung zum Sultan ausgerufen. Vgl. Nr. 8288.

Wesentlich optimistischer sieht der spanische Botschafter die Lage an, oder behauptet er doch sie anzusehen. Die den französischen und spanischen Truppen gegenüberstehenden Horden seien im wesentlichen nichts anderes als Plünderer und Räuber, der Sultan wolle keinen heiligen Krieg, und an Umwälzungen im Innern glaube er nicht recht. Er möchte annehmen, daß in vielleicht schon wenigen Wochen alles sich wieder beruhigt haben werde. Ruhe für ihn werde es dann allerdings noch lange nicht geben, denn die spanische und französische Diplomatie würden noch manche Arbeit zu leisten haben.

Der Botschafter sprach sich dann im Anschluß an die marokkanischen Ereignisse wiederholt, und wie mir schien mit einer gewissen Absichtlichkeit, über die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen zu mir aus. Die „versöhnliche und freundschaftliche" Haltung der deutschen Regierung und Presse hätte hier einen äußerst günstigen Eindruck gemacht. Die französischen Blätter ließen diese Stimmung ja schon deutlich erkennen. Er habe aber auch andere Beweise der freundlichen Gesinnung für Deutschland erhalten. Besonders dürfe er mir ganz im Vertrauen sagen, daß Herr Pichon vortrefflich für uns disponiert sei. Darum hätten auch Verdächtigungen, wie sie grade bezüglich unserer Politik in Marokko hier und da an den Minister herangebracht seien, bei ihm keinen Boden gefunden.

Es war mir bei diesen Ausführungen des Botschafters nicht schwer, mich auf die Rolle des Zuhörers zu beschränken, da er das Thema der Verbesserung des Verhältnisses Frankreichs zu Deutschland besonders gern zu behandeln schien.

Lancken

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wird ihm nichts helfen!

Nr. 8284

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Tanger Freiherrn Langwerth von Simmern**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. A 229 Berlin, den 22. August 1907

pp. Als allgemeiner Gesichtspunkt für die Haltung der Kaiserlichen Vertreter in Marokko unter den derzeitigen Umständen ist festzuhalten, daß wir die militärische Aktion Frankreichs und Spaniens daselbst nicht stören wollen. Wir gehen dabei allerdings von der Voraussetzung aus,

---

* Der Anfang des Erlasses bezieht sich auf die Rücksendung der von der Gesandtschaft in Tanger am 10. August eingereichten Berichte des Konsulatsverwesers Maenß. Vgl. Nr. 8281, S. 220, Fußnote.

daß diese Aktion ohne Unterschied auch den Deutschen und ihrer Habe wenigstens indirekt zugute kommt.

Eine unmittelbare Inanspruchnahme französischen oder spanischen bewaffneten Schutzes ist natürlich auf das Mindestmaß zu beschränken.

Was die schwierige Frage des Ersatzes für den in Casablanca erlittenen Schaden anbelangt, so bemerke ich vertraulich, daß wir uns dabei nicht in den Vordergrund stellen wollen, jedoch selbstverständlich auf gleiche Berücksichtigung der deutschen Ansprüche mit denen der übrigen Fremden bestehen müssen.

Ich bitte mich darüber auf dem laufenden zu halten, welche Anschauungen über die Regelung der Entschädigungsfrage Ihnen dort zu Ohren kommen.

Jedenfalls wird schon jetzt auf zuverlässige und dabei möglichst rasche Feststellung des deutschen Schadens und auf Bereithaltung der erforderlichen Unterlagen dafür Bedacht zu nehmen sein.

Tschirschky

Nr. 8285

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Reinschrift

Berlin, den 23. August 1907

Der französische Botschafter suchte mich heute auf, um mir im Auftrage seiner Regierung folgende Mitteilung zu machen:

Die französische Regierung erklärt ihr Bedauern darüber, daß bei der Landung französischer Truppen in Casablanca seitens einiger Truppenteile Ausschreitungen und Plünderungen begangen worden seien. Sie habe, um eine unparteiische Feststellung über die Vorgänge zu erlangen, eine internationale Kommission mit der Untersuchung betraut. Die Kommission soll bestehen aus einem deutschen, einem englischen und einem spanischen Vertreter.

Tschirschky

Nr. 8286

Der Geschäftsträger in Tanger Freiherr Langwerth von Simmern an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 206 Tanger, den 19. August 1907

Euerer Durchlaucht beehre ich mich anliegend in Abschrift eine von dem deutschen Kaufmanne Carl Ficke abgefaßte Schilderung der Ereignisse

in Casablanca* einzureichen. Es ist bei den verschiedenen sich sehr widersprechenden Nachrichten von hier aus natürlich nicht möglich, zurzeit ein sicheres Urteil über die Vorgänge zu gewinnen. Ich muß mich daher auf die Euerer Durchlaucht eingereichten Berichte unseres Konsulatsverwesers Maenß beschränken**, von denen ich drei weitere Berichte vom 11., 12. und 14. des Monats*** hiermit zu Euerer Durchlaucht Kenntnis zu bringen mich beehre. Daß die Franzosen nicht auf ein Gemetzel vorbereitet waren, scheint mir persönlich, soweit ich das von hier aus beurteilen kann, durch eine von einem Herrn Luret bei einem zufälligen Zusammentreffen kurz nach seiner Rückkehr in schlichten Ausdrücken mir gemachte Erzählung unterstützt zu werden. Herr Luret, der zurzeit den Minister Guiot im Dienste der Marokkoanleihe vertritt, ein mir als ruhig und verständig wohlbekannter Mann, verheiratet und Vater mehrerer Kinder, war zur Kontrolle des Anleihedienstes nach Casablanca gefahren und hatte von dem Kommandanten des „Galilée" die Erlaubnis erhalten, mit der Schutztruppe an Land zu gehen, da die Stadt ruhig sei, die Landung mit Vorwissen von Mulay Emin erfolge und nichts zu befürchten wäre. Waffenlos mit seinem Köfferchen an der Hand war er mit der Truppe, welche das Gewehr über die Schulter gehängt trug, gelandet, als diese Feuer bekam und er, ohne sich verteidigen zu können, den Kugelregen auf dem Wege nach dem Konsulate aushalten mußte.

Eine unparteiische Feststellung der Ereignisse wird wohl erst dann möglich sein, wenn sich die durch die Greuel der Beschießung und die materiellen Verluste stark erregten Gemüter einigermaßen beruhigt haben werden. Vorläufig dürfte man gut tun, die Schilderung der Zeitungskorrespondenten skeptisch aufzunehmen, welche meist erst nach den Ereignissen in Casablanca eingetroffen waren und ihre Schilderungen nur von Hörensagen haben. Nach meinen Ermittelungen, die auch mit denjenigen von Maenß übereinstimmen, sind in der Nähe der sich hinter dem Tore innerhalb der Stadtmauer abspielenden Vorgänge Deutsche, die Selbstgesehenes wiedergeben können, nicht gewesen.

E. v. Langwerth

Anlage

Casablanca, im August 1907

Die letzten Vorgänge am hiesigen Platze sind in der Presse infolge falscher französischer Berichte zum Teil sehr entstellt, sodaß ich mich veranlaßt sehe, Ihnen in der Folge einen Bericht über die wahren Vorgänge zu geben.

Es wird Ihnen noch in frischer Erinnerung sein, welche Erregung auf französischer Seite die Ermordung des Dr. Mauchamp im März d. Js.†

* Siehe Anlage.
** Vgl. dazu Nr. 8281, S. 220, Fußnote.
*** Diese Berichte sind unerheblich.
† Vgl. darüber Bd. XXI, Kap. CLVII, Nr. 7320.

hervorrief, und wie dann festgestellt wurde, daß durch die eigene Schuld des Ermordeten ein erregter Pöbel sich auf ihn gestürzt hatte. Man hat Frankreich seit langem gewarnt, seine politischen Bestrebungen zu mäßigen und nur mit äußerster Vorsicht vorzugehen. Aber Frankreich ist in der schon damals so sehr gerügten Unvorsichtigkeit fortgefahren, die nationalen Gefühle des arabischen Stammes vor den Kopf stoßend. Es war die Einrichtung der drahtlosen Telegraphie, welche die um Casablanca liegenden Stämme veranlaßte, bereits im April d. Js. sich zusammenzutun, um vom Gouverneur der Stadt, einem indolenten, schwachsinnigen Manne, die Entfernung der Installationen zu verlangen. Man fertigte die Stämme damals durch eine Geldentschädigung ab, aber der Haß gegen alles Französische glimmte weiter, wieder aufflackernd, als durch die beginnenden Hafenbauten immer mehr französisches Element in die Stadt kam, und seitens der Hafenbaugesellschaft eine kleine Feldbahn nach nahe gelegenen Steinbrüchen geführt wurde, um Baumaterial herbeizuschaffen. Erst war es die Neugier, welche die Bevölkerung hinauszog, allmählich sickerte es aber immer mehr durch in dem nationalen Gefühle der Araber: Man will uns unser Land nehmen, und die Eisenbahn ist der erste Schritt dazu. Wäre der Sultan, der in aller Ruhe in Fes saß, besser beraten gewesen, so wäre er jetzt dem vielen Drängen aller seiner wahren Freunde gefolgt und hätte seinem Volke durch einen Aufbruch aus Fes gezeigt, daß er noch der Herrscher des Landes sei. So aber verharrte er in seiner Lethargie, die enormen Folgen nicht erwägend, und um den Anleihen des Landes eine Sicherheit zu geben, ordnete er die französische Kontrolle der Zollämter an. Nun ist der Zoll eine der angesehensten Behörden, und als das Volk hörte, daß ein Franzose mit den Ersten im Zoll säße, sagten sie sich: Unser Land ist verkauft, einen Sultan haben wir nicht mehr, nun wollen wir selbst unser Recht holen. So war die Lage in den ersten Tagen des Juli, als eine Abordnung der Stämme vom Kaid die Entfernung der französischen Beamten aus dem Zollhause und die Einstellung der Hafenbauten verlangte. Der Kaid glaubte mit der ausweichenden Antwort, es sei ein Befehl des Sultans, seine Pflicht getan zu haben, doch die jetzt durch die von draußen herannahenden Stämme erregten Gemüter des Stadtpöbels ließen sich nicht dadurch mehr halten, und ein fanatischer Scherif durchzog am Morgen des Mordtages, des 30. Juli, die Stadt, den heiligen Krieg ausrufend. Noch wäre durch eine ausreichende Bestrafung eines solchen Aufwieglers das Schlimmste abzuwenden gewesen, aber die Unfähigkeit des Kaids konnte es nicht verhindern, daß am Nachmittag sich der Pöbel der Stadt auf die am Strande arbeitende Lokomotive stürzte und neun am Hafenbau beschäftigte Arbeiter erschlug. Der Befehlshaber eines nicht weit von der Stadt kampierenden Heeres, Mulay Emin, ein Onkel des Sultans, eilte auf diese Schreckensnachricht herbei, und selbst die Zügel der Regierung an sich nehmend, stellte er sofort Ruhe und Ordnung wieder her, für die Sicherheit der Europäer durch Wachen sorgend. Inzwischen aber war schon die Nachricht über diese Vorfälle nach Tanger gebracht,

und am 1. ds. traf der französische kleine Kreuzer „Galilée" hier ein, alles wieder ruhig vorfindend. Trotzdem bestand der Kommandant darauf, das Bombardement auf die Stadt sofort zu eröffnen, und wurde nur durch den energischsten Protest seitens sämtlicher Konsulate daran verhindert. Dagegen verlangte er eine völlige Säuberung der Stadt von allen fremden Elementen wie auch ausreichende Bewachung und Sicherheit für alle Europäer und deren Eigentum. Die marokkanische Regierung ist diesen Anforderungen voll und ganz gerecht geworden, sie hat die Stadt gründlich gesäubert, den ankommenden Landarabern den Eintritt in die Stadt verweigert und durch zahlreiche Wachen für die Sicherheit der Europäer und ihres Eigentums gesorgt. So war der Sonntag, der 4. ds., ein völlig ruhiger Tag, und das Geschäftsleben fing schon langsam an, sich wieder zu entwickeln.

Und über diese völlig ruhige, friedliche Stadt ist durch die unverantwortliche leichtsinnige Landung einer ganz verschwindend kleinen Abteilung französischer Marinetruppen und durch das darauf folgende Bombardement das größte Elend, Blutbad und Zerstörung ausgebrochen. Es war in der Nacht vom Sonntag auf Montag um 2 Uhr, als uns plötzlich durch offizielles Schreiben mitgeteilt wurde, der französische Kommandant beabsichtige um 5 Uhr die Landung des erwarteten Geschwaders mit imposanten Truppenmassen, und wir alle sind fest davon überzeugt, daß eine solche Landung ohne irgendwelche schwerwiegende Folgen für Hab und Gut und Leben aller Beteiligten gewesen sein würde. Desto größer war aber unsere Empörung, als wir um 5 Uhr — die deutsche Kolonie hatte sich in einem dicht am französischen Konsulat gelegenen Hause eines Deutschen versammelt — überhaupt nur die „Galilée" auf der Reede sahen, so daß wir nun, da das Geschwader nicht zur Stelle, eine Landung nicht erwarteten. Aber gegen alle Verabredung mit den Vertretern der anderen Mächte sahen wir eine Viertelstunde später drei kleine Boote mit etwa 75 Mann an Bord abstoßen, jetzt die Gewißheit habend, daß dieses kleine Häuflein es in unverantwortlichem Leichtsinn wagen würde, gegen eine Stadt von 40000 Seelen vorzugehen. Es war für alle Beteiligten ein Augenblick ohnmächtigster Entrüstung, als man die Landung dieses schwachen Trupps sah, der nicht gekommen war, uns zu schützen, sondern uns in die größte Gefahr zu bringen. Über die Landung selbst kursieren die widersprechendsten Gerüchte, aus den falschen Berichten der französischen Presse hervorgehend. Diesen nach erfolgte die Eröffnung der Feindseligkeiten durch eine Salve der marokkanischen Regierungstruppen. Das entspricht nicht den Tatsachen! Der erste Schuß, der fiel, war wie ein scharfer Peitschenknall, ein Schuß, wie wir ihn zu Tausenden von Malen aus den französischen Karabinern aus unmittelbarer Nähe zu hören Gelegenheit gehabt haben. Die marokkanischen Soldaten hatten den strikten Befehl, einer Landung nichts in den Weg zu setzen und auf keinen Fall einen Schuß abzugeben. Auch wird es von den gesamten Deutschen, die von Bord des deutschen Dampfers „Arkadia" die Vorgänge an Land

mit fieberhaftester Spannung verfolgten, entschieden bestritten, daß das Tor den ankommenden französischen Soldaten verschlossen worden sei. Dem ersten Schuß folgte Salve auf Salve, und im Sturmschritt eilte das kleine Häuflein, wild in alle Straßen schießend, daher, den vorherigen Frieden störend. Die Bewachung des französischen Konsulats war in diesen Tagen durch eine verstärkte Abteilung marokkanischer Truppen erfolgt, und es widerspricht jedem menschlichen Gefühl niederzuschreiben, daß selbst diese Wache, welche vorher die Franzosen beschützen durfte, nun von den ankommenden Truppen wie Mörder niedergeschossen wurde. Zur gleichen Zeit wurde ein heftiges Bombardement auf die Stadt eröffnet.

Die Umstände der Landung gehen nach der Ansicht aller Europäer (mit Ausnahme der Franzosen) gegen jedes Völkerrecht, da die ganze Stadt in einer ganz ruhigen Weise bei Landung größerer Truppenmassen, wie sie eben drei Tage später eintrafen, in Besitz genommen werden konnte und dann all das furchtbare Elend verhindert worden wäre. Die Europäer hatte man durch diese so unglaublich leichtsinnige Landung für drei Tage einer sehr kritischen Situation und allgemeinem Massakre ausgesetzt, und ist dadurch, daß man mit diesen 75 Mann nur einen ganz verschwindenden Komplex von drei Häusern schützen konnte, den von draußen hereinkommenden Landarabern und Juden Gelegenheit gegeben gewesen, die Stadt in ihrer weiteren Ausdehnung völlig in Brand zu stecken und auszuplündern. Dank dieser Ruhmbegier des Kommandanten der „Galilée" (er sagte, er hätte die Tapferkeit seiner Truppen nicht mehr länger zurückhalten können, und ein anderer Grund zu einer sofortigen Landung eines so kleinen Detachements lag überhaupt nicht vor) ist eine vorher so blühende Stadt ein Trümmerfeld. Ist doch kein einziges Warenmagazin in der ganzen Stadt verschont geblieben, Tausende von Familien sind geflohen, Tausende sind obdachlos. Es herrscht ein namenloses Elend überall und man kann das Vorgehen Frankreichs nicht scharf genug verurteilen. So proklamierte der Kommandant der gelandeten Truppen schriftlich offiziell Ruhe, Sicherheit und Ordnung, und schon am nächsten Tage überraschte ich französische Soldaten dabei, mein vor den Toren der Stadt gelegenes, bis dahin unversehrtes Anwesen zu plündern! Und ein vorübergehender Offizier, den ich ersuchte, die Leute zum Fortgehen zu veranlassen, antwortete, er habe anderweitigen Dienst!

Durch diese Vorgänge ist natürlich der Handel in allen Teilen brachgelegt und sind alle Kontrakte hinfällig geworden, da es ganz unübersehbar ist, wann die kommenden Karawanen den Weg wieder frei finden werden, und wann wieder im Hafen gearbeitet wird. Alle im Marokkogeschäft interessierten Häuser sind durch diese Vorfälle aufs äußerste betroffen, und es ist nur zu hoffen, daß seitens der Diplomatie Deutschlands dafür gesorgt wird, den berechtigten Ansprüchen der enorm geschädigten deutschen Häuser den genügenden Rückhalt zu geben. Die deutsche Politik hat ja leider in der letzten Zeit die in Marokko ansässigen Deutschen stark im Stich gelassen. Wir alle haben aber nicht das Vertrauen

zu den Worten unseres Kaisers verloren, der bei seinem Besuche in Tanger uns völlige Sicherheit und Schutz unserer Interessen versprach und, zu der am zahlreichsten erschienenen deutschen Kolonie von Casablanca gewandt, hinzufügte: Casablanca soll noch von mir hören.

Daß diese Darstellung der hiesigen Verhältnisse eine völlig objektive ist, darüber braucht man nur die Stimmen der übrigen hier ansässigen Nationen, sogar der Spanier, die sich doch selbst am Bombardement der Umgegend, allerdings erst später und nur zum Schutze ihres eigenen durch die französische leichtsinnige Landung in Gefahr gebrachten Konsulats beteiligt haben, anzuhören. Geht es doch selbst schon aus dem Auftreten und den Äußerungen der hiesigen Franzosen hervor, daß Frankreich, wohl im Bewußtsein seines Inkorrekthandelns, alle Reklamationen völlig befriedigen werde. Auch muß man noch abwarten, ob nicht der ruhmbegierige Kommandant der „Galilée" sein Vorgehen vor einem Kriegsgericht noch zu verteidigen hat, und auch der Verweser des französischen Konsulats war ein junger Heißsporn, der sich bei dieser Gelegenheit die Sporen zu verdienen glaubte. Man steht hier völlig unter dem Eindruck, daß die deutsche Gesandtschaft in Tanger lieber auf die tendenziösen Berichte der französischen Gesandtschaft als auf die wahren von deutscher Seite berichteten Tatsachen hört.

Schutz den deutschen Interessen und die Gewährleistung eines offenen Handels, darauf vertrauen wir alle und hoffen, daß unser deutsches Vaterland seine Söhne nicht im Stiche lassen wird.

Carl Ficke

Nr. 8287

*Der Gesandte in Lissabon Graf von Tattenbach, z. Z. in Bad Gastein, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky**

Eigenhändiger Privatbrief

Bad Gastein, den 30. August 1907

Unter der Voraussetzung, daß kein amtlicher Gebrauch davon zum Nachteil des Schreibers gemacht werde, schicke ich Ihnen die beifolgenden Schreiben des Dragomans Schabinger in Tanger zur Kenntnisnahme**. Der Inhalt dieser Schreiben ist insofern von Interesse, als Schabinger ein sehr gescheuter, ruhiger, klarer Kopf ist, frei von jeder Übertreibung und unabhängig in seinem Urteil.

Ich habe Ihnen schon neulich gesagt, daß ich gegen unsere Politik vom Jahr 1905 Bedenken gehabt habe — nicht weil ich dieselbe nicht ge-

* Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.
** Siehe das belangreichere der beiden Schreiben in der Anlage.

billigt hätte, sondern weil ich vorausgesehen hatte, daß wir sie in ihren Konsequenzen nicht durchhalten könnten. Ich habe in der letzten Aprilwoche des Jahres 1905 vor meinem Abmarsch nach Fes diesen Bedenken in einem Telegramm Ausdruck gegeben und würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie sich dasselbe vorlegen lassen wollten.

Mich dünkt aber, als ob wir jetzt in dem Fallenlassen der deutschen materiellen Interessen in Marokko zu weit gingen, und daß wir damit Gefahr laufen, unsere Politik unpopulär zu machen. Die deutschen Interessen in Casablanca sind tatsächlich sehr große und hätten bei ruhiger Entwickelung der Dinge eine noch größere Zukunft gehabt. Durch das Vorgehen der Franzosen haben die Kaufleute in Casablanca nicht nur schwere Verluste erlitten, sondern müssen auch auf jede weitere Zukunft endgültig verzichten. Der Handel in Casablanca mit seinem enorm reichen Hinterland ist in erster Linie Ausfuhrhandel und landwirtschaftlicher Betrieb in der Form von Ackerbaugenossenschaften mit den Eingeborenen. Von dem Augenblick an, wo die Franzosen sich in Casablanca militärisch festsetzen und mit ihren Truppen dort die Polizei organisieren, geht der ganze Handel an die Franzosen über. Kein Eingeborener wird sich getrauen, seine Produkte an deutsche Firmen zu verkaufen, keiner wird mit den Deutschen — deren Schutz politisch minderwertig eingeschätzt werden wird — agrikole Genossenschaften eingehen.

Ich bin deshalb der Ansicht, daß wir eine ausgiebige und rasche Entschädigung der geschädigten deutschen Interessen sichern sollten. Wenn wir dies nicht tun, laufen wir Gefahr, daß die Kritik lauter und schärfer wird. Die Artikel des Dr. Theobald Fischer in der „Woche" und im Morgenblatt der „Neuen Freien Presse" vom 29. d. Mts. (Nr. 15452) sind in dieser Richtung bezeichnend.

Ich wiederhole die Bitte, Euere Exzellenz möchten die Auslassungen des Herrn Schabinger als private und vertrauliche ansehen und dafür Sorge tragen, daß sie ihm nicht zum Schaden gereichen. Ich wollte aber andrerseits sie doch als Stimmungsbild nicht vorenthalten.

Tattenbach

Anlage

Tanger, den 11. August 1907

In der Annahme, daß es Ew. Exzellenz gewiß interessieren wird, was ich hier aus bester Quelle über das schauerliche Schicksal Casablancas erfahren habe, beehre ich mich, diese Zeilen zu schreiben. Heute ist nämlich Herr Brand* von Casablanca hier angekommen, um zunächst hier bei der Kaiserlichen Gesandtschaft und dann im Auswärtigen Amt in Berlin selbst im Namen der ruinierten deutschen Kolonie Casablanca den Sachverhalt objektiv treu darzustellen und energischen Protest gegen das

* Vgl. über ihn Nr. 8281.

von dem französischen Kommandanten ins Werk gesetzte Gemetzel und Bombardement zu protestieren. Engländer, Deutsche und auch Spanier der Casablancaner europäischen Kolonie sind nämlich überzeugt, daß die Beschießung der Stadt sowie überhaupt dieses Massenmorden hätte vermieden werden können. Viele sind sogar der Ansicht, daß die Veranlassung zur Beschießung und dergleichen provoziert worden ist. Mit Niederschießen und Bombardieren hätten die Franzosen ganz entsetzlich gehaust. Die Stadt lag voll von Leichen (zirka 2—3000), kein Laden ist mehr ganz, ein großer Teil der Stadt durch Feuer zerstört. Viele Deutsche obdachlos, und alle stehen vor dem Ruin! Casablanca, der Stolz des deutschen Marokkohandels. Wer dort in der friedlichen Stadt gewohnt hat und sie, die sonst 30000 Seelen zählte, sich jetzt öde und verwüstet vorstellen muß, kann nur weinen. Alle Deutschen haben nur das eine Gefühl, daß gegen diese Hochburg des deutschen Fleißes und der deutschen Interessen in Marokko mit einer besonderen Wollust vorgegangen worden ist. Französische Kaufleute sind dort kaum einige, und französischer Zucker und französisches Mehl geht hauptsächlich durch englische Hände. Der englische Konsul in Casablanca Madden soll schäumen vor Wut gegen diese freventliche Zerstörungswut der Franzosen. Die Ermordung der Hafenarbeiter ist ja tief zu bedauern und mußte streng gesühnt werden, aber zu diesem Zwecke die großen Interessen anderer Nationen zu vernichten, deren Angehörige Tage lang in größte Gefahr setzen, und dies alles, obwohl es sich erwiesenermaßen hätte vermeiden lassen! — Bevor die Besetzung der Stadt erfolgte, war nämlich die Ruhe vollständig wieder eingetreten, und die angesehenen Araber der Stadt und die Häupter der Stämme draußen hatten sich von den deutschen Kaufleuten versprechen lassen, daß keine Beschießung und dergleichen erfolge, und vertrauten. Die Einzelheiten zu erzählen, ginge zu weit, aber endlich sind die überaus klaren und sachlichen Berichte des Herrn Maenß, der zurzeit Herrn Konsul Lüderitz in Casablanca vertritt, in Original nach Berlin gegangen*, wobei es sonderbar ist, daß erst heute nach Eintreffen des Herrn Brand ein Telegramm in gleichem Sinne nach Berlin abgegangen ist, obwohl nicht nur schon das Stadtgespräch der Nichtfranzosen, sondern bereits Lokalblätter, wie zum Beispiel der beiliegende Ausschnitt** zeigt, offen darüber sprechen. Hier war sofort nach Bekanntwerden der ersten Morde authentisch bekannt, daß es sich nur um eine politische Bewegung der Mauren gegen die Franzosen handelt, aber leider ist dieses bis zur Stunde auch noch nicht in einfachem, klaren Berichte in Berlin vorliegend. Während in Casablanca, wo die wie die Hunde zu Tode getriebenen Mauren sich schließlich tapfer wehrten und immer wieder in neuen tollkühnen Angriffen gegen das französische und englische Konsulat wandten, so ist gegen das große, ganz in der Nähe des französischen Konsulats gelegene Wohnhaus des Herrn Brand,

---

* Vgl. Nr. 8281, S. 220, Fußnote.
** Nicht bei den Akten.

worin die ganze deutsche Kolonie die Schreckenszeit mitgemacht hat, kein einziger Schuß gefallen und deutscherseits kein solcher abgegeben worden! Das gibt zu denken. — Der Kaiserliche Herr Geschäftsträger hält die Reise des Herrn Brand nach Berlin für unzweckmäßig; der gleichen Ansicht ist, soviel ich verstand, sein gegenwärtiger Berater, Herr Konsul Schlieben aus Madrid, der das Heil nur in einem möglichst raschen französischen Protektorat über Marokko sieht. Noch stehen die Nachrichten aus dem Innern aus, und ich fürchte das Schlimmste. — Ich schrieb diese Zeilen in Erinnerung an die stolze deutsche Kolonie Casablancas, die als der Kernpunkt des Deutschtums in Marokko Seine Majestät den Kaiser in Tanger begrüßt hat, und deren Wirkungsort eine so hervorragende Rolle in den diplomatischen Kämpfen von Algeciras gespielt hat. Wenn man bedenkt, daß das maurische Volk, namentlich seit Algeciras, in jeder Weise daran erinnert wurde, wer jetzt schon sein Herr sein will, so kann man die Erregung des Pöbels in Casablanca, als er die Arbeiter im Glauben, sie seien alle Franzosen, tot schlug, verstehen, wenn auch keineswegs entschuldigen. Aller Marokkaner hat sich eine tiefe Erregung bemächtigt, und die Besetzung Casablancas wird nun leider schauerliche Folgen haben. Aber was tut es? Die Perle des marokkanischen Küstenhandels ist auf Jahre hinaus gewesen. Auch die deutsche Schiffahrt hat damit an der Küste einen Todesstoß bekommen. Verzeihen Ew. Exzellenz gütigst mir als altem Schüler der marokkanisch-deutschen Interessen, dem das Herz wie seinen armen Landsleuten in Casablanca vor Wehmut springt, die Kritik an unserer hiesigen deutschen Maßregel, als die französische Aktion „gegen Casablanca“ vor der Türe stand:

Wäre es vielleicht nicht ratsamer gewesen, statt das Solidaritätsgefühl zu betonen, wo es doch lediglich sich um eine Bewegung gegen die Franzosen handelte, auf unsere bedeutenden Interessen gerade in Casablanca hinzuweisen? — Noch ist keine détente mit Frankreich eingetreten, geschweige denn ein rapprochement; leider ist auch seit Abreise des Kaiserlichen Herrn Gesandten Dr. Rosen infolge der französischen Intrigen der Glaube der vornehmen und einflußreichen Mauren an Deutschland stark geschwächt worden, und ihre Sympathie hat sich nicht der Richtung zugewandt, die man erwartet hatte. Sid Mokri, Bennis, Gabbas, persönlich noch sehr freundlich, aber amtlich schweigsam, und keiner kommt mehr, um bei der Kaiserlichen Gesandtschaft Rat zu holen. Noch ist die Algecirasakte de facto, wenn auch de jure, nicht in Kraft getreten, und welch ein Unterschied von 1905! pp*.

Schabinger

---

* Der Schluß des Schreibens betrifft lediglich Persönliches.

Nr. 8288

Der Geschäftsträger in Tanger Freiherr Langwerth von Simmern an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 266 Tanger, den 24. August 1907

Vizekonsul Mogador übersendet Schreiben deutschen Bergreferendars Steinwachs, der als einziger Europäer Marrakesch geblieben, laut dessen Mulay Hafid am 16. d. Mts. dort zum Sultan ausgerufen*. Gleiche Meldung traf mit deutscher Post durch jüdischen Postangestellten aus Marrakesch ein.

Vizekonsul Mogador erwartet von Ausrufung Mulay Hafids, den Süden jedenfalls anerkennen werde, beruhigende Wirkung für dortige Gegend, in der zurzeit jede Autorität gefehlt.

Mulay Hafid nach Brief Steinwachs' an Kaufmann Marx in Mogador anscheinend von mehrfach genanntem Türken Dr. Holtzmann beraten, dessen Übertritt zum Islam vor einiger Zeit Euerer Durchlaucht gemeldet. Prätendent scheint sehr siegesgewiß, behauptet, daß im Westen und Zentrum 300000 Krieger zu seiner Verfügung, wovon etwa zwei Drittel mit Gewehren versehen. Hat Steinwachs gefragt, ob Mächte, speziell Deutschland, Einspruch erheben würden, falls gesamtes Marokko, von Unfähigkeit Sultans überzeugt, neuen tüchtigeren ausruft; und zweitens, ob im Falle Anerkennung neuer Sultan verpflichtet, sämtliche Verträge beider Vorgänger und speziell eventuelle geheime Verträge mit Frankreich zu halten. Steinwachs hat ausweichend mit Vortrag aus Völkerrecht geantwortet.

Langwerth

Nr. 8289

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Tanger Freiherrn Langwerth von Simmern

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 165 Berlin, den 26. August 1907

Auf Telegramm Nr. 266**.

Wegen Behandlung von Mulay Hafid verweise ich auf die früher erteilten Direktiven. Es wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß ein gutes Verhältnis zu ihm möglich bleibt, falls er effektiv zur Herrschaft gelangen sollte. Selbstverständlich können wir in Thronstreitigkeiten nicht Partei nehmen.

Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 8283, Fußnote.
** Siehe Nr. 8288.

Nr. 8290

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Berlin, den 28. August 1907

Der französische Botschafter suchte mich heute auf, um mich zu bitten, Euerer Durchlaucht nochmals für den freundlichen Empfang zu danken, der ihm zuteil geworden sei*. Herr Cambon sprach sich sehr befriedigt über die mit Euerer Durchlaucht gepflogene Unterredung aus, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß sein Besuch auf die weitere Entwickelung guter und freundschaftlicher Beziehungen mit Frankreich wirken werde. In bezug auf Marokko habe er Euerer Durchlaucht die Versicherungen, die Herr Pichon dem Fürsten von Radolin gegenüber gemacht habe, erneuert. Frankreich wolle keine Eroberungspolitik führen und sehne sich nicht nach Abenteuern. Allerdings sei die französische Regierung der Ansicht, daß die Rechte Frankreichs in Marokko im Verhältnis zu den französischerseits gebrachten Opfern in jenem Lande zunehmen müßten[1], wie denn auch Frankreich zurzeit nicht in der Lage sei anzugeben, wie lange es genötigt sein werde, Casablanca und eventuell andere Küstenplätze besetzt zu halten[2].

Herr Cambon hat seit einigen Tagen seinen Bruder, den französischen Botschafter in London Paul Cambon, bei sich zu Besuch. Er hat mir auch mit seinem Bruder zusammen in meiner Privatwohnung einen Besuch gemacht. Wie mir Herr Jules Cambon heute sagt, habe sein Bruder in seinem mehrtägigen Aufenthalt hier eine hohe Meinung über den Wohlstand Deutschlands und besonders über die in Deutschland herrschende Ordnung mit fortgenommen. Sein Bruder sei seit vielen Jahren nicht in Deutschland gewesen und hätte ihm gegenüber rückhaltlos den erstaunlichen Fortschritt anerkannt, den Deutschland in den letzten Jahren gemacht hat.

Tschirschky

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Doch nur im Rahmen der Algecirasakte bzw. nur mit unserer Zustimmung.

[2] Hier entsteht die Frage, wann wir uns besondere Garantien hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko bzw. Äquivalente verschaffen sollen.

---

* Am 24./25. August hatte Botschafter Jules Cambon auf Norderney zum Besuche des Fürsten Bülow geweilt und bei dieser Gelegenheit auch die Marokkofrage berührt. Vgl. Bd. XXI, Kap. CLVI, Nr. 7275.

Nr. 8291

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 570
Vertraulich

Paris, den 29. August 1907

Herr Louis* äußerte sich heute zu mir folgendermaßen über die Haltung, die Frankreich weiterhin in Marokko einzunehmen gedenke.

Zunächst habe sich die Regierung entschlossen, dem General Drude diejenigen Verstärkungen zu schicken, deren er bedürfe, um nicht nur in Casablanca gegen jede Eventualität gesichert zu sein, sondern auch um einen Umkreis von 15 bis 20 km um die Stadt von allen Mahallas frei halten zu können.

Sodann sei in Aussicht genommen, falls nicht etwa in nächster Zeit eintretende volle Beruhigung dies als überflüssig erscheinen lassen sollte, baldigst in allen Häfen eine Militärpolizei zu organisieren, und zwar nach dem Muster der in Casablanca unter dem Major Mangin ins Leben getretenen und bereits recht beruhigende Wirkung ausübenden Einrichtung. Derartige Polizeitruppen, über deren Stärke im einzelnen fertige Entschlüsse noch nicht vorlägen, würden für die späteren Herbst- und Wintermonate schon deshalb durchaus erforderlich sein, da dann Truppenlandungen und jede Aktion von Kriegsschiffen vor den Häfen der Wetterverhältnisse wegen — vielleicht mit alleiniger Ausnahme von Casablanca — eine Unmöglichkeit wären. Für die Polizei bald zuverlässige marokkanische Mannschaften zu erhalten, werde wohl kaum gelingen. Immerhin sei die günstige Wirkung unverkennbar, die die Anteilnahme mohammedanischer Soldaten an der Aktion der europäischen Truppen auf die Eingeborenen ausgeübt habe.

Spanien betreffend meinte Herr Louis, die Madrider Regierung werde trotz ihrer auch in dieser Affäre wieder bewiesenen geringen Entschlußfähigkeit endlich doch sich zu entsprechender Beteiligung an allen von Frankreich für erforderlich erachteten Maßnahmen bereit finden lassen.

Der ganze Zweck der gegenwärtigen Aktion in Marokko, so sagte Herr Louis zum Schluß, sei lediglich der, dort Leben und Gut der Europäer möglichst dauernd zu sichern. Nur dann sei man der Notwendigkeit einer Wiederholung des Einschreitens militärischer Kräfte mit allen unvermeidlichen Folgen enthoben.

Das Amt, das Frankreich gegenwärtig ausübe, sei ein wenig erfreuliches, schon wegen der Kosten, die es verursache. Aus dem letzteren Grunde würde man auch trachten, den Bestand an Schiffen in den marokkanischen Gewässern sobald als möglich zu verringern, bis es statthaft erscheinen könne, dieselben ganz zurückzuziehen.

---

* Direktor im französischen Ministerium des Äußern.

Ich möchte meinerseits noch hinzufügen, daß Herr Louis im allgemeinen eine ziemlich optimistische Auffassung über den Fortgang der Dinge an den Tag legte. Namentlich schien er es nicht für ausgeschlossen zu halten, daß die Ausrufung Mulay Hafids zum Sultan eine günstige Wirkung auf die Haltung zahlreicher marokkanischer Stämme würde ausüben können. Allerdings betonte auch er die große Schwierigkeit, innere marokkanische Dinge richtig zu beurteilen. Ganz besonders treffe dies bezüglich der Person Mulay Hafids zu, über den bisher keiner der französischen Agenten ein einigermaßen sicheres Urteil habe abgeben können.

Lancken

Nr. 8292

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Tanger Freiherrn Langwerth von Simmern

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 172 Berlin, den 2. September 1907
Geheim

Cambon bemerkte mir gesprächsweise, daß nach Ansicht seiner Regierung Frankreichs Rechte in Marokko im Verhältnis zu französischerseits dort gebrachten Opfern zunehmen müßten. Auch wisse seine Regierung zurzeit nicht, wie lange sie genötigt sein werde, Casablanca und eventuell andere Küstenplätze besetzt zu halten.

Ungefähr gleichzeitig erzählte ein hier vorübergehend aufhältlicher Redakteur des „Débats" privatim: Comité du Maroc habe sich schlüssig gemacht, daß Frankreich verlangen müsse:

1. Bau französischer Bahn Tanger-Fes,
2. Besitz der Stadt Alkassar.

Nr. 2 scheint nicht recht verständlich, wenn nicht Frankreich gleichzeitig auch Larasch nehmen will.

Nr. 1 widerspricht natürlich Algecirasakte und unserm bisherigen Standpunkt, daß Bahnen in Marokko zu internationalisieren.

Bitte um Ihre Ansicht, welche Kompensationen wir in Marokko zur Erreichung eines Arrangements mit Frankreich etwa ins Auge fassen könnten*.

Auch von Notwendigkeit strengerer Maßnahmen gegen Waffenschmuggel sprach Cambon. Vielleicht können Ew. pp. dort unauffällig näher ermitteln, worauf sich französische Absichten in dieser Beziehung

* Tschirschkys eigene Auffassung über die Frage der Kompensationen erhellt aus Nr. 8294.

richten. Ich habe Herrn Cambon gegenüber kein Hehl gemacht, daß Deutscher in Marokko nach Bekanntwerden tatsächlichen Hergangs bei Besetzung Casablancas sich starke Unzufriedenheit bemächtigt hat. Deutsche, und wie ich aus englischen Zeitungen ersähe, auch Engländer, seien entrüstet über Vernichtung Eigentums und Handels. Ich riet Herrn Cambon, Frage der Entschädigung möglichst bald und eingehend näher zu treten. Er will Frage persönlich in Paris sofort zur Sprache bringen.

Bitte zu beachten, daß deutsche Kolonien in Marokko anscheinend nervös und geneigt, deutsche Vertreter als zu sehr von französischen beeinflußt anzusehen.

Tschirschky

Nr. 8293

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 577 Paris, den 2. September 1907

Herr Louis, der den Wunsch zu haben scheint, alle für Marokko geplanten militärischen Maßnahmen alsbald zu unserer Kenntnis gelangen zu lassen, sagte mir heute, für den Fall einer Bedrohung Tangers sei folgendes in Aussicht genommen.

Ebenso wie es im November vorigen Jahres die von Frankreich und Spanien den Mächten abgegebene Erklärung vorgesehen hätte, würden die Vertreter beider Länder, bevor sie Truppen von den vier auf der Reede liegenden Schiffen landen ließen, sich mit ihren Kollegen ins Benehmen setzen. Nur im Falle unmittelbarer Gefahr (en cas de péril imminent) würden sie ohne vorherige Verständigung des diplomatischen Korps handeln.

Die von der englischen Kolonie in Tanger gehegten Besorgnisse, so meinte Herr Louis weiter, erschienen ihm etwas übertrieben. Immerhin seien für alle Eventualitäten Vorbereitungen getroffen. In Oran ständen Truppen bereit, die zwölf Stunden nach erhaltener Nachricht in Tanger aktionsbereit sein würden. Auch Spanien habe vorgesorgt und halte in seinen afrikanischen Garnisonen wie in Cadiz Streitkräfte zur Verfügung.

Anschließend an die Erwähnung der spanischen Dispositionen kam das Gespräch auf die heutige Meldung des „Temps“ aus San Sebastian, derzufolge Herr Maura* in einem Interview auf die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen den Algecirasmächten hingewiesen habe. Maura sollte gesagt haben, die Sultansproklamierung Mulay Hafids könnte einen Meinungsaustausch zwischen den Mächten zwecks Abänderung einiger

* Spanischer Ministerpräsident.

Bestimmungen der Algecirasakte notwendig erscheinen lassen. Mit Bezug hierauf meinte Herr Louis, zu formellen Verhandlungen zwischen den Signatarstaaten dürfe ein Anlaß wohl nicht vorliegen, solange es sich, wie gegenwärtig, doch nur um eine den Ereignissen Rechnung tragende Interpretierung einzelner Teile der Konferenzbeschlüsse handele. Sollten dauernde Änderungen derselben ins Auge zu fassen sein, so würden natürlich alle dazu nötigen Formen beobachtet werden müssen. In der augenblicklichen Lage aber sei wohl nichts dagegen zu erinnern, wenn hinsichtlich gewisser Punkte der Konferenzakte eine „suppression pour la minute" für statthaft erachtet werde. Die Form, die Herr Louis seinen Gedanken gab, schien ihn nicht ganz zu befriedigen. Er suchte einen Augenblick nach einem anderen Ausdruck, meinte aber dann, jedenfalls glaube er, aus den Meldungen Herrn Cambons über die Norderneyer Zusammenkunft und den kürzlich zwischen dem Botschafter und dem Herrn Staatssekretär stattgehabten Gedankenaustausch entnehmen zu dürfen, daß die französischen Auffassungen bei der Kaiserlichen Regierung wohlwollendes Verständnis fänden. „C'est une affaire de bonne foi et de bon sens, voilà tout", so schloß Herr Louis.

Hinzufügen möchte ich noch, daß ich auf eine gelegentliche Erwähnung Holtzmanns* durch Herrn Louis erwiderte, dieser sei türkischer Staatsangehöriger und habe nichts mit Deutschland zu tun. Herr Louis dankte mir sehr für diese Mitteilung, die ihn augenscheinlich angenehm berührte.

Lancken

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:
Wir legen dem Vorgehen der Franzosen in Marokko keine Hindernisse in den Weg. Unser Verhalten ist freundschaftlich und loyal. Voraussetzung ist dabei, daß die Franzosen im Rahmen von Algeciras bleiben und für den Ersatz der Verluste sorgen, die deutsche Staatsangehörige erleiden.

Nr. 8294

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Eigenhändiger Privatbrief

Berlin, den 4. September 1907

pp.** Was Marokko anlangt, so habe ich heute eine aus drei Herrn bestehende Abordnung der deutschen Kolonie in Casablanca empfangen.

---

* Vgl. Nr. 8288.

** Der Anfang des Tschirschkyschen Briefes betrifft die geschäftliche Behandlung verschiedener Fragen, die mit Marokko nichts zu tun haben; hier wird nur das auf Marokko Bezügliche mitgeteilt.

Die Herrn erzählten mir die bereits sattsam bekannten Begebenheiten nochmals ausführlich — ich ließ sie aber reden, um ihr Programm nicht zu stören. Eine greifbare Anregung könnte aber in der mir von den Herrn auch schriftlich übermittelten Bitte gefunden werden, den dort zu Schaden gekommenen deutschen Firmen — um sie vor völligem Ruin zu retten — à conto der später zu leistenden Entschädigungen, also gleichsam als Vorschuß darauf, eine Zahlung aus Reichsmitteln zu leisten. Das würde das Interesse des Reichs an unserm marokkanischen Handel — den der Kaiser ja zu schützen versprochen hat — sichtbar dokumentieren und, wie ich glaube, auch für die innere Politik von praktischem Nutzen sein[1]. Zunächst haben wir in Tanger angefragt, ob tatsächlich ein „Notstand" unter den deutschen Firmen in Casablanca herrscht[2]. Dann werden wir der Sache hier nähertreten und eventuell Euer Durchlaucht hochgeneigtes Einverständnis zu energischen Vorstellungen beim Schatzamt einholen. Hier spielen wichtige politische Interessen mit; der Reichstag würde die halbe Million, denn um so viel dürfte es sich ungefähr handeln, gern für den Schutz des deutschen Handels bewilligen. Außerdem ce sera un avis pour Paris, was auch nichts schadet. Cambon habe ich, wie Euer Durchlaucht ersehen haben, auch schon sehr bestimmt das Studium der Entschädigungsfrage anempfohlen[3].

Ein Arrangement mit Frankreich will mir augenblicklich kaum ausführbar erscheinen. In Marokko sprechen die Kanonen, da ist für die Diplomatie schlechte Zeit. Außerdem muß abgewartet werden, wie die Sultansfrage ausläuft. Meine drei Herrn aus Casablanca behaupten, daß Mulay Hafid viel Aussicht habe und sich wohl mit den Franzosen zu verständigen trachten werde. Kompensationen außerhalb Marokkos können wir, glaube ich, nicht in Betracht ziehen[4]. Dagegen müssen wir, gestützt auf Algeciras und die wiederholten ganz bestimmten Versicherungen aus Paris, scharf darüber wachen, daß die Handelsfreiheit auch tatsächlich gewahrt bleibt und nicht etwa allerhand französische Behörden — Douane, Polizei usw. — sich zwischen unsere Kaufleute und die Marokkaner einschieben.[5] Denn das wäre der sichere Tod jeden deutschen Handels. Wenn wir das im Auge behalten[6], so können wir nie als die Düpierten dastehen. Denn wir haben niemals mehr verlangt und erstrebt. pp.

Tschirschky

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Es frägt sich nur, ob wir damit nicht ein bedenkliches Präjudiz für alle ähnlichen Fälle schaffen!

[2] gut

[3] Sehr gut!!

[4] Wir könnten doch an Kompensationen in Afrika denken.

[5] das muß unbedingt geschehen!

[6] das muß aber auch im Auge behalten werden.

Nr. 8295

Promemoria

Der französischen Botschaft in Berlin am 8. September übersandt.
Reinkonzept

Berlin, den 8. September 1907

In dem Promemoria der französischen Botschaft vom 2. d. Mts.* ist mitgeteilt, daß es in der Absicht der Regierung der Französischen Republik liege, im Einvernehmen mit der spanischen Regierung und mit den eigenen Mitteln dieser beiden Regierungen in denjenigen Vertragshäfen Marokkos, wo eine solche Maßregel als notwendig erkannt werden würde, eine provisorische Polizei einzurichten, mit dem Zweck, daselbst die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bildung der in der Akte von Algeciras vorgesehenen marokkanischen Polizeitruppen zu erleichtern.

Die Kaiserliche Regierung hat Kenntnis genommen von dieser Mitteilung und von der dazu in dem Promemoria gegebenen Begründung. Sie entnimmt daraus, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen provisorischen Charakters sein und den Bestimmungen der Akte von Algeciras nicht präjudizieren sollen.

Die Kaiserliche Regierung hat die Befugnis Frankreichs, sich für die Vorgänge von Casablanca gebührende Genugtuung zu verschaffen, anerkannt und beabsichtigt daher, wie bisher schon, so auch ferner nicht der von Frankreich aus diesem Anlaß unternommenen und durch außergewöhnliche Umstände motivierten Aktion Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hofft und wünscht jedoch, daß sich schwere Schädigungen der fremden Kaufleute, wie die in Casablanca erlittenen, nicht wiederholen möchten.

Die Kaiserliche Regierung macht deshalb darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Tanger die in der Algecirasakte nicht vorgesehene Aufstellung fremder Polizeikorps unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Angriff der Bergstämme auf die Stadt und ernste Gefahr für Leben und Gut der Europäer hervorrufen könnte, zumal wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutze militärisch unbedingt genügender Kräfte vollzogen würde. Die gleiche Gefahr dürfte auch an anderen Hafenorten bestehen.

Tschirschky

---

* Gedruckt im französischen Gelbbuch: Affaires du Maroc III, 1906—1907, p. 358s; ebenso im deutschen Weißbuch: Aktenstücke über Marokko September 1906 bis April 1908, S. 40 f.

Nr. 8296

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 197 Paris, den 11. September 1907

Herr Pichon, der mich hatte zu sich bitten lassen, sagte mir soeben, er lege Wert darauf, über von uns veröffentlichte Antwort auf Cambons Mitteilung* offiziös mit mir zu sprechen, damit zwischen beiden Regierungen keinerlei Mißverständnisse obwalten möchten. Er könne nicht stark genug betonen, daß Frankreich, natürlich ebenso Spanien nur dann daran dächten, auch in anderen Häfen als Casablanca provisorische Polizeiorganisation ins Leben treten zu lassen, wenn unumgänglich Notwendigkeit dazu vorhanden sei (en cas de nécessité inéluctable). Deutlicher Beweis dafür, wie gern Frankreich es umgehe, durch eigne Truppenkontingente für Sicherheit an gefährdeten Orten zu sorgen, sei in Organisierung Milizpolizei für Tanger zu erkennen, die auf Verabredung zwischen französischem Geschäftsträger** mit Herrn Gabbas zurückzuführen. Ebenso, fügte Minister hinzu, könne er mir sagen, daß er trotz wiederholten von verschiedenen Seiten ausgegangenen starken Drängens sich nicht habe bereit finden lassen, Masagan zu besetzen. Überhaupt sei er weit entfernt, sich von Kolonialchauvinisten auch nur einen Zoll von seiner Marschroute abbringen zu lassen, die lediglich zum Ziel habe, Gefahren vorzubeugen und unter möglichst buchstäblicher Erfüllung übernommener Verpflichtungen allgemeine Ruhe wiederherzustellen. Herr Pichon las mir verschiedene in diesem Sinne an französischen Vertreter in Tanger ergangene Weisungen vor. Minister ließ durchblicken, daß Veröffentlichung unserer schriftlichen Antwort auf mündlich und vertraulich gedachte Mitteilung Cambons ihm nicht angenehm.

Lancken

Nr. 8297

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 199 Paris, den 11. September 1907

Authentisch erfahre ich im strengsten Vertrauen, daß Veröffentlichung unserer Antwort auf Cambons Mitteilung hiesige Regierung stark verstimmt hat. Schon Inhalt befriedigt nicht voll, weil man nach loyalen französischen

---

* Das Promemoria vom 8. September war in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 9. September in indirekter Rede veröffentlicht worden.

** Comte de St. Aulaire.

Äußerungen über provisorischen Charakter noch dazu nur für Notfall beabsichtigter Polizeiorganisation Notwendigkeit unserer Vorbehalte nicht einsehen könne. In Form glaubt man sich geradezu verletzt fühlen zu müssen. Erstens weil überhaupt der Öffentlichkeit Tatsache gewechselter Promemorias mitgeteilt und damit der Demarche Botschafters der Wirklichkeit nicht entsprechende Bedeutung beigelegt sei, während Cambon nur zu vertraulichen, mündlichen Orientierungen ermächtigt war und lediglich auf besondere Bitte eine seine Ausführungen wiedergebende Aufzeichnung aushändigte. Zweitens weil Bekanntgabe in „Norddeutscher Allgemeiner Zeitung" früher erfolgte, als deutsche Antwort hier hätte vorliegen können. Ich bemerke hierzu, daß ich Gelegenheit nahm, Ministerium über bereits am 8. d. Mts. stattgehabte Zustellung unseres Promemorias an dortige französische Botschaft zu unterrichten. Allerdings ging hier erst am 9. nachmittags kurzes Telegramm ein über Inhalt unserer Antwort. Schriftstück selbst traf erst 10. mittags ein.

Im Ministerium hofft man, daß die, wie man sich ausdrückte, wenig freundliche Handlungsweise Deutschlands nicht noch von Presse zu starken Ausfällen gegen uns ausgenutzt wird.

Lancken

Nr. 8298

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky, z. Z. in Wilhelmshöhe, an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Telegramm. Konzept

Nr. 157 Berlin, den 13. September 1907

Auf Telegramm Nr. 199*.

Französische Regierung hat ihrerseits nie Bedenken getragen, ihre Maßnahmen und Beschlüsse noch vor einer Mitteilung an uns durch Presse bekannt zu geben. Insbesondere war, wenn nicht genauer Wortlaut, so doch Inhalt der ausdrücklich die Bezeichnung „Promemoria" tragenden Mitteilung Herrn Cambons vom 2. d. Mts.** schon vor unserer Veröffentlichung aus französischer Presse mit aller Deutlichkeit zu ersehen. Wahrheitswidrige Angabe französischer Blätter, daß wir französischer Regierung bereits ausdrücklich unsere volle Zustimmung zu ihren Absichten erklärt hätten, sowie sonstige ungenaue Preßmitteilungen über unsere Antwort nötigten uns, die Tatsachen in der Öffentlichkeit ohne Verzug richtig zu stellen. Wir waren hierbei um so mehr berechtigt, auf französisches Promemoria inhaltlich zurückzugreifen, als weder dasselbe eine Bezeichnung als „vertraulich" trug, noch uns sonst französischerseits irgendwie dessen vertraulicher Charakter kenntlich gemacht worden war. Mein Wunsch, daß Herr Cambon mir seine mündliche

* Siehe Nr. 8297.

** Vgl. Nr. 8295, Fußnote.

Mitteilung in schriftlicher Form wiederholen möchte, war nach Lage der Sache zur Vermeidung von Mißverständnissen durchaus gerechtfertigt. Zum Zeitpunkt unserer Veröffentlichung konnte unsere Antwort dortiger Regierung längst bekannt sein, wenn hiesige französische Botschaft sich zur Übermittelung dorthin des Telegraphen bedient hätte.

Ein Vorwurf inkorrekten oder nicht höflichen Verhaltens kann uns hiernach nicht treffen.

Euer pp. wollen sich in diesem Sinne zunächst gegenüber dem Gewährsmanne, von dem Sie die Nachricht über die Ansicht der französischen Regierung erhielten, dann aber auch ebenso an anderen Stellen aussprechen, wo immer Sie dazu eine ungezwungene Gelegenheit finden. Sie wollen aber betonen, daß wir lediglich tatsächlichen Sachverhalt klarstellen, nicht aber rekriminieren wollen. Auch würde es keineswegs unseren Absichten entsprechen, wenn darüber erneute Preßpolemik entstünde.

Bei Ausrichtung vorstehenden Auftrags werden Euer pp. unschwer Gelegenheit finden, auch darauf hinzuweisen, wie es keineswegs sehr freundlich war, daß dortige Regierung in französische Presse („Petit Parisien") Nachricht gebracht hat, ich hätte meine Bitte um schriftliche Mitteilung mit dem Wunsche motiviert, den Alldeutschen ein Zugeständnis zu machen.

Tschirschky

Nr. 8299

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 232 Tanger, den 30. September 1907

Der erste Eindruck, den ich bei Wiederantritt meines Postens gewonnen habe, ist der der ausgezeichneten Wirkung der in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" seinerzeit veröffentlichten Note über die Polizeiorganisation* und über die Entschädigung der in Casablanca geschädigten Deutschen**. Die Note hat nach allen Richtungen hin eine heilsame Klärung gebracht, zu der mehrere meiner Kollegen mich beglückwünscht haben. Im französischen Lager gibt sich die Wirkung durch einen etwas bescheideneren Ton kund, welcher gegen den sonst meist beliebten hohen Ton angenehm absticht. Am meisten Befriedigung hat die Note indessen in den Kreisen der hiesigen Deutschen hervorgerufen, welche darin zum größten Teil die Rettung ihrer über die Küstenstädte verbreiteten Handelsinteressen vor dem Schicksal Casablancas erblicken. Denn es

---

* Vgl. Nr. 8296, Fußnote *.

** Am 11. September hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Mitteilung gebracht, daß aus Reichsmitteln sofort 250000 M. flüssig gemacht werden sollten, um den Deutschen in Casablanca, die bei den Vorgängen vom 5.—9. August zu Schaden gekommen waren, vorbehaltlich der künftigen Entschädigung zu Hilfe zu kommen.

herrscht unter ihnen allgemein die Ansicht vor, daß eine Besetzung der Hafenstädte mit fremden Truppen das Signal zu erneuten Rassenkämpfen, Brandstiftungen und Plünderungen gegeben hätte. Daß dies von Euerer Durchlaucht durch den Hinweis auf die Bestimmungen der Algecirasakte verhindert worden ist, wird mit allgemeiner Dankbarkeit anerkannt.

Wenngleich ich den Stimmungen der Marokkaner nicht annähernd die Bedeutung beimesse wie der meiner Kollegen und der meiner Landsleute, so verlohnt es sich doch wohl, kurz darauf hinzuweisen, was die deutsche Note für das hart bedrängte Land und seinen Herrscher gerade in diesem Augenblick bedeutet. Sein oder Nichtsein hing für den Sultan Abdul Asis von der Frage ab, ob er rechtzeitig und ehrenvoll seinen Einzug in die alte und heilige Residenzstadt Rabat würde halten können. Daß ihm dies gelungen ist*, verdankt er in erster Linie der Stellungnahme Euerer Durchlaucht zur Frage der Besetzung der Häfen. Wäre diese nicht oder etwas später erfolgt, so würden die französischen Heißsporne zweifellos die vorherige Besetzung Rabats durchgesetzt haben, und Abdul Asis wäre genötigt gewesen, entweder vor den Mauern der Stadt umzudrehen oder in seiner eigenen Residenz sich in den militärischen Schutz Frankreichs zu begeben. Dessen sind sich die Marokkaner der Küstenstädte jedenfalls voll bewußt. Der Kaiserliche Dragoman Schabinger berichtet mir, daß auch die einfachsten Leute in der Stadt, Spanier und Araber, ihn auf die günstige Wirkung der deutschen Note anreden. Ja, selbst französische Geschäftsleute atmen erleichtert auf, nachdem das auch ihren Handel ruinierende Gespenst der Besetzung der Hafenstädte wenigstens hinausgeschoben ist.

Aber auf die Stimmung der Eingeborenen kommt es für uns nur insoweit an, als unsere Interessen berührt werden. Die Befestigung der legitimen, durch Abdul Asis vertretenen Zentralgewalt kann allein zur Hoffnung auf baldige Wiederherstellung ruhiger und geordneter Verhältnisse berechtigen, deren unser Handel im Scherifenreiche so dringend bedarf.

Rosen

Nr. 8300

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 204 Berlin, den 11. Oktober 1907
[abgegangen am 12. Oktober]

Auf Telegramm Nr. 352**.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir uns in dortige Thronstreitigkeiten nicht einmischen. Für uns ist Abdul Asis einziger recht-

* Am 21. September war Sultan Abdul Asis in Rabat eingezogen.

** Nach Telegramm Rosens Nr. 352 vom 10. Oktober wurde in der Residenzstadt Rabat gegen Deutschland mit der Insinuation, als ob es den Prätendenten Mulay Hafid begünstige, intrigiert.

mäßiger Herrscher Marokkos. Abgesandte einer andren marokkanischen Persönlichkeit haben daher hier keine Aussicht auf Empfang.

Übrigens scheint französische Regierung nach Auslassungen ihr nahestehender Blätter anfänglich Mulay Hafid nicht ungünstig gegenübergestanden zu haben. Gegenüber unserm Geschäftsträger in Paris hat sich Herr Louis Ende August in einer Weise ausgesprochen, die darauf schließen ließ, daß Pariser Regierung von Ausrufung Mulay Hafids zum Sultan günstige Wirkung auf Haltung zahlreicher Stämme erwartete.

Tschirschky

Nr. 8301

Der Geschäftsträger Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 640 Paris, den 12. Oktober 1907

Über meine gestrige Unterhaltung mit Herrn Pichon in der Frage des Waffenschmuggels an der marokkanischen Küste habe ich Euer Durchlaucht an anderer Stelle zu berichten die Ehre gehabt*. Als ich mich meines Auftrags entledigt hatte, sagte der Minister, er benutze nicht ungern die Gelegenheit, um sich zu mir über die befriedigende allgemeine Lage in Marokko auszusprechen.

Die jüngst gemeldeten geringfügigen Unruhen in der Umgebung von Casablanca und Udjda hätten keine Bedeutung. Er sei vielmehr der Meinung, daß die Beruhigung der Stämme in den Küstenstrichen bei Casablanca, um von der algerischen Grenze gar nicht zu sprechen, eine nachhaltige sei. Dieser Auffassung gemäß habe auch der vorgestrige Ministerrat auf Vorschlag des Marineministers** sich ohne Zögern damit einverstanden erklärt, daß die großen Schiffe an der marokkanischen Küste zurückgezogen und durch kleine Kreuzer ersetzt würden. Ebenso könne er mir sagen, daß er, Pichon, im Verein mit dem Kriegsminister*** die Frage studiere, ob nicht schon bald ein Teil der in Casablanca stationierten Truppen heimberufen werden könne. Denn die französische Regierung lege Wert darauf, auch hierdurch wieder zu beweisen, daß sie sich mit ihren militärischen Maßnahmen ganz auf das durchaus Notwendige beschränken wolle. Für den Augenblick werde allerdings vielleicht noch abzuwarten sein, wie Mulay Hafid sich weiter benehme. Die Nachrichten über ihn lauteten immer noch unklar und widersprechend. Peinliche Überraschungen dürften aber von ihm wohl kaum mehr zu gewärtigen sein, schon da es ihm am Allernötigsten, am Gelde, sehr mangele.

---

* Vgl. Deutsches Weißbuch: Aktenstücke über Marokko September 1906 bis April 1908, S. 27.

** G. Thomson.

*** Picquart.

Aus Rabat, so fuhr der Minister fort, habe Herr Regnault Wichtiges noch nicht zu melden gewußt. Daß im übrigen der Wert der Versprechungen, die der Sultan würde machen können, kein großer sei, wisse man hier. Immerhin habe er es gern gesehen, daß Abdul Asis nach Rabat gekommen sei* und den lebhaften Wunsch geäußert habe, dort mit dem französischen Vertreter zu verhandeln. Mit Genugtuung wies der Minister darauf hin, daß die Bereitwilligkeit der Marokkobank, das Reisegeld nach Rabat zur Verfügung zu stellen, im wesentlichen wohl auf Herrn Fischels** Stellungnahme zu dem Antrage zurückzuführen sei. Auch die Teilnahme des Generals Lyautey an der Zusammenkunft erwähnte Herr Pichon. Im Hinblick auf die zahlreichen Zeitungskombinationen wolle er diesbezüglich nicht unterlassen, mir zu sagen, daß der General als Sachverständiger in der Frage der Polizeiorganisierung an der algerischen Grenze mitgesandt worden sei, eine Frage, in der man endlich vorwärts kommen müsse.

Sodann ging Herr Pichon auf die Angelegenheit der Casablancaentschädigungen über und teilte mir mit, Herr Cambon werde bei seiner für Montag geplanten Abreise nach Berlin die Vorschläge mitnehmen, die die französische Regierung uns zu machen habe. Daß die Bildung einer internationalen Kommission proponiert werden solle***, sei uns ja schon bekannt, und soviel Herr Cambon ihm gesagt habe, dürfe er wohl hoffen, sich hierüber ohne Schwierigkeit mit uns zu verständigen. Auf die an mich gerichtete Frage, ob ich wisse, wie man über die Einsetzung der Kommission bei uns denke, antwortete ich, daß mir über den Standpunkt meiner Regierung nichts bekannt sei.

Weiter sagte der Minister, man arbeite hier eifrig an einem Gelbbuch über die marokkanische Angelegenheit, das dem Parlament möglichst bald nach seinem Zusammentritt am 22. d. Mts. mitgeteilt werden solle. Betreffs der in Berlin vorher vorzulegenden Aktenstücke werde die dortige französische Botschaft in etwa Wochenfrist die erforderlichen Schritte tun. Er würde dankbar sein, wenn wir mit tunlichster Beschleunigung unsere Antwort geben wollten, damit die Herausgabe des Gelbbuchs sich ohne Verzögerung vollziehen könne.

Den Äußerungen des Ministers möchte ich noch hinzufügen, was ich von anderer zuverlässiger Seite über die Absichten der Regierung in der Häfenpolizeifrage erfahre. Vor allem will man sich mit der Organisierung derselben Zeit lassen. Vielleicht würde darüber, so sagte man mir, ein Jahr, vielleicht eineinhalb Jahr vergehen. Den Grundstock für die Polizei sollten die in Tanger augenblicklich vorhandenen und schon polizeiliche Dienste versehenden marokkanischen Truppen bilden, aus denen wohl auch ständig die Rekrutierung der Polizeimannschaften in den Häfen zu erfolgen haben werde.

Lancken

---

* Vgl. Nr. 8299 nebst Fußnote *, S. 244.
** Deutscher Delegierter bei der Marokkobank.
*** Vgl. Nr. 8285.

Nr. 8302

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 644 Paris, den 17. Oktober 1907

Gleich nach meiner Rückkehr hat Minister Pichon mich empfangen. Er zeigte mir ein eben erhaltenes Telegramm, worin der Botschafter Cambon mitteilt, er habe dem Herrn Staatssekretär den französischen Vorschlag bezüglich der Entschädigungsfrage in Casablanca vorgelegt und den Eindruck gewonnen, als halte die Kaiserliche Regierung denselben im Prinzip für annehmbar; der Staatssekretär müsse erst den Vorschlag genauer prüfen, bevor er sich äußern könne. Minister Pichon betonte, daß er fortdauernd die feste Absicht habe, ganz im Rahmen der Algecirasakte zu bleiben, und setzte hinzu, wie er bemüht sei, alles zu vermeiden, was eine Komplikation hervorrufen könnte. Er hätte seinerzeit große Befürchtungen gehabt, gezwungen zu sein, mehr Truppen zu landen; die vorsichtige und energische Haltung des Generals Drude und des Admirals Philibert hätte aber diese Gefahr abgewandt. Das Schlimmste sei zurzeit die Geldnot des Sultans. Die große Frage sei, wie diesem Mangel abzuhelfen. Die marokkanische Bank finde keine genügenden Garantien. Vielleicht, meinte der Minister, könnte, wie in Erwägung gezogen, die projektierte neue Anleihe von zirka 60 Millionen entsprechend erhöht werden, um dadurch die Mittel sowohl, dem Geldbedürfnis des Sultans abzuhelfen, als auch die Mittel für die Entschädigung der geschädigten Europäer zu finden.

Im Laufe des Gesprächs meinte Herr Pichon, er fürchte, es könnte in Marokko für Frankreich noch manche Schwierigkeit zu überwinden sein, und bemerkte wiederholt mit großer Emphase: „Je vous donne ma parole d'honneur que si j'avais été ministre il y a trois ans, il n'y aurait pas eu les affaires du Maroc. Je l'aurais étouffé dès le début. Monsieur Delcassé a été léger, il s'est laissé entraîner." Er schloß mit den für die Situation nicht uncharakteristischen Worten: „Si vous saviez que de mal j'ai à résister aux poussées continuelles des différentes personnes influentes qui veulent me forcer la main."

Ich habe aus der ganzen Unterhaltung den Eindruck gewonnen, daß der Minister es aufrichtig meint und gelegentlichen Widerständen und Unterströmungen gegenüber alles aufbieten wird, um bezüglich seiner Marokkopolitik auf der internationalen, festgelegten Basis zu verbleiben.

Radolin

Nr. 8303

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 265 Tanger, den 21. Oktober 1907

In hiesigen französischen und englischen Kreisen hatte man sich von der Ankunft des Sultans in Rabat eine Stärkung der Autorität Mulay Abdul Asis' und davon eine entscheidende Wendung des Thronstreits versprochen. Diese Hoffnung, die immerhin stark genug war, um die französische Regierung zur Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion an Mulay Abdul Asis zu veranlassen*, hat sich nicht erfüllt. Der dynastische Zwist hat sich durch den Residenzwechsel nur noch schärfer zugespitzt, und die Lage ist nur dahin verschoben, daß Mulay Abdul Asis' Stellung weiter geschwächt erscheint, ohne daß sich Mulay Hafids Aussichten wesentlich gebessert hätten.

Mit Ausnahme von Mogador und dem benachbarten Bezirk des Kaid Anflus hat ganz Südmarokko nach und nach Mulay Hafid gehuldigt. Die nördliche Grenze seines Anerkennungsbereiches folgt heute etwa einer geraden Linie, die, ungefähr bei Casablanca am Atlantischen Ozean beginnend, nach Ost-Nord-Ost verläuft und die Hauptstädte Meknes und Fes gerade noch von seinem Bereich ausschließt.

Im nördlich dieser Linie belegenen Gebiet war Mulay Hafid persönlich wenig bekannt und Mulay Abdul Asis von jeher persönlich wenig beliebt. Dies ergibt den Maßstab für die geringe innere Festigkeit der Autorität Mulay Abdul Asis' in den Landschaften, die ihm verbleiben. Man kann da nicht wohl von Treue sprechen. Auch erinnern die bloßen Namen Raisuli, Bu-Hamara, Bu-Amama, Udjda an die wesentlichen Einschränkungen, denen seine Macht selbst unterworfen war und bleibt. Zu alledem kommt das Imponderabile, daß er im Rufe steht, eine unglückliche Hand zu besitzen, und daß der Verdacht des Volkes gegen ihn, daß er sich den Christen verschrieben habe, gerade jetzt durch die Mission des Herrn Regnault wieder neue Nahrung erhalten hat.

Man ginge fehl, aus der nahezu völligen Einhelligkeit, mit der der Süden Mulay Hafid gehuldigt hat, Schlüsse auf die Festigkeit der Wurzeln der Kraft des Gegensultans zu ziehen. Ihm haftet all das Schwächliche und Bedenkliche eines Führers einer bislang zersplitterten vielartigen Opposition an. Gerade was diese Opposition auf ihn geeinigt hat, kann er ihr auf die Dauer nicht erhalten: die Illusion der Schaffung und Erhaltung eines von europäischem Einfluß freien marokkanischen Reichs für die Marokkaner allein. Die Gegensätze aber, die sich zu seiner Schilderhebung versöhnten, bestehen latent fort. Ihre Träger sind einerseits die zahlreichen

* Am 7. Oktober wurde der Orden dem Sultan Abdul Asis von dem französischen Gesandten Regnault in Rabat überreicht.

autonomen Kabylen, die in Thing und Fehde nach Väter Brauch ihre primitiven Interessen selbst ordnen und von einer Zentralregierung und Eingriffen ihrer örtlichen Organe nichts wissen wollen; andererseits sind es die unter dem alten Machsen aus Beamten zu Stammesherzögen gewordenen Großen wie Glawi, Mtuggi, Msoti, Abdi, die, unter sich entzweit, nur in dem Wunsch einig sind, einen gefügigen, von seinen Granden abhängigen Sultan zu haben und ihn zu brauchen, um die eigene Hausmacht auf Kosten von Volk, Nachbarn und Reich zu vergrößern. Die höchsten Ämter seines Hofes hat Mulay Hafid solchen Großen anvertraut. Er hält sie mühsam in Frieden und bei Laune, bringt ihnen das Opfer, sie daheim frei schalten und walten zu lassen, ehrt sie, indem er ihre Töchter heiratete, und kann doch nie voll auf sie zählen. Endlich krankt seine Macht ebenso wie die seines Bruders im nervus rerum. Er hat kein Geld und, was schlimmer ist, keine Einnahmen von Belang.

So steht also ein Sultan ohne treue Untertanen einem Gegensultan gegenüber, der seinen Anhängern nicht zu gebieten vermag[1].

Die Geschichte Marokkos ist die stete Wiederkehr solcher Situationen. Ihre traditionelle Lösung ist Verrat mit oder ohne Meuchelmord gewesen. Auch heut scheinen die großen Familien eine derartige Lösung zu ahnen, und wenn sie sie auch vielleicht nicht bewußt vorbereiten, so leisten sie ihr doch dadurch Vorschub, daß sie sich selbst nicht so schnell in zwei Lager auseinander reißen lassen wie der Machsen. Es ist höchst auffällig, daß Tasis, die Brüder sind, an beiden Höfen Finanzminister sind, daß ferner ein Sohn des Chefs der Hofwache Mulay Abdul Asis' sich frei am Hofe Mulay Hafids bewegt und ein Sohn eines Ministers Mulay Hafids ein Regiment Mulay Abdul Asis' befehligt. Die Entscheidung zwischen den feindlichen Brüdern liegt heut, soweit nicht europäische Machtfaktoren von außen eingreifen, bei diesen Machsenfamilien.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund der Lage erscheinen die letzten in zusammenhanglosen Telegrammen in Europa bekannt gewordenen marokkanischen Ereignisse folgendermaßen verknüpft:

Mulay Hafid, der auch heut noch aus der werbenden Kraft seiner angeblich franzosenfeindlichen Bestrebungen Nutzen und wachsenden Anhang zieht, hat eine kleine Kolonne nach Schauia gesandt, die den Anschein erwecken soll, als setze er nun Worte in Taten um. Mulay Hafid ist aber viel zu erfahren, als daß er seine Gelder für Soldaten hielte, mit denen er die Franzosen werfen könnte. Darum tut er alles, um jene Kolonne bei seinen Anhängern als erste Avantgarde eines Vormarsches gegen die fremden Okkupationstruppen auszugeben, sie aber nicht über die Stärke einer aktionsunfähigen Avantgarde zu bringen und sie den Europäern gegenüber als bloße Schutzmacht zur Niederhaltung der unwirschen und verhetzten Schauia auftreten zu lassen. Speziell die Franzosen, zu denen Mulay Hafid ja gute Fühlung gefunden hatte, sind wohl sicher, daß er sich nicht zu der Narrheit eines Angriffs auf sie versteigen wird, solange er seine Truppen in der Hand behält.

Zur Erklärung der Untätigkeit dieser Truppe gibt ihm die Lage in Mogador und bei diesem Hafen einen guten Scheingrund. Der dortige Gouverneur Bargasch und der benachbarte Landgouverneur Kaid Anflus haben, wie gesagt, Mulay Hafid noch nicht anerkannt. Es ist bekannt, daß sie in ihrer zweideutigen Haltung nicht beharren könnten, wenn Mulay Hafid eine Kolonne nach Mogador entsenden würde. Mulay Hafid bereitet daher eine Expedition dorthin ebenso öffentlich vor, wie er Verstärkungstruppen für die Schauiakolonne ausrüstet. Bisher aber hat er den Aufbruch von Truppen nach einer jeden dieser beiden Bestimmungen mit der abwechselnden Erklärung vermieden, daß sie hierhin nicht gesandt werden könnten, weil sie dorthin müßten. Schließlich wird er wohl eine Expedition nach Mogador abgehen lassen und vielleicht sogar die Schauiatruppe aus diesem Anlaß aus der gefährlichen Nähe der französischen Truppen nach Süden fortziehen. Bei alledem ist aber nichts weniger maßgebend als militärische Zwecke. Vom ersten Tage seines politischen Auftretens hat er die Politik verfolgt abzuwarten, bis ihm reif in den Schoß fiele, wonach zu greifen gefährlich wäre. Das scheint der Inhalt seiner von den Seinen vielgerühmten „Klugheit" zu sein.

Sie unterscheidet sich praktisch nicht wesentlich von Mulay Abdul Asis' vielgeschmähter Unfähigkeit. Auch er hat eine kleine Kolonne nach Schauia entsandt, die über die ersten Etappen nicht hinausgelangen zu wollen scheint und abwarten wird, bis sie durch Desertionen nachschubbedürftig wird. Ihre erklärte Absicht ist, den Rebellen den Vormarsch auf Rabat zu verlegen und die Schauiastämme zur Loyalität gegen Mulay Abdul Asis zu bekehren. Sie wird kaum viel nutzen oder schaden.

Gleichzeitig wird eine militärische Unterstützung des noch zu Mulay Abdul Asis haltenden Gouverneurs von Mogador angebahnt. Zwei Bataillone werden aus dem Weichbild Tangers auf einem französischen Dampfer dorthin befördert, und auch von Rabat wird mit freundlicher Hülfe französischer Kriegsschiffe ein Truppentransport nach Mogador versucht. Bei den heurigen Brandungsverhältnissen ist nicht abzusehen, ob Einschiffung und Landung möglich ist. Gelingt alles, so ist kaum mehr als etwas zur Beruhigung des Gewissens geschehen. Am gegenseitigen Kräfteverhältnis ändert sich nichts, denn diese regulären marokkanischen Truppen sind nicht feldtüchtige Krieger, sondern wie Kriegsmarken, die sich die Ortsobrigkeit anhängt.

Für die europäischen Interessen wäre es vielleicht das geratene gewesen, in diesen Thronstreit nicht einzugreifen. Eine Parteinahme war loyaler Weise nur zugunsten Mulay Abdul Asis' möglich. Aber es ist klar, daß sie ihn in den Augen der Mohammedaner gerade bei der gegenwärtigen Lage kompromittieren muß, namentlich wenn sie noch dazu von französischer Seite kommt, und ihm daher schadet, wenn sie ihm nicht das einzige gibt, was wirklich ausschlaggebend wäre: gute Truppen. Herr Regnault ist demnach bemüht, in den Thronstreit einzugreifen, aber nicht mit nützlicher Hülfe, sondern mit kleinen Gefälligkeiten und großen Artigkeiten.

Wenn ein Gedanke dahinter steckt, so kann es eigentlich nur der sein, Mulay Abdul Asis so tief in den Haß seines Volkes hineinzuhelfen, daß ihn nur ein förmliches Ersuchen um bewaffnete französische Hülfe wieder herausretten könnte[2]. Herr Regnault hat mit Udjda und Casablanca Herrn Pichon schon so geschickt die Hand forciert, daß ich nicht den Gedanken abzuweisen vermag, daß er auf ein Interventionsmandat des Sultans an Frankreich hinarbeitet, um damit Herrn Pichon und ganz Europa die Hand zu Dingen zu führen, die eigentlich nur Herrn Regnault und seinen kolonialen Freunden passen können[2].

Rosen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nette Aussichten!
[2] richtig

Nr. 8304

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 278 Tanger, den 30. Oktober 1907

Der Kaiserliche Vizekonsul in Rabat* hat dem Minister des Auswärtigen ben Sliman und dem Hadji Omar Tasi davon Mitteilung gemacht, daß die Abgesandten Mulay Hafids** im Auswärtigen Amt in Berlin nicht empfangen worden sind. Beide haben die Mitteilung mit großer Befriedigung aufgenommen, so wie auch schon die vorherige Ankündigung, daß die Abgesandten nicht empfangen werden würden, eine vortreffliche Wirkung gehabt hat.

Die Mißerfolge jener Deputation werden den großen Stammeshäuptern, aus denen Mula Hafid seinen neuen Machsen gebildet hat, zu denken geben. Sie hatten die Aussichten des Gegensultans bisher zu sehr aus den inneren Landesverhältnissen heraus beurteilt und die Wirkung der Haltung Europas kaum erwogen. Nun trifft die Nachricht von den vergeblichen Anstrengungen der Abgesandten des Gegensultans gerade zu einer Zeit ein, wo die persönlichen Reibereien seiner neuen Paladine durch den Fortzug von zweien derselben vom Hofe scharfen Ausdruck gefunden haben. Der rechtmäßigen Regierung kommt die Nachricht vom Mißerfolg der Abgesandten des Gegensultans daher gerade jetzt sehr gelegen. Man verspricht sich davon eine Dämpfung der anscheinend bis in die nächste Umgebung des Sultans Mulay Abdul Asis verbreiteten Sympathien für Mulay Hafid.

Rosen

---

* Neudörfer.
** Mulay Hafid hatte schon im Oktober 1907 Abgesandte an die europäischen Höfe geschickt, die aber durchweg auf verschlossene Türen stießen.

Nr. 8305

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 274 Paris, den 28. Dezember 1907

Bei dem heutigen diplomatischen Empfang erklärte mir Pichon, er benutze gern die Gelegenheit, um mir zur Vermeidung von Mißdeutungen folgendes bezüglich Marokko mitzuteilen.

Es sei der aufrichtige Wunsch Frankreichs, baldmöglichst seine Truppen aus Casablanca zurückzuziehen[1] und die Stadt und Umgegend durch eine Mahalla des Sultans Abdul Asis besetzen zu lassen. Das erste Erfordernis hierzu sei völlige Pazifizierung der umwohnenden Stämme. Hierfür habe sich Besetzung der Kasba Mediuna als unumgänglich erwiesen. Vor weitergreifenden militärischen Maßnahmen werde Frankreich sich hüten[2], denn um das ganze Land zur Ruhe zu zwingen, würde ein Aufgebot von hunderttausend Mann kaum genügen. — Im vorstehenden Sinne, so sagte der Minister weiter, habe er soeben auch mit spanischem Botschafter gesprochen.

General Drude betreffend fügte er hinzu, derselbe sei an hochgradiger Entkräftung schwer erkrankt und habe deshalb durch General d'Amade ersetzt werden müssen*, der voraussichtlich zu einem entscheidenden Angriff auf die Kasba schreiten werde.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wird sobald wohl kaum gelingen
[2] kann es gar nicht! Es wird wieder Willen immer tiefer hineingezogen

Nr. 8306

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Tanger, den 11. Januar 1908

Heute aus Fes eingetroffene zuverlässige arabische Nachricht besagt, daß am 3. Januar die Absetzung Abdul Asis' auf Drängen der Bevölkerung

* Nach einem Berichte Radolins vom gleichen Tage (Nr. 786) stände die Krankmeldung des Generals Drude in ursächlichem Zusammenhang mit den schweren Vorwürfen, die der französischen Regierung kurz vorher in den Senatsverhandlungen wegen ihrer rein defensiven Haltung gemacht waren. Nach einem weiteren Bericht Radolins vom 29. Dezember (Nr. 789) wäre General Drude laut Äußerungen des Deputierten Etienne „ein bedauerliches Opfer der übertrieben vorsichtigen Instruktionen geworden, durch welche ihm die Regierung bis in die neuere Zeit eine energische Offensive unmöglich gemacht habe." Der Wechsel in dem Kommando bedeutete danach zugleich einen Systemwechsel.

von den Ulema beschlossen und am 4. seitens der Stände mit Zustimmung der Behörde Mulay Hafid zum Sultan ausgerufen worden ist. Eine Deputation soll ihm die Huldigungsurkunde überbringen, welche unter anderem folgende Bedingungen enthält:

1. Aufhebung der Algecirasakte (nach anderer Quelle: Anerkennung der Akte bis auf die Polizei).
2. Keine fremde Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten Marokkos.
3. Beschränkung der Übergriffe der Minister.
4. Abschaffung der europäischen Instrukteure.
5. Aufhebung des Protektionswesens.
6. Wiederherstellung der Grenzen Marokkos, wie sie vor der Eroberung Algeriens waren.
7. Sorge für Wehrkraft.
8. Aufhebung der städtischen Abgaben und — nach anderer Quelle — auch des Tabakmonopols.
9. Entente mit der Türkei (letzteres ist besonders bemerkenswert und mit Hinblick auf bisherige Gegenleistung ein vollständiges Novum).

Die ganze Bewegung hat sich friedlich und in traditioneller Form vollzogen. Die verschiedenen Versammlungen wurden in den Moscheen abgehalten. Veranlassung war Widerspruch gegen von Rabat angeblich nachgesuchte Zustimmung der Ulema zu Abmachungen französischen Gesandten mit Abdul Asis. Die Aussicht* bisherigen Sultans beschränkt sich hiernach auf Küste und äußersten Norden.

Rosen

Randvermerk Kaiser Wilhelms II.:

Donnerwetter!
Das kann ja nett werden! Prosit Neujahr Clémençeau! Jetzt wird doch wohl mit Eroberung von Marocco vorgegangen werden, oder abgezogen!

Nr. 8307

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Tanger, den 12. Januar 1908

Vizekonsul Rabat meldet durch Expreßboten vom 9. Januar:

„Auf die Nachricht von der Proklamierung Mulay Hafids in Fes wurden sofort die Notabeln der Schwesterstädte Rabat und Sale zu-

---

* Es ist wohl zu lesen: Herrschaft.

sammenberufen und ihnen gesagt: Man erwarte von ihnen, daß sie nach allen Kräften den anwesenden Herrscher beschützen und sich nicht widersetzen würden, wenn Machsen französischen Schutz zu beanspruchen genötigt sei. Andernfalls würden die beiden Städte die ersten sein, die man angreifen würde. Die Städter haben alles versprochen; es wird unausbleiblich zu sehr ernstem Konflikt kommen, wenn die Regierung ihren angekündigten Plan ausführt und Landung französischer Truppen veranlaßt."

Inzwischen ist hier Radiotelegramm bekannt geworden, wonach General d'Amade am 10. Fedala und am 11. Bu-Snika auf zwei Drittel des Weges nach Rabat besetzt habe.

Wir dürfen uns darüber keiner Täuschung hingeben, daß, wenn Frankreich sich für Wiederherstellung der Herrschaft Abdul Asis' einsetzt, dies nichts weniger bedeutet als die Notwendigkeit eines Eroberungskrieges, der sich auf das ganze Land erstrecken muß.

Ob wir aus derartiger Verwickelung, welche vielleicht Frankreich zwänge, größeres Truppenaufgebot hier festzulegen, politischen Vorteil ziehen könnten, entzieht sich meiner Beurteilung. Jedenfalls steht außer Zweifel, daß weiteres Gewährenlassen bisheriger Regnaultscher Gewaltpolitik unsere hiesigen Handelsinteressen empfindlich schädigen, wenn nicht vernichten würde.

Rosen

Nr. 8308

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Tanger, den 14. Januar 1908

Nach bisher vorliegenden Nachrichten scheint die Proklamation Mulay Hafids im ganzen Land mit Jubel aufgenommen zu sein, außer in den französischen Eingriffen ausgesetzten Hafenorten. Mit Rücksicht darauf, daß bisher alle Kaiserlichen Konsularämter von mir angewiesen sind, jeden Verkehr mit Regierung Mulay Hafids zu vermeiden, erbitte Drahtorientierung über Stellungnahme Euerer Durchlaucht und der Mächte zu neuem Herrscher, damit ich Konsularämter eventuell so rechtzeitig instruieren kann, daß nicht eventuell deutsche Vertreter neuer Regierung Anerkennung verweigern, wenn fremde diese bereits zu gewähren in der Lage sind. Letzteres würde deutsche Vertreter Unannehmlichkeiten und möglicherweise Gefahren aussetzen und unsere Interessen schädigen. Hier und — soweit bekannt — auch sonst alles vollkommen ruhig. Man erblickt in Herrschaft Mulay Hafids einzige Möglichkeit, Ordnung und Ruhe wiederherzustellen, da für Mulay Abdul Asis, der als Verräter am Vaterland und

am Islam gilt, keine Aussicht besteht, ohne fremde kriegerische Intervention seine Autorität wiederherzustellen. Man hofft daher auf Neutralität der Mächte im Thronstreit.

Rosen

Nr. 8309

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 13 Tanger, den 14. Januar 1908

Nicht unerwartet, aber doch im Augenblick überraschend ist die Nachricht von der Absetzung Mulay Abdul Asis' und der Proklamierung Mulay Abdul Hafids aus Fes hier eingetroffen. Zwar hatte es nicht an Anzeichen einer immer stärker um sich greifenden Sympathie im Lande für den Prätendenten gefehlt, aber bei diesem vermißte man jedwede entscheidende Tat, durch welche er seine Sache wesentlich vorwärts gebracht hätte. Dazu kamen zahlreiche Berichte von angeblichen Niederlagen, die Mulay Hafid oder seine Heerführer erlitten haben sollten. Diese Nachrichten erwiesen sich freilich später zum großen Teil als Erfindungen der Franzosen, die mit der drahtlosen Telegraphie zugleich auch das Nachrichtenwesen in der Hand haben. Jedenfalls traute man Mulay Hafid nach allem, was man bisher von ihm gesehen hatte, kaum die Fähigkeit zu, sich in kurzer Zeit zum Herren des ganzen Landes zu machen.

Im Lichte der neuesten Ereignisse kann Mulay Hafids langes Zaudern als eine kluge Politik angesehen werden. Er brauchte keine Feldschlachten zu liefern. Für ihn kämpfte ein mächtiger Bundesgenosse, der täglich wachsende Widerwille gegen die Franzosen und den mit diesen identifizierten Sultan Abdul Asis. Durch seinen raschen Zug von Fes nach Rabat hatte letzterer allerdings seine erschütterte Autorität und den Glauben an seine Aktionsfähigkeit wenigstens zum Teil wiederhergestellt. Durch die lange Anwesenheit der französischen Gesandtschaft daselbst hat er aber alles wieder verloren. Zwar sickerte über die eigentlichen Verhandlungen zwischen dem Machsen und Herrn Regnault nur wenig durch, indessen man erwartete von dem Vertreter der französischen Penetrations- und Vergewaltigungspolitik nichts Gutes, und das Triumphgeschrei der französischen Presse über die angeblichen Riesenerfolge dieser Mission erweckte allmählich das tiefste Mißtrauen.

Zwei Punkte der Verhandlungsgegenstände riefen im besonderen Maße den Widerspruch der Bevölkerung hervor, sobald sie durch die französische Presse bekannt wurden: Die Anleihe und die Polizeireform. Die Anleihe galt den Muhamedanern für nichts anderes als ein verräterischer Verkauf des Landes und der Sache des Islam an den Feind. Die Einführung einer

vorwiegend französischen Polizei jedoch erschien der Bevölkerung als der schrecklichste der Schrecken, als das Ende der Selbständigkeit und der Beginn der Knechtung durch die Ungläubigen. Das Wort „Bolis" wirkte, wie mir der Kaiserliche Vizekonsul aus Rabat schrieb, auf das Volk wie das rote Tuch auf den Stier. Oft habe ich mich bemüht, den Leuten auseinanderzusetzen, daß es sich nach der Algecirasakte nur um einige weitere „harraba" (Instrukteure) handele, wie deren ja schon eine ganze Anzahl im Lande seien, und daß diese ein aus Eingeborenen bestehendes Polizeikorps nur organisieren, nicht befehligen sollten. Es war vergebens. Es ist aber nicht leicht, den Muhamedanern klar zu machen, welcher Teufel uns Christenvölker dazu treibt, sie immer wieder mit Reformen zu beglücken, ohne die sie und ihre Väter jahrhundertelang gut ausgekommen sind[1]. Ähnlich wie mit der Polizei ist es mit den anderen in Algeciras ersonnenen Reformen; sie sind der Masse des Volkes unverständlich und erscheinen ihr im günstigsten Falle entbehrlich und niemals unverdächtig. Der Sultan und sein Machsen haben allerdings den einmal angenommenen Reformen keinerlei Widerstand entgegengesetzt, ja die Ausführung derselben nicht einmal künstlich verschleppt, wie dies oft fälschlich behauptet wurde. Sie haben sich in das Unvermeidliche gefügt, das der Areopag der Kulturwelt nun einmal einstimmig über sie verhängt hat. Es wird aber lange dauern, ehe es gelingt, in breiteren Schichten Verständnis oder gar Enthusiasmus für die neuen fremden Einrichtungen zu erwecken. „C'est aussi difficile que de faire boire un âne qui n'a pas soif."

Weit mehr noch als die Gegenstände, über welche die französische Mission in Rabat verhandelte, war es die französische Methode, welche notgedrungen zu allgemeiner Unzufriedenheit führen mußte. Wie konnte dies auch anders sein, wenn gleichzeitig mit den Rabater Verhandlungen und lauten Freundschaftsversicherungen zwei größere kriegerische Unternehmungen in Casablanca und bei den Beni-Snassen im Lande operierten und täglich Siegesbotschaften wie diese verbreiteten: „Un grand nombre de Marocains fut tué" — und schlechtweg die Untertanen des Sultans als „l'ennemi" bezeichneten. Der unglückliche Sultan mußte freilich auch dies über sich ergehen lassen, und er tat es auf den Rat seiner Minister, ohne seinen tiefen Unwillen merken zu lassen. Eines Tages, als er gerade mit dem Admiral Philibert und dem Gesandten Regnault im Gespräch war, ertönte ferner Geschützdonner. Den Franzosen war es durch Funkspruch bekannt, daß es sich um ein Gefecht bei Casablanca (90 km) handelte, und daß es der Donner der französischen Schiffsgeschütze war, die auf Marokkaner schossen. Der Sultan bemerkte die bedeutungsvollen Blicke, welche seine Gäste austauschten, setzte jedoch die Unterhaltung fort, ohne mit der Wimper zu zucken. Aber die strenggläubige Bevölkerung der beiden Städte Rabat und Sale war empört, als sie von diesen und ähnlichen Vorfällen hörte. Als Emir el Muminni — Befehlshaber der Gläubigen — hat der Sultan die Pflicht, die noch im Dschehl — im Dunkel des Unglaubens — befindlichen Länder zu unterwerfen und das Licht des

Islam in ihnen zu verbreiten. Zu diesem Zwecke haben die muhamedanischen Herrscher besondere „Kriegsherbergen" gegründet, in denen die Glaubenskämpfer sich sammeln und mit ihrem Troß unterkommen können. Solche Orte tragen den Namen Rabat und gelten wie die gegenwärtige Residenz Mulay Abdul Asis' als besonders heilige Städte. Und nun mußte in diesen ehrwürdigen Mauern der Sultan die Invasion durch die Ungläubigen zuerst dulden, dann gutheißen, zuletzt selbst anrufen! — Dies schien der Masse der Gläubigen nur erklärlich durch die Annahme, der Sultan habe sein Land und seine Religion den Fremden verkauft und sei um schnödes Geld selber Christ geworden. Die Legendenbildung fand hier ein fruchtbares Feld. Die Investitur mit dem Großkreuz der Ehrenlegion galt allgemein als die Zeremonie des Übertritts, bei der der französische Gesandte dem Renegaten ein Kreuz umgehängt hatte. In dem Umstande, daß die spanische Sondergesandtschaft unter ihren Mitgliedern zwei Franziskanerpatres als „aumôniers" mitführte, während doch schon ein Franziskanerkloster in Rabat besteht, erblickte man nicht eine alte Tradition des katholischen Königreichs, sondern glaubte vielmehr, die beiden Patres sollten den Taufakt am Sultan vollziehen.

Mehr noch als derartige Legenden, die übrigens selbst von den Gebildetsten geglaubt wurden, hat die zügellose Unverfrorenheit der französischen Presse zu der Diskreditierung des unglücklichen Herrschers beigetragen. Die Gesellschaft der Franzosen war ja für den Sultan naturgemäß kompromittierend. Durch die französische Presse, die in geschmackloser Weise die Zusammenkünfte des Sultans mit Herrn Regnault mit den Rendezvous' eines Liebespaares verglich und unaufhörlich betonte, daß Abdul Asis sich nun nicht mehr den „étreintes" Frankreichs entziehen könnte, wurde erst ein öffentlicher Skandal daraus. Wenn hier wie in der Türkei eine strenge Zensur herrschte, wäre das Ärgernis nicht so groß gewesen, denn die Zensur schützt oft die fremde Politik mehr als die eigene. So aber wurde durch die französische Presse, in erster Linie durch den „Temps" meist das Aktionsprogramm für die nächste Zeit in unverblümter Weise angekündigt. Da fast immer das Programm der Aktionspartei, nicht aber die ministeriellen Erklärungen zur Ausführung gelangten, wurde der letzte Rest von Vertrauen in die ehrlichen Absichten der französischen Regierung zerstört. Wenn zum Beispiel Herr Clemenceau erklärte, es sollten keine weiteren Verstärkungen nach Casablanca gehen, so kündigte fast gleichzeitig der „Temps" den Abgang von Verstärkungen aus Oran dahin an. Wenn der Minister versicherte, es solle keine „Expedition" unternommen werden, so machte schon der „Temps" für eine Expedition Stimmung, und richtig — es wurde der Zug nach Mediuna unternommen. Wenn Herr Pichon glaubhaft zu machen suchte, Mediuna sei nun das Endziel der Expedition, so wußte schon der „Temps" von weiteren Vorstößen der französischen Truppen nach Norden und nach Süden — Dar Berreschid und Fedala — zu berichten, die dann auch nicht auf sich warten ließen. So hat die französische Politik ihr

jetziges Fiasko zum nicht geringsten Teil der Indiskretion ihrer Presse zu verdanken, von den Zeiten an, wo die Autorität des Sultans direkt untergraben und verhöhnt wurde, bis zu den Zeiten, wo dieselbe Autorität als von Frankreichs Gnaden bestehend in Lobliedern gefeiert wurde. Aber das jetzige Lob der Franzosen hat dem Sultan in den Augen seines Volkes mehr geschadet als ihre früheren billigen Spötteleien. Die Gemeinschaft mit Frankreich hat die Herrschaft Abdul Asis' unwiederbringlich kompromittiert und ihm das ganze Land entfremdet. Der Thron wurde als erledigt angesehen. Abdul Asis kann ihn ohne Hülfe von außen nicht mehr besteigen[2].

So steht denn die französische Marokkopolitik zum zweiten Male einem vollständigen Fiasko gegenüber. Das erste Fiasko, das Abblitzen Herrn St.-René-Taillandiers mit seiner „pénétration pacifique" im Sommer 1905, war durch unsere Intervention begünstigt worden. Das zweite Fiasko haben sie lediglich sich selbst zu verdanken, indem sie den Sultan, den sie in ihrer Gewalt glaubten, derartig kompromittierten, daß er eben nicht mehr Sultan sein kann. Und nun ist ein neuer Sultan ausgerufen, dem gegenüber das ganze mühsame Werk wieder von neuem begonnen werden muß, wenn man nicht zu Gewaltmaßregeln in größerem Umfange, das heißt zur förmlichen Eroberung schreiten will.

Für den Beobachter dieser Vorgänge bleibt eins ein Rätsel, wie es nämlich möglich ist, daß die Vertreter der französischen Aktionspolitik, denen es doch ebensowenig an Intelligenz wie an dem reichsten Auskunftsmaterial fehlt, entweder sich oder die anderen dauernd in dem Maße, wie bisher geschehen, über die Wirkungen ihrer Methode täuschen können. Es mag ja in Frankreich Leute geben, welche glauben, daß es möglich sei, programmäßig, wie zum Beispiel anläßlich der Besetzung von Mediuna vorzugehen:

1. Mediuna wird zum Hauptknotenpunkt des Karawanenverkehrs und gleichzeitig zum Mittelpunkt des Räuberunwesens erklärt,
2. es wird von französischen Truppen besetzt und die Sicherheit wiederhergestellt,
3. Sultan Abdul Asis zieht von Rabat nach Mediuna und übernimmt den Oberbefehl über das nunmehr beruhigte Schauiagebiet,
4. die französischen Truppen werden nach Lösung ihrer Aufgabe nach Casablanca zurückgezogen.

Das klingt ja sehr logisch: „Das erste so, das zweite so, und drum das dritt' und vierte so." Aber hierzulande weiß jedes Kind, daß die Ausführung dieses Programmes ebensowenig gelingen kann, wie beispielsweise die Beruhigung der Gemüter in Marrakesch durch die Besetzung von Udjda gelingen konnte. Wem daran gelegen ist, daß die Marokkopolitik endlich in friedlichere Bahnen einlenkt, und daß unsere nicht unbedeutenden Interessen daselbst nicht durch fortgesetzte Beunruhigungen des Landes weiteren Gefahren und Schädigungen ausgesetzt werden, fragt sich mit

Besorgnis, wie lange die bisher beliebten französischen Methoden zur Herstellung von „ordre et sécurité" im Lande noch befolgt werden sollen.

Rosen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr wahr! ebenso auf dem Balkan
[2] aha!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich

Nr. 8310

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 15. Januar 1908

Der französische Botschafter hat mir im Auftrage seiner Regierung mündlich mitgeteilt, daß Frankreich und Spanien nach wie vor den Schutz der Europäer in den Hafenstädten Marokkos wahrnehmen, indessen auch fernerhin mit allen Maßregeln, die in Frage kommen könnten, sich streng innerhalb des Rahmens der Algecirasakte halten wollen.

Ich habe mich beschränkt, von dieser Eröffnung dankend Akt zu nehmen*.

v. Schoen

Nr. 8311

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 10 Berlin, den 18. Januar 1908

Festzuhalten ist, daß wir uns in Thronstreitigkeiten wie überhaupt innere Angelegenheiten Marokkos nicht einmischen. Unsere konsularischen Vertreter mögen indes im Einvernehmen mit Mehrheit ihrer am selben Platze befindlichen Kollegen unaufschiebbare laufende Angelegenheiten mit demjenigen marokkanischen Beamten verhandeln, der betreffende Amtsfunktionen am Ort tatsächlich ausübt, auch wenn er im Namen Mulay Hafids fungiert.

Ausdrückliche Anerkennung Mulay Hafids ist jedenfalls vorderhand zu vermeiden.

* Die gleiche Zurückhaltung übte die deutsche Regierung, angesichts des als nicht im Einklang mit der Algecirasakte empfundenen gewalttätigen französischen Vorgehens

Auf wesentlich gleichem Standpunkt stehen Kabinette von Wien und Rom.

Spanische Regierung findet keine neueren Fortschritte für Sache Mulay Hafids und will sich daher weiter abwartend verhalten.

Über Auffassung anderer Regierungen hier Sicheres noch nicht bekannt.

v. Schoen

Nr. 8312

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Tanger, den 18. Januar 1908

Konsul Neudörfer meldet mir vom 16. Januar folgende Bestellung des Ministers des Äußern Abdelkrim ben Sliman, „daß Seine Scherifische Majestät der Sultan unter Berufung auf die von Seiner Majestät dem Kaiser in Tanger abgegebenen Erklärungen der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß seitens des befreundeten Deutschen Reiches nunmehr Einspruch erhoben werde gegen das die Algecirasakte verletzende Vordringen der Franzosen in Marokko."

Was diese nach der in Telegramm Nr. 8* gemeldeten Lage überraschende Wendung verursacht haben mag, — ob etwa ein vergeblicher Appell an französische Hilfe gegen Mulay Hafid oder vielleicht ein persönlicher Eingriff des Sultans in die franzosenfreundliche Politik des Machsen — entzieht sich zurzeit meiner Kenntnis.

Rosen

---

in Marokko und der dadurch in Deutschland erzeugten lebhaften Mißstimmung, gegenüber gleichzeitigen neuerlichen Versuchen des Fürsten von Monaco, eine Zusammenkunft zwischen dem Kaiser Wilhelm II. und dem Präsidenten Fallières zu arrangieren. Zu einem Bericht des Fürsten Radolin vom 11. Januar 1908 (Nr. 25), nach dem dieser dem Fürsten von Monaco auf eine dahinzielende Sondierung bereits geantwortet hatte: eine solche Begegnung lasse sich nicht von heute auf morgen improvisieren; eine Annäherung der beiden Völker würde durch eine unzeitgemäße Begegnung der Staatsoberhäupter eher gefährdet als gefördert werden, bemerkte der Kaiser: „Nur wenn das französische Staatsoberhaupt unter Billigung seines Ministerrats und Parlaments die Zusammenkunft macht; dann ja." Fürst Bülow erklärte sich darauf in einem Telegramm an Fürst Radolin vom 15. Januar (Nr. 9) ausdrücklich mit dessen reservierter Haltung einverstanden. „Unzeitgemäße Begegnung würde politisch sehr bedenklich sein und voraussichtlich auf französischer Seite Illusionen erzeugen, denen ein um so unerfreulicherer Rückschlag folgen dürfte." Doch möge Radolin dem Fürsten von Monaco sagen, daß der Kaiser ganz damit einverstanden sei, daß jener weiter im Sinne einer allmählichen deutsch-französischen Detente arbeite. Die Hoffnung dürfe nicht aufgegeben werden, daß dereinst die Zeit für eine Begegnung der Staatsoberhäupter reif sein werde.

* Siehe Nr. 8307.

Nr. 8313

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Tanger, den 18. Januar 1908

Nachdem, wie in Nr. 15* berichtet, Mulay Abdul Asis sich an mich gewandt hat, um Euerer Durchlaucht Intervention gegen französische Invasion zu erbitten, läßt nunmehr auch Mulay Hafid mich durch Vizekonsul in Saffi** fragen, ob französisches Vordringen in das Innere durch Mandat der Mächte — besonders Deutschlands — sanktioniert sei. Diese Version werde von Franzosen verbreitet, wie aus einem (mir mitgeteilten) Schreiben hervorgeht. Er bittet, dafür einzutreten, daß Franzosen sich in Thronstreit nicht einmischen, da dies innere Angelegenheit Marokkos. Sein Minister des Äußern schreibt an Vizekonsul Junker: „Ebensowenig wie Mulay Hafid Eingriff in sein Hoheitsrecht durch Fremde dulden könne, denke er daran, die den Fremden in Marokko zustehenden Rechte zu schmälern." Er erbittet umgehenden Bescheid.

Von Deutschen aller Küstenstädte — namentlich den Konsuln — bekomme ich Briefe, worin Wunsch ausgesprochen wird, Kaiserliche Regierung möge für Neutralität Frankreichs und gegen weitere Unternehmen französischer Truppen eintreten, da sonst gegenwärtige franzosenfeindliche Bewegung sich in allgemein fremdenfeindliche verwandeln werde. Denn es werde allgemein angenommen, daß Franzosen ihr den Abmachungen von Algeciras zuwiderlaufendes Eindringen ins Innere ohne Zustimmung Deutschlands und der anderen Mächte nicht wagen würden. Deutsche befürchten, solche Fremdenfeindschaft werde Dimensionen.....*** unter anderem deutschen Handel, der hauptsächlich auf persönlichen Beziehungen zu Eingeborenen beruht, auf Jahre vernichten müßten.

Wenn es schließlich zu einer Anerkennung Mulay Hafids, der bereits fast im ganzen Lande zum Sultan proklamiert ist, kommen sollte, würden wir ihm durch Bemühungen um Neutralität große Dienste geleistet und gleichzeitig den Wunsch Sultan Mulay Abdul Asis' erfüllt haben. Erwartung, daß Deutschland irgend einen Schritt zur Lösung gegenwärtiger Wirren tue — was durch Fürsorge für Handelsinteressen zu motivieren —, ist hier allgemein, nicht nur bei beiden Sultanen, sondern bei gesamter Bevölkerung. Glaube diese Tatsache Euerer Durchlaucht nicht verschweigen zu dürfen.

Rosen

---

* Siehe Nr. 8312.
** Junker.
*** Zifferngruppe fehlt, zu ergänzen: annehmen, die

Nr. 8314

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 11 Berlin, den 21. Januar 1908

Auf Telegramme Nr. 15 und 16*.

Bitte Sie, sowohl an Abdul Asis als an Mulay Hafid — an jeden tunlichst auf dem gleichen Wege, auf dem die Bestellung an Sie gekommen war — folgende Antwort gelangen zu lassen:

Französische Regierung habe der Kaiserlichen Regierung noch neuerdings wiederholt und auf das bestimmteste versichert, daß sie sich bei ihrem Vorgehen in Marokko streng im Rahmen der Algecirasakte halten werde. Glaube die marokkanische Regierung aber beweisen zu können, daß das französische Vorgehen die Akte verletze, so stehe es ihr frei, sich deswegen an die sämtlichen Unterzeichner der Akte, die ja ihre Vertreter in Tanger hätten, zu wenden. Nachdem die Akte in Kraft getreten sei, könne Deutschland in der Sache nicht wohl mehr allein etwas tun. Die Kaiserliche Regierung werde aber nicht unterlassen, die ihr marokkanischerseits geäußerten Wünsche ohne Verzug zur Kenntnis der französischen Regierung zu bringen.

In der für Abdul Asis bestimmten Antwort wollen Ew. pp. dem Vorstehenden noch einen Satz in dem Sinne hinzufügen, daß wir nach verschiedenen Vorgängen der letzten Zeit hätten annehmen müssen, das Vorgehen der französischen Truppen geschehe im Einvernehmen mit dem Sultan.

v. Schoen

Nr. 8315

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Paris, den 22. Januar 1908

Habe Herrn Pichon befohlene Mitteilung gemacht**. Minister erwiderte, er könne nur immer von neuem betonen, daß Frankreich nichts

* Siehe Nr. 8312 und 8313.

** Durch Telegramm Nr. 12 vom 21. Januar 1908 war Fürst Radolin beauftragt worden, der französischen Regierung Mitteilung von der Anrufung Deutschlands sowohl durch Abdul Asis wie durch Mulay Hafid und von der beiden erteilten Antwort der deutschen Regierung zu machen. Siehe den Wortlaut des Telegramms im deutschen Weißbuch, Aktenstücke über Marokko September 1906 bis April 1908, S. 48. Dort auch die weiteren Schriftstücke über die von Abdul Asis den Franzosen gegenüber in Abrede gestellte, von Konsul Neudörfer aber aufrechterhaltene Anrufung der deutschen Intervention durch den Sultan.

sehnlicher wünsche, als baldmöglichst seine Streitkräfte aus Marokko zurückzuziehen und die in Algeciras beschlossenen Einrichtungen ins Leben treten zu lassen. (Es ist dies dasselbe, was mir noch vor kurzem Herr Clemenceau versichert hat.) Die Ereignisse der letzten Zeit seien bei der Konferenz nicht vorauszusehen gewesen. Wenn Frankreich gezwungen sei, ihnen seine Maßnahmen anzupassen, so könnten diese vielleicht dem Buchstaben der Algecirasakte nicht genau entsprechen; man würde sie aber stets mit dem Geist derselben in Einklang zu halten suchen. Hintergedanken hege Frankreich nicht. „Nous n'irons ni a Fez ni à Marrakech; nous ne voulons pas de protectorat; je vous l'assure formellement."

Daß Abdul Asis sich in angegebener Weise an uns gewandt habe, überrascht ihn sehr. Er könne mir vertraulich mitteilen, daß der Sultan mit Anregungen an Frankreich herangetreten sei, die weit über den Algecirasrahmen hinausgingen. Man habe ihn abfallen lassen. Seine Enttäuschung hierüber dürfe ihn veranlaßt haben, sich nunmehr an uns zu wenden. Eine Einmischung in innere marokkanische Dinge habe Frankreich nicht beabsichtigt, als es Abdul Asis stützte. Dies geschah, weil der legitime Sultan immerhin noch eine gewisse Regierungsgewalt repräsentierte, die Stärkung einer solchen sei europäisches Interesse, da ohne Vorhandensein einer Regierung die Durchführung der Algecirasbeschlüsse unmöglich. Andererseits sei Mulay Hafid bekanntlich unter der Bedingung proklamiert worden, die Konferenzakte nicht gelten zu lassen und eine nicht nur den Franzosen, sondern den Europäern überhaupt feindliche Haltung einzunehmen. Der Minister schien hinter meiner Mitteilung mangelndes Vertrauen der Kaiserlichen Regierung gegenüber französischer Politik zu erkennen und dies aufrichtig bedauernd zu empfinden. Er sei stets ein Vertreter de rapports amicaux mit Deutschland (er betonte amicaux) gewesen und sei demgemäß wiederholt hiesigen deutschfeindlichen Tendenzen, wie sie unter anderem in gewissen kolonialchauvinistischen Kreisen beständen und noch neuerdings sich hätten bemerkbar machen wollen, entschieden entgegengetreten. Das Vorgehen der Gegensultane bezwecke seines Erachtens in der Hauptsache, Deutschland mit Frankreich zu verhetzen. Er hege die Hoffnung, daß solche Bestrebungen erfolglos bleiben möchten.

Radolin

Nr. 8316

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Paris, den 24. Januar 1908

Das Ereignis der heutigen Interpellationsdebatte über Marokko, welche Montag fortgesetzt wird, war eine fast zweistündige, in großem

Teil der Kammer wiederholt stürmischen Beifall auslösende Rede Delcassés, mit welcher dieser seine von Jaurès angegriffene Politik verteidigte. Die Behauptung, daß er durch seine Ententepolitik und seine marokkanischen Pläne Frankreich einem Kriege mit Deutschland nahegebracht habe, sei unbegründet: „Ce n'était pas la guerre. On ne déclare pas la guerre à la France quand elle avait avec elle ses alliées et ses amitiés"*. Stürmischer Beifall. Jaurès ruft der Beifall klatschenden Majorität zu, warum sie Delcassé habe fallen lassen. Delcassé erwidert: sie waren getäuscht worden. Ackerbauminister Ruau verlangt als Mitglied damaligen Kabinetts Rouvier, Delcassé möge sich näher aussprechen. Dieser erwidert ausweichend, im Deutschen Reichstag selbst sei erklärt, daß Marokkos wegen es nicht zum Kriege gekommen wäre. Delcassé schließt seine Rede mit schwungvollen Worten, in denen er unter starkem Beifall Vaterlandsliebe und Armee verherrlicht.

Seit seiner Demission war er noch nicht in dieser Weise öffentlich hervorgetreten. Der erste Eindruck ist der, daß die Mehrheit der Kammer seine Rede als Rechtfertigung seiner noch in letzter Zeit häufig angegriffenen Politik hingenommen hat.

Radolin

Nr. 8317

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Tanger, den 13. Februar 1908

Heute gingen drei Briefe Mulay Hafids ein, zwei adressiert an deutsches Konsulat Saffi, einer an mich. Mulay Hafid beschwert sich erneut über französisches militärisches Vorgehen in Schauia, bei dem wider alles Recht Frauen und Kinder umgebracht worden seien. Er beteuert unter Hinweis auf seine früheren Schreiben seinen Wunsch, mit allen Mächten Frieden zu halten, bedauert, daß französisches Vorgehen Pazifizierung des Landes erschwere. Er habe lediglich heiligen Krieg erklärt, um dem aufgebrachten Volk eine scheinbare Genugtuung zu geben, denke aber nicht daran, sich in Kampf mit Frankreich einzulassen. Er bittet mich, in Rücksprache mit französischem Vertreter auf Zurückziehen französischer Truppen zu wirken, sowie darauf, daß Frankreich in Thronstreit nicht interveniert. Für Sicherheit von Leib und Gut der Europäer trete er ein.

* Über die Bedeutung des Delcasséschen Wiederauftretens und die Resonanz, die es namentlich in England fand, vgl. die Berichte des belgischen Gesandten in Berlin Baron Greindl vom 27. und 29. Januar sowie den des belgischen Gesandten in Paris A. Leghait vom 27./30. Januar 1908, Belgische Aktenstücke 1905—1914 S. 46ff.

Ähnliche Schreiben habe er an die anderen Gesandten in Tanger geschickt. Werde Übersetzung der Schreiben Euerer Durchlaucht einreichen.

Besagte Schreiben haben sich gekreuzt mit unserer Antwort auf erste Schritte Mulay Hafids*. Unsere Antwort ist am 2. Februar in Saffi Vertreter Mulay Hafids mündlich und in Verbalnote übergeben worden. Letztere wurde sofort mit Eilboten weiter befördert. Auch Vertreter Hafids in Saffi erklärte, Vorgehen der Franzosen in Schauia mache Beruhigung des Landes unmöglich und stehe im Widerspruch zu Beteuerungen, daß Frankreich sich an Algecirasakte halte.

Rosen

Nr. 8318

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 85 Tanger, den 26. Februar 1908

Herr Pichon hat wiederholt dem Kaiserlichen Botschafter in Paris erklärt, Frankreich wünsche nichts sehnlicher, als seine Truppen aus dem Gebiete von Casablanca zurückzuziehen. Noch am 5. d. Mts. vertraute Herr Pichon dem Fürsten von Radolin an: er sei in recht ernster Sorge, wie die Sache dort enden solle. „Er schien," schreibt der Kaiserliche Botschafter, „in der Tat nicht zu wissen, wie Frankreich aus der Sackgasse herauskommen solle. Dabei wiederholte er, daß die Regierung fest entschlossen sei, die Aktion aufzugeben, sobald dies nur irgend möglich sei."

Es wäre unhöflich, diesen wiederholten Beteuerungen des Ministers des Äußern sowie seinen Erklärungen im Parlament keinen Glauben schenken zu wollen. Aber dieser Glaube erheischt ein nicht unerhebliches „sacrificium intellectus". Wenn man mit Herrn Pichons jedesmaligen Versicherungen die hier zeitlich zusammenfallenden französischen Unternehmungen vergleicht, so ergibt sich, daß regelmäßig gerade das Gegenteil von dem getan wird, was Herr Pichon sowohl im Parlament wie auch namentlich den in Paris akkreditierten Botschaftern gegenüber ausgesprochen hat. Aus der Menge der mir bekanntgewordenen Äußerungen gestatte ich mir einige Beispiele herauszugreifen:

Schon im August versicherte Herr Pichon den Kaiserlichen Geschäftsträger seiner beabsichtigten Mäßigung: „Spontan", so schreibt Freiherr von der Lancken am 20. August**, „erklärte mir der Minister, unter keinen Umständen werde er, und möchte der ‚gâchis' im Innern noch so

* Vgl. Nr. 8314.
** Siehe Nr. 8283.

groß werden, dem Gedanken nähertreten, die Aktion Frankreichs über die Küstenstädte hinaus auszudehnen." Bekanntlich sind seitdem die militärischen Expeditionen auf 100 km und mehr ins Innere vorgeschoben und sogar die Operationsbasis nach einem Orte des Innern (Dar Berreschid) verlegt worden.

Am 12. Oktober konnte Freiherr von der Lancken Euerer Durchlaucht melden*, „daß Herr Pichon im Verein mit dem Kriegsminister die Frage studiere, ob nicht schon bald ein Teil der in Casablanca stationierten Truppen heimberufen werden könne. Denn die französische Regierung lege Wert darauf, daß sie sich mit ihren militärischen Maßnahmen ganz auf das durchaus Notwendige beschränken wolle." Gleichzeitig mit dieser Versicherung fanden jedoch fast täglich Nachschübe von Truppen und Kriegsmaterial nach Casablanca statt, Nachschübe, deren Umfang ein so bedeutender war, daß unsere Schiffsagenten über Beschlagnahme alles dem Handel sonst zu Gebote stehenden Landungsmaterials Klage führten.

Wenige Tage später kehrte der Kaiserliche Botschafter auf seinen Posten zurück und erhielt ähnliche Erklärungen des Ministers. Fürst von Radolin schrieb hierüber: „Herr Pichon betonte, er habe fortdauernd die feste Absicht, ganz im Rahmen der Algecirasakte zu bleiben; er setzte hinzu, wie er bemüht sei, alles zu vermeiden, was eine Komplikation hervorrufen könnte. Seinerzeit hätte er große Befürchtungen gehabt, gezwungen zu sein, mehr Truppen zu landen; aber die energische und vorsichtige Haltung des Generals Drude und des Admirals Philibert hätte diese Gefahr abgewandt**."

Es dauerte aber nicht lange, so wurde an der „vorsichtigen Haltung des Generals Drude" kein Geschmack mehr gefunden. Er mußte durch General d'Amade ersetzt werden, der die Instruktion bekam, offensiv gegen die Umwohner Casablancas, auch die bis dahin friedlichen, vorzugehen, und die Truppenstärke wurde wiederum um 2000 Mann vermehrt***.

Der Feststellung, daß Frankreich in dem Kampfe zwischen den beiden Sultanen neutral bleiben wollte, folgte unmittelbar ein wohlorganisierter und lange vorbereiteter Feldzug gegen Mulay Hafid, der augenscheinlich nur den Zweck haben kann, diesem den Weg nach Fes zu verlegen. In diesem Feldzug entfernt sich General d'Amade auf mehr als 100 km von Casablanca, greift völlig friedliche Dörfer an und stößt bis auf die Vorposten der Hafidischen Mahalla vor, die er um jeden Preis in ein größeres Gefecht zu verwickeln und festzuhalten sucht.

Kaum weniger vereinbar mit einer neutralen Haltung ist die Gewährung eines Vorschusses von zweieinhalb Millionen Franken an Mulay

---

* Siehe Nr. 8301.
** Siehe Nr. 8302.
*** Vgl. Nr. 8305 nebst Fußnote.

Abdul Asis mit dem ausgesprochenen Zwecke, die Truppen seiner Mahalla damit zu besolden. Bei dem Thronstreit kommt im gegenwärtigen Augenblick alles darauf an, wer von den beiden Sultanen zuerst nach Fes gelangen kann. Auf der einen Seite wird dem nach Versetzung seiner Kronjuwelen völlig mittellosen Abdul Asis das Mittel in die Hand gegeben, neue Truppen und Kabylen zum Marsch auf Fes zu werben, auf der anderen Seite wird Mulay Hafid durch Waffengewalt am Marsche nach Fes gehindert.

Der Weg zur Besitzergreifung auch anderer Länder ist mit Evakuationsbeteurungen gepflastert gewesen. Es ist mir aber kein Beispiel bekannt, wo dies in so ungenierter Weise unmittelbar nach einer internationalen Konferenz und im flagranten Widerspruche mit den dort eingegangenen feierlichen Bindungen geschehen wäre.

Rosen

Nr. 8319

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 4. März 1908

Der französische Botschafter las mir heute eine Depesche obigen Inhalts* vor.

Ich nahm davon mit dem Bemerken Akt, ich bedauerte, daß sich Frankreich durch den Gang der Ereignisse jetzt in die Lage versetzt sehe, die angekündigten Maßregeln zu ergreifen. Ich bäte, die französische Regierung möge bei den weiteren Maßregeln und Unternehmungen so weit wie nur irgend möglich darauf bedacht sein, daß unsere Handelsinteressen, die durch die bisherigen militärischen Maßnahmen sehr erheblich beeinträchtigt würden, nicht noch weiteren empfindlichen Schaden erleiden[1].

Herr Cambon erklärte sich ermächtigt, im Namen seiner Regierung diese Zusage zu erteilen.

v. Schoen

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr richtig

---

* Wolffs Telegraphisches Bureau brachte am 4. März folgende Depesche: „Paris, 4. März. Halbamtlich wird gemeldet: Nach dem gestrigen Ministerrat erteilte Pichon den Botschaftern und Gesandten Frankreichs bei den Signatarmächten der Algecirasakte telegraphisch den Auftrag, den betreffenden Regierungen mitzuteilen, daß die französische Regierung beschlossen habe, Verstärkungen in Höhe von etwa 4000 Mann nach Casablanca zu entsenden, um die Pazifizierung des Schauiagebietes zu beschleunigen und die baldige Errichtung der Polizei in Casablanca zu ermöglichen, wie es in der Algecirasakte vorgesehen sei. Gleichzeitig wurden die Vertreter Frankreichs beauftragt darzulegen, daß diese Absendung von Verstärkungen in keiner Weise eine Änderung des Programms bedeute, das sich die französische Regierung von Anfang an vorgezeichnet und den Mächten bekanntgegeben habe."

Nr. 8320

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Tanger, den 21. März 1908

Ein Bevollmächtigter der Medakra Kabyle, zugleich deutscher Semsar, hat Konsul in Casablanca um seine Vermittelung wegen Herstellung Friedens mit den Franzosen gebeten. Lüderitz hat auf Grund meiner in Nr. A 273 vom 25. Oktober v. Js.* berichteten Weisung zunächst dilatorisch geantwortet und erbittet weitere Instruktion.

Falls französische Regierung ernstlich Herstellung Friedens beabsichtigt, müßte ihr unsere Vermittelung im höchsten Grade willkommen sein, da deren Wirksamkeit wegen der allgemeinen Beliebtheit Deutschlands im Innern Marokkos kaum zweifelhaft. Wir würden damit nicht nur Frankreich einen guten Dienst leisten, sondern auch unsere Stellung im Lande wesentlich verbessern und der Lahmlegung unseres Handels ein Ende bereiten. Erbitte Drahtantwort, ob Euere Durchlaucht das Angebot unserer Vermittlung in Paris tunlich erscheint, damit ich Konsul Casablanca entsprechend instruieren kann.

Rosen

Randvermerk von Schoens:

Ich fürchte, die Franzosen könnten unser Anerbieten leicht mißverstehen, aber wir könnten ihnen von den Tatsachen Mitteilung machen**.

Nr. 8321

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Paris, den 26. März 1908

Minister des Äußern hat mich gebeten, Euerer Durchlaucht den aufrichtigen Dank der französischen Regierung auszusprechen für die ver-

---

* Nach Bericht Nr. A 273 vom 25. Oktober 1907 hatte Rosen Konsul Lüderitz angewiesen, sich jeder vermittelnden Tätigkeit zwischen den Kabylen und den Franzosen zu enthalten.

** Es geschah dies durch eine dem Botschafter Fürst Radolin unter dem 25. März erteilte Weisung. Davon wurde auch Gesandter Rosen am 23. benachrichtigt. Es hieß in dem diesbezüglichen Telegramm nach Tanger: „Frankreich unsere Vermittlung zwischen ihm und einer einzelnen Kabyle anzubieten, erscheint nicht tunlich, zumal wir erklärt haben, französische Aktion als solche nicht stören zu wollen."

söhnliche und herzliche Weise, in der der Herr Staatssekretär die die Marokkofrage betreffende Erklärung im Reichstage* abgegeben habe.

Radolin

Nr. 8322

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 436 Berlin, den 2. April 1908
[abgegangen am 4. April]

Zu Ew. Orientierung und Regelung Ihrer Sprache.

Ich habe dem Botschafter Cambon, der mich heute vor seiner Abreise nach dort aufsuchte, gesagt:

Unsere öffentliche Meinung beginne, nicht mit Unrecht, sich darüber zu wundern, daß man in Frankreich, wie dies auch in der jüngsten Rede des Herrn Pichon im Senate geschehen sei**, bei Besprechung des französischen Vorgehens in Marokko sich wieder auf ein europäisches Mandat berufe. Ein Mandat sei nach unserer Auffassung doch lediglich bezüglich der Einrichtung der Polizei in bestimmten Hafenplätzen erteilt, nicht aber für Expeditionen, die zu Zwecken der Sühne für Gewalttaten unternommen werden.

v. Schoen

Nr. 8323

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 197 Paris, den 4. April 1908

Dem Ministerium Clemenceau, über dessen Situation ich mir vorbehalten darf demnächst gesondert zu berichten, ist es bisher immer noch

---

* Am 24. März hatte Staatssekretär von Schoen sich im Reichstage eingehend zur Marokkofrage geäußert und betont, daß die Regierung an der Aufrichtigkeit und Loyalität der französischen Regierungserklärungen, die sich immer auf den Boden der Algecirasakte gestellt hätten, keinen Zweifel hegen dürfe. Ausdrücklich stellte die Schoensche Rede, die auch ausführliche Mitteilungen zur Entschädigungsfrage brachte, fest: „An dieser internationalen Vereinbarung der Algecirasakte halten wir unverrückbar fest. Sie ist und bleibt für uns die feste Basis unserer Stellung zu marokkanischen Dingen."

** Am 31. März hatte Pichon im Senat bei der Verteidigung der französischen Marokkopolitik u. a. gesagt: „C'est en nous abritant derrière cet acte d'Algésiras, c'est en nous inspirant toujours de son esprit, à défaut de sa lettre parfois insuffisante, que nous agissons, non pas seulement en vertu de notre droit propre, pour nos intérêts spéciaux, mais comme mandataire des puissances."

gelungen, zwischen den verschiedenen ihm drohenden Klippen hindurchzusteuern; man wird kaum mehr bezweifeln können, daß sich die Regierung noch mindestens bis in die Sommersession hinein halten dürfte. Allerdings hat der Conseilpräsident die Fortdauer seines Kabinetts mit einer offenkundigen Einbuße an seiner Autorität bezahlen müssen. Sein System hat in den letzten Monaten lediglich darin bestanden, daß er in verschiedenen heiklen Fragen eine dilatorische Politik zur Anwendung brachte und über Schwierigkeiten, zu denen er durchaus Stellung nehmen mußte, durch bisweilen recht peinliche Opfer und Konzessionen hinwegzukommen suchte.

Das Abbröckeln der Autorität des Herrn Clemenceau macht sich begreiflicherweise auch außerhalb des Parlaments in der Tätigkeit der Regierung fühlbar. Es zeigt sich dies namentlich in den militärischen Unternehmungen in Marokko. Sowohl der Ministerpräsident wie Herr Pichon versichern jedem, der es hören will, daß die kriegerischen Operationen nur zur Verteidigung dienen, und daß dieselben ebenso wie die Besetzung einzelner Posten mit dem Moment aufhören werden, wo hinreichende Ruhe und Sicherheit hergestellt sein wird[1], um ohne Gefahr für die in Marokko lebenden Europäer die Stellungen aufgeben zu können. Dabei unternehmen die Generäle fortwährend neue Züge ins Innere des Landes, provozieren neue Kämpfe und handeln, wie es scheinen will, ohne Kontrolle gegen oder wenigstens über die Weisungen hinaus, die das Ministerium ihnen erteilt.

Die natürliche Folge davon ist, daß immer neue, größere Opfer an Menschen und Geld gebracht werden, und daß in der Presse und in den militärischen Kreisen die Ansicht Platz greift, diese großen Opfer erheischten eine entsprechende Entschädigung und bildeten einen berechtigten Titel für eine exzeptionelle, bevorzugte Stellung Frankreichs in Marokko. Trotz aller gegenteiligen Erklärungen und Versicherungen des Ministers, der mir bei jeder Gelegenheit die Uneigennützigkeit, das Desinteressement Frankreichs[2] wiederholt, vermag ich mich doch des Gedankens nicht zu erwehren, daß, wenn auch die Äußerungen des Ministers ehrlich gemeint sind, die Verhältnisse „lui forceront la main" und die Kolonial- und Militärpartei die Regierung fortreißen und ein fait accompli schaffen könnten[3], das sich schlechterdings mit den Abmachungen von Algeciras nicht vereinbaren läßt. Es kann dann der Moment kommen, wo die schönen Phrasen Lügen gestraft werden und Deutschland sich in die Zwangslage versetzt sieht, dem weiteren Vorgehen Frankreichs und seinem schließlichen unbefugten Festsetzen in einzelnen Gebieten Halt gebieten zu müssen. Männer wie Etienne, Doumer und andere bilden eine Macht, welcher die Regierung auf die Länge wohl kaum wird standhalten können, namentlich wenn von ihnen die patriotische Saite der Ehre Frankreichs angeschlagen wird und die ungeheuren pekuniären Vorteile den einzelnen Interessenten vor Augen geführt werden.

Ich habe Gelegenheit genommen, im Laufe einer freundschaftlichen

Unterhaltung mit Herrn Pichon auf die Gefahren hinzuweisen, die bei dieser Eventualität für die jetzt immerhin guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich im Hintergrund schlummern[4]. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß ein Moment kommen würde, wo nicht nur die Deutschen, sondern auch die Angehörigen anderer Nationen, die große Interessen in Marokko haben, sich, von ihren Regierungen unterstützt, dem französischen Übergreifen, das sich teils in territorialer Besetzung, teils in übermäßigen Konzessionserteilungen usw. darstelle, widersetzen müßten[4]. Ich bemerkte Herrn Pichon (als er mir immer wieder einwarf, seine kategorischen Erklärungen in der Kammer wären doch eine genügende Bürgschaft[5], daß die französische Regierung keinerlei Hintergedanken habe), ich sei persönlich von der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen überzeugt, ich könne aber nicht umhin, der Befürchtung Ausdruck zu geben, daß, wenn einmal ein anderes Ministerium ans Ruder käme, dasselbe sich nicht an die Worte Herrn Pichons als früheren Minister gebunden erachten würde, zumal da die von ihm abgegebenen Erklärungen möglicherweise als persönliche Ansicht und nicht als bindend für jede folgende Regierung interpretiert werden könnten. Herr Pichon widersprach dieser Auffassung und meinte, daß alles, was er in seiner Eigenschaft als französischer auswärtiger Minister von der Tribüne der Kammer aus sage, eine Erklärung der französischen Regierung involviere[5]. Ich erwiderte Herrn Pichon, ich nähme Akt von seinen Worten, womit er sich ganz einverstanden erklärte. Die Folge wird lehren, wie sich die Verhältnisse gestalten.

General Lyautey und Herr Regnault sind nach Marokko geschickt worden, um die Lage zu studieren und über dieselbe Bericht zu erstatten. Wenn dies erfolgt sein wird, dürfte der Moment gekommen sein, sich mit Herrn Pichon klar darüber auszusprechen, wie die Regierung die Lage in Marokko auffaßt, und auf welche Dauer sie die Besetzung und die militärischen Operationen in Marokko voraussichtlich berechnet[4]. Mit Rücksicht auf die große Schädigung, die unserem Handel durch den gegenwärtigen kriegerischen Zustand erwächst, scheint es mir durchaus gerechtfertigt, wenigstens zu versuchen, eine bindende Erklärung vom Minister über den Termin zu verlangen, an welchem die französische Evakuation zu erfolgen haben wird[4], oder wenigstens Sicherheit darüber zu erlangen, daß die Absicht, gewisse Gebietsteile Marokkos an der Atlantischen Küste als Faustpfand dauernd zu behalten, tatsächlich nicht besteht.

Euere Durchlaucht wollen in geneigte Erwägung ziehen, ob und wieweit ich mit Herrn Pichon in vorstehendem Sinne sprechen darf, oder ob es zweckmäßiger erscheinen kann, dort Herrn Cambon zu einer Äußerung seiner Regierung zu veranlassen.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das sagen sie seit 9 Monaten!
[2] Quatsch!

[3] das glauben die Deutschen schon lange
[4] ja
[5] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 8324

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 218 Paris, den 14. April 1908

Ich glaube Anlaß zu der Annahme zu haben, daß in hiesigen ministeriellen und parlamentarischen Kreisen die Auffassung mehr und mehr um sich greift, als wenn die deutsche Regierung, völlig von den Balkanangelegenheiten in Anspruch genommen, jedes lebhaftere Interesse an den Vorgängen in Marokko verloren habe. Vielleicht hat auch Herr Cambon bei seinem letzten Hiersein mit dazu beigetragen, die gedachten Kreise in diesen Ideen zu bestärken, denn in einer Unterhaltung mit mir erwähnte der Botschafter, man denke in Berlin augenblicklich einzig und allein an Mazedonien*, und was Marokko betreffe, so scheine man bei uns desselben recht überdrüssig zu werden.

Es wäre meines gehorsamsten Erachtens bedenklich, wollte man derartige Anschauungen hier feste Wurzeln fassen lassen, denn mir möchte es wohl denkbar erscheinen, daß Herr Clemenceau aus parteitaktischen Gründen sich verleiten lassen könnte, den Expansionspolitikern Etiennescher Färbung, die, wie ich höre, sich neuerdings wieder recht regen sollen, weitgehende Konzessionen zu machen. Auch die Gefahr liegt vor, der Ministerpräsident könnte bei etwa erneut auftauchenden inneren Schwierigkeiten den marokkanischen Ereignissen — wie er sie sich schon mehrfach zunutze zu machen wußte — eine Wendung geben, welche eine Kabinettskrise in den Augen des Parlaments im patriotischen Interesse als unmöglich erscheinen lassen müßte.

Unter diesen Umständen wäre es vielleicht empfehlenswert, wenn man in geeignet erscheinender Weise die Legende zerstörte, als sei Marokko uns und unserer öffentlichen Meinung in der Tat völlig gleichgültig geworden.

Radolin

Bemerkung von Schoens am Schluß des Schriftstücks:
Ich habe Herrn Cambon gestern gefragt, wie man in Paris zurzeit über den schließlichen Ausgang der Unternehmungen in Marokko denke. Der Botschafter erwiderte, die französische Regierung halte streng und loyal an ihrem Programm fest — keine Verletzung der Algecirasakte, Besetzungen nur provisorisch.
17/4 Sch.

---

* Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXVIII.

Nr. 8325

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 507 Berlin, den 18. April 1908
[abgegangen am 25. April]

Eure Durchlaucht haben in dem gefälligen Bericht vom 14. d. Mts. (Nr. 218*) mit vollem Recht auf das Bedenkliche hingewiesen, was es für uns haben muß, wenn in maßgebenden französischen Kreisen die falsche Auffassung um sich griffe, als ob der Kaiserlichen Regierung und unserer öffentlichen Meinung Marokko völlig gleichgültig geworden wäre.

Was von hier aus geschehen kann, um die Festsetzung dieser Legende zu verhindern, wird nicht versäumt werden. Die wiederholten Warnungen vor einem weiteren Hinausgehen über den Rahmen der Algecirasakte, die wir nach Paris gerichtet haben, sollten eigentlich, zumal bei Beachtung der letzten Marokkodebatte im Reichstag** und der Haltung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Presse, genügen, um die französische Regierung vor unliebsamen Täuschungen in dieser Beziehung zu bewahren.

Ich habe Veranlassung genommen, Herrn Cambon unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Paris zu fragen, wie man dort zurzeit über den schließlichen Ausgang der französischen Aktionen in Marokko denke. Der Botschafter antwortete mir mit der Versicherung, daß seine Regierung streng und loyal an ihrem Programm festhalte, nämlich: keine Verletzung der Algecirasakte, rein provisorischer Charakter der Besetzungen.

v. Schoen

Nr. 8326

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Tanger, den 20. April 1908

Kaiserlicher Vizekonsul Saffi meldet, daß Mulay Hafid eine Mission nach Paris und Madrid, eine zweite nach London, eine dritte nach Berlin sendet, letztere bestehend aus dem Amin Mohammed Bel Hadj Abd-el-Kader Bennis aus Fes und dem Feky (Rechtsgelehrten) Mohammed ben Azzuz aus Rabat. Diese gedenkt mit erster Dampfergelegenheit direkt

* Siehe Nr. 8324.
** Vgl. Nr. 8321, S. 269, Fußnote *.

via Gibraltar abzureisen. Gleichzeitig traf Schreiben Mulay Hafids an mich ein, worin mir Entsendung Sondermission „zur Rücksprache mit Kaiserlicher Regierung über Marokkofrage und mit der Bitte um Regelung des gegenwärtigen Zustandes zwischen seiner und der französischen Regierung" angezeigt wird. Ich werde ersucht, Euerer Durchlaucht hiervon telegraphisch Mitteilung zu machen*.

Rosen

Nr. 8327

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Venedig, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen

Privatbrief. Ausfertigung

Venedig, den 24. April 1908

Den Bericht Radolins Nr. 197 über das französische Vorgehen in Marokko** habe ich mit besonderem Interesse gelesen. Die darin geschilderte Sachlage ist ernst und erfordert eine eingehende Besprechung zwischen uns nach meiner Rückkehr.

---

* In der französischen Presse setzte alsbald nach dem Bekanntwerden der Absicht Mulay Hafids, eine Mission nach Berlin zu senden, eine sich immer mehr verschärfende Kampagne ein. Auch das am 18. April zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Grenzabkommen über Kamerun mußte zu der Deduktion herhalten, daß Deutschland allen Anlaß habe, sich für die ihm darin eingeräumten sehr beträchtlichen Vorteile in der Marokkofrage dankbar zu erweisen. Bericht Radolins vom 20. April 1908 (Nr. 229). Dazu bemerkte jedoch der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg in einem Schreiben an das Auswärtige Amt vom 6. Mai, daß der Vertrag keineswegs so wesentlich zu Deutschlands Gunsten ausgefallen sei, wie es von den französischen Zeitungen hingestellt werde: „Wenn bei den Grenzverhandlungen auch versucht worden war, besondere Vorteile zu erzielen, so scheiterten diese Bestrebungen doch an der kaum als entgegenkommend zu bezeichnenden Haltung der französischen Delegierten. Es hatte den Anschein, als ob diese Haltung auf Direktiven des hiesigen französischen Botschafters zurückzuführen war. — Die bei der Grenzregulierung vorgenommenen Gebietsaustausche verteilen alle daraus entstandenen Vor- und Nachteile in gleichem Maße auf Kamerun und Französisch-Kongo. — Ein unabhängiges französisches Kolonialorgan, die ‚Dépêche Coloniale', bezeichnet sogar die Lösung des Grenzproblems in Hinsicht der französischen Interessen als äußerst glücklich und spricht es offen aus, daß im ganzen der Vorteil des Handels offensichtlich auf seiten Frankreichs sei. — Es liegt also nach diesseitiger Auffassung für die deutsche Regierung kein Anlaß vor, die mit dem Abkommen vom 18. April d. Js. in Kamerun geschaffenen Grenzverhältnisse als auf einem besonderen Entgegenkommen Frankreichs beruhend zu betrachten, auf Grund dessen die französische Regierung ein gutes Recht ableiten könnte, bei ihrer Marokkopolitik oder aus sonstigem Anlaß eine Gegenleistung Deutschlands zu verlangen."

** Siehe Nr. 8323.

Inzwischen möchte ich bereits jetzt sagen, daß mir die Gefahr französischer Übergriffe über den Rahmen des Abkommens von Algeciras hinaus nicht ausgeschlossen erscheint. Solche Übergriffe aber würden uns in eine sehr schwierige Lage bringen. Denn bei völliger Nachgiebigkeit gegen sie würden wir die Leitung unserer auswärtigen Politik in Deutschland den schwersten Angriffen aussetzen; bei einem Widerstande gegen derartige französische Unternehmungen aber könnten wir möglicherweise bis an die Schwelle ernster Verwicklungen gedrängt werden. Ich würde es daher für zweckmäßig halten, wenn Sie schon jetzt Cambon auf die Notwendigkeit hinwiesen, daß Frankreich sich formell in Marokko in nächster Zeit nicht über die Grenzen hinreißen läßt, die der Pakt von Algeciras gezogen hat. Es empfiehlt sich, die Erörterung dieses Themas mit Cambon nicht in die Form einer einmaligen mise en demeure zu kleiden noch als großen Staatsakt vorzunehmen, sondern es bei jeder sich bietenden Gelegenheit, oft nur gesprächsweise, zu wiederholen, um allmählich, aber mit Sicherheit in dem französischen Botschafter die Vorstellung zu erwecken, daß wir etwaigen Übergriffen der Franzosen in Marokko nicht mit Gleichgültigkeit zusehen könnten. Es wird dabei am besten jede auch nur andeutungsweise kriegerische Drohung zu vermeiden sein, die uns für die Zukunft engagieren könnte. Dagegen dürfte sich mit Aussicht auf Erfolg darauf hinweisen lassen, daß die seit dem Eingreifen Cambons in Berlin glücklich erfolgte Anbahnung ruhigerer und besserer deutsch-französischer Beziehungen durch ein einseitig übergreifendes Vorgehen der Franzosen in Marokko sicher gefährdet werden würde. Es würde dann von neuem jener unerfreuliche Zustand ernster politischer und wirtschaftlicher Beunruhigung eintreten, der in den Jahren 1905 und 1906 schwer auf beiden Nationen gelastet hat. Sie könnten dabei durchblicken lassen, daß die Geltung der Algecirasakte an einen Zeitablauf gebunden ist, und daß wir nach diesem Zeitablauf voraussichtlich über die fernere Gestaltung der Dinge in Marokko in einem für Frankreich nicht ungünstigen Sinne mit uns reden lassen würden, wenn die französische Regierung uns bis dahin nicht in eine schwierige Lage unserer öffentlichen Meinung gegenüber brächte. Ausdrücklich wäre auch zu bemerken, daß wir auch von den Erklärungen und Versicherungen Pichons mit Befriedigung Akt nähmen und ihnen vollen Glauben schenkten, soweit die Person des französischen Ministers dabei in Betracht kommt. Aber einmal seien die Persönlichkeiten einer Regierung dem Wechsel unterworfen, andererseits liege in einer gewissen, von einflußreichen Kolonialpolitikern in Paris geförderten und auf eine weitergehende Aktion in Marokko gerichteten Strömung eine Gefahr, die wir in den Kreis unserer Erwägungen ziehen müßten. Wir nähmen an, daß die französische Regierung gleich uns hinreichend von dem Werte der jetzigen gebesserten französisch-deutschen Beziehungen überzeugt sei, um solcher Strömung und den in ihr enthaltenen Gefahren rechtzeitig Widerstand zu leisten.

Parallel mit der vorstehend skizzierten Aussprache mit Cambon

müßte eine entsprechende Instruktion an Radolin gehen. Ich stelle anheim, wieweit in diesem Augenblick eine direkte Anfrage an die französische Regierung über den voraussichtlichen Endpunkt der jetzigen kriegerischen Aktion in Marokko angezeigt und damit zu verbinden ist. Den diesbezüglichen Entwurf eines Erlasses an Radolin möchte ich bei meiner Rückkehr in Berlin vorfinden, die voraussichtlich in den ersten Tagen des Mai erfolgen wird.

Bülow

Nr. 8328

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Venedig

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 28. April 1908

Euerer Durchlaucht

hochgeneigten Privatbrief vom 24. d. Mts.* aus Venedig habe ich mit gehorsamstem Danke zu erhalten die Ehre gehabt. Ich habe wiederholt schon in freundschaftlichen Unterhaltungen Anlaß genommen, Herrn Cambon zu sagen, daß das rücksichtslose, sich immer weiter ins Innere des Landes erstreckende Vorgehen Frankreichs in Marokko, die vielfachen Schädigungen, die dadurch unserm Handelsstande erwachsen und demselben zu Klagen Anlaß geben, uns Verlegenheiten bereiten, die wir je länger je weniger ignorieren können. Es läge im Interesse der beiderseitigen Beziehungen, daß das französische Vorgehen es möglichst vermiede, den deutschen Interessenten berechtigte Anlässe zur Beschwerde zu geben. Ich werde heute eine erneute Unterredung mit Cambon haben und mich dabei nach Maßgabe der Weisungen Euerer Durchlaucht ausdrücken.

Den befohlenen Entwurf zu dem Erlasse an Fürst Radolin** werden Euere Durchlaucht bei Ihrer Rückkehr hier vorfinden. Ich beabsichtige, darin auch das Ergebnis meiner bisherigen Unterredungen mit Herrn Cambon zu resumieren. pp.***

v. Schoen

---

* Siehe Nr. 8327.

** Siehe den Erlaß in Nr. 8330.

*** Der Schluß des Briefes betrifft den Besuch, den Kaiser Wilhelm II. in Gemeinschaft mit den meisten deutschen Fürsten dem Kaiser Franz Joseph am 7. Mai in Wien zu machen gedachte, und bei dem Staatssekretär von Schoen den Kaiser begleiten sollte.

Nr. 8329

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 28. April 1908

Bei wiederholten freundschaftlichen Unterhaltungen mit dem französischen Botschafter habe ich Anlaß genommen, die Sprache auf Marokko zu bringen und zu erkennen zu geben, daß uns der Gang der Dinge daselbst mit einiger Besorgnis erfülle. Die französischen Unternehmungen hätten nachgerade einen Umfang angenommen, der kaum mehr gestatte, ihnen den Charakter von Sühneaktionen und von Maßregeln zur Einrichtung der Polizei zuzuerkennen. Wenn auch eine offene Verletzung der Algecirasakte nicht nachzuweisen sei, so machten doch manche Maßregeln den Eindruck, als ob Frankreich das Netz der in Algeciras eingegangenen Verpflichtungen zwar noch nicht offen zu zerreißen, aber doch schon vielfach zu durchlöchern bestrebt sei. Trotz der empfindlichen Schädigungen, die unser schon jetzt nicht unbedeutender, bei Verhütung von Störungen aber sehr entwickelungsfähiger Handel mit Marokko erleide, trotz der vielfachen Klagen über Nichtachtung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, die an uns herangetreten, hätten wir von Protesten gegen Frankreichs Vorgehen Abstand genommen, im Vertrauen, daß die französische Regierung den uns und in der Öffentlichkeit wiederholt und nachdrücklich gegebenen Versicherungen, daß sie sich streng im Rahmen der Algecirasakte halten werde, unter allen Umständen treu bleiben werde, in der Hoffnung ferner, daß sie alles daran setzen werde, um den sich mehrenden Vorwürfen über Verletzungen von Interessen und Rechten den Boden zu entziehen.

Herr Cambon erwiderte jedesmal, insbesondere auch als er kürzlich von Paris zurückkam, wo er mit den Ministern konferiert hatte, unser Vertrauen werde keine Enttäuschung erfahren; die Regierung sei fest entschlossen, über das Programm — Einhaltung der Algecirasakte, Expeditionen und Besetzungen nur mit provisorischem Charakter — nicht hinauszugehen. Den Beschwerden unserer Handelstreibenden, namentlich derjenigen in Casablanca, werde ernste Rechnung getragen.

Herr Cambon ist in der Tat für Abhilfe dieser Beschwerden bemüht gewesen und hat auch einiges, wenn auch nicht vollständig Befriedigendes zuwege gebracht. Auch an der Angelegenheit der von der deutschen Firma Renschhausen auszuführenden Hafenbauten in Tanger hat er Interesse genommen und eine gütliche Beilegung in Paris zu fördern gesucht.

Heute habe ich bei Herrn Cambon bei Erwähnung erneuter Klagen aus der Kaufmannswelt wieder die allgemeine Lage der Marokkofrage besprochen. Es gewinne den Anschein, daß die versöhnlichen Erklärungen

des Herrn Reichskanzlers und von mir im Reichstage über die Marokkopolitik* in Frankreich vielfach so verstanden seien, als ob wir nunmehr den Franzosen völlig freie Hand und unsere Interessen und Rechte in den Hintergrund treten lassen wollten. Eine derartige Auffassung würde eine irrige und insofern eine nicht unbedenkliche sein, als sie Frankreich zu einem noch intensiveren Vorgehen auf den beschrittenen Wegen ermutigen und damit eine Lage schaffen könnte, die eine auf beiden Seiten gewiß sehr peinlich empfundene Spannung mit sich bringen müßte. Unsere öffentliche Meinung, obwohl durchweg friedfertig und versöhnlich gestimmt, beginne sich zu erregen und die Regierung einer schwächlichen Nachgiebigkeit und Preisgabe nicht unbedeutender Interessen zu zeihen. Wir würden es tief bedauern, wenn Frankreich durch weiteres mit Wortlaut und Geist der Algecirasakte nicht zu vereinbarendes Vorgehen, durch Nichtachtung fremder Interessen und Rechte, durch schikanöse Behandlung und Verdrängung unserer Landsleute, durch unfaires Verfahren seiner Organe bei öffentlichen Ausschreibungen und ähnliche Dinge unsere öffentliche Meinung tief verstimmen und uns in eine Lage bringen würde, die wir gern vermeiden würden.

Ich gab hierbei Herrn Cambon eine Anzahl von Einzelfällen an die Hand, die Mangel an gutem Willen oder an Umsicht bei den französischen Behörden darzutun scheinen, so die schon oft zur Sprache gebrachte Angelegenheit der Hafenleichter in Casablanca, die bei französischen Truppen- und Materiallandungen regelmäßig mit Beschlag belegt und damit dem Handel, für den sie unentbehrlich, entzogen würden. Dieser Zustand dauere jetzt bereits neun Monate. Es habe unserer wiederholten Vorstellungen bedurft, um einen Versuch zur Abhilfe bei den Franzosen auszulösen, über die Bereitstellung eines einzigen Leichters seien sie aber noch immer nicht hinausgekommen. In Tanger fungierten, anscheinend im Widerspruch mit den Vorschriften der Algecirasakte, Franzosen als Zollbeamte und schienen sich besonders darin zu gefallen, deutsche Kaufleute mit Willkür und Härte zu behandeln. Daß bei den ausgeschriebenen Lieferungen für die Polizeitruppe merkwürdige Maßregeln getroffen worden seien, offenbar darauf berechnet, andere als französische Bewerbungen auszuschließen, sei nicht nur von der deutschen, sondern sogar von der französischen Presse bemerkt worden. In Marokko sei man auch vielfach der Ansicht, daß Frankreich eine Besetzung von Saffi plane, allerdings, um die Schwierigkeiten der Algecirasakte zu umgehen, unter dem Vorschieben marokkanischer Truppen. Man fürchte, daß dann nur zu leicht die beklagenswerten Ereignisse von Casablanca eine zweite Auflage finden würden.

Im Interesse Frankreichs liege es doch meines Dafürhaltens, alle derartigen Dinge, welche kein gutes Licht auf seine ausführenden Organe werfen und anderwärts Erregung hervorrufen, sorgsam zu vermeiden. Je

---

* Vgl. Nr. 8321, Fußnote, S. 269.

loyaler Frankreich vorgehe, je strenger es sich an die eingegangenen Verpflichtungen halte, je generöser es sich denen gegenüber benehme, die durch die Ereignisse geschädigt werden, desto leichter würde es der Welt und insbesondere Deutschland werden, sich mit der rein politischen Präponderanz Frankreichs in Marokko, die wir ihm weder abstreiten noch verkümmern wollten, abzufinden. Wesentliche Bestimmungen der Algecirasakte seien ja nicht für die Ewigkeit getroffen, nach drei Jahren werde die Frage der Polizeiorganisation revisionsfähig, und es sei nicht ausgeschlossen, daß wir alsdann mit uns reden lassen und einiges Entgegenkommen zeigen würden; aber ein solches Verhalten unsererseits habe zur Voraussetzung, daß Frankreich uns nicht durch offenkundiges oder verstecktes Streben nach Durchbrechung oder nach Abstreifung der übernommenen Verpflichtungen unserer öffentlichen Meinung gegenüber in eine schwierige Lage bringe.

Aus den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und von mir im Reichstage gehe hervor, daß wir in die Versicherungen, die Herr Pichon uns und in der Öffentlichkeit wiederholt gegeben, volles Vertrauen haben. Immerhin sei wohl mit der Gefahr zu rechnen, daß der Gang der Dinge in Marokko die französische Regierung weiter führe, als sie jetzt zu gehen beabsichtigte. Es sei ferner das Drängen der bekannten Interessentengruppen und wohl auch der Tatendurst der Militärs in Betracht zu ziehen. Endlich sei es denkbar, wenn auch höchst unerwünscht, daß bei einem etwaigen Wechsel des französischen Ministeriums eine schärfere Tonart in der Marokkopolitik hervortrete.

Übrigens habe ich Herrn Cambon bei diesem wie bereits bei früheren Anlässen keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir den Äußerungen Pichons, worin dieser sich bei der jetzigen Aktion auf ein europäisches Mandat berief**, nicht zustimmen könnten. Das Mandat beziehe sich auf Einrichtung der Polizei, nicht aber auf so weitgehende Maßregeln, wie sie von den Franzosen ergriffen seien.

Von Stellung der Frage nach einem bestimmten Termin für Beendigung der kriegerischen Aktion habe ich Abstand nehmen zu sollen geglaubt, indessen habe ich doch deutlich zu verstehen gegeben, daß ich ein möglichst baldiges Ende für dringend erwünscht erachte.

Herr Cambon faßte diesen letzteren Gedanken mit Lebhaftigkeit auf und äußerte, daß auch Frankreich nichts sehnlicher wünsche, als möglichst bald von den Lasten und Schwierigkeiten der jetzigen Lage befreit zu werden. Man sei bereits einmal nahe daran gewesen, an das Einstellen des militärischen Vorgehens und die Zurückziehung der Truppen denken zu können, als unglücklicherweise Mulay Hafid mit seinem Predigen des Heiligen Krieges aufgetreten sei und damit neue und sehr erhebliche Schwierigkeiten entstanden seien. Die französische Regierung sei sich des Ernstes der Lage, namentlich auch in Hinsicht ihrer aus der

** Vgl. Nr. 8322, Fußnote **.

Algecirasakte hervorgehenden Verpflichtungen sehr wohl bewußt und sorgsamst darauf bedacht, alles zu vermeiden, was als eine Verletzung dieser Verpflichtungen erscheinen könnte. Die jetzige Aktion halte sich in Grenzen, die mit dem Geiste der Algecirasakte nicht in Widerspruch ständen. Anders aber würden die Dinge sich gestalten, wenn Frankreich zum vorzeitigen Rückzug veranlaßt werden sollte. Alsdann entstehe die Gefahr, daß die erbitterten und fanatisierten Marokkaner über die Europäer herfallen und ein Blutbad anrichten, das nicht ungesühnt bleiben dürfe. Dann würde Frankreich nicht wie jetzt 10000, sondern 50000 Mann Truppen aufwenden müssen, um Ordnung und Sicherheit in Marokko herzustellen. Eine derartige Aktion würde allerdings nicht mehr innerhalb des Rahmens der Algecirasakte ausführbar sein. Das aber wolle Frankreich vermeiden.

Im übrigen erkannte Herr Cambon gern an, daß es im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen, die in letzter Zeit wesentliche Fortschritte gemacht hätten, liege, wenn Frankreich bei seinem Vorgehen in Marokko tunlichst wenig Anlaß zu Klagen deutscher Interessenten gebe. Er stelle sich bereitwillig zur Verfügung, um zur Abstellung von Übelständen oder zur Aufklärung von Mißverständnissen behilflich zu sein, und bitte mich um Mitteilung entsprechenden Materials, was ich zusagte.

Die Unterhaltung bewegte sich durchweg in freundschaftlichem Tone. Ich vermied es, bei meinen Ausführungen den Eindruck von Drohungen hervorzurufen, und habe die Überzeugung, daß Herr Cambon dieselben so verstanden hat, wie sie gemeint waren: als einen Appell an seine und der französischen Regierung kluge Einsicht und deren Wunsch nach Herstellung vertrauensvoller, aufrichtiger Beziehungen zwischen beiden Ländern.

v. Schoen

Nr. 8330

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin, z. Z. in Berlin**

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 6. Mai 1908
[ausgehändigt am 8. Mai]

Euerer Durchlaucht gefälligen Bericht vom 4. v. Mts. (Nr. 197)** über das französische Vorgehen in Marokko habe ich mit besondrem Interesse gelesen. Die darin geschilderte Sachlage ist ernst und erfordert Ew. volle Aufmerksamkeit.

Ich teile Euerer Durchlaucht Auffassung, daß die Gefahr französischer Übergriffe über den Rahmen des Abkommens von Algeciras hinaus nicht

* Hier abgedruckt des Zusammenhangs halber.
** Siehe Nr. 8323.

ausgeschlossen erscheint. Solche Übergriffe aber würden uns in eine sehr schwierige Lage bringen, denn bei zu weit gehender Nachgiebigkeit gegen sie würden wir die Leitung wie die Organe unserer auswärtigen Politik in Deutschland den schwersten Angriffen aussetzen. Beim Widerstande gegen derartige französische Unternehmungen aber könnten wir möglicherweise an die Schwelle ernster Verwicklungen gedrängt werden.

Ich habe es deshalb für zweckmäßig gehalten, schon jetzt Herrn Cambon durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amts auf die Notwendigkeit hinweisen zu lassen, daß Frankreich sich formell in Marokko in nächster Zeit nicht über die Grenzen hinreißen läßt, die der Pakt von Algeciras gezogen hat. Dabei habe ich Herrn von Schoen empfohlen, die Erörterung dieses Themas mit Herrn Cambon nicht in die Form einer einmaligen mise en demeure zu kleiden noch als großen Staatsakt vorzunehmen, sondern es bei jeder sich bietenden Gelegenheit, oft nur gesprächsweise, zu wiederholen, um allmählich, aber mit Sicherheit in dem französischen Botschafter die Überzeugung zu erwecken, daß wir etwaigen Übergriffen der Franzosen in Marokko nicht mit Gleichgültigkeit zusehen können. In welcher Weise der Herr Staatssekretär diesen Auftrag nach meinen näheren Direktiven ausgeführt hat, wollen Euere Durchlaucht aus seiner in Abschrift anliegenden Aufzeichnung entnehmen.* Euere Durchlaucht bitte ich, nach Ihrer Rückkehr auf Ihren Posten die gleiche Sprache zu führen.

Eine bindende Erklärung von Herrn Pichon über den Endpunkt der jetzigen kriegerischen Aktion in Marokko zu verlangen, scheint für den Augenblick noch nicht geraten, da die Franzosen erwidern könnten, daß die Bestimmung eines genauen Zeitpunkts dafür nicht von ihnen allein abhinge.

Euerer Durchlaucht Berichterstattung über die weitere Entwicklung der Frage und insbesondre über das Ergebnis Ihrer Einwirkung auf die dortige Regierung werde ich seinerzeit mit großem Interesse entgegensehen.

Bülow

Nr. 8331

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 64
Geheim

Berlin, den 29. April 1908

Auf Telegramm Nr. 75**.

Nach unter Hand angestellten Ermittlungen können Missionen Mulay Hafids, da dieser nicht anerkannt, weder in Paris noch in London noch in Madrid auf Empfang rechnen.

---

* Siehe Nr. 8329.
** Siehe Nr. 8326.

Auch bei uns käme allerhöchstens einfache Anhörung Betreffender, aber nicht als völkerrechtlicher Vertreter, sondern nur als „étrangers de distinction" in Betracht.

Erbitte Ihre Ansicht, ob Sie solche Anhörung etwa aus besondren Gründen empfehlen im Hinblick auf Rückwirkung auf unsere dortige Stellung.

Voraussichtliches Mißfallen in Paris wird hier nicht als hinreichender Grund gegen Anhörung angesehen.

Zusage einer Verwendung geschweige denn Einmischung können wir natürlich nicht geben.

v. Schoen

p. n. Es könnte sich nur fragen, eventuell Mulay Hafids Wünsche nach Paris weiterzugeben.

Nr. 8332

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 Tanger, den 29. April 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 64*.

Empfehle Anhörung der Abgesandten Mulay Hafids mit Rücksicht auf unsere hiesige Stellung und deutsche Interessen im Innern. Wenn es Mulay Hafid, wie's Anschein hat, gelingt, nachdem er Schauiagebiet durchzogen, nach Meknes und Fes zu gelangen, dürfte er als tatsächlicher Beherrscher weitaus größten Teils Marokkos anzusehen sein. Nach marokkanischer Auffassung ist er auch de jure Sultan, da nach hier vorliegendem amtlichen Protokoll Absetzung und Einsetzung verfassungsmäßig erfolgt. Förmliche Anerkennung durch fremde Mächte wäre Novum. Übliche Notifikation ist erfolgt. Auch dürfte zu berücksichtigen sein, daß wir von Abdul Asis und dessen Machsen zurzeit nichts mehr für uns erwarten können.

Abgesandte sind heute hier durchgekommen, fahren mit Dampfer „Oldenburg" nach Hamburg. Als Dolmetscher wäre, falls nicht von hier Beamter entsandt werden soll, Professor Kampffmeyer dem Bubekr vorzuziehen wegen des letzteren geheimer Korrespondenz mit Rabat.

Rosen

Nr. 8333

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 3. Mai 1908

Der französische Botschafter sprach mir noch einmal freundschaftlich von der Mission Mulay Hafids und fragte, ob wir nicht ganz von einem

* Siehe Nr. 8331.

Empfang, weder offiziell noch offiziös, Abstand nehmen könnten. Würde den Abgesandten hier Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche bei der Kaiserlichen Regierung vorzubringen, so würde die Nachricht hiervon, mit den unvermeidlichen Übertreibungen in Marokko verbreitet, dort den Eindruck hervorrufen, daß Deutschland sich auf die Seite Mulay Hafids stellt und ihn moralisch unterstützt. Die Folge wäre eine wesentliche Stärkung des Widerstandes, den Mulay Hafid den Franzosen leistet, und damit ein Anwachsen der Schwierigkeiten ins Ungemessene und Endlose. Außerdem würde die so glücklich angebahnte Detente zwischen Frankreich und Deutschland erheblich beeinträchtigt werden.

Ich habe Herrn Cambon erwidert, wenn wir die Hafidische Mission gänzlich ignorierten, so würden wir uns, namentlich nach dem taktlosen Artikel des „Temps", der hier sehr bemerkt worden sei*, dem Vorwurf eines großen Teiles unserer öffentlichen Meinung aussetzen, que la Prusse cane. Wir würden so gehetzt werden, daß wir schließlich zu einer Sprache gegen Frankreich gedrängt werden könnten, die wir vermeiden möchten. Wir glaubten dem Sturme vorzubeugen, wenn wir die Gesandten Mulay Hafids zwar nicht in den völkerrechtlichen Formen empfingen, aber sie anhörten. Wir würden alsdann das, was sie uns sagen, loyal und freundschaftlich an Frankreich mitteilen, uns jeder Stellungnahme für oder gegen den Gegensultan, für oder gegen Frankreich enthalten.

Herr Cambon meinte, irgendein Zweifel an unseren loyalen Absichten sei ausgeschlossen, aber es sei vielleicht doch besser, alles zu vermeiden, was als Parteinahme gedeutet und ausgebeutet werden könnte. Er stelle zur Erwägung, ob nicht eine Form gefunden werden könnte, welche den Eindruck bei den marokkanischen Abgesandten vermeidet, daß ihnen Gelegenheit gegeben worden, direkt mit der Kaiserlichen Regierung zu verhandeln.

v. Schoen

Nr. 8334

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 4. Mai 1908

Ich habe Herrn Cambon heute noch einmal gesagt, es liege im Interesse der Detente, daß wir von Anhörung der Vertreter Mulay Hafids nicht Abstand nehmen. Würden wir auf Anhörung verzichten, jetzt, nachdem

* Der „Temps" vom 3. Mai hatte in peremptorischer Form von der Berliner Regierung verlangt, daß sie die Abgesandten Mulay Hafids weder offiziell noch offiziös empfange.

ein Teil der französischen Presse in unzulässigem Tone unsere Loyalität und Korrektheit in Frage gestellt habe, so würde unsere öffentliche Meinung hierin eine unwürdige Nachgiebigkeit erblicken, die Regierung scharf angreifen und Maßregeln fordern, die jeden Fortschritt in der Detente unmöglich machen, vielmehr eine recht gespannte Lage erzeugen würden.

Übrigens würden wir dem Empfange der Marokkaner eine Form und einen Inhalt zu geben wissen, der sowohl die Marokkaner wie die Öffentlichkeit nicht im Zweifel darüber lassen würde, daß der Empfang keinen amtlichen, sondern lediglich privaten Charakter hatte. Außerdem seien wir bereit, von den Anliegen der Marokkaner und unserer Antwort darauf sogleich der französischen Regierung vertraulich und freundschaftlich Kenntnis zu geben.

Herr Cambon schien hiernach ganz beruhigt.

Allgemein habe ich ihm wiederholt, die Detente könne nur dadurch von Gefährdungen bewahrt werden, wenn Frankreich skrupulös in Marokko alles vermeidet, was als Versuche zur Durchbrechung oder Umgehung der Algecirasakte gedeutet werden und unserer öffentlichen Meinung zu berechtigten Vorwürfen allzu großer Nachgiebigkeit gegen die Regierung Veranlassung geben könnte.

v. Schoen

Nr. 8335

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 Paris, den 6. Mai 1908

Herr Pichon kam bei meinem heutigen Besuch auf „Temps"-Artikel vom 3. über Berliner Empfang der Abgesandten Mulay Hafids* zu sprechen und bedauerte auch seinerseits in lebhaften Worten die Unmöglichkeit, auf Herrn Tardieu, der ja selbst ihn schon häufig scharf angegriffen habe, eine Einwirkung zu nehmen. Der gedachte Artikel sei höchst unerfreulich[1] und widerspreche, wie ja aus den Unterhaltungen des Herrn Louis mit mir und der später erfolgten zwischen Cambon und dem Herrn Staatssekretär hervorgegangen sei, durchaus den Ansichten der hiesigen Regierung. Er, der Minister, könne vielmehr sagen, daß er die Haltung verständlich finde[2], zu welcher die deutsche Regierung sich den Abgesandten Mulay Hafids gegenüber entschlossen habe.

Herrn Tardieu betreffend meinte Pichon noch, man tue ihm bei uns Unrecht, wenn man ihn für einen geschworenen Deutschfeind halte[3]. Im

* Siehe Nr. 8333, S. 283, Fußnote.

Gegenteil: „Il est pour s'entendre; seulement [pour] y amener l'Allemagne il veut qu'on fasse une politique décidée vis-à-vis d'elle."

Lancken

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Richtig
[2] Pichon soll dieser seiner Ansicht aber auch in der Presse Ausdruck geben.
[3] Das ist er auch nicht, er ist verprellt.

Nr. 8336

*Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Gesandtschaft in Tanger Freiherrn Langwerth von Simmern, z. Z. in Berlin, über den „Empfang der Abgesandten Mulay Hafids"**

Konzept

Berlin, den 13. Mai 1908

Nach allgemeinen Begrüßungsworten und Nachfrage über die Reise, die die Herren gut überstanden zu haben erklärten, überreichten sie ein an die Kaiserliche Regierung gerichtetes verschlossenes Schreiben Mulay Hafids. Dasselbe wurde eröffnet und ergab, daß beide Herren Mohammed ben Abd-el-Kader Bennis aus Fes und Mohammed ben Azzuz aus Rabat von Mulay Hafid entsandt sind, um das Schreiben zu übergeben und im übrigen mündlich zu berichten.

In der weiteren Unterhaltung führten beide Herren aus, daß die Sachlage in Marokko sich gegenüber der ersten Entsendung von Vertretern Mulay Hafids** wesentlich geändert habe. Damals sei Mulay Hafid nur in Marrakesch anerkannt gewesen, jetzt aber sei er auch in Fes anerkannter Herr, und bis auf die unter den Geschützen der französischen Kriegsschiffe liegenden Küstenstädte huldige ihm ganz Marokko. Aber nicht nur sei er der tatsächliche Herr des Landes, auch die Formen, die das religiöse Gesetz vorschreibe, seien gewahrt, und Mulay Hafid müsse auf Grund des Korans und der religiösen Rechtsgewohnheiten des Landes als der rechtmäßige Sultan gelten. Dies sei durch Gutachten der Ulemas rechtsverbindlich festgestellt.

Die beiden Herren gaben darauf die Erklärung ab, daß Mulay Hafid gewillt sei, alle fremden Nationen gleichmäßig zu behandeln und die bestehenden Verträge, insbesondere die Generalakte der Algeciraskonferenz

* Der wesentliche Teil der Aufzeichnung wurde noch am 13. Mai dem französischen Botschafter Cambon mitgeteilt. Die den Abgesandten Mulay Hafids erteilten Antworten wurden auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 14. Mai bekannt gegeben.
** Vgl. Nr. 8304, Fußnote**.

anzuerkennen und zu halten. Er bäte, daß die Kaiserliche Regierung mit der französischen Regierung und den übrigen Signatarmächten von Algeciras in Verbindung trete, damit die französischen Truppen und die Schiffe zurückgezogen würden und Mulay Hafid die Möglichkeit gewinne, die Ordnung im Lande wiederherzustellen. Auch würde er sich freuen, wenn die deutsche Regierung den übrigen Mächten seine sonstigen Wünsche und Anschauungen übermitteln möchte.

Die Herren fügten hinzu, er lege ganz besonderen Wert auf die angestammte Freundschaft mit Deutschland, die zu erneuern sie ermächtigt seien. Sie bäten, Deutschland möge ihnen helfen, daß Marokko aus den gegenwärtigen traurigen Zuständen herauskomme. Vor allem sei das mit der Algecirasakte nicht vereinbare fortgesetzte Hinmorden ihrer Landsleute durch die französischen Truppen zu beklagen, wobei es auch vorgekommen, daß auf Weiber und Kinder geschossen sei. Die Fortdauer solcher Zustände würde zur Folge haben, daß das ganze Land veröde und niemand zum Handeltreiben mehr da sei. Ihr Herr aber sei gewillt, gerade den Handel mit den Europäern und ganz besonders den Verkehr mit deutschen Handelshäusern zu pflegen.

Sie baten schließlich noch, ob die Kaiserliche Regierung nicht eine inoffizielle Person an Mulay Hafid entsenden wolle, die sich ständig bei ihm aufhalten würde und als eine Art Mittelsmann zwischen Mulay Hafid und Deutschland figurieren könne.

Nachdem ich den Herren die Erklärung der Anlage I vorgelesen und Herr Professor Kampffmeyer diese verdolmetscht hatte, kamen sie nochmals auf die einzelnen vorstehenden Wünsche zurück.

Zum Schluß las ich den Marokkanern die Erklärung der Anlage II vor, die ihnen ebenfalls verdolmetscht wurde, worauf beide Herren versicherten, daß sie tunlichst bald Mulay Hafid über ihren Empfang mündlich berichten und im übrigen sich jeden agitatorischen Auftretens enthalten würden.

Damit schloß der Empfang.

E. v. Langwerth

Anlage I

Der Kaiserliche Gesandte in Tanger hat der Kaiserlichen Regierung das Schreiben vorgelegt, mit welchem Mulay Hafid Ihre Mission nach Berlin ankündigt.

Der Herr Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amts sieht sich nicht in der Lage, mit Ihnen in amtliche Verhandlungen einzutreten, da Ihr Auftraggeber keine anerkannte, völkerrechtliche Persönlichkeit ist. Der Herr Stellvertretende Staatssekretär hat indes mich, weil ich als Mitglied der Kaiserlichen Gesandtschaft in Tanger mit den marokkanischen Verhältnissen vertraut bin, beauftragt, Sie anzuhören und ihm demnächst über Ihre Mitteilungen Bericht zu erstatten. Ich bin natürlich nicht beauf-

tragt, Ihnen bestimmte Aussichten zu eröffnen, sondern muß es der Erwägung der Kaiserlichen Regierung vorbehalten, ob überhaupt und wann sie etwa aus Ihren Mitteilungen einen Anlaß entnehmen will, um darüber mit Frankreich und den anderen Konferenzmächten in Verbindung zu treten.

Daß die Kaiserliche Regierung bestrebt ist, die Bestimmungen der Akte von Algeciras aufrechtzuerhalten, ist bekannt. Ihr Wunsch ist, daß in Marokko vor allen Dingen endlich wieder geordnete Verhältnisse eintreten. Dies kann nur geschehen, wenn der innere Streit um die Herrschaft über Marokko möglichst bald aufhört.

Anlage II

Nachdem Sie von mir im Auftrage der Kaiserlichen Regierung angehört worden sind, darf ich den Rat aussprechen, daß Sie Ihrem Auftraggeber tunlichst bald über Ihren hiesigen Empfang berichten. Jedenfalls aber erwartet die Kaiserliche Regierung, daß Sie Ihrerseits alles vermeiden, was so ausgelegt werden könnte, als suchten Sie für die Sache Ihres Auftraggebers gelegentlich Ihres hiesigen Aufenthaltes agitatorisch zu wirken. Ein solches Auftreten würde unvereinbar sein mit Ihrer Mission an die Kaiserliche Regierung.

Nr. 8337

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 274 Paris, den 16. Mai 1908

Der mir hochgeneigtest erteilten Weisung* gemäß habe ich gestern den ersten Besuch bei Herrn Pichon nach meiner Rückkehr dazu benutzt, um in eingehenden Ausführungen darauf hinzuweisen, wie dringend erwünscht es sei, daß Frankreich bei seiner Aktion in Marokko sich nicht über die Grenzen hinreißen lasse, die ihm durch die Algecirasakte gezogen seien, und welch' ernsten Wert wir darauf legen müßten, daß die Klagen unseres Handels über Nichtachtung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung keine weitere Nahrung fänden.

Herr Pichon erwiderte, er sei durch Herrn Cambon genau über die zwischen diesem und dem Herrn Staatssekretär über das gleiche Thema stattgehabten Gespräche unterrichtet. Er teile ebenso wie der Botschafter ganz unsere Ansicht, daß es im Interesse der Fortentwicklung unserer

---

* Vgl. Nr. 8330.

Beziehungen zu einander liege, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland möglichst keinen Anlaß finde, sich über das Vorgehen Frankreichs in Marokko zu erregen.

In Verbindung hiermit sprach sich der Minister lebhaft bedauernd über die ihr unangenehmes Echo in der deutschen Presse findende Haltung des Herrn Tardieu aus. Er habe ihm noch neuerdings wiederholte Vorhaltungen gemacht und ihn darauf hingewiesen, wie er eine den Auffassungen der Regierung oft entgegengesetzte Politik vertrete. Es sei aber leider dem unabhängigen und begabten Journalisten, der behaupte, nur nach seinem Gewissen handeln zu dürfen, in keiner Weise beizukommen.

Herr Pichon äußerte sich sodann über die dem General Lyautey zugewiesene Tätigkeit an der algerisch-marokkanischen Grenze. In den französisch-marokkanischen Verträgen von 1901 und 1902 sei bekanntlich die Organisierung einer Polizei und der Schutz bestimmter Marktplätze im oranesischen Grenzbezirk vorgesehen. Die Verwirklichung der Vertragsbestimmungen stehe immer noch aus. Zu diesem Zweck entsende daher jetzt die französische Regierung den General Lyautey als Oberkommissar an Ort und Stelle. Der General, der als ein besonders guter Kenner dieser Gegenden gelten könne, werde seine Funktionen nicht als Militär, sondern als diplomatischer Agent ausüben, der im Auftrage des Auswärtigen Ministeriums handle und mit dem vom Machsen zu ernennenden marokkanischen Kommissar zusammenzuarbeiten habe. Als ich den Minister fragte, wieweit nach seiner Auffassung der algerisch-marokkanische „Grenzbezirk" sich nach Westen ausdehne, und als ich dabei auf den „Temps"-Artikel vom 9. d. Mts. verwies, der diesbezüglich sagt, die Polizeiorganisierung müsse sich bis an die natürliche Grenze ausdehnen, welche durch den Mulanyafluß und das Atlasgebirge gebildet werde, erwiderte der Minister, die angeführten Verträge sprächen sich deutlich hierüber aus. Soweit es ihm im Gedächtnis sei, reiche der dort in Aussicht genommene Bezirk durchaus nicht bis zu den vom „Temps" angeführten Grenzen.

Schließlich kam der Minister auch noch auf den Berliner Empfang der Abgesandten Mulay Hafids zu sprechen. Auf meine Bemerkung, man sei hier ja selbst vor einigen Monaten zu einem Emissär des Gegensultans, Vaffier, in Beziehung getreten, meinte Herr Pichon, er habe auch an dem Empfang in der Art, wie er geschehen, nichts auszusetzen gehabt. Daß gerade Freiherr von Langwerth damit betraut war, dessen ruhige und versöhnliche Auffassungen hier bekannt seien, habe die französische Regierung nur angenehm berühren können. Für die sofortige Bekanntgabe des Inhalts der Unterredung an Herrn Cambon sprach mir der Minister endlich noch seinen Dank aus.

Radolin

Nr. 8338

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Paris, den 21. Mai 1908

Die durch englische Blätter verbreitete Nachricht einer Zernierung der Abdul Asisschen Truppen ist dem Minister Pichon, wie er mir sagte, noch nicht bestätigt worden. Er hält dieselbe indes nicht für ausgeschlossen und meinte im Anschluß daran, daß, wenn Mulay Hafid sich in der Tat dauernd als wirklicher Herr im Lande zeigt, es der französischen Regierung schließlich gleichgültig sein könne, ihn wie jeden anderen faktischen Machthaber als diejenige Persönlichkeit anzusehen, mit der als Staatsoberhaupt zu verhandeln wäre[1]. Der Minister behauptet, deshalb für Abdul Asis zu sein, weil dieser staatsrechtlich als Sultan gelte.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Und trotzdem bekämpfen sie ihn vorläufig ruhig zu Gunsten A[bdul] A[sis] weiter! d[as] h[eißt] bringen weiter Menschen um! für nichts! Dann können wir die Gesandten von Mulay Hafid aber auch ehrlich und offen empfangen.

Nr. 8339

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 25. Mai 1908

Der französische Botschafter gab mir im Auftrage seiner Regierung durch Vorlesen Kenntnis von einer dem General d'Amade erteilten neuen Instruktion. Herr Cambon bemerkte dabei, daß die Instruktion schon vor dem Empfang der Hafidschen Gesandten bei uns abgefaßt worden, der Empfang also ohne Einfluß auf die neue Instruktion gewesen sei; höchstens habe der Empfang in Berlin ein gewisses Schwanken in Paris in zögerndem Sinne verursacht. Er, der Botschafter, sei indessen für unveränderten und unverzögerten Erlaß der Instruktion tätig gewesen.

In der Instruktion ist ausgeführt, daß die wegen Ermordung französischer Staatsangehöriger und zur Herstellung von Ruhe und Sicherheit unternommene französische Aktion so gut wie beendet war, als Mulay Hafid mit seinem Predigen des heiligen Krieges aufgetreten sei und den bereits gebrochenen Widerstand der Schauiastämme von neuem angefacht und hiermit erneute Vorstöße der Franzosen erforderlich gemacht habe. Jetzt könne wieder an Herstellung normaler Zustände gedacht werden. Dies solle

erreicht werden durch Wiedereinsetzung der scherifischen Verwaltungsbehörden, durch Einrichtung von französischen vorgeschobenen Sicherheitsposten[1], gemeinsam mit scherifischen Streitkräften. Alle diese Besetzungen sollten provisorischen Charakter haben; allmählich sollten nach Maßgabe der Beruhigung diese Posten in rein marokkanische Hände übergehen.

Diese Maßregeln, bemerkte Herr Cambon, bedeuteten den Anfang der Evakuation der französischen Truppen, wozu die französische Regierung entschlossen sei. Wann diese Evakuation[2] völlig durchgeführt sein könne, lasse sich heute noch nicht übersehen[3]; jedenfalls aber habe die französische Regierung den aufrichtigen Wunsch, die Zeit, die möglicherweise bis zu einem Jahre[4] sich ausdehnen könnte, tunlichst abzukürzen.

Ich dankte Herrn Cambon für die Mitteilung, die durch die Aussicht auf den Anfang des Endes der französischen militärischen Aktion eine gewisse Befriedigung gewähre, wenn auch die Beseitigung der Beunruhigung, die das französische Vorgehen bei unserer öffentlichen Meinung in wachsendem Maße hervorgerufen, wesentlich noch von der Art abhängen würde, wie die Instruktion an General d'Amade zur Ausführung gelangen werde. Angesichts der von dem Botschafter gemachten Mitteilungen wollte ich davon Abstand nehmen, ihn noch ausdrücklich vor die schwer zu beantwortende Frage nach dem äußersten Termin der Evakuation zu stellen, vertraute aber darauf, daß die französische Regierung in loyaler Weise darauf bedacht sein werde, ihr Wort, die Zeit bis zu völliger Räumung Marokkos möglichst abzukürzen, einzulösen[5].

Außerdem gab mir der französische Botschafter streng vertraulich[6], also nicht im ausdrücklichen Auftrage seiner Regierung Kenntnis von einer dem General Lyautey erteilten neuen Instruktion. In dieser wird der General im Einverständnis mit dem Machsen zum Oberkommissar für die algerisch-marokkanischen Grenzgebiete ernannt[7] und erhält den Auftrag, in stetem Einvernehmen mit den marokkanischen Behörden für die Beruhigung der Gegenden und die Herstellung vertragsgemäßer Zustände Sorge zu tragen, sich dabei aber jedes provokatorischen Vorgehens sorgsamst zu enthalten.

Allgemein habe ich Herrn Cambon bei dieser Gelegenheit nochmals und mit Nachdruck gesagt, daß die von beiden Regierungen angestrebte Detente nur dann erreicht werden könne, wenn Frankreich bei seinem weiteren Vorgehen in Marokko sorgsam und loyal alles vermeide, was unserer öffentlichen Meinung Anlaß zu dem Vorwurfe geben könnte, daß Frankreich sich unter Hinwegsetzung über gewisse Bestimmungen der Algecirasakte oder wenigstens durch spitzfindige Umgehung derselben zum Herrn von Marokko machen wolle[8]. Wir hätten Frankreich bei seiner sehr weitgehenden Auslegung der Algecirasakte bisher keine Schwierigkeiten gemacht, würden aber zu unserem lebhaften Bedauern mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung unsere Haltung ändern müssen, falls Frankreich und seine ausführenden Organe in Marokko sich Verstöße gegen den Geist der Algecirasakte zu Schulden kommen ließen. Dies zu ver-

meiden läge im beiderseitigen Interesse. Gehe in Marokko alles wieder seinen normalen Gang und sei unsere öffentliche Meinung ruhiger geworden, so würde sich über manche Punkte und Fragen reden lassen, die heute zu berühren verfrüht und bedenklich wäre.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] !!
[2] ?!
[3] Erleben wir nicht!
[4] ach so!
[5] denkt gar nicht daran
[6] ?
[7] stand vor acht Tagen schon in der Zeitung!
[8] thut es ja doch!

Nr. 8340

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 86
Geheim

Berlin, den 29. Mai 1908

Nach Andeutungen Cambons scheint seine Regierung zu besorgen, daß wir ihr mit Anerkennung Mulay Hafids zuvorkommen könnten. Botschafter meinte, daß Anerkennung nur nach zuvoriger Verständigung der Konferenzmächte erfolgen sollte. Ich erwiderte, daß letzteres auch meine Ansicht.

Gebe Ew. pp. anheim, falls Sie es für nützlich halten, auf sicherem Wege unter der Hand Mulay Hafid von sich aus wissen zu lassen: Wir hätten Frankreich unsere Bereitwilligkeit zur Anerkennung Mulay Hafids ausgedrückt, wollten indes auf französischen Wunsch damit noch warten, bis auch übrige Konferenzmächte zur Anerkennung bereit.

v. Schoen

Nr. 8341

Der Botschafter in Madrid von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 67

Madrid, den 26. Mai 1908

Die letzten Vorgänge in Casablanca* haben die öffentliche Meinung in Spanien sehr erregt, was in den Äußerungen der Presse von allen Parteischattierungen erkennbar geworden ist. Auch im Parlamente sind

---

* Am 12. Mai war es zwischen französischen und spanischen Truppen vor Casablanca, die schon seit längerem in nichts weniger als gutem Einvernehmen miteinander lebten, zu einem förmlichen Feuergefecht gekommen.

bittere Bemerkungen über die Haltung der französischen Truppe in Marokko gefallen, und der spanische Staatsminister hat einen schärferen Ton in seiner Beurteilung der vorgebrachten Klagen anschlagen müssen. Er hat zwar dabei an der Erwartung festgehalten, daß die französische Regierung dem hiesigen Verlangen nach voller Sühne der gegen spanische Soldaten verübten Untaten Folge leisten werde, jedoch schon für den Fall, daß dieses nicht in genügendem Maße geschehen werde, in bestimmte Aussicht gestellt, daß Spanien andere Maßregeln ergreifen und zuvörderst sich an die Signatärmächte des Akts von Algeciras wenden würde. Dann ist durch die prompte aus Paris erfolgte Antwort, die als in allen Punkten dem hiesigen Verlangen entsprechend bezeichnet wird, ein vorläufiger Abschluß der Erörterung eingetreten. Es bleibt aber auch jetzt noch die Sorge bestehen, ob sich nicht bei der geringen Disziplin in der algerischen Truppe solche Ausschreitungen wiederholen werden.

Von französischer Seite wird hier möglichst zu beruhigen und vor allem dahin zu wirken gesucht, daß nicht die Mißhelligkeiten zwischen spanischen und französischen Soldaten Anlaß zur Hereinziehung anderer Mächte werden könnten. Herr Révoil* hat hier fortwährend gepredigt: lasset uns alles, was Marokko betrifft, untereinander zu zweien ausmachen, aber keine Einmischung von dritter Seite zugeben. Deshalb hat die vom Staatsminister als eventuell unvermeidlich bezeichnete Mitteilung an die Signatärmächte den schnellsten Effekt gemacht. Ich weiß aber, daß der französische Botschafter darüber sehr unzufrieden gewesen ist.

Seitdem man sich hier weniger von französischen Nachrichten über den wirklichen Stand der Dinge in Marokko beeinflussen läßt, ist die Meinung in bezug auf Mulay Hafid geändert, und wird nun sein endlicher Triumph als das wahrscheinlichste angenommen. Der Staatsminister erklärt, daß Spanien keinenfalls aus der Neutralität in dieser inneren marokkanischen Machtfrage heraustreten und den Sieger anerkennen werde. Er vermute trotz aller bisherigen Protestation, daß schließlich die Franzosen auch nichts anderes tun könnten.

Radowitz

Nr. 8342

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Madrid von Radowitz

Konzept

Nr. 325

Berlin, den 7. Juni 1908
[abgegangen am 9. Juni]

Euerer Exzellenz gefälligen Bericht vom 26. v. Mts. (Nr. 67)** über Spaniens Lage in Marokko habe ich mit besonderem Interesse gelesen.

* Französischer Botschafter in Madrid.
** Siehe Nr. 8341.

Für die Schwierigkeiten, mit welchen die dortige Regierung in Marokko zu tun hat, haben wir um so mehr volles Verständnis, als unsere eigene Position manche Analogie bietet. Unsere Haltung gegenüber Frankreich bezüglich Marokkos ist loyal, entgegenkommend und nachsichtig, wofür Belege aus unserem jüngsten Weißbuch leicht zu entnehmen sind. Wir haben der französischen Aktion im scherifischen Reiche keine Schwierigkeiten bereitet, selbst da nicht, wo dieselbe auf eine bedenklich weitgehende Auslegung der Akte von Algeciras hinauskam, und wo durch sie der deutsche Handel empfindlich beeinträchtigt und deutsche Angehörige an Hab und Gut geschädigt wurden.

Es liegt uns fern, Spanien eine weniger freundschaftliche Haltung gegenüber Frankreich anraten zu wollen. Wir möchten im Gegenteil glauben, daß gerade seine freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich Spanien befähigen, in Paris zu einer vorsichtigen, legalen und vertragsmäßigen Marokkopolitik zu mahnen, was im Interesse aller Konferenzmächte, nicht zum wenigsten aber auch im Interesse Frankreichs selbst liegen dürfte. Die Erkenntnis, daß die möglichst rasche Beendigung der Sühneaktion das einzige Mittel ist, um das scherifische Gebiet wieder auf den Weg zu geordneten Zuständen zu bringen, scheint sich auch in Frankreich selbst immer mehr Bahn zu brechen.

Euere Exzellenz wollen gefälligst erwägen, inwieweit Sie sich im Sinne der vorstehenden Gedanken gelegentlich gegenüber dem dortigen Staatsminister und sonstigen maßgebenden spanischen Staatsmännern aussprechen können, ohne ein grundloses Mißtrauen in unsere Beweggründe hervorzurufen. Auch werden Sie Ihre Bemerkungen so einrichten müssen, daß dieselben nicht etwa spanischerseits bei Frankreich mißbraucht werden können.

Bülow

Nr. 8343

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 210 Tanger, den 2. Juni 1908

Zu keiner Zeit in der Geschichte Marokkos dürften Stammesfehden, Putsche und andere Intrigen, die zur Vermehrung der Anarchie führen, in so ausgiebigem Maße angezettelt worden sein, wie Frankreich dies seit den Tagen getan hat, in denen es ein Mandat zur Beruhigung des Landes für sich in Anspruch genommen und erhalten hat. Vor der Konferenz von Algeciras und während derselben begnügte es sich im allgemeinen mit dem „Roghi", bekanntlich einem Individuum obskurer Herkunft, das seinen Spitznamen Bu Hamara — Vater der Eselin — mit dem eines älteren Bruders des Sultans Mulay Mohammed vertauschte und, unterstützt durch französisches Geld und französische Waffen, ein hinreichendes

Maß von Gefährdung der Zentralgewalt bildete, um dem mächtigen Nachbar einen genügenden Vorwand zum Eingreifen zu liefern. Kleinere chronische Übel wie die Unbotmäßigkeit eines Bu Amama — Vater des Turbans — und anderer gelegentlich aufsässiger Führer zu beiden Seiten des Atlas spielten neben dem Roghi eine untergeordnete Rolle und wurden meist nur als Druckmittel beim Abschluß von Grenzabkommen mit ausgespielt. Vor und während der Algeciraskonferenz wurden außerdem noch die Angera, ein französischem Einfluß zugänglicher Stamm der unmittelbaren Nähe Tangers, so weit zur Unruhe gebracht, daß damit die Unmöglichkeit der Abhaltung der Konferenz in Tanger motiviert werden konnte.

Aber erst nachdem Frankreich das Polizeimandat zugleich mit der Anerkennung seines „intérêt spécial à ce que l'ordre et la tranquillité règnent au Maroc" von Europa erhalten hatte, begann die künstliche Erregung von Unruhen und Revolutionen in größerem Stil. Jedes noch so bedeutungslose Vorkommnis wurde aufgebauscht und in der Presse in so maßloser Weise übertrieben, daß uns, die wir hier im tiefsten Frieden zu leben glaubten, angst und bange wurde beim Lesen der europäischen Zeitungen. Zu dieser Kategorie gehört auch der ganze Raisuli-Rummel, der — was auch vorgekommen sein mochte — doch wohl kaum eine französisch-spanische Flottendemonstration großen Stils rechtfertigen konnte. Aber alle diese kleinen Mittel genügten nicht. Die örtlichen Unruhen fielen meist nach kurzer Zeit in sich zusammen und waren nicht imstande, das europäische Interesse dauernd zu fesseln. Auch war der Roghi anscheinend zu keiner größeren Tat mehr zu bewegen. Er war froh, wenn er in seiner Kasba die Freuden eines kleinen Herrschers genießen konnte, und strebte nicht nach dem Thron in Fes. Es mußte daher ein neuer Prätendent beschafft werden, und diesen fand man in der Person Mulay Hafids, des Generalgouverneurs von Marrakesch.

Euerer Durchlaucht dürfte es erinnerlich sein, wie bei der letzten Marokkodebatte in der französischen Kammer der Nachweis geführt wurde, daß Herr Pichon durch Geschenke und Versprechungen Mulay Hafid zu einer Zeit begünstigt hat, wo seine Auflehnung gegen seinen Bruder schon offenkundig zutage getreten war. Weniger bekannt ist jedoch die Art, wie Mulay Hafid von offiziöser französischer Seite systematisch zu seiner Erhebung gegen Abdul Asis angestiftet wurde. Ich darf mir vorbehalten, hierüber gelegentlich eingehender zu berichten*.

Nun hat inzwischen Abdul Asis dank der französischen Intervention vollständig abgewirtschaftet, und Mulay Hafid hat es durch seinen Zug nach Meknes** und den unmittelbar bevorstehenden Einzug in Fes dahin gebracht, daß sich das ganze Land unter ihm neu geeinigt hat. Er ist die einzige Persönlichkeit im Lande, welche möglicherweise geordnete Zustände wiederherstellen und die wünschenswerte Reformen einleiten

---

* Ein solcher Bericht findet sich nicht bei den Akten.
** Der Einzug in Meknes erfolgte am 16. Mai.

kann. Hätte man ihm schon vor sechs Monaten die Beruhigung des Hinterlandes von Casablanca überlassen, wozu er sich wiederholt bereiterklärt hat, so wäre der Friede dort längst wiederhergestellt. Statt dessen wurde General d'Amade mit der ausdrücklichen Aufgabe berufen, weitere kriegerische Verwickelungen herbeizuführen, und es wurde nun versucht, überall Städte und Stämme miteinander zu verfehden, ein System, welches auch jetzt noch, angeblich im Interesse Abdul Asis, unentwegt betrieben wird, wo schon die Würfel zugunsten Mulay Hafids gefallen sind.

In Schauia ist diese Methode durch General d'Amade virtuos angewendet worden. Nicht befriedet hat er, sondern überall eine Partei gegen die andere ausgespielt. Eine auf den Namen Mulay Hafids geeinte Stammkonföderation fand er vor, in der die Erinnerung an jüngste Gegensätze noch lebendig, aber nicht mehr wirksam war. Er hat diese alten Kabylenstreitigkeiten neu belebt. Schon General Drude hatten nicht strategische Gründe nach Kasba Mediuna geführt, sondern die Unterstützung des Kaid Hmed bel Arbi gegen seine Kabyle. Nach Dar-Berreschid führten Gegensätze dieses selben Kaids und des ihm verschwägerten Uld Schemischa mit Kaid Uld el-Hadji Hammu. Dann wurden die Medakra zu Rebellen, weil sie Gegner von Uld Schemischa waren, und als die Sebirah von Medakra auf die Seite des Generals übertraten, nahm er ihre Fehde mit den Ulad Sidan auf, denen sie verfeindet waren. Mit gleich viel Recht kann man von einer einheitlichen Polizeiaktion des Generals wie von Waffenhülfe in neu von ihm entfachten Privatfehden der Schauiastämme reden.

In Schauia hat sich gezeigt, daß diese „Befriedung durch Parteinahme" tiefer und tiefer ins Land führt. Es sind Anzeichen vorhanden, daß jetzt, wo d'Amade an der Grenze gegen Saër bei Sidi Ben Sliman einen Posten errichtet, die mit den dortigen Siaida in Fehde liegenden Saër sich bedroht fühlen. Nach einem Privatbriefe des Vizekonsuls Neudörfer hatten sie es darauf abgesehen, den französischen Vizekonsul Leriche in Rabat bei einem Spazierritte gefangen zu nehmen. Herr Neudörfer hat ihnen mit vieler Mühe diesen Plan ausgeredet, der nur durch den Wunsch eingegeben war, eine Geisel im Hinblick auf die zu erwartende französische Parteinahme für die Siaida zu erhalten.

Wenn man sieht, welche Kreise die Zettelung in Schauia fort und fort zieht, so erblickt man nicht ohne Befremden dieselbe Methode in Dukkala am Werke. Dort war dank dem längeren Verweilen Mulay Hafids am Umm er Rebia Einigkeit hergestellt. Als Masagan von asisischen Truppen unter dem Drucke der französischen Kreuzer besetzt wurde, begann mit Geld, das aus französischen Quellen stammt, und dessen Verwendung die französischen Offiziere maßgeblich bestimmen, eine Agitation im Hinterland, der es gelang, einen kleinen Teil der nächstgelegenen und nächstbedrohten Stämme von der Masse der hafidischen Stämme abzulösen. Das schuf alsbald einen Gegensatz zu dem Kaid Ulad Trea, dem sie unterstanden, und zu dem Kommandanten von Asemmur, von dem er abhängt. Auf der Durchreise nach Mogador hat der bekannte Hadji Omar Tasi oder

vielmehr der ihn begleitende und leitende Hauptmann Rondenay von der französischen Militärmission den Versuch gemacht, durch Geldgeschenke einen Putsch gegen Asemmur in Szene zu setzen. Aber weder die angeblich asisisch gesinnten Teile der übel beleumundeten Ulad Fordj noch die Ulad Bu Asis, auf die man gerechnet hatte, erschienen in genügender Zahl. Der Verweser des Kaiserlichen Vizekonsulats schätzt sie auf 200 Reiter. Hiergegen brachte das bloße Gerücht von dem Plane einen ansehnlichen Heerbann von 1100 Reitern und 3000 Fußvolk der Dukkalastämme zusammen. Der französische Hauptmann und Hadji Omar Tasi gaben daher das Unternehmen auf. Die eben gelandeten Askar sollen nun nach Mogador weitergehen. Herr Dannenberg bemerkt dazu:

„Mittlerweile beginnen alle diese Vorkommnisse die Bevölkerung mehr und mehr zu beunruhigen und wirken auf das Geschäft im ungünstigsten Sinne ein. Die Leute werden aus Furcht zurückgehalten, bleiben der Stadt fern, und die Getreideankünfte entsprechen nicht den großen im Lande befindlichen Vorräten. Es muß hervorgehoben werden, daß nicht nur die Landbevölkerung, sondern auch die der Stadt absolut hafidistisch gesinnt sind und Mulay Hafid, der nach allgemeiner Meinung heute der rechtmäßige Sultan ist, sofort ausrufen würden, wenn die Anwesenheit des französischen Kreuzers und die Furcht vor einem nicht unwahrscheinlichen Bombardement sie nicht davon abhielte, ihre Gesinnung offen auszudrücken.

Es wird getan, was nur irgend möglich, um die Aufregung zu steigern. Natürlich ist der französische Konsul der Drahtzieher, und hat er wohl noch nicht die Hoffnung aufgegeben, die ersehnten Unruhen, die ein Einschreiten ermöglichen, hervorzurufen.

Nach allem erscheint ein Vorgehen gegen Asemmur nur dann wahrscheinlich, wenn dasselbe unter direkter Unterstützung der Franzosen ins Werk gesetzt wird."

Im Norden liegt es ganz ähnlich. Buschta bel-Baghdadi und Mulai Abd-el Malek haben mit ihren Truppen nur erreicht, in Beni Hassan und im Gharb Handel und Wandel lahm zu legen. Die Franzosen müssen durch ihre Scherifen in Wasan und ihren mit viel Geld vortrefflich eingerichteten Nachrichtendienst über die Aussichtslosigkeit dieser Unternehmungen wohl unterrichtet gewesen sein. Wenn sie den widerwilligen Rabater Machsen dennoch dazu getrieben haben, so ist nur ein vernünftiger Grund erfindlich: Zetteln, um Unfrieden zu erhalten.

Eben ist im Norden diese Sache verfahren, und schon soll ihr Gegenstück im Süden von statten gehen. Unter dem Scheine, Anflus und Metugi, das heißt Hund und Katze, zu verbrüdern, wird mit dem Plane eines Vorstoßes auf Marrakesch, der an seinen untauglichen Mitteln scheitern muß, Unruhe in das glücklich seiner wirtschaftlichen Arbeit zurückgegebene Volk des Südens getragen. Die Glawa steigen von ihren Bergen und stellen sich dem hafidischen Gouverneur von Marrakesch, einem Glawi, zur Verfügung; der Kaid von Demnat sieht einen Schimmer von Hoffnung auf Unabhängigkeit und versucht eine kleine Revolte, die mit

seiner Vernichtung durch die Hafidisten endet. Bei Amsmis entbrennen Kämpfe, in denen ebenfalls die Hafidisten siegen.

Daß es durch Erregung solcher Putsche nicht gelingen kann, dem Schattensultan Abdul Asis sein verlorenes Reich und den Respekt seiner Untertanen wiederzugewinnen, hat die Geschichte wohl nunmehr bewiesen.

Das einzige Resultat der ewigen Zettelungen ist Schaffung und Erhaltung eines selbst in Marokko noch nicht dagewesenen Maßes von Anarchie und Verwirrung, die unter den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung sonst automatisch allmählich geordneten Zuständen weichen würden.

Man fragt sich, ob die Veranstalter dieser überflüssigen Unerfreulichkeiten sich noch erinnern, daß Frankreich so viel Mühe auf die internationale Anerkennung seines „besonderen Interesses" verwandt hat: daß Ordnung und Friede in Marokko herrsche.

Rosen

Nr. 8344

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 323 Paris, den 12. Juni 1908

Ein für die deutschen Teilnehmer am hiesigen Kolonialkongreß auf der Botschaft veranstaltetes Frühstück, zu welchem ich auch Herrn Etienne geladen hatte, gab dem Botschaftsrat* Gelegenheit, mit dem genannten Politiker über die marokkanische Situation zu sprechen. Ganz in ähnlicher Weise, wie dies neulich Herr Tardieu betont hatte, über dessen Meinungsäußerung ich an anderer Stelle berichte**, meinte auch Herr Etienne, die europäischen Mächte müßten sich vor allen Dingen über die Notwendigkeit klar werden, daß sie nach wie vor fest zum legitimen Sultan Abdul Asis zu halten hätten[1].

Denn, abgesehen von den internationalen Verpflichtungen, die man in Algeciras eingegangen sei, bleibe Abdul Asis der einzige Sultan, unter

---

* Freiherr von der Lancken.

** In einem Gespräch mit dem Botschaftsrat Freiherrn von der Lancken, über das Fürst Radolin am 11. Juni (Nr. 322) berichtete, hatte Tardieu sich bitter über den unfreundlichen Ton der deutschen Presse beklagt, mußte sich aber den Einwand gefallen lassen, ob dieser Ton nicht hinreichend erklärt werde durch die namentlich im „Temps" gegen Deutschland gerichteten Angriffe, z. B. gelegentlich des Empfangs der Mulay Hafidschen Emissäre? Tardieu trat bei dieser Gelegenheit eifrig für Abdul Asis ein, dem angeblich die Mächte in Algeciras die Souveränität garantiert hätten. Zu dieser Behauptung bemerkte Kaiser Wilhelm II. am Rande des Radolinschen Berichts: „Ist ihnen gar nicht eingefallen. Nur im Prinzip dem Sultan von Marokko quique ce soit." Der Radolinsche Bericht schloß mit der Wiedergabe von Äußerungen Pichons, nach denen Tardieu der französischen Regierung oft sehr unbequem wäre und in seinen Artikeln deren Auffassungen entgegenwirke.

dessen Herrschaft an die Einführung von Reformen[2] und die Erschließung des Landes für europäische Unternehmungen gedacht werden könne. Auf die Versicherungen Mulay Hafids, ein den Europäern freundliches Regiment führen zu wollen, sei schon darum nichts zu geben, weil er mit Erfüllung solcher Zusagen sofort allen Boden verlieren würde, nachdem er nur als Sultan des heiligen Krieges auf den Schild erhoben worden sei. Im übrigen sei die tatsächliche Macht des Gegensultans selbst im Norden auch jetzt noch keine festgefügte. Er verfüge allerdings über geschickte Helfer, die sein Auftreten als neuer Machthaber gut zu inszenieren wüßten. Sobald aber erst Mulay Hafid ernstlich mit Einziehung von Steuern begonnen haben werde, würden die ihm bisher als dem Erretter vor der Fremdherrschaft entgegengebrachten Sympathien bald erheblich nachlassen. Alles Prestige jedoch würde er selbst im Norden sofort wieder verlieren, wenn es Abdul Asis gelänge, nach Marrakesch zu ziehen. Dies baldigst zu ermöglichen, müßten die europäischen Mächte sich zur Aufgabe machen. Es bedürfe dazu lediglich einer Geldunterstützung von ungefähr zwei Millionen[3], die, wenn etwa die marokkanische Staatsbank Schwierigkeiten machen sollte, leicht durch Hülfe von Privatbanken aufzubringen sein würden.

Die französische Regierung, so fügte Herr Etienne noch hinzu, habe einen großen Fehler gemacht, als sie Mulay Hafid, der auf kaum mehr als 15 Kilometer Entfernung an den äußersten französischen Posten vorbeigezogen sei, entwischen ließ. Die Regierung hätte ganz das Recht dazu gehabt, ihn gefangenzunehmen, nachdem Mulay Hafid den heiligen Krieg gegen sie gepredigt. Auch hätte sie die Aktion sehr wohl mit den vorhandenen Kräften ausführen können. Er, Etienne, habe noch kürzlich Herrn Pichon diese seine Auffassung auseinandergesetzt. Er habe dem Minister zugleich gelinde Vorwürfe darüber gemacht, daß er den Eindruck Platz greifen lasse, als wenn er nur noch mit einem gewissen Zögern Abdul Asis stütze, während er doch gar nicht energisch genug ihm Rückhalt geben könne. Ob und was der Minister Herrn Etienne hierauf antwortete, erzählte letzterer nicht. Mir scheint, daß die Auffassung, als müsse Abdul Asis unter allen Umständen gehalten werden, gegenwärtig fast ausschließlich in den Kreisen der Kolonialchauvinisten besteht, die wohl der Auffassung sind, daß kein anderer Sultan ihnen die Verwirklichung ihrer geschäftlichen Pläne[4] ebenso leicht machen wird.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wir denken nicht daran. Ein Valmy ist A[bdul] A[sis] nicht werth!

[2] à la Balkan?

[3] Blech

[4] A[bdul] Aziz scheint es, ist der Sultan der „Affairisten" und „Gründer" und diese Bande will uns andern vor den Wagen mit Algesirasakte spannen! Auf den Leim kriechen wir nicht! Die Gallier haben sich total verspekuliert, und wir sind nicht dazu da ihnen zu unrechten Millionen zu verhelfen, auf Kosten unsrer Stellung bei den Mohamedanern und unsrer Handelskreise!

Nr. 8345

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 834
Vertraulich

Berlin, den 15. Juni 1908

Nach telegraphischer Meldung des Kaiserlichen Gesandten in Tanger bestätigen zahlreiche dort einlaufende Briefe, daß Mulay Hafids Einzug in Fes unter noch nicht dagewesener Beteiligung der Stadtbevölkerung sowie sämtlicher berberischer wie arabischer Kabylen stattgefunden habe. Dr. Rosen hebt hervor, daß hiermit Mulay Hafid seitens der Bevölkerung des ganzen Landes als Sultan anerkannt sei. In den Küstenorten sei seine Ausrufung bisher nur aus Furcht vor französischer Beschießung unterblieben; die Bevölkerung sehe aber auch dort ebenso wie im Innern Mulay Hafid als einzigen rechtmäßigen Herrscher an. Angesichts dieser Sachlage sei zu befürchten, daß, wenn Frankreich sich noch länger sträubt, Mulay Hafid anzuerkennen, und sich weiter für den nunmehr auch von der Mehrzahl seines engeren Gefolges Verlassenen einsetzen sollte, noch schwerere Kämpfe als die bisherigen bevorstehen werden. Das ganze Land müßte dann für Abdul Asis schrittweise erobert werden, was ohne französische Hilfe unmöglich sei.

Dr. Rosen weist schließlich darauf hin, welche Gefahren bei dieser Sachlage unsern Handelsinteressen und unserm Ansehen drohten.

Ich habe aus Anlaß dieses Telegramms an Herrn Cambon die Frage gerichtet, ob es angesichts der Tatsache, daß Mulay Hafid nunmehr tatsächlich und rechtlich Sultan von Marokko sei, vielleicht angezeigt erscheine, an die Frage seiner Anerkennung heranzutreten. Ich habe aber zugleich betont, daß wir allerdings keine Schwierigkeiten machen würden und insbesondere nicht gedächten, die Initiative in der Sache zu ergreifen.

Herrn Cambons Erwiderung darauf ging dahin, daß es sich nach seiner Meinung empfehle, in der Sache nicht mit Eile vorzugehen. In dieser Antwort kam also offenbar die Wirkung des von Euerer Durchlaucht berichteten Standpunkts von Etienne und Tardieu* zum Vorschein.

Andrerseits machte meine oben erwähnte Erklärung, daß wir uns einer Initiative in der Prätendentenfrage enthalten werden, ersichtlich einen beruhigenden Eindruck auf den Botschafter.

Indem ich Euerer Durchlaucht vorstehendes zu Ihrer vertraulichen Information mitteile, bemerke ich noch ergänzend nur zu Ew. persönlichen Direktive, daß wir die Initiative wegen Anerkennung Mulay Hafids den Westmächten überlassen und überhaupt jetzt in Marokko nicht eine führende Rolle übernehmen wollen.

v. Schoen

---

* Vgl. Nr. 8344, nebst Fußnote **.

Nr. 8346

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 338 Paris, den 19. Juni 1908

Da Herr Pichon während der letzten Tage durch parlamentarische Verpflichtungen stark in Anspruch genommen war und sogar den regelmäßigen Wochenempfang des diplomatischen Korps abgesagt hatte, habe ich die deutschen Beschwerden aus Casablanca über rücksichtsloses Handeln der in der Umgebung der Stadt operierenden französischen Truppen* mit dem Direktor der politischen Abteilung besprochen. Unter Übergabe einer sehr eingehenden Aufzeichnung, die außer den Angaben des Kaiserlichen Gesandten in Tanger über die einzelnen in Betracht zu ziehenden Fälle die von Euerer Durchlaucht daran geknüpften Darlegungen enthielt, habe ich in fast wörtlicher Wiedergabe der Schlußworte Euerer Durchlaucht hohen Erlasses hervorgehoben, wie sehr erwünscht es sein würde, wenn Frankreich durch weitgehende Rücksichtnahme auf die Interessen der handeltreibenden Deutschen in Marokko uns die Fortführung unserer entgegenkommenden Politik gegenüber der französischen Aktion erleichterte.

Herr Louis erwiderte zunächst, wie durchaus unberechtigt es sei, wenn man in Deutschland annehme, französischerseits werde darauf ausgegangen, das deutsche Ansehen und die deutschen Interessen in Marokko zu schädigen. Er könne mich im Gegenteil versichern, daß wiederholentlich die bestimmtesten Instruktionen an die Truppenführer ergangen seien, auf die Deutschen jede nur irgend mögliche Rücksicht zu nehmen.

---

* Die Geltendmachung dieser Beschwerden war dem Fürsten Radolin durch Erlaß Nr. 829 vom 13. Juni unter eingehender Darlegung der einzelnen Fälle aufgetragen worden. Besonderes Gewicht war dabei auf den Fall eines unter deutschem Schutz stehenden Handelsagenten (Semsar) der Firma Karl Ficke in Casablanca Mohammed bel Arbi gelegt, dessen Gehöft von einer französischen Truppe trotz des vorgezeigten von dem deutschen Konsul Lüderitz ausgestellten Schutzbriefs geplündert war. Nachdrücklich wurde in dem Erlaß an Fürst Radolin darauf hingewiesen, daß dieses französische Vorgehen nicht bloß bei den Deutschen Marokkos, sondern überall in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck gemacht und dem schon früher laut gewordenen Verdacht neue Nahrung zugeführt habe, daß es den französischen Truppenführern darauf ankomme, die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Marokko und das Ansehen Deutschlands bei den Marokkanern zu schädigen und die deutschen Schutzgenossen gewissermaßen dafür zu strafen, daß sie sich unter deutschen Schutz gestellt hätten. Fürst Radolin sollte nach den Schlußworten des Erlasses gegenüber der französischen Regierung besonders betonen, wie durch die Nachrichten von dergleichen Vorfällen, deren Einzelheiten wir schwer prüfen könnten, die aber in ihrer Gesamtheit und in Verbindung mit sonstigen Vorkommnissen den Eindruck eines gegen deutsche Interessen absichtlich feindseligen Verfahrens des französischen Militärs erwecken müßten und bei uns erweckt hätten, uns die Weiterbefolgung unserer entgegenkommenden Politik gegenüber dem französischen Vorgehen in Marokko recht erschwert werde.

Zu den jetzt von mir zur Sprache gebrachten Vorkommnissen würde General d'Amade sich zu äußern haben, und sie würden den Gegenstand einer genauen Untersuchung bilden. Allerdings müsse er von vornherein erklären, daß es bei einander widersprechenden deutschen und französischen Darstellungen da, wo man beiderseitig nur über Zeugnisse Eingeborener verfüge, nicht leicht sein werde, sich über den als richtig anzuerkennenden Sachverhalt zu einigen. Was die Frage der Gültigkeit der Schutzbriefe betreffe, so wiederholte Louis den früher bereits in der hiesigen Presse verlautbarten Hinweis, daß, wenn von ihrer Kontrasignierung durch einen französischen Truppenbefehlshaber die Rede gewesen sei, dies nur im Interesse der Inhaber geschehen wäre, denn einem einfachen französischen Unteroffizier besage die Unterschrift eines deutschen Konsuls und sein Siegel natürlich weniger wie der Name seines eigenen Kommandierenden. Speziell den vom Konsul Lüderitz für Mohammed bel Arbi ausgestellten Schutzbrief betreffend meinte Louis, es sei wohl etwas zu weit gegangen, wenn man beanspruche, daß derartige Dokumente außer für den namentlich aufgeführten Inhaber auch für alle von ihm mitgeführten Leute Gültigkeit habe. Indem Herr Louis sich vorbehielt, auch hierauf bei endgültiger Beantwortung unserer Reklamationen zurückzukommen, äußerte er noch, ein Eingehen auf die Anregung, aus französischen Mitteln, wenn auch vorbehaltlich weiteren Rückgriffs eine Entschädigung für die einzelnen Fremden und deren Schutzgenossen erwachsenen Verluste zu gewähren, erscheine ihm wegen der möglichen Konsequenzen eines solchen Vorgehens schwer angängig. Immerhin aber wolle er sich auch nicht völlig auf den Standpunkt stellen, daß nicht doch vielleicht beim Vorliegen besonderer Billigkeitsgründe eine Ausnahme gemacht werden könnte. Dies möge ich aber zunächst lediglich als seine rein persönliche Meinung gelten lassen.

Radolin

Nr. 8347

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 114 Berlin, den 28. Juni 1908

Spanische Regierung ließ hier vertraulich wissen, daß sie mit französischer in Meinungsaustausch getreten sei über Frage, welcher der beiden Sultane etwa anzuerkennen wäre.

Vorstehendes nur zu Ew. persönlichen Orientierung.

Es wäre nützlich, wenn Sie Hafid durch zuverlässigen Mittelsmann warnten, er möge Provokationen oder Gewalttätigkeiten vermeiden, die im jetzigen Stadium Franzosen nur Vorwand liefern würden zur Verlängerung militärischer Okkupation.

v. Schoen

Nr. 8348

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 266 Tanger, den 4. Juli 1908

Von dem in dem hohen Erlaß vom 22. Juni* mir mitgeteilten Gespräch, welches der Kaiserliche Botschafter in Paris Anfang Juni mit Herrn Tardieu gehabt hat, habe ich mit großem Interesse Kenntnis genommen. An dem Bilde, welches ich mir seit meinen Pariser und Baden-Badener Erfahrungen über die Tätigkeit und die Gesinnung Herrn Tardieus Deutschland gegenüber gemacht habe, können freilich gelegentliche Freundschaftsversicherungen des genannten Herrn nichts ändern. Der Kaiserliche Botschafter hat ihm ja auch auf diesen Punkt die entsprechende Antwort erteilt. Nur über die Bemerkungen, welche Herr Pichon über Herrn Tardieu und den „Temps" dem Fürsten von Radolin gegenüber gemacht hat, wollen Euere Durchlaucht mir gestatten, einige Worte zu sagen. Fürst Radolin hatte darüber berichtet:

„Ich möchte meinerseits vorstehendem hinzufügen, daß Herr Pichon zu mir nochmals bewegte Klagen darüber führte, wie unbequem Tardieu sich wiederholt der Regierung gemacht habe, und wie wenig die Tendenz seiner Artikel oft mit den Auffassungen der Regierung im Einklang wäre. Vielleicht würden auch die deutschen Blätter allmählich einsehen, daß die ‚Temps'-Auslassungen über auswärtige Politik nicht als Kundgebungen der französischen Regierung aufzufassen seien, also durchaus nicht immer die Bedeutung verdienten, die man ihnen bei uns beimessen zu müssen glaube."

Man wird es Herrn Pichon ohne weiteres glauben, daß Ungehörigkeiten wie die gelegentlich des Besuchs des Präsidenten Fallières erschienenen Artikel über die Frage eines englisch-französischen Bündnisses** oder die an die Adresse des Königs von Schweden gerichtete Zurechtweisung dem Minister des Äußeren peinliche Momente bereiten können.

Was jedoch die Marokkopolitik Frankreichs betrifft, so muß ich als regelmäßiger Leser des „Temps" doch feststellen, daß dieses Blatt nicht nur „dans les secrets du gouvernement" ist, sondern geradezu die Führerrolle in allen mit Marokko zusammenhängenden Fragen einnimmt. Der Politiker, welcher sich von der Tendenz und Richtung der französischen Marokkoaktion ein Bild machen will, braucht nur den „Temps" zu lesen,

---

* Durch Erlaß vom 22. Juni war Rosen von dem Gespräch in Kenntnis gesetzt worden, das Freiherr von der Lancken — nicht Fürst Radolin — mit A. Tardieu gehabt hatte. Vgl. Nr. 8344, Fußnote **.

** Vgl. dazu Kap. CLXXVI, Nr. 8202.

um genügend orientiert zu sein. Was Herr Pichon und gelegentlich Herr Clemenceau in den Parlamenten erklären, was die französischen Botschafter den Kabinetten mitteilen, ist alles völlig belanglos. Es trifft regelmäßig nicht zu. Ich habe dies in meinem gehorsamsten Berichte „Ministerielle Erklärungen und Tatsachen" vom 26. Februar A 85* an einigen Beispielen nachgewiesen. Die dort gegebene Liste ließe sich um viele Fälle vermehren. Ich will indessen nur drei seitdem eingetretene Tatsachen anführen, die französische Mitwirkung bei der Besetzung Saffis, die Nichträumung des Schauiagebietes und den französischen Handstreich gegen Asemmur. Diese und zahlreiche ähnliche Fälle sind das Gegenteil der jedesmal kurz vorher gegebenen offiziellen französischen Erklärungen.

Anders ist es mit dem „Temps" und dessen hiesigen Ableger, der „Dépêche marocaine". Diese beiden Blätter, die unter anderem insofern zusammenhängen, als sie den gleichen Marokkokorrespondenten haben, einen nach Diktat der hiesigen französischen Gesandtschaft arbeitenden einheimischen Juden namens Pimienta, kennen das Programm der Regierung besser als die Herren Clemenceau, Pichon, Cambon und Louis. Sie sehen auch keinen Grund, mit ihrer Wissenschaft hinter dem Berge zu halten, sondern bereiten jede einzelne Aktion der französischen Marokkopolitik durch einen geschickt geleiteten Preßfeldzug vor. Aus ihnen läßt sich mit Leichtigkeit die Richtung der französischen Marokkopolitik im allgemeinen sowie jeder neue Vorstoß im einzelnen feststellen. Da die Ankündigungen des „Temps" nicht wie die der französischen Minister das Mißgeschick haben, durch die Ereignisse Lügen gestraft zu werden, so ließ sich unter anderem aus ihnen entnehmen, daß der maßvolle Drude durch einen Draufgänger ersetzt werden sollte, daß die Operationen im Schauiagebiete nicht den Zweck hatten, das Land zu beruhigen, sondern Mulay Hafid anzugreifen, daß ein Coup gegen Saffi auf dem Programm stand, daß im Ernst nicht daran gedacht wurde, das Schauiagebiet zu räumen, daß Frankreich unter allen Umständen mit dem Schwergewicht seiner Politik, seiner Finanz und seiner Waffen für Abdul Asis Partei nehmen würde, daß zu diesem Zwecke im ganzen Lande Unruhen angezettelt werden sollten, daß ein Vorstoß gegen Asemmur geplant war und dergleichen vieles mehr. Zurzeit kündigt der „Temps" und mit ihm die „Dépêche marocaine" den abenteuerlichen Zug Abdul Asis' nach Marrakesch an. Dieser Zug ist nur möglich, wenn dem Sultan ohne Land in weitgehendem Maße französische Unterstützung durch Geld, Waffen und Militär zuteil wird. Daß eine derartige Unterstützung nicht gewährt werden soll, hat die französische Regierung und speziell Herr Pichon durch seinen Botschafter in Berlin und in der Kammer wiederholt erklärt. Die nächste Zukunft wird lehren, ob die Worte des Ministers oder die des „Temps" den Tatsachen entsprechen.

Rosen

---

* Siehe Nr. 8318.

Nr. 8349

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Berlin, den 10. Juli 1908

Nr. 962 [abgegangen am 12. Juli]

Ew. übersende ich zu Ihrer gefälligen vertraulichen Information anbei ergebenst Abschriften von vier telegraphischen Berichten, die der Kaiserliche Gesandte in Tanger über die Einnahme von Asemmur durch die Franzosen am 4., 5. und 7. d. Mts. erstattet hat*.

Wenn wir auch das rasche und energische Eingreifen der französischen Regierung in diesem Falle gern anerkennen und von der loyalen Fortführung der französischen Marokkopolitik überzeugt sind, so darf sich die dortige Regierung jedoch nicht wundern, wenn durch derartige Vorgänge, die sich wiederholen können, das Mißtrauen gegen ihre Organe in Marokko bei uns wieder vermehrt wird.

v. Schoen

Nr. 8350

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Gesandten von Flotow

Eigenhändiger Privatbrief

Vertraulich Paris, den 6. Juli 1908

Gestern hatte ich Wangenheim auf seiner Durchreise nach Tanger** mit Tardieu zusammen zum Frühstück eingeladen. Tardieu war hinterher sehr aufgeknöpft, und wir sprachen zu Dreien sehr ausführlich Politik. Bei der Bedeutung, die Tardieu nun einmal doch hat, glaube ich, daß manches aus der Unterhaltung Sie interessieren kann, und da ich sie nicht zum Gegenstande offizieller Berichterstattung machen möchte (Wangenheim schreibt zudem noch allgemein über seine hier gewonnenen Eindrücke an den Staatssekretär)***, erlaube ich mir nachstehende Zeilen an Sie zu richten.

Natürlich gingen wir von Marokko aus. Tardieu will, wie er mir schon einmal sagte, für energisches Eingreifen der Franzosen deswegen

* Nach diesen Berichten war die Seestadt Asemur am 1. Juli durch General d'Amade besetzt, auf Befehl der französischen Regierung, die sein instruktionswidriges Vorgehen desavouierte, jedoch wieder geräumt worden.

** Freiherr von Wangenheim, der bisherige Gesandte in Mexiko, hatte den Auftrag erhalten, den Gesandten Rosen in Tanger während dessen Sommerurlaubs zu vertreten. Er traf am 13. Juli dort ein.

*** Siehe das folgende Schriftstück.

eingetreten sein, damit schnell Ruhe geschafft und die militärische Aktion beendet werden könnte. Darum auch nur habe er dafür plädiert, keinen Gegensultan aufkommen zu lassen und Mulay Hafid beim Zuge nach Norden abzufangen. Die Herstellung der Ruhe in Marokko sei zudem gerade im Interesse der Fortentwickelung der französisch-deutschen Beziehungen nötig, denn sonst müsse man stets unangenehmer Zwischenfälle gewärtig sein, die die öffentliche Meinung aufregten. Überhaupt, so meinte Tardieu dann weiter, müsse man daran denken, wie Marokko aus der Gesamtpolitik beider Länder ausgeschaltet werden und aufhören könne, eine Art Zankapfel zwischen beiden zu bilden. Für Frankreich sei die Vorherrschaft in Marokko eine Lebensfrage. Für Deutschland nicht. Also möge doch letzteres seine Bedingungen nennen, die es für ein Fahrenlassen seiner Ansprüche — außer natürlich der absoluten Handelsfreiheit — stelle. Obwohl Tardieu meinte, augenblicklich wisse er zwar selber nicht, was Frankreich uns geben könne, kam er doch in nicht mißzuverstehender Ideenverbindung gleich danach auf Mazedonien zu sprechen und wies auf den hohen Wert hin, den wir einer Vermittlerrolle Frankreichs beimessen müßten. — Dieser selbe Gedanke, das heißt freundschaftliche Vermittlung Frankreichs in der mazedonischen Angelegenheit* gegen ein Zudrücken beider Augen unsererseits in Marokko, ist uns hier in letzter Zeit schon wiederholt entgegengetreten. Um den Wert solcher französischen Stellungnahme recht groß erscheinen zu lassen, wies Tardieu auf die überaus schwierige Lage hin, in der, wie er behauptete, Frankreich sich in der mazedonischen Sache wegen seiner alliance und seiner entente befinde. Es war interessant, wie demgegenüber Wangenheim aus seiner Kenntnis der orientalischen Dinge Tardieu bewies, daß Frankreich wegen seiner selbst allen Grund habe, in der Türkei nicht blind englische und russische Geschäfte zu machen[1].

Wir kamen dann allmählich allgemein auf das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland und — von Tardieu aufs Tapet gebracht — auf des ersteren Haltung im Falle eines anglo-deutschen Konflikts zu sprechen. Frankreich, so meinte Tardieu, würde sicher neutral bleiben. Keine Kammer würde sich finden, die, um England zu helfen, eine Kriegserklärung gegen Deutschland zu votieren bereit wäre. Wangenheim bewies ihm darauf, daß eine Neutralität unmöglich aufrechtzuerhalten sei. Unsere Armee würde nicht untätig bleiben wollen und, namentlich bei Schlappen zur See, sich mit elementarer Gewalt gegen Frankreich wenden. Das ganze Volk werde das wollen, und zwar um so schneller würde es geschehn, je mehr vorher die französische Politik eine gegen uns gerichtete gewesen sei[2]**.

---

* Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXVIII.

** Diese Auslassungen Wangenheims, die vom Auswärtigen Amt keineswegs gebilligt wurden, sind natürlich als argumenta ad hominem zu werten. Sie waren nur eine diplomatische Ausdrucksweise für die Überzeugung Wangenheims, daß eine etwa im Falle eines englisch-deutschen Konflikts proklamierte französische Neutralität doch nicht ernst gemeint sein könne, und bei erster Gelegenheit gebrochen werden würde.

Erst wollte Tardieu sich etwas scharf gegen diese „otage-Theorie Schiemanns", wie er sagte, wenden. Wie wir ihm aber weiter dartaten, wie sozusagen psychologisch selbstverständlich die Dinge die angegebene Entwickelung nehmen müßten, da machte dies doch einen sichtlichen Eindruck auf ihn. Als wir ihm klarmachten, daß Frankreich, um sich nicht solcher Zukunft auszusetzen, wohl gut daran tue, nicht sich gar zu sehr ins englische Schlepptau nehmen zu lassen, dort die Idee zu erwecken, als könne man für alle Eventualitäten auf französische Hülfe rechnen und sich im Herzen unseres Volkes weiter unbeliebt zu machen: da merkte man ihm an, wie er von England abrückte. Er sei, wie er bewiesen, durchaus kein eingeschworener Anhänger der entente cordiale resserrée mit dem zu Lande schwachen England. 50 Freundschaften wie die englische könnten für Frankreich jedenfalls noch lange nicht den Wert haben wie diejenige mit Rußland. Im übrigen glaube er nicht an kriegerische Pläne Englands, solange wie König Eduard an der Regierung sei. Anders allerdings liege seines Erachtens die Sache bei einem Thronwechsel. Der Prinz von Wales sei sehr beschränkt und habe einiges Interesse und Verständnis nur für die Marine. Chauvinisten und Mariniers würden leicht Einfluß auf ihn nehmen können.

Bedauerlich sei es, daß man frühere Gelegenheiten zur französisch-deutschen Annäherung ungenutzt gelassen habe. Nach Faschoda und während des Transvaalkrieges wären die Zeiten am günstigsten gewesen[8]. Man möge jetzt nur Frankreich nicht im unklaren lassen, wohin wir steuern wollten; man möge offen sein. Mit Cambon ließe sich wirklich etwas machen, der für einen französischen Botschafter fast den Fehler habe, gar zu leicht das Land auf sich abfärben zu lassen, in dem er sich befinde. Man möge namentlich nicht Frankreich dadurch reizen, daß man es in seiner auswärtigen Politik bevormunden wolle. Warum seien wir denn so mißtrauisch zu vermuten, alles das geschehe gegen uns, was man nicht mit uns mache. Selbst wenn sich eine französisch-englisch-russische Tripelallianz gebildet hätte, so hätte dies doch nur die Wiederherstellung des lange Zeit zu unseren Gunsten verschoben gewesenen Gleichgewichts bedeutet. Warum also die Nervosität bei uns, mit der wir uns nur unliebsam machten?

Aber, so meinte Tardieu zum Schluß, wenn eine Besserung des französisch-deutschen Verhältnisses dämpfend auf England wirken könne, so sei ihm dies nur recht. Er sehe keine Hinderungsgründe für eine bessere Zukunft — falls wir nur wollten. An Revanche dächten ernstzunehmende Leute doch wohl nicht mehr. Hätte man sie nehmen wollen, so mußte man es bald tun, sowie das Land wieder zu Kräften gekommen war. Für

---

Sie stellen sich dar als eine Warnung an die französische Adresse, sich einer Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses in der falschen Erwartung entgegenzustemmen, daß man bei dem wirklichen Eintritt eines Konfliktes sich so lange heraushalten könne, als es den Machthabern in Paris passe.

Dinge eine Vergeltung suchen, die fast 40 Jahre zurücklägen, hätte man seiner Ansicht nach kaum noch ein Recht. —

Dies ungefähr waren seine Ausführungen. Ob alles aufrichtig war, ist eine andere Frage. Ich bin gespannt, ob man in den nächsten Zeiten in den „Temps"-Artikeln einen Niederschlag unserer Gespräche sieht.

Was den Asemmur-Zwischenfall* betrifft, so habe ich das Gefühl, als habe es sich um eine abgekartete Sache zwischen d'Amade und Regnault gehandelt, um Abdul Asis zu dem Hafen zu verhelfen. Das ist ja auch gelungen, und d'Amade konnte wieder abziehn.

Lancken

Randbemerkungen von Flotows:

[1] Gut

[2] Wie kommen die beiden zu dieser Sprache! Das muß ja Frankreich nur zu weiteren Rüstungen treiben?

[3] Wurde auch von uns versucht, aber von Frankreich in London verraten.

Nr. 8351

*Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen***

Privatbrief. Ausfertigung

Tanger, den 14. Juli 1908

Während meines Aufenthalts in Paris auf der Durchreise nach Tanger habe ich verschiedene französische Freunde, ehemalige Kollegen, Bekannte aus Konstantinopel etc., wiedergesehen, mit denen ich in frühern Jahren gelegentlich über die deutsch-französischen Beziehungen gesprochen hatte. Ich fand meine Bekannten jetzt wie früher beflissen, sich unter vier Augen mit mir auszusprechen; aber in dem, was sie sagten, waren gegen 1903 Unterschiede zu bemerken. Damals war immer die elsaß-lothringische Frage das Pivot der Konversation gewesen. „Wie bedauerlich ist es," hieß es ehemals, „daß zwei große Nationen, die vereint die Welt regieren könnten, sich um eine Grenzfrage streiten. Wie leicht würden wir uns verständigen können, wenn Deutschland uns etwas an seiner Westgrenze konzedierte."

Heute scheint Marokko an den Platz von Elsaß-Lothringen gerückt. Die Preisgabe Marokkos wird jetzt an Stelle einer Korrektur des Frankfurter Friedens gefordert. Sollte sich diese Beobachtung, die ich als Tourist gemacht und daher unter aller Reserve weitergebe, bestätigen,

---

* Vgl. Nr. 8349, Fußnote.

** Das Schreiben Freiherrn von Wangenheims behandelt in der Hauptsache das gleiche Gespräch mit dem „Temps"-Korrespondenten Tardieu wie das voraufgehende Schreiben Freiherrn von der Lanckens, fügt aber noch einige bezeichnende Einzelheiten hinzu.

so würde der Umschwung einen doppelten Gewinn für uns bedeuten. Die französische Ranküne würde auf ein weniger empfindliches Terrain hinübergeleitet sein, und wir könnten, ohne uns etwas zu vergeben, über Marokko Versöhnung erstreben, die über Elsaß-Lothringen dereinst nicht zu erzielen wäre*.

Von irgendeiner kriegerischen Stimmung gegen uns habe ich in Paris nichts bemerken können. Die Friedfertigkeit schien mir aber weniger auf dem Vertrauen Frankreichs auf seine Verbündeten als auf der Überzeugung zu beruhen, daß Deutschland unter keinen Umständen wegen Marokko zum Schwerte greifen werde. Im Gefühle dieser Sicherheit kritisieren die Franzosen jetzt mit großer Dreistigkeit gewisse Maßnahmen unserer auswärtigen Politik. Besonders lehrreich für mich war in dieser Beziehung eine längere Konversation, welche ich nach einem Frühstücke bei Baron Lancken mit dem „Temps"-Korrespondenten Herrn Tardieu hatte. Tardieu äußerte sich etwa folgendermaßen:

Es ist lächerlich für uns Franzosen, heute noch von einer ‚Revanech' wegen Elsaß-Lothringen zu sprechen. Einen Vergeltungsfeldzug führt man nach fünf bis zehn Jahren, aber nicht nach dreißig. Sie können daher sicher sein, daß Frankreich wegen der verlornen Provinzen nicht zum Schwerte greifen wird. Aber ebenso sicher sind wir, daß Deutschland nicht wegen Marokko uns mit Krieg überziehen wird. Hätte Deutschland den Krieg gewollt, so würde es den günstigen Moment dazu benutzt haben. Wenn Deutschland aber keinen Krieg führen will, so muß es sich mit der neuen Lage abfinden, welche durch die neuen Ententen Frankreichs geschaffen ist. Deutschland hat seit 1870 Europa militärisch und diplomatisch beherrscht. Das dadurch verschobene Gleichgewicht ist nun neuerdings durch den Zusammenschluß der unter der deutschen Suprematie leidenden andern Mächte wiederhergestellt worden. Deutschland behält immer noch „une très belle situation militaire et politique", mit der es zufrieden sein könnte. Von einer Isolierung Deutschlands kann keine Rede sein. Trotzdem haben die sukzessiven Verständigungen Frankreichs mit England und Rußland Deutschland nervös gemacht. Es kämpfen bei Ihnen offensichtlich zwei Strömungen um die Oberhand, eine, welche sich mit der neuen Lage abfinden will, und eine andere, welche die fälschlich angenommene Isolierung als einen unerträglichen Zustand empfindet. Dadurch daß diese Stimmungen bei Ihren hohen und höchsten Stellen sich abwechselnd Geltung verschaffen, erhält die Haltung Ihrer Regierung etwas Dunkles und Widerspruchsvolles[1]. Friedliche Versicherungen wechseln mit Akten, deren Spitzen gegen Frankreich gekehrt sind. So proklamieren Sie beispielsweise Zurückhaltung im marokkanischen Thronstreite und empfangen trotzdem die Gesandten Mulay Hafids im Auswärtigen Amte, obwohl vorherzusehen war, daß das marokkanische Volk, unfähig zwischen einer offiziellen und einer nichtoffiziellen Begrüßung

* Wohl verschrieben für: „war".

zu unterscheiden, in dem Empfange der Gesandten eine Anerkennung Mulay Hafids erblicken würde. Nur dadurch ist die Lage der Dinge in Marokko so außerordentlich kompliziert geworden. Da Deutschland sich nicht um Marokko mit uns schlagen wird, so ist es genötigt, eine Verständigung mit uns zu erstreben. Für eine solche könnte Frankreich Deutschland die wirtschaftliche Gleichberechtigung[2] zugestehen, müßte aber für sich fordern, daß es bei der Ausübung der Polizeigewalt in Marokko nicht weiter gestört werde. Sollte es mit unserm Zugeständnis nicht zufrieden sein, so würde Frankreich bereit sein, auf Gebieten, die außerhalb Marokkos liegen, weitere Konzessionen zu machen. So könnte Frankreich seine Neutralität für den Fall eines englisch-deutschen Kriegs versprechen und ferner sich verpflichten, in der mazedonischen Frage* zwischen Deutschland, England und Rußland zu vermitteln.

Ich habe den zweistündigen Redefluß des Herrn Tardieu möglichst wenig unterbrochen, um ihn bei der freien Aussprache seiner Gedanken nicht zu behindern. Widersprochen habe ich nur seiner Behauptung, daß in Deutschland infolge seiner Isolierung Nervosität herrsche. Ich sagte, daß Deutschland mit den erhöhten Schwierigkeiten seiner äußern Lage sich auch immer mehr seiner Stärke bewußt werde und seiner Fähigkeit, allen möglichen Kombinationen die Spitze bieten zu können. Was die Neutralität Frankreichs in einem deutsch-englischen Konflikte anbetreffe, so müsse ich bezweifeln, ob diese „wohlwollende" Absicht sich realisieren lassen werde. Der Ausgang eines Seekrieges zwischen Deutschland und England sei zweifelhaft. Sollte aber Deutschland auf dem Meere Schlappen erleiden, so würde sich im deutschen Volke mit elementarer Gewalt der Drang geltend machen, mit Hilfe der Landarmee das gefährdete Prestige Deutschlands wiederherzustellen[3]. Diese kriegerische Aufwallung könne sich aber nur gegen Frankreich wenden, das mit England verbündet sei, und von dem man befürchten müsse, daß es nur die Schwächung Deutschlands abwarte, um seinerseits über Deutschland herzufallen. Die Neutralität Frankreichs in einem deutschen Streite mit England erscheine mir daher beinahe als eine psychologische Unmöglichkeit.

Auf die von Tardieu angebotene französische Vermittelung in der mazedonischen Frage erwiderte ich, daß Frankreich in der Türkei Interessen zu vertreten habe, die an und für sich in vielen Punkten den Interessen seiner jetzigen Verbündeten zuwiderliefen. Auch ohne besondere Verständigung mit uns werde Frankreich genötigt sein, betreffs Mazedoniens einen Standpunkt zu vertreten, der sich dem unsrigen nähere. Deutschland habe betreffs Mazedoniens überhaupt nur den einen Wunsch, daß nicht um seinetwillen ein Krieg zwischen andern Nationen ausbrechen möge.

Ich habe aus der langen Konversation mit Tardieu nur die markantesten Stellen hervorgehoben. Bei der Kürze der Wiedergabe könnte der Eindruck erweckt werden, als ob unser Gespräch sich in besonders

---

* Vgl. darüber Bd. XXV, Kap. CLXXXVIII.

scharfen Formen vollzogen hätte. Das war durchaus nicht der Fall. Ich habe Herrn Tardieu nur an den Punkten widersprochen, wo Schweigen ein Zugeständnis bedeutet hätte. Im übrigen ist ihm von mir zu verstehen gegeben worden, daß Deutschland einer Verständigung mit Frankreich keineswegs im Prinzipe abgeneigt sei, daß aber die von ihm angebotenen Zugeständnisse keinen Wert für uns hätten[3].

Wangenheim

Randbemerkungen von Erckerts:

[1] Ist Frankreichs Haltung nicht widerspruchsvoll?

[3] richtig!

Randbemerkung Klehmets:

[2] Diese „Gleichberechtigung" haben wir schon! Es kann sich nur um tatsächliche Gleichstellung handeln! Kl. 9. 8.

Nr. 8352

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 411 Paris, den 11. August 1908

Es hat sich mir Gelegenheit geboten, heute Herrn Pichon zu sprechen. Ich hob ihm gegenüber hervor, wie sich die öffentliche Meinung in Deutschland in bedenklicher Weise rege und fest an der Idee hänge, daß die französische Regierung Deutschland mit schönen Redensarten abspeisen wolle und trotz aller Versicherung, daß sie sich streng an die Abmachungen von Algeciras halten würde, nicht die geringste Absicht habe, die einmal an der Westküste von Marokko eingenommene Stellung aufzugeben, und somit ein fait accompli schaffen wolle. Sie leihe Abdul Asis fast offenkundig Unterstützung, und der nun einmal gemachte Vorstoß nach Asemmur, wenn er auch gemißbilligt worden sei, müsse als eine solche aufgefaßt werden. Die Schwierigkeiten, die sich Mulay Hafid in den Weg legen, dürften auf jenen Umstand zurückgeführt werden. Kurzum, die Stimmung in allen Kreisen des deutschen Volkes sei derartig gegen Frankreich gereizt, daß die Kaiserliche Regierung nicht werde umhin können, derselben Rechnung zu tragen. Dazu komme noch die provozierende Sprache der französischen Presse, die durch die Haltung der englischen unterstützt scheine. Es werde der öffentlichen Meinung in Deutschland schwer, den friedlichen Absichten des französischen Volkes so unbedingtes Vertrauen zu schenken, welches wir den Versicherungen des Ministers bisher entgegengebracht hätten. Ich könne nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, daß auf die vor einer Reihe von Wochen von mir allgemein zur Sprache gebrachten marokkanischen Reklamationen* seitens der französischen Regierung immer noch keine Erklärung erfolgt sei[1] und dies

* Vgl. Nr. 8346, Fußnote.

zu der Vermutung berechtigen müsse, daß die französische Regierung meiner Demarche nicht die gebührende Beachtung beigemessen habe, was nicht dazu beitragen könne, unser Verhältnis besser zu gestalten. Da er, der Minister, mir stets die bündigsten Versicherungen gegeben habe, alle Weiterungen zu vermeiden und nur das eine Ziel im Auge zu haben, die Räumung Marokkos durchzuführen, so lege ich ihm dringend ans Herz, seine Worte in Taten umzusetzen. Er dürfe sich sonst nicht wundern, wenn das wachsende Mißtrauen in Deutschland einen so bedenklichen Grad erreiche, daß selbst die Kaiserliche Regierung demselben nicht gleichgültig gegenüberstehen könnte.

Der Minister war sichtlich durch meine Worte impressioniert und erwiderte mir, er könne mir nur immer wiederholen, daß die französische Regierung keinerlei Hintergedanken hege und er nur bedauern müsse, daß die öffentliche Meinung in eine so feindliche Stimmung sich hineingeredet hätte, die seiner Ansicht nach sich durch nichts rechtfertigen lasse. Der Minister wies in ziemlicher Erregung die Insinuation über seine ihm vorgeworfene Parteilichkeit oder Unterstützung von Abdul Asis zurück und bemerkte mir, daß er im Gegenteil, wie er es mir seinerzeit zugesagt, den Durchzug des Sultans durch gewisse Gebiete gehindert und ihm seine Stellung dadurch erschwert habe. Abdul Asis sei aber immerhin noch der legitime Sultan, und könne man sich doch nicht wundern, wenn er bei seinem Erscheinen das freilich prekäre Prestige und den alten Anhang wiedergewinne, namentlich wenn sein Gegner in Schwierigkeiten gerate und im Vordringen zu zögern scheine.

Herr Pichon schien über meine pessimistische Auffassung etwas erstaunt, nachdem Herr Cambon, der kürzlich noch eine eingehende freundschaftliche Unterhaltung mit dem Herrn Staatssekretär gehabt, ihm nichts Derartiges gesagt habe. Es hat sich die Idee, als sei das Aufkommen Mulay Hafids nur der Einwirkung der deutschen Agenten in Marokko zu verdanken, bei den meisten hiesigen Kolonialschwärmern in den Kopf gesetzt, daß es mir nicht ausgeschlossen erscheint, wenn auch die leitenden Minister von dieser Auffassung beeinflußt würden, und daß selbst Herr Pichon, der sich sicherlich bemüht, unparteiisch zu urteilen und schon aus Selbsterhaltungstrieb allen Komplikationen aus dem Wege zu gehen, schließlich durch den stärkeren Druck beeinflußt werden könnte.

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß meine ernsten, warnenden Worte dazu beitragen werden, Herrn Pichon zu bestimmen, der Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland etwas mehr Rechnung zu tragen und sich nicht dem Vorwurf der Unzuverlässigkeit auszusetzen, wenn die Versicherungen, die er mir so oft gegeben, sich nicht mit seiner Handlungsweise und der der Regierung sowie mit dem Gange der Dinge in Marokko decken.

Radolin

Randbemerkung Klehmets:

[1] Nota bene, ist inzwischen erfolgt, aber wenig befriedigend! Kl. 1. 9.

Nr. 8353

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 418 Paris, den 12. August 1908

Herr Pichon, bei dem ich mich soeben verabschiedete, kam nochmals auf unser neuliches Gespräch* zurück und sagte mir, er könne nicht mehr tun, als alle seine früheren Erklärungen über die loyale Haltung Frankreichs in Marokko und die Aufrichtigkeit des jetzigen Kabinetts aufs feierlichste zu wiederholen. Allerdings verhehlte er mir nicht, daß leidenschaftliche Gegner wie Delcassé und Genossen ihm diese Aufgabe sehr erschwerten. Hierbei gab er seinem Vorgänger einen Seitenhieb, indem er mir versicherte, daß er sicherlich niemals dessen Marokkopolitik gemacht haben würde. Er selbst und der Präsident Clemenceau gehörten nicht zu den Kolonialen und wünschten nichts sehnlicher, als die marokkanischen Dinge sich vom Halse zu schaffen.

Auf meine kategorische Frage, welchen Beweis die Regierung von der Aufrichtigkeit ihrer Intentionen geben könne, sagte mir Herr Pichon, er erkläre mir hiermit aufs allerbestimmteste und autorisiere mich, dies meiner Regierung zu melden, daß innerhalb zweier Monate der größere Teil der Truppen zurückgezogen werden würde. Vor der Abreise des Ministerpräsidenten wäre die Sache beschlossen worden, könne aber erst nach dessen Rückkehr zur Ausführung gelangen. Eine Reserve machte der Minister hierbei nicht.

Diese formelle Erklärung läßt wohl an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es steht nur zu hoffen, daß die nicht zu unterschätzenden Gegner dieser Politik ihre Verwirklichung nicht hintertreiben werden. Immerhin würde man gegebenenfalls den Minister des Auswärtigen an die heutige Unterhaltung mit mir seinerzeit erinnern können.

Empfehlen würde es sich wohl, die Versprechungen des Ministers nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, da die dann unausbleiblichen Angriffe, als handle die Regierung unter deutschem Druck, die Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen erschweren, wenn nicht durchkreuzen würde.

Radolin

---

* Vgl. Nr. 835

Nr. 8354

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 207 Tanger, den 12. August 1908

Es läßt sich jetzt mit einiger Sicherheit übersehen, daß Frankreich und England an Abdul Asis festhalten, und daß, wie auch der Zug des Sultans Marrakesch ausfällt, er nicht eine Entscheidung Thronstreits bringen wird. Für nicht absehbare Zeit wird dem durch Frankreich protegierten Marokko der Algecirasakte ein zehnmal größeres Marokko unter Mulay Hafid gegenüberstehen. Es dürfte auf die Dauer nicht angängig sein, unsere bedeutenden Interessen in dem Mulay Hafidischen Teile gänzlich ohne Schutz zu lassen. Es leben dort mehrere Deutsche, zahlreiche deutsche Semsare und Mochalaten, die in der unruhigen Zeit einer kräftigen Unterstützung ihrer Interessen in Fes bedürfen. Dortiger Konsulatsschreiber besitzt hierzu nicht die nötige Autorität.

Frankreich unterhält in dem Mulay Hafidischen Marokko weiter Konsularagenten (Tetuan, Alkassar). Auch Spanien hat jetzt einen Berufsbeamten, den Gesandtschaftsarzt Belinger, nach Fes geschickt.

Stelle zur Erwägung, ob nicht Zeitpunkt gekommen, deutschen Beamten inoffiziell nach Fes zu senden. In Betracht käme in erster Linie Dr. Vassel, falls dieser unabkömmlich, Herr Maenss. Erscheinen deutscher Beamten in Fes kann unter gegebenen Verhältnissen unmöglich als Provokation bezeichnet werden. Franzosen werden allerdings nicht zufrieden sein, aber vielleicht durch unseren Schritt veranlaßt werden, gleichfalls Beamten nach Fes zu schicken.

Wangenheim

Nr. 8355

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Klehmet

Privatbrief. Ausfertigung

Tanger, den 12. August 1908

Die Beendigung Ihres Urlaubs, welche in diesen Tagen nach meiner Berechnung bevorstehen muß, fällt zusammen mit dem Zeitpunkte, wo ich es wagen kann, mich eingehender über die hiesigen Dinge zu äußern, ohne in den Verdacht der Voreiligkeit zu geraten. In Mexiko gleicht die

politische Situation einem spiegelglatten See, den man bis in die weitesten Fernen übersehen kann. Hier schwimmt man zwischen Wogen, und der Blick reicht nur bis zu deren Kamme. Nirgends trifft man auf ein nüchternes und unbefangenes Urteil. Jeder Mensch ist vielmehr hier entweder Hafidist oder Asisist, Block- oder Antiblockmensch, deutsch- oder franzosenfreundlich. Es spitzt sich also alles darauf zu, daß hier unter lokalen Kulissen ein deutsch-französischer Kampf um Marokko ausgefochten werden muß. Soviel Öl auch die beiden Regierungen in die hiesige Brandung gießen mögen, so erfolgreich auch die Bemühungen sein mögen, in Europa die Stimmung zu beruhigen, in Tanger stehen sich Deutschland und Frankreich wie zwei Paukanten auf dem Fechtboden gegenüber, und wenn einer auch nur zuckt, so wird darüber gerichtet und nach Hause berichtet.

Auf dem durch die Leidenschaften durchwühlten Boden gedeihen als giftige Pilze der Haß, die Lüge und die Verleumdung. In Konstantinopel habe ich einstens konstatiert, daß etwa 100% der in der Stadt kursierenden Nachrichten erlogen waren. Hier sind es mindestens 150%. Mein englischer Kollege* drückt das mit den Worten aus: „In Marokko darf man nichts glauben von dem, was man hört, und nur die Hälfte von dem, was man sieht." Der fremde Beobachter wird daher immer mehr oder weniger auf seinen politischen Instinkt angewiesen sein, wenn er aus den wenigen wirklich feststehenden Tatsachen seine Schlüsse zieht. Ich führe diese mildernden Umstände im voraus an, wenn ich jetzt beginne, Ihnen meine Eindrücke sukzessive zu schildern.

Von dem Tage meines Eintreffens in Tanger an habe ich nach Indizien gespäht, welche die Ansicht hätten bekräftigen können, daß Frankreich nur eine vorübergehende Besetzung Marokkos beabsichtigt hat. Trotz aller meiner Bemühungen ist es mir bis heute nicht gelungen, auch nur eine auf einen französischen Rückzug hindeutende Tatsache zu konstatieren oder auch nur eine einzige Person ausfindig zu machen, die an einen derartigen Rückzug glaubte. Selbstverständlich urteilen alle Menschen hier nur unter lokalen Eindrücken. Aber auf Grund dessen, was man h i e r sieht und hört, ist es nicht möglich, zu einem anderen Schlusse zu gelangen als zu dem, daß die sämtlichen französischen Organe in Marokko, die Beamten, die Okkupationsarmee, die Kriegsschiffe in den Häfen und die Presse zielbewußt zusammenarbeiten, damit der bisher geschaffene Untergrund für ein französisches Protektorat erhalten bleibe und damit auf demselben eine dauernde Beherrschung des Landes allmählich aufgebaut werde. Nicht einmal die Mitglieder der französischen Gesandtschaft geben sich die Mühe, die französischen Absichten zu verheimlichen oder zu verschleiern. Die mir aus Berlin bekannte Frau des ersten französischen Sekretärs, Frau Beaumarchais, sagte mir erst vor wenigen Tagen, daß Frankreich durch die von ihm gebrachten Opfer sich

* H. E. White.

einen dauernden Anspruch auf Marokko gesichert habe und garnicht daran denken könne, das Erreichte wieder aufzugeben. Daß die französischen Offiziere in der Schauia ähnlich sich ausdrücken, ist selbstverständlich, wenn auch weniger bedeutungsvoll. Dagegen verdient es hervorgehoben zu werden, daß von meinen sämtlichen hiesigen Kollegen auch nicht ein einziger sich scheut, die Ansicht auszusprechen, daß Frankreich sich allmählich Marokkos bemächtigen werde, es sei denn, daß Deutschland Einspruch erheben sollte.

Die sämtlichen Fäden der französischen Penetration laufen in der hiesigen französischen Gesandtschaft zusammen. Ihr Chef, Herr Regnault, spricht in letzter Zeit mit Vorliebe von den Erfolgen, welche England in Ägypten trotz des Widerspruchs der Mächte allmählich davongetragen habe. Ihm schwebt also der Gedanke vor, die Symmetrie im Mittelländischen Meere durch ein französisches Dominium in Marokko ähnlich dem englischen in Ägypten herzustellen. Dabei hat Herr Regnault die Rolle des Lord Cromer sich selbst zugedacht, während er Abdul Asis mit dem Khediven identifiziert.

Das Programm, nach welchem Herr Regnault arbeitet, ist folgendes: Er will zunächst verhindern, daß Mulay Hafid anerkannt wird. Solange ihm dies gelingt, können die Mächte unter Marokko im Sinne der Algecirasakte nur das kleine Territorium verstehen, über welches Abdul Asis unter dem Schutze der französischen Waffen herrscht. Dieses beschränkte Marokko ist schon heute mehr oder weniger ein französisches Protektorat. Seine Bewohner werden durch die Truppen der Okkupationsarmee im Zaume gehalten, welchen die an den Küsten kreuzenden Kriegsschiffe sekundieren. Abdul Asis aber und seine Minister sind von einem Ring französischer Offiziere umgeben, in deren Händen die Regierung des Landes heute schon liegt. Der Sultan empfängt zurzeit seine Instruktion und ebenso das Geld für seine Expeditionen aus den Händen des Chefs der französischen Militärmission, Obersten Fariau, der sogar die Schecks gegenzeichnet, welche Abdul Asis auf sein Konto bei der Staatsbank zieht. Würde der Sultan oder Machsen auch nur den Versuch machen, sich einer französischen Weisung zu widersetzen, so würde Regnault den Obersten Fariau beauftragen, den Brotkorb höher zu hängen. Aber Abdul Asis denkt auch gar nicht daran, wie es scheint, sich der französischen Bevormundung zu entziehen. Über die einmalige Anwandlung von Schwäche in dieser Beziehung ist er längst hinweggekommen. Die deutschen Offiziere, welche den Sultan vor seiner Abreise von Rabat noch gesehen haben, berichten über seine gute Laune und vollkommene Zufriedenheit. Seine Majestät grollt nicht einmal dem älteren Bruder, der ihm $^{9}/_{10}$ des Reichs abgenommen hat. Seine Zeit vertrieb Abdul Asis damals mit militärischen Tändeleien und Kartenkunststücken, die er von Major von Tschudi erlernt hatte und mit Vorliebe „seinen Kindern" das heißt den Damen des Harems vorführte. Die Person des heiteren Lebenskünstlers und Opportunisten Abdul Asis ist nun die Hauptfigur in dem

Schachspiel des Herrn Regnault. Überall wird der Sultan vorgeschoben, wo es sich um Erhaltung oder Stärkung der französischen Position handelt. Hier in Tanger ist es bereits so weit gekommen, daß Herr Regnault gar nicht mehr über den Hof des Sultans seine Befehle an den Machsen gelangen zu lassen braucht. Es genügt eine einfache Anweisung an die Herren Tores und Gabbas. Die marokkanische Verwaltung, soweit sie durch die Algecirasakte nicht berührt wird, liegt daher völlig in den Händen der französischen Gesandtschaft. Aber auch innerhalb der Algecirasakte arbeitet die Geschäftsverbindung „Abdul Asis-Regnault" zum Vorteil der französischen Sache. Das zeigt sich bei den Adjudikationen sowie in den Fragen der Polizei und des Minengesetzes. Neuerdings hat Herr Regnault nun die Komödie des Sultanszugs nach Marrakesch inszeniert. Damit soll zunächst Abdul Asis beschäftigt und befriedigt werden. Im übrigen dient die Expedition dem Zwecke, mit der Wiedereroberung des Landes durch den Sultan die französische Protektoratssphäre zu vergrößern und gleichzeitig dasjenige Quantum von Unruhe im Lande zu erhalten, welches die Fortdauer der französischen Okkupation rechtfertigt. Mein italienischer Kollege* frug mich vor einigen Tagen, ob man im Hinblick auf die Fortschritte Abdul Asis' es wohl verantworten könne, von Frankreich den Rückzug der Truppen zu verlangen. Zögen die Franzosen ab, so werde ein allgemeines gegenseitiges Sengen, Brennen und Morden zwischen Hafidisten und Asisisten beginnen. Die italienische Ansicht zeigt, wie wenig wir auf die Unterstützung selbst der uns befreundeten Mächte rechnen könnten, wenn wir ernstlich auf einen französischen Rückzug drängen sollten. Aber die Frage illustriert auch indirekt die Schwierigkeiten, in welchen die französische Regierung sich Herrn Regnault gegenüber befindet. Keine französische Regierung dürfte im Augenblick stark genug sein, um die Verantwortung für eine Retirade gegenüber der Gruppe Tardieu, Etienne und Regnault zu übernehmen, falls letztere geltend machen, daß die Resultate der bisherigen „Friedensaktion" durch den Rückzug in Frage gestellt werden würden. Die Stellung Regnaults und seiner Hintermänner in der Marokkofrage ist dadurch eine außerordentlich feste geworden. Ja, ich möchte beinahe behaupten, daß sie heute schon der direkten Beeinflussung durch die Regierung ziemlich entzogen ist. Mir scheint es, daß wir hier mit der Tatsache rechnen müssen, daß eine Gruppe ehrgeiziger Politiker, losgelöst von dem Gängelbande der Regierung, ihre eigenen Wege geht, und daß diese Aktion eine Parenthese bildet in dem Programme des Kabinetts Clemenceau. Wieweit dieses Vorgehen getragen wird von den Sympathien des französischen Volkes, läßt sich hier schwer feststellen. Indes muß wohl berücksichtigt werden, daß es sich für die Mehrzahl der Franzosen in Marokko weniger um eine Vergrößerung des Kolonialbesitzes als darum handelt, daß eine momentan überlegene diplomatische Position gegen Deutschland ausgenutzt wird, und

---

* Nerazzini.

daß dieser erste größere diplomatische Erfolg Frankreichs als ein Akt der Revanche empfunden wird für den Verlust Elsaß-Lothringens. Herr Tardieu brauchte diesen Ton nur etwas voller anschwellen zu lassen, um die öffentliche Meinung für sich zu haben. Das dürfte auch die französische Regierung sehr gut wissen. Dieselbe sieht offenbar genau die Gefahren des Wegs, auf welchen sie durch Herrn Regnault gedrängt wird. Ich zweifele nicht an der subjektiven Aufrichtigkeit der Herrn Pichon, Louis und Cambon. Ich traue aber dem Quai d'Orsay nicht die Kraft zu, Herrn Regnault zur Innehaltung derjenigen Versprechungen zu bringen, die uns in Paris und Berlin gegeben werden. Ich verstehe vollkommen, daß man bei uns für die Machtlosigkeit der französischen Regierung ein gewisses Verständnis hat, besonders da ja auch die Stellung der Kaiserlichen Regierung gegenüber unsern Marokkofanatikern keine bequeme ist. Man kann schließlich von einer parlamentarischen Regierung einer Republik nicht mehr verlangen als von einem autokratischen Regiment. Auch die russische Regierung war seinerzeit nicht imstande, den auf die panslawistischen Kreise sich stützenden Herrn Bachmetiew aus Sofia zu entfernen, und mußte es sich gefallen lassen, daß ihr Beamter eine Politik verfolgte, die mit den in St. Petersburg abgegebenen Erklärungen nicht in Einklang zu bringen war.

Der bisherige glückliche Verlauf des Sultanszuges nach Marrakesch hat die Stellung des Herrn Regnault sichtlich verstärkt. Er trägt jetzt hier die heiterste Ruhe zur Schau und benimmt sich wie ein Mann, der sich in seiner Position sicher weiß. Daß die von Paris aus ihm gemachten Bemerkungen ihn in der geringsten Weise genieren, habe ich nicht konstatieren können. Er rechnet mit der gezwungenen Konnivenz seiner Regierung und mit dem Dogma seines Freundes Tardieu, daß Deutschland wegen Marokko keinen Krieg führen werde. Für die einzelnen Ausschreitungen, welche er hier begeht, findet er mit Leichtigkeit plausible Erklärungen, die von seiner Regierung nur zu gern geglaubt oder wenigstens vertreten werden. Herr Regnault hat seinerzeit behauptet, daß er von dem Zuge des Sultans nach Marrakesch nichts wisse. Die Erklärung hat hier einen allgemeinen Heiterkeitserfolg erzielt. Aber wer will beweisen, daß Regnault gelogen hat? Mein Kollege schreibt nach Paris, er werde Abdul Asis den Zug durch die Schauia verwehren. Daraufhin kann die französische Regierung in Berlin erklären, daß Frankreich sich in den Thronstreit nicht einmische. Selbstverständlich haben die französischen Offiziere beim Sultan diesen nicht durch das französische Okkupationsgebiet geleitet, damit die Unabhängigkeit ihres Schützlings äußerlich gewahrt erscheine. In Wirklichkeit ist aber der Sultan immer dicht an den französischen Aufstellungen entlang marschiert und hat sie jetzt als Aufnahmeposition in seinem Rücken. Nur deshalb unterwerfen sich ihm die Kabylenstämme, weil sie durch französische Emissäre darauf vorbereitet sind, daß eventuell die Truppen des Generals d'Amade über sie herfallen würden. Für den hiesigen Beobachter ist der Plan

Regnaults bis ins kleinste Detail zu durchschauen. Andererseits ist es ein leichtes, das Urteil außerhalb Marokkos irrezuführen.

Die hiesigen Franzosen glauben, daß der Einzug Abdul Asis' in Marrakesch Mulay Hafid den Todesstoß versetzen werde, und daß Abdul Asis binnen Jahresfrist wieder in Fes residieren werde als Herrscher über den größten Teil des Landes. Für den Fall, daß Abdul Asis wirklich bis Marrakesch gelangen sollte, möchte ich die weiteren Hoffnungen der Franzosen keineswegs als phantastisch ansehen. Die Vorsicht empfiehlt, schon jetzt mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit ein auf der Person Abdul Asis' gegründetes französisches Protektorat oder eine diesem gleichwertige Form der Herrschaft über ganz Marokko entsteht. An einen nationalen Widerstand gegen die französischen Pläne glaube ich nicht. Denn schon jetzt zeigt es sich, daß, soweit die Furcht vor den französischen Waffen reicht, die Kabylen sich für wenige tausend Duros Abdul Asis wieder zuwenden. Freilich wird Frankreich, solange es sein Ziel nicht erreicht hat, die Anwesenheit französischer Truppen im Lande nicht entbehren können. Aber für die Zurückhaltung der Truppen verfügt ja Herr Regnault über die bereits oben geschilderten Vorwände. Außerdem ist er ja auch schon seit längerer Zeit bemüht, aus eingeschmuggelten Algeriern Sultanstruppen zu bilden, welche mit der Zeit die aus der Schauia sukzessive zurückgezogenen Truppen ersetzen werden. Eine ähnliche Aufgabe ist der französischen Polizeitruppe zugedacht, die nur erst der Beaufsichtigung durch den Generalinspekteur entzogen werden soll, um dann beliebig vermehrt und verwendet werden zu können. Trotz des Einspruches des Obersten Müller* fahren die französischen Offiziere in der rein militärischen Ausbildung der Polizei fort. Erst gestern hat der hiesige französische Tabor wieder einen Übungsmarsch auf zwölf Kilometer ins Innere angetreten. Es handelte sich um eine Rekognoszierung gegen eine von Tetuan anrückende hafidische Mehalla. A fur et mesure der Ausbildung der neuen Hilfskräfte werden also wohl im Laufe des Jahres noch einige Bataillone aus der Schauia abberufen werden, schon um die Aufmerksamkeit vom Tafilet abzuwenden, wohin erst in den letzten Tagen zwei französische Bataillone sich auf den Marsch begeben haben.

Gibt es nun irgendwelche Mittel, um die klar zutage liegenden Pläne der Franzosen zu durchkreuzen?

Ein Verschwinden der französischen Okkupationsarmee würde heute noch die französische Aktion ohne weiteres paralysieren. Sobald der letzte französische Soldat eingeschifft wäre, würde überall Mulay Hafid proklamiert werden. Die Frage muß daher so formuliert werden: Ist es möglich, Frankreich zur Zurückziehung seiner Truppen aus der Schauia zu bewegen? Ob diese Frage noch vor einigen Monaten im bejahenden Sinne zu beantworten gewesen wäre, wage ich nicht zu entscheiden. Heute sind die Er-

---

* Oberst Müller war von der Schweiz laut der Algecirasakte als Generalinspektor der marokkanischen Polizei gestellt worden.

folge des Herrn Regnault schon viel zu groß, seine Stellung zu stark geworden, als daß ich an die Wahrscheinlichkeit glauben könnte, daß ein noch so starker diplomatischer Druck auf den Quai d'Orsay irgendein praktisches Ergebnis haben würde. Man wird allen fremden Vorstellungen in Paris immer mit der Behauptung ausweichen, daß der Rückzug der Truppen Blutvergießen und die Zerstörung europäischen Eigentums zur Folge haben werde. Eine Schwenkung der französischen Politik wird daher nur durch unvorhergesehene Umstände oder durch eine Drohung mit Krieg herbeigeführt werden können. Von unvorhergesehenen Ereignissen würde als entscheidend nur eine Frankreich ungünstige Verschiebung in der Gruppierung der Mächte in Betracht kommen. Von einem Wechsel des Pariser Kabinetts oder von einem plötzlichen Tode des Sultans Abdul Asis erwarte ich nichts. Im letzteren Falle würde Frankreich den in Casablanca unter Bewachung der Polizeitruppe gefangengehaltenen Bruder Abdul Asis' zum Sultan proklamieren lassen und mit ihm seine bisherige Politik fortsetzen. Eine Verschiebung unter den Mächten, die ja an und für sich höchst unwahrscheinlich ist, müßte geradezu das Tuch zwischen England und Frankreich zerschneiden, wenn sie hier eine Änderung hervorrufen sollte. Denn England geht bis jetzt hier mit brutalem Zynismus durch dick und dünn mit Frankreich und läßt durch seine Haltung erkennen, daß es die gesamte Aktion des Herrn Regnault billigt und sich mit ihr auch in Gestalt von praktischen Hilfeleistungen identifiziert. Je mehr sich der deutsch-französische Gegensatz hier zuspitzt, umso eifriger bläst England in das Feuer der hiesigen französischen Fanatiker und schürt den Konflikt.

Nach alledem bin ich der Ansicht, daß nur ein Mittel übrig bleibt, dem französischen Treiben hier ein Ende zu machen: die Einleitung einer aktiven Marokkopolitik, welche Frankreich vor die Gefahr eines Kriegs mit Deutschland stellt.

Nun ist nicht zu leugnen, daß eine Drohung mit Krieg diesen selbst leicht zur Folge haben kann. Deutschland wird sich aber mit Frankreich wegen Marokkos schon deshalb nicht schlagen wollen, weil es hoffen kann, daß bei einer späteren, vielleicht unvermeidlichen Abrechnung mit Frankreich ihm Marokko als Beutestück zufallen wird. Für jetzt bleibt dann allerdings nichts übrig, als sich mit dem Gedanken abzufinden, daß Frankreich in Marokko bleibt. Welche Situation wird daraus für Deutschland entstehen?

Die Algecirasakte wird eine tatsächliche Besitzergreifung Marokkos durch Frankreich verhindern. Sie wird aber nicht verhüten können, daß die politische Präponderanz Frankreichs Deutschland des Anspruchs auf wirtschaftliche Gleichberechtigung mit der Zeit beraubt. Gerade die Entwicklung der hiesigen Dinge beweist auf das schlagendste, daß in einem schwachen Lande die wirtschaftlichen Interessen einer fremden Nation von den politischen nicht zu trennen sind, und daß, wer politisches Desinteressement proklamiert, gleichzeitig den Verzicht auf wirtschaftliche Betätigung ausspricht. Der erzwungene Gehorsam der asisischen Regierung gegen-

über Frankreich macht das in Algeciras verkündete Prinzip der Offenen Tür illusorisch. Die fremde Regierung, welche den Machsen beherrscht, wird über alle wirtschaftlichen Pläne der marokkanischen Regierung früher unterrichtet sein als die übrigen Regierungen und die Maßnahmen treffen können, die ihr bei allen Adjudikationen den Vorrang sichern. So hat es Frankreich erreicht, daß alle Lieferungen für die Polizei an Frankreich vergeben wurden. So wird Frankreich auch bei allen zukünftigen Ausschreibungen, sei es, daß es sich um den Bau von Eisenbahnen, den Ausbau der Häfen oder um sonstige öffentliche Arbeiten handelt, sich stets den Vorrang zu sichern wissen. Was den Handel betrifft, so wird Frankreich natürlich nicht imstande sein, seinen Waren eine de facto präferenzielle Behandlung zu sichern. Bis jetzt verteidigt der deutsche Handel seine Stellung gegenüber dem französischen mit offensichtlichem Erfolge. Nun bedarf aber der Handel eines fremden Landes in Marokko der Mitwirkung der Eingeborenen, welche sich unter den Schutz jenes Landes gestellt haben. Mit der Zeit werden es die Eingeborenen vorziehen, sich unter den Schutz derjenigen Nation zu stellen, welche in Marokko am mächtigsten ist. Schon jetzt beginnen unsere Semsare, beunruhigt durch die Chikanen der unter französischem Einflusse stehenden Lokalbehörden, sich von uns abzuwenden und die französische Protektion aufzusuchen. Mehrere derartige Fälle sind bereits amtlich zu meiner Kenntnis gelangt, und beim Konsulat in Casablanca laufen fast täglich Beschwerden unserer Semsare über Ausschreitungen der Lokalbehörden ein, die hier zu langwierigen und gänzlich aussichtslosen Verhandlungen mit dem ohnmächtigen Machsen führen. Trotzdem stehen wir erst am Beginne dieser Bewegung. Unsere Kaufleute an der Küste erkennen die Gefahren, durch die sie bedroht werden. Das erhöht noch ihre Mißstimmung, die vielfach schon in blinden Haß gegen Frankreich ausgeartet ist. Die Nachrichten, welche ich von der Küste erhalte, lassen übereinstimmend erkennen, daß man dort mit der versöhnlichen Haltung der Kaiserlichen Regierung Frankreich gegenüber nicht einverstanden ist. Man erkennt dort deutlicher die Widersprüche, welche zwischen den Erklärungen der Herrn Cambon und Pichon und dem tatsächlichen Treiben der Franzosen in der Schauia liegen, und findet, daß man aus Gründen der nationalen Ehre sich die Dreistigkeiten Frankreichs nicht gefallen lassen dürfe. Schon jetzt finden die Klagen unserer Landsleute an der Küste ein Echo in deutschen Blättern. Die Unzufriedenen werden aber ihre Stimme immer stärker erheben, je mehr sich die Folgen der auf Ausschluß Deutschlands hinzielenden Politik des Herrn Regnault fühlbar machen, und je größere Teile Marokkos unter die französische Penetration fallen. Zu unterschätzen ist auch nicht der Umstand, daß die Ereignisse in Marokko immer mehr das Interesse deutscher Touristen, Journalisten und Politiker erwecken. Wenn diese Herrn die Küste bereisen, so kehren sie von da immer mit dem Gefühle zurück, daß Frankreich sich auf Kosten Deutschlands Übergriffe erlaube, welche entweder

nicht richtig zur Kenntnis der Kaiserlichen Regierung gebracht oder von letzterer nicht genügend beachtet würden. Ich vermute, daß sich bereits im Herbst derartige Stimmen von der Marokkoküste im Reichstag erheben werden. Es wird voraussichtlich dem Herrn Reichskanzler gelingen, die Klageführenden einmal zu beruhigen. Aber dadurch wird die Wunde nur verbunden, nicht geheilt. Denn es ist nicht daran zu denken, daß Deutsche sich an eine französische Herrschaft in Marokko mit der Zeit ebenso gewöhnen würden wie an die englische Herrschaft in Ägypten.

Ein Zustand, wie er zurzeit hier besteht, ist unerträglich und muß mit der Zeit zu einer Katastrophe führen. Ich sehe nur ein Mittel, dieselbe zu vermeiden, nämlich eine rechtzeitige Verständigung mit Frankreich. Über die Möglichkeiten einer solchen werde ich mir erlauben, Ihnen später ausführlicher zu schreiben. Bisher habe ich eine besondere französische Bereitwilligkeit zu einer Einigung nicht bemerken können. Einen Annäherungsversuch, den Herr Regnault mir vor einigen Wochen gemacht, hat er später mit dem Bemerken wieder fallen lassen, daß ja nach der im „Lokalanzeiger" veröffentlichten Ansicht unserer Regierung die Marokkofrage in das zweite Glied gerückt sei. Die vornehme Geduld, welche wir in Berlin und Paris üben, wirkt also nur anfeuernd auf die hiesige französische Gesandtschaft. Unter diesen Umständen auch nur das Fortbestehen einer Neigung zu einem Ausgleiche bei uns anzudeuten, habe ich nicht über mich gewinnen können, da in diesem Augenblicke jedes Entgegenkommen Schwäche bedeuten würde. Wenn wir etwas erreichen wollen, so müssen wir die Franzosen uns kommen lassen. Bis dahin dürfen wir ihnen nicht das geringste durchlassen, sondern müssen sie hier unter den höflichsten Formen, aber mit der allergrößten sachlichen Energie auf Schritt und Tritt bekämpfen. Sie müssen sehen, daß wir entschlossen sind, ihnen jeden Fußbreit hier streitig zu machen, und daß wir uns vor einem Konflikte mit ihnen nicht in demselben Maße scheuen, wie sie es annehmen. Dann wird man in Paris allmählich ein Einsehen bekommen. Es ist eine äußerst lästige Aufgabe, welche eine Politik der Ermüdung uns zumutet. Eine loyale Aussprache wäre entschieden gemütlicher. Aber ich bin überzeugt, daß bei einer solchen heute noch weniger herauskommen würde als bei den vorjährigen Pourparlers mit dem Redakteur der „Dépêche Marocaine"*.

Mit dem Anheimstellen, von meinen obigen Mitteilungen das zu verwerten, was Ihnen dazu geeignet erscheint, und mit der Bitte um einiges Verständnis für den Freimut meiner Ausführungen, die vielleicht mit den Berliner Anschauungen nicht ganz übereinstimmen, bin ich

Wangenheim

---

* Raynaud. Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLVII, Nr. 7334ff.

Nr. 8356

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Klehmet

Privatbrief. Ausfertigung

Ganz vertraulich Tanger, den 17. August 1908

In meinem letzten Briefe schrieb ich Ihnen von Annäherungsversuchen, welche mir Herr Regnault vor einigen Wochen gemacht habe. Damit hat es folgende Bewandtnis:

Aus der Art, mit welcher ich hier von den Franzosen empfangen worden bin, konnte ich erkennen, daß sie meine Entsendung nach Tanger als einen Versuch der Kaiserlichen Regierung interpretierten, hier einen Systemwechsel anzubahnen. Von der „Dépêche Marocaine" wurde ich mit beinahe herzlichen Worten begrüßt. Auch Herr Regnault zeigte großes Empressement und gab mir zu Ehren ein Diner. Eine Aussprache zwischen Regnault und mir wurde durch Frau Beaumarchais herbeigeführt, welche uns beide zu einem Diner im kleinsten Kreise einlud. Regnault begann sofort mit einer Darlegung der Vorgänge bei der Finanzierung des Sammelkanals* und sprach mir sein Bedauern aus, daß durch unvorhergesehene Umstände die Beteiligung französischen Kapitals an dem Unternehmen vereitelt worden sei. Er hoffe, daß wenigstens für den Hafenbau in Larasch** ein Zusammengehen des deutschen Kapitals mit dem französischen sich ermöglichen lassen werde. Ich erwiderte, daß ich über die Laraschaffäre nicht genügend orientiert sei und jedenfalls Rosen nicht vorgreifen wolle. Verhandlungen über Larasch würden wohl besser in Berlin geführt, wo Rosen gegen den 19. August eintreffen werde. Prinzipiell sei ich der Meinung, daß Deutschland die Türen des Unternehmens in Larasch, für welche es eine besondere Konzession besitze, dann öffnen werde, wenn Frankreich uns eine gleichwertige Beteiligung an einer französischen Konzession einräume. Herr Regnault entgegnete hierauf: „Je crois que nous pouvons faire quelque chose. Je vous inviterai à déjeuner un de ces jours pour continuer la discussion." Diese Einladung ist bisher nicht erfolgt. Dagegen äußerte mir Regnault bei einer späteren Gelegenheit seine Befriedigung über die versöhnlichen Absichten unserer Regierung und die bekannte Auslassung im „Lokalanzeiger". Aus letzterer schien er geschlossen zu haben, daß die verschiedenen Vorhalte, die ihm auf unsere Vorstellungen von Paris gemacht waren, nicht besonders ernst aufzufassen seien. Mein persönliches Ver-

---

* Vgl. darüber das deutsche Weißbuch: Aktenstücke über Marokko. September 1906 bis April 1908, S. 101 ff.

** Vgl. darüber Aktenstücke a. a. O., S. 96.

hältnis zu Regnault ist inzwischen durch die Kämpfe, welche wir im diplomatischen Korps gegeneinander geführt haben, nicht alteriert worden. Ich muß sogar anerkennen, daß Regnault bei diesen Kämpfen sich einigermaßen galant benommen hat.

Das Hotel, welches ich hier bewohne, beherbergt auch verschiedene Franzosen, welche im Dienste der Penetration stehen. Ich unterhalte zu diesen Leuten freundliche Beziehungen, wie sie sich aus dem Zusammenwohnen in einem kleinen Hause von selbst ergeben. Dabei ist es nicht zu vermeiden, daß gelegentlich auch die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich besprochen werden. Ich habe mich bei solchen Anlässen immer entgegenkommend geäußert. Wir seien auch in Marokko keineswegs grundsätzlich abgeneigt, mit Frankreich Geschäfte zu machen. Aber nur um solche handele es sich, nicht um Verabredung tiefsinniger Programme. Wenn Frankreich uns praktische Geschäfte vorschlage, so würden wir gern bereit sein zu prüfen, ob wir uns an denselben beteiligen könnten. Eine praktische Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich werde eine Detente eher anbahnen als theoretische Erörterungen.

Die von mir geäußerte Ansicht entspricht durchaus meiner Überzeugung. Ich glaube, daß alle Gespräche über einen allgemeinen Ausgleich gänzlich nutzlos und in Anbetracht der beiderseitigen Erregung der Gemüter verfrüht sind. Es kommt darauf an, zunächst die bestehende Spannung zu beseitigen, und das kann nur dadurch geschehen, daß die Möglichkeit einer deutsch-französischen Kollaboration praktisch bewiesen wird. Am besten wäre es, gleichzeitig zwei Unternehmungen ins Auge zu fassen, für welche Deutschland und Frankreich je die Hälfte des Kapitals zu geben hätten, während die Leitung des einen Unternehmens einem Franzosen mit einem deutschen Adjoint, die des anderen einem Deutschen mit einem französischen Adjoint zu übertragen wäre. Bei einem einzigen Unternehmen wird es immer Hader geben um den maßgebenden Einfluß in der Direktion. Es kommt nicht darauf an, gleich mit größeren Unternehmungen anzufangen. Innerhalb der travaux publics sind kleinere Aufgaben zu erfüllen, deren Ausführung sich Deutschland und Frankreich durch gemeinschaftliches Vorgehen bei den Adjudikationen mit Leichtigkeit sichern könnten. Gelingt der erste Versuch, so kann sich daraus vielleicht mit der Zeit ein Syndikat für die Ausbeutung Marokkos entwickeln. Über die politische Frage zu reden, ist vorläufig ganz überflüssig. Ich habe den Franzosen hier immer zu verstehen gegeben, daß die politische Stellung Deutschlands zur Marokkofrage durch die Algecirasakte festgelegt sei, und daß wir über die daraus uns entstandenen Rechte schon deswegen nicht verhandeln könnten, weil diese Rechte gleichzeitig solche anderer Nationen seien, für welche wir aus Solidaritätsrücksichten eintreten müßten.

Ich weiß, daß meine Ideen Herrn Regnault hinterbracht worden sind. Aus dem Umstande, daß er schweigt, ersehe ich, daß mein Programm vorläufig nicht seinem Geschmacke entspricht. Ich würde aber den größten

Fehler begehen, wenn ich meinerseits noch weiter entgegenkommen wollte. Denn die bisherige Erfahrung lehrt überzeugend, daß Milde und Versöhnlichkeit nur anfeuernd, Ernst und Widerstand dagegen als Hemmschuh auf die hiesige französische Marokkopolitik wirken. Erst wenn Frankreich einsieht, daß es seine Endziele in Marokko nur entweder durch einen Krieg oder durch eine gründliche Verständigung mit uns erreichen kann, wird es sich zu ernsten Verhandlungen mit uns bequemen. Wir müssen daher alles tun, um eine solche Verhandlungsfreudigkeit bei unsern Gegnern zu erzeugen. Das kann nur auf negative Weise geschehen, indem wir innerhalb der Algecirasakte ihnen so viele Schwierigkeiten wie nur irgend möglich bereiten und sie für alle Übertretungen, welche sie sich zu Schulden kommen lassen, unnachsichtlich zur Rede stellen. Es wird dabei vor allen Dingen auf die in Paris geführte Sprache ankommen. Unsern Vorstellungen wird das Peinliche zum großen Teil dadurch genommen werden können, daß wir die Versöhnlichkeit der französischen Regierung voll würdigen und nur immer wieder die Tatsache bedauernd betonen, daß der französischen Regierung die Kontrolle über die Marokkopolitik durch die Herrn Regnault & Co. aus der Hand gewunden sei. Ganz vertraulich und nur für Sie möchte ich noch bemerken, daß es mir gefährlich scheint, zu oft zu betonen, daß wir keine politischen Interessen hier hätten. Gerade daraus gewinnt Herr Regnault den Mut, politisch hier nach Gutdünken zu verfahren. Da tatsächlich in Marokko die politischen Interessen mit den wirtschaftlichen Interessen auf das untrennbarste verbunden sind, so wird aus unserem politischen Verzicht eine wirtschaftliche Ausschaltung.

Wangenheim

Nr. 8357

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 26 Berlin, den 23. August 1908

Eurer Durchlaucht verfehle ich nicht die bis jetzt hier eingegangenen Telegramme Nr. 223, 224 und 225 aus Tanger* über die schon von „Wolff“

* Die Telegramme Nr. 223, 224 und 225 vom 22. August betreffen die entscheidende Niederlage, die Abdul Asis am 19. August bei Kelaa erlitten hatte. In Telegramm Nr. 225 stellte Freiherr von Wangenheim anheim, „zur Vermeidung überflüssiger Verschärfung deutsch-französischen Gegensatzes deutscher Presse Wink zu geben, höhnischen Ton bei Erörterung der hier von allen Franzosen ausnahmslos als schwere, demütigende Niederlage empfundenen Katastrophe Abdul Asis' zu vermeiden, um so mehr, als abzuwarten bleibt, ob die großen Hoffnungen deutscher Interessenten auf Hafidische Regierung berechtigt sind.“

und den Tageszeitungen gemeldete schwere Niederlage des Sultans Abdul Asis gehorsamst vorzulegen.

Über den Inhalt der Telegramme Nr. 223 und 224 ist Seiner Majestät dem Kaiser und Könige telegraphisch Meldung erstattet.

Dem von dem Freiherrn von Wangenheim in Telegramm Nr. 225 gegebenen Rat entsprechend habe ich Geheimrat Hammann angewiesen, auf die deutsche Presse im Sinne der Schonung der französischen Gefühle möglichst einzuwirken.

Aus ähnlichen Erwägungen möchte ich für jetzt auch davon absehen, eine Anzahl von kleineren Reklamationen wegen Übergriffe der französischen Truppen und Behörden in Marokko, wie bisher ins Auge gefaßt, in Paris amtlich zur Sprache bringen zu lassen.

Die Situation der Franzosen in Marokko ist heute ohnehin mißlich genug. Wir tun deshalb wohl besser, den zu deutlichen Eindruck zu vermeiden, als trachteten wir, dieselbe auch im kleinen übermäßig auszubeuten. Zudem haben wir das neulich von Herrn Pichon uns abgegebene Versprechen der Evakuierung binnen zwei Monaten, an das wir uns eventuell halten können.

Stemrich

Nr. 8358

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich

Ausfertigung

Norderney, den 25. August 1908

Auf den Bericht vom 23. d. Mts. Nr. 26*.

Mit der von Euer Hochwohlgeboren beabsichtigten Behandlung der Vorgänge in Marokko bin ich ganz einverstanden. Wir müssen vermeiden, was den Franzosen zu der Behauptung Anlaß geben würde, daß wir schadenfrohe und unausstehliche Nachbarn seien. Ich halte es auch für richtig, daß wir für den Augenblick davon absehen, auf die Erledigung unbedeutender Reklamationen in Paris zu drängen. Wir müssen es vermeiden, uns jetzt in kleinen Sachen unangenehm zu machen. Umsomehr aber müssen wir dafür sorgen, daß die dem Fürsten Radolin von Pichon gegebene Zusage einer Zurückziehung der französischen Truppen aus Marokko nach angemessener Zeit erfüllt wird.

Bülow

---

* Siehe Nr. 8357.

Nr. 8359

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 234 Tanger, den 24. August 1908

Französischer und englischer Vertreter machen hier geltend, daß Anerkennung Mulay Hafids erst erfolgen könne, wenn Abdul Asis förmlich abdiziert habe. Damit soll französische Niederlage bemäntelt, gleichzeitig aber bessere Position gewonnen werden für Verhandlungen mit Mulay Hafid.

Wangenheim

Nr. 8360

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 235 Tanger, den 25. August 1908

Herr Regnault hatte mir vor Niederlage Abdul Asis' praktische Vorschläge gemacht wegen wirtschaftlichen Zusammenarbeitens Deutschlands und Frankreichs in Marokko*. Es handelte sich um mehrere Pläne, darunter Wasserleitung für Tanger, die von beiden Ländern je zur Hälfte kapitalisiert und ausgeführt werden sollte. Irgendein politisches oder wirtschaftliches Opfer etwa mit Bezug auf Larasch war Deutschland dabei nicht zugemutet worden. Solange Frankreich Asisischen Machsen beherrschte und alle Lastenhefte nach seinen Bedürfnissen vorbereiten lassen konnte, wäre Deutschland auf Zusammengehen mit Frankreich angewiesen gewesen, um überhaupt innerhalb der öffentlichen Arbeiten sich hier betätigen zu können. Jetzt ist Lage vorläufig zu unseren Gunsten verschoben. Auf die Dauer wird aber Mulay Hafid, falls er nicht aktiv unterstützt wird, Frankreich ebenso unterliegen wie Abdul Asis. Eine Verständigung mit Frankreich bleibt daher immer wünschenswert. Ich möchte deshalb die gebotene Hand nicht fallen lassen und ohne Empressement die akademische Diskussion über die Regnaultschen Pläne fortsetzen.

Wangenheim

* Vgl. Nr. 8356.

Kapitel CLXXX

Der Zwischenfall von Casablanca Herbst 1908

Nr. 8361

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 30 Berlin, den 27. September 1908

Euerer Majestät Geschäftsträger in Tanger drahtet*:

„Konsul Casablanca** telegraphiert 25. d. Mts.:

Bei heutiger Einschiffung von drei deutschen Deserteuren der Fremdenlegion wurden begleitender Sekretär und Konsulatssoldat von französischen Marinesoldaten mißhandelt; ersterer mit Revolver vom Offizier, letzterer gebunden und erst auf Intervention Dragomans freigelassen. Die Deserteure sind verhaftet. Französischer Konsulatsverweser*** zusagte Beantragung der Freilassung bei Militärbehörde, versprach sich aber keinen Erfolg. Bestrafung wegen Mißhandlung beantragt."

In weiterem Telegramm meldet Baron Wangenheim:

„Vorfall heute abend bereits stadtbekannt und erregt Aufsehen namentlich bei arabischer Bevölkerung, unter der verbreitet wird, deutsche Beamte seien in Casablanca von französischen Soldaten mißhandelt worden."

Euerer Majestät Geschäftsträger in Paris ist telegraphisch angewiesen†, bei französischer Regierung, der Vorfall bereits aus Telegramm Gesandten Regnault bekannt, unter Vorbehalt alles Weiteren bestimmte Erwartung auszudrücken, daß jedenfalls wegen Angriffs auf Konsulatspersonal rasche und vollständige Genugtuung gewährt werde.

Alleruntertänigst
Stemrich

---

* Telegramm Freiherrn von Wangenheims Nr. 326 vom 26. September.
** Lüderitz.
*** Maigret.
† Durch Telegramm Nr. 188 vom 27. September.

Nr. 8362

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair

Nr. 331 Tanger, den 27. September 1908

Aus dem mit Konsulatssekretär Just aufgenommenen Protokoll: Ich war beauftragt, die drei Fremdenlegionäre aus einer Fonda nach dem Dampfer „Cintra" zu begleiten, ein österreichischer, ein schweizer, ein russischer Deserteur schlossen sich mir an; am Tore fielen mir zwei französische Legionäre auf, die uns beobachteten, einer derselben rief französischen Marineposten, der mit mehreren anderen Soldaten auf uns zueilte. Ich hinderte sie, Hand an die Deserteure zu legen; das Boot, welches Deserteure und mich nach dem Schiff bringen sollte, kenterte. Nachdem wir an Land gebracht, erschien französischer Hafenkapitän und ordnete Festnahme der Deserteure an trotz meines Widerspruchs und Vorzeigen meines Ausweises. Inzwischen wurde mir zugerufen, daß Konsulatssoldat Abdelkerim von französischen Soldaten gemißhandelt wäre; ich ersuchte Kapitän, von dem Manne abzulassen, der unter deutschem Schutz stehe. Da Kapitän Einwurf nicht beachtete, eilte ich Soldaten zu Hilfe und fand ihn blutüberströmt von Marinesoldaten umringt; wie ich ihn befreien wollte, fielen die französischen Soldaten über mich her, zerrissen meinen Anzug und hieben auf mich ein. Gleichzeitig richtete französischer Marineoffizier, Adjutant des Hafenkapitäns, Revolver auf meine Stirn; ich ließ von weiteren Befreiungsversuchen ab und sagte den Deserteuren, sie möchten keinen Widerstand mehr leisten.

Maenss* sagt aus: Von Konsul nach dem Hafen geschickt, traf ich eine Gruppe von sechs französischen Matrosen im Begriffe, dem Konsulatssoldaten Abdelkerim mit Stricken die Arme auf dem Rücken festzubinden, wobei mehrere mit Fäusten auf ihn einschlugen. Abdelkerim war blutüberströmt. Ich verlangte sofortige Freigabe des Mannes, der unter deutschem Schutze stehe. Kapitän lehnte zunächst mit Begründung ab, Abdelkerim habe französische Soldaten geschlagen. Auf meine erneute energische Forderung erreichte ich Freigabe. Die Freilassung der Deserteure konnte ich nicht durchsetzen, worauf ich gegen den Gewaltakt formell Protest einlegte. Französischer Konsulatsverweser Maigret erklärte Herrn Lüderitz, daß für Angelegenheit Militärbehörden allein zuständig seien. Man hatte das mit Legionären besetzte Boot absichtlich abfahren lassen, um die Deserteure auf offenem Meere gefangen zu nehmen. Über die Ausschreitungen der französischen Soldaten drückte Maigret sein Bedauern

* Vizekonsul in Casablanca.

aus. Dem Hafenkapitän war aus einem von Lüderitz angefertigten und unterzeichneten Dokument die Eigenschaft Justs als Konsulatsbeamten bekannt, ebenso die Stellung Abdelkerims.

Wangenheim

Nr. 8363

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Paris, den 28. September 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 188*.

Auftrag soeben bei Pichon ausgeführt. Der Minister sprach mir sofort sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß derartiger Zwischenfall gerade jetzt eingetreten, wo guter Fortgang der Verständigungsverhandlungen über Anerkennungsfrage** zu erwarten. Gleichzeitig äußerte er vollkommenste Bereitwilligkeit, alles aufzubieten, pour donner à l'affaire une solution aussi satisfaisante que possible. Zuerst müsse er jedenfalls auf Grund der hier vorliegenden Darstellung des Vorfalls behaupten, daß eigentlich Frankreich es sei, das von uns Genugtuung verlangen könne. Erstens sei Herr Lüderitz nicht bloß den drei deutschen Deserteuren, sondern auch einem Österreicher und einem russischen Polen behülflich gewesen. (Das von dem Minister mir vorgelesene Telegramm des Generals d'Amade besagte, daß Herr Lüderitz den Konsulatssekretär mit schriftlichem, dem General zu Gesicht gekommenem Auftrage angewiesen habe, sechs Deserteure zum Landungsplatz zu führen.) Zweitens — dies las der Minister ebenfalls aus dem Telegramm vor — seien die französischen Marinesoldaten zuerst von Konsulatssoldaten und dann auch vom Sekretär geschlagen worden. Pichon streifte sodann die Frage, ob nicht der militärischerseits betonte Standpunkt richtig sei, wonach in militärisch besetztem Gebiet Protektionsrecht der Konsuln zu ruhen hätte. Der Minister ließ diese Frage offen und bemühte sich augenscheinlich überhaupt, unser Gespräch in versöhnlichsten Formen zu halten. Ich glaubte, den Standpunkt vertreten zu sollen, daß unter allen Umständen Herr Lüderitz berechtigt und verpflichtet war, seinen Landsleuten in weitgehendem Maße allen erbetenen Beistand zu gewähren. Auch sei es unter allen Umständen als schwere Beleidigung anzusehen, wenn ein französischer Offizier (Pichon sagte, es handelt sich um einen enseigne de vaisseau) unsern Konsulatsbeamten mit Revolver bedroht. Pichon erklärte schließlich, es liege eine Rechts- und eine Tatbestandsfrage vor. Erstere müsse durch Sachver-

* Vgl. Nr. 8361, Fußnote †.
** Vgl. darüber Kap. CLXXXI.

ständige geprüft werden; über letztere seien bereits genaueste Berichte eingefordert, und nach meiner Demarche sollten die von den französischen Lokalbehörden zu beantwortenden Fragen noch genau präzisiert werden. Er glaube, Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß auch wir weitere Einzelheiten über Vorgänge einfordern würden. Vielleicht würde sich herausstellen, daß man wenigstens nicht ganz vorwurfsfrei gehandelt habe. Durch solche Feststellung würde sich dann wohl die Regelung der Angelegenheit wie von selbst ergeben.

Beim Verlassen des Ministers sah ich Louis, der sich zu mir ebenfalls über den Vorfall ausre'chend und zwar in ziemlich scharfen Worten ganz im Gegensatz zu der konzilianten Art des Ministers .....* Geradezu erregt sprach sich Louis darüber aus, daß Lüderitz, dessen Korrektheit hier bisher stets sehr angenehm vermerkt worden war, fremden Staatsangehörigen die Desertion erleichtert habe. Ich erwiderte, aller Wahrscheinlichkeit nach hätten fremde Deserteure nur sich den deutschen angeschlossen gehabt, um gute Gelegenheit zur Flucht zu benutzen. Der Umstand habe Lüderitz nicht davon abhalten können, seinen Landsleuten pflichtgemäß weitgehendste Förderung zuteil werden zu lassen.

Pichon und Louis betonten beide, daß sie von Anfang an bemüht gewesen seien, einer Preßhetze vorzubeugen. Auch äußerten beide den Wunsch, daß die Angelegenheit rascheste Erledigung finden möge.

Abendblätter mit Ausnahme der chauvinistischen bringen ziemlich maßvolle Artikel und hoffen, daß es beiden Regierungen gelingen werde, befriedigende Lösung zu finden. „Temps" will wissen, daß nach Eingang detaillierten Berichts d'Amades die Rechtsfrage den juristischen Sachverständigen des Auswärtigen Ministeriums Louis Renault und Weiß unterbreitet werden solle.

Lancken

Nr. 8364

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 28. September 1908

Dieser unliebsame Vorfall sollte ohne beiderseitige Rechtsschikanen rasch und gutwillig beigelegt werden. Dazu ist auch erforderlich, daß die Presse auf beiden Seiten die Angelegenheit nicht aufbauscht. Ich nehme an, daß der Herr Unterstaatssekretär in diesem Sinn sofort mit Herrn Cambon gesprochen hat[1].

Bülow

Randbemerkung Stemrichs:
[1] Ist geschehen. Stemrich

---

* Zifferngruppe fehlt, vermutlich „äußerte".

Nr. 8365

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich für den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 29. September 1908

Ich habe den Casablanca-Zwischenfall wiederholt mit M. Cambon besprochen. Derselbe zeigte sich sehr entgegenkommend und sprach sich auch seinerseits dahin aus, daß die Sache rasch erledigt und beigelegt werden möchte. Immerhin bezeichnete er aber eine völlige Aufklärung der Vorgänge für erforderlich. In dieser Beziehung haben auch wir durch telegraphische Anfrage in Tanger über verschiedene zweifelhafte Punkte das Nötige veranlaßt.

Auf die Presse ist von hier aus von vornherein in Euerer Durchlaucht Sinn eingewirkt worden. Wie M. Cambon versichert, ist dies auch seitens der französischen Regierung geschehen — wie es scheint mit Erfolg[1].

Herr von der Lancken wird auf dem laufenden gehalten und ist heute außerdem beauftragt, in Paris darauf hinzuwirken, daß man gegenwärtig nicht mit Strafen gegen die deutschen Deserteure vorgehen möge, da dies die Stimmung in Deutschland verschärfen würde[2].

Stemrich

Bei dem Diplomatenempfang soeben habe ich M. Cambon von Euerer Durchlaucht anliegender Verfügung* Kenntnis gegeben. Er war dadurch sehr angenehm berührt und kam bei dieser Gelegenheit auf ein Gesprächsthema zurück, das er in den letzten Tagen schon mehrfach berührt hatte, nämlich auf die Anregung eines Zusammengehens Deutschlands und Frankreichs in der Türkei[3]**. Frankreich, meinte er, könne dort Deutschland in vieler Beziehung nützlich sein, denn es könne an viele Pforten klopfen, die uns verschlossen seien, und es könne vieles sagen, was wir nicht zu sagen vermöchten. Ich habe darauf hingewiesen, daß Baron Marschall und M. Constans schon wiederholentlich mit Nutzen zusammengearbeitet hätten, habe mich aber auf ein näheres Eingehen auf den Gedanken nicht eingelassen, da M. Cambon offenbar darauf hinaus wollte, uns in der Türkei Kompensationen[4] für Marokko zu bieten.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Gut

[2] sehr gut

[3] der Gedanke ist gut. Dort ist ein Terrain, wo wir mit wirtschaftlichem Nutzen und ohne Sentimentalität mit Frankreich zusammengehen können. Es sollte ein praktischer Kern aus dieser Anregung herausgeschält werden

[4] welche? Tout est là.

---

* Siehe die vorige Nummer.

** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVIII.

Nr. 8366

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 226 Paris, den 29. September 1908

Als ich Herrn Louis soeben im allerhöchsten Namen für Teilnahme französischer Regierung anläßlich Hochbahnunglücks* Dank aussprach — welche Demarche er in wärmster ...** entgegennahm —, benutzte ich Gelegenheit, ihm die mir mit Telegramm Nr. 189*** mitgeteilten protokollarischen Aussagen über Casablanca-Zwischenfall vorzulesen, gleichzeitig wies ich ihm an der Hand unserer Dienstinstruktionen für die Konsuln nach, daß Herr Lüderitz sich wohl für berechtigt halten konnte, außer den deutschen Deserteuren auch dem Schweizer und Österreicher und selbst dem Russen Beistand zu gewähren.

Louis erwiderte mir, wie der Vorfall sich auch abgespielt haben möge, Frankreich sei es, das darauf Anspruch erheben könne, für die dem Völkerrecht widerstreitende Unterstützung von Deserteuren, insbesondere Nichtdeutschen, seitens des Konsuls Genugtuung zu verlangen. Die deutsche Regierung sei mit ihrer Satisfaktionsforderung Frankreich zuvorgekommen. Letzteres habe vorerst eine genaue Klarlegung der Rechtsfrage vornehmen wollen.

Nach einer anderthalbstündigen lebhaften Diskussion ergab sich, daß unsere Auffassungen der Rechtslage grundverschiedene blieben. Als wir trotz alledem einen beiden Teilen Rechnung tragenden Ausgleich zu finden trachteten, wobei Louis besonders betonte, wie dringend erwünscht es sei, schon wegen der heftig erregten Stimmung der Militärs in Casablanca[1], den Streitfall aus der Welt zu schaffen, faßten wir folgende Verständigungsmöglichkeit ins Auge. Frankreich gibt uns Genugtuung wegen Angriffs auf Sekretär und Soldat des Konsulats. Andererseits versprechen wir französischer Regierung, daß unser Konsulat Casablanca in keiner Weise mehr Desertionen von deutschen und nichtdeutschen Fremdenlegionären erleichtern werde. Louis will für diesen nach seiner Ansicht am raschsten den Vorfall erledigenden Vorschlag morgen das Einverständnis des Ministers einholen, und ich übernahm es, das Ergebnis unserer rein privaten Aussprache meiner Regierung zu unterbreiten.

Zum Schlusse ersuchte Louis mich ausführlich, ich möge meine Regierung, welche gewiß volles Verständnis für militärisches Empfinden habe, bitten zu bedenken, wie begreiflich die Erregung eines Generals sei,

---

* Am 26. September waren in Berlin durch ein Unglück auf der Hochbahn 19 Personen getötet worden.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Vom 28. September. Vgl. Nr. 8362.

der die Überzeugung habe, daß ihm von dem Beamten eines fremden Staates seine Truppen „debauchiert" würden[2].

Lancken

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] !! Ob die nicht die ganze Sache angezettelt haben?
[2] Wie haben wir uns in ähnlichen Fällen — zum Beispiel bei Desertionen von Matrosen — verhalten? Wie lag zum Beispiel seinerzeit der „Panther"-Fall in Brasilien?

Nr. 8367

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 333 Tanger, den 29. September 1908

Konsul Casablanca telegraphiert von gestern:

„In soeben eingetroffener Antwort protestiert General d'Amade gegen Deserteuren geliehene Unterstützung, weil geeignet, militärische Disziplin zu stören. Er verweigert Freilassung Verhafteter mit Begründung, daß sie seiner Militärgewalt unterworfen und ihre Verhaftung nach dem Gesetz erfolgt sei auf marokkanischem Boden, wo ihm Ausübung Militärgerichtsbarkeit zustände. Gewalttaten gegen Konsulatsbeamte bedauert er, bemerkt aber, daß sie nicht vorgekommen wären, wenn Beamte nicht in den durch Deserteure verschuldeten Krawall verwickelt gewesen wären und sich nicht in die Anwendung Gesetzes auf diesem unterworfene Schuldige eingemischt hätten. Von Einleitung einer Untersuchung oder Gewährung irgendeiner Genugtuung ist keine Rede."

Wangenheim

Nr. 8368

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 192 Berlin, den 1. Oktober 1908

Geschäftsträger Tanger drahtet 27. v. Mts.:

„Herr Regnault sagte mir, es sei ihm bisher kein Fall zu Ohren gekommen, in dem Konsulate in Casablanca Deserteure unterstützt hätten.

Diese Behauptung trägt Stempel der Unaufrichtigkeit. Seit Besetzung der Schauia sind bereits mehrere hundert Leute aus der Fremdenlegion desertiert und viele von diesen durch die Konsulate in Casablanca, darunter auch spanische und österreichische, heimbefördert worden; erst kürzlich hat spanisches Kriegsschiff italienischen Deserteur mitgenommen. Vorgehen der Konsulate beruht auf der Annahme, daß durch die Okkupation, deren völkerrechtlicher Charakter ohnehin zweifelhaft, Kapitulationen nicht geehrt*, und daß Konsulate um so mehr verpflichtet seien, bei ihnen erscheinende Deserteure festzuhalten und zu befördern, als sich unter ihnen viele Fahnenflüchtige aus den eigenen Heeren befänden. Auch unter den am 25. d. Mts. von den Franzosen festgenommenen Deutschen befindet sich ein deutscher Deserteur (Heinemann, Ende Februar 1905 aus Lübeck desertiert). ‚Dépêche Marocaine' bespricht heute Zwischenfall ruhig und mit Ausdruck Bedauerns, daß Fall sich im Moment ereignet habe, wo Frankreich und Deutschland sich zu einer Verständigung anschickten.

Hiesige Franzosen haben dagegen Mißhandlung unserer Beamten in allen hiesigen Lokalen unter Absingen patriotischer Lieder als einen ‚Sieg' gefeiert. Es wird vielfach behauptet, daß Zwischenfall durch die französischen Truppen herbeigeführt sei, um die Rückzugspolitik französischer Regierung zu durchkreuzen.

Herr Lüderitz schreibt: Die dem Konsulatssekretär Just widerfahrene äußerst rüde Behandlung und vor allem seine Bedrohung durch den Adjutanten des Hafenkapitäns scheinen mir besonders schwerwiegend zu sein und eine strenge Sühne zu verlangen. Wenn eine solche nicht binnen kurzem gewährt werden sollte, dürften Reichsangehörige hier wirklich Gefahren von seiten französischen Militärs, dessen Anmaßung immer größer wird, ausgesetzt sein."

Vorstehendes werden Ew. pp., wie ich annehme, bei dortiger Regierung mit Nutzen verwerten können.

Der Herr Reichskanzler hat bemerkt, es sollte dabei das Verhalten der Franzosen in Tanger nicht aufgebauscht und die Insinuation wegen der französischen Militärs nicht in eine beleidigende Form gekleidet werden. Die Vorgänge seien vielmehr mit dem Ausdrucke des Bedauerns vorzubringen, daß unsere konzilianten und freundlichen Absichten derartig durchkreuzt würden.

Stemrich

---

* Statt „geehrt" dürfte zu lesen sein: „tangiert".

Nr. 8369

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 229 Paris, den 2. Oktober 1908

Unter Bezug auf dortiges Telegramm Nr. 192*.

Als ich heute Herrn Louis gegenüber Meldungen Geschäftsträgers Tanger über bereits häufig stattgehabte Heimbeförderungen desertierter Fremdenlegionäre durch ihre Konsulate erwähnte, zeigte er hierfür zwar Interesse und meinte, genaue Feststellungen darüber, für die er Sorge tragen werde, erschienen ihm von großem Werte. Erstaunen jedoch, so fügte er hinzu, müsse es ihn, daß der augenblicklich hier weilende französische Konsul in Casablanca Malpertuy, den er darüber befragt habe, wie er sich das — nach Louis' Behauptung — unqualifizierbare Verhalten unseres Konsuls erklären könne, ihm nichts davon gesagt habe, daß bisher schon des öfteren die Konsulate Deserteuren zur Flucht behilflich gewesen seien.

Über das in vorsichtiger Weise von mir zur Sprache gebrachte Verhalten der Franzosen in Tanger, welche die Mißhandlung unserer Beamten als „Sieg" gefeiert hätten, sowie über meinen Hinweis auf eine unter den Militärs scheinbar bestehende erregte Stimmung ging Louis leicht hinweg mit der Bemerkung, ähnlichen „racontars de café" und durch die lokale Vergrößerungsbrille gesehenen Bildern möge man keine zu große Bedeutung beimessen.

Überhaupt schien mir Louis heute in weitaus weniger versöhnlicher Stimmung zu sein als bei unserer Unterhaltung am 29. v. Mts. Gleich bei Beginn unseres Gesprächs äußerte er mir sein Bedauern darüber, daß beide Regierungen nicht alsbald nach Bekanntwerden des Vorfalls eine Verständigung möglich gefunden hätten, die allen Weiterungen und unerfreulicher Preßpolemik schnell ein Ziel gesetzt haben würde. Die französische Regierung habe sich die größte Mühe gegeben, die Presse im Zaum zu halten. Immerhin sei jetzt über den Zwischenfall doch schon derartig viel gesprochen worden, daß die Regierung es kaum mehr werde vermeiden können, nun doch noch auf Grund des in etwa zwei Tagen hier erwarteten Tatbestandes mit ihren „demandes" an uns heranzutreten. Diese hätten sich wohl auf Anerkennung der Überschreitung seiner Befugnis durch Konsul Lüderitz zu beziehen, dann würden Mémoires ausgetauscht und vielleicht gar ein Schiedsgericht mit der Angelegenheit befaßt werden müssen, während in der Zwischenzeit eine gewisse Presse ein vortreffliches Thema hätte, um sich weidlich zu zanken. Alles das

* Siehe Nr. 8368.

wäre zu vermeiden gewesen. Ich erwiderte, erfreulich sei jene Aussicht gewiß nicht. Wenn es aber wirklich zu langen völkerrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen uns kommen sollte, so glaubte ich, daß wir diese nicht im geringsten zu scheuen hätten und in ihnen wohl kaum schlecht abschneiden würden.

Lancken

Nr. 8370

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 341 Tanger, den 2. Oktober 1908

Österreichischer Konsul Casablanca* wird heute französischem Vizekonsul amtlich mitteilen, daß österreichische Regierung Einmischung in die Angelegenheit österreichischer Staatsangehöriger nicht als zulässig erachte, und daß dementsprechend österreichische Deserteure aus Fremdenlegion von Konsulats wegen heimbefördert werden würden.

In Anbetracht dieser entschiedenen Stellungnahme österreichischer Regierung** dürfte gänzlicher Verzicht auf Recht, deutsche Deserteure in Casablanca zu schützen, nicht in Betracht kommen. Wir können aber Franzosen anbieten:

1. Alle Konsulate anzuweisen, daß nur solche deutsche Deserteure geschützt und heimbefördert werden, die bei Meldung auf Konsulat deutsche Staatsangehörigkeit überzeugend nachweisen.
2. Daß der französischen Militärbehörde aus Courtoisie unverzüglich Namen der Deserteure mitgeteilt werden, denen Konsulatsschutz auf Grund der Reichsgesetze und Kapitulationen nicht versagt werden könnte.

Daß durch Anschlag an den Konsulaten und in der „Marokko-Zeitung" bekanntgegeben wird, daß Kaiserliche Regierung jegliche Verleitung von Fremdenlegionären zur Fahnenflucht schärfstens mißbilligt.

Unter den von Frankreich zu gewährenden Genugtuungen müßten sich als logische Konsequenz Anerkennung unseres Standpunktes ad 1., Freigabe der drei verhafteten deutschen Deserteure, befinden. Dunkler Punkt ist Mitnahme dreier Fremden. Herr Lüderitz telegraphiert darüber: Ausweis sollte für drei Deutsche lauten und wurde von Kanzlei ohne Einholung von Weisung anders ausgestellt und von mir in Eile versehentlich

---

* F. Brandt.

** Diese entschiedene Stellungnahme wurde jedoch von österreichischer Seite nicht festgehalten, vielmehr ließ die österreichische Regierung, die im Hinblick auf ihr Vorgehen in Bosnien die französische Regierung möglichst rücksichtsvoll zu behandeln wünschte, den anfänglichen Protest am 12. Oktober in aller Form fallen.

gezeichnet. Beweis für Unrichtigkeit Ausstellung ist, daß österreichischer Konsul für seinen Deserteur besonderen Ausweis ausgestellt, den Angestellter österreichischen Konsulats bei sich hatte, der nur verspätet ankam. In meinem Ersuchen an Schiffskapitän, das ebenso wie Ausweis Justs bei Vorfall abhanden kam, sind gleichfalls nur die drei Deutschen genannt. Antwort Lüderitz auf Telegramm Nr. 214* nicht vor 5. zu erwarten. Franzosen anerkennen hier einstimmig, daß Verwendung von Fremdenlegion in Schauia verfehlt war.

Wangenheim

Nr. 8371

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 342 Tanger, den 3. Oktober 1908
Geheim

Der von Lüderitz unterzeichnete Ausweis lautet:

„M. Just, chancelier du Consulat d'Allemagne, est chargé d'embarquer les six personnes qu'il accompagne.

Casablanca, le 25 septembre 1908

Le Consul d'Allemagne."

Lüderitz hatte Just Auftrag gegeben, Ausweis für drei Personen auszufertigen, und bei Unterzeichnung übersehen, daß sechs statt drei gesetzt war. Der sonst pflichttreue Just ist durch Sievers[1]** verleitet worden, von dem wohl zu glauben ist, daß er aus Franzosenhaß Desertionen auch fremder Staatsangehöriger begünstigte[2].

Nach außen ließe sich vielleicht geltend machen, daß Just bereits am 14. September Ausweis für sechs Deserteure ausgestellt und denselben am 25. gedankenlos abgeschrieben habe.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wer sind die beiden?
[2] !!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Man schmeiße die beiden Brüder sofort hinaus, solche Beamten, die sich von eigenen Rancünen, statt von den Befehlen ihrer Vorgesetzten leiten lassen kann ich nicht brauchen! Sie sind geradezu eine Gefahr! W.

---

* Durch Telegramm Nr. 214 vom 29. September war von Wangenheim Auskunft über die strittigen Punkte erbeten worden.
** Journalist in Casablanca, Korrespondent der „Kabel-Telegramm-Gesellschaft".

Nr. 8372

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow

Eigenhändig

Berlin, den 5. Oktober 1908

Aus 342* geht hervor, daß wir in der Angelegenheit der Deserteure keine ganz reine Weste haben.

Was sagen Sie zu den Vorschlägen in 341**? Es wäre sehr wünschenswert, daß die Sache gütlich beigelegt würde. Aber natürlich darf unser Prestige in Europa dabei nicht zu Schaden kommen.

An Cambon müßte gesagt werden: Es sei in hohem Grade bedauerlich, daß dieser Zwischenfall sich ereignet habe grade in dem Augenblick, wo unsere versöhnliche Antwort auf die französisch-spanische Note*** die Marokkofrage in ein besseres Fahrwasser gelenkt und in den deutsch-französischen Beziehungen eine Beruhigung herbeigeführt habe. Solche Zwischenfälle müßten de part et d'autre mit Ruhe und ohne Rechthaberei beigelegt werden. Zwischen uns und Frankreich und in diesem Augenblick sei das doppelt wünschenswert. Wir müßten von beiden Seiten guten Willen zeigen, die Sache nicht durch die Presse vergiften lassen und auch nicht in die Länge ziehen, da sie sich sonst von selbst vergiften würde.

Wir müssen wohl vor allem sicher sein, daß die Franzosen nicht etwa die deutschen Deserteure erschießen, denn das würde einen sehr bösen Eindruck machen und sehr schädlich wirken! — —

Im übrigen sollte unsere Presse sich nicht sentimental für die Deserteure erwärmen, sondern lieber auf die Verwerflichkeit und Unwürdigkeit, das für die Nation Schmachvolle dieses Landsknechtstums übelster und niedrigster Sorte hinweisen! — Ist es richtig, daß zur Zeit des Fürsten Bismarck es den Konsulaten untersagt war, Deserteure der Fremdenlegion, auch wenn sie Deutsche waren, nach Deutschland zurückzubefördern?? Um Antwort wird gebeten†.

Das österreichische Vorgehen (341) ist für uns eine Erleichterung.

Bülow

---

* Siehe Nr. 8371.

** Siehe Nr. 8370.

*** Siehe Kap. CLXXXI, Nr. 8446.

† Nach einer von Klehmet konzipierten Aufzeichnung des Staatssekretärs von Schoen vom 8. Oktober wäre eine generelle Bestimmung, wonach deutsche Fremdenlegionäre als solche von den deutschen Konsulatsvertretern nicht heimgeschafft werden sollten, zwar nicht ergangen, immerhin habe die Unterstützung deutscher Fremdenlegionäre für unzulässig gegolten. Dieser Grundsatz sei indessen im Laufe der Zeit gerade für Marokko, und zwar aus Gründen der Menschlichkeit, gemildert worden, u. a. sei am 10. Oktober 1907 Anweisung an die Gesandtschaft in Tanger ergangen, nach Marokko geflüchtete Fremdenlegionäre, wenn ihre Reichsangehörigkeit glaubhaft gemacht werde, auf deutschen Dampfern heimzuschaffen, andernfalls aus Gründen der Menschlichkeit dafür zu sorgen, daß sie möglichst nicht wieder in französische Gewalt gerieten.

Nr. 8373

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 480

Paris, den 3. Oktober 1908
[eingetroffen am 7. Oktober]

Meine eingehenden Unterhaltungen mit Herrn Louis über den Zwischenfall bei Einschiffung der Deserteure in Casablanca führten wie von selbst auf die Unzuträglichkeiten, die sich aus dem schon allzu lange währenden Verbleib der französischen Besatzungstruppen in der Stadt und dem Schauiagebiet ergeben mußten. Ich wies darauf hin, daß, wenn wirklich von seiten deutscher Kaufleute das Desertieren an Heimweh leidender Fremdenlegionäre hier und da begünstigt worden sei, dies seine natürliche Erklärung darin finden könnte, daß sich ein Geist des Mißmutes bei den Handeltreibenden bemerkbar machen mußte, denn dieselben hätten sich in der Hoffnung auf Rückkehr normaler Zustände und auf Befreiung von der wilden Soldateska immer noch getäuscht gesehen. Jener Mißmut übrigens, so führte ich weiter aus, sei auch nicht ohne Rückwirkung auf Deutschland geblieben, wo man trotz allen guten Glaubens an die Loyalität der französischen Marokkopolitik vergebens nach einer stichhaltigen Erklärung für die Notwendigkeit suche, die Besetzung von Casablanca und seiner weiteren Umgebung durch eine so starke Truppenzahl immer noch fortdauern zu lassen. So hätte man es namentlich in Deutschland für natürlich gehalten, daß nach Beendigung des Sultansstreits eine Zurückziehung der Truppen in großem Maßstabe ins Auge gefaßt worden wäre.

Herr Louis erwiderte, Frankreich hätte alles getan, was sich ohne Gefahr für Gut und Leben von Europäern ins Werk setzen ließ. Mehrere tausend Mann seien bereits zurückgezogen worden, und von dem Okkupationskorps, dessen Höchstziffer 15000 Mann betragen habe, würden bis Ende Oktober im ganzen 7000 Mann heimbefördert sein*. Ich antwortete, gewiß sei diese Entschließung der französischen Regierung sehr erfreulich und die vor 14 Tagen hierüber in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten hätten bei uns angenehm berührt. Nur werde man später erstaunt sein, wenn sich etwa zeigen sollte, daß die Heimsendungen mit dieser Ziffer bis auf weiteres als abgeschlossen betrachtet werden müßten. Habe doch sogar zu Anfang August, zu einer Zeit, da völlige Unklarheit der Verhältnisse in Marokko das Belassen einer stärkeren Truppenmacht eher verständlich erscheinen lassen konnte, Herr

* Louis verschwieg nur, daß inzwischen neue französische Truppen nach Marokko geworfen waren. Nach einem Telegramm Freiherrn von Wangenheims vom 30. September wären seit dem 31. Juli 1908 nach seinen Wahrnehmungen allerdings etwa 3700 Mann eingeschifft, dafür aber etwa 1500 Mann gelandet.

Pichon dem Kaiserlichen Herrn Botschafter formell erklärt, daß innerhalb zweier Monate der größere Teil des Okkupationskorps zurückgezogen werden würde*.

Hier fiel mir Herr Louis lebhaft ins Wort, indem er versicherte, der Minister habe bei seiner Erklärung gegenüber dem Fürsten Radolin unmöglich einen größeren Truppenabschub im Auge gehabt als den jetzt in die Wege geleiteten von insgesamt 7000 Mann. Dabei könne er übrigens zugleich einschalten, daß mit Ausführung dieser Maßnahme früher begonnen würde, als man ursprünglich beabsichtigte. Geplant war eigentlich, die Heimsendung erst knapp vor Wiederzusammentritt der Kammern beginnen und auch zu diesem Zeitpunkt die Publikation hierüber stattfinden zu lassen. Wenn nun Herr Pichon damals von dem heimzubefördernden g r ö ß e r e n Teil des Okkupationskorps gesprochen habe, so liege vielleicht ein kleiner Rechenfehler seinerseits insofern vor, als er sich im Augenblicke nicht klar darüber gewesen sein möchte, daß insgesamt 15000 Mann nach Casablanca expediert wurden. Eine Zurücknahme von mehr als 7000 Mann hätte er gewiß nicht in Aussicht zu stellen beabsichtigt. Dies besage auch die Aktennotiz des Ministers nach seinem Gespräch mit dem Herrn Botschafter. Ich erwiderte Herrn Louis, seine Darlegungen würden nach meiner Auffassung in Berlin doch vielleicht ein gewisses Mißbehagen hervorrufen, denn gerade der damalige Bericht des Fürsten Radolin mit der Erwähnung der vom Minister zugesagten Heimsendung „de la plus grande partie des troupes" hätte erst eine konziliantere Stimmung bei uns ausgelöst. Wenn aber neuerlich an dieser Zusage herumgedeutelt würde, so könne dies wohl zur Verstärkung der aus dem Vertrauen auf die Loyalität Frankreichs hervorgegangenen guten Dispositionen Deutschlands nicht gerade beitragen.

Meine Ausführungen schienen auf Herrn Louis einen gewissen Eindruck zu machen. Er beteuerte nochmals, Frankreich hege keine schwarzen Absichten in und um Casablanca. Ein allzu rasches Tempo der Evakuierung böte jedoch die Gefahr, daß den Eingeborenen der Kamm schwellen würde, und eine Wiederkehr von Ereignissen ähnlich denen, die zum Bombardement von Casablanca führten, wäre nicht ausgeschlossen. Dann könnte Frankreich gezwungen sein, mit 20—25000 Mann eine neue Expedition zu unternehmen, eine Eventualität, die sowohl aus budgetären Gründen wie aus solchen der auswärtigen Politik unterbleiben müsse. Um aber auch den Schein einer nicht vollen Einlösung gegebener Zusagen zu vermeiden, werde er versuchen, mit dem Kriegsministerium zu vereinbaren, daß durch Heimschaffung und Nichtersetzung Mindertauglicher die Gesamtstärke der in Casablanca und drei Stationen der Umgebung vorläufig noch zu belassenden Truppen unter die Hälfte der Höchstziffer von 15000 Mann herabgemindert werde. Was nun den verbleibenden Teil der Truppen betreffe, so versichere er mir neuerlich, daß es sich keines-

* Vgl. Kap. CLXXIX, Nr. 8353.

wegs um eine Okkupation sine die handle. Ganz im Gegenteil rechne man schon jetzt mit der Möglichkeit, noch im Laufe des Winters mit weiterer Verringerung des Korps des Generals d'Amade vorzugehen, vorausgesetzt, daß Ruhe und Ordnung erhalten bleiben, sowie der Heranziehung und Unterweisung der für Ersetzung der französischen Truppen bestimmten eingeborenen Mannschaften sich keine Hindernisse entgegenstellen würden.

Lancken

Nr. 8374

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 109 Berlin, den 7. Oktober 1908

Auf Telegramm Nr. 155*.

Sievers ist unabhängiger Privatjournalist, untersteht daher nicht Disziplinargewalt Kaiserlicher Regierung.

Gegen kommissarischen Konsulatssekretär Just wird gemäß allerhöchster Willensmeinung disziplinar vorgegangen, wozu es indes zu genauerer Beurteilung seines Verschuldens schriftlicher Berichterstattung aus Casablanca bedürfen wird, die hier noch nicht vorliegt.

Sofortige Dienstenthebung Justs, die an sich gesetzlich möglich, möchte ich einstweilen widerraten, weil durch solche einseitige deutsche Maßregel unsere Position bei Verhandlungen mit Franzosen wegen Beilegung Zwischenfalls geschwächt werden könnte.

Bitte, hiernach Seiner Majestät Vortrag zu erstatten.

Stemrich

Nr. 8375

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Geschäftsträger in Tanger Gesandten Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 231 Berlin, den 12. Oktober 1908

Ich betrachte als Gebot selbstverständlicher Vorsicht, daß unser Konsulat Casablanca fortan, solange daselbst französische Truppen stehen, Heimschaffung von Deserteuren aus denselben unterläßt.

---

* Durch Telegramm Nr. 155 vom 5. Oktober hatte Freiherr von Jenisch dem Auswärtigen Amt Mitteilung von den scharfen Randbemerkungen des Kaisers zu Nr. 8371 gemacht.

Bitte hiernach Konsul Lüderitz mit geheim zu haltender Weisung zu versehen.

Ebenso erwarte ich, daß Verkehr Konsulats mit Sievers, gegen den der Verdacht der Beförderung von Desertionen zu bestehen scheint, auf das unerläßliche dienstliche Maß beschränkt wird.

v. Schoen

Nr. 8376

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Stemrich

Privatbrief. Ausfertigung

Tanger, den 6. Oktober 1908

Meine Betrübnis über den unglücklichen Zwischenfall von Casablanca würden Sie ermessen können, wenn Ihnen die Freude bekannt wäre, die ich an Ihrer ausgezeichneten Erwiderung auf die spanisch-französische Note* gehabt habe. In der günstigen Wendung, welche die Dinge infolge der Aufnahme unserer Note seitens der gemäßigten Franzosen gefunden haben, liegt die innere Ursache der Gewalttat vom 25. v. Mts. Seit Monaten wurde hier in allen Kreisen mit vollkommener Ruhe über die Desertionen aus Casablanca gesprochen. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir die deutschen Fremdenlegionäre auf deutschen Schiffen befördern ließen. Auch mit Beamten der französischen Gesandtschaft hatte ich die rechtliche Seite der Angelegenheit wiederholt kollegialisch diskutiert und dabei konstatiert, daß man im französischen Lager unser Vorgehen für selbstverständlich hielt. Die Franzosen hoben sogar hervor, daß sie selbst nicht in der Lage wären, Deserteure, die sich aus dem direkten Machtbereiche des Generals d'Amade entfernt hätten, wieder festnehmen zu lassen. Hier in Tanger begegnet man sehr häufig auf der Straße französischen Deserteuren in Uniform, und im hiesigen Hafen arbeitet eine Anzahl von ihnen, ohne jemals belästigt zu werden, trotz der französischen Kriegsschiffe auf der Reede. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß d'Amade und Regnault sich den Coup vom 25. September ausgedacht haben, um damit politische Sonderzwecke zu erreichen. Regnault tat zwar anfangs, als ob er mit mir Hand in Hand arbeiten wollte, um die Sache so rasch als möglich tot zu machen. Den Besuch, den ich ihm am 26. abstattete, hat er mir aber nicht erwidert, woraus ich schließen muß, daß sein Interesse an einer glatten Erledigung nicht sehr groß sein kann. Für mich ist es ausgeschlossen, ihn nochmals in derselben Sache aufzusuchen. Deshalb meldete ich Ihnen, daß in Tanger ein Ausgleich sich nicht erzielen lassen werde.

---

* Vgl. Kap. CLXXXI, Nr. 8446.

Was Lüderitz betrifft, so übernehme ich die Verantwortung dafür, daß er überhaupt deutsche Legionäre befördert hat, voll und ganz auf mich. Der Vorsicht und der Zurückhaltung des Konsuls gerade in den Stürmen der letzten Monate ist es zu danken, daß es bei den vielen unerquicklichen Diskussionen zwischen dem Konsulate und d'Amade und bei der aufgeregten Stimmung zwischen Deutschen und Franzosen nicht schon längst zu einem Konflikte gekommen ist. Lüderitz leidet unter den Fehlern seiner Vorzüge, das heißt er ist übertrieben ängstlich und bedarf immer eines Ansporns oder einer Deckung, um ihn überhaupt zu irgendeinem Auftreten gegenüber den Franzosen zu bewegen. Schon kurz nach meiner Ankunft hier liefen aus Casablanca deswegen deutsche Beschwerden gegen Lüderitz bei mir ein. Namentlich hatte es böses Blut gemacht, daß er deutschen Deserteuren gegenüber durch seine Dienstboten sich hatte verleugnen lassen. Einige Deserteure hatten sich deshalb bei der Gesandtschaft beklagt. Erst nach längerer Zeit bat mich Lüderitz um Weisung, wie er die Deserteure zu behandeln habe. Meinerseits ist ihm die telegraphische Weisung Herrn von Tschirschkys mitgeteilt worden, nach welcher wir eine französische Autorität über deutsche Reichsangehörige außerhalb französischen Gebiets nicht anerkennen. Ich ersuchte Lüderitz, nach Maßgabe dieses Grundsatzes und seiner Ausführungsbestimmungen zu verfahren. Ich glaube, daß der Konsul sich streng an den ihm gegebenen Auftrag gehalten hat. Daß er in der Eile des Geschäfts den von Just ausgefertigten unrichtigen Ausweis, ohne ihn zu lesen, unterschrieben hat, ist entschuldbar. Auch das Zusammenarbeiten mit Sievers erklärt sich wohl durch örtliche Notwendigkeiten. Es war nicht möglich, die Deserteure auf dem Konsulate unterzubringen. Gerade durch die diskrete Behandlung der Deserteure hat Lüderitz das französische Gefühl schonen wollen. Jedenfalls ist er gänzlich unbeteiligt an den Treibereien Sievers, der sich zum Protektor der Deserteure aller Nationen aufgeworfen hatte und sicherlich einen Teil der Vorwürfe verdient, welche jetzt dem Konsul gemacht werden. Sievers hat auch die Schuld an der Entgleisung Justs. Ob letzterer direkt aufgefordert worden ist, den Ausweis auch für den Schweizer und den Russen auszufertigen, oder ob ihm Sievers nur im allgemeinen gesagt hatte, daß auch anderweitig protegierte Deserteure mit eingeschifft werden sollten, für die das österreichische Konsulat mit eintrete, ist nicht festzustellen. Ich denke mir, daß der gemeinsame Transport aller Deserteure schon vorher irgendwie zwischen Sievers, Just und dem österreichischen Konsul verabredet war, und daß Just nicht geglaubt hat, ein wirkliches Unrecht zu begehen. Tatsächlich waren ja die beiden Österreicher noch durch einen besonderen Ausweis ihres Konsuls legitimiert. Ob der Schweizer auf unseren Schutz Anspruch hatte, werde ich in den nächsten Tagen feststellen. Wäre es der Fall, dann hätte ja der Schein in der Tat auf sechs in korrekter Weise protegierte Deserteure gelautet und sich nur auf die Prozedur der gemeinschaftlichen Einschiffung, die zwischen den beiden Konsulaten verabredet war, bezogen. Immerhin

bleibt die Haltung Justs tadelnswert. Sollte er zur Rechenschaft gezogen werden, so würde ich angelegentlich bitten, dem Umstande Rechnung zu tragen, daß Just nicht unbeeinflußt geblieben sein kann durch die lange Serie französischer Ausschreitungen gegen Deutsche, womit er sich Tag für Tag zu beschäftigen hatte.

Wangenheim

Nr. 8377

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 207 Berlin, den 15. Oktober 1908

Nachdem unsere Erwartung, französische Regierung werde schon aus unserer bloßen Mitteilung über das Wesentliche des tatsächlichen Hergangs beim Casablanca-Zwischenfall Anlaß nehmen, uns aus freien Stücken angemessene Genugtuung anzubieten, bisher nicht erfüllt worden ist, wollen Ew. pp. Angelegenheit nunmehr mit Herrn Pichon in nachstehendem Sinne besprechen.

Wir glaubten uns mit französischer Regierung im Wunsche zu begegnen, daß der Zwischenfall, der überaus störend eingegriffen habe in eben sich anbahnende Besserung der Stimmung zwischen beiden Nationen, so rasch als möglich der öffentlichen Diskussion entzogen werden sollte.

Hiervon ausgehend wären wir zur Begleichung der Angelegenheit auf folgender Basis bereit:

I. Französischerseits werden a) die am Vorfall unmittelbar Beteiligten, nämlich Hafenkapitän von Casablanca und sein Adjutant, disziplinar zur Verantwortung gezogen und veranlaßt, sich bei deutschem Konsul wegen Anwendung körperlicher Gewalt gegen dienstlichen Auftrag ausführende Konsulatsbeamte zu entschuldigen. b) Ferner werden die drei Deutschen an Konsulat wieder herausgegeben, welches dieselben sofort aus Marokko zu entfernen hat.

II. Deutscherseits werden dafür aber, wie ich betone, nur gegen die französischen Zugeständnisse zu I, a) Konsul Lüderitz und eventuell weitere Konsulatsbeamte wegen Erteilung Geleitbriefs auf sechs statt auf drei Personen disziplinar zur Verantwortung gezogen, b) an Konsulat Casablanca erfolgen geeignete Weisungen, damit, solange französische Truppen in oder bei diesem Platze stehen, eine Wiederholung des durch Heimschaffung von Deserteuren aus jenen Truppen entstandenen Zwischenfalls, so viel möglich, vermieden wird.

Herrn Pichon wird nicht entgehen, daß unser Vorschlag sich bemüht, allen bei dem Anlaß aufgeworfenen rechtlichen Streitfragen aus dem Wege zu gehen und eine Lösung zu finden allein von dem Gesichtspunkte der restitutio in integrum des durch Gewaltanwendung gegen Konsulats-

beamte gestörten früheren Zustands. Die fremden Konsulate in orientalischen Ländern gegen jedwede körperliche Gewalt sicherzustellen, liegt offenbar im gemeinsamen europäischen Interesse.

Indem wir nur Maßregeln gegen untergeordnete Hafenbeamte fordern, General d'Amade aber ganz aus dem Spiele lassen, erleichtern wir dortiger Regierung Eingehen auf unsern Vorschlag, der um so annehmbarer sein muß, weil wir uns gleichzeitig anheischig machen, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß das bisher von uns und andren Nationen unbestritten geübte Recht der Heimschaffung desertierter Legionäre während der Dauer der französischen Besetzung nicht mehr zu Konflikten Anlaß geben kann.

Einen Weg, die Sache auszugleichen ohne Rückgabe der drei Legionäre, sehen wir nicht.

Sollte Herr Pichon sich einem Eingehen auf unsern Vorschlag gänzlich unzugängig zeigen und auch keine annehmbaren Gegenvorschläge zu machen bereit sein, so wollen Sie zunächst darüber berichten, zugleich aber dem Minister nicht verschweigen, daß es für uns angesichts der Stimmung in unserer öffentlichen Meinung ganz unmöglich ist, die Sache etwa auf sich beruhen zu lassen. Kommt es also nicht zu einer Verständigung nach obigen Gesichtspunkten, so werden wir uns allein auf den Rechtsboden stellen und von den von uns eventuell angebotenen Zugeständnissen kann keine Rede mehr sein.

Zu Ew. persönlicher Information bemerke ich noch, daß uns in solchem Falle nichts andres übrig bleiben wird, als auf ein Schiedsgericht, sei es das Haager, sei es ein andres, zu provozieren.

v. Schoen

Nr. 8378

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 Paris, den 15. Oktober 1908

Pichon sagte mir soeben, er habe heute zwei Telegramme Jules Cambons erhalten, die die Erledigung des Casablanca-Deserteur-Zwischenfalls zum Gegenstand hätten.

In dem ersten habe der Botschafter sich dahin ausgesprochen, der deutschen Regierung würde eine schiedsgerichtliche Austragung der Angelegenheit lieber sein[1]. Daraufhin habe der Minister, dem dieser Gedanke sehr sympathisch war, und dem die Verwirklichung desselben als ein hochwillkommenes Mittel zur Beseitigung der peinlichen Streitfrage erschien, sich von Clemenceau die Ermächtigung geben lassen, uns die bereitwilligste Zustimmung zu dieser Lösung auszusprechen.

Kurz nach Absendung seiner entsprechenden Antwort an Cambon habe er von diesem ein zweites Telegramm erhalten des Inhalts, daß die

deutsche Regierung im Hinblick auf eine demnächstige[2] Reichstags-Interpellation dem Schiedsgericht-Council vorerst nicht nähertreten wolle. Zugleich hätte der Botschafter zu verstehen gegeben, uns würde die liebste Lösung wohl die sein, daß man die deutschen Deserteure aus dem Casablancaer Gefängnis entwischen lasse.[3] Pichon sagte, mit einer solchen Anregung könnte er ganz unmöglich an die Militärbehörde herantreten. Der sehr eigenwillige d'Amade würde finden, daß eine unter so verdächtigen Umständen sich vollziehende Flucht der Häftlinge von unheilvoller Wirkung für die Disziplin in der Fremdenlegion sein müsse. Darum würde der General sich mit äußerster Energie gegen ein derartiges Auskunftsmittel sträuben. Ich erwiderte, dann werde man auch bei uns wohl auf dieser schroffen Haltung beharren müssen.

Der Minister trat demgegenüber nochmals mit großer Wärme für die Schiedsgerichtsidee ein. Er wies auf die bedeutungsvolle Rede Euerer Durchlaucht bei Eröffnung des Interparlamentarischen Kongresses* hin und meinte, ihm schiene gerade die Affäre von Casablanca durchaus zu jenen Fällen zu gehören, welche Euere Durchlaucht bei deren damaliger Ausführung über schiedsgerichtliche Austragung gewisser internationaler Streitigkeiten im Auge gehabt haben dürften. Auch seien übrigens bei derartigen Behandlungen der Frage parlamentarische Schwierigkeiten, mit denen er ja natürlich hier ebenfalls rechnen müßte, am wenigsten zu befürchten.

Ob die Angelegenheit dem Haager Schiedsgerichtshof oder einem ad hoc einzusetzenden Gericht zu unterbreiten sei, darüber werde man sich leicht einigen. Vielleicht könne es von Nutzen sein, wenn unsererseits schon jetzt unter der Hand einmal mit dem gerade in Berlin anwesenden Herrn Louis Renault** in Verbindung getreten würde.

Zum Schluß sagte Pichon: „Puisque nous sommes sur le chemin de mieux nous comprendre," so sei es doch schade, wenn eine schon sekundäre Angelegenheit wie die der Deserteure uns hinderlich würde.

Mir möchte es unmaßgeblichst erscheinen, als wenn eine eingehende Erörterung der Deserteurangelegenheit durch ein Schiedsgericht den Vorteil hätte, daß dabei die völkerrechtlich und moralisch so verwerfliche Einrichtung Fremdenlegion einmal kräftig vor aller Welt beleuchtet würde.

Lancken

Randbemerkungen von Schoens:
[1] Das heißt lieber wie der Gedanke Cambons der Begnadigung der Deserteure.
[2] etwaige
[3] nein, an Konsulat herausgeben
Schlußbemerkung von Schoens:
Vorstehendes Telegramm hat sich mit der nach Paris ergangenen Instruktion*** gekreuzt. v. Sch.

---

* Vgl. Bd. XXIII, Kap. CLXVII, Nr. 7813, S. 81, Fußnote *.
** Professor Louis Renault, dritter Bevollmächtigter Frankreichs auf der Haager Friedenskonferenz 1907, weilte im Oktober 1908 anläßlich der Urheberrechts-Konferenz in Berlin.
*** Siehe Nr. 8377.

Nr. 8379

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 208 Berlin, den 16. Oktober 1908

Auf Telegramm Nr. 249.*

Bitte jedenfalls mein Telegramm Nr. 207** auszuführen, wenn nicht schon geschehen.

Von schiedsgerichtlichem Austrag habe ich Cambon nur gesprochen als schließlichem Ausweg für den Fall, daß schon im Interesse schnellerer Erledigung vorzuziehende anderweite Regelung nicht zustande käme***.

Entwischenlassen der deutschen Deserteure war natürlich von mir nicht als Vorschlag gemeint, sondern nur als Möglichkeit zur Beleuchtung der Sachlage erwähnt.

v. Schoen

---

* Siehe Nr. 8378.

** Siehe Nr. 8377.

*** Über das erste Auftauchen des Gedankens des schiedsrichterlichen Austrags der Casablanca-Affäre und die Frage einer Begnadigung der Deserteure hat sich Staatssekretär von Schoen in einer nachträglichen Aufzeichnung vom 6. November ausgelassen. Sie lautet:

„Am Dienstag, 13. Oktober beim Diplomatenempfang brachte der französische Botschafter, nachdem ich darauf hingewiesen, daß wir von Paris noch immer keine befriedigende Erklärung im Casablanca-Zwischenfall erhalten, den rein persönlichen Gedanken vor, man könnte die drei Deserteure kriegsgerichtlich verurteilen, aber begnadigen. Ich bat mir zunächst Bedenkzeit aus.

Am nächsten Tag, 14. Oktober, im Reichstagsgebäude nach der Eröffnungssitzung der Urheberrechtskonferenz sagte ich Herrn Cambon, der von ihm angeregte Weg sei nicht gangbar. Wenn wir über die Frage, was mit den drei Deserteuren zu geschehen, zu einer direkten Verständigung nicht gelangen könnten, bliebe als Auskunftsmittel noch schiedsrichterliche Behandlung. Einen Vorschlag, die Deserteure ‚entwischen zu lassen', habe ich niemals gemacht; ich habe lediglich im Laufe des Gesprächs erwähnt: ‚Nous ne sommes plus au moyen âge où l'on faisait disparaître les prisonniers gênants par une trappe ou par d'autres moyens.' "

Ähnlich äußerte sich Schoen in der Reichstagssitzung vom 10. Dezember über die Genesis des schiedsrichterlichen Gedankens: „Ich erinnere mich bestimmt, in einer nichtamtlichen Unterredung mit dem französischen Botschafter — nichtamtlich, weil die Unterredung nicht in meiner Amtsstube, sondern bei einer zufälligen Begegnung und auch nicht in der sonst üblichen Form stattgefunden hat — den Gedanken gestreift zu haben, ob man nicht zu einem Schiedsgericht gelangen könnte. Auf welche bestimmten Fragen sich dieses Schiedsgericht erstrecken sollte, ob nur auf Rechtsfragen oder auf die Tatbestandsfragen, darüber haben wir damals nicht eingehend gesprochen, sondern erst in späteren wiederholten, allerdings dann amtlichen Unterredungen, und es hat ziemlich lange gedauert, bis wir darüber zur Verständigung gelangen konnten, weil auf beiden Seiten die Informationen über die tatsächlichen Vorgänge noch unvollständig waren." Vgl. auch Freiherr von Schoen, Erlebtes S. 85. Hier nimmt Schoen entschieden für sich in Anspruch, als erster den Gedanken einer schiedsrichterlichen Erledigung des Zwischenfalls in die Debatte geworfen zu haben.

Nr. 8380

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 250 Paris, den 17. Oktober 1908

Weisung laut Telegramm Nr. 207 vom 15. Oktober* unverzüglich bei Minister Pichon nachdrücklich und eingehend ausgeführt. Der Minister folgte mit großem Ernste meinen Ausführungen und erwiderte mir, wie gern er alles tun würde, um den bedauerlichen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen, doch könne weder er noch die französische Regierung die an sie gestellte Forderung annehmen.

Die beiderseitigen Meldungen über die Vorgänge seien derartig voneinander abweichend, daß eine Verständigung ihm ausgeschlossen erscheine.

Nach dem französischen sehr ausführlichen Dossier, welches er übrigens nach Berlin an Herrn Cambon schicken wolle, habe sich, wie Herr Pichon weiter bemerkte, nicht der Franzose gegen den deutschen Beamten tätlich vergangen, sondern umgekehrt.

Zur Bekräftigung seiner Behauptung zeigte mir der Minister die Photographie eines zerschlagenen angeblich dem deutschen Beamten gehörigen Stocks. Bei dieser Sachlage und auf Grund des vorliegenden Beweismaterials können, wie der Minister mir kategorisch erklärte, die französischen Beamten nicht angewiesen werden, Entschuldigung zu machen.

Was die Auslieferung der drei deutschen Deserteure an das deutsche Konsulat anlange, so könne dies Verlangen dem militärischen Befehlshaber nicht zugemutet werden.

Kein Offizier — auch sicherlich nicht in Deutschland —, fügte der Minister hinzu, würde sich einer solchen Weisung unterwerfen, die jede Disziplin unterbinde. Eher würde er seinen Abschied nehmen. Jede militärische Zucht wäre unmöglich, wenn eine fremde Staatsgewalt die Desertion von Soldaten im Kriegszustande durch ihre Autorität deckte. Nach französischem Gesetz verliere jeder Franzose, der in fremden Kriegsdiensten sei, seine Nationalität. Die österreichische Regierung, die ebenfalls die Auslieferung ihrer desertierten Staatsangehörigen verlangte, habe ihren konsularischen Vertreter angewiesen, den Antrag einfach zurückzuziehen**. Weder Rußland noch die Schweiz hätten überhaupt eine Reklamation für ihre desertierten Staatsangehörigen eintreten lassen.

Minister Pichon hob hierauf nochmals sein lebhaftes Bedauern hervor, daß in dem vorliegenden Falle eine Verständigung ausgeschlossen erscheinen müsse. Um die Dinge nicht zu verschärfen, hätte er bisher davon Abstand genommen, die Abberufung des deutschen Konsuls zu verlangen.

---

* Siehe Nr. 8377.

** Vgl. Nr. 8370, Fußnote **.

Den vom Staatsministerium gestern an Cambon gemachten Vorschlag, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, habe er mit Freude als den einzigen Ausweg begrüßt, beiden Teilen gerecht zu werden. Auch hoffe er immer noch, daß man sich darüber einigen werde.

Radolin

Nr. 8381

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 213 Berlin, den 19. Oktober 1908

Auf Telegramm Nr. 250.*

Angelegenheit ist am 17. abends vom Herrn Reichskanzler und mir mit Cambon besprochen worden. Unsererseits wurde dabei folgendes vorgeschlagen:

1. Regrets à exprimer du côté français pour l'infraction commise par les agents français contre les prérogatives du Consul Allemand par le fait qu'ils se sont emparés de force de plusieurs personnes se trouvant sous la protection et la sauvegarde du Consul Allemand.

2. Regrets de la part de l'Allemagne pour la conduite réprimable de son Consul qui avait donné un sauf-conduit à des personnes qui n'y avaient pas droit.

3. Solution de la question de droit au moyen d'un arbitrage.

Ich habe im Laufe der Besprechung noch hervorgehoben, daß es unerheblich sei, ob der erste Schlag von deutscher oder französischer Seite gefallen, denn eine Feststellung hierüber ändere nichts an der Tatsache, daß Franzosen zuerst unter Anwendung von Gewalt die drei Deutschen der Obhut des Konsulats entrissen, somit sich eines nicht zu billigenden Eingriffs in völkerrechtliche Prärogative Konsuls schuldig gemacht und vermutlich auch eben durch diesen Gewaltakt Schlägerei veranlaßt hätten.

Herr Cambon äußerte, er könne vor genauer Prüfung der Sache aus den Akten nicht Stellung nehmen, werde aber Inhalt der Besprechung umgehend nach Paris berichten.

Bei der schroff ablehnenden Haltung Pichons werden Ew. pp. zu einer nochmaligen meritorischen Erörterung des Falls selbst Ihrerseits besser nicht Initiative ergreifen. Wohl aber bitte ich, dem Minister bei nächster Gelegenheit zu sagen, daß wir angesichts seiner uns überraschenden Bemerkung über eine totale Divergenz der beiderseitigen Meldungen mit um so größerem Interesse die von ihm angekündigten Mitteilungen Cambons aus französischem Dossier erwarteten.

---

* Siehe Nr. 8380.

Lediglich zu Ew. Orientierung bemerke ich noch:

1. Von Pichon vorgebrachte Utilitätsgründe militärischer Disziplin mögen vielleicht auf französischem Gebiet oder im Kriege auf einem von französischen Truppen besetzten Territorium ins Gewicht fallen, nicht aber in einem dritten mit Frankreich nicht im Kriege befindlichen Lande, wo die auf Völkerrecht beruhende Stellung der fremden Konsuln respektiert werden muß.

2. Von Cambon, wohl nur beiläufig, ausgesprochene Idee einer Verurteilung der Deserteure mit darauf folgender Begnadigung ist selbstverständlich für uns nicht befriedigend.

3. Für Verlangen nach Abberufung Konsuls Lüderitz ist bis jetzt französischerseits keinerlei tatsächliche Begründung beigebracht.

v. Schoen

Nr. 8382

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 Paris, den 21. Oktober 1908

Hatte heute Gelegenheit, Herrn Louis gegenüber gesprächsweise zu erwähnen, meine Regierung sehe mit Interesse den französischen Mitteilungen aus Dossier über Deserteurzwischenfall entgegen, nachdem Herr Pichon mir neulich erklärt, daß völlige Divergenz zwischen beiderseitigen Meldungen bestehe. Herr Louis teilte mir dabei mit, Übersendung Dossiers an Cambon sei zum Teil darum erfolgt, weil man hier Wert darauf gelegt habe, Ansicht des in Berlin weilenden Renault zu einzelnen Punkten zu hören.

Als sich im Gespräch ergab, daß Cambon über unsererseits ihm am 17. d. Mts. gemachte Vorschläge nur ziemlich vage berichtet hatte — wie es scheint, von Auffassung ausgehend, Basis für Verständigung solle erst nach Vergleichung beider Aktenmateriale gefunden werden —, gab ich Herrn Louis Kenntnis von Angaben Telegramms Nr. 213* über von beiden Teilen auszusprechende regrets. Herr Louis, der meine Mitteilungen mit Interesse entgegenzunehmen schien, wandte darauf ein, französische Regierung könne ihr Bedauern wegen energischen Eingreifens ihrer behördlichen Organe nicht aussprechen, da nach militärischer, von Regierung geteilter Auffassung man berechtigt war, die durch französische Okkupationslinien geführten Deserteure festzunehmen. Ich erwiderte, ohne eine Genugtuung Frankreichs sei Verständigung unmöglich, denn wir würden meines Wissens unverrückbar auf Standpunkt bleiben, daß

* Siehe Nr. 8381.

Gewaltanwendung gegen von Konsulatsbeamten, namentlich in orientalischem Lande, geschützte Deutsche rechtswidrig war, und daß durch Gegenwart französischer Okkupationstruppen in Casablanca Befugnisse dortiger Konsuln in keiner Weise beeinflußt würden. Herr Louis meinte darauf, es werde Cambon im Verein mit Renault wohl schon gelingen, an der Hand der Akten eine Formel zu finden, die Ausdruck der regrets an uns enthalte, ohne doch zugleich Empfindlichkeit der französischen Militärs allzusehr zu verletzen.

Ich ließ Gelegenheit nicht vorübergehen, darauf hinzuweisen, daß, wenn gegebenenfalls von gelindem Verweis für Konsul Lüderitz die Rede sein könne, so doch sicherlich unsererseits nicht an scharfe Maßregeln gegen den pflichttreuen Beamten gedacht werde. Herr Louis erwiderte, Vorgehen des Lüderitz werde hier allerdings sehr scharf verurteilt. Immerhin sei wohl, wenn Minister von Revokation desselben gesprochen habe, nur gemeint gewesen, die Strafe möge nicht eine gar zu geringfügige sein.

Radolin

Nr. 8383

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 29. Oktober 1908

Nachdem ich dem französischen Botschafter vor wenigen Tagen eine aktenmäßige Darstellung der Angelegenheit der Deserteure in Casablanca nebst einer Darlegung unserer rechtlichen Auffassung zu der Sache* mit der Bitte übergeben hatte, auch seinerseits auf Grund der in seinen Händen befindlichen französischen Akten eine gleiche Darstellung anfertigen zu lassen, um eine sichere Basis für weitere Verhandlungen zu gewinnen, bin ich heute bei Herrn Cambon wieder auf die Sache und deren Dringlichkeit sehr nachdrücklich zurückgekommen.

Ich habe dabei in ernstem Tone hervorgehoben, daß unsere öffentliche Meinung, durch das lange Ausbleiben einer Aussicht auf baldige befriedigende Beilegung des Zwischenfalls auf eine harte Probe gestellt, sehr erregt sei und scharf gegen die Regierung Stellung zu nehmen beginne, die sie zu großer Gleichgiltigkeit und Nachgiebigkeit zeihe. Die Eröffnung des Reichstages stehe binnen wenigen Tagen bevor, und es sei anzunehmen, daß die Sache daselbst bald zur Erörterung käme und zu einer

* Die sehr eingehende „Darstellung des Sachverhalts und der Rechtslage bei dem Zwischenfall in Casablanca am 25. September 1908," die von dem Vortragenden Rate Kriege herrührte, wurde dem Botschafter Cambon am 26. Oktober von Staatssekretär von Schoen übergeben und am 30. Oktober in etwas veränderter Form auch an Fürst Radolin gesandt. Vgl. das folgende Schriftstück.

recht peinlichen Lage führen könnte, wenn die Regierung nicht in der Lage wäre, eine befriedigende Erledigung der Sache anzukündigen oder zum mindesten in nahe sichere Aussicht zu stellen. Auf die Bemerkungen Herrn Cambons, daß die beiderseitigen Sachdarstellungen in vielen Punkten, namentlich in denjenigen des angeblichen Angriffs auf die deutschen Konsulatsbeamten, sehr weit auseinandergingen, habe ich ihm erwidert, alle Verschiedenheiten in den Darstellungen des Tatbestandes könnten an der Tatsache, daß französische Militärs sich dadurch, daß sie sich Deutscher, die unter dem Schutz und in den Händen des deutschen Konsulats sich befanden, gewaltsam bemächtigten, nichts ändern*. In dieser Gewaltanwendung liege ein Eingriff in die Rechtssphäre und Autorität des deutschen Konsuls, welcher nicht ungesühnt bleiben dürfe. Demgegenüber seien die Inkorrektheiten, welche auf Seiten des deutschen Konsuls begangen sein sollen, geradezu verschwindend. Wir müßten darauf bestehen, daß zunächst die verletzte Ehre unseres Konsuls wiederhergestellt werde, wobei wir den Franzosen die Sache durch einen von uns dem Kaiserlichen Konsul zu erteilenden Verweis zu erleichtern bereit wären. Wir müßten auch nach wie vor die Freigabe der von französischen Militärs wiederergriffenen Deserteure verlangen. Nur im äußersten Falle könnten wir uns dazu verstehen, daß die Rechtsfrage zum schiedsgerichtlichen Austrage gebracht werde. Auch habe ich Herrn Cambon keinen Zweifel darüber gelassen, daß es uns unmöglich sein würde, dem Gedanken irgendwelcher allgemeinen Verständigung über Marokko praktisch näher zu treten, bevor nicht diese Casablanca-Angelegenheit in einer unsere öffentliche Meinung befriedigenden Weise beigelegt sei.

Herr Cambon erkannte die Dringlichkeit einer baldigen Lösung an und versprach, sein möglichstes zur Herbeiführung einer solchen zu tun. Er werde noch heute in dem Sinne nach Paris telegraphieren.

v. Schoen

Nr. 8384

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 1846 Berlin, den 30. Oktober 1908

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, die beifolgende Aufzeichnung**, enthaltend eine Darstellung des Sachverhalts und der Rechtslage bei dem Zwischenfall von Casablanca, der dortigen Regierung mittels Note unter Berufung auf erhaltenen Auftrag ohne Verzug formell zu übermitteln. In dieser Note wollen Euer Durchlaucht folgendes ausführen:

---

* sic!
** Vgl. Nr. 8383, Fußnote *.

Nachdem unsere sowohl in Paris wie in Berlin unternommenen Versuche, den Zwischenfall vermittelst einer freundschaftlichen Aussprache zu begleichen, zu keinem Ergebnis geführt hätten, sähen wir uns zu unserm Bedauern genötigt, nunmehr den Weg einer formellen Reklamation zu beschreiten. Auf Grund der Aufzeichnung, die in tatsächlicher Beziehung das Ergebnis sorgfältiger Ermittelungen unter Benutzung aller uns zu Gebote stehenden Mittel darstellte, müßten wir von der französischen Regierung fordern:

1. die ungesäumte Freigabe der bei dem Vorfall französischerseits festgenommenen drei Reichsangehörigen;

2. eine angemessene Genugtuung für die dabei verübten Mißhandlungen der zwei deutschen Konsulatsbeamten.

Hierzu bemerke ich zu Euer Durchlaucht Information und Regelung Ihrer Sprache:

Wir sind aufs äußerste verletzt durch die hinhaltende Behandlung der Angelegenheit von französischer Seite. Die von Euer Durchlaucht mündlich gemachten Vorschläge zu einer billigen Ausgleichung sind von Herrn Pichon bisher einfach abgelehnt worden. Annehmbare Gegenvorschläge hat man uns nicht gemacht. Auf unsere sachlichen Argumente und Darlegungen haben wir nicht viel mehr als allgemeine Redewendungen und beweislos hingestellte Behauptungen zu hören bekommen. Aus dem von Herrn Pichon und Herrn Louis erwähnten französischen Dossier hat uns Herr Cambon noch immer keinerlei positive Mitteilungen gemacht.

Als ich am 26. d. Mts. dem französischen Botschafter einen Abdruck unserer Aufzeichnung übergab und dabei der Erwartung Ausdruck gab, daß von französischer Seite eine gleiche Ausarbeitung übergeben werden würde, schien Herr Cambon mit meinem Vorschlage, die Angelegenheit zwischen dem Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Kriege und Herrn Renault besprechen zu lassen, zunächst einverstanden; er bemerkte aber dann, daß Herr Renault vielleicht späterhin als Mitglied des Schiedsgerichts in Frage kommen könnte und er daher im jetzigen Stadium noch unbeteiligt bleiben sollte. Eventuell könnte jetzt ein anderer französischer Jurist hierher geschickt werden. Auch dieser Vorgang zeigt wiederum die französische Verschleppungstaktik. Wir müssen im Hinblick auf die zunehmende Erregung unserer öffentlichen Meinung wie auf die absolute Notwendigkeit, dem in wenigen Tagen zusammentretenden Reichstag Rechnung abzulegen, einer solchen Verschleppungstaktik mit Nachdruck entgegentreten.

Ich vertraue darauf, daß Euere Durchlaucht durch Ihre Haltung dazu beitragen werden, der dortigen Regierung den durch ihre bisherige Behandlung der Sache verschuldeten Ernst der Situation endlich zum Verständnis zu bringen.

Nach der Anfang November bevorstehenden Eröffnung des Reichstags wird der Casablanca-Zwischenfall zweifellos zu heftigen Angriffen

gegen die Kaiserliche Regierung wegen ihrer in dieser Angelegenheit Frankreich gegenüber bezeigten Rücksicht Anlaß geben. Wir müssen in der Lage sein, dem Reichstage und dem deutschen Volke den Beweis zu liefern, daß die Kaiserliche Regierung deutsche Beamte und deutsche Rechte nicht verletzen läßt, sondern für deren Wahrung mit allem Nachdruck eintritt. Von der Art und Weise, wie die französische Regierung diesen Zwischenfall jetzt behandeln wird, und insbesondere davon, ob sie zu einer unverzüglichen und befriedigenden Beilegung dieser peinlichen und gefährlichen Angelegenheit die Hand bieten wird, hängt nach meiner festen Überzeugung nicht nur die weitere Entwicklung der ganzen Marokkofrage, sondern auch die fernere Gestaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen uns und Frankreich ab.

Bülow

Nr. 8385

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 273 Paris, den 31. Oktober 1908
[aufgegeben am 1. November]

In Abwesenheit des Ministers, der bis Montag verreist ist, habe ich, um unvermeidlichen Zeitverlust einigermaßen auszugleichen, den Minister Louis aufgesucht und ihm mit größtem Nachdruck und unter eindringlichster Verwertung des mir zur Verfügung gestellten Materials von dem Inhalt des hohen Erlasses 1846 vom 30. Oktober*, der heute abend eingetroffen ist, vorläufig mündlich Kenntnis gegeben, indem ich ihm die formelle Note für morgen in Aussicht gestellt habe. Ich habe Herrn Louis keinen Zweifel über den Ernst meiner Demarche und unserer Forderungen gelassen und ihn gebeten, mir die Entschließung der französischen Regierung sobald als irgend möglich mit Rücksicht auf Wiederzusammentritt des Reichstags mitzuteilen.

Louis, sichtlich aufs tiefste bedrückt, sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß die bisherigen Verhandlungen weder hier noch in Berlin zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten. Unsere beiderseitigen Standpunkte und Auffassungen seien aber so verschieden, daß ihm eine direkte Verständigung, wie gern er auch dieselbe herbeigeführt sehen möchte, ausgeschlossen scheine. Es würde der französischen Regierung unmöglich sein, die gewünschte Satisfaktion zu geben, da sie sich trotz aller von uns vorgebrachten Argumente nicht für schuldig erachte. Unter den obwaltenden Umständen schiene es ihm nur ein Mittel zu geben, mit einem Schlage die ganze Sache für beide Teile beizulegen: wenn die ganze An-

* Siehe Nr. 8384.

gelegenheit einem Schiedsgericht unterbreitet würde. Frankreich würde sich dem Ausspruch des Schiedsgerichts unterwerfen und, wenn es für den schuldigen Teil erklärt würde, bereit sein, die geforderten Entschuldigungen zu machen.

Radolin

Nr. 8386

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 274 Paris, den 1. November 1908

Ich habe heute dem Vertreter des Ministers heutige formelle Note nebst dem Memorandum persönlich übergeben und unter nochmaligem Hinweis auf den Ernst der Sache um eine Unterredung mit Herrn Pichon gleich nach seiner Rückkehr gebeten. Herr Louis sagte mir dies zu und versprach mir, das Memorandum einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, beharrte aber auf dem gestern mir gegenüber eingenommenen Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Auffassungen eine Verständigung nicht anders als durch ein Schiedsgericht, dem sich Frankreich unterwerfen würde, zu erzielen sei.

Ein Moment, welches Herr Louis heute besonders hervorkehrte, und von dem er anzunehmen schien, daß es im militärisch empfindenden Deutschland einen gewissen Eindruck nicht verfehlen würde, war der Hinweis auf die soldatische Disziplin, welche durch sofortige Freigabe der Deserteure schwer kompromittiert würde.

Radolin

Schlußbemerkung von Schoens:
Auf die sofortige Freigabe der Deserteure können wir verzichten, die können ruhig brummen, bis die Rechtsfrage schiedsrichterlich entschieden. Was wir aber sofort verlangen, ist Sühne für die verletzte Konsulatsehre. v. Schoen

Nr. 8387

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Gesandten von Flotow

Eigenhändig

Berlin, den 1. November 1908

Die gestrige Mission Lanckens* bei Cambon ist nicht glücklich verlaufen. Cambon hat erklärt, vorher hätten die Franzosen vielleicht eine

---

* Freiherr von der Lancken weilte Ende Oktober auf Urlaub in Berlin.

Konzession machen können; nach dieser „Veröffentlichung" (Kaiser-Interview*) sei das für sie nicht mehr möglich. Das Ministerium würde in der Kammer darüber unbedingt stürzen.

Seine Durchlaucht hat mich $12^1/_4$ zur Besprechung darüber bestellt. Euer Exzellenz Ansicht zu kennen, wäre mir natürlich äußerst wertvoll.

Flotow

Randbemerkung von Schoens:
Ich bin krank, darf das Zimmer nicht verlassen. Habe bereits Seiner Durchlaucht geschrieben und anheimgestellt, Cambon kommen zu lassen.
Wir müssen jetzt wohl gröberes Geschütz auffahren und mit Störung in den diplomatischen Beziehungen, vielleicht sogar mit Entsendung von Schiffen nach Casablanca drohen. 1/11. v. Sch.

Nr. 8388

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon

Eigenhändiges Konzept

Berlin, le 2 Novembre 1908

Je m'empresse de vous faire savoir que nous acceptons votre proposition de régler l'affaire de Casablanca de la manière suivante:

1. Regrets à échanger;
2. Note de M. Pichon au Prince de Radolin exprimant le désir que toute l'affaire soit soumise à un arbitrage et faisant la réserve qu'en attendant la sentence arbitrale les trois déserteurs allemands restent en l'état où ils sont actuellement**.

Je me tiens à votre disposition pour nous entendre sur les formules à donner aux regrets réciproques.

v. Schoen

---

* Gemeint ist der „Daily Telegraph"-Artikel vom 28. Oktober (vgl. Kap. CLXXVIII), der auch in Frankreich unliebsames Aufsehen, insbesondere wegen der kaiserlichen Äußerungen über die russisch-französischen Interventionsanregungen im Burenkriege, hervorrief und infolge des Zusammentreffens mit dem entschiedenen Vorgehen Deutschlands in der Casablanca-Affäre einen Augenblick die Besorgnis auslöste, als ob die deutsche Regierung sich aus der inneren Krise durch ein außenpolitisches Ablenkungsmanöver herausziehen wolle. Tatsächlich dachte selbst Staatssekretär von Schoen, wie aus seiner Schlußbemerkung zu der Flotowschen Aufzeichnung hervorgeht, einen Augenblick an schärfere Maßregeln. Nach Schoens Erinnerungen (Erlebtes, S. 86) hätte auch Bülow erwogen, ob nicht ein Druck zur Annahme der deutschen Vorschläge auszuüben sei. Es war dann aber gerade Schoen, der bei ruhiger Überlegung davon abriet, damit nicht Öl ins Feuer gegossen werde.

** Zu dieser Konzession hatte sich Staatssekretär von Schoen schon tags zuvor entschlossen (vgl. Nr. 8386); sie bildete die Grundlage für die am 2. erzielte prinzipielle Verständigung.

Nr. 8389

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 3. November 1908

Ich habe gestern nachmittag, trotz ärztlichen Verbots, eine kurze Unterredung mit Cambon gehabt, der mich besuchte. Er nimmt an, daß die Schwierigkeiten in Paris bezüglich der Casablancasache in parlamentarischen Rücksichten liegen. Er versichert, daß er seinen ganzen Einfluß für einen Ausgleich einsetze. Damit wir wenigstens in der Lage sind, im Reichstag zu sagen, daß die eingehende sachliche Prüfung der Angelegenheit im Gange ist, habe ich mit Cambon ausgemacht, daß der hier anwesende französische Rechtsgelehrte Renault und unsrerseits Kriege noch heute zusammentreten, um auf Grund der beiderseitigen Akten die Tatbestandsdarstellungen und die Rechtsauffassungen zu vergleichen.

v. Schoen

Nr. 8390

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 3. November 1908

Der französische Botschafter erklärte mir soeben, seine Regierung sei bereit, die von uns verlangten regrets über den Casablancafall auszusprechen, wenn wir unsererseits zu Gleichem bezüglich der Inkorrektheit des Kaiserlichen Konsuls bereit.

Am liebsten wäre es Herrn Cambon, wenn die beiderseitigen regrets mündlich ausgesprochen werden.

Im übrigen werde Herr Pichon auf die letzte Note des Fürsten Radolin antworten, daß die französische Regierung schiedsrichterlichen Austrag der Sache wünsche und Verbleiben der Deserteure in jetzigem Zustand bis zu erfolgter schiedsrichterlicher Entscheidung.

v. Schoen

Nr. 8391

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 276 Paris, den 3. November 1908

Ich habe Herrn Pichon heute gesprochen, und nachdem wir den Inhalt der an ihn gerichteten Note und des Memorandums* des längeren durchgesprochen hatten, ohne zu einer Verständigung kommen zu können, erklärte er mir ebenso, wie Herr Louis es bereits getan, daß er eine andere Lösung als die durch ein Schiedsgericht für ausgeschlossen erachte. Der Minister fügte hinzu, daß er womöglich noch heute mir die Antwort auf meine Note und das Memorandum zugehen lassen und gleichzeitig Herrn Cambon folgendes telegraphieren würde: daß, nachdem die Kaiserliche Regierung ihm, dem Botschafter, die Idee des Schiedsgerichts vorgeschlagen und die französische Regierung dieselbe in der vorgeschlagenen Weise angenommen hätte, er Herrn Cambon ermächtige, mit der Kaiserlichen Regierung sich über eine Formel zu verständigen, nach der beide Regierungen sich damit einverstanden erklären könnten, de considérer comme fâcheux l'échange des violences qui se seraient produits autour de cet incident.

Zum Schluß unserer Unterredung und in der Absicht, nach Möglichkeit ein Einvernehmen zu erzielen, bemerkte Herr Pichon privatim, daß für den Fall der prinzipiellen Annahme der Arbitrage er bereit wäre, mit der Kaiserlichen Regierung einen accord, sei es mündlich, sei es durch Notenwechsel, zu suchen, wonach die französische Regierung bereit sein würde, ihre Entschuldigungen oder regrets zum Ausdruck zu bringen, wenn durch Schiedsrichter der Beweis erbracht werden sollte, daß die Schuld auf französischer Seite liege, vorausgesetzt natürlich, daß die Kaiserliche Regierung das bereits von ihr zugegebene Verschulden des deutschen Konsuls anerkenne und daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehe.

Trotz eindringlichster Vorhaltungen meinerseits war es nicht möglich, den Minister unserer Auffassung näherzubringen.

Radolin

---

* Vgl. Nr. 8383, Fußnote.

Nr. 8392

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 4. November 1908

Herr Cambon, dem ich privatbrieflich mitgeteilt, daß ein inzwischen eingegangenes Telegramm Radolins* die französischen Vorschläge für Erledigung der Casablanca-Angelegenheit anders darstelle wie er mir gestern, war soeben bei mir, um sich zu entschuldigen. Er habe in der Tat ein ihm gestern zugegangenes Telegramm nicht ganz zutreffend aufgefaßt und mich daher auch nicht in ganz klarer Weise informiert. Er wird jetzt sofort nach Paris telegraphieren, daß ein Mißverständnis vorgekommen.

Zur Vermeidung weiterer Mißverständnisse ist Cambon für eine Lokalisierung der Verhandlungen, sei es hier oder Paris.

Zu der aus dem Telegramm Radolins sich ergebenden Sachlage habe ich mich in merito nicht geäußert, vielmehr nur gesagt, sie erfordere erneute Erwägung. Ich glaubte nicht, daß wir von unserem Standpunkte abgehen könnten.

v. Schoen

Nr. 8393

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 283 Paris, den 4. November 1908
[aufgegeben am 5. November]

Pichon sagte mir heute, er habe, um keine Zeit zu verlieren, das Original der mir in Aussicht gestellten Antwortnote gestern abend an Cambon in Berlin geschickt und würde mir die Abschrift, sobald sie fertig sei, voraussichtlich morgen, zustellen**. Der Minister hoffe, bis dahin von Cambon eine Mitteilung zu erhalten, ob er mit der Fassung der Note in allen Punkten einverstanden sei, und würde die eventuelle Modifikation mit in die an mich zu richtende Note aufnehmen.

Ich benutzte die Gelegenheit meiner Unterhaltung mit Pichon, um nochmals eindringlichst auf die verlangte Satisfaktion zurückzukommen und ihm nahe zu legen, daß doch nichts Ehrverletzendes darin liegen könne, wenn Frankreich, abgesehen von allem anderen, vorerst einfach anerkenne,

* Siehe Nr. 8391.
** Vgl. Nr. 8395.

durch französische Soldaten einen fremden Konsularbeamten in Ausübung seines Amtes verletzt zu haben, was doch zweifellos geschehen sei, und sein Bedauern hierüber ausspräche, etwa: „Il est regrettable que des soldats français se soient livrés à des voies de fait vis-à-vis d'un fonctionnaire consulaire étranger."

Nach einer längeren Diskussion hierüber, die resultatlos verlief, hatte ich die Empfindung, als ob möglicherweise auf dieser Basis eine kleine Nachgiebigkeit zu erzielen wäre, ohne indes dies verbürgen zu können. Ich möchte gehorsamst anheimstellen, ohne meinen oben erwähnten subjektiven Eindruck durchblicken zu lassen, in diesem Sinne auf Cambon einzuwirken.

Radolin

Schlußbemerkung von Schoens:
Auch Cambon sagte mir am Schluß seiner gestrigen Unterhaltung noch: „Enfin, je ne désespère pas que tout s'arrangera". v. Sch.

Nr. 8394

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 285 Paris, den 5. November 1908

Minister Pichon sagte mir heute, er hoffe, daß es gelingen möge, sich über die Formel zu verständigen, die Herr Cambon dem Herrn Staatssekretär vorlegen wolle, und die ihm, dem Minister, sehr annehmbar scheine[1]. Im Laufe des Gesprächs bemerkte der Minister, daß nach seinen Nachrichten bei dem bedauerlichen Vorfall in Casablanca die seitens der französischen Soldaten gegen den deutschen Konsulatsbeamten verübten Ausschreitungen aufgehört hatten, sobald der Beamte sich als solcher zu erkennen gegeben habe. Dieser Umstand dürfte zum Beweise geeignet sein, daß den Franzosen nichts ferner gelegen, als sich an einem fremden Konsulatsbeamten vergreifen zu wollen. Derselbe hätte sich diesen Unannehmlichkeiten nicht ausgesetzt, wenn er von vornherein in seiner amtlichen Stellung aufgetreten wäre, nachdem er in das Handgemenge zwischen Soldaten und Deserteuren hineingeraten.

Radolin

Randbemerkung von Schoens:
[1] Die Formel lautet:*
Les deux Gouvernements regrettent l'incident de Casablanca qui a amené leurs agents à de facheuses violences et voies de fait.

Schlußbemerkung von Schoens:
Ich bin der Ansicht, daß wir weitere Entschlüsse bis nach Prüfung der französischen aktenmäßigen Darstellung des Sachverhalts aussetzen sollten.

* Vgl. Nr. 8396.

Die Franzosen haben unsere Sachdarstellung nebst Rechtsauffassung in Händen, wir aber noch immer nicht die französische Gegenleistung.
Die französischen Akten liegen hier bei der französischen Botschaft. Renault ist durch seine Tätigkeit bei der Urheberrechtskonferenz an eingehender Prüfung und Erörterung mit Kriege verhindert worden, dürfte aber nunmehr dazu in der Lage sein.

v. Sch.

Nr. 8395

Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen

Note. Ausfertigung

Berlin, le 4 novembre 1908

Le 1er de ce mois, l'ambassadeur d'Allemagne à Paris a fait parvenir au ministre des affaires étrangères de la République les demandes présentées par le gouvernement impérial relativement à l'incident auquel a donné lieu à Casablanca, le 25 septembre dernier, la désertion de soldats de la légion étrangère. La lettre du prince Radolin était accompagnée d'un memorandum exposant, sous la date du 26 octobre, les circonstances de fait ainsi que la situation de droit sur lesquelles se basait la réclamation du gouvernement impérial.

L'examen de ces documents amène à constater le caractère contradictoire des rapports reçus de part et d'autre sur les conditions matérielles de l'arrestation, en même temps que les divergences de vues relativement aux questions de droit soulevées à cette occasion.

Il ressort, en effet, des enquêtes poursuivies sur place par les autorités françaises, que les voies de fait sont parties du chancelier du consulat allemand. D'autre part, nous pensons que lorsque des hommes portés sur les contrôles d'un corps de troupes en campagne tentent de s'évader, leur arrestation dans l'intérieur de la ligne des postes de ce corps de troupes est justifiée.

Dans ces conditions, le gouvernement français ne peut que déclarer à nouveau qu'il partage entièrement l'avis que m'a exprimé, dès le 14 octobre, Votre Excellence sur la solution que comporte ce regrettable incident.

Vous m'aviez dit, en effet, après nos derniers entretiens, qu'il ne restait qu'à soumettre l'affaire à l'arbitrage; jusque-là les déserteurs resteraient en prison; et il y aurait tout intérêt à ce qu'une fois établi, l'accord en vue de l'arbitrage fût publié sans retard.

Suivant le désir que vous voulûtes bien m'en exprimer, je transmis cette proposition[1] à Paris; dès le lendemain 15 octobre je fus en mesure de vous aviser verbalement que je venais d'être autorisé à y acquiescer et le 16 j'écrivis à Votre Excellence qu'ainsi qu'Elle avait bien voulu le proposer par mon intermédiaire, le gouvernement de la République acceptait de régler par la voie de l'arbitrage les difficultés relatives aux

incidents survenus à la suite de la désertion à Casablanca de six soldats de la légion étrangère. En outre, ayant eu le 17 un entretien avec le chancelier de l'Empire, j'eus l'occassion de rappeler qu'à nos yeux la question de droit était intimement liée à la question de fait.

Le gouvernement de la République me charge, en conséquence, de déclarer qu'il est prêt à terminer cette affaire sur les bases qui lui ont été proposées le 14 octobre par le gouvernement impérial et qu'il a acceptées. — Il a la confiance que le même accord s'établira dans le même esprit d'équité sur la procédure d'arbitrage pour l'organisation de laquelle il est tout disposé à présenter ses propositions ou à examiner celles que le gouvernement impérial voudra bien lui communiquer.

Jules Cambon

Randbemerkung von Schoens:
[1] Nein, suggestion

Nr. 8396

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 5. November 1908

Der französische Botschafter hat mir soeben die beifolgende Note* überbracht, wonach die französische Regierung an dem Gedanken, die ganze Casablanca-Angelegenheit schiedsgerichtlich zu regeln, festhält.

Es könnte darauf erwidert werden, daß ein bestimmter Vorschlag über schiedsgerichtliche Erledigung der Sache von uns bisher nicht gemacht worden ist, daß wir indessen im Prinzip mit einer derartigen Regelung einverstanden sind, vorbehaltlich einer Verständigung über die dem Schiedsgericht vorzulegenden Fragen.

Was die „regrets" anbelangt, so schlägt Herr Cambon, zunächst rein persönlich, folgende Formel vor:

„Les deux Gouvernements regrettent l'incident de Casablanca du 25 septembre dernier qui a amené leurs agents à des violences et à de fâcheuses voies de fait."

Herr Cambon bezeichnet eine solche bilaterale Formel als das Maximum, das nach seiner festen Überzeugung in Paris zu erreichen sein würde.

Ich habe Herrn Cambon eine Antwort auf diesen Vorschlag noch nicht erteilt.

Meines Erachtens ist er in pessimum eventum annehmbar, namentlich dann, wenn die Sache in der Presse richtig dargestellt und besonders darauf hingewiesen wird, daß, falls das Schiedsgericht Frankreich Unrecht gibt,

---

* Siehe Nr. 8395.

dieses nicht nur die Deserteure an uns herauszugeben, sondern auch Entschuldigungen zu machen haben wird.

Die oben erwähnten regrets würden gegenseitig mündlich ausgesprochen werden, die vereinbarte Formel würde als Grundlage für die entsprechende Preßmitteilung dienen.

v. Schoen

Nr. 8397

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 286 Paris, den 5. November 1908

Herr Pichon sagte mir heute proprio motu, daß er angesichts der teilweise maßlosen Sprache, welche hiesige Presse bei Behandlung Casablanca-Zwischenfalls führe, Vertreter sämtlicher Blätter, auf welche er Einfluß zu nehmen imstande sei, noch für heute nachmittag aufs Ministerium bestellt habe. Es würde den Herren strengstens zur Pflicht gemacht werden, sich jeder unpassenden Kritik Seiner Majestät des Kaisers zu enthalten und Angriffe auf den Herrn Reichskanzler und dessen Politik zu unterlassen. Der Minister wünsche, daß ein konzilianter Ton angeschlagen werde, damit nicht auch von dieser Seite dem Herrn Reichskanzler Schwierigkeiten bereitet würden.

Radolin

Nr. 8398

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 6. November 1908

Bei meiner heutigen Unterredung mit dem französischen Botschafter über den Casablanca-Zwischenfall habe ich zunächst darauf hingewiesen, daß die Lage durch die Maßlosigkeiten der französischen Presse (insbesondere Lautier, der Freund Pichons, im „Figaro") sich ungünstiger gestaltet habe*.

Herr Cambon erkannte an, daß die Haltung der französischen Presse sehr bedauerlich sei, indessen habe inzwischen er und Herr Pichon beruhigend auf sie eingewirkt.

Ich betonte sodann, wie wünschenswert es sei, daß uns endlich die schon wiederholt in Aussicht gestellte französische aktenmäßige Darstellung zugänglich gemacht werde, damit wir über die angeblich vorhandenen wesentlichen Unterschiede zwischen unserer und der französischen Sach-

* Vgl. Nr. 8397.

darstellung näher aufgeklärt würden und in die Lage kämen, unsere etwaigen weiteren Entschlüsse auf einer zutreffenden Basis zu fassen. Wenn es richtig sei, daß die in Casablanca von Franzosen angegriffenen deutschen Konsulatsbeamten erst nach der Schlägerei sich als Konsulatsbeamte zu erkennen gegeben*, so sei dies ein beachtenswerter Punkt, der übrigens meines Erachtens den Franzosen den Ausdruck des Bedauerns erleichtern könnte.

Herr Cambon sagte mir die unverzügliche Mitteilung des Hauptaktenstückes, des Berichtes des Polizeichefs von Casablanca, zu, auch werde er die sofortige kommissarische Prüfung der Akten durch die beiderseitigen Juristen Renault und Kriege veranlassen.

Auf meine Frage, welche Haltung er und seine Regierung zu der Sache im jetzigen Stadium einnehmen wollte, antwortete Herr Cambon, Frankreich wünsche die Erledigung der ganzen Angelegenheit durch Schiedsspruch. Zu vorherigem Ausdruck des Bedauerns könne man sich auf französischer Seite nur in einer allgemeinen und durchaus bilateralen Form verstehen. Die von uns gewünschte Form einer besonderen Erwähnung des französischen Eingriffes in die Hoheitsrechte des deutschen Konsulats erfordere, um den bilateralen Charakter zu wahren, auch den Ausdruck unseres Bedauerns über die Ausdehnung des Konsulatsschutzes über Nichtdeutsche. Damit würde aber der Frage präjudiziert werden, auf deren schiedsrichterliche Lösung es Frankreich wesentlich ankomme, die Frage nämlich, ob der deutsche Konsul überhaupt zur Beschützung französischer Fremdenlegionäre befugt sei. Zu dieser Frage stehe Frankreich vorläufig verneinend. Herr Cambon empfahl dringend seine bekannte Formel. Ich habe es vermieden, zu erkennen zu geben, daß die Kenntnisnahme des aktenmäßigen Tatbestandes vielleicht eine Änderung unserer Stellungnahme herbeiführen könnte.

v. Schoen

Nr. 8399

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 387 Wien, den 7. November 1908

Freiherr von Aehrenthal machte mir heute ganz vertraulich folgende Mitteilung: Wie er durch ein Handbillett seines Kaisers erfahren, sei zwischen den Monarchen gestern** auch der Casablanca-Zwischenfall erörtert worden.

---

* Vgl. Nr. 8394.

** Am 6. traf Kaiser Wilhelm II., von einem Jagdaufenthalt bei dem österreichischen Thronfolger in Eckartsau kommend, in Wien zum Besuch Kaiser Franz Josephs ein; am 7. reiste er nach Donaueschingen weiter. Nach den Mitteilungen Wilhelms II. an Freiherrn von Jenisch, die dieser am 7. November an

Kaiser Franz Joseph habe unserm allergnädigsten Herrn Mitteilung davon gemacht, daß Frankreich hier den dringenden Wunsch ausgesprochen habe, wenn möglich über die in bezug auf die Regelung dieser Frage in Berlin herrschende Stimmung unterrichtet zu werden. Kaiser Wilhelm habe darauf erklärt, seine Absicht gehe dahin, diese Frage der Würde Deutschlands entsprechend in friedlichem und freundschaftlichem Wege mit Frankreich zu regeln.

Er, Freiherr von Aehrenthal, habe von dieser Äußerung des Kaisers Wilhelm der französischen Regierung mit dem ausdrücklichen Vorbehalte Kenntnis gegeben, daß sie unter keinen Umständen in der Öffentlichkeit bekannt werden dürfe. Der Minister fügte noch hinzu, daß es ihm fern liege, in dieser Frage eine Vermittlerrolle spielen zu wollen. Er habe lediglich Euerer Durchlaucht einen Dienst erweisen und die Regelung der Frage in dem von uns gewünschten Sinne erleichtern wollen.

Tschirschky

Nr. 8400

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Donaueschingen

Telegramm. Entzifferung

Nr. 121 Berlin, den 7. November 1908

Bitte Seiner Majestät zu melden, daß französischer Botschafter soeben hier einen Teil des französischen Materials über Zwischenfall in Casablanca, speziell den Bericht des Polizeikommissars Dordé, übergeben hat. Das Material, das noch näher geprüft wird, läßt allerdings Verhalten deutscher Unterbeamter in recht bedenklichem Licht erscheinen.[1]

Inzwischen werden Verhandlungen über beiderseitige Erklärungen der Regierungen fortgesetzt, und es ist auf befriedigende Erledigung im Wege bilateraler[2] Erklärungen zu hoffen.

Sobald eine Formel gefunden, werde ich telegraphisch Mitteilung davon machen.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Habe ich ja immer schon befürchtet und vermuthet!
[2] ?!

---

das Auswärtige Amt weitergab, hätte Kaiser Franz Joseph im Laufe der Unterhaltung mit dem deutschen Monarchen „in sehr dringlicher Weise die inständige Bitte ausgesprochen, Deutschland möge sein möglichstes tun, um in der Casablancaaffäre zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen und dadurch den gefährlichen Zündstoff in Marokko, welcher eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen unmöglich mache, aus dem Wege zu räumen."

Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich bin in Meinen schlimmsten Befürchtungen, die ich schon lange gehegt bestärkt. Empfehle möglichst schleunige Formelerfindung, da sonst die Gallier Indiskretionen und Veröffentlichungen loslassen, und dann wird die Entschuldigung unilateral bei uns und eine große Blamage!
Wenn man Unrecht hat, soll man es auch ehrlich eingestehen!* Wilhelm I. R.

Nr. 8401

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 310 London, den 9. November 1908

Hiesige Abendzeitungen enthalten Wiedergabe aus „Echo de Paris", wonach ich vor zwei Tagen Sir E. Grey auftragsgemäß benachrichtigt haben soll, meine Regierung hege die besten Gefühle für Frankreich und könne nicht annehmen, daß Casablanca zu ernsten Schwierigkeiten führen werde. Sir E. Grey habe diese Gelegenheit zur Erklärung benutzt, daß britische Regierung Frankreich nicht im Stich lassen würde, falls Unterstützung verlangt werde.

Diese Nachricht ist von Anfang bis zum Ende unwahr. Ich habe schon deshalb keine Erklärung abgeben können, weil ich über Casablanca-Zwischenfall überhaupt noch keine amtliche Nachricht erhalten habe.

Vorgestern hatte ich Besprechung mit Sir E. Grey, worin ich unter anderem auf die feindliche Haltung hiesiger Presse gegen Deutschland hinwies: Lügen über unsere Balkanpolitik, einseitige, die Tatsachen verdrehende, aufreizende Darstellung von Casablanca, der sich sogar früherer unionistischer Kolonialminister Lyttleton in öffentlicher Rede schuldig gemacht habe. Ich betonte dabei ausdrücklich, daß ich nicht den deutschen oder französischen Standpunkt zu diskutieren, sondern lediglich auf die unwahre Behauptung hinzuweisen wünsche, wonach wir aus Gründen der inneren Politik** absichtlich den Streittall plötzlich verschärft hätten, während wir gerade im Gegenteil bemüht seien, eine beiderseitig befriedigende Lösung herbeizuführen.

---

* Die Bemerkungen Kaiser Wilhelms II. wurden von Freiherrn von Jenisch am 8. November dem Auswärtigen Amt durch Telegramm Nr. 16 übermittelt. Dazu bemerkte Fürst Bülow: „Wir müssen Seine Majestät darüber aufklären, daß das Unrecht keinenfalls nur auf deutscher Seite liegt, damit Seine Majestät nun nicht Äußerungen macht, welche die Franzosen untraitabel machen." Vgl. Nr. 8403.

** Nämlich im Hinblick auf die „Daily Telegraph"-Affäre.

Mit Bezug auf Casablanca beschränkte sich der Minister ausschließlich auf die Bemerkung, daß er von der französischen Regierung über den Gang der Verhandlungen nicht unterrichtet worden sei.

Unser Gespräch hatte auf ausdrücklichen Wunsch des Ministers noch zudem einen rein privaten Charakter. Er begann dasselbe mit der Bemerkung, daß er es bedauern würde, wenn bei uns auf Grund der Vorkommnisse der letzten Wochen der Eindruck sich festsetzte, als wolle England die dargebotene Hand zurückweisen. Man müsse zwischen der Presse und der Politik eines Landes unterscheiden. Er würde sich freuen, wenn wir gemeinschaftlichen Boden für politische Aufgaben fänden. Daher begrüße er jetzt die gemeinsame Finanzoperation in der Türkei mit Genugtuung*.

Dementi halte ich nicht für nützlich, oder höchstens in der Form, daß nach Zitierung des „Echo de Paris" hinzugefügt wird, von einer derartigen Erklärung der englischen Regierung sei in Berlin nichts bekannt.

Metternich

Nr. 8402

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Gesandten von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 10. November 1908

Soeben teilt mir Herr Cambon mit, daß seine Regierung unsern letzten Vorschlag in der Casablancasache angenommen habe. Da ich jedoch gestern abend mit Herrn Cambon eine kleine Redaktionsänderung vornahm, bittet er mit Veröffentlichung des Texts zu warten, bis er Zustimmung auch zu der Modifikation erhalten.

Die Modifikation besteht darin, daß im Eingang ausdrücklich Einigung auf Schiedsgericht erwähnt wird. Es schien mir nämlich in dem ursprünglichen Entwurf unlogisch, daß am Ende von der Tätigkeit eines Schiedsgerichts gesprochen wird, ohne daß vorher erwähnt war, daß ein solches beiderseitig angenommen ist.

Die letzte Redaktion** ist gehorsamst beigefügt, ebenso der Entwurf eines Telegramms an Seine Majestät.***

Kiderlen

---

* Vgl. darüber Bd. XXVII, Kap. CCXVI.
** Vgl. das folgende Schriftstück.
*** Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 8403

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Donaueschingen

Telegramm. Konzept von der Hand des Stellvertretenden Staatssekretärs Gesandten von Kiderlen

Nr. 123 Berlin, den 10. November 1908

Zu Telegramm Nr. 16*.

Der Weisung Seiner Majestät entsprechend, habe ich sofort Stellvertretenden Staatssekretär zu Herrn Cambon geschickt, um die von Seiner Majestät gewünschte Formel zu finden und zu vereinbaren. Die Einigung erfolgte auf folgende beiderseitige Erklärung, der französische Regierung nach einigem Zögern zugestimmt hat: „Les Gouvernements Allemand et Français, regrettant les événements, qui se sont produits à Casablanca le 25 septembre dernier et qui ont amené des agents subalternes à des violences et à de fâcheuses voies de fait, décident de soumettre l'ensemble des questions soulevées à ce sujet à l'arbitrage. D'un commun accord chacun des deux Gouvernements s'engage à exprimer ses regrets sur les actes de ces agents suivant le jugement que les arbitres auront porté sur les faits et sur la question de droit."

Da mit dieser Formel der Weisung Seiner Majestät entsprechend die bilaterale Form gewahrt und der Zwischenfall zwischen den beiden Regierungen als erledigt angesehen werden kann, habe ich den Stellvertretenden Staatssekretär angewiesen, die Formel mit Herrn Cambon zu zeichnen**.

Bülow

Nr. 8404

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Kiderlen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Erckert

Nr. 233 Berlin, den 10. November 1908

Am 7. uns überreichter Bericht des Polizeikommissars Dordé in Casablanca über dortige Vorgänge am 25. September enthält bemerkenswerte neue Angaben und erhebliche Widersprüche mit unserer Darstellung. Infolgedessen habe ich heute mit französischem Botschafter Abmachung unterzeichnet, wonach beide Regierungen unter Ausdruck des Bedauerns über Vorfall Gesamtheit der damit verknüpften Fragen (Tatbestand und Rechtsfrage) einem Schiedsgericht unterbreiten.

Kiderlen

---

* Vgl. Nr. 8400, S. 368, Fußnote*.

** Noch am gleichen Tage telegraphierte Freiherr v. Jenisch zurück: „S. M. ist über Meldung sehr erfreut und mit der vereinbarten Formel einverstanden".

Nr. 8405

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Kriege

Reinschrift

Berlin, den 27. November 1908

Auf Grund des mir vom Herrn Stellvertretenden Staatssekretär erteilten Auftrags habe ich mit dem Justitiar des französischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten Professor Renault die Verhandlungen wegen des Schiedsvertrags über den Casablanca-Zwischenfall geführt. Ich legte Herrn Renault zunächst den in der Anlage I enthaltenen Entwurf vor, worauf mir dieser den gleichfalls angeschlossenen Gegenentwurf nebst Begründung mitteilte; zu diesem Gegenentwurfe habe ich die darin mit roter Tinte eingetragenen Abänderungsvorschläge gemacht*. Am 23. November ist der in deutscher und französischer Ausfertigung anliegende endgültige Entwurf von Herrn Renault und mir gezeichnet worden, worauf am 24. November die Unterzeichnung des Schiedsvertrags selbst durch den Herrn Stellvertretenden Staatssekretär und den französischen Botschafter Cambon erfolgt ist**. Die für Deutschland bestimmte Ausfertigung des Vertrags liegt bei.

---

* Die Entwürfe nebst den Eintragungen Krieges sind hier nicht abgedruckt.

** Der Schiedsvertrag vom 24. November 1908 wurde alsbald im „Reichs- und Staatsanzeiger" sowie in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 25. November 1908 veröffentlicht. Er findet sich auch im deutschen Weißbuch: Aktenstücke über die schiedsgerichtliche Erledigung der durch den Zwischenfall von Casablanca hervorgerufenen Streitfragen. Ebendort der Schiedsspruch vom 22. Mai 1909 und das Protokoll vom 29. Mai 1909 über die zur abschließenden Erledigung des Casablanca-Zwischenfalls ausgetauschten Erklärungen. Dieses Protokoll hatte folgenden Wortlaut:

„Nachdem die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung der Französischen Republik am 10. November 1908 übereingekommen sind, die gesamten Streitfragen, welche durch die am 25. September 1908 in Casablanca vorgekommenen Begebenheiten hervorgerufen sind, einem zu diesem Zwecke zusammenberufenen Schiedsgerichte zu unterbreiten, und nachdem die beiden Regierungen sich verpflichtet haben, einander ihr Bedauern über das Vorgehen ihrer Angestellten nach Maßgabe der von den Schiedsrichtern über den Tatbestand zu treffenden Entscheidung auszusprechen, nachdem sodann das Schiedsgericht im Haag am 22. Mai 1909 erkannt und verkündet hat was folgt:

Zu Unrecht sowie mittels eines schweren und offensichtlichen Versehens hat der Sekretär des Kaiserlich Deutschen Konsulats in Casablanca den Versuch gemacht, Deserteure der französischen Fremdenlegion, die nicht die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen, auf einem deutschen Dampfer einzuschiffen.

Der deutsche Konsul und die anderen Angestellten des Konsulats sind hierfür nicht verantwortlich; doch hat der Konsul durch Unterzeichnung des ihm vorgelegtenGeleitscheins ein nicht beabsichtigtes Versehen begangen.

Das deutsche Konsulat hatte unter den vorliegenden Umständen nicht das Recht, den Deserteuren deutscher Reichsangehörigkeit seinen Schutz zu gewähren; doch kann der in dieser Hinsicht von den deutschen Konsularbeamten begangene

Über die Fassung der vom Schiedsgerichte zu entscheidenden Einzelfragen war eine Einigung nicht zu erzielen, so daß deren Formulierung dem Schiedsgerichte selbst vorbehalten bleiben muß. Dagegen hat Herr Renault in allen übrigen Punkten, namentlich wegen Befassung des Schiedsgerichts mit der Entscheidung über die Herausgabe der Deserteure sowie wegen der vor dem Schiedsgerichte zugelassenen Sprachen, den deutschen Wünschen nachgegeben. Wegen des zu wählenden Obmanns ist eine Einigung dahin erfolgt, daß als solcher der schwedische Regierungspräsident in Upsala von Hammerskjöld ernannt werden soll.

Kriege

Nr. 8406

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 572 Paris, den 18. Dezember 1908

Herr Eugène Lautier vom „Figaro" suchte mich gestern auf, um, wie er sagte, mit mir über die politischen Vorgänge zu sprechen, die sich während meiner Urlaubsabwesenheit zugetragen haben.

Er fragte, ob er sich offen und rückhaltslos ausdrücken dürfe, und führte dann folgendes aus.

Mit tiefem Bedauern hätten alle verständigen Leute in Frankreich unser schroffes Auftreten in der Casablanca-Affäre empfunden. Die Demarche, die der Herr Botschafter in Ausführung des hohen Erlasses vom 30. Oktober d. Js.* hier gemacht, hätte einen weitgehenden Einfluß auf die französische Politik gehabt. Bei dem intimen Vertrauensver-

---

Rechtsirrtum ihnen weder als beabsichtigtes noch als unbeabsichtigtes Versehen zugerechnet werden.

Zu Unrecht haben die französischen Militärbehörden den im Namen des deutschen Konsulats über die Deserteure ausgeübten tatsächlichen Schutz nicht soweit irgend möglich respektiert.

Selbst abgesehen von der Verpflichtung, den konsularischen Schutz zu respektieren, berechtigten die Umstände französische Militärpersonen weder zur Bedrohung mit einem Revolver noch zur Fortsetzung der dem marokkanischen Konsulatssoldaten zugefügten Schläge.

Den weiteren in den Anträgen der beiden Parteien erhobenen Ansprüchen kann nicht stattgegeben werden.

So erklären die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Regierung der Französischen Republik, jede soweit sie betroffen ist, daß sie ihr Bedauern über das in dem Schiedsspruch ihren Angestellten zum Vorwurfe gemachte Verhalten ausdrücken.

Geschehen in doppelter Ausfertigung in Berlin am 29. Mai 1909.

v. Schoen

T. de Berckheim."

* Siehe Nr. 8384.

hältnis zu Herrn Pichon sei er über alles orientiert und könne daher en toute connaissance de causes sprechen. Eine Folge unseres Vorgehens sei es zunächst gewesen, daß Frankreich in der Orientpolitik die mit der unseren parallele Haltung wenigstens vorübergehend aufgab*.

Als nämlich Anfang Oktober die Krise ausbrach, habe Pichon, wie Lautier bescheidenerweise behauptet, auf seinen Rat, sich den Herren Clemenceau und Louis nicht gefügt, die, dem englischen und russischen Wunsch gemäß, Frankreich die Führung der auf Einberufung der Konferenz hinzielenden Politik übernehmen lassen wollten. Pichon habe vielmehr der Auffassung gemäß gehandelt, daß Frankreich zwar richtig getan habe, vor Algeciras sich engstens an England und Rußland anzuschließen, um beide Mächte auf der Marokkokonferenz fest an seiner Seite zu sehen; daß es sich aber darum durchaus nicht auch auf alle Zeiten für verpflichtet halten dürfe, seine Interessen überall mit denen Englands und Rußlands zu identifizieren. Sonach sei Pichons ehrliche Absicht gewesen, sich uns im Orient zu nähern. Die „indignation" aber, die hier durch die überall gehegte Überzeugung hervorgerufen worden, als hätten wir Frankreich wiederum demütigen wollen**, habe die Regierung gezwungen, „de faire le petit crochet que vous avez pu constater".

Unsere Unterhaltung wandte sich sodann der in den letzten Tagen in der Presse viel besprochenen Meutereiaffäre in Südoran*** zu. Dabei

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCVI.

** Daß eine solche Absicht nicht bestand, zeigen die voraufgehenden Schriftstücke, nicht zuletzt auch die Randbemerkungen des Kaisers zu Nr. 8400. Der Entschluß der deutschen Staatsmänner ging von Anfang lediglich dahin, nicht eine Demütigung von seiten Frankreichs, wie sie in dem gewaltsamen französischen Vorgehen gegen die deutschen Konsularbeamten erblickt wurde, einzustecken. Sehr klar hat Reichskanzler Fürst von Bülow in der Reichstagssitzung vom 8. Dezember 1908 die Gründe des deutschen Vorgehens entwickelt:

„Über den Zwischenfall selbst will ich das Nachstehende sagen. Solange wir annehmen mußten, daß ein unzweifelhafter Eingriff der französischen Organe in unsere Konsulargewalt vorlag, mußten wir an der Forderung, daß die französische Regierung ihr Bedauern für diesen Eingriff ihrer Organe ausspreche, zur Wahrung unserer Konsulargewalt festhalten und darauf bestehen bleiben, daß eine solche Erklärung der Überweisung an ein Schiedsgericht vorausgehe. Als aber ein französischer, mit eingehendem Material versehener Bericht ergab, daß auch die für solchen Eingriff in Betracht kommenden Tatfragen streitig waren, konnte für uns billigerweise kein Grund mehr bleiben, jene französische Erklärung vor Festsetzung des Tatbestandes durch ein Schiedsgericht zu verlangen. Worauf es nunmehr ankam, das war, den diplomatischen Streit formell in einer der Würde beider Teile entsprechenden Weise zu erledigen. Das ist durch die von uns gewünschte und vereinbarte Formel geschehen, in der beide Regierungen vorweg ihr Bedauern aussprechen und die Feststellung des Tatbestandes und der weiteren Rechtsfolgen einem Schiedsgericht überlassen. Man hat bei dieser Gelegenheit in einem Teil unserer Presse wieder einmal von einer Niederlage der deutschen Politik gesprochen. Ich glaube, daß diese Regelung die besonnenen und friedliebenden Elemente in beiden Ländern befriedigen kann, und sehe in der gefundenen Lösung einen Sieg der Vernunft."

*** Am 13. Dezember hatten 50 Fremdenlegionäre im südlichen Oran gemeutert und einen Fluchtversuch nach Marokko unternommen, sie wurden jedoch nach einigen Tagen wieder eingefangen.

war es mir interessant, wie Lautier aus eigenem Antrieb sagte, wenn französische Blätter in ihrer Polemik gegen uns so weit gegangen wären, Deutschland zu insinuieren, als hätte es diesen Zwischenfall provoziert, um sich angesichts des Haager Schiedsgerichtsverfahrens eine wirksame Waffe gegen den französischen Standpunkt zu verschaffen, so sei dies geradezu als unanständig zu bezeichnen. Denn nachdem man sich loyal auf schiedsgerichtliche Austragung der gesamten Tat- und Rechtsfragen geeinigt hätte, beleidige man uns mit der Vermutung, als könnten wir jetzt auf Umwegen eine Modifizierung der Sachlage zu unseren Gunsten herbeiführen wollen.

Lancken

Kapitel CLXXXI

Die Deutsche Initiative zur Anerkennung Mulay Hafids Die Entsendung Konsul Vassels nach Fes August—Dezember 1908

Nr. 8407

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 26. August 1908

Ich habe dem französischen Geschäftsträger*, der gestern beim Diplomatenempfang auf die Ereignisse in Marokko zu sprechen kam, gesagt, die jetzt erfolgte Niederlage Abdul Asis' sei uns natürlich ebenso überraschend wie aller Welt gewesen, unsere Informationen hätten aber nie einen Zweifel darüber gelassen, daß Mulay Hafid seinem Bruder weit überlegen sei, und daß er schließlich, wenn sich die Mächte nicht einmischten, den Sieg über ihn davontragen werde. Noch vor kurzem habe mir ein Kenner Marokkos gesagt, Mulay Hafid beherrsche drei Viertel von Marokko, während Abdul Asis eigentlich keine Anhänger habe und nur in einem ganz geringen Teile des Landes Einfluß besitze.

Auf die Frage, wie ich mir die Entwicklung der Dinge in Marokko denke, habe ich dem Baron Berckheim gesagt, zurzeit lägen nur Telegramme vor, und auf Grund des vorhandenen Materials sei es noch nicht möglich gewesen, dem Herrn Reichskanzler Vortrag in der Sache zu halten. Meiner persönlichen Meinung nach hätten die letzten Ereignisse uns vor vollendete Tatsachen gestellt. Abdul Asis habe das Wenige von Macht, das er besessen, verloren, und Mulay Hafid sei nunmehr tatsächlich Herrscher von Marokko geworden.

Baron Berckheim sprach allerdings etwas von formeller Anerkennung, schien aber im übrigen meiner Auffassung völlig beizustimmen. Die Unterhaltung wandte sich dann der Frage zu, ob bei der veränderten Lage der Dinge eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten sei.

Ich habe mich in dieser Beziehung sehr optimistisch geäußert und der sicheren Erwartung Ausdruck gegeben, daß Mulay Hafid stark genug sein werde, um Ordnung zu schaffen. Natürlich werde es wie in anderen Ländern auch zukünftig in Marokko vorkommen, daß Europäer umgebracht würden. Dann werde man nicht zur Selbsthülfe schreiten brauchen, sondern sich, wie anderswo, an Mulay Hafid und an seine Regierung wenden

* Baron de Berckheim.

und von dieser Entschädigung und Bestrafung der Schuldigen erlangen können. Baron Berckheim pflichtete dem völlig bei.

W. Stemrich

Nr. 8408

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Tanger Gesandten Freiherrn von Wangenheim

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 160 Berlin, den 26. August 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 157 und mit Bezug auf Ew. Telegramm Nr. 220*.

Halten Sie infolge letzter Ereignisse Reise Loehrs nach Fes für unbedenklich?

Oder glauben Sie, daß schon jetzt Sendung Vassels dahin zweckmäßiger?

Drahtantwort. Stemrich

Nr. 8409

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 240 Tanger, den 26. August 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 160**.

Unter Mulay Hafids Schutz, der Weg bis Fes völlig beherrscht, kann jeder Deutsche ungefährdet dorthin gelangen.

---

* Telegramm Nr. 157 nach und Telegramm Nr. 220 von Tanger vom 21. bzw. 22. August beziehen sich auf die von Freiherrn von Wangenheim bereits am 12. August (siehe Kap. CLXXIX, Nr. 8354) gestellte Anfrage, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, einen deutschen Beamten wenigstens inoffiziell nach Fes, der nunmehrigen Residenz von Mulay Hafid, zu entsenden, um sich der Interessen derjenigen Deutschen und Schutzgenossen anzunehmen, die sich in dem zu Mulay Hafid haltenden Teil Marokkos befänden. Die Frage erschien um so dringlicher, seit am 22. August die Nachricht in Berlin einlief, daß der französische Konsulatsverweser in Fes bei Mulay Hafid Audienz verlangt habe. Auf deutscher Seite bestanden zunächst Bedenken, mit der Entsendung eines offiziellen Berufsbeamten nach Fes voranzugehen, und man hätte es daher vorgezogen, wenn der österreich-ungarische Wahlkonsul Loehr, ein Reichsdeutscher, der dem Auswärtigen Amt wiederholt angezeigt hatte, daß er zur Wahrnehmung seiner geschäftlichen Interessen nach Fes zurückkehren wolle, inoffiziell sich seiner Volksgenossen angenommen hätte.

** Siehe Nr. 8408.

Nachdem Mulay Hafid nunmehr nicht nur hier, sondern an mehreren Küstenorten proklamiert ist, muß Regnault den bis zu den letzten Tagen verfolgten Plan, Abdul Asis für Frankreich wieder aufleben zu lassen, definitiv aufgeben und kann seiner Regierung nicht mehr abraten, Mulay Hafid anzuerkennen. Entsendung deutschen Beamten nach Fes steht also nicht mehr im Gegensatz zu der jetzt für Frankreich entstandenen Lage. Frankreich wird ohne Zweifel versuchen, hier und mit Mulay Hafidischen Vertretern in Paris Vereinbarung zu treffen, welche die Anerkennung Mulay Hafids an unserem Interesse vielleicht zuwiderlaufende Bedingungen knüpft. Es ist von Wichtigkeit, daß uns die . . .* geschaffen wird, der in politischen Dingen wenig erfahrenen Regierung Mulay Hafids in Fes unter Umständen vertraulich Ratschläge zu erteilen. Außerdem handelt es sich darum, daß die von Abdul Asis uns erteilte Konzession für Larache sowie die der letzten Bestätigung harrende Konzession zum Ausbau des Hafens von Tanger, ehe noch französische Intrigen Platz greifen, von Mulay Hafid bestätigt werden.

Die Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe kann nur einem politisch erfahrenen Beamten, nicht einem Kaufmann anvertraut werden, die baldmöglichste Entsendung Dr. Vassels, die außerdem auf Mulay Hafid den allerbesten Eindruck machen würde, scheint mir demnach durch die Umstände geboten.

Wangenheim

Nr. 8410

Aufzeichnung des Gesandten in Tanger Rosen, z. Z. in Berlin

Eigenhändig. Undatiert

[pr. 27. August 1908]

Auf die Frage, welche Maßnahmen angesichts der gegenwärtigen Lage in Marokko wünschenswert erscheinen, beehre ich mich nachstehendes gehorsamst auszuführen:

1. Wir haben das größte Interesse daran, daß die allgemeine Anerkennung Mulay Hafids ohne Verzögerung stattfindet. Träte eine Verzögerung ein, so müßten wir die Wiederholung des Vorganges vom Mai und Juni dieses Jahres befürchten, durch welche wir uns um die Früchte unserer bis dahin erfolgreichen Marokkopolitik bringen ließen. Der Hergang war damals kurz der folgende:

Am 13. Mai wurden die Abgesandten Mulay Hafids in Berlin empfangen unter wiederholtem Hinweis auf die unparteiische Haltung Deutschlands im Thronstreit. Nichtsdestoweniger hatte dieser Empfang eine weitgehende Rückwirkung auf die Dinge in Marokko, indem er die Macht

* Zifferngruppe fehlt, zu ergänzen: Möglichkeit.

Mulay Hafids im ganzen Lande und auch international stärkte. Wohl infolge hiervon erklärte Herr Pichon (etwa am 25. Mai) dem Kaiserlichen Botschafter in Paris, falls sich Mulay Hafid dauernd im Lande als Herr behaupte, könne es der französischen Regierung schließlich recht sein, ihn, wie jeden anderen Machthaber, anzuerkennen*. Am 29. Mai sprach Herr Cambon in Berlin andeutungsweise die Befürchtung aus, Deutschland könne Frankreich in der Anerkennung Mulay Hafids zuvorkommen, wurde aber hierüber beruhigt**. Daß indessen hierbei unsrerseits als Voraussetzung angenommen wurde, daß die Anerkennung selbst beschlossene Sache sei und es sich lediglich um die für Frankreich am wenigsten verletzende Modalität handle, geht aus einer Mitteilung an Mulay Hafid hervor, wonach wir Frankreich unsre Bereitwilligkeit zu seiner Anerkennung ausgedrückt hatten und nur noch auf die Zustimmung der übrigen Konferenzmächte warteten. Am 12. Juni wurde der Einzug Mulay Hafids in Fes bekannt, der seine Anerkennung im ganzen Lande mit Ausnahme der unter den französischen Kanonen liegenden Küstenstädte zur Folge hatte. In diesen wurde die Ausrufung des neuen Sultans französischerseits durch die offene Drohung mit der Wiederholung der Vorgänge von Casablanca verhindert. Mulay Hafid war damals bereits — wie auch berichtet wurde — Herr des ganzen Landes, während Abdul Asis nicht drei zuverlässige Anhänger unter seinen ehemaligen Untertanen zählte. Sein von Herrn Regnault in Szene gesetzter Zug nach Marrakesch war von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Wir wären daher berechtigt gewesen, im Interesse unseres Handels dagegen Einspruch zu erheben. Wenn dies nicht geschah, so war dies ein Beweis unsres weitgehenden Entgegenkommens gegenüber einer Politik, deren Haltlosigkeit uns längst bekannt war. In dem auf den Einzug Mulay Hafids in Fes folgenden Gespräche (am 15. Juni) betonte nun der Herr Staatssekretär die Nützlichkeit der Anerkennung Mulay Hafids, wollte aber den Franzosen keine Schwierigkeiten machen und namentlich nicht die Initiative ergreifen, die den Westmächten überlassen bleiben sollte***. Herr Cambon riet gleichzeitig, ohne Eile vorzugehen, und nun erfolgte — nichts. Die Westmächte ergreifen ebensowenig die Initiative wie Deutschland, und die übrigen Mächte verhalten sich gleichfalls abwartend. Dies ermöglicht die Anzettelung zahlreicher kleinerer Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes und den erwähnten abenteuerlichen Zug des Sultans Abdul Asis gegen Marrakesch.

Aus gewissen Anzeichen scheint nun hervorzugehen, daß Herr Regnault tatsächlich den Versuch macht, die Komödie nochmals zu wiederholen, das heißt durch künstliche Hinausschiebung der Anerkennung Zeit zur Anzettelung neuer Intrigen zu gewinnen. Daß bei einem derartigen

---

* Vgl. Kap. CLXXIX, Nr. 8338.
** Vgl. Kap, CLXXIX, Nr. 8340.
*** Vgl. Kap. CLXXIX, Nr. 8345.

Zustande die friedlichen Bestrebungen in Marokko und in erster Linie unsre wirtschaftlichen Interessen schwer zu leiden haben, liegt auf der Hand. Denn nicht nur wird der Handel der Hafenstädte mit dem Hinterlande fortwährend gestört, sondern alle größeren Unternehmungen geraten dadurch ins Stocken, daß in Europa keine Kredite für Geschäfte in einem anscheinend der Anarchie und dem endlosen Bürgerkriege verfallenen Lande gefunden werden können. Aus demselben Grunde ist es dem Machsen nicht möglich, die fälligen Raten für Hafenbauten und sonstige Verpflichtungen gegen deutsche Firmen in Höhe von etwa fünf Millionen francs zu zahlen, wodurch unsre Kaufleute sehr in ihrer Aktionsfähigkeit behindert werden. Dies führt zu einer wachsenden Unzufriedenheit unter den Deutschen Marokkos und den an Marokko interessierten Kreisen in Deutschland.

2. Es dürfte im dringenden Interesse unsres Handels sowohl wie unsrer politischen Stellung in Marokko liegen, möglichst bald einen Vertreter nach Fes zu entsenden. Diesem würde die doppelte Aufgabe zufallen, uns schädigende Abmachungen der Franzosen mit Mulay Hafid zu verhindern und den günstigen Moment zur Regelung einiger deutscher Forderungen auszunutzen. Was ersteren Punkt betrifft, so erinnere ich gehorsamst an die Art, wie der asisische Machsen französischerseits veranlaßt wurde, die französische drahtlose Telegraphenanlage anzukaufen, während weit ältere deutsche Lieferungen wie beispielsweise der Molenbau in Tanger unbezahlt blieben. Gegenwärtig besteht augenscheinlich die Absicht, Mulay Hafid zur Anerkennung aller französischen Forderungen, unter anderem auch für „Pazifikation" (etwa 120 Millionen) und sogar für seine eigene Bekämpfung zu zwingen, bevor man ihn als Sultan anerkennen will. Zu diesem Zwecke möchte man auf Grund des „französisch-spanischen Mandats" zunächst mit ihm verhandeln, wobei dann unsre Interessenten das Nachsehen haben würden. Bezüglich des zweiten Punktes ist von besonderer Wichtigkeit die endgültige Regelung des deutschen Hafenbaues in Larasch, welche bisher durch Herrn Regnault — entgegen den von Herrn Cambon gegebenen Versicherungen — hintertrieben wurde. Ferner gehört hierher die Bestätigung der von Abdul Asis bereits gegebenen Anerkennung des deutschen Anrechts auf einen eventuellen weiteren Ausbau des Hafens von Tanger. Ein in Fes weilender Vertreter, namentlich ein Berufsbeamter, wäre auch in der Lage, eventuelle Wünsche Mulay Hafids bezüglich der Rückkehr der deutschen Offiziere nach Marokko entgegenzunehmen.

Schließlich würde die Anwesenheit des deutschen Konsuls in Fes die Wirkung haben, Mulay Hafid von etwaigen fremdenfeindlichen Anwandlungen seiner Umgebung zurückzuhalten und das schon im Keim bestehende vertrauensvolle Verhältnis des neuen Herrschers zur kaiserlichen Politik weiter auszubauen und zu fruktifizieren.

Rosen

Nr. 8411

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 175 Paris, den 26. August 1908

In eben stattgehabter Unterredung mit Herrn Pichon über marokkanische Situation sagte mir dieser, für ihn laute die Parole: Abwarten.

Abdul Asis allerdings könne als endgültig abgetan betrachtet werden. Was hingegen Mulay Hafid angehe, so sollten seines Erachtens die europäischen Mächte, deren Interessen darin ganz die gleichen seien, zunächst beobachten, ob er sich als zweifellos gewillt zeigt, mit Europa in gutem Einvernehmen zu leben, und ob er zum Beweise dessen sowie als Zeichen seiner Energie und tatsächlichen Macht dafür sorgen werde, daß keinerlei fremdenfeindliche Kundgebungen in den Häfen erfolgten. (Aus Rabat werde eben gemeldet, daß man dort gewisse Befürchtungen wegen Ausbruchs von Unruhen hege.) Frankreich speziell müsse zudem natürlich beanspruchen, daß Mulay Hafid seine antifranzösische Agitation an der marokkanischen Ostgrenze einstelle. Würfen die Mächte sich jetzt Mulay Hafid an den Hals, so würden die ja allerdings zu erwartenden Versprechungen weit weniger Wert haben, als wenn man ihn an sich herankommen lasse. Erschweren werde ihm übrigens Frankreich die Übernahme der Herrschaft nicht. So sei es auch durchaus falsch, wenn von den Blättern gemeldet wurde, Herr Regnault habe Menebhi zur Hinausschiebung der Proklamierung in Tanger veranlassen wollen. Der Gesandte habe vielmehr seiner Instruktion gemäß lediglich Menebhi erklärt, er werde sich in keiner Weise in die innermarokkanischen Vorgänge mischen.

Der Minister fügte noch hinzu, er hoffe, in einigen Tagen mir mehr über die von Frankreich weiter zu beobachtende Haltung sagen zu können. Schließlich tat er noch der gestrigen Unterredung des französischen Geschäftsträgers mit dem Herrn Unterstaatssekretär Erwähnung und meinte, ohne auf den Inhalt derselben einzugehen: „Comte de Berckheim a tenu un langage très sage; je n'aurais pas pu dire autre chose."

Daß Herr Pichon mir heute kaum positive Erklärungen machen würde, war mir bereits gestern von einem ihm nahestehenden Politiker vorausgesagt worden, der mir eröffnete, das Wort habe allein Herr Clemenceau, und von diesem seien wohl kaum vor Ablauf einiger Tage Entscheidungen aus Karlsbad zu erwarten. Da mein Gewährsmann großer Englandfreund ist, unterdrückte ich die Frage, ob Herr Clemenceau sich erst bei dem für heute in Marienbad geplanten Frühstück mit König Eduard* von diesem das mot d'ordre holen müsse.

---

* Vgl. dazu Kap. CLXXVII, Nr. 8241, Fußnote **.

Der Minister zeigte sich übrigens etwas peinlich berührt durch die Ausführungen der Presse, namentlich der deutschen, die in der Niederlage Abdul Asis' einen persönlichen Echec für ihn erblicken wollten. In Frankreich sei das ja hauptsächlich Parteigezänk. Die deutschen Blätter aber täten Unrecht, ihn schlecht machen zu wollen. Er habe wiederholt sehr bestimmte Erklärungen dahin abgegeben, daß er aufrichtig wünsche, in möglichst gute Beziehungen zu uns zu kommen. Auch habe er doch die leidige marokkanische Angelegenheit nicht provoziert, sie vielmehr als unangenehme Erbschaft übernehmen müssen. Und was speziell den Sultansstreit betreffe, könne er mir heute . . .*, daß er persönlich von jeher der Auffassung gewesen sei, Mulay Hafid werde schließlich obsiegen. Darum auch die Vorsicht, der er sich, um sich die Zukunft offen zu halten, in allen Äußerungen über den Sultanskampf befleißigt habe. Leider nur habe er mit starken Gegenströmungen zu kämpfen gehabt. Auch darin irre unsere Presse durchaus, wenn sie ihn beschuldige, Abdul Asis als seinem Schützling militärische Unterstützung geliehen zu haben. Mit seinem oder anderer französischer Behörden Wissen habe kein französischer Soldat auf Abdul Asis' Seite gekämpft. Er versichere mich dies auf das bestimmteste.

Ich erwiderte, daß man allerdings in Deutschland nicht immer von der absoluten Unparteilichkeit der französischen Regierung überzeugt gewesen sei. Daß Herr Pichon selbst Mulay Hafid in der Kammer als Rebellen bezeichnet hatte, glaubte ich ihm lieber nicht in Erinnerung rufen zu sollen, da er ohnehin bereits etwas erregt geworden war. Aus diesem Grunde möchte ich auch glauben, daß es seinen Intentionen entspräche, wenn die Äußerungen seiner Mißstimmung, die er ausdrücklich als sehr offene bezeichnete, vertrauliche Behandlung fänden.

Lancken

Nr. 8412

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Ausfertigung

Nr. 28 Berlin, den 27. August 1908

Euerer Durchlaucht beehre ich mich anbei ein Telegramm des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Paris vom 26. d. Mts.** über eine die Situation in Marokko betreffende Unterredung mit Herrn Pichon gehorsamst vorzulegen. Über meine darin erwähnte Unterhaltung mit Baron Berckheim ist eine Aufzeichnung*** beigefügt.

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Siehe Nr. 8411.
*** Siehe Nr. 8407.

Die ziemlich vorsichtigen Erklärungen des französischen Ministers erfahren nähere Ergänzung und schärfere Beleuchtung durch die Auslassungen des „Petit Parisien", die in dem anliegenden Telegramm Nr. 173 aus Paris* wiedergegeben sind, sowie durch die von Graf Oberndorff mit dem beigefügten vertraulichen Telegramm Nr. 87 aus San Sebastian** gemeldeten Auslassungen des Kabinettschefs des spanischen Staatsministeriums.

Aus diesem Material, im Zusammenhalt mit sonstigen Artikeln in der Pariser, mit dem Quai d'Orsay mehr oder weniger in Fühlung stehenden Presse scheint hervorzugehen, daß die französische Regierung, mag sie auch zur Stunde feste Beschlüsse noch nicht gefaßt haben, bestrebt ist, die Anerkennung Mulay Hafids durch die Konferenzmächte zunächst hinauszuziehen, um dann, unter nomineller Assistenz Spaniens, als Vertreter der anderen Mächte über die Anerkennung mit Mulay Hafid zu verhandeln und dabei zunächst seine, Frankreichs, Spezialinteressen als Vorbedingung dafür sicherzustellen.

Ich möchte glauben, daß ein solches Verfahren, dessen Anfänge schon in dem anliegenden Tangerer Telegramm Nr. 234*** zu erkennen sind, unseren Interessen und unserer bisherigen Stellungnahme nicht entspricht. Wir würden dabei Marokko und der Welt gegenüber als Gefolgschaft Frankreichs auftreten.

Das von Frankreich immer schon angestrebte Mandat als Vertreter Europas, welches wir in Algeciras mit vieler Mühe auf ein bloßes, noch dazu engumgrenztes Polizeimandat heruntergedrückt haben, würde dabei die von den Franzosen bisher vergeblich gewünschte allgemeinere und sehr ausdehnungsfähige Bedeutung erlangen.

Die Franzosen berufen sich darauf, daß unter den Mächten Einverständnis dahin bestehe, daß keine derselben Mulay Hafid allein anerkennen wolle. Eine solche Einverständniserklärung ist aber von uns nicht abgegeben worden. Das in dem abschriftlich anliegenden Telegramm vom 29. Mai d. Js.† wiedergegebene Gespräch des Herrn Staatssekretärs von Schoen mit dem französischen Botschafter darf in diesem Sinne nicht ausgebeutet werden. Die damals von unserer Seite bekundete Anschauung kann uns heute unter den veränderten Umständen nicht binden, mit

---

* Nach Telegramm Nr. 173 Freiherrn von der Lanckens vom 25. August wäre im „Petit Parisien" vom 24. August als Auffassung der französischen Regierung dargelegt, daß, wenn der Anerkennung Mulay Hafids nähergetreten werden sollte, Frankreich und Spanien als Mandatare Europas zu handeln und sich mit dem neuen Herrscher ins Benehmen zu setzen hätten.

** Nach Telegramm Nr. 87 des Geschäftsträgers Grafen Oberndorff vom 25. August hatte der Kabinettschef des Staatsministeriums Vallin sich hinsichtlich der Anerkennung Mulay Hafids dahin geäußert, es scheine das natürlichste, daß Frankreich und Spanien, als mit Wahrung öffentlicher Sicherheit in Marokko beauftragt, die Initiative ergriffen und mit Vorschlägen an die übrigen Mächte heranträten.

*** Siehe Kap. CLXXIX, Nr. 8359.

† Siehe Kap. CLXXIX, Nr. 8340.

unserer Anerkennung Mulay Hafids auf Frankreichs Genehmigung dazu unbegrenzt zu warten.

Es kann sich danach fragen, ob wir nicht schon jetzt für uns allein Mulay Hafid anerkennen sollten.

Wollen wir aber für den Augenblick nicht so weit gehen, so bliebe zu erwägen, ob nicht ein deutscher konsularischer Beamter, und zwar Dr. Vassel, der die Verhältnisse vollkommen beherrscht, unverweilt nach Fes zu entsenden wäre, um sich unserer dortigen, mehrere Millionen betragenden Interessen anzunehmen und zugleich mit Mulay Hafid solche Fühlung zu halten, daß zu gewärtigende französische Intrigen möglichst durchkreuzt werden.

Die Notwendigkeit der Entsendung des Dr. Vassel hat Baron Wangenheim auf meine Anfrage in dem anliegenden Telegramm* mit Entschiedenheit bejaht. Er führt darin, meines Erachtens überzeugend, aus, weshalb die Wahrnehmung der konsularischen Geschäfte in Fes durch einen deutschen Kaufmann — wobei wir an die Entsendung des bisher in Fes angesessenen, erfahrenen und bewährten Herrn Loehr gedacht hatten — nicht genügen würde.

Nach erfolgter Entsendung des Dr. Vassel könnten wir in Paris Aufklärung über die Maßnahme geben und namentlich betonen, daß es sich um die unerläßliche Ausübung des Schutzes unserer Landsleute handle, daß es völkerrechtlich einer formellen Anerkennung Hafids nicht erst bedürfe. Wir — und demnächst nach unserem Vorgange Frankreich — hätten bereits früher unsere Konsuln pp. angewiesen, mit den Hafidischen Beamten, wo diese in der Macht, laufende Geschäfte zu erledigen. Daß auf die neue Regierung die Verpflichtungen ihrer Vorgängerin übergingen, betrachteten wir als selbstverständlich nach dem Satze: res transit cum suo onere. Nachdem in der französischen Presse jetzt wieder die von uns stets bekämpfte, erweiterte Mandatstheorie umginge, seien wir umsomehr genötigt, durch unsere Haltung das tatsächliche Verhältnis klarzustellen, wonach es sich für Frankreich und Spanien immer nur um ein genau begrenztes Mandat zur Unterstützung Marokkos bei Errichtung der Hafenpolizei, nicht aber um ein Mandat handeln könne, namens der Mächte mit der marokkanischen Staatsgewalt zu verhandeln.

Indem ich noch ein Gutachten des Kaiserlichen Gesandten Dr. Rosen** beifüge, darf ich Euere Durchlaucht um hochgeneigte, eventuell telegraphische Entscheidung bitten, ob die Entsendung des Dr. Vassel mit den vorgeschlagenen Maßgaben unverzüglich in die Wege geleitet werden darf***.

Stemrich

---

* Siehe Nr. 8409.
** Siehe Nr. 8410.
*** Vgl. Nr. 8415.

Nr. 8413

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich

Ausfertigung

Norderney, den 27. August 1908

Die Möglichkeit erscheint nicht ausgeschlossen, daß Frankreich angesichts der in Marokko eingetretenen Lage den Wunsch hegt, sich durch eine neue Marokkokonferenz aus der gegenwärtigen Verlegenheit zu ziehen und womöglich eine für Frankreich günstige Revision der Algecirasakte zu erlangen. Falls von irgendeiner Seite in dieser Richtung sondiert werden sollte, so bitte ich zu erwidern, daß für solche Konferenz jeder Anlaß zu fehlen scheint. Es ist nichts geschehen, das geeignet wäre, die Algecirasakte außer Kraft zu setzen; Frankreich versichert, daß es dieselbe beobachten will, und für die nächstbeteiligten Faktoren wird es jetzt, wo Marokko von nur einem Sultan beherrscht wird, leichter sein, sich wegen Durchführung der Akte mit diesem zu verständigen, als vorher, wo die Gewalt zwischen zwei Herrschern geteilt war.

Ich bitte, auch die Botschaft in Paris in diesem Sinne zu verständigen.

Bülow

Nr. 8414

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Berlin, den 28. August 1908

Geschäftsträger Tanger meldet gestern abend:

„Herr Regnault sagte mir soeben, er entnehme aus einem ihm zugegangenen Telegramm seiner Regierung, daß man es mit der Anerkennung Mulay Hafids nicht sehr eilig haben werde. Es müsse erst festgestellt werden, ob der neue Sultan Algecirasakte und alle sonstigen Verträge und Abmachungen anerkenne. Der Bote, welchen Menebhi nach Fes geschickt, sei ein alter Mann und reite auf einem Maultier, so daß er kaum vor zehn Tagen in Fes eintreffen werde.

Eilboten legen den Weg dorthin bekanntlich in drei bis vier Tagen zurück."

Diese Meldung dürfte die in meinem gestrigen Bericht Nr. 28* entwickelten Gründe für unabhängiges und rasches Vorgehen unsererseits bestärken.

Stemrich

Nr. 8415

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Norderney, den 29. August 1908

Bitte Freiherrn von Wangenheim anzuweisen, Dr. Vassel im Sinne seines Telegramms Nr. 240** zu instruieren, daß er auf Mulay Hafid nach Möglichkeit im Sinne einer verständigen, die Gesamtheit der Vertragsmächte berücksichtigenden Politik einwirkt. Hoffentlich wird es auch gelingen, die endgültige Annahme unseres Hafenbauprojektes für Larache sowie die Bestätigung unseres von Abdul Asis mündlich bereits anerkannten Rechts zum Ausbau des Hafens von Tanger nunmehr zu erreichen.

Bülow

Nr. 8416

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Norderney, den 29. August 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 76***.

Bitte den Kaiserlichen Geschäftsträger in Paris dahin zu instruieren, daß, falls Pichon unter Berufung auf ein angebliches Mandat Frankreichs und Spaniens den Gedanken aussprechen sollte, daß diese beiden Mächte zunächst mit Mulay Hafid Verhandlungen führen sollten, er dem sofort mit dem Hinweis darauf entgegentritt, daß von einem solchen Mandat in der Algecirasakte nicht die Rede ist. Er sehe bestimmt voraus und könne der französischen Regierung keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Mandatsidee in Berlin keine Aussicht auf Anerkennung hätte, und daß Verhandlungen einzelner Mächte mit Mulay Hafid die an sich schwierige Lage nur noch komplizieren könnten. Ich stelle anheim, den Geschäftsträger in Madrid behufs Regulierung seiner Sprache mit gleicher Weisung zu versehen.

Auch bitte ich, den Freiherrn von der Lancken anzuweisen, daß,

* Siehe Nr. 8412.
** Siehe Nr. 8409.
*** Siehe Nr. 8415.

falls die Franzosen die Absicht an den Tag legen sollten, Mulay Hafid die Verpflichtung aufzuerlegen, für die bei französischen Firmen aufgenommenen Privatanleihen seines Bruders aufzukommen, welche ohne Zustimmung der Mächte abgeschlossen sind, er einem solchen Gedanken als nicht in Einklang mit den Bestimmungen der Algecirasakte entgegentritt. Freiherr von der Lancken kann hierbei ganz vertraulich darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Übernahme derartiger Schulden durch Mulay Hafid diesen in dasselbe für uns unerwünschte Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich bringen würde, wie dies bei Abdul Asis der Fall war.

Weiteres folgt. Bülow

Nr. 8417

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 Norderney, den 29. August 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 77*.

Die Verhältnisse in Marokko haben in letzter Zeit eine Wendung genommen, welche uns eine baldige Anerkennung von Mulay Hafid nicht nur als natürlich, sondern auch als nützlich und notwendig erscheinen läßt**. Es könnte die Frage entstehen, ob wir nicht auch ohne Rücksicht auf das Verhalten der anderen Mächte mit einer solchen Anerkennung vorgehen sollten. Wenn ich Seiner Majestät dem Kaiser einen solchen Schritt nicht empfehlen zu sollen glaube, so geschieht dies lediglich im Hinblick auf England. Graf Metternich hat mir erst vor einigen Tagen gesagt, wie sehr zurzeit die englische öffentliche Meinung durch ihre völlig grundlosen, aber nun einmal vorhandenen Befürchtungen wegen unseres Flottenbaues erregt wäre, und wie große Mühe die uns freundlicher gesinnten liberalen englischen Minister hätten, trotzdem ein besseres Verhältnis mit uns anzubahnen. Gleichzeitig hat mir Graf Metternich mit Bestimmtheit erklärt, daß gerade in der Marokkofrage die englische liberale Regierung sehr empfindlich wäre und sich in dieser Frage keinesfalls von Frankreich trennen würde. Wenn wir also davon Abstand nehmen, Mulay Hafid isoliert anzuerkennen, so dürfte doch der Augenblick gekommen sein, bei den anderen Mächten darauf hinzuweisen, daß es im Interesse der endlichen Beruhigung der marokkanischen Verhältnisse, der endlichen Wiederherstellung des Friedens und der endlichen Rückkehr zu den in Algeciras übernommenen Verpflichtungen liegt, nunmehr mit dieser

* Siehe Nr. 8416.

** Auf einer ihm vorgelegten Entzifferung des Bülowschen Telegramms verfügte Kaiser Wilhelm II. zu dieser Stelle: „Ja! je eher desto besser! W."

Anerkennung vorzugehen. Hierbei könnte vielleicht gleichzeitig eingeflochten werden, daß wir lediglich zur Erledigung einiger seit langem schwebender Reklamationen, die angesichts der Klagen der Interessenten einen weiteren Aufschub nicht duldeten, einen Konsularbeamten nach Fes schicken müßten. Ein besonderer politischer Zweck wäre mit dieser Mission nicht verbunden.

Gleichzeitig würde Dr. Vassel die Reise nach Fes sofort antreten können. Die Reise sollte in einem Telegramm aus Tanger an die deutsche Kabelgesellschaft in der allerruhigsten Weise und nur mit laufenden geschäftlichen Angelegenheiten motiviert werden. Dagegen sehe ich keinen Anstand, in unserer Presse, natürlich auch ohne Trompetenstoß, zu sagen, wir wären der Ansicht, daß es im Interesse der endlichen Konsolidierung der marokkanischen Verhältnisse liege, nunmehr mit der Anerkennung von Mulay Hafid vorzugehen, der ja tatsächlich Herrscher sei und Garantien für ein vernünftiges Regiment zu bieten scheine.

Lediglich zur dortseitigen Information bemerke ich noch, daß Freiherr von Wangenheim angewiesen werden muß, durch einen Vertrauensmann, eventuell Menebhi, den Mulay Hafid wissen zu lassen, daß wir die Initiative zu seiner Anerkennung ergriffen hätten. Gleichzeitig könnte Mulay Hafid der freundschaftliche Rat gegeben werden, er möge seine französischen Widersacher dadurch ins Unrecht setzen, daß er freiwillig erkläre, er werde alle Bestimmungen der Algecirasakte sowie die sonst bestehenden Verträge Marokkos mit fremden Mächten loyal ausführen.

Ich bitte für obigen Vorschlag die Befehle Seiner Majestät umgehend einzuholen und dann das Weitere möglichst bald zu veranlassen.

Bülow

Nr. 8418

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 151 Berlin, den 30. August 1908

Dr. Vassel ist angewiesen, nach Fes zu reisen*.

Nur wenn Sie hierauf angeredet werden sollten, wollen Ew. pp. sagen, daß wir lediglich zur Erledigung einiger seit langem schwebender Reklamationen, die angesichts der Klagen der Interessenten einen weiteren Aufschub nicht duldeten, einen Konsularbeamten nach Fes schicken müßten. Ein besondrer politischer Zweck wäre mit dieser Mission nicht verbunden.

Stemrich

* Er traf am 4. September in Fes ein.

Nr. 8419

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 Tanger, den 29. August 1908

Wenn es sich einerseits aus politischen Gründen für Deutschland verbietet, mit Anerkennung Mulay Hafids voranzugehen, so entspricht es andererseits unserem Interesse zu verhindern, daß andere Mächte sich die Sympathie neuen Sultans durch frühere Anerkennung sichern. Für uns günstiger wäre, daß Mulay Hafid seine Thronbesteigung offiziell diplomatischem Korps notifizierte, und daß letzteres nach Benehmen der Mächte Anerkennung ausspräche.

Gegen einseitige Anerkennung spricht der Umstand, daß betreffende Macht aus dem Gefüge der Algecirasakte momentan ausscheiden würde.

Wangenheim

Nr. 8420

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Berlin, den 31. August 1908

Geschäftsträger Paris drahtet vom 29. August:

„Von Herrn Geoffray, Vertreter des beurlaubten politischen Direktors, höre ich, daß zwischen französischer und spanischer Regierung Verhandlungen im Gange seien zwecks Feststellung Wortlauts eines demnächst im Hinblick auf eventuelle Anerkennung Mulay Hafids an Algecirasmächte zu richtenden Rundschreibens.

In gegenwärtiger Situation, sagte Geoffray weiter, seien zwei getrennte Seiten zu entscheiden, die europäische und die spezifisch marokkanische. Mit ersterer dürfe man sich alsbald befassen. Augenblicklich habe Clemenceau das Wort zu den vorläufigen Abmachungen Pichons mit hiesigem spanischen Botschafter, und vielleicht würde schon binnen kurzem mit Eröffnungen an die Mächte herangetreten werden (einen bestimmten Termin wollte wohl Geoffray schon deshalb nicht angeben, weil Angelegenheit dadurch Verzögerung erfahren dürfte, daß Pichon heute auf vier bis fünf Tage anläßlich Jagderöffnung Paris verlassen hat).

Anders liege es mit marokkanischer Seite der Sache, das heißt mit der tatsächlich auszusprechenden Anerkennung Mulay Hafids. Man müsse

durchaus den Sultan an sich herankommen lassen. Bisher habe er nach Niederlage seines Bruders überhaupt noch kein Lebenszeichen gegeben. Zudem sei man in Marokko nie vor Überraschungen sicher, möge sich auch die Nachricht von Mulay Hafids Gefangennahme durch Bergdadi nicht bewahrheiten.

Darum habe er, Geoffray, mir bei Erwähnung der französisch-spanischen Pourparlers wegen Herantretens an die Mächte nur von der eventuellen Anerkennung gesprochen. Immerhin wolle er nicht verabsäumen zu sagen, daß doch wohl ziemlich sicher mit der schließlichen Anerkennung gerechnet werden müsse.

Die Bedingungen für dieselbe anlangend glaube er sagen zu sollen, daß neben dem seitens aller Mächte gleichmäßig beanspruchten Versprechen der Aufsichnahme aller bestehenden Verpflichtungen Frankreich speziell als ersten Beweis versöhnlicher Gesinnungen von Mulay Hafid verlangen dürfe, daß er auf die Harka an der algerischen Grenze seinen pazifizierenden Einfluß ausübe. Denn man glaube hier genau zu wissen, daß die Unruhen im Osten, deren Bedeutung übrigens nicht unterschätzt werden dürfte, im wesentlichen auf Hafidische Aufreizung zurückzuführen seien. Bis Kunde darüber vorläge, daß Mulay Hafid es wenigstens versucht habe, auf die Führer im Osten im friedlichen Sinne einzuwirken, könne noch geraume Zeit vergehen. Schon aus diesem Grunde wäre wohl zu sagen, daß die endgültige Anerkennung noch in ziemlich weitem Felde liege.

Erwähnen möchte ich noch, daß nach einer mir von Herrn Pichon nahestehenden Seite gemachten vertraulichen Mitteilung Spanien sich stark geregt hat, um gegenwärtig als gleichberechtigte ‚europäische Mandatarmacht' französischerseits auch nach außen hin anerkannt zu werden."

Auch hieraus erhellt deutlich das französische Bestreben, die Anerkennung Mulay Hafids durch die Mächte auf jede Weise hinauszuziehen.

Es möchte sich empfehlen, darauf durch Freiherrn von der Lancken antworten zu lassen:

Das französische Interesse im Osten Marokkos wollten wir nicht bestreiten, zumal wir die Verhältnisse dort nicht hinreichend übersähen und insbesondere nicht beurteilen könnten, inwieweit Mulay Hafid dabei im Spiele sei, jenes französische Sonderinteresse dürfe aber nicht dazu führen, das gemeinsame Interesse aller Konferenzmächte an rascher Herstellung eines leidlichen Verhältnisses zum derzeitigen tatsächlichen Machthaber Marokkos zu vernachlässigen.

Diese Antwort dürfte an die von Euerer Durchlaucht in Aussicht genommene Mitteilung an die Mächte wegen Anerkennung Mulay Hafids anzuknüpfen sein, sobald die dazu von mir auftragsgemäß erbetene allerhöchste Genehmigung vorliegt*.

Stemrich

---

* Noch am 31. telegraphierte der Reichskanzler sein Einverständnis mit den Darlegungen Stemrichs.

Nr. 8421

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 154 Berlin, den 31. August 1908

Bitte folgendes dortiger Regierung mündlich, aber ohne Verzug, mitzuteilen:

Angesichts der Wendung, welche die Dinge in Marokko in letzter Zeit genommen hätten, glaube die Kaiserliche Regierung die Mächte darauf hinweisen zu sollen, daß es im Interesse der endlichen Beruhigung der marokkanischen Verhältnisse, der endlichen Wiederherstellung des Friedens und der endlichen Rückkehr zu den in Algeciras übernommenen Verpflichtungen liegt, nunmehr mit der Anerkennung Mulay Hafids vorzugehen.

Ew. pp. wollen gleichzeitig einflechten, daß wir lediglich zur Erledigung einiger seit langem schwebender Reklamationen, die angesichts der Klagen der Interessenten einen weiteren Aufschub nicht duldeten, unsern bisherigen Konsul in Fes auf seinen Posten zurücksendeten. Ein besondrer politischer Zweck sei mit dieser Mission nicht verbunden.

Die Kaiserlichen Vertreter bei übrigen Konferenzmächten, außer Marokko, erhalten gleiche Weisung.

Bitte Drahtmeldung über Ausführung Auftrags und dessen Aufnahme.

Stemrich

Nr. 8422

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81. Berlin, den 1. September 1908

Angesichts Schwierigkeiten, die Frankreich gegen rasche Anerkennung Mulay Hafids macht, möchte es sich vielleicht jetzt, nachdem unsere Erklärung an die Mächte gegangen ist, empfehlen, auf Anregung Freiherrn von Wangenheims, in seinem Telegramm Nr. 249**, einzugehen,

---

* Das gleiche Telegramm erging an sämtliche bei den Algecirasmächten beglaubigten deutschen Vertreter.

** Siehe Nr. 8419.

indem wir Mulay Hafid durch Dr. Vassel in Fes nahelegen lassen, seine Thronbesteigung tangerischem diplomatischen Korps offiziell zu notifizieren*.

Auch im spanischen Staatsministerium besteht nach Graf von Oberndorff Auffassung, daß Mulay Hafid gegenüber Mächte ersten Schritt tun und Thronbesteigung notifizieren müsse.

Stemrich

Nr. 8423

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 332 Tanger, den 27. August 1908

pp.** Die Art und Weise, in welcher die Franzosen sich hier mit der Person Abdul Asis' identifiziert hatten, die großen politischen und militärischen Anstrengungen, die sie für ihren Schützling gemacht, haben jetzt zur Folge, daß die Niederlage des Sultans viel weniger als ein Zusammenbruch der asisischen Herrschaft als eine schwere Niederlage Frankreichs erscheint. Die Demütigung wird für Frankreich dadurch besonders empfindlich, daß beim marokkanischen Volke der Glaube besteht, daß Deutschland die Sache Mulay Hafids unterstütze. Bei der Proklamierung des neuen Herrschers sind hier unter dem Volke Verwünschungen gegen Frankreich ausgestoßen worden, während uns Ovationen gebracht wurden. Ich habe gleich nach dem Bekanntwerden der Katastrophe die hiesigen Deutschen ersuchen lassen, sich ja jeder öffentlichen Kundgebung der deutschen Freude zu enthalten. Trotzdem wettert die „Dépêche Marocaine" gegen die „kriminellen" Fremden, welche auf das Wohl Mulay Hafids jetzt Champagner tränken. Damit sind wir gemeint. Über die Marokkaner schweigen die Franzosen aus guten Gründen. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie der Diener eines französischen Beamten vor seinem Herrn einen Freudentanz aufführte, als er die Proklamierung Mulay Hafids erfuhr, und wie sich bei einem französischen Polizeisoldaten der politische Glaubenswechsel auf offener Straße vor Mitgliedern der französischen Gesandtschaft vollzog. Ähnliche Vorgänge sind überall hier beobachtet worden. Die Asisisten sind wie von der Erde verschwunden, und alles jauchzt dem neuen Herrn zu, von dem man erwartet, daß er die verhaßten Franzosen mitsamt ihren Truppen und ihrer Polizei aus dem Lande jagen werde.

---

* Noch am 1. September telegraphierte Fürst Bülow sein Einverständnis. Am 2. September erhielt Freiherr von Wangenheim entsprechende Anweisung.

** Der Anfang des Berichts enthält retrospektive Angaben über den Zug des Sultans Abdul Asis nach Marrakesch bis zu der entscheidenden Niederlage bei Elkla.

Ein sehr charakteristischer Ruf ist in diesen Tagen mehrfach aus der Volksmenge erschallt: „Endlich dürfen wir wieder Mohammedaner sein." Das bedeutet die Hoffnung, daß Deutschland nunmehr als Protektor des Islams gegen die Franzosen hier auftreten werde. Man erwartet also von uns mehr, als wir leisten können, und das birgt eine Gefahr in sich. Diese kühle Erwägung kann indes nicht die Freude beeinträchtigen, welche alle hiesigen Deutschen zurzeit über die ungeheure Blamage des Herrn Regnault empfinden. Auch für die Kaiserliche Gesandtschaft wirkt das Verschwinden des asisischen Machsen wie eine Befreiung ob einem unerträglichen Drucke. Die Noten der hiesigen Sultansvertreter an die Gesandtschaften werden jetzt nicht mehr auf der französischen Gesandtschaft redigiert werden, im Gegenteil ist anzunehmen, daß nunmehr für einige Zeit die Rollen vertauscht sind, und daß der Machsen Mulay Hafids sich die Ratschläge über die Behandlungen französischer Anliegen von uns erbittet. Für die nächste Zeit wird der deutsche Einfluß hier der maßgebende sein. Auf die Dauer wird sich freilich Mulay Hafid der französischen Umarmung kaum entziehen können. Frankreich wird sich nicht damit begnügen, daß der neue Sultan die Algecirasakte akzeptiert, es wird vielmehr verlangen, daß er die Akte mit allen von Frankreich daraus gezogenen Konsequenzen und dem gegenwärtigen Status quo der französischen Machtentfaltung anerkennt. So etwas deuten wenigstens die Herren der französischen Gesandtschaft an. Mulay Hafid ist gewiß im gegenwärtigen Momente noch entschlossen, sich Frankreich zu widersetzen, da darauf seine Popularität beim marokkanischen Volke beruht. Bald aber wird er sich darüber klar werden, daß ihm die hauptsächlichsten Voraussetzungen einer franzosenfeindlichen Politik, nämlich die aktive Unterstützung anderer Mächte und das nötige Geld fehlen, und daß letzteres ihm nur durch Frankreich vorgestreckt werden wird. Die schwebenden marokkanischen Staatsschulden belaufen sich zurzeit auf etwa 40 Millionen francs, einschließlich die Entschädigungen für Casablanca. Dazu kommt die Kriegsentschädigung, welche Frankreich fordern wird.

Einige behaupten hier, Frankreich werde nur Erstattung der Mehrbesoldungen seiner Offiziere und Mannschaften, nicht aber die ganzen wirklichen Kosten seiner militärischen Aktion von Marokko verlangen, im ganzen nicht mehr als 20 Millionen. Andere meinen, daß Frankreich mit einer Forderung von über 100 Millionen an Marokko herantreten werde. Jedenfalls verfügt Frankreich über eine Schraube, welche es nach Belieben nachlassen oder anziehen kann, je nachdem Mulay Hafid sich den politischen Wünschen Frankreichs willfährig zeigt oder nicht.

Das Resultat wird immer sein, daß Mulay Hafid entweder eine exorbitante französische Forderung wird begleichen müssen oder aber gezwungen ist, den Aufenthalt französischer Truppen im Lande weiter zu dulden. Im ersten Falle wird er die Zinsen der Schuld nur durch eine stärkere Besteuerung der Einwohner aufbringen können, was ihn unpopulär machen wird. Im zweiten Falle wird er sich gleich bei Beginn

seiner Regierung in Widerspruch mit den franzosenfeindlichen Strömungen setzen müssen, welche ihm zum Siege verholfen haben. Jede Einigung mit Frankreich muß demnach Mulay Hafid in eine schiefe Lage gegenüber seinem Volke bringen, und aus dieser wird er sich mit der Zeit genau wie sein Vorgänger nur in die Arme Frankreichs retten können. Dann wird ein neuer franzosenfeindlicher Prätendent an die Stelle Mulay Hafids treten und allmählich so ein cercle vicieux entstehen, innerhalb dessen Frankreich langsam aber sicher seine Ziele erreichen wird, falls nicht andere Mächte oder unvorhergesehene Ereignisse seine Pläne durchkreuzen.

Für uns gilt es, bei der Premiere Mulay Hafids schon für die Ouvertüre auf unserm Platze zu sein. Schon im zweiten Akt wird Frankreich vielleicht wieder am Dirigentenpult stehen.

Wangenheim

Nr. 8424

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 238 London, den 1. September 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 193*.

Unterstaatssekretär Sir Francis Campbell, dem ich befohlene Mitteilung machte, sagt mir, er glaube, daß ein Vorschlag Frankreichs über die Anerkennung Mulay Hafids und die dabei zu stellenden Bedingungen unmittelbar bevorstehe. Er sehe daher voraus, daß die Antwort Sir E. Greys auf unsere Anregung dahin lauten werde, daß er zunächst das Eintreffen des französischen Vorschlags abwarten müsse.

Der Unterstaatssekretär fragt mich, ob wir an die Anerkennung Bedingungen knüpfen. Es würde sich doch vielleicht empfehlen, die Anerkennung der Algecirasakte von ihm zu verlangen. Ich entgegnete, daß mir von Bedingungen nichts bekannt sei, daß ich solche aber für zwecklos und nur geeignet hielte, die Sache zu verschleppen**. Verletze der Sultan die Algecirasakte, an die Marokko gebunden sei, so könnten ja die Mächte gegen ihn Stellung nehmen.

Stumm

---

* Identisch mit Nr. 8421.

** Durch Telegramm Nr. 198 vom 3. September wurde Stumm angewiesen, bei nächster Gelegenheit klarzustellen, daß er hiermit nur seine persönliche Meinung ausgesprochen habe.

Nr. 8425

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 188 Paris, den 3. September 1908

Herr Pichon zeigte sich bei meinem heutigen Besuch zunächst auffallend reserviert und förmlich. Er sagte, auf unsere von mir gestern seinem Vertreter übermittelte Aufforderung, nunmehr mit Anerkennung Mulay Hafids vorzugehen, könne er mir lediglich antworten, daß Frankreich bei seiner Auffassung verbleibe, Mulay Hafid dürfe nicht ohne weiteres anerkannt werden. Der Sultan habe zuvörderst den Mächten zu erklären, daß er diejenigen Verpflichtungen anerkenne, über deren Umfang der europäische Block sich vorher verständigt haben würde. Über die geforderten Garantien, fuhr Herr Pichon fort, habe ein Meinungsaustausch zwischen Frankreich und Spanien als den in Marokko nächstinteressierten und mit Sonderposition durch Algecirasakte ausgestatteten Mächten stattgefunden; gestern bereits seien über den Erfolg Meinungsaustausch-Eröffnungen an alle Signatarmächte gemacht worden, und zwar sei das betreffende Zirkulartelegramm schon vor meiner Demarche expediert worden. Die fremden Regierungen würden hieraus ersehen, daß Frankreich nicht im geringsten gewillt sei, die Anerkennung Mulay Hafids mehr als erforderlich, das heißt bis Erklärung Sultans vorliege, hinauszuschieben. Hierbei bleibe er unverrückbar bestehen, und wolle auch die Kaiserliche Regierung ihren Standpunkt nicht aufgeben, so würden eben zwei — wahrscheinlich ungleich starke — Mächtegruppen entstehen, was der Regelung marokkanischer Verhältnisse nicht förderlich sein werde.

Erst im Laufe der längeren Unterhaltung ließ Minister überhaupt Möglichkeit von Verhandlungen mit uns auf Grund französischer Eröffnungen erkennen. Zuerst stellte er sich ganz intransigent auf den Standpunkt, daß, wenn Deutschland, wie es durch die Zirkularnote und die Entsendung Dr. Vassels nach Fes bekundet, eigene Wege gehen wolle, ihm jeder Versuch einer Verständigung nutzlos erscheine.

Wenn ich auch dem Minister gegenüber darauf hinwies, daß der Auftrag, den ich gestern wie die anderen Kaiserlichen Vertreter bei den Algecirasmächten hier mündlich überbrachte, keine weitere Begründung enthalten habe, auch wohl nicht zu enthalten brauchte, glaubte ich doch im Hinblick auf die augenscheinliche starke Verstimmung Herrn Pichons mich mit ihm in Auseinandersetzung über die Gründe einlassen zu sollen, die, wie ich allerdings betonte, nach meiner rein persönlichen Auffassung ein baldiges Vorgehen in der Anerkennungsfrage meiner Regierung ratsam hätte erscheinen lassen müssen. Zunächst, so führte ich aus, verlangen unsere vielseitigen wirtschaftlichen Interessen in Marokko, von denen auch die Mission Dr. Vassels ein Beweis, daß es dort bald eine anerkannte

Regierung gebe. Sodann hätten in der Tat verschiedene Anzeichen vorgelegen, die die Vermutung gestatteten, als wenn besonders Frankreich keinen Wert auf eine Beschleunigung legte. Ferner wäre nicht nur in den hiesigen Zeitungen der letzten Tage verschiedentlich davon gesprochen worden, die Situation Abdul Asis' sei durchaus noch nicht verzweifelt, sondern auch Herr Geoffray hätte mir unter wiederholter besonderer Betonung des Beiwortes nur von eventueller Anerkennung gesprochen. Schließlich — die ausnahmsweise Situation, glaube ich, berechtigte mich dazu — erwähnte ich das geringe Vertrauen, das man, soviel ich wisse, unsererseits in die Politik Regnaults setze. Um ein Beispiel dafür zu nennen, daß an seinen Namen sich leicht Mißverständnisse knüpften, machte ich Herrn Pichon darauf aufmerksam, daß, während er, der Minister, mir kürzlich erklärt habe, es sei eine Unwahrheit, wenn behauptet worden sei, Regnault habe die Proklamierung Mulay Hafids in Tanger hinausschieben wollen, meine Regierung davon unterrichtet worden sei, französischer Gesandter habe im Beisein eines fremdstaatlichen Kollegen auf Menebhi in diesem Sinne einzuwirken gesucht. Pichon blieb zwar in letzterer Sache dabei, Regnault habe sich nicht einmischen wollen. Höchstens habe er in privater Unterhaltung erklärt, es dürfe dem Frieden dienen, wenn vor Proklamierung Mulay Hafids die vielleicht in einigen Tagen erfolgende Abdankung Abdul Asis' abgewartet würde. Immerhin verlor unsere Unterredung allmählich ihre Förmlichkeit und Kälte, und der Minister sprach sich schließlich ziemlich offen über seine Gefühle aus. Er sei durch die Zirkularnote direkt verletzt worden. Daß sie überhaupt erging, daß sie veröffentlicht wurde, und daß gleichzeitig Dr. Vassels Mission nach Fes erfolgte (ich hatte nicht verfehlt, auch den Minister über den unpolitischen Zweck derselben aufzuklären), sei vielleicht sehr bedauerlich im Hinblick auf das Zusammenhalten des europäischen Blocks und die ohnedem wohl schwer herbeizuführende Schaffung von Ordnung in Marokko. Schwerer aber noch wiege bei ihm — wie er mir zwar vertraulich, aber ohne Rückhalt sagen wolle — „le procédé blessant", der darin zu erblicken sei, wenn wir Frankreich gegenüber von „der endlichen Rückkehr zu den in Algeciras übernommenen Verpflichtungen" sprächen. Noch nie sei in den häufigen Unterhaltungen Euerer Durchlaucht und des Herrn Staatssekretärs mit Herrn Cambon der schwere Vorwurf, als halte Frankreich nicht die von ihm eingegangenen Verpflichtungen, auch nur leise angedeutet, vielmehr sei stets anerkannt worden, daß, wenn auch, durch die anarchischen Zustände im Lande bedingt, eine dem Buchstaben nach weitergehende Auslegung der Algecirasakte sich als notwendig erwiesen, nie ein Verstoß dem Geiste nach Frankreich vorzuwerfen gewesen sei. Das einzige Erfreuliche sei nur, daß man in der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"* den verletzenden Passus fort-

* In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" war über den Schritt der deutschen Regierung nur gesagt worden: „Wie wir erfahren, hat die Kaiserliche Regierung durch

gelassen. Seine Bekanntgabe würde Ernst der Situation noch vergrößert haben.

Wenn Pichon jetzt derartig offen mit mir spreche, so möge ich dies als einen neuen Beweis dafür nehmen, wie aufrichtig er bestrebt sei, mit uns in möglichst guten Beziehungen zu leben, und wie tief er darum die erneute erhebliche Trübung unseres Verhältnisses bedauere. Diese Gefühle aber könnten ihn nicht dazu bestimmen, von dem in der Anerkennungsfrage als richtig erkannten französischen Standpunkt auch nur im geringsten abzuweichen. Aufrichtig leid würde es ihm tun, wenn infolge davon der europäische Marokkoblock zerfallen müsse. Ich glaubte hierauf bemerken zu dürfen, daß, wie ich Auffassungen meiner Regierung beurteilte, auch diese Wert auf Fortbestand Blocks der Mächte legte. Schließlich, als sich bei Ausführungen Ministers über seine Wünsche nach guten Beziehungen zu uns die Gelegenheit dazu bot, glaubte ich der mir erteilten Ermächtigung gemäß Pichon vertraulich davon verständigen zu sollen, daß noch kürzlich Euere Durchlaucht hätten Weisung ergehen lassen, zwecks Vermeidung Verschärfung deutsch-französischer Beziehungen mäßigend auf Presse einzuwirken. Pichon nahm diese Eröffnung mit augenscheinlich aufrichtigem Danke entgegen.

Ich habe gefühlt, daß Pichon glücklich wäre, wenn wir in irgend einer Weise der Welt zu erkennen geben würden, daß Demarche bei Signatarmächten sowie damit zeitlich zusammenfallende Mission Dr. Vassels nicht Zweck hatten, öffentlich unser Mißtrauen gegen Frankreich zu bekunden.

Lancken

Nr. 8426

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Stemrich

Eigenhändig

Berlin, den 3. September 1908

Der französische Geschäftsträger kam heute in Sachen Marokko und teilte mit:

Seine Regierung sei an sich bereit, Mulay Hafid anzuerkennen, sie halte aber dafür, daß Mulay Hafid zuvor gewisse Garantien zu geben habe,

daß diese Garantien im Einvernehmen aller Mächte festzustellen seien,

und daß es von größter Wichtigkeit sei, auch bei dieser Gelegenheit das Einvernehmen der Mächte Marokko gegenüber hervortreten zu lassen.

---

ihre Vertreter den Regierungen der Signatarmächte von Algeciras mitteilen lassen, daß die Kaiserliche Regierung angesichts der neuen Lage in Marokko die Signatarmächte von Algeciras darauf hinweisen zu sollen glaube, daß eine rasche Anerkennung Mulay Hafids im Interesse der endlichen Beruhigung der marokkanischen Verhältnisse liege."

Die französische Regierung werde wegen der zu fordernden Garantien mit Spanien in Verbindung treten und die gemeinschaftlich mit Spanien ausgearbeiteten Vorschläge den anderen Mächten unterbreiten.

Für die darauf mit Mulay Hafid zu pflegenden Verhandlungen — zu denen dieser die Initiative zu ergreifen habe, nehme die französische Regierung keinerlei internationales Mandat in Anspruch, auch verlange sie keineswegs, dabei im Namen Europas aufzutreten.

Ich habe Baron Berckheim, der die anliegende Aufzeichnung seiner Mitteilungen* überreichte, gedankt und meine persönliche Meinung dahin geäußert, daß wir den französisch-spanischen Vorschlägen mit Interesse entgegensehen und dieselben in entgegenkommender Weise prüfen würden.

An diese Mitteilungen knüpfte sich ein langes Gespräch, das damit begann, daß Baron Berckheim erklärte, Minister Pichon sei über unser jüngstes Vorgehen in der Marokkoangelegenheit sehr peiné, ein Wort, das er auf meine Bemerkung, dazu sähe ich nun wirklich gar keine Veranlassung, bereitwillig durch étonné ersetzte. Auf meine Bitte, mir doch offen zu sagen, was denn diese Empfindung hervorgerufen habe, meinte der Geschäftsträger, M. Pichon sei der Auffassung, wir hätten Frankreich vor der ganzen Welt ein Mißtrauensvotum geben und ihm vorwerfen wollen, es habe die Algecirasakte nicht eingehalten. Ich sagte ihm darauf, mündliche Mitteilungen seien natürlich immer Mißverständnissen ausgesetzt, ich wolle ihm, um ihn über die Sache völlig aufzuklären, den passus concernens aus Euerer Durchlaucht Instruktion vorlesen**. Derselbe laute:

„Es dürfte der Augenblick gekommen sein, bei den anderen Mächten darauf hinzuweisen, daß es im Interesse der endlichen Beruhigung der marokkanischen Verhältnisse, der endlichen Wiederkehr des Friedens und der endlichen Rückkehr zu den in Algeciras übernommenen Verpflichtungen liegt, nunmehr mit dieser Anerkennung vorzugehn."

Der letzte Satz erkläre sich durch die jetzt in Marokko bestehenden Verhältnisse, wo einem völlig machtlosen anerkannten Sultan ein anderer nicht anerkannter Sultan gegenüberstehe, der seit vielen Monaten den weitaus größten Teil des Landes beherrsche und jetzt tatsächlich alleiniger Herrscher des Landes geworden sei[1]. Daß ein solcher Zustand mit der Algecirasakte und den Verpflichtungen, welche die Mächte in derselben übernommen, nicht im Einklange stehe, sei klar[2], und das sei es denn auch, worauf Euerer Durchlaucht Worte abzielten.

Baron Berckheim war hierdurch sichtlich beruhigt und sehr befriedigt, als ich ihm auf seine Bitte den obigen Passus abschrieb.

Er frug mich dann weiter, ob wir anerkennten, daß Frankreichs Vorgehen in Marokko mit der Algecirasakte bisher im Einklang gestanden habe. Auf meine Erwiderung, das sei eine Punkt, der gar nicht zur Diskussion stände, insistierte der Geschäftsträger auf seiner Frage. Ich habe darauf

* Siehe Anlage.
** Vgl. Nr. 8421.

nicht hinter dem Berge gehalten und offen gesagt, wir hätten keinen Grund an dem guten Glauben von M. Pichon und M. Clemenceau zu zweifeln, dagegen sei ich aber nach den uns vorliegenden Nachrichten fest überzeugt, daß von den ausführenden Organen in Marokko in mannigfachster Weise den Bestimmungen der Algecirasakte entgegengehandelt sei. Hierauf hätte ich ihn übrigens schon bei früheren Unterhaltungen aufmerksam gemacht und ihm dafür auch Beispiele angeführt. — Baron Berckheim erkannte dies an und sagte, er wolle im gegenwärtigen Augenblick hierüber nichts nach Paris berichten, er halte das für besser, um dort nicht Öl ins Feuer zu gießen, womit ich mich natürlich einverstanden erklärte. Ich bat ihn aber, seinerseits davon Akt zu nehmen.

Weiter hob Baron Berckheim hervor, daß man in Paris angenommen habe, wir wollten Anerkennung Mulay Hafids ohne Vorverhandlungen, Garantien usw. Ich sagte ihm, zu dieser Annahme liege keinerlei Veranlassung vor. Herr von der Lancken habe sicher nichts Derartiges erklärt, und hier sei meines Wissens die Frage überhaupt nicht diskutiert worden.

Einen wesentlichen Teil der Unterhaltung nahm schließlich die Entsendung Vassels nach Fes ein. Auch zu diesem Punkt war Baron Berckheim schließlich völlig beruhigt. Ausschlaggebend in dieser Beziehung war, daß ich ihm sagen konnte, Baron Wangenheim habe ausdrücklich betont, daß die Entsendung Vassels nach Lage der Verhältnisse nichts Auffallendes haben[3] und nirgendswo Aufregung verursachen könne. Letzteres, hätten wir angenommen, werde speziell auch nicht in Frankreich der Fall sein, da die französische Regierung unseren Nachrichten zufolge schon seit Wochen einen Agenten (Algerier) in Fes unterhalte[4].

Die Unterredung mit Baron Berckheim fand vor Dechiffrierung der heutigen Telegramme über Herrn von der Lanckens Unterredung mit M. Pichon* statt.

Stemrich

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr richtig
[2] gewiß!
[3] gut
[4] sehr gut!

Anlage

Aide mémoire

Ausfertigung. Vom französischen Geschäftsträger in Berlin Baron de Berckheim am 3. September übergeben

Le Chargé d'affaires de France à St. Sébastian** a remis au Gouvernement espagnol les propositions françaises, en ce qui concerne les garanties qui devraient accompagner la reconnaissance officielle de Moulay Hafid.

---

* Siehe Nr. 8425.
** Daeschner.

L'avènement de Moulay Hafid paraît devoir être bientôt un fait acquis. La France est toute disposée à l'admettre. Mais toutes les Puissances consideront sans doute comme elle que le nouveau Sultan ne pourra être reconnu qu'après avoir donné les garanties nécessaires pour la sauvegarde des intérêts étrangers. Nous estimons que l'examen de ces garanties comporte une consultation mutuelle des cabinets, dout la complète entente en cette matière n'a pas moins d'importance à nos yeux que les conditions mêmes de la reconnaissance. Nous avons également pensé qu'il appartenait à la France et à l'Espagne de préparer tout d'abord les propositions sous lesquelles les autres Etats auraient à se prononcer. Notre initiative commune n'aura donc pour but que de fournir aux Puissances les éléments d'un accord: Nous ne sollicitons aucun mandat international — nous ne demandons point à négocier avec Moulay Hafid au nom de l'Europe.

L'accord étant établi sur les conditions, les Puissances n'auront plus qu'à attendre les démarches de Moulay Hafid.

Nr. 8427

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 452 Paris, den 8. September 1908

In einer Unterhaltung, die ich gestern mit dem hiesigen spanischen Botschafter hatte, richtete dieser im Tone freundschaftlichen Vorwurfs die Frage an mich, warum wir denn durch unsere schroffe Marokkopolitik den in Frankreich ja allerdings noch zahlreich vorhandenen Gegnern eines möglichst guten Einvernehmens mit uns geflissentlich in die Hände arbeiteten. Uns fessele doch in Marokko kein Lebensinteresse[1]. Denn daß wir daran denken sollten, an der Küste irgendwelche territoriale Erwerbung zu machen, könne er nicht glauben. Solcher Gewinn würde uns doch gewiß nicht den unvermeidlichen Waffengang mit England verlohnen. Denn England werde, das wüßte man doch auch in Berlin ganz genau, niemals dulden, daß irgendwelche Großmacht sich an der marokkanischen Küste einen dauernden Stützpunkt schaffe, von dem aus die „freie" Zufahrt zum Mittelmeer bedroht werden könnte. Selbst das würde England niemals zugeben, daß Frankreich sich Tangers bemächtigte. Welchen Vorteil also hätte es für Deutschland, durch seine Marokkopolitik fortwährend Frankreich gegen sich in Harnisch zu bringen! Würde Deutschland nicht besser auf seine Rechnung kommen, wenn es die in Frankreich vorhandenen Dispositionen für ein auskömmliches Verhältnis zueinander klug benutzte[2], um seine Weltpolitik an anderen Punkten zu fördern?

Ich glaubte zunächst den Marquis del Muni darüber beruhigen zu dürfen, daß uns die Absicht fern liege, uns an der Marokkoküste festzusetzen, um

etwa Gibraltar zu bedrohen[3]. Wir wollten in Marokko nichts anderes als wie die Offene Tür[4]. Gerade in diesem Punkte aber hätten wir die französische Eigensucht und Unaufrichtigkeit zum empfindlichsten Schaden unserer Landsleute genugsam kennen gelernt, und daher sei auch die Gereiztheit weiterer Kreise unserer Bevölkerung erklärlich. Diese Mißstimmung gegen Frankreich würde erst dann freundlicheren Gefühlen weichen können, wenn die französische Regierung durch Tatsachen[5] ihre bisher von uns durchaus angezweifelte Loyalität bewiesen haben würde. Dazu erscheine mir das beste Mittel die Erfüllung der wiederholt öffentlich und unter vier Augen gegebenen Zusage, das Okkupationskorps in Casablanca so bald als möglich zurückzuberufen. Deutschland habe in diesem Punkte bisher große Mäßigung gezeigt, fast bis zu der Gefahr, an seinem Prestige Einbuße zu erleiden. Mit um so bestimmterer Erwartung sehe es darum dem Augenblick entgegen, wo Frankreich der Politik der leeren Zusagen und eitlen Vorwände[6] ein Ende setze.

Marquis del Muni versicherte mich daraufhin, daß auch ihm von Herrn Pichon die Zurückziehung wenigstens des größeren Teiles der Truppen als nahe bevorstehend bestimmt angekündigt worden sei. Daß der Minister etwa wie uns, so auch ihn belogen haben sollte, das erschiene ihm bei der Gemeinsamkeit der spanisch-französischen Aufgaben in Marokko ein gar zu starkes Stück. Nein, die gute Absicht gehabt habe Herr Pichon jedenfalls. Hoffentlich werde die neugeschaffene Situation ihm die Einlösung seiner Versprechungen nicht allzu sehr erschweren.

Bei meinen Äußerungen gegenüber dem spanischen Botschafter habe ich mir jeden Augenblick gegenwärtig gehalten, welch eingefleischter Franzosenfreund er ist, und wie sicher ich erwarten konnte, daß er unser Gespräch bei der nächsten Gelegenheit seinem Freunde Pichon wiederholen würde. Die Überzeugung, daß Herr Pichon den Marquis del Muni unbedingt als seinen Mann betrachten darf, läßt mich auch stets alles mit Vorsicht aufnehmen, was letzterer mir gelegentlich unseres häufigen gesellschaftlichen Zusammentreffens mitzuteilen für gut findet. Ich beziehe daher meine Spanien betreffenden Informationen auch lieber von dem stets aufrichtigen und mir seit mehreren Jahren gut bekannten Botschaftsrat Soler. Darin aber hat Marquis del Muni mich nicht getäuscht, wenn er darauf hinwies, daß es Pichons ernste Absicht gewesen ist, die Zurückziehung der Truppen aus Casablanca in die Wege zu leiten. Noch in der Woche, in der ich meine letzte Unterredung mit dem Minister hatte, hat dieser, von der Heimberufung der Truppen sprechend, geäußert: „notre plan d'évacuation est tout dressé, il ne s'agit que de l'appliquer."

Lancken

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] An und für sich gewiß nicht

[2] was bietet man uns?

[3] richtig

[4] sehr richtig!

[5] Do ut des

[6] Il nous faut autre chose que de la monnaie de singe

Nr. 8428

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 881 London, den 8. September 1908

Die jüngste deutsche Demarche in der marokkanischen Frage hat hier einen Sturm in der öffentlichen Meinung hervorgerufen, der durch die Einmütigkeit bemerkenswert ist, mit der sämtliche Organe der verschiedensten Parteirichtungen an diesem Schritt der deutschen Politik Kritik geübt haben, und die erneut dafür Zeugnis ablegt, daß die germanophoben Strömungen in England das, was sie in letzter Zeit an Tiefe vielleicht eingebüßt haben, an Ausdehnung auf immer weitere politische Kreise jedenfalls reichlich wieder gewonnen haben. Ich habe nur in einer einzigen Wochenschrift, der „Saturday Review", einige Zeilen gelesen, die gegen den neuesten Ausbruch von Teutophobie Stellung nehmen. Die „Westminster Gazette" hat sich zwar an leitender Stelle nicht ausgesprochen, sondern sich auf kurze reservierte Entrefilets beschränkt. Gestern hat sie es aber schließlich auch nicht unterlassen können, die Äußerung des „Temps" sich zu eigen zu machen, daß es Deutschland im vorliegenden Falle, wenn nicht an Loyalität, so doch an Takt gefehlt habe. Die an die deutsche Adresse gerichteten Vorwürfe basierten einerseits auf der Anschauung, daß Frankreich und Spanien die erklärten Mandatare Europas in Marokko und daher allein zu einer Initiative in der Frage der Anerkennung Mulay Hafids berufen seien. Andererseits tritt die Auffassung zutage, daß die bekannte Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" einen Versuch der deutschen Politik darstelle, mit unlauteren Mitteln Frankreich bei dem neuen Herrscher Marokkos den Rang abzulaufen und seine Schwierigkeiten in Marokko zu vergrößern. Die Bekanntgabe der deutschen Demarche hat hier vor allem Anstoß erregt und die Erregung hauptsächlich verursacht.

Die Besorgnis, daß der französische Freund infolge des deutschen Vorgehens die Folgen seiner verfehlten Marokkopolitik werde wirklich tragen müssen, bewirkte, daß die englische Presse jedes Maß und Ziel verlor, französischer wurde als die französische und auch gar nicht einmal daran dachte, wenigstens die formelle Berechtigung der deutschen Aktion einer ruhigen Prüfung zu unterziehen. Daß von einem generellen Mandat der Mächte für Frankreich und Spanien in der Algecirasakte nicht die Rede ist, haben die meisten Blätter, geflissentlich oder nicht, vollständig übersehen.

Die Einseitigkeit der Auffassung, die Abneigung, auch dem deutschen Standpunkt wenigstens bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen, die bei der öffentlichen Meinung Englands bei diesem Anlaß hervorgetreten

---

* Bereits veröffentlicht bei O. Hammann, Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 144ff.

ist, lehrt, wie schweren Erschütterungen die deutsch-englischen Beziehungen so lange ausgesetzt sein werden, als nicht die deutsch-französischen Gegensätze in der marokkanischen Frage einen befriedigenden Ausgleich erfahren haben. Denn daß das Mißtrauen gegen die Ziele und die Methoden der deutschen Politik durch den jüngsten Vorgang hier wieder erheblich an Terrain gewonnen hat, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben. England hat moralisch die Bürgschaft für die Verwirklichung der Ziele Frankreichs in Marokko übernommen, und solange die englische Politik mit dieser Hypothek belastet ist, ist eine rückhaltlose Annäherung derselben an Deutschland ausgeschlossen. Eine Lösung des marokkanischen Problems erscheint daher als die erste Vorbedingung für das Zustandekommen eines Ausgleichs mit England, für den sich ja in letzter Zeit auf beiden Seiten des Kanals manche Stimmen erhoben haben. pp.* Stumm

Nr. 8429

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 173 Berlin, den 12. September 1908

Auf Telegramm Nr. 201**.

Für Ew. pp. Haltung gegenüber dort in Presse und sonst gegen uns gemachten Angriffen wollen Sie die nötigen Direktiven bis auf weiteres

* Den Schluß des Berichts, der auf die deutsch-englische Flottenfrage eingeht, siehe in Kap. CLXXVII, Nr. 8244. Der Bericht hinterließ bei Fürst Bülow einen starken Eindruck, wie aus seinem Schreiben an O. Hammann vom 12. September (vgl. dessen Bilder aus der letzten Kaiserzeit, S. 50f.) hervorgeht. Es heißt dort: „Ich habe den Staatssekretär von Schoen gebeten, während meiner bevorstehenden Anwesenheit in Berlin auch dorthin zu kommen. Ich muß die Marokkofrage eingehend mit ihm besprechen. Lassen Sie sich doch die letzten Berichte von Lancken (Paris), aus Tanger, aus Madrid und namentlich aus London vorlegen, die sich auf die Marokkofrage beziehen. Lesen Sie vor allem den längeren Bericht von Stumm über die Möglichkeit einer Verständigung mit England. Dieser Bericht enthält Gedanken, und Gedanken, die wir erwägen müssen. Ich möchte, daß nicht nur der Staatssekretär, sondern auch Sie, bevor wir die Situation prüfen, das gesamte zu ihrer Beurteilung nötige Material und vor allem den soeben erwähnten Stummschen Bericht gelesen haben.

Auch Metternich schlug mir hier vor einigen Tagen vor, aus der sich immer wieder und immer mehr vergiftenden Marokkofrage — lesen Sie auch den heutigen Artikel in der ‚Zukunft' — durch ein Arrangement à trois mit Frankreich und England herauszukommen. Für ein solches ließen sich meines Erachtens die englischen Ängste vor unsern Flottenbauten ebenso gut verwerten wie das französische Enervement über die Schwierigkeiten, die wir Frankreich fortgesetzt in Marokko machen. Vielleicht ist jetzt der psychologische Moment gekommen. England hat sich mit Frankreich nach Faschoda gefunden."

** Durch Telegramm Nr. 201 vom 10. September hatte Freiherr von der Lancken auf die neuestens wieder sehr feindselige Haltung der französischen Presse gegen Deutschland hingewiesen.

aus Ihnen inzwischen zugegangenen Erlassen Nr. 1295 vom 5. d. Mts. und Nr. 1323 vom 9. d. Mts* entnehmen. Ich bemerke dazu, daß der Herr Reichskanzler meine danach am 3. d. Mts. gegenüber Baron Berckheim geführte Sprache durchaus gebilligt hat.

Wir haben unsern Standpunkt mit der von Ew. pp. dort auftragsgemäß mündlich abgegebenen Erklärung, die in meinem Gespräch vom 3. d. Mts. mit Baron Berckheim näher erläutert ist, genommen und halten daran fest. Zu weiterer sachlicher Stellungnahme unsererseits wird Anlaß nicht eher gegeben sein, als bis uns die angekündigte französisch-spanische Note vorliegt.

Franzosen scheinen bestrebt, versöhnliche Äußerungen unsererseits als Anzeichen beginnenden Zurückweichens zu deuten, um daraus diplomatischen Sieg über uns zu konstruieren. Ew pp. werden also in Ihrer Sprache Anhalt für solche Auslegung vermeiden müssen.

Fürst Bülow hat sich mir gegenüber dahin ausgedrückt, daß Ew. pp. natürlich keinerlei Ängstlichkeit an den Tag legen und sich das Wort vor Augen halten sollten: „Qui s'excuse, s'accuse". Andrerseits sei schon im Hinblick auf England zu wünschen, daß sich die Situation nicht noch weiter verschärfe.

Ich bemerke noch, daß wir demgemäß weiter für ruhige Haltung unserer Presse wirken, aber von dortiger Regierung gleiches erwarten dürfen. Insbesondre ist „Marokko-Korrespondenz" zur Vermeidung aufreizender Sprache veranlaßt worden.

Stemrich

Nr. 8430

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 283 Tanger, den 11. September 1908

Dr. Vassel berichtet über zwei Privatzusammenkünfte mit Mulay Hafid am 7. und 8. des Monats: Sultan, der Eindruck machte, mit Ernst und Überlegung an seine schwere Aufgabe heranzutreten, konnte anfänglich Verstimmung über frühere deutsche Behutsamkeit in Anerkennungsfrage nicht verbergen.

Mulay Hafids Äußerungen über Frankreich klangen sehr pessimistisch. England scheint es bereits gelungen zu sein, Sympathie zu erwecken.

Sultan bemerkte, er könne unmöglich für alle, ihm vorläufig noch unbekannten geheimen Abmachungen seines Bruders mit Franzosen

* Die beiden Erlasse Nr. 1295 und 1323 betrafen die Aufzeichnung Stemrichs vom 3. September über seine Unterredung mit Baron de Berckheim. Vgl. Nr. 8426.

Garantie übernehmen; er habe indes soeben in Schreiben an diplomatisches Korps Anerkennung Algecirasakte formell ausgesprochen.

Da sich französischer Gesandter, wie er wisse, bald nach Fes begeben werde, bitte er inständig, ihn nicht im Stiche zu lassen, indem man französischem Gesandten Vortritt lasse.

Sultan beabsichtigt, Haager Beschlüssen beizutreten, und bittet vertraulich um unsere Unterstützung.

Ben Jellun, der zu Vertreter Finanzministers ausersehen ist, hat Auftrag, Abdul Asis unter Zusicherung freien Geleits an Hoflager Fes zu bringen.

Für Hafenbauten Tanger, Larasch wird wohlwollende Prüfung, für alle deutschen Unternehmungen Interesse zugesagt.

Der Sultan will in Verträge mit Herrn von Tschudi und Wolf eintreten und weitere Instrukteure erbitten, nachdem Anerkennungsfrage geregelt.

Dr. Vassel hat Eindruck, daß sich anfängliche Verstimmung des Sultans, die auf Treibereien Ben Jelluns, einer französischen Kreatur, und Dr. Holtzmanns, der in französisches Lager übergegangen, zurückzuführen sind, in volles Vertrauen auf unsere uneigennützige Freundschaft verwandelt hätte.

Der Sultan bat, Seiner Majestät dem Kaiser und König für letztere seinen wärmsten Dank zu übermitteln.

Berichte Dr. Vassels folgen morgen.

Wangenheim

Nr. 8431

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 342 Tanger, den 7. September 1908

Die augenblickliche Lage hier ist folgende: Frankreich beherrscht nach wie vor äußerlich die politische Situation durch seine Kriegsschiffe und die im Lande befindlichen französischen Truppen. Es verhindert damit in Casablanca, Mogador und Saffi die Proklamierung Mulay Hafids und hier die Substituierung der asisischen Beamten durch hafidische. Erstere sind zwar formell zu dem neuen Sultan übergetreten, bleiben aber in der bisherigen Abhängigkeit von der französischen Gesandtschaft. Menebhi kann sich als englischer Schutzbefohlener dem Einflusse Whites und des „Times"-Korrespondenten Harris nicht ganz entziehen, welche glauben, ihn ganz in der Hand zu haben. Menebhi ist daher gezwungen, ein doppeltes Spiel zu spielen. Bis jetzt teilt er mir alle Schritte mit, welche Frankreich und England bei ihm unternehmen. Er verheimlichte mir auch nicht, daß White ihm zu beweisen versuche, wie Marokkos Zukunft

einzig allein von seinem Verhältnis zu Frankreich und England abhänge, da Deutschland nicht in der Lage sei, etwas Ernstliches für Mulay Hafid zu tun. Ich habe Menebhi gesagt, daß dem Interesse Deutschlands für Marokko durch die Algecirasakte ganz bestimmte Grenzen gezogen seien, daß wir aber innerhalb dieser Grenzen, wie unsere Initiative in der Anerkennungsfrage beweise, für die souveränen Rechte Marokkos eintreten. Menebhi sucht daher, es einerseits mit dem Block nicht zu verderben, andererseits aber die über die Algecirasakte hinausgehenden englisch-französischen Pläne zu vereiteln, wobei er sich auf der deutschen Gesandtschaft Rat holt. Ich vermeide es, öffentlich mit Menebhi zusammenzukommen. Letzterer verkehrt mit mir nur durch Herrn Marum*. Die Anwesenheit Herrn Vassels in Fes ermöglicht mir eine Kontrolle Menebhis, an dessen Aufrichtigkeit ich zwar gegenwärtig nicht zweifele, der aber, wie die Affaire Rhmiki** beweist, mehr Elan als Klugheit und Charakterstärke besitzt.

Frankreichs Ziel ist, die erlittene Niederlage in einen Sieg dadurch zu verwandeln, daß Mulay Hafid genötigt wird, die Erbschaft Abdul Asis' unter Verzicht auf jede Inventarisierung anzutreten. Mulay Hafid soll nicht nur die Algecirasakte und die sonstigen Verträge, sondern auch alle Konzessionen und Privilegien anerkennen, die Abdul Asis, solange er sich in den Händen der Franzosen befand, diesen gewährt hat. Auf meine Frage, worin denn diese Konzessionen beständen, erwiderte mir Herr Regnault ausweichend. Dagegen sagte mir der Redakteur der „Dépêche marocaine", daß die Sonderzugeständnisse hauptsächlich den Anleihedienst und die Polizei beträfen. Hiernach fordert Frankreich anscheinend, daß Mulay Hafid das Visa eines französischen Beamten oder Offiziers seiner Umgebung für alle von der Staatsbank an ihn gemachten Zahlungen ebenso wie Abdul Asis akzeptiert. In der Polizeifrage dürfte es sich darum handeln, in Fes und anderen Plätzen des Innern Polizeitabors unter französischen Offizieren zu errichten. Eine Ausdehnung der Aktionssphäre der schon jetzt bestehenden Tabors dürfte nicht beabsichtigt sein. Außerdem soll, wie aus den Mitteilungen Menebhis hervorgeht, von Mulay Hafid die Kontrasignierung des Briefes seines Bruders verlangt werden, in welchem letzterer die Franzosen zur Besetzung der Schauia auffordert. Damit will Frankreich die Handhabe gewinnen entweder zur Verlängerung der Okkupation oder aber zur Forderung einer hohen Kriegsentschädigung.

Der Überrumpelungsversuch, den Regnault und White in den ersten Tagen nach dem Siege Mulay Hafids auf diesen über Menebhi gemacht haben, kann als definitiv gescheitert angesehen werden, nachdem Deutschland sich gerührt, und nachdem Dr. Vassel in Fes eingetroffen ist. Frank-

---

* Erster Dragoman der Gesandtschaft in Tanger.

** Menebhi hatte den Kaid Rhmiki, Gouverneur von Alkassar, einen Parteigänger des Mulay Hafid, dessen Angehörige unter deutschem Schutze standen, verhaften lassen.

reich wird nun sein Ziel auf einem andern Weg zu erreichen suchen. Wie ich höre, wird die marokkanische Staatsbank mit den Zahlungen an Mulay Hafid beginnen, sobald dieser seinen Finanzminister bei der Bank eingeführt hat. Dies läßt darauf schließen, daß man jetzt im französischen Lager es aufgeben will, Mulay Hafid direkt noch weiter zu bearbeiten und ihn durch die Versagung der Anerkennung und durch die Einhaltung der Zolleinnahmen gefügig zu machen.

Frankreich scheint einzusehen, daß die Auseinandersetzungen mit Mulay Hafid vor dessen Anerkennung sich viele Monate hinziehen würden. Es muß damit rechnen, daß Deutschland Mulay Hafid dabei den Rücken stärken würde. Die Verantwortung für ein Interregnum von so langer Dauer aber wird Frankreich um so weniger übernehmen wollen, als es befürchten muß, daß in einem solchen Falle andere Mächte selbständig mit der Anerkennung Mulay Hafids vorgehen könnten. Wahrscheinlicher ist es, daß Frankreich seine Zwecke in der Weise zu erreichen suchen wird, daß es bei der in der Anerkennungsfrage von ihm ergriffenen Initiative die Mächte auf eine Formel festzulegen versucht, welche die Sonderwünsche Frankreichs mit umfaßt. Wenn der von dem „Journal des Débats" veröffentlichte Entwurf der französisch-spanischen Note richtig ist, so sind die Spezialabmachungen Frankreichs mit Abdul Asis unter den Worten verborgen: „Les concessions, privilèges, fondations et adjudications signés après et en vertu de l'acte d'Algeciras."

Frankreich rechnet wohl damit, daß keine Macht eine genaue Interpretierung dieser Worte verlangen wird. Nehmen die Mächte einen derartig gefaßten Vorschlag Frankreichs und Spaniens an, und wird derselbe Mulay Hafid als Antwort auf die Notifizierung seines Regierungsantritts mitgeteilt, so kann Frankreich sich auf das Einverständnis der Mächte berufen, wenn es später von Mulay Hafid die Endossierung der Wechsel seines Bruders verlangt. Würde Mulay Hafid dann an die Mächte appellieren, so würden England, Rußland und Spanien sich der Interpretation Frankreichs anschließen, andere Kabinette aber sich garnicht aussprechen. Einer solchen Situation kann unsererseits nur dadurch vorgebeugt werden, daß wir den Text der französischen Vorschläge auf jedes Wort und auf jede mögliche Auslegung hin prüfen, und daß wir verlangen, die Bedeutung dessen kennen zu lernen, was wir unterschreiben sollen. Die Gefahr, daß durch die Diskutierung der französisch-spanischen Note zwischen den Kabinetten Zeit verloren und die Anerkennung hingehalten wird, ist geringer als die Gefahr, welche für Deutschland daraus entstehen würde, daß Frankreich nach Anerkennung Mulay Hafids, gestützt auf seine Verbündeten, mit dem Sultan zu verhandeln anfängt. In der Stellungnahme Deutschlands zu der bevorstehenden französisch-spanischen Demarche liegt der Schlüssel der gegenwärtigen Situation.

Wangenheim

Nr. 8432

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 285 Tanger, den 12. September 1908

Mulay Hafid ließ mir heute durch Menebhi sagen, Deutschland möge Verständnis für sein Eingehen auf französische Wünsche wegen Freilassung Abdel Malek* und vorläufiger Belassung Abdul Asisischer Beamten in ihren Ämtern haben. Ich lasse erwidern, daß ich es nur billigen könne, wenn der Sultan durch Nachgeben in unwichtigen Punkten seine Stellung gegenüber Frankreich für die Verhandlungen über die Hauptfragen verbessere[1]. Deutschland denke nicht daran, Zwietracht zwischen Marokko und Frankreich zu säen. Eine Einigung zwischen beiden Ländern auf der Basis der Algecirasakte werde keiner Macht willkommener sein als Deutschland.

Menebhi teilte ferner mit, daß Schreiben Mulay Hafids an diplomatisches Korps eingetroffen und heute noch Doyen zugestellt werden würde.

An unserem Entwurf sei nichts geändert. Für unsere Unterstützung läßt Mulay Hafid danken.

Wangenheim

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr gut. B.

Nr. 8433

Note

Unsignierte und undatierte Ausfertigung
am 14. September vom französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon überreicht**

La résolution que le sultan Abd-el-Aziz vient de prendre, en renonçant à la lutte contre Moulay Hafid, place les Puissances en présence d'une situation qui s'impose à leur examen. L'attitude même qu'elles ont gardée au cours de ce conflit, leur entente sur leurs intérêts communs au Maroc et les principes dont elles sont déjà convenues lorsqu'elles ont eu à examiner la question marocaine à Algésiras, rendent d'ailleurs très aisée la conformité des vues sur cette situation.

La France et l'Espagne, chargées d'assurer l'exécution des mesures les plus importantes prises par la conférence d'Algésiras pour la sauvegarde

---

* Abdel Malek, ein Anhänger von Abdul Asis, war durch Mulay Hafid verhaftet worden.
** Eine identische spanische Note wurde am gleichen Tage durch den spanischen Botschafter Polo de Bernabe überreicht.

des colonies étrangères dans l'empire chérifien, et spécialement intéressées dans les affaires marocaines par leur qualité de puissances limitrophes, croient devoir soumettre aux Cabinets les observations que leur suggère la substitution d'un nouveau gouvernement de fait au maghzen d'Abd-el-Aziz.

Il apparaît tout d'abord, et ce sera, sans doute, le sentiment unanime des Puissances, qu'il est désirable d'affirmer dans cette occasion, au regard du Maroc, leur solidarité et leur complet accord, et il semble que le meilleur moyen d'établir l'entente nécessaire soit d'admettre la règle que les divers gouvernements ne subordonneront la reconnaissance officielle du nouveau maghzen qu'à l'obtention de garanties et de satisfactions communes à tous les intérêts étrangers.

Les gouvernements Français et Espagnol estiment que les garanties à obtenir du nouveau maghzen devraient porter sur les points suivants:

Le nouveau sultan déclarerait adhérer d'une façon générale à toutes les dispositions de l'acte d'Algésiras ainsi qu'à tous les règlements d'application prévus par cet acte, qui ont été déjà établis et approuvés par le corps diplomatique à Tanger, aux commissions instituées en vertu de ces règlements, aux décisions chérifiennes et mesures quelconques prises à ce sujet.

On ne saurait oublier en effet que si cet acte constitue la consécration internationale de l'indépendance de l'empire chérifien, il assure en même temps la sauvegarde des intérêts étrangers au Maroc.

Devraient être confirmés également les droits conférés à la France et à l'Espagne, avec l'agrément des Puissances, pour la surveillance sur mer de la contrebande des armes.

Le nouveau gouvernement devrait accepter l'ensemble des autres traités et engagements conclus par les précédents souverains du Maroc avec les Puissances, les arrangements passés avec le corps diplomatique et les contrats avec les particuliers; il assumerait aussi la responsabilité des dettes contractées par Abd-el-Aziz. Les dettes souscrites au bénéfice de particuliers seraient soumises à une vérification dont les conditions seront ultérieurement déterminées.

Le règlement des dommages causées par les troubles de Casablanca se poursuivra devant la commission internationale actuellement en fonction. Le sultan assumera la responsablité effective et pécuniaire des décisions de cette commission dont il confirmera les attributions.

Les événements démontrent la nécessité absolue que le nouveau sultan manifeste publiquement et officiellement, au regard de son peuple, sa ferme intention d'entretenir avec les gouvernements étrangers et leurs nationaux des relations conformes au droit des gens.

Il devrait donc désavouer et arrêter les appels à la guerre sainte; il adresserait dans ce but aux gouverneurs des tribus et des villes des lettres chérifiennes qui seraient destinées à prévenir ou calmer toute agitation et tout acte offensif, tant à l'intérieur que sur les frontières du Maroc. Le sultan doit s'engager à adopter immédiatement toutes les

mesures nécessaires pour assurer la sécurité et la liberté des communications autour des ports et sur les principales routes de l'intérieur.

Ces garanties étant obtenues, rien ne s'opposerait plus à ce qu'une demande officielle de reconnaissance faite par Moulay Hafid fût accueillie par les Puissances. Le sultan déclarera que cela n'implique pour les gouvernements étrangers aucune renonciation à poursuivre le règlement des questions qui touchent exclusivement à leurs intérêts respectifs, ni aucun préjudice à leur droit de poursuivre ce règlement. C'est ainsi que la France et l'Espagne se réservent de se faire rembourser leurs frais d'opérations militaires et de réclamer directement le paiement d'indemnités pour le meurtre de leurs nationaux.

D'autre part il conviendrait que le nouveau sultan se prêtât à un règlement honorable de la situation personnelle d'Abd-el-Aziz et les Puissances lui recommanderont pour un traitement équitable les fonctionnaires de son prédécesseur.

Nr. 8434

Aufzeichnung des Gesandten in Tanger Rosen, z. Z. in Berlin

Eigenhändig

Berlin, den 15. September 1908

Im allgemeinen läßt sich nicht verkennen, daß die französisch-spanische Note sich dem deutschen Standpunkte insofern nähert, als sie die Notwendigkeit anerkennt, im gegenwärtigen Augenblicke der Anerkennung Mulay Hafids näher zu treten. Es dürfte sich empfehlen, der Genugtuung über diese Übereinstimmung etwa in folgender Form Ausdruck zu geben:

„Die Kaiserliche Regierung ersieht mit Befriedigung aus der französisch-spanischen Note, daß die Regierungen der Republik und Seiner katholischen Majestät angesichts des Zusammenbruchs der Regierung Abdul Asis' und der Befestigung der Regierung Mulay Hafids ebenfalls — gleich der deutschen Regierung — den Zeitpunkt für gekommen erachten, um einer Anerkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse näher zu treten."

Zu alinea 2:

Es fragt sich, ob es möglich wäre, in der Antwort eine Redewendung einzuflechten, aus welcher ersichtlich wäre, daß das Recht, den Mächten Vorschläge zu unterbreiten, auch anderen Algecirasmächten zusteht. Hierdurch würde der Anschein verhütet, als ob wir eine französisch-spanische Zwischeninstanz zwischen Deutschland und Marokko einerseits und zwischen Deutschland und der Gesamtheit der Algecirasmächte andererseits gelten lassen wollten. Vielleicht ließe sich dieser Zweck schon dadurch erreichen, daß gesagt würde, Frankreich und Spanien hätten „bei dieser Gelegenheit" die dankenswerte Aufgabe auf sich genommen,

in Ergänzung der deutschen Anregung den Mächten gewisse Ratschläge zu unterbreiten. Sollte dies nicht opportun erscheinen, so dürfte eine entsprechende mündliche Erklärung in Paris und Madrid am Platze sein.

Alinea 3 ist von grundlegender Bedeutung und erfordert besonders sorgfältige Prüfung. Nachdem zunächst die „solidarité et leur complet accord" als einhelliger Wunsch der Mächte hingestellt wird — augenscheinlich um gegen Einzelschritte zur Anerkennung Mulay Hafids Stellung zu nehmen —, wird dies Prinzip im Nachsatz wesentlich eingeschränkt. Es soll die Regel aufgestellt werden, daß die verschiedenen Regierungen die offizielle Anerkennung Mulay Hafids der Erlangung lediglich solcher „garanties et satisfactions" unterordnen sollen, welche allen fremden Interessen gemeinsam ist. (Es macht den Eindruck, als ob ein ursprünglich anders lautender Satz durch häufige Umarbeitung die jetzige nicht mehr ganz folgerichtige Fassung erhalten hätte.) Wenn wir die Abhängigmachung der Anerkennung von zu leistenden Garantien und Genugtuungen überhaupt zulassen, dann kann uns diese Beschränkung auf das allen gemeinsame Interesse nur willkommen sein. Denn sie bietet uns die Handhabe, französische Sonderforderungen (Schulden Abdul Asis' und Kriegskostenentschädigung) aus den Vorbedingungen für die Anerkennung Mulay Hafids auszuschalten.

Die in alinea 5, 7, 8 bis „avec les particuliers" und 9 aufgestellten Forderungen können als berechtigt angesehen werden, doch dürfte es sich empfehlen, in der Antwort darauf hinzuweisen, daß diese Verpflichtungen nach völkerrechtlichen Grundsätzen als etwas Selbstverständliches auf den Rechtsnachfolger Sultans Abdul Asis übergehen und in der Hauptsache (Algecirasakte) bereits auch von Mulay Hafid anerkannt worden sind.

Der zweite Teil des alinea 8: „il assumerait aussi la responsabilité des dettes contractées par Abdul Asis. Les dettes souscrites au bénéfice des particuliers seraient soumises à une vérification dont les conditions seraient ultérieurement déterminées" erscheint mir in dieser Fassung nicht annehmbar. Wir können nicht unsere Hand dazu bieten, Mulay Hafid zur Anerkennung von Schulden zu zwingen, über deren Art und Umfang weder uns noch ihm etwas bekannt ist. Es fragt sich ferner, ob ein Herrscher — nachdem in einer für sein Land rechtsverbindlichen Form seine Thronbesteigung erfolgt und gleichzeitig sein Vorgänger in ebenfalls rechtsgültiger Form abgesetzt ist — verpflichtet ist, diejenigen Schulden seines Vorgängers anzuerkennen, welche dieser nach seiner Absetzung und zum Teil zur Bekämpfung des nunmehr rechtmäßigen Herrschers kontrahiert hat.

Diese Schulden können nur entweder aus Bardarlehen oder aus Lieferungen herstammen. Für beide Fälle hat die Algecirasakte gewisse Bestimmungen vorgesehen. Bei Darlehen muß das Geschäft zunächst der internationalen Staatsbank angeboten werden. Ist dies nicht geschehen, so ist es rechtlich nicht einwandfrei und daher auch nicht durch die Gesamtheit der Vertragsmächte vertretbar. Ähnlich verhält es sich mit

Lieferungen. Soweit die auf Grund der Algecirasakte vorgesehenen Adjudikationsverfahren eingehalten sind, sind solche Geschäfte rechtskräftig, anderenfalls jedoch nicht. So dürfte beispielsweise die Erwerbung der Einrichtung für drahtlose Telegraphie durch Abdul Asis, welche ohne Adjudikationsverfahren erfolgt ist, beziehungsweise eine aus dieser Erwerbung hervorgegangene pekuniäre Verpflichtung des Machsen gegenüber dem Verkäufer nicht durch die Mächte gegenüber dem neuen Sultan zu vertreten sein. Die in dem oben zitierten Abschnitt angeführten Verpflichtungen Abdul Asis' bedürfen so sehr der Klärung und Prüfung, daß ihre Übernahme nicht zu einer Vorbedingung zur Anerkennung Mulay Hafids gemacht werden sollte.

Schließlich erscheint es auch nicht unbedenklich, ältere, das heißt vor Ausbruch des Thronstreits kontrahierte und teilweise in rechtskräftiger schriftlicher Form anerkannte Schulden Abdul Asis' an deutsche Staatsangehörige jetzt von einer „ultérieurement" vorzunehmenden Prüfung abhängig zu machen. Ich glaube daher, daß diese Forderungen als nicht allen fremden Interessen gemeinsam auf Grund des in alinea 3 aufgestellten Grundsatzes als Vorbedingung für die Anerkennung Mulay Hafids abzulehnen sind.

Das gleiche läßt sich mit Bezug auf die in alinea 12 angekündigten französischen und spanischen Kriegskosten-Entschädigungsforderungen sagen. Es wäre wünschenswert, wenn wir jede Stellungnahme zu dieser Frage zurzeit vermeiden und dies ausdrücklich erklären könnten, indem wir es ebenfalls auf Grund des in alinea 3 anerkannten Grundsatzes ablehnen, uns an einem Schritt zu beteiligen, der den Zweck hat, den Sultan zu einer Erklärung über die eventuellen französischen und spanischen Forderungen als Vorbedingung seiner Anerkennung durch die Mächte zu veranlassen. (Wir könnten diese Sache überhaupt als eine lediglich spanische und französische Angelegenheit betrachten, wenn wir nicht ein Interesse daran hätten, die finanziellen Kräfte Marokkos nicht so sehr überlastet zu sehen, daß dadurch die Begleichung der berechtigten und zum Teil schon alten Forderungen deutscher Staatsangehöriger illusorisch gemacht würde. Es dürfte für die Zukunft von Nutzen sein, wenn dieser Gedanke in der deutschen Antwort Ausdruck fände.)

Zu alinea 10 und 11:

Nicht unbedenklich ist die als „nécessité absolue" aufgestellte Forderung der von Mulay Hafid verlangten öffentlichen und offiziellen Manifestationen. Die hier verwendete französische Terminologie wie beispielsweise „désavouer et arrêter les appels à la guerre sainte" würden, wenn wörtlich ins Arabische übertragen, das Gegenteil einer beruhigenden Wirkung ausüben. Man sollte sich vielmehr mit einem Schreiben begnügen, welches in allgemeinen dem Sultan nicht im einzelnen vorzuschreibenden Ausdrücken die Anerkennung Mulay Hafids durch die Mächte und als Folge davon Frieden, Ruhe, Sicherheit und Schutz der Fremden verkündet.

Desgleichen erscheint es bedenklich, vom Sultan zu verlangen, daß er „immédiatement" alle Maßregeln zur Sicherung des freien Verkehrs im Inneren ergreifen soll. Dies würde zu einem plötzlichen Influx aller möglichen schlechten Elemente und notwendigerweise zu Konflikten führen. Statt „adopter immédiatement etc." dürfte besser [zu sagen sein:] „préparer dès à présent toutes les mesures nécessaires pour rétablir la sécurité etc."

Alinea 13 erscheint unbedenklich und den Umständen angemessen.

Rosen

Nr. 8435

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 296 Tanger, den 15. September 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 191. Im Anschluß an Telegramm Nr. 295*.

Mulay Hafid befindet sich bei seiner eigenen politischen Unerfahrenheit und der Unfähigkeit seiner Umgebung offenbar in einer hülflosen Lage. Er wird voraussichtlich das tun, was Dr. Vassel ihm rät. Doch ist zu berücksichtigen, daß der Sultan seine Anerkennung dringend wünscht und, wie Reschid Bey mir sagte, sich schon einmal dahin geäußert hat, er werde alle Forderungen der Mächte annehmen, um Sultan zu werden und das zu tun, was ihm beliebe. Es würde daher verhältnismäßig leicht sein, die französischen Bedingungen, besonders wenn sie ihrer brüsken Form entkleidet und nicht durch den französischen Gesandten, sondern durch den Doyen des diplomatischen Korps mit der Unterstützung Dr. Vassels vorgebracht werden, dem Sultan mundgerecht zu machen. Einigen der schärfsten Forderungen könnte der Sultan dadurch zuvorkommen, daß er, noch ehe die Demarche der Mächte erfolgt, deren Wünsche bereits ausführt. So könnte er die gewünschte Belehrung der Gouverneure schon jetzt erfolgen lassen und damit der verlangten, mit dem Koran nicht vereinbaren Desavouierung des heiligen Kriegs aus dem Wege gehen. Trotzdem würden wir eine ungeheure Verantwortung auf uns laden, wenn wir den Sultan zur Annahme der Bedingungen veranlassen würden. Wir würden damit Mulay Hafid politisch und finanziell an die Franzosen ausliefern, politisch weil diejenigen Mächte, welche die Forderungen unterstützen, gleichzeitig das französische Mandat bezüglich Marokkos anerkennen und auf jede eigene politische Beteiligung in und

* Durch Telegramm Nr. 191 war Freiherrn von Wangenheim der Wortlaut der französisch-spanischen Note mitgeteilt worden. In Telegramm Nr. 295 vom 15. September hatte Freiherr von Wangenheim bereits erhebliche Bedenken gegen die französisch-spanische Note geltend gemacht.

für Marokko verzichten, finanziell weil wir den Sultan wehrlos gänzlich unbekannten pekuniären Forderungen Frankreichs gegenüberstellen. Mulay Hafid wird diese Ansprüche niemals befriedigen können und Frankreich nur dann mit sich handeln lassen, wenn der Sultan sich gänzlich der französischen Leitung unterwirft. In letzterem Falle ist er seinem Volke gegenüber verloren.

Deutschlands Interessen gegenüber der französisch-spanischen Note sind mit denen Mulay Hafids identisch. Unterschreiben wir die Note, so verzichten wir nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich auf Marokko. Denn fällt der Sultan in die Hände der Franzosen, so muß in kurzer Zeit derselbe Zustand hier wieder eintreten, der in der letzten Regierungszeit Abdul Asis' geherrscht hat. Unter einem von Frankreich beherrschten Machsen aber können wir nur noch von Frankreich gleichwertig auf eine Berücksichtigung bei den Adjudikationen für die öffentlichen Arbeiten rechnen. Unser Handel kann nicht bestehen, wenn unsere Semsare und Mochalaten unter französischem Einfluß von den marokkanischen Behörden verfolgt und bedrückt werden. Wir müssen fordern, daß einmal die Gleichberechtigung Deutschlands in Marokko von Frankreich respektiert wird, und zweitens, daß uns die Bedeutung und die Ziffern der finanziellen Forderungen mitgeteilt werden, welche an Mulay Hafid gestellt werden sollen. Wir können keinen Blankowechsel unterschreiben und haben dasselbe Recht wie Frankreich, die Lage der marokkanischen Finanzen zu übersehen und für ihre Sanierung Ratschläge zu erteilen. Ob Frankreich zu Verhandlungen bereit ist, läßt sich von hier nicht übersehen. Hier macht die Note, deren Inhalt selbst den hiesigen Franzosen zu weit zu gehen scheint, überall den Eindruck einer Provokation. Österreichischer*, niederländischer** und selbst russischer*** Vertreter betrachtet sie in der vorliegenden Form als undiskutierbar. Man fragt sich, welchen Inhalt der erste französische Entwurf vor der Milderung durch Spanien gehabt haben mag.

Wangenheim

Nr. 8436

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. A 348 Tanger, den 10. September 1908

Die hiesigen Notabeln hatten, um ihre Sympathien für Deutschland wegen dessen Eintretens für Mulay Hafid auszudrücken, beschlossen, von

* Graf Bukuwky.
** van Rappard.
*** P. Botkin.

mir die Erlaubnis zu erwirken, daß die Festlichkeiten anläßlich des Thronwechsels innerhalb der Kaiserlichen Gesandtschaft abgehalten werden dürften. Es hat mir leid getan, diesem naiven Antrage nicht haben entsprechen zu können. Derselbe kennzeichnet im übrigen die gegenwärtige Stimmung der Eingeborenen. Sie erblicken in Deutschland ihren einzigen uneigennützigen Freund und den Retter in der Not gegen Frankreich. Viele namhafte Marokkaner ließen mir sagen, daß Marokko, um der Vergewaltigung durch Frankreich zu entgehen, sich jederzeit unter deutschen Schutz stellen werde. Falls ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbreche, würden alle waffenfähigen Marokkaner nach Deutschland reisen, um sich den deutschen Truppen anzuschließen.

Wangenheim

Nr. 8437

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 176 Berlin, den 17. September 1908

Geschäftsträger Tanger drahtet 16. d. Mts.:

„Österreichisch-ungarischer Wahlkonsul Loehr* ist vor einigen Tagen auf Durchreise nach Fes hier eingetroffen. Österreichischer Geschäftsträger hat ihm heute im Auftrage seiner Regierung eröffnet, daß sein Erscheinen als Konsul in Fes zurzeit nicht opportun wäre, und daß die Regierung deshalb bitte, die Reise zu verschieben. Falls Loehr trotzdem abreist, wird ihm Graf Bukuwky die konsularische Qualität entziehen."

Bitte, ohne Verzug in freundschaftlicher Form Baron Aehrenthal darauf aufmerksam zu machen, wie ungünstig ein solches désaveu, welches unser nächster Verbündeter damit unserer Entsendung Vassels gibt, gegenwärtig wirken muß.

Sollte Baron Aehrenthal wider Erwarten nicht zur telegraphischen Abänderung der ergangenen Anordnung zu bewegen sein, so wollen Sie unsere bestimmte Hoffnung ausdrücken, daß mindestens eine so auffällige Maßnahme wie die Entziehung der konsularischen Qualität vorläufig unterbleibt.

Loehr ist ein seit langen Jahren in Fes etablierter deutscher Kaufmann (in Firma Richter).

Stemrich

---

* Vgl. Nr. 8408, Fußnote.

Nr. 8438

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 305 Tanger, den 18. September 1908

Resultat der zweitägigen Verhandlungen Menebhis mit Regnault ist folgendes:

Menebhi scheint überzeugt, daß Mulay Hafid die Hauptbedingungen der Note annehmen müsse. Schwierigkeiten würden nur die Desavouierung des heiligen Kriegs und die Behandlung Abdul Asis' machen. In ersterem Punkte sei Regnault bereit, weitere Fassung vorzuschlagen, für Abdul Asis fordere er jährliche Rente, Erlaubnis Aufenthalts seiner Familie in Tanger und der späteren eigenen Rückkehr dahin nach vorübergehendem Aufenthalt in Syrien. Mulay Hafid bestehe bisher darauf, daß Abdul Asis nach Fes kommt. Um obige Schwierigkeiten zu beseitigen, will Menebhi demnächst mit Dragoman französischer Botschaft nach Fes reisen.

Regnault beabsichtigt offenbar, den Sultan zur Annahme französisch-spanischer Bedingungen zu bewegen, noch ehe Kabinette sich auseinandergesetzt, damit Frankreich sich gegenüber uns nicht nur auf das Einverständnis seiner Verbündeten, sondern auch auf das des Sultans berufen kann.

Ich habe Menebhi, der mich um meinen Rat .....*, jedoch auf die Gefahren aufmerksam machen lassen, die aus einer übereilten Annahme französisch-spanischen Programms für Marokko entstehen könnten. Der Sultan werde weiter ...** tun, Regnaults Ratschläge nur ad referendum zu nehmen und sich erst zu äußern, wenn die Note aus den Beratungen der Mächte wieder hervorgegangen sei. Mir schiene es nicht ausgeschlossen, daß die Note noch Modifizierungen zum Vorteil Marokkos erfahren würde.

Dr. Vassel benachrichtige ich durch Kurier. Für meine weitere Haltung würde mir fortlaufende Orientierung sehr erwünscht sein.

Wangenheim

Nr. 8439

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 18. September 1908

In einer Unterhaltung mit Herrn Cambon habe ich in gleichem Sinne, wie der Herr Unterstaatssekretär dies bereits dem Baron Berckheim

* Zifferngruppe fehlt, zu ergänzen: „fragte".
** Zifferngruppe fehlt, zu ergänzen: „gut".

gegenüber getan*, darauf hingewiesen, daß man in Frankreich hinter unserer Anregung zu baldiger Lösung der Anerkennungsfrage und hinter der Sendung Vassels nach Fes finstere Absichten vermutet habe, die wir tatsächlich niemals gehegt. Die Presse habe sich in die gehässigsten Verdrehungen und Verhetzungen verrannt; auch ein Teil der deutschen Presse sei in dieser Beziehung nicht frei von Schuld. Gehe es in diesem Tone weiter, so würden wir niemals zu einer einigermaßen befriedigenden Lösung der Marokkofrage gelangen. Es sei im höchsten Grade wünschenswert, daß zwischen uns und Frankreich in Sachen Marokko eine Art „Trêve de Dieu" eintrete. Hätten sich die Gemüter auf beiden Seiten einmal beruhigt und nehmen die Dinge in Marokko einen ruhigen, friedlichen und den Verträgen entsprechenden Verlauf, so werde es nicht schwer fallen, den beiderseitig vorhandenen Wunsch nach einer Verständigung, sei es lediglich mit Bezug auf Marokko, sei es auf weiterer Basis, eventuell sogar unter Hereinziehung Englands, zur Verwirklichung zu bringen[1].

Allgemein sagte ich Herrn Cambon noch, eine vollständige Umkehr von unserer bisherigen Marokkopolitik, das heißt eine vollständige Preisgabe Marokkos an Frankreich, könne für uns nicht in Frage kommen. Wenn wir dort auch keine besonderen politischen Pläne verfolgen, namentlich nicht, wie schon oft gesagt, territoriale Festsetzung[1] im Auge haben, so könnten wir doch bei unserer allgemeinen Stellung zur islamitischen Welt nicht eine Rolle übernehmen, welche im ganzen Orient nicht anders wie als die einer demütigen betrachtet werden würde. Andererseits hätten wir aber auch nicht die Absicht, Frankreich, dessen besondere Interessen wir vollständig anerkennten, Schwierigkeiten zu bereiten. Eine Verständigung, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, vielleicht unter Neutralisierung des marokkanischen Marktes, erscheine mir nicht allzu schwer. Voraussetzung dazu sei jedoch, wie gesagt, Beruhigung der Gemüter und strengste Legalität in Einhaltung der internationalen Verpflichtungen. In dieser Beziehung habe das Verhalten der ausführenden Organe Frankreichs in Marokko manches zu wünschen übrig gelassen[2].

Herr Cambon suchte letzterem leisen Vorwurf gegenüber einige Beschönigungen entgegenzustellen, konnte aber doch eine gewisse Berechtigung nicht bestreiten. Er war von meiner offenen und versöhnlichen Sprache angenehm berührt und wiederholte seine Bereitwilligkeit, zur Herbeiführung ruhiger Stimmung das Seinige zu tun, auch dem von ihm wiederholt geäußerten Gedanken einer Verständigung über Marokko oder auf weiterer Basis zu geeignetem Zeitpunkt praktische Gestalt zu geben. Er frug vorsichtig, ob wir uns bereit finden lassen würden, unsere versöhnliche Gesinnung durch Versetzung Rosens, natürlich in allen Ehren und unauffällig, zu bekunden. Ich erwiderte, wir könnten eine solche Maßregel nur erwägen, wenn sie nicht einseitig bliebe, worauf Cambon durchblicken ließ, daß die französische Regierung eventuell zur Opferung

* Vgl. Nr. 8426.

Regnaults sich entschließen würde, allerdings in sehr schonenden Formen, die nicht leicht zu finden sein würden[3].

Mit viel Spannung erwarte Cambon unsere Antwort auf die franko-spanische Note. Ich sagte ihm, sie würde weniger schlimm ausfallen, als man in Paris zu fürchten scheine[4]. Wir hätten einige Bedenken, denen wir in konzilianter Weise und ohne jegliche feindselige Absichten Ausdruck geben würden. Im großen ganzen werde aber die Antwort zustimmend lauten, was übrigens ganz natürlich, da wir niemals die Absicht gehabt, die Anerkennung Mulay Hafids ohne genügende Sicherheiten herbeizuführen[5] oder eine Sonderrolle zu spielen. Im Gegenteil, wir legten das größte Gewicht auf gemeinsames und harmonisches Handeln der Mächte in dieser Frage und seien erfreut, der gleichen Auffassung in der franko-spanischen Note zu begegnen[3].

v. Schoen

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Richtig
[2] sehr gut
[3] gut
[4] Cambon muß aber auch nicht zu viel erwarten, bzw. sich nicht hinsichtlich unserer Antwort in zu rosige Erwartungen einspinnen.
[5] richtig

Nr. 8440

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 274 Wien, den 18. September 1908

Hatte soeben eingehende Aussprache mit Freiherrn von Aehrenthal. Der Minister war offenbar darauf vorbereitet, daß ich ihm gegenüber in Angelegenheit Loehr* Auftrag auszuführen haben würde. Er empfing mich, als ich mich anschickte, an der Hand der mir erteilten Weisung um Rücknahme seiner Anordnung zu bitten, mit den Worten:

„Ich habe den strikten Befehl gegeben und kann ihn leider nicht zurücknehmen. Österreich-Ungarn hat in Fes keine Interessen, für Deutschland ist das etwas ganz anderes. Wenn Loehr nach Fes reisen will, muß ich darauf bestehen, daß er seine konsularische Qualität niederlegt[1], ich kann hier nicht den Privatmann von dem Amt trennen; ich habe gebeten, daß Loehr seine Reise aufschiebt, weil ich sehr bedauern würde, diesen außerordentlich tüchtigen Beamten zu verlieren. Wenn jetzt aber unser Konsul nach Fes geht, würde das zu Kommentaren Anlaß

---

* Vgl. Nr. 8437.

geben, die ich vermeiden muß, weil ich gerade im Begriff bin, die französisch-spanischen Vorschläge zu prüfen; und daß ich bei der Prüfung von der loyalsten Gesinnung Ihrer Regierung gegenüber* mich leiten lassen werde, darauf können Sie sich verlassen."

Ich habe den Minister ruhig angehört, ihm dann noch einmal wiederholt, daß eine derartige Maßnahme außerordentlich peinlich wirken müsse, und hinzugefügt, ich hoffe, die Entziehung der konsularischen Qualität werde wenigstens vorläufig unterbleiben. Freiherr von Aehrenthal erwiderte, er habe gedacht, Loehr könnte vielleicht freiwillig „aus Gesundheitsrücksichten" sein Amt niederlegen, ehe er nach Fes reise[2].

Ich habe dem Minister sehr freundschaftlich erwidert, daß er in vorliegendem Falle den Beamten vom Privatmann nicht trennen zu können glaube, verstehe ich; Loehr sei aber in Fes domiziliert und werde in unaufschiebbaren Geschäften dorthin zurückgerufen. Nachdem der Genannte deutscher Reichsangehöriger und österreich-ungarischer Konsul sei, werde der Minister zugeben müssen, daß die Entziehung der konsularischen Qualität von der Öffentlichkeit als ein désaveu für die Kaiserliche Regierung aufgefaßt werden müsse, wie es schroffer nicht zu denken sei[3]. Ich möchte darum doch noch hoffen, daß ein Ausweg gefunden werden könnte, eine derartige Maßnahme unseres nächsten Verbündeten zu vermeiden, und bäte ihn sich zu vergegenwärtigen, ob die Kommentare zu der Reise eines deutschen Reichsangehörigen nach Fes, der allerdings gleichzeitig K. und K. Vizekonsul sei, der aber in Privatgeschäften nach seinem ständigen Wohnort zurückkehre, bedenklicher sein würden als die

---

* Daß Österreich-Ungarn das deutsche Vorgehen an sich durchaus billigte, ergibt sich aus der Aussprache, die Staatssekretär von Schoen am 5. September in Berchtesgaden mit Freiherrn von Aehrenthal hatte. In dem eingehenden Bericht von Schoens vom 5. September (siehe dessen vollen Wortlaut in Bd. XXV, Kap. CXCI, Nr. 8909 sowie Bd. XXVI, Kap. CXCIII) heißt es darüber: „Was Marokko betrifft, so fand Baron Aehrenthal unseren Wunsch nach Beschleunigung der Anerkennung Mulay Hafids sehr verständlich und unterstützungswert, namentlich dann, nachdem ich ihm dargelegt, eine wie nachgiebige und geduldige Politik wir Frankreich gegenüber in der Marokkofrage befolgt haben, ohne anderen Dank dafür zu ernten als immer erneute Anmaßungen, Verschleppungen und Winkelzüge. Wir hätten nicht die Absicht, Frankreich in Marokko Schwierigkeiten zu bereiten und sein besonderes Interesse an geordneten Zuständen in diesem seinem algerischen Besitz benachbarten Lande zu bestreiten. Wir könnten aber nicht die Hand dazu bieten, daß Frankreich nun die Anerkennung des siegreich aus dem Thronstreit hervorgegangenen Herrschers hinzieht, vermutlich zu keinem anderen Zweck, als um den neuen Sultan durch übertriebene Bedingungen mürbe und zu einem willenlosen Werkzeug Frankreichs zu machen oder zur Verzweiflung zu treiben und damit eine gefährliche und unerträgliche Situation zu schaffen. Gegen eine zweite Auflage der französischen Casablancapolitik und erneute Behandlung Deutschlands als quantité négligeable müßten wir Vorsorge treffen. Übrigens bedeute unsere Demarche nicht, daß wir in der Anerkennungsfrage die Führung zu übernehmen wünschen. Diese überließen wir neidlos Frankreich und Spanien, vorausgesetzt, daß diese nicht fernerhin die Legende zu bilden bestrebt seien, wonach ihnen die Mächte ein weitergehendes Mandat erteilt hätten als das, dem Sultan bei der Einrichtung der Polizei in den Hafenstädten behiflich zu sein."

Kommentare, die unvermeidlich daran geknüpft werden müßten, wenn im gegenwärtigen Augenblick einem deutschen Reichsangehörigen die Qualität als österreich-ungarischer . . .* entzogen würde.

Diese Argumentation blieb nicht ohne Wirkung auf den Minister, besonders der Hinweis auf den Eindruck, den eine solche Maßnahme von seiten unseres nächsten Verbündeten ausüben würde, machte ihn nachdenklich. Er sagte mir, er könne sich heute noch nicht definitiv schlüssig machen, werde sich die ganze Angelegenheit aber noch einmal überlegen und mir morgen seinen Entschluß mitteilen.

Rantzau

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Wenn er das freiwillig täte, wäre das noch immer besser als die Entziehung von seiten der österreichischen Regierung.

[2] Entweder muß Loehr die Reise nach Fes aufgeben bzw. aufschieben, oder (im schlimmsten Fall) sein Amt freiwillig niederlegen.

[3] Dazu darf es unter keinen Umständen kommen!! Haben Sie mit Szögyényi gesprochen? Die Angelegenheit verdient die ernsteste Aufmerksamkeit von unserer Seite. Es muß ein Ausweg gefunden werden. Es muß ein Eclat vermieden werden. B.

Kann denn Loehr nicht seine Reise nach Fes aufschieben?

Nr. 8441

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Schoen

Nr. 178 Berlin, den 19. September 1908

Wir verstehen, daß Baron Aehrenthal nicht durch die Frage der Reise des Konsuls Loehr nach Fes in die marokkanische Angelegenheit hineingezogen werden will. Es liegt uns fern, ihn und Österreich-Ungarn bei diesem Anlaß in diese Frage verwickeln zu wollen. Aber die Amtsenthebung des Konsuls in diesem Moment würde ein éclat sein, der, sofort von Presse aller Länder aufgebauscht, ein neues peinliches Element der Unruhe in die gegenwärtige Situation bringen und schon dadurch die Behandlung anderer schwebender Fragen in hohem Grade erschweren würde. Ein solcher éclat muß unter allen Umständen vermieden werden.

Wir wissen nicht, ob es noch möglich, die Reise des Konsuls nach Fes zu verhindern. Wenn dies ganz unmöglich sein sollte, dürfte nicht Amtsenthebung erfolgen, sondern dem Konsul ausreichend Zeit zur Verwirklichung freiwilligen Rücktritts gelassen werden. Jedenfalls sollte die ganze Angelegenheit ohne jede Überstürzung behandelt werden. In pessimum eventum könnte vielleicht in zeitweiliger stiller Suspendierung

---

* Zifferngruppe fehlt, zu ergänzen: „Konsul".

unter Motivierung gegenwärtiger Unsicherheit der Lage eine Lösung gefunden werden.

Ich hoffe bestimmt, daß es Ew. pp. gelingen wird, diese Angelegenheit tunlichst bald in einer Weise beizulegen, die gleichmäßig den vertrauensvollen Beziehungen zwischen uns und Österreich-Ungarn entspricht, unserer Würde keinen Eintrag tut und nicht neue Schwierigkeiten und neue Aufregung in der Marokkofrage hervorruft, deren allmähliche ruhige Beilegung wir wünschen.

Bülow

Nr. 8442

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 277 Wien, den 19. September 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 274 vom 18. September*.

Freiherr von Aehrenthal ließ mir soeben durch Sektionschef von Call mitteilen, um Euerer Durchlaucht Beweis seiner Freundschaft und Entgegenkommens zu geben, habe er sich entschlossen, noch heute telegraphisch österreich-ungarischen Vertreter in Tanger zu verständigen, daß er Reise Loehrs nach Fes nicht mehr entgegentrete. Loehr wird gleichzeitig angewiesen, „keinerlei konsularische Tätigkeit zu entwickeln, insbesondere, solange Anerkennungsfrage nicht gelöst, mit der Regierung Mulay Hafids in keiner Weise amtlich in Verbindung zu treten".

Chef fügte hinzu vertraulich, falls Frankreich oder Spanien wegen Rückkehr Loehrs hier anfragen sollten, werde beiden Mächten „entsprechende Aufklärung" gegeben werden.

Aus Rücksprache mit Herrn von Call hatte ich Eindruck, daß hiesige Regierung dankbar sein würde, wenn auf Presse dahin gewirkt werden könnte, daß im gegenwärtigen Augenblick Kommentare zur Reise Loehrs nach Fes tunlichst unterbleiben, jedenfalls aber Öffentlichkeit über privaten Charakter derselben aufgeklärt und jede politische Kombination vermieden wird.

Rantzau

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Das muß unbedingt geschehen! Die Reise muß wenn möglich gar nicht erwähnt und jedenfalls ohne Kommentar erwähnt werden. Es sind keinerlei politische Kombinationen an die Reise zu knüpfen. Sollten solche auftauchen, so ist auf den privaten Charakter dieser (Kaufmanns-)Reise hinzuweisen, und zwar sofort, ehe von Wien aus entsprechende Erwiderungen erfolgen.

B. 20/9

* Siehe Nr. 8440.

Nr. 8443

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 180 Berlin, den 20. September 1908

Auf Telegramm Nr. 277*.

Die von Baron Aehrenthal wegen Loehr getroffene Entscheidung betrachte ich als eine glückliche Lösung der Schwierigkeit. Bitte Baron Aehrenthal meinen persönlichen Dank auszusprechen und dabei nochmals einfließen zu lassen, wie sehr es uns fern liegt, in dieser Sache das Wiener Kabinett zu einem Hervortreten bewegen zu wollen, für welches dasselbe in seinen eigenen Interessen keinen hinreichenden Anlaß erblickt.

In Presse wird die Sache von hier aus den dortigen Wünschen entsprechend behandelt werden.

Bülow

Nr. 8444

*Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 278 Wien, den 21. September 1908

Unter Bezug auf Telegramm 180***.

Freiherr von Aehrenthal war außerordentlich erfreut über Euerer Durchlaucht Dank, den ich ihm soeben aussprach. Minister sagte, er sei sehr gern Euerer Durchlaucht Wunsch entgegengekommen und habe selbstverständlich alles vermeiden wollen, was Lösung der marokkanischen Frage komplizieren könnte; er freue sich über Aussicht auf allmähliche ruhige Beilegung.

Freiherr von Aehrenthal fragte, ob die Kaiserliche Regierung schon Stellung zu französisch-spanischen Vorschlägen genommen, er habe sich noch nicht schlüssig gemacht, müsse aber auf Grund der bisherigen Prüfung sagen, daß er nicht zu unbedingter Annahme neige.

Der Minister drückte sich nicht ganz präzise aus, erklärte, er sei mit dringenden Geschäften überladen. „Ich habe andere Sorgen, wie Sie

---

* Siehe Nr. 8442.

** Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

*** Siehe Nr. 8443.

wissen", meinte er mit Hinweis auf die am 8. Oktober zusammentretenden Delegationen. Gegenwärtig beurlaubter Referent für Marokko Baron von Biegeleben wird zurückgerufen, nach seiner Rückkehr Entscheidung getroffen.

Aus Mitteilungen Freiherrn von Aehrenthals entnehme ich, daß er beabsichtigt, im Prinzip französisch-spanischen Vorschlägen ....*, im einzelnen aber Vorbehalte zu machen und speziell bezüglich Frage der von Abdul Asis auf Mulay Hafid übergehenden pekuniären Verpflichtungen prüfen, eventuell ...** Kommission anzuregen.

Ob Antwort auf französisch-spanische Note in diesem Sinne schließlich ausfällt, wird aber erst nach Rückkehr Baron von Biegelebens endgültig entschieden.

Freiherr von Aehrenthal erzählte mir, Iswolsky habe sich ihm gegenüber lebhaft für Annahme französisch-spanischer Vorschläge interessiert, man werde wohl mit unbedingter Zustimmung Rußlands rechnen müssen. Frankreich scheine in Rom ebenfalls mit Hochdruck in dieser Richtung zu arbeiten, er (Freiherr von Aehrenthal) werde aber hiesigem italienischen Botschafter***, den er noch heute erwarte, keinen Zweifel darüber lassen, daß er gewisse Vorbehalte für angemessen erachte.

Mitteilung, daß Reise Konsuls Loehr nach Fes in unserer Presse hiesigen Wünschen entsprechend behandelt werden soll, nahm Minister mit besonderem Dank entgegen, sagte, er lege großen Wert darauf, jede falsche Interpretation vermieden zu sehen, werde zu diesem Zwecke — um insbesondere Ausstreuungen von französischer Seite vorzubeugen — morgen hiesigen Blättern entsprechende „unauffällige" Mitteilung zugehen lassen.

Rantzau

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:

Wir müssen Aehrenthal über unseren Standpunkt genau und etwas vor den anderen Kabinetten informieren! Er muß bei uns Vertrauen fühlen.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Je weniger Aehrenthal glaubt, daß wir ihn zur Rolle des „brillanten Sekundaten" zwingen wollen, je ruhiger er uns sieht, und je freier er sich fühlt, um so mehr wird er bei geschickter Behandlung auch geneigt sein, an den französisch-spanischen Vorschlägen Vorbehalte zu machen. Es wäre sehr zu wünschen, daß das auch die Italiener täten, auf die wohl am besten durch Pansa einzuwirken ist: Auch sie müssen nicht glauben, daß wir sie gegen die Westmächte vorschieben wollen, sondern nur, daß sie in ihrem eigenen und im europäischen Interesse gut täten, von Frankreich und Spanien einige Modifikationen zu verlangen, die im Interesse des Friedens, der Eintracht usw. lägen.

---

* Zifferngruppe fehlt; zu ergänzen „zuzustimmen".
** Zifferngruppe unverständlich.
*** Herzog von Avarna.

Nr. 8445

Aufzeichnung des Gesandten in Tanger Rosen, z. Z. in Berlin

Eigenhändig

Berlin, den 20. September 1908

In Ergänzung meiner gehorsamen Aufzeichnung vom 15. September*.

1) Es dürfte sich empfehlen, in unsrer Antwort auf die französisch-spanische Note mit Bezug auf die von uns als annehmbar bezeichneten Forderungen auszusprechen, daß Mulay Hafid so wie so als Rechtsnachfolger seines Bruders zur Annahme aller bestehenden Staatsverträge etc. verpflichtet ist, und daß daher die Kaiserliche Regierung diese Annahme von vornherein als selbstverständliche Voraussetzung für die Anerkennung Mulay Hafids betrachtet hat. Für die Algecirasakte liege die Annahme Mulay Hafids bereits seit dem 25. Juli vor und sei seitdem noch erneuert worden.

2) Mit Bezug auf die Forderungen der Kriegskostenentschädigung würde sicher die schweigende Übergehung dieses Punktes in der deutschen Antwort französischerseits als stillschweigende Anerkennung ausgelegt werden. Wenn auch rechtlich das „qui tacet consentire videtur" auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar sein sollte, so lehrt doch die Erfahrung der letzten Jahre und namentlich auch die Gelbbücher, welche Schlüsse aus mehrfach wiederkehrenden Worten wie „l'ambassadeur n'a rien répondu" oder „le secrétaire d'état n'a fait aucune objection" gezogen worden sind. Ich gestatte mir daher gehorsamst, auf meinen in der erwähnten Aufzeichnung unterbreiteten gehorsamsten Vorschlag zurückzukommen und jede Stellungnahme zur Kriegskostenfrage unter Hinweis auf die in Absatz 3 der französisch-spanischen Note aufgestellte Regel ausdrücklich für den gegenwärtigen Zeitpunkt abzulehnen. Nur so behalten wir für die Zukunft freie Hand. Anderenfalls aber wird uns immer vorgehalten werden, daß wir keinerlei Einwendung erhoben und daher das französische Vorgehen zur finanziellen Erdrosselung Marokkos stillschweigend gebilligt hätten. Zweifellos würde auch den Marokkanern gegenüber unser Schweigen so dargestellt werden, als ob wir eine Stellungnahme nicht gewagt hätten, womit dann ein großer Teil des durch die Kriegskontribution entstandenen Odiums auf unsere Schultern abgeladen würde.

3) Es dürfte sich empfehlen, in der Antwort den ganzen Passus, der sich auf Widerruf des „heiligen Krieges" bezieht, nicht zu wiederholen, sondern nur etwa zu sagen: Le gouvernement Impérial ne voit aucune objection à ce que Mulay Hafid soit saisi d'une demande du Corps Diplomatique de Tanger de proclamer par des lettres chérifiennes la paix et

* Siehe Nr. 8434.

la sécurité des étrangers au Maroc. Le Ministre Impérial à Tanger recevra des instructions l'autorisant à se joindre à l'élaboration d'un tel projet de lettre par le Corps Diplomatique pourvu que cette lettre ne contienne rien qui puisse froisser les sentiments religieux de la population marocaine.

Rosen

Nr. 8446

Note

Unsigniertes und undatiertes Reinkonzept
am 22. September vom Staatssekretär von Schoen dem französischen und dem spanischen Botschafter übergeben

Le Gouvernement Impérial a eu l'honneur de recevoir la note par laquelle les Gouvernements Espagnol et Français, animés, comme le Cabinet de Berlin, du désir d'aborder sans retard la solution des questions que soulève la nouvelle situation créée au Maroc par l'issue de la lutte entre les deux Sultans, ont bien voulu lui faire connaître leur manière de voir à ce sujet.

La Chancellerie Impériale est heureuse de se trouver d'accord avec les Cabinets de Paris et de Madrid dans la pensée qu'il est de l'intérêt de toutes les Puissances signataires de l'Acte Général d'Algésiras de se concerter en vue de l'attitude à prendre en présence de cette nouvelle situation. Estimant, comme eux, qu'il est désirable d'affirmer au regard du Maroc la solidarité et l'accord des Puissances, le Gouvernement Impérial s'empresse de contribuer dès à présent pour sa part à l'établissement d'une entente ce principe en se déclarant partisan de l'idée que la reconnaissance officielle du nouveau maghzen, quelque désirable qu'il soit dans l'intérêt de l'apaisement du Maroc et de la reprise régulière des affaires d'en accélérer l'accomplissement, devrait être précédée de l'obtention de garanties et de satisfactions communes à tous les intérêts étrangers.

N'ayant point d'intérêts particuliers au Maroc, n'y aspirant ni à des avantages spéciaux ni à une position de faveur, ne s'inspirant que des principes consacrés par l'oeuvre d'Algésiras, l'Allemagne éprouvera une véritable satisfaction à voir renaître dans l'Empire Chérifien le calme, la paix et la sécurité, et à y voir s'établir un ordre de chose représentant la mise en pratique complète et définitive des dispositions générales et particulières de l'acte Général d'Algésiras.

Partant de ces points de vue généraux, le Gouvernement allemand, après un examen attentif et approfondi des propositions que le Gouvernement Espagnol et Français ont bien voulu lui présenter, croit pouvoir exposer sa manière de voir ainsi que suit:

Le Gouvernement Impérial est tout prêt à s'associer à une démarche ayant pour but de faire donner par Moulay Hafid les garanties requises par la situation.

Ces garanties devant être inspirées par les intérêts communs de tous les étrangers, le Gouvernement allemand est d'avis qu'afin d'accentuer la solidarité et l'entente des Puissances, la démarche dont il s'agit devra être faite par le Corps diplomatique résidant à Tanger par l'entremise de son doyen, procédé qui a été suivi lorsqu'il s'est agi d'obtenir l'adhésion à l'acte général d'Algésiras du Sultan Abdul Aziz.

Sous ce rapport il paraît de bon augure que le Corps diplomatique de Tanger a été récemment saisi d'une lettre de Moulay Hafid, contenant la notification formelle de son avènement au trône et demandant sa reconnaissance. Dans cette lettre le Sultan donne des assurances formelles et précises sur la manière dont il entend gouverner et notamment sur sa ferme intention de se conformer en tous points à l'Acte d'Algésiras et aux autres obligations contiguës à cet acte.

Le Gouvernement Impérial estime que cette lettre constitue un fait nouveau, dont la portée ne saurait échapper à l'attention des Puissances, et il aime à espérer que les Gouvernements d'Espagne et de France, dans un esprit d'équité et de haute sagesse, seront prêts à examiner la question de savoir, si les conditions formulées dans leur note ne pourraient pas pour une certaine part être considérées comme satisfaites par la lettre de Moulay Hafid.

Pour ce qui est du détail des garanties proposées, les observations suivantes se présentent, toujours sous les réserves qui découlent des remarques précédentes concernant la lettre de Moulay Hafid.

Il conviendrait que le Sultan déclarât adhérer d'une façon générale à toutes les dispositions de l'Acte d'Algésiras ainsi qu'à tous les règlements d'application prévus par cet acte et établis ou approuvés par le Corps diplomatique de Tanger, aux commissions instituées en vertu de ces règlements, aux décisions chérifiennes et mesures quelconques prises à ce sujet dans l'exercice du droit public marocain.

De même, le Gouvernement Impérial n'a pas d'objection à la confirmation des droits conférés à titre transitoire à l'Espagne et à la France, avec l'agrément des puissances, pour la surveillance sur mer de la contrebande des armes. Il y a, d'ailleurs, lieu de faire remarquer que ces droits expirent à la fin de l'année courante.

D'autre part, le Gouvernement Impérial est tout disposé à reconnaître en principe, que le nouveau gouvernement marocain devra accepter l'ensemble des autres traités et engagements conclus par les précédents souverains du Maroc avec les Puissances, les arrangements passés avec le Corps diplomatique et même les contrats avec les particuliers; qu'il devra en outre assumer la responsabilité des dettes contractées par Abdul Aziz pendant la période de sa souveraineté. Il est bien entendu que les contrats passés avec les particuliers et les dettes créées à une époque postérieure à la mise en vigueur de l'Acte d'Algésiras ne pourraient être reconnus qu'autant qu'ils se trouveraient être conformes aux prescriptions de cet acte. Les contrats et dettes non conformes à ces prescriptions ne pourront pas figurer,

à l'avis du Gouvernement allemand, parmi les obligations à présenter au Sultan au nom de la totalité des puissances.

Le règlement des dommages causés par les troubles de Casablanca se poursuivra utilement devant la commission internationale actuellement en fonction dont le Sultan aurait à confirmer les attributions.

Le Gouvernement Impérial est prêt à proposer, avec les autres Gouvernements, au Sultan, qu'il manifeste publiquement et officiellement au regard de son peuple sa ferme intention d'entretenir avec les gouvernements étrangers et leurs nationaux des relations conformes au droit des gens, et qu'il s'engage à préparer dès à présent toutes les mesures nécessaires pour établir la sécurité et la liberté des communications dans l'Empire Chérifien.

Ne mettant pas en doute les intentions pacifiques de Moulay Hafid le Gouvernement Impérial estime toutefois qu'il conviendrait de lui laisser une certaine liberté d'action afin d'éviter une nouvelle effervescence parmi la population musulmane et le renouvellement d'évènements qui compromettraient serieusement l'établissement d'un gouvernement stable, seule garantie d'un développement qui soit conforme aux intérêts communs des Puissances.

Le Gouvernement allemand reconnait qu'il appartient aux Gouvernements Espagnol et Français de régler avec le Maroc la question des frais de leurs opérations militaires et leurs réclamations motivées par le meurtre de le ursnationaux. Il a la confiance que les Gouvernements Espagnol et Français tiendront compte du fait que la situation financière du Maroc présente un intérêt général.

Enfin le Gouvernement Impérial ne voit pas d'inconvénient à ce que le nouveau Sultan soit invité à régler d'une manière honorable et équitable la situation personnelle d'Abdul Aziz et de ses fonctionnaires.

Nr. 8447

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 1183
Vertraulich

Berlin, den 22. September 1908

Euere pp. ersuche ich ergebenst, den beifolgenden Abdruck der heute von dem Herrn Staatssekretär dem französischen und dem spanischen Botschafter übergebenen deutschen Antwort* auf die französisch-spanische identische Note wegen der Anerkennung Mulay Hafids dem

* Siehe Nr. 8446.

Minister Freiherrn von Aehrenthal mit der Bitte um bis auf weiteres vertrauliche Behandlung zu übergeben.

Indem ich einen weiteren Abdruck des Schriftstücks für die Akten der Kaiserlichen Botschaft beischließe, bemerke ich zum näheren Verständnis folgendes vertraulich.

Wir haben uns in unserer Antwort im Interesse der allgemeinen Beruhigung bemüht, nicht nur in der courtoisievollen Form, sondern auch in der Sache den französisch-spanischen Wünschen so weit entgegenzukommen, als dies bei fester Aufrechterhaltung des Algeciras-Standpunktes, das heißt des Standpunktes der vollen wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller fremden Mächte in Marokko, möglich ist. Wir haben uns deshalb unter Annahme der französisch-spanischen These, daß bei der Behandlung der Frage der Anerkennung Mulay Hafids das möglichst einheitliche Auftreten der Mächte erwünscht ist und dabei nur solche Rücksichten in Betracht zu ziehen sind, welche allen Algecirasmächten gemeinsam sind, damit einverstanden erklärt, daß jener Anerkennung die Gewährung gewisser Garantien von seiten Mulay Hafids vorangehen solle.

Hinsichtlich dieser Garantien haben wir im großen und ganzen den französisch-spanischen Wünschen nachgegeben, jedoch mit dem Hinweis darauf, daß ein erheblicher Teil jener Wünsche infolge des letzten Briefs von Mulay Hafid an die Vertreter der Mächte in Tanger wohl als bereits erledigt angesehen werden könnte.

Bedenken haben wir nur insoweit angeregt und zur Prüfung gestellt, als Einzelheiten der französisch-spanischen Wünsche über die Vereinbarungen von Algeciras hinauszugehen scheinen.

Über den in der Einleitung der identischen Note anscheinend unternommenen Versuch einer ausdehnenden Auslegung des französisch-spanischen Polizeimandats — welches als die wichtigste Errungenschaft der Algeciraskonferenz hingestellt wird — gehen wir stillschweigend hinweg. Wir sind natürlich nicht gewillt, dies Mandat irgendwie über den strikten Wortlaut der Konferenzakte hinaus anzuerkennen.

Von Abdul Asis getroffene Regierungsanordnungen dürften nur insoweit anzuerkennen sein, als sie aus der Zeit stammen, wo er noch staatsrechtlich verfügungsfähig war. Letzteres dürfte jedenfalls vom 4. Januar d. Js. ab, dem Tage, wo seine Absetzung durch die Ulemas proklamiert wurde, schwerlich mehr der Fall sein.

Auch die seit demselben Zeitpunkt von Abdul Asis eingegangenen Kontrakte und Schuldverpflichtungen scheinen im Prinzip anfechtbar. Bei solchen Kontrakten und Schuldverpflichtungen (Darlehensaufnahmen), die aus der Zeit nach Inkrafttreten der Akte von Algeciras stammen, wird außerdem noch zu prüfen sein, ob dabei die Bestimmungen jener Akte betreffend öffentliche Arbeiten und Geldbeschaffung eingehalten sind.

An Mulay Hafid das Verlangen nach ausdrücklicher Reprobierung des sogenannten heiligen Krieges zu stellen, halten wir im Hinblick auf die religiösen Gefühle der Marokkaner für bedenklich. Es dürfte kaum wohl-

getan sein, Mulay Hafid durch Stellung einer solchen Forderung von vornherein in den Augen seiner eigenen Untertanen zu diskreditieren.

Die — an sich sehr wichtige — Frage der sogenannten Kriegskostenentschädigung betrachten wir als uns zunächst nicht angehend. Wir sind aber der Ansicht, daß übertriebene Kriegsforderungen, das heißt solche, welche die Finanzen Marokkos zu ruinieren geeignet sind, dem gemeinsamen Interesse der Mächte, welchen an der finanziellen Lebensfähigkeit des marokkanischen Staatswesens gelegen sein muß, widerstreiten würden.

Wir möchten hoffen, daß die vorstehenden streng vertraulichen Ausführungen, die nur für Ew. pp. und Baron Aehrenthal bestimmt sind, bei letzterem eine wenigstens dem allgemeinen Gedankengange nach zustimmende Aufnahme finden werden.

Stemrich

Nr. 8448

*Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten**

Ausfertigung

Berlin, den 25. September 1908

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät hatten Ende vorigen Monats dem Vorschlag Euerer Majestät Reichskanzlers zuzustimmen geruht, unsererseits die Mächte darauf hinzuweisen, daß es im Interesse der endlichen Beruhigung der marokkanischen Verhältnisse, der endlichen Wiederherstellung des Friedens und der endlichen Rückkehr zu den in Algeciras übernommenen Verpflichtungen liege, nunmehr mit der Anerkennung Mulay Hafids als Herrscher Marokkos vorzugehen.

* Am 24. September hatte Kaiser Wilhelm II. aus Rominten folgendes Telegramm an das Auswärtige Amt gerichtet: „Wie kommt es, daß ich weder Mitteilung der Übergabe der französischen Marokkonote noch deren Inhalt noch der Antwortnote an uns erhalten habe." Dazu bemerkte der im Gefolge des Kaisers weilende Gesandte Freiherr von Jenisch in einem Privattelegramm an Unterstaatssekretär Stemrich: „Bei heutiger Abendtafel kam die Rede auf die Marokkonoten, nachdem Seine Majestät in den Wolffschen Telegrammen den Auszug unserer Note gelesen hatte. Ich erwiderte auf die Anfrage Seiner Majestät, ich nähme an, daß die betreffenden Mitteilungen hierher unterwegs seien. Nach Tisch sagte mir Seine Majestät, die Sache hänge vielleicht damit zusammen, daß man im Auswärtigen Amt glaube, der Reichskanzler habe bei seiner letzten Anwesenheit allerhöchstihm über die Sache Vortrag gehalten. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Seine Majestät war einigermaßen ungehalten, über die Angelegenheit völlig unorientiert gelassen worden zu sein." Das Auswärtige Amt, das tatsächlich noch keinerlei Meldung an den Kaiser über die Noten hatte gelangen lassen, beeilte sich nun, am 25. September eine telegraphische Übersicht über den Inhalt der beiden Marokkonoten zu geben und die Absendung eines Immediatberichts (siehe oben) anzukündigen. In den Randbemerkungen zu dem Immediatbericht kommt noch der ganze Unmut des Kaisers über die Versäumnis des Auswärtigen Amtes zum Ausdruck.

Die Ausführung dieses Befehls Euerer Majestät, welcher in knappesten Worten das Programm der deutschen Marokkopolitik zeichnete, im Wege mündlicher Mitteilung durch Euerer Majestät Vertreter hat überall tiefen Eindruck gemacht und bei den Franzosen und ihren Freunden wilde Ausbrüche des Unmuts über die Zerstörung ihres schlauen Spiels hervorgerufen.

Ihre Antwort auf Euerer Majestät so rechtzeitigen Schachzug haben Frankreich und Spanien mit der alleruntertänigst beigefügten identischen Note[1]* erteilt, in welcher der Vorschlag gemacht wird, der Anerkennung Mulay Hafids, gegen die man jetzt an sich nichts mehr einwendet, die Gewährung gewisser Garantien durch Mulay Hafid vorhergehen zu lassen.

Für unsere Replik auf diese identische Note waren durch Euerer Majestät oben erwähnte Genehmigung des Vorschlags des Reichskanzlers[2] in Verbindung mit den von Euerer Majestät früher wiederholt kundgegebenen Willensmeinungen über die Führung der deutschen Marokkopolitik die Grundlinien scharf vorgezeichnet, sodaß es nur[3] noch der Anwendung der von Euerer Majestät bereits gutgeheißenen Prinzipien auf die verschiedenen in der französisch-spanischen Note vorgebrachten Einzelfragen bedurfte[4].

Die hiernach durch Euerer Majestät Staatssekretär des Auswärtigen Amts im Benehmen mit Euerer Majestät Reichskanzler ausgearbeitete deutsche Antwort, deren öffentliche Verwertung in extenso vorerst nicht beabsichtigt ist[5], hat Exzellenz von Schoen am 22.[6] d. Mts. abends hier in Berlin dem französischen und spanischen Botschafter ausgehändigt**, welche sich beide von dem Schriftstück sehr befriedigt zeigten.

Wie Euere Majestät aus der Anlage Allergnädigst ersehen wollen, ist das Schriftstück in der Form so courtoisievoll wie möglich gehalten, um in dieser Beziehung zu keinerlei Angriffen Anlaß zu geben. In der Sache selbst dagegen ist der Algeciras-Standpunkt, das heißt der Standpunkt der vollen wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller fremden Mächte in Marokko, fest aufrechterhalten.

Wir konnten deshalb ohne Schaden der französisch-spanischen These, daß bei der Behandlung der Frage der Anerkennung Mulay Hafids ein möglichst einheitliches Auftreten der Mächte erwünscht sei und dabei nur solche Rücksichten in Betracht zu ziehen wären, welche allen Algecirasmächten gemeinsam sind, zustimmen. Wir konnten weiter uns auch damit einverstanden erklären, daß jener Anerkennung die Gewährung von Garantien von seiten Mulay Hafids vorangehen solle. Endlich war es auch unbedenklich, eine Reihe der in der Note vorgeschlagenen Garantien im großen und ganzen als sachlich zulässig anzuerkennen. Nur konnten wir uns hierbei den schwer zu widerlegenden Hinweis nicht versagen, daß

---

* Siehe Nr. 8433.
** Siehe Nr. 8446.

mindestens ein erheblicher Teil jener Garantien inzwischen bereits erledigt sein dürfte, und zwar durch einen offiziellen Brief Mulay Hafids an das Tangerer diplomatische Korps, worin er seine Thronbesteigung offiziell notifiziert, seine Unterwerfung unter die Algecirasakte und die übrigen internationalen Verpflichtungen Marokkos ausgesprochen und daraufhin um seine Anerkennung durch die Mächte nachgesucht hat.

Bezüglich der Einzelheiten der deutschen Antwort darf noch folgendes in tiefster Ehrfurcht hervorgehoben werden:

Über den in der Einleitung der identischen Note anscheinend unternommenen Versuch zu einer ausdehnenden Auslegung des französischen Polizeimandats — welches dabei als die wichtigste Errungenschaft der Algeciraskonferenz hingestellt wird — geht die deutsche Antwort mit einem beredten Schweigen hinweg. Euere Majestät werden sicherlich damit einverstanden sein, daß wir eine Erweiterung jenes Mandats irgendwie über den strikten Wortlaut der Konferenzakte hinaus unter den heutigen Verhältnissen nicht zugeben dürfen[7]. Zu der von der französisch-spanischen Note geforderten unbedingten Anerkennung aller früheren Regierungsakte machen wir die wichtige Einschränkung, daß es sich dabei nur um Akte aus der Zeit handeln kann, wo Abdul Asis noch im staatsrechtlichen Sinne verfügungsfähig war. Letzteres dürfte jedenfalls vom 4. Januar d. Js. ab, das heißt dem Tage, wo seine Absetzung durch die Ulemas nach dem marokkanischen heiligen Rechte gültig proklamiert wurde, nicht mehr zutreffen. Auch die seit demselben Zeitpunkte von Abdul Asis eingegangenen Kontrakte und Schuldverpflichtungen scheinen im Prinzip anfechtbar. Bei solchen Kontrakten und Schuldverpflichtungen (Darlehnsaufnahmen), die aus der Zeit nach dem Inkrafttreten der Akte von Algeciras stammen, dürfte außerdem noch zu prüfen sein, ob dabei die Bestimmungen jener Akte über öffentliche Arbeiten und Geldbeschaffung eingehalten sind.

An Mulay Hafid das Verlangen nach ausdrücklicher Revozierung des sogenannten heiligen Krieges zu stellen, scheint im Hinblick auf die religiösen Gefühle der Marokkaner bedenklich. Unsere Note lehnt daher eine Beteiligung an einem solchen Verlangen indirekt ab. Es dürfte in der Tat kaum wohlgetan sein, Mulay Hafid durch Stellung einer solchen Forderung von vornherein in den Augen seiner Untertanen zu diskreditieren.

Die — an sich sehr wichtige — Frage der Entschädigung für die militärischen Aufwendungen der Franzosen und Spanier ist eine recht heikle. Die Franzosen stehen bis jetzt mit großer Energie auf dem Standpunkt, daß diese Frage nur zwischen ihnen und Marokko allein zu regeln sei und andere Mächte nichts anginge. Wir können die prinzipielle Berechtigung dieses Standpunktes, auf den wir uns vielleicht in einem ähnlichen Falle ebenfalls stellen würden, — und uns auch wohl früher schon gestellt haben — nicht wohl bestreiten. Wir weisen aber vorsichtig, jedoch mit genügender Deutlichkeit darauf hin, daß übertriebene Kriegsforderungen, also solche, welche die Finanzen Marokkos zu ruinieren geeignet

sind, dem gemeinsamen Interesse der Mächte an der Erhaltung der finanziellen Lebensfähigkeit des marokkanischen Staatswesens widerstreiten würden. Wir behalten auf diese Weise eine Handhabe, um geeignetenfalls zugunsten Marokkos für eine möglichst gelinde Bemessung der französischen finanziellen Ansprüche zu wirken.

Euerer Majestät derzeitiger interimistischer Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim ist mit größter Beschleunigung, telegraphisch und schriftlich über die Ausführungen unserer Antwortnote unterrichtet worden, damit er an der Hand derselben imstande ist, den französischen Bemühungen, Mulay Hafid zur vorbehaltlosen Annahme der französisch-spanischen Note zu bewegen, entgegenzuwirken.

Die Vereitelung dieser Bemühungen dürfte gegenwärtig die wichtigste nächste Aufgabe unserer marokkanischen Politik sein.

Stemrich

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Rominten, 26/IX 08 erhalten 4 Tage nach Übergabe unserer Antwort! W.
Am 22. IX. hat Ausw[ärtiges] Amt eine Antwort im Namen meiner Regierung also in Meinem Namen übergeben, die mir völlig unbekannt war, auf meine Note, die ich nicht zu sehen bekommen habe!!! Das ist wohl in der Preuß[ischen] Geschichte ein noch niemals dagewesener Fall; der hoffentlich sich niemals wiederholen wird! Käme aus der Note Europ[äischer] Skandal, so würde ich die Verantwortung ablehnen! Wilhelm I. R.

Randbemerkungen des Kaisers:

[1] Am 26./IX. 08 erhalten
[2] war nur zum Vorschlage der Anregung bei anderen Mächten, die Anerkennung M[ulay] Haf[ids] vorzunehmen! Weiter nichts!
[3] Nun mußte mir die Note aus Paris doch mal erst vorgelegt werden unter Einholung meiner Ansichten und Genehmigung zur Beantwortung derselben
[4] Der Entwurf der Antwort mußte mir — wie stets, aber besonders bei einer so wichtigen ganz Europa bewegenden Frage — **erst** zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden, ehe er mundirt oder gar abgesandt wurde!
[5] bereits vorgestern abend geschehen!
[6] !
[7] niemals!

Nr. 8449

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 Paris, den 24. September 1908

Von Pichon nahestehender Seite erfahre ich, daß Minister ernste Besorgnis wegen der infolge bulgarisch-türkischer Spannung im Orient entstandenen Lage* hegt. Schon um Weiterentwickelung dortiger Dinge gemeinschaftlich volle Aufmerksamkeit widmen zu können, würden nach

---

* Vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCIV.

Dafürhalten Pichons Frankreich und Deutschland gut daran tun, ihre Meinungsverschiedenheit wegen Marokko tunlichst aus der Welt zu schaffen. Frankreich, so glaubte mein Gewährsmann auf Grund Kenntnis Pichonscher Auffassungen hinzufügen zu können, werde auch weiterhin Beweise dafür geben, daß ihm an Verständigung mit uns gelegen sei. Schon vor kurzem habe es dies durch die Tat bewiesen, indem es mit Zurückziehung der Okkupationstruppen begonnen. (Der Entschluß des Ministers hierzu soll übrigens, wie ich aus gleicher Quelle höre, wesentlich durch mein unterm 8. d. Mts. Nr. 452* gemeldetes Gespräch mit Spanien beschleunigt worden sein, in welchem ich darauf hingewiesen, daß die französische Regierung, wolle sie unsere Zweifel an ihrer Loyalität zerstreuen, endlich die Räumung einleiten müsse.) Auch weitere Haltung Frankreichs, so sagte mir mein Gewährsmann, werde zeigen, daß es guten Willens sei. Bei deutschen Einwendungen spiele augenscheinlich Kriegsentschädigungsfrage Hauptrolle. Frankreich aber habe Hinweis auf Rückerstattung der Kriegskosten zum großen Teil deswegen in Note mit aufnehmen lassen, um parlamentarischen Schwierigkeiten zu begegnen. Damit, daß wir hiergegen nicht prinzipiell Einspruch erhoben, sei für Frankreich nächstliegender Zweck erreicht.

Lancken

Nr. 8450

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 322 Tanger, den 24. September 1908

Regnault, welchem ich heute deutsche Note zu lesen gab, bezeichnete dieselbe als nach Form und Inhalt parfaite. Sie werde auf französische öffentliche Meinung ohne Zweifel günstigen Eindruck machen**. Ähnlich äußerte sich englischer und russischer Vertreter, während spanischer Gesandter*** eine weniger versöhnliche Sprache Deutschlands erwartet zu haben schien.

Wangenheim

---

* Siehe Nr. 8427.

** Das wird bestätigt durch verschiedene Meldungen Freiherrn von der Lanckens. So heißt es in einem Berichte vom 24. September: „Die deutsche Antwortnote hat hier sehr angenehm überrascht, wie die Besprechung derselben in den Morgenblättern erkennen läßt. Es wird mit Genugtuung konstatiert, daß von Deutschland keine grundsätzlichen Einwände erhoben würden." Vgl. auch Nr. 8454.

*** Merry del Val.

Nr. 8451

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 287 Wien, den 25. September 1908

Antwort auf Erlaß Nr. 1183 vom 22. September* und Telegramm Nr. 185 vom 24. September**.

Habe Freiherrn von Aehrenthal Mitteilung streng vertraulich gemacht. Minister dankt Euerer Durchlaucht herzlich für ihm außerordentlich wertvollen Vertrauensbeweis, er sei sehr erfreut, daß deutsche Antwort formell wie sachlich so entgegenkommend ausgefallen.

Minister hörte Ausführungen Erlasses aufmerksam an, gab wiederholt seine Zustimmung zu erkennen und erklärte schließlich, im allgemeinen stimme — soweit er übersehen könne — unsere Auffassung in der Hauptsache mit den Gesichtspunkten überein, von denen er sich bei seiner Antwort leiten zu lassen beabsichtige.

Herr Tittoni habe in letzten Tagen gebeten, französisch-spanische Vorschläge durch identische Note von Wien und Rom aus zu beantworten. Freiherr von Aehrenthal erklärte, er begrüße diesen Schritt als erfreuliches Symptom für Bestrebung Italiens, sich an seine Alliierten anzulehnen, und wertvollen Beweis für erfolgreichen Widerstand Tittonis gegenüber französisch-englischen Einflüssen.

Freiherr von Aehrenthal hat indessen identischen Wortlaut abgelehnt, über Inhalt, der in Hauptsache mit italienischer Antwort übereinstimmen wird, vertraulichen Gedankenaustausch herbeigeführt. Antwort wird voraussichtlich morgen oder übermorgen fertiggestellt und sofort übergeben werden.

Rantzau

Nr. 8452

Der Geschäftsträger in Rom Freiherr von Ritter zu Grünstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Rom, den 25. September 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 111***.

Auftrag ausgeführt. Herr Bollati † sagte, zurzeit fänden noch Besprechungen mit Wien statt über Antwortnote, deren Entwurf dorthin

* Siehe Nr. 8447.

** Durch Telegramm Nr. 185 vom 24. September war der Text der deutschen Antwortnote nach Wien mitgeteilt worden.

*** Telegramm Nr. 111 nach Rom vom 24. September hatte den Geschäftsträger Ritter in Rom bezüglich der deutschen Antwortnote und der von Italien zu gewärtigenden Haltung instruiert.

† Generalsekretär im italienischen Außenministerium.

mitgeteilt. Rom werde wahrscheinlich ähnlich wie Wien antworten; zwar kaum direkte „Vorbehalte" machen, aber doch zu „bedenken" geben, daß es im Interesse aller Mächte wäre, Mulay Hafids Stellung nicht durch rigoroses Vorgehen zu erschweren.

Über den Notenentwurf erfahre ich von meinem österreichischen Kollegen*, daß er im allgemeinen den Auffassungen der französisch-spanischen Note beipflichte; zum Schluß heiße es:

„Die italienische Regierung ist der Ansicht, daß der neue Sultan weder im Innern seines Reichs noch den Mächten gegenüber irgendwelche Zweifel bestehen lassen darf über seinen festen Entschluß, die internationalen Verpflichtungen zu respektieren, die ihm aus seiner Thronbesteigung zufallen. Ihres Erachtens sei zu bedenken, daß es in gewissem Maße im Interesse aller Mächte, auch Frankreichs und Spaniens, läge, von nun an die Aufgaben des neuen Sultans zu erleichtern in Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die sich infolge der inneren Lage Marokkos der alsbaldigen Erfüllung aller jener Verpflichtungen entgegenstellen."

Mein österreichischer Kollege fügte hinzu, Herr Bollati hat ihm heute abend versichert, an obigem Entwurf werde höchst wahrscheinlich nichts mehr geändert; die Note selbst würde übermorgen etwa ergehen.

Ritter

Nr. 8453

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 184 Berlin, den 26. September 1908

Wegen am Schluß Ew. Telegramms Nr. 218** gewünschter Direktiven verweise ich auf mein Telegramm Nr. 182 und Erlaß Nr. 1435***.

Ew. Haltung wird entsprechend Ton unserer Note in der Form so

---

* Graf Somssich de Saárd.

** Im Telegramm Nr.218 vom 24. September hatte Freiherr von der Lancken die günstige Aufnahme der deutschen Antwortnote seitens der französischen Presse gemeldet und um Weisungen bezüglich der von ihm zu führenden Sprache gebeten.

*** Durch Telegramm Nr. 182 und Erlaß Nr. 1435, beide vom 24. September, war Freiherr von der Lancken von der deutschen Antwortnote in Kenntnis gesetzt und inbezug auf dieselbe instruiert worden. Die Tendenz der Note war dahin zusammengefaßt worden: „Soweit irgend möglich vermeiden wir, französischen Wünschen in den Weg zu treten. Wir bestehen aber auf strikter Auslegung Algecirasakte und machen demgemäß zu einzelnen Punkten Vorbehalte. Wir erstreben Wahrung finanzieller, ökonomischer und politischer Selbständigkeit Marokkos und behalten in diesen Beziehungen Handlungsfreiheit."

freundlich wie möglich einzurichten sein, in der Sache aber stehen wir fest auf strikter Auslegung der Akte von Algeciras.

Es ist jedoch nicht unsere Aufgabe, Franzosen, namentlich Preßvertreter, auf Vorbehalte, die wir in unserer Note machen, deren Sinn und Tragweite, hinzustoßen. Franzosen müssen selbst darauf kommen.

Fortgesetzte Fühlung mit spanischer Botschaft nützlich. Ich mache indes darauf aufmerksam, daß eben jetzt wieder spanischer Vertreter in Tanger versucht, uns zu Vorspanndiensten zu benutzen gegen Franzosen für spezielle spanische Interessen. Ew. pp. werden daher im Auge behalten müssen, daß wir im allgemeinen keinen Anlaß haben, solche Dienste zu gewähren ohne voraufgehende oder doch sichergestellte entsprechende Gegenleistung spanischerseits. Spaniens Haltung zum Beispiel in Kabelfrage bestärkt in solcher Auffassung.

Stemrich

Nr. 8454

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 224 Paris, den 29. September 1908

Zu Sultan-Anerkennungsfrage äußerte sich Herr Pichon in unserer gestrigen Unterhaltung.

Durch deutsche sehr versöhnlich gehaltene Antwortnote sei Angelegenheit in ein vortreffliches Fahrwasser gekommen. Dies sei auch in vorgestriger Konferenz zwischen ihm und spanischem Staatsminister, bei der Herr Clemenceau ebenfalls zugegen war, allerseits konstatiert worden. Dabei habe man verabredet, daß, obwohl noch nicht alle Antworten auf französisch-spanische Note vorlägen, hier unverzüglich Abfassung der unseren Vorbehalten Rechnung tragenden endgültigen Note in Angriff zu nehmen sei. Nach Genehmigung durch Signatarmächte werde diese dann dem Sultan zuzustellen sein und zwar durch Doyen diplomatischen Korps in Tanger, da wir es nun einmal so haben wollten.

Auch Louis kam mir gegenüber auf gleichen Gegenstand zu sprechen. Eine Note so versöhnlicher Art wie die deutsche habe Anspruch auf eine von gleichem Geist getragene Erwiderung. Bei Abfassung derselben werde man die deutsche Methode befolgen, die darin bestanden habe, die Punkte, über die Einverständnis besteht, kräftig in den Vordergrund zu stellen, dagegen über diejenigen, bezüglich deren volle Identität der Anschauung vielleicht nicht vorhanden, geschickt hinwegzuleiten (glisser).

Seitens spanischer Botschaft äußert man sich ebenfalls nach Unterredung zwischen beiden auswärtigen Ministern sehr hoffnungsfreudig bezüglich bald zu erzielender deutsch-französischer Verständigung. Zwecks

Beschleunigung französisch-spanischen Verkehrs erhielt Marquis del Muni Ermächtigung, unter Umgehung Madrider Ministeriums direkt mit im Ausland befindlichem Staatsminister zu verkehren.

Lancken

Nr. 8455

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 937 London, den 30. September 1908

Im Laufe einer Unterhaltung Sir Charles Hardinges mit Herrn von Stumm ist die Sprache auch auf die jüngsten Vorgänge in Marokko gekommen. Ich beehre mich die Aufzeichnung Herrn von Stumms über diesen Teil seiner Unterredung hiermit vorzulegen*.

P. Metternich

Anlage

Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in London Wilhelm von Stumm

London, den 26. September 1908

Im Verlauf unserer Unterredung habe ich Sir Charles Hardinge gesagt, es sei ja vielleicht nicht zu verlangen, daß sich England bei den Versicherungen Deutschlands über den rein defensiven Charakter seiner Flottenrüstungen beruhige. Indessen gäbe ich ihm zu erwägen, wie man von Deutschland Rüstungseinschränkungen und ähnliche Maßnahmen erwarten könne, wenn ein solcher ausgesprochener und allgemeiner Antagonismus gegen Deutschland in England herrsche, wie er noch vor kurzem anläßlich der Marokkofrage zutage getreten sei. Es sei in den Organen aller Parteirichtungen übereinstimmend eine solche Feindseligkeit gegen Deutschland zum Ausdruck gekommen, daß mich das geradezu betroffen habe.

Der Unterstaatssekretär entgegnete, die Begleitumstände, unter denen die Entsendung Dr. Vassels nach Fes erfolgt sei, hätten hier Anstoß erregt. Man habe den Eindruck gehabt, daß die ganze Marokkofrage, deren man in England von Herzen überdrüssig sei, wieder ins Rollen kommen werde durch den Versuch Deutschlands, sich in Marokko eine Sonderstellung gegenüber anderen Mächten zu verschaffen (steal a march on other powers)[1]. Ich habe Sir Charles Hardinge darauf aufmerksam gemacht, daß die Entsendung Dr. Vassels unmöglich habe Befremden er-

* Siehe Anlage.

regen können, nachdem bereits ein französischer konsularischer Vertreter in Fes gewesen sei und mit Mulay Hafid über Reklamationen französischer Staatsangehöriger verhandelt habe. Diese Tatsache schien dem Unterstaatssekretär vollständig unbekannt zu sein, denn er war ersichtlich darüber erstaunt[2]. Ich bemerkte ferner, daß, einen Augenblick den Fall gesetzt, unsererseits habe wirklich das Bestreben vorgelegen, Frankreich bei Mulay Hafid den Rang abzulaufen, er einmal bedenken möge, wie große Vorteile Frankreich sich vor uns durch Besetzung eines großen Teils des marokkanischen Gebiets mit 40000 Mann und die Einwirkung auf Abdul Asis verschafft habe, der völlig in der Hand der Franzosen gewesen sei, und mit dem sie vermutlich allerlei im französischen Interesse liegende Abmachungen getroffen hätten. Damit erkläre sich auch, warum Frankreich so lange gezögert habe, denselben preiszugeben. Sir Charles Hardinge gab zu, daß Abdul Asis vollständig unter den französischen Einfluß geraten sei, meinte aber, er glaube nicht, daß besondere Abmachungen zwischen ihm und Frankreich vorlägen[3].

Auf meine Bemerkung, daß wir doch nur in Ausübung unseres guten Rechts die Erklärung an die Mächte erlassen hätten, daß wir die Anerkennung Mulay Hafids für wünschenswert hielten, und daß die an unserem Vorgehen in der englischen Presse geübte Kritik* ganz ungerechtfertigt gewesen sei, erwiderte Sir Charles Hardinge, man habe nicht recht gewußt, was die öffentlich kundgegebene Demarche bezweckt habe[4]. Ich erwiderte dem Unterstaatssekretär, das beweise oben das ungerechtfertigte Mißtrauen[5], mit dem man allen Maßnahmen Deutschlands in England gegenüberstehe. Auch wir hätten eine öffentliche Meinung in Deutschland, der wir Rechnung zu tragen hätten. Ich erinnere ihn daran, zu wie weitgehenden Maßnahmen sich die englische Regierung unter der Einwirkung des Balkankomitees und der öffentlichen Meinung Englands in der mazedonischen Frage habe drängen lassen**. Im Vergleich dazu sei es doch gewiß ein sehr harmloser Schritt gewesen, wenn die deutsche Regierung zugleich mit Kundgebung ihrer Ansicht über die durch den Sieg Mulay Hafids geschaffene Lage und die im Interesse der weiteren Entwickelung der Dinge in Marokko zu befolgende Politik habe zeigen wollen, daß sie nicht geneigt sei, sich ihres Rechts der Initiative in marokkanischen Dingen zu begeben.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Quatsch

[2] ist von seinem Alliirten in diesem Punkte belogen worden

[3] !

[4] daher hat man sie uns feindlich ausgelegt!!

[5] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

---

* Vgl. Nr. 8428.

** Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CXC.

Nr. 8456

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 227 Paris, den 1. Oktober 1908

Text französisch-spanischer Replik auf unsere Antwortnote betreffend Sultan-Anerkennung ist gestern zwischen hiesigem auswärtigen Ministerium und Marquis del Muni vereinbart und ohne Verzug an spanischen Staatsminister nach Budapest* zur Genehmigung gesandt worden. Man nimmt an, daß Dokument in ersten Tagen kommender Woche an französische und spanische Vertreter bei Signatarmächten zur Mitteilung an betreffende Regierungen von hier aus wird abgesandt werden können.

Wie vertraulich von meinem spanischen Kollegen** höre, hat seine Regierung auch diesmal sich zu mehrfachen Einwendungen gegen französischen Notenentwurf veranlaßt gesehen und erst nach längerem Verhandeln durchgesetzt, daß einzelne Sätze ausgemerzt wurden, von denen spanischerseits angenommen wurde, wir würden sie ungern gutheißen, und die zudem ohne praktische Bedeutung gewesen sein sollen.

Lancken

Nr. 8457

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Stemrich an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Ausfertigung

Berlin, den 2. Oktober 1908

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich anbei einen von Euerer Majestät Geschäftsträger eingereichten Bericht des Konsuls Vassel aus Fes vom 18. v. Mts.*** betreffend die politischen Ideen Mulay Hafids alleruntertänigst vorzulegen.

Stemrich

Schlußbemerkung des Freiherrn von Jenisch:

Seine Majestät der Kaiser hat den Vasselschen Bericht vom 18. v. Mts. mit großem Interesse gelesen. Der Bericht sei ausgezeichnet geschrieben, und Vassel habe scharf beobachtet. Das Resultat, zu dem er gelange, sei aber eine scharfe Verurteilung unserer bisherigen Marokkopolitik. Das Ziel, welches wir uns gesteckt, und welches leider den Beifall der ganzen öffentlichen Meinung in Deutschland finde, würden wir

---

* Staatsminister Allendesalazar befand sich damals auf Reisen in Ungarn.
** P. Soler.
*** Siehe Anlage.

doch nicht erreichen. Es sei daher allerhöchstseine Ansicht und sein Wunsch — das möge ich dem Auswärtigen Amt sogleich mitteilen —, daß wir uns, soweit es noch gehe, mit Anstand aus der Affaire ziehen und so schnell wie möglich zu einer Verständigung mit Frankreich über Marokko unbeanstandet des Zwischenfalls in Casablanca* kommen sollten. Dreier Deserteure wegen, die sich ihrer Militärpflicht in Deutschland schimpflicherweise entzogen hätten, dürfe eine Störung der durch unsere Note bereits angebahnten Verständigung mit Frankreich nicht stattfinden**. Jenisch 4/10. 08

Anlage

Der Konsul in Fes Vassel an den Geschäftsträger in Tanger Gesandten Freiherrn von Wangenheim

Abschrift

Fes, den 18. September 1908

Alle Strömungen, die Marokko bewegen, werfen merkliche Wellen nach Fes. So kommen mir von vielen Seiten zugleich Nachrichten über die Stimmungen in Stadt und Land zu, die erkennen lassen, welche Kräfte das neue Staatsschiff treiben und bedrohen.

Die breiten Schichten des marokkanischen Volkes nehmen an der auswärtigen Politik des Machsen ein Interesse, das in diesem eingerosteten Staate etwas Merkwürdiges und Neuartiges ist. Statt wie früher nach Kursen, Preisen und europäischen Besonderheiten wird man mit ermüdender Gleichförmigkeit immer wieder gefragt: Dieser Franzose, was will er von uns? Was hat er in Schauia zu suchen? Der Sünder trachtet nach unserem Land. Ebenso gleichförmig schließt sich daran dann der Ausdruck der Überzeugung, daß der Deutsche es gut mit Marokko meine, dem Franzosen ein Paroli geboten habe und nicht dulden werde, daß er Marokko in die Tasche stecke. Fast nie fehlt der Hinweis auf den Besuch Seiner Majestät des Kaisers in Tanger. Ganz allgemein ist auch der Glaube, daß Frankreich in der offenen Feldschlacht den Marokkanern

---

* Die Schriftstücke über den Zwischenfall in Casablanca sind zusammengefaßt in Kap. CLXXX.

** Ähnlich, nur noch schärfer, drückte Kaiser Wilhelm II. seinen Standpunkt am 6. Oktober unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von der Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn aus: „Angesichts dieser Verhältnisse muß nun aber die elende Marokkoaffaire zum Abschluß gebracht werden, schnell und endgültig. There is much labour lost, das ist der Eindruck, den der vorzügliche Bericht von Vassel mir hinterließ. Es ist nichts zu machen, französisch wird es doch; also mit Anstand aus der Affaire heraus, damit wir endlich aus den Friktionen mit Frankreich herauskommen, jetzt wo große Fragen auf dem Spiele stehen." Darauf antwortete Fürst Bülow am 7. Oktober: „Um aus der Marokkoaffaire mit Anstand herauszukommen, ist das erste Erfordernis, daß wir Franzosen diesen unsern Wunsch nicht zu deutlich merken lassen. Andernfalls werden sie uns nicht nur kein Äquivalent geben, sondern kaudinische Tore vor uns errichten. Das Wünschenswerteste wäre, wenn wir uns mit Frankreich und England wie über die Marokkoaffäre so auch über andere afrikanische und kleinasiatische Fragen verständigen könnten." Vgl. den vollen Text dieser Schriftstücke in Bd. XXVI, Kap. CXCIII, und Kap. CXCIV.

nicht gewachsen sei und darum heimtückisch stehle, was es nicht offen zu rauben wage.

Dies ist das ganze Inventar der Gedanken des Volkes über die auswärtige Lage des Landes. Die geschickte Preßmache der französisch-arabischen Zeitungen in Tanger und die lückenlose Kette leichter französischer Siege in Schauia und am Wad Gir sind ohne jeden Einfluß auf die Anschauung der Masse des Volkes geblieben. Mulay Hafid ist heut populär, weil man von einem Ende des Landes zum andern vermeint, er könne mit deutscher Hilfe und zur Not mit Appell an die vermeintliche Kriegertugend der Gläubigen die französische Gefahr von Marokko abwenden.

Aus der Masse des Volkes heben sich eigentlich nur zwei besondere Schichten ab, die aber durch tausend feine Fasern mit ihm zusammenhängen: die Leiter der religiösen Bünde und die städtischen Kaufmannschaften. Beide stehen in Fes noch zur hafidischen Sache, und ihre Auffassungen von der internationalen Lage sind nicht wesentlich von der des Volkes verschieden. Die Ohnmacht und Erniedrigung des Landes wird auch von ihnen nicht richtig veranschlagt. Wenn sich die anfängliche Begeisterung für Hafid schon merklich in diesen Kreisen abgekühlt hat, so liegt der Grund nicht in der Erkenntnis, daß er hinter der Aufgabe der Landesbefreiung, die das Volk ihm mit der Proklamation gestellt hat, zurückbleiben muß. Man lobt seine Strenggläubigkeit und islamische Gelehrtheit, aus denen man in wunderlicher Gedankenassoziation die Gewähr für seine politische Tüchtigkeit entnimmt. In den religiösen Kreisen wird aber durch den einflußreichen fanatischen Heiligen und Volksbetörer Kittani eine vorsichtige Stimmungsmache gegen Hafid genährt. Der Hauptvorwurf scheint zu sein, daß er sich nicht von diesem radikalen Schwärmer, der ihm Fes gewann, politisch beraten lasse, insbesondere ihm nicht das Kalifat von Nordmarokko übertragen habe. Gerade dies zeigt jedoch Mulay Hafids Klugheit. Er will sich nicht dem religiösen Radikalismus verschreiben, und er ist wohl auch unterrichtet, daß Kittanis Ehrgeiz nach dem Throne strebt. Stammt der Heilige doch aus der edrissidischen Dynastie, der ältesten des Landes, mit der eine Art Kyffhäuserkult getrieben wird. Unter den Kaufleuten ist die Verstimmung aus geldlichen Interessen zu erklären. Da die Steuerquellen des Landes noch nicht fließen, hat Mulay Hafid eine innere Zwangsanleihe von 50000 $ in Fes aufnehmen lassen. Das sieht wie ein Anfang zu Rücksichtslosigkeiten aus, vor denen die Feser Reichen mehr als vor allem andern zittern. Es zeigt aber allerdings auch, daß der Machsen noch nicht fest im Sattel sitzt. Dazu kommt, daß Mulay Mohammed, des Sultans ältester und durch sein Unglück im Volke sehr beliebt gewordener Bruder, sich noch nicht am hiesigen Hofe gemeldet hat, wo man ihn erwartet, und daß allerhand Gerüchte über ihn laufen, die an eine zukünftige politische Rolle dieses Prätendenten glauben lassen. Einmal heißt es, der Süden wolle ihn proklamieren, ein andermal, daß die Negergarde Abdul Asis' nach ihrer Entlassung sich geweigert habe, mit Mulay Moham-

med nach Fes zu kommen, weil sie fürchte, daß er unterwegs mit huldigenden Rufen begrüßt werden würde, für welche die Negergarde von Mulay Hafid verantwortlich gehalten würde.

Jedenfalls herrscht unter jenen Oberklassen eine bange Sorge, daß man noch nicht am Ende der dynastischen Wirren angelangt sei. Damit ist mir des öfteren begründet worden, daß jetzt so viele Leute sich nach Schutz, besonders nach deutschem Schutz bemühen, von denen man nicht voraussetzen würde, daß sie sich einem fremden ungläubigen Konsul ohne zwingende Gründe unterstellen möchten.

Den jungen Herrscher, der auf soviel Beschränktheit und Kleinmut mit wenig mehr als den Hilfsmitteln, die er im eigenen Herzen findet, eine kräftige Herrschaft zu begründen unternommen hat, habe ich nach der ersten Audienz nur oberflächlich charakterisieren können. Ich habe ihn seither noch dreimal längere Zeit über alles mögliche gesprochen. Die Maske vornehmer Reserve ließ er dabei schnell fallen. Als Mensch trat er desto sympathischer hervor, als Fürst hat er sich meinem vielleicht irrenden Urteil folgendermaßen gezeigt:

Man könnte seine staatsmännischen Auffassungen romantisch nennen, wenn sie nicht so durchaus arabisch wären. Die religiösen Ziele des Kalifats sind in ihm nur ziemlich schwach betont. Der nationale marokkanische Gedanke überwiegt. Aber das staatliche Ideal, mit dem er verwirklicht werden soll, ist doch der aufgeklärte Absolutismus eines islamischen Kirchenfürsten. Die Menschen in Marokko zerfallen ihm einmal in gute Fromme und böse Sünder wie die Hammel in weiße und schwarze. Dann zerfallen sie ihm weiter in religiöse Gesamtgemeinden, die sich nach Abkunft und Örtlichkeit in lokale Gemeinden gliedern. Kaid, Mesuar, Judenscheich und Konsul haben im Sinne allgemeiner Verträglichkeit gegen die schlechten Menschen more Salomonico unter der Kontrolle des Sultans das nationale Gesetz anzuwenden. Dabei ist das Herkommen der Väter der ungeschriebene codex codicum. Hat einer sich zu beschweren, oder paßt etwas Neues in den Codex nicht hinein, so soll man es dem Sultan vortragen, der fünf Minuten oder selbst länger überlegt und dann sagt, wie es gemacht werden soll. Ergeben sich Mißstände, so überlegt er noch einmal und bestimmt es anders.

In diesem durchaus klugen Kopfe fehlt etwas ganz, das auch in Europa ziemlich jungen Datums und uns doch heute zur zweiten Natur geworden ist: der Gedanke, daß Dinge und Reiche in fortschreitender unaufhaltsamer Entwickelung begriffen sind. In einer Naivität, die man unrecht täte mit Beschränktheit zu verwechseln, legt der neue Sultan alle heutigen Unzuträglichkeiten ein paar aus Charakter oder Torheit dummen Menschen zur Last: seinem Bruder, den Tasis, Garrit, Gabbas, den Franzosen und insbesondere Regnault und dem französischen Konsul in Casablanca Malpertuy, Regnault junior, wie er sagte. Für den gewaltigen Konflikt kulturell ungleich gewappneter Interessen, der in Marokko entbrannt ist, für die Unterlegenheit a priori der Marokkaner in demselben,

ist der neue Sultan blind. Nicht einen Ausgleich zwischen widerstreitenden Kulturen und in ihnen gefestigten Wirtschaften strebt er an, sondern die Verwirklichung eines sehr subjektiven und im Grunde kindlichen Ideales einer Gerechtigkeit, die er nach traditionellen und ethischen, nicht nach historischen und pragmatischen Gesichtspunkten konzipiert hat.

Damit hängt zusammen, daß er für die Methode, nach der wir Interessen juristisch umschreiben und abgrenzen, gar kein Verständnis hat. Diesen Mangel teilt er mit seinem ganzen Volk. Er spricht sich insbesondere in der Abneigung gegen alles terminologisch genau Formulierte aus, bezw. in der Unfähigkeit, in scharf abgemessenen Sätzen feste generelle Regeln aufzustellen. Er ist ein gänzlich unjuristischer Geist. Paragraphierte Verordnungen und ihre genaue Nachachtung sind Dinge, die jenseit seines Horizontes liegen.

Daraus wird sich im diplomatischen Verkehr und namentlich in der nächsten Zeit eine gewaltige Schwierigkeit ergeben. Es ist keine neue Schwierigkeit, denn Abdul Asis war ihm in all diesen Hinsichten nicht unähnlich. Nur langweilte ihn die ganze Regiererei so gründlich, daß er sich nicht viel den Kopf zerbrach und unterschrieb, was ihm ein Mann seines Vertrauens vorlegte. Kam er dabei in die Brüche, so wechselte er den Mann seines Vertrauens. Daher die Reihe: Ba-Ahmed, Maclean, Menebhi, Hadj Omar, Graf Tattenbach bezw. Dr. Rosen, Regnault. Mit Hafid ist es anders. Er vertraut nur sich und seiner Klugheit und Gerechtigkeit.

Für die innere Verwaltung läßt dies auch voraussehen, daß die karikierte Autokratie, die nun einmal hier Stil ist, in alter Übertreibung fortbestehen wird. Im Prinzip entscheidet ein Sultan alles selbst. Eine administrative Arbeitseinteilung, feste amtliche Zuständigkeit, eine Stufenleiter über- und untergeordneter Organe ist für marokkanische Köpfe etwas gänzlich Undenkbares.

An all diesen Absonderlichkeiten halten die Mauren und wird wohl auch Mulay Hafid festhalten. Mit Argumenten ist nicht dagegen anzukommen. „Ihr tragt andere Kleider, Ihr habt andere Sitten." Es ist, als ob der Schmetterling zur Puppe von den Vorzügen des Fliegens spräche. Wenn ihre Zeit kommt, tut sie es und vorher nimmer.

Im Grunde läuft daher Mulay Hafids politisches Programm auf das Bestreben hinaus, die Veränderungen der letzten acht Jahre (seit dem Tode des Großwesirs Ba-Ahmed) aus der Welt zu schaffen, das heißt eine politische und administrative restitutio in integrum gegen die Verirrungen Abdul Asis' zu erreichen und dann zu regieren wie sein Vater Mulay Hassan, und als ob man ewig 1893 schriebe: ein primitives, aber jeder Kabila überlegenes Heer, geschickt über das Reich disloziert, das flache Land besteuern, die Städter nicht üppig werden lassen, die Fremden als notwendige, aber zum Teil etwas verdächtige Gäste belassen, wo sie sind, und nur dahin weiter zu lassen, wo sie nicht schaden.

Darin hat Mulay Hafid im Gegensatz zur communis opinio in Europa recht: es geht schließlich auch so! Aber es fehlt ihm das Bewußtsein, daß solche Politik nur mit freundwilliger Zustimmung aller Mächte getrieben werden könnte, und daß er diese Zustimmung, wie die Dinge einmal liegen, nicht erreichen wird. Verschiedene seiner Äußerungen lassen vermuten, daß er hinsichtlich der Rolle, die er England zu seinen Gunsten spielen lassen kann, in einer gefährlichen Illusion befangen ist. Er hat einen englischen Arzt Dr. Wilkinson, zwei englische Truppeninstrukteure (darunter ein Captain Belton) und einen englischen Interpreten und homme d'affaires Redman angestellt und ist gegen englische Journalisten sehr zuvorkommend. Er bildet sich ein, daß in England eine so starke Meinung gegen die französische Marokkopolitik herrsche, daß er sie durch Päppelung englischer Interessen zu einem Faktor aktiver politischer Hilfe machen könnte[1].

An unserer Hilfe ist Mulay Hafid alles gelegen, und er würde jedes Opfer bringen, um sie zu verstärken. Von unserer Freundschaft, Uneigennützigkeit und nationalen Kraft hat er die allerhöchste Meinung. Nur scheint er wie ja auch der gesamte alte Machsen unsere Langmut und Friedfertigkeit als eine im praktischen Leben unvorteilhafte Gutmütigkeit zu bedauern. Unter seinen Beratern haben wir außer dem ziemlich abseit stehenden Hmed bel-Muas keinen Freund. Vielleicht wäre der derzeitige stellvertretende Minister des Äußern zu gewinnen, aber an ihm ist nicht viel gelegen. Die Berberchefs, die als Kriegsminister, Oberzeremonienmeister usw. zurzeit hohe Hofämter inne haben, sind im Grunde allen Christen feindlich. Sie sollen nach und nach wieder in lokale Verwaltungsämter hinunterbefördert werden. Die Leute aus den alten Machsenfamilien, aus denen allein der Sultan halbwegs qualifizierte hohe Beamte wählen kann, sind uns seit der Besetzung Ujdas feindlich gesinnt. Sie geben zu verstehen, daß die Hilfe, die Deutschland bisher zu gewähren bereit war, für Marokko zum Sterben zuviel und zum Leben zu wenig ist.

Während man an Spanien hier überhaupt kaum denkt, besteht an der höchsten und an allen anderen Stellen ein tiefer Groll gegen Frankreich. Dennoch stehen die französischen politischen Chancen nach meiner persönlichen, sonst allerdings nicht geteilten Ansicht überaus günstig. Jene Anwärter auf die hohen Machsenämter sind zum großen Teil bereit, sich Frankreich zu verschreiben, wenn es weiter rücksichtslos die Reorganisation des Landes übernimmt. Sie hoffen mit zeitweisem Verzicht auf die Freiheit des Landes den Anschluß an die europäische technische Kultur zu erkaufen, der es einer späteren Generation ermöglichen soll, die Freiheit gegen ein sinkendes Frankreich zurückzuerobern. Vor die Wahl zwischen Anschluß an Frankreich oder den Thron gestellt, würde Mulay Hafid bei allem Patriotismus doch wohl schließlich sich nach seinen persönlichen Dynasteninteressen entscheiden. Die Möglichkeit, ihn vor solche Wahl zu stellen, besitzt Frankreich. Denn die Durchführung

der auf der marokkanischen Tagesordnung stehenden Reformen wird ganz abgesehen von den in Hafids Denkart gegebenen diplomatischen Schwierigkeiten eine fortgesetzte Friktion erzeugen. Mit seinen zahllosen algerischen und pseudo-algerischen Untertanen in Marokko, seinen willkürlich über alle Regel vermehrten Schutzgenossen und den rücksichtslosen französischen Unternehmern und Kapitalien im Lande wird Frankreich automatisch in stete Differenzen mit Marokko verwickelt. Nichts wäre leichter, als sie mit gutem Willen in versöhnlichem Geiste unter Benutzung von Hafids Gerechtigkeitssinn in Frieden beizulegen. Nichts ist aber bequemer und verführerischer, als sie zu Anklagen gegen das hafidische Regiment zu verwerten und demnächst zur Begründung neuer Aktionen auf dem Rande der Algecirasakte zu verwenden[2]. Die Pression, unter der Abdul Asis französisch wurde, kann also mit derselben Stärke und wahrscheinlich mit demselben Erfolg gegen Hafid ausgeübt werden. Völkerrechtliche Kautelen haben vor einem Jahre versagt. Die Frage, ob Marokko sich in Freiheit langsam aus seinen heutigen Zuständen entwickeln und also für unsere wirtschaftlichen Zwecke offen bleiben kann, ist auch in Zukunft nicht eine Frage des Völkerrechts, sondern eine Frage politischer Rücksichtnahme auf unsere wirtschaftlichen Interessen durch Frankreich. Diese zu unserem Nachteil schon entschiedene Frage wirft der marokkanische Thronwechsel glücklicherweise ein zweites Mal auf, ohne doch an ihren Daten das mindeste zu ändern.

(gez.) Vassel

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wird er nett hineinfallen.

[2] gut

Schlußbemerkung des Kaisers:

Vorzüglich!

Nr. 8458

Der Geschäftsträger in Tanger Gesandter Freiherr von Wangenheim an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 353 Tanger, den 8. Oktober 1908

Vassel meldet, daß Sultan Ben Ghabrit* am 5. d. Mts. empfangen habe. Letzterer verlangte von dem Sultan im Namen Regnaults, daß er folgenden von Abdul Asis mit französischer Gesandtschaft geschlossenen Abmachungen beitrete:

---

* Französischer Konsulatsverweser in Fes.

1. Es sollen 3000 Mann der Garnison Tanger durch die französische Militärmission ausgebildet werden. Franzosen werden hierzu weitere Offiziere und Unteroffiziere stellen.

2. Es soll ein französischer Generalinspekteur des marokkanischen Kriegswesens für fünf Jahre angestellt werden. Zur Zuständigkeit Inspekteurs gehört Verwaltung, Ausbildung, Ankauf von Kriegsmaterial usw.

3. Ein erfahrener französischer Finanzmann wird dem Sultan für Reform gesamten Finanzwesens beigegeben. Seine Aufgabe ist Mitwirkung bei Aufstellung Budgets, Teilnahme an Beratungen der zuständigen Minister und Finanzorgane über Finanzsachen im allgemeinen, Mitwirkung bei Festsetzung der Gehälter von Zivilbeamten und Truppen; Zahlung erfolgt nur unter Zustimmung Kontrolleurs, dessen Rat auch bei Anleihen und außerordentlichen Ausgaben eingeholt werden muß. Ernennung soll zunächst auf 20 Jahre erfolgen. Vorläufig soll Fariau als Kontrolleur fungieren.

Ben Ghabrit erklärte, daß die Reise Regnaults nach Fes von der Anerkennung obiger Abmachungen abhängig gemacht werde. Der Sultan hat Ben Ghabrit, ohne Vassel befragt zu haben, geantwortet, er müsse auf freundliches Verhältnis zu Regnault verzichten, wenn es durch Abmachungen bedingt sei, die Algecirasakte zuwiderlaufen und den Sultan an französische Mitarbeit bänden, die unter Schein der Hülfe eine Herrschaft sei[1].

Nach Ben Ghabrit wurde spanischer Konsul Cortés empfangen. Er legte Exposé vor, in dem spanische Hülfe zu einer streng an Algecirasakte haltenden Politik Marokko zugesagt.

Erster Satz lautet: „Marokko wird mit keinem anderen Staate Abmachungen treffen." Konsul ließ durchblicken, daß König von Spanien geneigt sein würde, sein Interesse an Unabhängigkeit eines reformfreundlichen, Spanien befreundeten Marokko durch persönlichen Besuch in Tetuan zu dokumentieren. Dr. Vassel hat den Sultan bestimmt, darauf einzugehen[2], Einladung an den König zu erlassen für Begegnung in Tetuan.

Dr. Vassel bemerkt, Vertrauen Mulay Hafids zu ihm sei so groß, daß er sich zutraue, ihn auch zu einer anderen Politik zu bewegen, falls obiges unerwünscht sei. Über letzteren Punkt erbittet Dr. Vassel Instruktion.

Daß bei Ablehnung der Regnaultschen Vorschläge Mulay Hafids Anerkennung verzögert wird, halte ich nicht für ausgeschlossen.

Wangenheim

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einem Auszug:

[1] Sehr gut

[2] gut

Nr. 8459

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Marienburg

Ausfertigung

Berlin, den 10. Oktober 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich anbei ein Telegramm des Geschäftsträgers in Tanger* alleruntertänigst zu überreichen.

Damit erhalten wir zum ersten Male genauere Kenntnis über den Inhalt der vielbesprochenen Rabater Abmachungen zwischen Regnault und Abdul Asis vom vorigen Jahre**. Sie zeigen Regnault in voller Arbeit der Wiederaufnahme[1] der im Jahre 1905 infolge Euerer Majestät Dazwischentretens gescheiterten Penetrationsbestrebungen von Saint-René-Taillandier.

Diese Abmachungen hüten sich, wie es scheint, gegen den Wortlaut der einzelnen Bestimmungen der Algecirasakte direkt zu verstoßen. Sie laufen aber neben der Akte her und sind mit dem Geist derselben, insbesondere mit den in ihrem Eingang aufgestellten Prinzipien der Unabhängigkeit des Sultans und der ökonomischen Freiheit und Gleichheit unvereinbar, was Mulay Hafid richtig herausgefunden hat.

Dr. Vassel bemerkt noch, daß es ihm möglich sein werde, falls wir das wünschten, den Sultan zu einer anderen Haltung zu bestimmen.

Falls Euere Majestät einverstanden sind, möchte ich Vassel, der um Instruktion gebeten hat, antworten lassen, daß wir gegen die vom Sultan spontan eingenommene Haltung nichts einzuwenden hätten[2].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das war zu sehen!
[2] ja, einverstanden.

Nr. 8460

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 486 Paris, den 14. Oktober 1908

Die marokkanischen Dinge, mit denen bisher alle Welt sich hier eingehend beschäftigte, nehmen gegenwärtig infolge der Orientereignisse naturgemäß das öffentliche Interesse nur noch in sehr vermindertem Grade

---

* Siehe Nr. 8458.
** Vgl. dazu auch Kap. CLXXIX, Nr. 8301.

in Anspruch. Auch die Interpellationen sind im Einvernehmen zwischen Regierung und Kammer vertagt. Nur die Marokkochauvinisten bleiben im stillen am Werk. Wie ich von orientierter französischer Seite höre, hätten sie sogar versucht, mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland und ganz Europa jetzt und für längere Zeit mit voller Aufmerksamkeit nach dem Balkan blickten, Herrn Pichon zu einer aktiveren Marokkopolitik zu drängen. Damit allerdings haben sie beim Minister kein Glück gehabt, der im Gegenteil sehr froh ist, der Marokkosorgen zeitweilig enthoben zu sein. Wie wenig er an ein kräftigeres Auftreten dortselbst denkt, dafür spricht eine aus Algier vorliegende Depesche, nach welcher die durchgeführte Verringerung des Casablanca-Okkupationskorps die dortige Anwesenheit eines Divisionärs entbehrlich macht, so daß man schon von der Abberufung d'Amades und seiner Ernennung zum Divisionskommandeur in Oran spricht. Lyautey soll, wie es gleichzeitig heißt, an Stelle Baillouds das algerische Korps bekommen. Dies würde beweisen, daß Lyautey in dem seinerzeit von mir gemeldeten Kampf gegen die Intrigen seines Vorgesetzten siegreich geblieben ist.

Daß die Freunde der schärferen Tonart derzeit kein Oberwasser haben, dürfte auch aus dem Umstand zu schließen sein, daß man sich im Ministerium, wie man mir hinterbrachte, mehr und mehr mit dem Gedanken beschäftigt, Herrn Regnault einen anderen Posten zu geben[1]. Herr Tardieu sagte mir sogar kürzlich mit Bezug darauf, Regnaults einflußreiche Protektoren würden gegen einen solchen Personalwechsel sich nicht stemmen, wenn nur ihr Schützling eine gute andere Verwendung erhielte. Nur dürfe sich in nächster Zeit wohl schwer in Europa etwas Passendes finden.

Die versöhnliche Haltung Frankreichs in Marokko soll auch nach den mir vom Ministerium des Äußern und der spanischen Botschaft zugegangenen Mitteilungen in der gemeinsamen Note zum Ausdruck gelangen, die, wie mir heute gesagt wurde, voraussichtlich am 19. d. Mts. den Algecirasmächten zugestellt werden wird. Der Anerkennung Mulay Hafids, so höre ich weiter, dürften, da man Einwendungen nicht mehr erwartet, dann wohl Schwierigkeiten nicht mehr entgegenstehen. Bei Gesprächen hierüber hatte ich übrigens Gelegenheit festzustellen, daß man am Quai d'Orsay der Ansicht ist, der französische Gesandte in Tanger werde nach allseitig erfolgter Anerkennung des Sultans sich zur Überreichung des neuen Beglaubigungsschreibens nach Fes zu begeben haben. Dies werde zwar nicht sofort zu erfolgen brauchen, doch aber innerhalb einer gewissen angemessenen Zeit.

Daß der Wunsch, Marokko als Streitobjekt aus den deutsch-französischen Beziehungen dauernd auszuschalten, selbst in solchen Kreisen besteht, die früher jedem Zugeständnis an uns in der Marokkopolitik schroff entgegentraten, dafür war mir ein kürzliches Gespräch mit Tardieu ein interessanter Beweis. Hinweisend darauf, daß Deutschland und Frankreich durch die Macht der Dinge jetzt zum Zusammengehen im Orient gedrängt würden, und daß das Fehlen tiefgehender Interessengegensätze in der

großen Politik immer klarer zutage treten müsse, sprach er sich dafür aus, Deutschland und Frankreich sollten den Mut haben, der Wiederkehr von Mißhelligkeiten in der Marokkosache durch Anwendung eines Radikalmittels wenn möglich ein für allemal ein Ende zu machen. Sein Plan wäre der, Frankreich und Deutschland sollten, wenn eine gemeinsame fruchtbringende Arbeit bei Lösung der Orientkrise eine gute Atmosphäre zwischen Paris und Berlin geschaffen haben würde, alsbald ein regelrechtes Abkommen über Marokko treffen. Der Form nach würde eine solche Vereinbarung sich auf die weitere Regelung der durch Algeciras nur auf fünf Jahre festgelegten Sonderbestimmungen zu beziehen haben. In der Sache aber sollte ihr die Bedeutung innewohnen, Deutschland durch absolut bedingungslose Sicherung der Handelsfreiheit und vielleicht durch noch andere Zugeständnisse, zu denen wir Frankreich bereit finden würden, derart in Marokko zu befriedigen, daß beide Staaten ohne gegenseitige Störung dort ein jeder seinen Zielen nachzustreben vermöge. Ich antwortete lediglich, bei uns scheine man sich vorläufig noch nicht den Kopf über die ferne Zukunft der marokkanischen Frage zu zerbrechen. Die Bestimmungen der Algecirasakte hielten ja für eine geraume Zeit noch vor, und zunächst müsse sich wohl überhaupt erst zeigen, ob und inwieweit Frankreich in der Orientkrise wirklich aufrichtig mit uns zusammengehen könnte und wollte.

Lancken

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Höchste Zeit!

Nr. 8461

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 19. Oktober 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, anbei in Abschrift den mir heute von dem französischen und dem spanischen Botschafter übergebenen Entwurf der wegen der Anerkennung Mulay Hafids an diesen durch den Doyen des diplomatischen Korps in Tanger zu richtenden gemeinsamen Note* alleruntertänigst vorzulegen.

Wegen unserer Stellungnahme zu diesem Entwurf, in dem man sich offenbar bemüht hat, den von uns gegen die frühere französisch-spanische Note zur Anerkennungsfrage erhobenen Bedenken in möglichst weitgehendem Maße Rechnung zu tragen, darf ich mir demnächstigen weiteren Vortrag ehrfurchtsvollst vorbehalten.

v. Schoen

---

* Siehe Anlage.

Anlage

Projet de Note à faire parvenir à Moulay Hafid par l'entremise du doyen du corps diplomatique à Tanger

Octobre 1908

Les Gouvernements signataires de l'acte d'Algésiras ont reçu la lettre en date du 6 septembre dernier que Moulay Hafid leur a fait parvenir par l'intermédiaire du doyen du corps diplomatique à Tanger et par laquelle il annonçait qu'ayant été proclamé par tous les habitants de l'empire du Mogreb il demandait à être reconnu par les Puissances comme Sultan du Maroc. Il offrait en même temps de reconnaitre toutes les conventions publiques passées avec les Puissances par ses prédécesseurs et en particulier la Convention d'Algésiras ainsi que tout les règlements et décisions dans lesquels est intervenu le corps diplomatique à Tanger pour assurer l'exécution de cet acte.

Les Gouvernements des pays représentés au Maroc ont accueilli avec satisfaction la déclaration spontanée de Moulay Hafid qui mérite leur approbation.

Mais afin d'éviter à l'avenir toute interprétation erronée sur la portée de ses paroles, ils croient devoir en préciser la signification et en déduire expressément les conséquences dans l'intérêt même des rapports d'amitié et de confiance qu'ils veulent entretenir avec l'autorité souveraine de l'empire chérifien.

Ils considèrent qu'en acceptant les traités passés par ses prédécesseurs avec les différentes puissances Moulay Hafid adhère à toutes les dispositions de l'Acte d'Algésiras ainsi qu'à tous les règlements d'application prévus par cet Acte et établis ou approuvés par le corps diplomatique à Tanger, aux commissions instituées en vertu de ces règlements, aux décisions chérifiennes et mesures quelconques prises à ce sujet, aux engagements et obligations de tout genre résultant d'arrangements avec le corps diplomatique à Tanger ou de contrats réguliers avec des particuliers.

Moulay Hafid assume par voie de conséquence la responsabilité des dettes contractées par Abd-el-Aziz jusqu'au jour où ce dernier, en vue de sa renonciation au trône, a entamé des négociations par l'intermédiaire de Menebhi. Toutefois les dettes qui auraient été souscrites au bénéfice des particuliers seront soumises à une vérification dont les conditions seront ultérieurement déterminées sur la base de l'Acte d'Algésiras.

Une des conditions principales du maintien de l'ordre est l'accord relatif à la police chérifienne dans les ports et le mandat qui, avec l'approbation des autres Puissances, a été donné temporairement à la France et à l'Espagne pour surveiller la contrebande maritime des armes. Il est entendu qu'aucune atteinte ne sera portée par l'autorité chérifienne à ces garanties.

D'autre part Abd-el-Aziz ayant provoqué la réunion à Casablanca d'une commission internationale chargée de régler les indemnités dues par le Gouvernement marocain à raison des dommages causés par les troubles survenus dans cette région, et cette mesure ayant reçu l'assentiment des Puissances qui ont envoyé leurs délégués, il importe que la commission reprenne dans le plus bref délai avec les mêmes attributions que précédemment ses travaux momentanément interrompus.

Une autre conséquence de l'acceptation des traités est l'obligation pour le Sultan de faire le nécessaire afin d'apporter la sécurité à ses sujets et aux colonies étrangères dans toutes les régions de l'Empire. Il convient par suite de procéder dans des conditions en harmonie avec l'Acte d'Algésiras à toutes les mesures indispensables pour garantir la sûreté et la liberté des communications, de manière à permettre l'établissement d'un Gouvernement stable qui soit conforme à l'intérêt de tous. Il convient aussi que Moulay Hafid le fasse savoir d'une manière officielle au peuple marocain en lui disant en même temps que sa volonté est de maintenir avec tous les pays et leurs nationaux des relations conformes au droit des gens, ainsi que cela doit être entre pays amis et qui se respectent réciproquement.

Ces questions sont celles qui intéressent toutes les Puissances. Il en est d'autres qui ne concernent que certaines d'entre elles. En reconnaissant un nouveau Sultan, aucune Puissance ne renonce à son droit de poursuivre avec lui le règlement des questions qui touchent exclusivement chacune d'elles en particulier.

C'est ainsi que la France et l'Espagne ont déclaré qu'elles se réservaient de poursuivre directement avec le Makhzen le remboursement des dépenses qu'elles ont faites pour assurer la tranquillité dans certaines régions du Maroc au moyen d'expéditions militaires indispensables. C'est également avec le Maghzen que la France et l'Espagne, comme aussi les autres Puissances qui se trouvent actuellement dans le même cas, traiteront la question des indemnités dues pour le meurtre de leurs nationaux.

Si, comme les Puissances l'ont toutes compris à la lecture de la lettre de Moulay Hafid, ces explications répondent exactement à sa pensée, elles lui demandent de vouloir bien les en informer en termes exprès afin qu'elles puissent le reconnaître comme Sultan légitime du Maroc. Elles le prient de leur transmettre cette réponse par l'intermédiaire du doyen du corps diplomatique à Tanger.

Elles ne doutent pas qu'il ne comprenne qu'il doit à son frère Abd-el-Aziz les moyens de mener une existence digne d'un prince qui le touche de si près et qui a occupé le trône impérial des ses ancêtres. Elles espèrent aussi qu'il traitera équitablement les fonctionnaires qui ont fait partie du Maghzen d'Abd-el-Aziz.

Nr. 8462

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wernigerode

Ausfertigung

Berlin, den 27. Oktober 1908

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich alleruntertänigst zu berichten, daß der in einem Abdruck hier nochmals beigeschlossene, französisch-spanische Entwurf zu der an Mulay Hafid wegen seiner Anerkennung als Sultan von Marokko von den Mächten zu richtenden gemeinsamen Note* in allen wesentlichen Punkten den von uns gegen die früheren französisch-spanischen Vorschläge erhobenen Einwendungen Rechnung trägt.

Insbesondere ist von der bisher immer wieder auftauchenden Idee eines französisch-spanischen Sondermandats in dem Entwurf nichts mehr übrig geblieben. Vielmehr sind Frankreich und Spanien jetzt damit einverstanden, daß die Note namens aller Algecirasmächte durch den Doyen des diplomatischen Korps in Tanger an Mulay Hafid übermittelt wird, und daß die Antwort des letzteren auf demselben Wege an die Mächte gelangt.

Das Verlangen, daß Mulay Hafid dem heiligen Krieg ausdrücklich abschwören soll, ist fallen gelassen.

Die Frage des Ersatzes der sogenannten Kriegskosten Frankreichs und Spaniens ist ad separatum verwiesen worden, dergestalt, daß andere Mächte dafür in keiner Weise einzutreten haben.

Auch gegen die Bestimmung, daß Mulay Hafid für alle Schulden seines Vorgängers bis zu dem Tage aufzukommen habe, wo Abdul Asis die Verhandlungen über seinen Thronverzicht begonnen hat, ist nach dem Gutachten Euer Majestät Geschäftsträgers in Tanger nichts einzuwenden. Baron Wangenheim macht meines alleruntertänigsten Dafürhaltens mit Recht geltend, daß die relative Sicherheit von dergleichen deutschen Ansprüchen vermehrt werde, wenn Mulay Hafid sämtliche Verbindlichkeiten seines Vorgängers bis Ende August d. Js. anerkenne.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich hiernach ehrfurchtsvollst, allergnädigst genehmigen zu wollen, daß ich den hiesigen Botschaftern Frankreichs und Spaniens unser Einverständnis mit dem Entwurf mündlich erkläre[1].

Wir sind durch eine solche Erklärung meines ehrfurchtvollsten Dafürhaltens nicht gehindert, wenn später, wie nicht unwahrscheinlich, Mulay

---

* Siehe Nr. 8461, Anlage.

Hafid gegen einzelne Punkte der Note Einwendungen erheben sollte, die uns begründet erscheinen, für die Berücksichtigung dieser Einwendungen einzutreten.

v. Schoen

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja. 28. X. 08 W.
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Ja

Nr. 8463

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 28. Oktober 1908

Nachdem ich schon wiederholt Gelegenheit genommen, den französischen Botschafter gesprächsweise darauf hinzuweisen, daß Deutschland und Frankreich im nahen Orient identische Interessen haben, die ein übereinstimmendes, unter Umständen gemeinschaftliches Vorgehen ermöglichten, habe ich Herrn Cambon gestern unsere Stellung zu dem Konferenzgedanken* sowie zu den einzelnen zu behandelnden Fragen dargelegt.

Der Botschafter bekannte mit Genugtuung, daß Frankreichs Auffassung sich ziemlich vollständig mit der unsrigen decke. In Frankreichs Absicht liege es, bei aller gebotenen Rücksichtnahme auf den russischen Verbündeten und den englischen Freund keineswegs Österreich-Ungarn in der Konferenzfrage in die Enge und zu einer Kapitulation zu treiben. Die französische Regierung sei allerorts in ausgleichendem Geiste tätig und aufrichtig erfreut, sich hierbei wiederholt mit uns begegnet zu sein. Die Vorbedingungen seien also, wie er gern konstatiere, für eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland günstiger wie je, niemand würde mit mehr Wärme für eine solche eintreten wie er.

Meine Bemerkung „le moment est venu non seulement de se tendre les mains, mais de se les donner" und namentlich der Zusatz, daß ich der Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu solcher Auffassung sicher sei, begrüßte Herr Cambon mit der lebhaftesten Befriedigung. Er bezeichnete es als überaus erwünscht, nun ohne Zögern über Marokko zu einer Verständigung mit uns zu gelangen, nicht nur in der Sultanfrage, sondern möglichst allgemein.

---

* Zwischen Rußland, Frankreich und England wurde nach der Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn und nach der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens die Einberufung einer europäischen Konferenz ventiliert, zu der es jedoch dann nicht kam. Vgl. darüber Bd. XXVI, Kap. CXCVI.

Ich erklärte mich hierzu im Prinzip und unter dem Vorbehalt bereit, daß eine Verständigung sich innerhalb der durch die Algecirasakte gezogenen Grundlinien halte. Bezüglich der Anerkennung Mulay Hafids sähe ich keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr und würde voraussichtlich in kürzester Zeit in der Lage sein, unsere Zustimmung zu den letzten französisch-spanischen Vorschlägen zu geben. Dringend erwünscht aber erachtete ich vor allem anderen eine schleunige und befriedigende Erledigung des peinlichen Zwischenfalls mit den Deserteuren in Casablanca*.

v. Schoen

Nr. 8464

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken***

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 1847 Berlin, den 30. Oktober 1908

Ich habe nunmehr die hiesigen Vertreter Frankreichs und Spaniens dahin verständigt, daß die Kaiserliche Regierung gegen den von ihnen hier vorgelegten Entwurf der an Mulay Hafid zu richtenden gemeinsamen Note Einwendungen nicht erhebt.

v. Schoen

Nr. 8465

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 390 Tanger, den 18. November 1908

Nachdem französischer und spanischer Gesandter am 16. dem Doyen die Note betreffend Anerkennung Mulay Hafids übergeben, ist dieselbe gestern übersetzt und wird morgen entsprechend dem in meinem Telegramm Nr. 387 dargelegten Modus überreicht werden.

Vertraulich:

Grund der bisherigen Verzögerung ist aller Wahrscheinlichkeit nach in den französischerseits mit Mulay Hafid geführten Sonderverhandlungen zu suchen. Diese haben jetzt zu dem von Regnault lange betriebenen Zugeständnis geführt, den französischen Gesandten zu einer Besprechung

---

* Vgl. Kap. CLXXX.

** Der gleiche Erlaß erging an die übrigen Missionen.

nach Fes einzuladen. Gleichzeitig wird der Sohn des ganz in französischen Händen befindlichen Herrn Gabbas* zum Pascha von Tanger ernannt. Mulay Hafid zeigt hierdurch, daß er schon jetzt in das französische Lager abschwenkt. Er könnte sich der französischen Umklammerung jetzt nur noch entziehen, indem er durch Reise nach Tanger dem Besuch Regnaults zuvorkommt.

Rosen

Nr. 8466

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 396 Tanger, den 6. Dezember 1908

Antwortnote Mulay Hafids gestern eingegangen, heute übersetzt, enthält Annahme der Note der Mächte und macht nur wegen der Schuld unter ausdrücklicher Anerkennung der Verpflichtung des Machsen zur Übernahme dieser Schuld den Vorbehalt des Regresses gegen ungetreue Beamte der Abdul Asisischen Regierung. Schulden sollen außerdem auf rechtliche Gültigkeit geprüft werden. Wegen Kriegskostenentschädigung bittet Mulay Hafid um Angabe der Höhe, wonach sich alles mit Gottes Hilfe regeln werde. Übersetzung mit nächster Post.

Rosen

Nr. 8467

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 397 Tanger, den 7. Dezember 1908

Im Anschluß an Telegramm Nr. 396**.

In gestriger Versammlung diplomatischen Korps wurde Note Mulay Hafids verlesen und besprochen. Einwendungen wurden von keiner Seite erhoben, sodaß wohl anzunehmen ist, daß Anerkennung seitens aller Mächte erfolgen wird. Unter diesen Umständen anheimgebe, mich — eventuell nach Gedankenaustausch mit Signatarmächten — zu ermächtigen, Doyen diplomatischen Korps mitzuteilen, daß die Kaiserliche Regierung nunmehr Mulay Hafid als Sultan von Marokko anerkennt. Ferner erbitte neues Beglaubigungsschreiben.

Rosen

---

* Vertreter des Sultans für auswärtige Angelegenheiten in Tanger.
** Siehe Nr. 8466.

Nr. 8468

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Geschäftsträger in Paris Freiherrn von der Lancken

Telegramm. Konzept

Nr. 257 Berlin, den 13. Dezember 1908

Französischer Geschäftsträger hat gestern auftraggemäß hier mitgeteilt, „que la France et l'Espagne vont très prochainement proposer la reconnaissance de Mulay Hafid par le corps diplomatique à Tanger". Wir schließen hieraus, daß französische und spanische Regierung von Antwort Mulay Hafids auf Kollektivnote ebenso wie wir selbst befriedigt, und daß sie entschlossen, ihn baldigst anzuerkennen. Nachdem uns gestern Text der Antwort, die bereits am 6. d. Mts. in diplomatischem Korps in Tanger verlesen und besprochen worden, ohne Widerspruch zu finden, durch Herrn Rosen zugegangen, haben wir diesen benachrichtigt, daß wir zu sofortiger Anerkennung bereit seien, und ihn angewiesen, sich an entsprechender Demarche diplomatischen Korps zu beteiligen. Im allseitigen Interesse liegende schnellste Erledigung dürfte erreicht werden, wenn die Mächte, die jetzt alle im Besitz der Antwort sein dürften, ihre Vertreter in Tanger von Zustimmung verständigen würden und Doyen nach Feststellung allseitiger Zustimmung gemeinsame Anerkennungsnote an Mulay Hafid richten würde, am besten wohl zu Händen Sultansvertreters in Tanger.

Bitte vorstehendes baldigst dort mündlich freundschaftlich mitteilen, ohne Antrag zu stellen. Gleiche Weisung geht nach Madrid. Drahtantwort.

v. Schoen

Nr. 8469

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 332 Paris, den 14. Dezember 1908

Antwort auf Telegramm Nr. 257*.

Auftrag bei Herrn Louis ausgeführt. Derselbe antwortete, er konstatiere gern, daß volles Einverständnis zwischen unseren Regierungen bezüglich Erledigung der Anerkennungsfrage bestehe, sowohl was Form weiteren Vorgehens betreffe, als auch in Hinsicht, daß baldigste Regelung für wünschenswert zu erachten sei. Die Demarche französischen Geschäftsträgers, welche in gleicher Weise „noch bei einigen anderen Re-

* Siehe Nr. 8468.

gierungen" gemacht worden, habe gerade Zwecke verfolgt, endliche Erledigung der Angelegenheit herbeizuführen. Er hoffe, daß in acht bis zehn Tagen alles geordnet sein werde*.

Lancken

Nr. 8470

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Eigenhändig

Berlin, den 17. Dezember 1908

Der spanische** und der französische Geschäftsträger haben mir gemeinsam die beiliegenden Entwürfe*** für eine durch den Doyen des diplomatischen Korps zu Tanger an den dortigen Sultansvertreter zu richtenden Note, übergeben, welche die Anerkennung Mulay Hafids ausspricht.

Ich habe dankend erkannt, daß diese Form unseren Wünschen entspricht, und habe sofortige entsprechende Weisung an den Kaiserlichen Gesandten in Tanger in Aussicht gestellt.

v. Schoen

Anlage

Projet de communication qui devrait être adressé par le doyen du corps diplomatique au représentant de Moulay Hafid à Tanger

Les gouvernements signataires de l'Acte d'Algésiras ont reçu la lettre en date du 4 Kaaba 1326 que Moulay Hafid a fait parvenir par l'intermédiaire du doyen du corps diplomatique à Tanger en réponse à leur communication du 18 novembre.

Les gouvernements des pays représentés au Maroc ont accueilli avec satisfaction cette réponse. Ils y ont vu la preuve que les explications qu'ils avaient formulées par leur note en date du 18 novembre dans l'intérêt même des rapports d'amitié et de confiance qu'ils voulaient entretenir avec l'autorité souveraine de l'Empire Chérifien, répondaient exactement à la pensée de Moulay Hafid.

En conséquence, les Puissances signataires de l'Acte d'Algésiras ont décidé de reconnaître Moulay Hafid comme le Sultan légitime du Maroc, et ont chargé le doyen du corps diplomatique à Tanger de notifier cette reconnaissance an représentant de Sa Majesté le Sultan dans cette ville.

* Am 6. Januar konnte das Auswärtige Amt dem Kaiser mitteilen, daß dem Vertreter des Sultans Mulay Hafid in Tanger nunmehr durch den Doyen des diplomatischen Korps die Anerkennungsnote der Signatarmächte zugestellt sei.

** E. Ferraz.

*** Siehe Anlage.

Kapitel CLXXXII

Das Deutsch-Französische Abkommen vom 9. Februar 1909

Nr. 8471

Der Geschäftsträger in Paris Freiherr von der Lancken an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 565
Vertraulich

Paris, den 14. Dezember 1908

pp.* Herr Caillaux brachte sodann die Rede auf die allgemeinen politischen Beziehungen zwischen unseren Ländern und meinte, es sei durchaus erforderlich, daß Marokko als ewiges Streitobjekt aus unserem Verhältnis ausgeschaltet werde. Geschehe dies nicht, so trieben wir mit Sicherheit einem Konflikt entgegen. Denn für Frankreich sei es eine Lebensfrage, sich die überwiegende politische Stellung in Marokko zu erhalten. Die Verhältnisse in Algerien machten dem Mutterlande mehr Sorge, als die Öffentlichkeit erfahre. Es wäre verhängnisvoll, wenn bei den Algeriern der Gedanke feste Wurzel faßte, Frankreich sei nicht stark genug, um seine Präponderanz in Marokko zu behaupten. Ich könne darum auch sicher sein, Frankreich werde binnen weniger Monate unseren Freund Mulay Hafid ebenso in der Tasche haben wie vordem Abdul Asis.

Darauf erwiderte ich, Deutschland habe von jeher nur absolute Gewährleistung der Offenen Tür angestrebt. Angesichts der in vielen Punkten kleinlichen Marokkopolitik Frankreichs dürfe es aber nicht wundernehmen, daß man bei uns nach wie vor die Befürchtung hege, Frankreich wolle auch wirtschaftlich uns in Marokko nicht aufkommen lassen. Deshalb müßten wir noch immer eine Verteidigungspolitik verfolgen, die allerdings, das wisse man ja auch hier ganz gut, auf alle französischen Bestrebungen oft recht hemmend wirkte und eventuell weiter einwirken könnte. Herr Caillaux fragte mich darauf, welche Garantien wir denn verlangten, um uns wirtschaftlich für gesichert zu halten, worauf ich erwiderte, Frankreichs Sache wäre es, mit Vorschlägen in dieser Hinsicht an uns heranzutreten. Der Minister schloß das Gespräch mit den Worten, er glaube, daß volle Bereitwilligkeit in dieser Hinsicht hier vorhanden sei. Möchte die Verständigung nicht zu spät erfolgen, um sich zum Nutzen beider Länder noch bei der Orientkrise geltend zu machen.

Lancken

* Der Anfang des Berichts gibt Äußerungen wieder, die der französische Finanzminister Caillaux am 13. Dezember in einem Gespräch mit Freiherrn von der Lancken über die deutsche Finanzreform tat.

Nr. 8472

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 578 Paris, den 24. Dezember 1908

Nachdem ich auf meinen Posten zurückgekehrt bin, halte ich es für meine Pflicht, Euerer Durchlaucht ein Bild der Stimmung zu geben, wie sie hier nach meinen Wahrnehmungen in den verschiedensten Kreisen, politischen und unpolitischen, sich uns gegenüber herausgebildet hat und in letzter Zeit mehr und mehr auch zum deutlichen Ausdruck kommt.

Nachdem die Marokkopolitik des Herrn Regnault im Sultansstreit Fiasko gemacht hatte, und nachdem die Anerkennungsfrage als erledigt betrachtet werden konnte, war hier bei Regierung und Volk sichtlich der Wunsch zutage getreten, das marokkanische Problem tunlichst bald völlig gelöst und eine Verständigung mit Deutschland herbeigeführt zu sehen. Der Wunsch verstärkte sich, als die Orientkrise eine gefahrdrohende Gestalt annahm. Wie mehrfach in der diesseitigen Berichterstattung zum Ausdruck gebracht werden durfte, war wiederholentlich aus Gesprächen mit amtlichen und nichtamtlichen Persönlichkeiten mit Deutlichkeit zu entnehmen, daß Frankreich die Neigung hatte, in den Orientdingen Anlehnung an uns zu suchen. Daher zeigte sich auch die Regierung, als sich zu Ende September der Deserteurzwischenfall in Casablanca* ereignete, anfänglich zu weitgehendem Entgegenkommen bereit, um das Vorkommnis sich nicht zu einer unangenehmen Affäre auswachsen zu lassen. Der von uns im weiteren Verlauf der Angelegenheit eingenommene Standpunkt[1] hat dann nicht nur die Regierung tief verstimmt, sondern auch infolge der darangeknüpften Zeitungsfehde einen gänzlichen Umschlag in der Stimmung des ganzen Landes gegen uns hervorgerufen. Herr Clemenceau, der an und für sich schon aus Selbsterhaltungstrieb keine Komplikation wünscht, benutzte aber mit großem Geschick diese Gelegenheit, um seine Stellung zu befestigen und zu zeigen, daß das durch die Dreyfusaffäre und den Kulturkampf zerrissene Frankreich dem Auslande gegenüber wieder geeint und zur Verteidigung seiner Würde entschlossen dastehe. Das ist ihm auch in vollem Maße gelungen, wie aus den von Selbstbewußtsein zeugenden Verhandlungen des Parlaments während der letzten Budgetdebatten** und der fast völlig einmütigen Haltung der gesamten Presse mit großer Deutlichkeit hervorging. Gerade das Überraschende unserer Stellungnahme in der Casablanca-Affäre war es gewesen, das hier die Überzeugung erweckte und bald immer fester Wurzel fassen ließ, als brauchten wir von Zeit zu Zeit eine Demütigung Frankreichs, um damit uns über

---

* Vgl. dazu Kap. CLXXX.

** Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 347f.

eigene innere Schwierigkeiten* hinwegzuhelfen. Und nicht nur Politiker denken heute so, auch in den Kreisen der Intellektuellen, die als alte Dreyfusards aus ihren Sympathien für Deutschland nie ein Hehl gemacht hatten, herrscht offener Groll gegen uns. Selbst Geschäfts- und sogar Finanzleute beginnen, von dieser Stimmung angesteckt zu werden. „Da Deutschland uns doch nicht in Ruhe lassen will, so ist es besser, der Krieg kommt bald, als daß wir in ewiger Ungewißheit bleiben, die alle Unternehmungslust lahmlegt." Solche Worte bekommt man öfters zu hören. In Börsenkreisen, wo die Idee einer deutsch-französischen Verständigung stets sehr willige Ohren fand, herrscht jetzt plötzlich geradezu Erbitterung, weil man sich in allen großen Geschäften gestört sieht. Geschickt ist diese allgemeine Gemütsverfassung auch von der Regierung benutzt worden, um die Artillerievermehrung durchzubringen. Noch vor wenigen Monaten hatte man im Ministerium sich darauf gefaßt gemacht, daß die Vorlage großen Widerstand finden werde. Jetzt ist sie ohne alle Schwierigkeit unter Dach gekommen[2]. Gerade das aber erscheint mir als besonders bemerkenswertes Symptom für die Entschlossenheit und Opferwilligkeit aller Parteien. Man ist hier sichtlich auf dem Qui vive und neigt in der hochgradigen Nervengereiztheit, in der man sich befindet, zu Übertreibungen und Gespensterfurcht. Mit gespanntester Aufmerksamkeit wird man auch weiterhin auf alles blicken, was wir treiben, und wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß man Dinge, die von uns sehr harmlos gemeint sein können, hier als gegen Frankreichs Würde und Ehre gerichtete Ränke auffassen wird.

Es ist, wie ich glauben möchte, dringend geboten, daß wir mit dieser Mentalität rechnen, wenn wir überhaupt die Absicht haben, uns mit Frankreich auf besseren Fuß zu stellen. Daß das ohne allzu große Mühe auch heute noch zu erreichen wäre, ist meine feste Überzeugung. Um einen Umschwung in der Stimmung gegen uns vorzubreiten, würde es genügen, daß wir Frankreich einige Zeit lang völlige Ruhe ließen und Kundgebungen und Akte vermieden, die hier falsch gedeutet werden könnten. Allerdings rechne ich damit, daß hier aus der gegenwärtigen Feindseligkeit heraus nichts geschieht, das uns eine solche passive Haltung unmöglich macht. Sonst aber würde meines Erachtens eine längere Ruhepause ausreichen, um wiederum eine günstige Grundlage zur Erzielung einer Annäherung zu schaffen. Diese müßte sich natürlich in erster Linie auf Marokko beziehen und auf der Basis aufgebaut werden, daß Frankreich uns dort absolut die Offene Tür garantiert, wofür wir ihm politisch größere Aktionsfreiheit lassen könnten[3].

Es mag sein, daß ich, voreingenommen durch meine sich immer mehr befestigende Überzeugung von dem starken Rückhalt, den Frankreich in letzten Jahren bei anderen Mächten gefunden, die Beziehungen Deutsch-

* Anspielung auf die durch die „Daily Telegraph"-Affäre, die Finanzreform usw. entstandenen innerpolitischen Schwierigkeiten in Deutschland.

lands zu Frankreich als Faktor unserer Gesamtpolitik zu hoch einschätze. Euere Durchlaucht wollen jedenfalls darin die Erklärung für den besorgten Ton erblicken, auf den meine vorstehenden Ausführungen gestimmt sind.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ich habe stets darauf hingewiesen, daraus keinen „Fall" entstehen zu lassen, was leider nicht gelungen ist

[2] die stand schon lange auf dem Programm und wäre ganz bestimmt bewilligt worden, wie ja in Frankreich alle Militärforderungen stets glatt bewilligt werden. Das ist also kein Zeichen irgend einer akuteren Stimmung.

[3] richtig; habe ich immer und immer wieder betont.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Im Allgemeinen zutreffend.

Nr. 8473

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Konzept

Berlin, den 29. Dezember 1908

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich in der Anlage ehrfurchtsvollst einen gestern eingegangenen ganz vertraulichen Bericht von Radolin über die gegenwärtige Stimmung in Frankreich*. Ich gestatte mir dazu zu bemerken, daß dieser Bericht von einer gewissen Nervosität zu zeugen scheint. Bei Radolins letzter Anwesenheit in Berlin, vor kaum zwei Wochen, richtete ich an ihn die Frage, welche Haltung nach seiner Ansicht Frankreich einnehmen würde, wenn Österreich von Rußland angegriffen und Deutschland damit in den Bündnisfall versetzt werden sollte. Radolin antwortete damals ohne Zögern, daß seines Erachtens auch in diesem Falle die Franzosen schwerlich gegen uns etwas unternehmen würden, da ihre Abneigung gegen den Krieg und insbesondere die Furcht der republikanischen Machthaber vor den innerpolitischen Folgen eines Krieges zu groß sei. Allerdings hat mir der kluge und durch ruhiges Urteil ausgezeichnete bisherige zweite Sekretär an der Pariser Botschaft Graf Mirbach-Harff, jetzt Botschaftsrat in St. Petersburg, vor einigen Tagen gesagt, daß es nach seiner Ansicht in dem oben erwähnten Falle eines deutsch-österreichischen Krieges gegen Rußland den Franzosen unmöglich sein würde, neutral zu bleiben. Von da bis zu der von Radolin geschilderten Stimmung ist indessen noch ein großer Schritt. Immerhin müssen wir die Lage, auf die er unsere Aufmerksamkeit lenkt, mit dem Ernst ins Auge fassen, den sie verdient. Die Vorwürfe, die uns von französischer Seite gemacht werden, sind völlig unbegründet. Wir haben die Frage der Deserteure von Casablanca mit solcher Ruhe und Geduld behandelt, daß wir in unserer Presse heftigen

---

* Siehe Nr. 8472.

Vorwürfen wegen allzu großer Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich ausgesetzt gewesen sind. Von vielen Seiten ist mir damals gesagt worden, daß namentlich in unseren militärischen Kreisen Tadel gegen mich laut geworden sei, weil unsere Haltung gegenüber den Franzosen in der Deserteurfrage viel zu langmütig und nachgiebig gefunden wurde. Trotzdem haben wir uns nicht geweigert, die Frage dem Haager Schiedsgerichte zu unterbreiten. Absolut unwahr und eine gehässige Entstellung ist die Behauptung, daß wir, um inneren Schwierigkeiten zu entgehen, die Deserteurfrage schärfer genommen hätten, als sie verdiente. Grade in den Tagen, als unsere inneren Schwierigkeiten sehr hoch gestiegen waren, haben wir uns entschlossen, die Angelegenheit dem Schiedsgericht im Haag zu überweisen und damit einen großen Beweis von Versöhnlichkeit zu geben. Wenn Radolin weiter sagt, daß wir Frankreich zunächst in Ruhe lassen sollten, so halte ich das für völlig richtig. Wir müssen uns jetzt so wenig wie möglich um Frankreich kümmern. Wenn erst eine gewisse Beruhigung Platz gegriffen hat, so werden wir versuchen, mit der französischen Regierung zu einer Verständigung über Marokko zu kommen.

Ich glaube übrigens, daß die Erregtheit der Franzosen, auf die Radolin hinweist, in erster Linie auf die konstante Arbeit der Engländer in Paris zurückzuführen ist. Nach einem Berichte von Quadt* hat diesem ein russischer kürzlich aus Tanger nach Teheran versetzter Sekretär anvertraut, daß der englische Gesandte Lowther in Tanger, jetzt Botschafter in Konstantinopel, in Marokko die ausdrückliche Weisung gehabt habe, wo er könne, Franzosen und Deutsche zu verhetzen. Diese englische Wühlarbeit wird schwerlich aufhören, solange die englische Besorgnis vor unseren Schiffsbauten dauert, die Anfang und Ende des englischen Mißtrauens und des englischen Zornes gegen uns ist. pp.**

Bülow

Nr. 8474

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 583
Vertraulich

Paris, den 28. Dezember 1908

Der am Weihnachtstag dem Präsidenten der Republik zugefügte Bubenstreich***, welcher in Paris allgemeine Entrüstung hervorrief, veranlaßte mich, wenige Stunden nach dem Vorfall dem Ministerpräsidenten Herrn Clemenceau und dem Auswärtigen Minister Herrn Pichon einen

* Graf von Quadt, Gesandter in Teheran.

** Der Schluß des Immediatsberichts behandelt die orientalischen Angelegenheiten; vgl. dazu Bd. XXVI.

*** Präsident Fallières war am 25. Dezember bei einem Spaziergang in den Champs Elysées insultiert worden.

Besuch abzustatten, ohne indes beide anzutreffen. Herr Clemenceau beeilte sich, mir seinen Gegenbesuch für den folgenden Nachmittag anzukündigen. Er kam mir in ungezwungener, herzlicher Weise entgegen mit dem wärmsten Dank des Präsidenten und dem seinigen für meine Anteilnahme. Der Ministerpräsident erzählte mir zunächst den Hergang des Überfalles, dem er keine weitere Bedeutung beilegte, ließ mir aber durchblicken, daß Umtriebe der extremen Parteien, um die Regierung zu diskreditieren, sich in letzter Zeit häuften und diesem Streiche vielleicht nicht ganz fremd wären. — Les extrêmes se touchent! Einesteils schienen sich royalistische, anderenteils ultraradikal-sozialistische Bestrebungen von neuem zu regen, die mit verschiedenen Endzwecken bestrebt seien, die Regierung zu stürzen.

Im Laufe des Gesprächs hob Herr Clemenceau die großen Schwierigkeiten hervor, mit denen er zu kämpfen habe, um mit den vorhandenen heterogenen ihm feindlichen Elementen die notwendige Demokratisierung des Landes fest zu organisieren und durchzusetzen.

Allmählich brachte er die Unterhaltung auf die französisch-deutschen Beziehungen, und konnte ich aus seinen Worten entnehmen, was ich bereits dieser Tage zu berichten die Ehre hatte*, daß eine gereizte Stimmung hier neuerdings zutage getreten sei, mit der er sich identifizierte. Der Ministerpräsident bemerkte hierbei: Das demokratische Frankreich wolle keine Eroberungs-, keine kriegerische Politik; es wolle Ruhe haben, sich materiell entwickeln, die inneren Verhältnisse ordnen und die vorhandenen Zerwürfnisse vor allem ausgleichen; das Land fange jetzt erst an, sich von den Niederlagen des Feldzuges 1870/71 zu erholen, und sei auch infolge der vor einiger Zeit von gewisser deutscher Seite aufgestellten Otagetheorie, die notgedrungen Frankreich unseren Gegnern in die Arme habe treiben müssen, militärisch aus seiner langjährigen Lethargie aufgerüttelt worden, um auf alle Eventualitäten nach Möglichkeit gefaßt zu sein. (Diese letzte Äußerung aus dem Munde des bekanntlich anglophilen Herrn Clemenceau zu hören, hat mich einigermaßen erstaunt. Sie scheint mir nur dadurch erklärlich, daß Frankreich an der Seite Englands in den Balkanwirren sich nicht ganz wohl zu fühlen scheint, was wohl niemand wundernehmen kann.) Dennoch wünsche Frankreich, so fuhr er fort, den Frieden und sinne ernsthaft nach keinem Rachekrieg, der unter allen Umständen für den Sieger wie für den Besiegten die Vernichtung des Wohlstandes und der zivilisatorischen Entwicklung, den Ruin von Millionen von Existenzen bedeuten würde. Gerade für eine demokratische Staatsform wie die hiesige und trotz der ungeheuren finanziellen Ressourcen des Landes und der großen Anhäufung baren Geldes sei der Friede eine Notwendigkeit, und wäre ein Krieg, wenn er unvermeidlich würde, unabsehbar in seinen Folgen und im höchsten Grade unpopulär. Man dürfe andererseits aber nicht vergessen, daß Frankreich ein stark ausgeprägtes empfindliches Ehrgefühl besitze, und wenn in dieser

* Vgl. Nr. 8472.

friedlichen Bevölkerung die Empfindung einer beabsichtigten Demütigung wachgerufen würde, dann würde ein Sturm der Entrüstung die Massen ergreifen, sie würden vor keinem Opfer zurückscheuen und, wenn sie sich angegriffen glaubten, bis auf den letzten Mann ihre Pflicht tun, ungeachtet innerer Parteizerklüftung, selbst auf die Gefahr hin zu unterliegen und alles zu verlieren.

Dies sagte Herr Clemenceau in der ruhigsten Weise, ohne die geringste Gereiztheit zu verraten, und hob hervor, wie unsere beiden Länder doch eigentlich berufen wären, sich zu verstehen. Es wäre doch im höchsten Maße bedauerlich, wenn wegen solcher unbedeutenden Zwischenfälle wie die letzthin in einem fernen Lande vorgekommenen[1] eine ernste Verstimmung Platz greifen sollte, die die Volksleidenschaft zu entfesseln imstande wäre. Es rege sich aber in der Tat in Frankreich ein bedenkliches Gefühl der Nervosität, als ob Deutschland nach Vorwänden suche[2], die Dinge auf die Spitze zu treiben, zumal die Gallophobie[3] im deutschen Volke, wie er zu wissen glaube, im Zunehmen begriffen sei. Er könne indes nicht glauben, daß die Kaiserliche Regierung sich von solchen unheilvollen Strömungen fortreißen lassen könnte.

Der Ministerpräsident berührte zum Schluß der Unterhaltung die Balkanfrage, die er nach den neuesten Nachrichten ziemlich pessimistisch beurteilte, und gab der Hoffnung Ausdruck, es möchte die gleiche Beruhigungspolitik, die Frankreich und Deutschland dort verfolge, dazu verhelfen, die Gegensätze auch zwischen uns zu mildern.

Es versteht sich von selbst, daß ich Herrn Clemenceau gegenüber eine Antwort nicht schuldig blieb. Ich konnte immer nur wiederholen, daß, wenn er mir Vorhaltungen über unsere Marokkopolitik machte, wir wohl ebenso berechtigt wären, gegen das Vorgehen französischer Behörden in Marokko, die oftmals ihre Befugnisse überschritten, eine ernste Verstimmung zu empfinden, welche die deutschen Kolonisten daselbst zu ernsten Beschwerden veranlaßte, die eine starke Reperkussion auf die öffentliche Meinung in Deutschland ausüben, mit der die Kaiserliche Regierung rechnen müßte. Wir bewegten uns beide leider in einem cercle vicieux, aus dem nur der beiderseitige gute Wille, der bei der Kaiserlichen Regierung sicherlich vorhanden sei, uns herauszuhelfen vermöge. Es wäre wohl nur billig, wenn die Seite, welche am interessiertesten an der Beruhigung der Verhältnisse in Marokko wäre, den Anfang machte. Ich bestritt auf das entschiedenste, daß Deutschland danach trachte, Frankreich zu demütigen, oder gar einen Krieg vom Zaune brechen wolle oder im Schilde führe.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wo wir noch dazu im Unrecht waren, da ein Desertionsbureau existirt hat.

[2] umgekehrt

[3] Blech!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Gut

Nr. 8475

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 2188 Berlin, den 31. Dezember 1908

Auf den Bericht vom 24. d. Mts. Nr. 578*.

Euerer Durchlaucht Ausführungen über die gegenwärtige Stimmung in Frankreich uns gegenüber überraschten mich umsomehr, als Euere Durchlaucht vor wenigen Tagen bei Ihrer jüngsten hiesigen Anwesenheit die Friedensliebe der Franzosen mit großer Entschiedenheit betont hatten. Euere Durchlaucht gingen in dieser Richtung so weit, daß Sie selbst für den Fall eines russischen Angriffs gegen Österreich, der uns in Erfüllung unserer Bundespflicht an die Seite Österreichs rufen würde, ein Vorgehen Frankreichs gegen uns für kaum wahrscheinlich erklärten. Zu den einzelnen Momenten, die nach Ihrer Ansicht in ihrer Gesamtheit die jetzt von Ihnen geschilderte französische Stimmung ausgelöst haben, möchte ich bemerken, daß man anscheinend in Paris unserer Behandlung des Zwischenfalls der Deserteure von Casablanca** noch immer nicht dasjenige Verständnis entgegenbringt, das seine einzelnen Entwickelungsphasen verdienen. Es ist dort offenbar niemals genügend klar gemacht worden, daß wir keineswegs von vornherein den Fall einem Schiedsgericht unterbreiten wollten und nicht dann in der Folge in illoyaler Weise noch erschwerende Bedingungen hinzugefügt haben. Vielmehr ist der gesprächsweise von dem Herrn Staatssekretär von Schoen als äußerster Ausweg bezeichnete und von demnächstigen näheren Besprechungen abhängig gemachte Hinweis auf einen eventuellen Austrag des Streites durch Schiedsgericht von dem Botschafter Cambon bona oder mala fide als eine definitive Zusage aufgefaßt und als solche der französischen Regierung gemeldet und leider sogar der französischen Presse signalisiert worden. Es ist weiter in Paris unbekannt geblieben oder verkannt worden, daß nach den uns bis dahin vorliegenden Berichten eine völkerrechtliche Verletzung unserer Konsularbeamten vorlag, für die unsere öffentliche Meinung und ein großer Teil unserer Presse bis tief in die Reihen unserer Linken hinein zunächst Genugtuung forderte, ehe die Rechtsfrage der Deserteure selbst durch ein Schiedsgericht zum Austrag gebracht würde. Erst als die Mitteilung der amtlichen französischen Berichte über den Zwischenfall — deren so lange und sehr bedauerliche Zurückhaltung durch die französische Regierung oder die hiesige Botschaft noch heute unaufgeklärt ist — uns die Möglichkeit bot anzunehmen, daß vielleicht die tatsächlichen Verhältnisse noch einer näheren Feststellung bedürften, konnten wir für die Gesamtheit des Falles den

* Siehe Nr. 8472.
** Vgl. dazu Kap. CLXXX.

Ausweg eines Schiedsgerichts akzeptieren. In der damit eingeschlagenen Bahn sind wir in aufrichtiger und loyalster Weise geblieben.

Mit sehr großer Entschiedenheit aber muß in Paris der lügenhaften Behauptung entgegengetreten werden, als hätten innere Schwierigkeiten uns veranlaßt, durch schärfere Behandlung der Deserteurfrage eine Diversion nach außen zu suchen. Bei allen Beratungen über diese Frage ist mit Entschiedenheit von allen Teilnehmern und ganz besonders und ausdrücklich von mir ein solcher Gedanke weit zurückgewiesen worden.

Euerer Durchlaucht Auffassung, daß es erwünscht sei, in den deutsch-französischen Beziehungen zunächst eine völlige Ruhe eintreten zu lassen, teile ich vollkommen. Es ist aber unerläßlich, daß der gleiche Wunsch in Frankreich bestehe, und daß nicht, wie es leider kürzlich im „Temps" geschehen, deutsche Zeitungsartikel, denen die Kaiserliche Regierung völlig fern steht, mit dem Anschein offiziöser Inspiration zu unerhört gehässigen Angriffen gegen uns und unsere Politik verwertet werden. Nur wenn hüben und drüben eine ruhige Auffassung herrscht, wird es möglich sein, mit der erforderlichen Unbefangenheit an die schwierige Aufgabe einer Verständigung über Marokko auf vorwiegend wirtschaftlicher Grundlage heranzutreten. Mit Interesse werde ich daher weiteren Berichten Euerer Durchlaucht über die Entwickelung der dortigen Stimmung sowie über die Gedanken entgegensehen, die etwa dort mit dem Ziele einer deutsch-französischen Auseinandersetzung über Marokko laut werden.

Bülow

Nr. 8476

*Aufzeichnung des Gesandten in Athen Freiherrn von Wangenheim, z. Z. in Berlin**

Reinschrift

Berlin, den 5. Januar 1909

Solange Mulay Hafid gallophob bleibt, ist eine unmittelbare Kürzung der deutschen Marokkointeressen nur in denjenigen Teilen Marokkos zu bemerken, in welchen die französischen Truppen die tatsächliche Herrschaft ausüben. Dazu gehören außer der Schauia auch die von Frankreich überwachten Vertragshäfen, in welchen unter dem Vorwand einer Kon-

* Mit der Rückkehr des Gesandten Rosen nach Tanger war das dortige Kommissorium des inzwischen zum Gesandten in Athen ernannten Freiherrn von Wangenheim abgelaufen. Anfang Januar 1909 weilte Wangenheim in Berlin, wo er eingehend über die in Tanger gesammelten Erfahrungen berichtete und auf Anordnung des Reichskanzlers mehrere Aufzeichnungen über die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung anfertigte.

trolle des Waffenhandels französische Kriegsschiffe stationiert sind, und in welchen die von französischen Offizieren geleitete Polizei waltet. Zwar bilden auch an diesen Punkten die hafidischen Organe gegenwärtig noch ein gewisses Gegengewicht gegen das Treiben Frankreichs. Es ist indes zu befürchten, daß Mulay Hafid über kurz oder lang den Werbungen Regnaults zum Opfer fallen wird, besonders wenn er sieht, daß unserer Teilnahme für ihn ganz bestimmte Grenzen gezogen sind. Liefert sich aber der Sultan an Frankreich aus, so tritt in ganz Marokko derselbe Zustand ein, unter welchem alle Deutschen in Marokko in der letzten Regierungszeit Abdul Asis' gelitten haben. Die französische Gesandtschaft in Tanger wird dann wieder die eigentliche Zentrale der marokkanischen Regierung, und jeder Machsenbeamte empfängt seine Befehle von dem Vertreter Frankreichs. Das geringe Maß von politischem Einfluß, welches wir bisher noch in stetem Kampfe mit der uns feindlichen Majorität des diplomatischen Korps auszuüben imstande waren, verschwindet dann. Gleichzeitig aber werden auch unsere wirtschaftlichen Interessen der Gefahr völliger Vernichtung ausgesetzt. In einem halbzivilisierten Lande wie Marokko ist der deutsche Kaufmann mehr als in andern Ländern bei der Abwickelung seiner Geschäfte auf den guten Willen der eingeborenen Beamten angewiesen. Ressortieren diese Beamten von der französischen Gesandtschaft, so werden sie selbstverständlich die deutschen Kaufleute schikanieren und ihnen die Konkurrenz mit den französischen Häusern unmöglich machen. Unter diesen Verfolgungen werden in erster Linie die deutschen Schutzbefohlenen zu leiden haben, ohne welche einer der wichtigsten Teile des deutschen Marokkogeschäfts, der Getreidehandel, gar nicht bestehen kann. Die Marokkaner werden es vorziehen, sich den Belästigungen durch die Behörden mit Anrufung des französischen Schutzes zu entziehen. Dadurch wird das deutsche Exportgeschäft geschädigt. Aber auch das Importgeschäft wird gefährdet, wenn die Franzosen die Käufer deutscher Waren anfeinden sollten. Dazu kommt die Waffe, über welche Frankreich durch seine widerrechtlich eingeführte Kontrolle der Zölle verfügt. Im ganzen wird unter einem gallophilen Sultan das Wohl und Wehe des deutschen Kaufmanns in Marokko von dem guten oder schlechten Willen Frankreichs abhängen.

Unter den geschilderten Verhältnissen wird aber das in der Algecirasakte ausgesprochene Prinzip der Offenen Tür auch noch nach einer anderen Richtung hin zu einer Illusion. Deutschland wird von jeder nennenswerten Beteiligung an den öffentlichen Arbeiten in Marokko ausgeschlossen. Marokko wird nur diejenigen Häfen-, Eisenbahn- und sonstige Bauten in Angriff nehmen, welche ihm Frankreich vorschlägt. Dadurch, daß Frankreich zuerst von diesen Plänen weiß und sie den Leistungen der französischen Industrie anpassen und sich die Lastenhefte durch den französischen „Ingénieur conseil" in Tanger ausarbeiten läßt, hat es einen derartigen Vorsprung vor den konkurrierenden Interessenten anderer

Länder, daß dieselben ohne jede Aussicht in den Wettbewerb eintreten werden. Das hat sich schon im vergangenen Jahre bei den Lieferungen für die Polizei gezeigt.

Im allgemeinen kann behauptet werden, daß der maßgebende Einfluß Frankreichs auf die marokkanische Regierung nicht nur jede Weiterentwickelung der deutschen Interessen ausschließt, sondern auch das heute Vorhandene mit Vernichtung bedroht. Im besten Falle würde der deutsche Kaufmann in Marokko von Frankreichs Gnaden vegetieren können.

Es war daher bislang der begreifliche und keineswegs nur aus chauvinistischen Ideen entstandene Wunsch unserer Marokkokaufleute, daß die Kaiserliche Regierung den französischen Penetrationsgedanken mit allen Mitteln bekämpfen möge. Allmählich haben sich die Deutschen in Marokko allerdings überzeugt, daß dem Widerstande Deutschlands gegen die Penetration Grenzen gezogen sind, welche in der allgemeinen internationalen Lage ihre Begründung haben. Man fühlt, daß die große Menge des deutschen Volkes wegen Marokko keinen Krieg führen möchte. Die deutschen Herrn, welche ich in den letzten Tagen meines Aufenthalts in Tanger sprach, sagten mir alle, daß, wenn Deutschland für Marokko keinen Krieg wagen wolle, sie nur dringend wünschen könnten, daß es möglichst bald zu einer deutsch-französischen Verständigung kommen möge, welche die wirtschaftliche Situation der Deutschen sicherstelle.

Genau derselbe Wunsch ist mir auch von vielen Franzosen in Tanger, besonders auch von Herrn Regnault selbst wiederholt und dringend geäußert worden. Auch die Franzosen begreifen, daß die wirkliche Tunisifikation Marokkos sich nur nach langen, nervenaufreibenden Kämpfen mit uns erreichen lassen würde. Vor allem aber sehen sie täglich mehr ein, daß der fortdauernde Hader mit uns wegen der darin liegenden Kriegsgefahr die französische Finanz vorsichtig macht. Es wird auch für die Franzosen immer schwerer, Kredite für Marokko zu erhalten. Eine große Anzahl kleinerer französischer Unternehmungen sind gescheitert. Die französische Gesandtschaft in Tanger allein hat im letzten Jahre über mehr als 70 Falliterklärungen zu verhandeln gehabt. Aus allen diesen Gründen möchte ich bei den Franzosen die Geneigtheit voraussetzen, uns auf wirtschaftlichem Gebiete die weitgehendsten Zugeständnisse zu machen, damit überhaupt in Marokko eine Basis geschaffen wird, auf welcher lohnende Geschäfte sich abwickeln können. Auf der anderen Seite freilich ist kein Franzose in Marokko auch nur im entferntesten geneigt, uns wirtschaftliche Konzessionen zu machen, wenn wir nicht unsererseits den Widerstand fallen lassen, welchen wir bisher den über die Algecirasakte weit hinausgehenden Penetrationsplänen Frankreichs entgegengestellt haben. Wir können daher auch unsere wirtschaftlichen Interessen, vorausgesetzt immer, daß wir keinen Krieg wollen — nur dann retten, wenn wir Frankreich auf politischem Gebiete entgegenkommen.

Was Frankreich will, geht mit absoluter Deutlichkeit aus den drei Briefen hervor, welche ben Sliman im Herbste vorigen Jahres an Herrn

Regnault hat richten müssen*. Frankreich will die Oberleitung der militärischen und finanziellen Angelegenheiten Marokkos in die Hände französischer Kontrolleure gelegt sehen. Daß die Erfüllung dieser Wünsche den Anfang der wirklichen Tunisifikation Marokkos bedeuten würde, steht außer Zweifel. Auf der anderen Seite kann aber als feststehend angenommen werden, daß ohne tatkräftige Mithilfe einer fremden Macht Marokko sich überhaupt nicht aus den mittelalterlichen Verhältnissen erheben kann, in denen es sich heute noch befindet. In einem von Frankreich verwalteten Marokko würden die Chancen für eine wirtschaftliche Betätigung Deutschlands zweifellos unendlich viel größer sein als in dem heutigen Marokko, welches unter dem Zeichen der alles paralysierenden Algecirasakte steht. Hätten wir nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten, so würde es beinahe frevelhaft sein, Frankreich an einer Kulturarbeit zu verhindern, zu welcher es seiner geographischen Lage und seinen Erfahrungen nach mehr berechtigt ist als alle anderen Länder. Wir haben indes in Marokko nicht nur ökonomische Interessen wahrzunehmen. Unser Name steht unter der Akte von Algeciras, in welcher wir uns verpflichtet haben, für die Integrität eines souveränen Marokkos einzutreten. Die Akte gibt uns einerseits Rechte, auf welche wir schließlich verzichten könnten, sie legt uns aber auch Pflichten auf gegenüber Marokko und gegenüber den Mächten, welche die Akte mitunterzeichnet haben. Diese Pflichten können wir nicht gegen materielle Zuwendungen ohne weiteres veräußern. Wir können daher nicht uns verpflichten, gegenüber allen Überschreitungen der Franzosen unsere Augen zu verschließen, wenn dafür uns an einer andern Stelle etwa eine Landabtretung angeboten oder eine andere materielle Zusage gemacht wird. Wir können daher den Franzosen nur insoweit entgegenkommen, als sich dies auch nach Auffassung des Sultans mit der Algecirasakte und dem Integritätsgedanken vereinigen läßt. Ich persönlich würde daher Bedenken zum Ausdruck zu bringen wagen, wenn wir etwa unsere wirtschaftliche Gleichberechtigung, welche wir ja nach der Akte schon theoretisch besitzen, uns noch einmal erobern sollten, indem wir die ausschließliche französische Kontrolle zulassen. Dagegen dürfte es Mittel und Wege geben, auf denen sich der französische Standpunkt mit dem deutschen vereinigen läßt. Es ließe sich ein Modus denken, bei welchem unter dem Mantel der Algecirasakte Frankreich die erstrebte politische Leitung der marokkanischen Verhältnisse preisgegeben werden könnte. An Stelle der französischen Kontrolleure könnte eine internationale Kommission treten, welche nach dem Vorbilde der marokkanischen Staatsbank konstituiert wäre, das heißt bei welcher der

* Diese drei Briefe des Großwesirs ben Sliman an Regnault waren Anfang November 1908 in der ägyptischen Zeitung „Al Moayad" veröffentlicht worden. Die Briefe, die alsbald in dem spanischen Blatte „El Liberal" reproduziert und dann auch vom „Temps" ohne Kommentar abgedruckt wurden, ergaben, daß Ende 1907 Frankreich mit dem anleihebedürftigen Sultan Abdul Asis Abmachungen getroffen hatte, um die ganze Zivil- und Militärverwaltung Marokkos in seine Hände zu bringen.

französischen Oberleitung fremde Berater zur Seite gestellt würden, ohne daß letzteren ein Vetorecht zustände. Die Kommission würde die Grundlage bilden für eine internationale Verwaltung Marokkos unter Führung Frankreichs. Vielleicht ließe sich eine Verbindung zwischen ihr und der Staatsbank konstruieren, sodaß die Kommission gleichzeitig den Dienst der neuen Anleihe übernehmen könnte.

Schon bei den Vorverhandlungen würde Frankreich sehen, daß wir ihm bezüglich seiner Wünsche für die Ausstattung der Kommission mit Machtbefugnissen zugunsten Frankreichs das allerweiteste Entgegenkommen zeigen würden. Es käme uns dann tatsächlich nur auf die Kulisse an, unter welcher wir unsern Rückzug decken wollen. Im allgemeinen bin ich allerdings der unmaßgeblichen Meinung, daß wir Frankreich nur unsere allgemeinen Gesichtspunkte für den Ausgleich mitteilen, es aber Frankreich überlassen sollten, mit Spezialvorschlägen an uns heranzutreten. Eventuell könnte unsere allgemeine Mitteilung an Frankreich etwa folgenden Inhalt haben:

„Wir wünschen für uns die Garantien,

1) daß unsere Kaufleute bei der Zollabfertigung nicht benachteiligt werden können,
2) daß unsere Semsare und Mochalaten nicht schlechter gestellt werden als die Schutzbefohlenen Frankreichs,
3) daß wir mit einem gewissen Prozentsatz an den Unternehmungen beteiligt werden, deren Ausführung sich Frankreich auf dem Adjudikationswege gesichert hat, wofür wir Reziprozität gewähren würden, und
4) daß bei der Regelung der marokkanischen Schulden die deutschen Ansprüche in gleicher Weise befriedigt werden wie die französischen.

Eine weitere Forderung wird eventuell das Minenwesen betreffen, falls die gegenwärtigen Verhandlungen in Paris zu keinem Resultate führen sollten.

Wir sind dagegen bereit, Frankreich die militärische und finanzielle Kontrolle Marokkos in einer Form zu gewähren, welche uns des Vorwurfs überhebt, unsere in Algeciras übernommenen Verpflichtungen gegenüber Marokko verletzt zu haben."

Es dürfte in jedem Falle besser sein, nicht mit detaillierten Wünschen hervorzutreten, sondern die Initiative darin Frankreich zu überlassen, schon damit dieses nicht mißtrauisch wird.

Schon bei der ersten Berührung des Themas zwischen den beiden Regierungen würde Mulay Hafid dahin zu verständigen sein, daß wir nur im Interesse Marokkos in eine Besprechung mit Frankreich eingetreten seien. Nötig wäre auch die vorsichtige Verständigung Spaniens, von welchem der Hauptwiderstand gegen einen deutsch-französischen Ausgleich zu erwarten sein dürfte.

Wangenheim

Nr. 8477

Aufzeichnung des Gesandten in Athen Freiherrn von Wangenheim, z. Z. in Berlin

Reinschrift

Berlin, den 6. Januar 1909

Nachdem Mulay Hafid nunmehr anerkannt ist, liegt der Schwerpunkt der ganzen marokkanischen Angelegenheit in der Finanzfrage.

Marokko hat gegen 200 Millionen Mark Schulden zu begleichen, ehe es an neue wirtschaftliche Pläne herantreten kann, für deren Ausführung gleichfalls Millionen erforderlich sein werden.

Wir haben das allergrößte Interesse daran, daß Marokko so bald wie möglich eine Anleihe erhält. Gelingt dies nicht, so werden die deutschen Gläubiger, welche von Marokko etwa 20 Millionen Mark zu fordern haben, nicht bezahlt werden können. Große Firmen in Tanger würden dann vor dem Bankerott stehen. Auch unsere in Casablanca geschädigten Landsleute würden zunächst nichts erhalten können.

Die großen Finanzinstitute werden nun nicht gewillt sein, Marokko eine Anleihe von 200 Millionen ohne bestimmte Garantien zu geben. Marokko ist aber nicht in der Lage, solche Garantien ohne weiteres zu stellen. Ob auf die Minen des Landes eine Hypothek aufgenommen werden kann, scheint zweifelhaft, solange nicht genau feststeht, welchen Wert diese Minen haben. Es wird also nichts übrig bleiben als die Belegung von innern Einnahmen Marokkos als Pfand für die zu gewährende Anleihe. Von diesen Einnahmen kämen zunächst die Zehnten in Betracht. Das Erträgnis derselben ist bisher immer ein höchst unsicheres gewesen und abhängig von dem Grade der Macht, welche der Sultan im Lande auszuüben vermochte. Eine zuverlässige und daher verpfändbare Einnahmequelle werden die Zehnten erst sein, wenn der Sultan über die militärische Macht verfügt, um die Zehnten mit Gewalt eintreiben zu können, und über die nötigen Kommunikationsmittel zwischen seiner Hauptstadt und den entfernteren Gegenden seines Reiches, also über Eisenbahnen. Aus eigener Kraft wird sich der Sultan nun weder eine Armee schaffen noch Eisenbahnen bauen können. Daraus folgt, daß, wer Marokko das Geld gibt, um seine Schulden zu bezahlen, ihm gleichzeitig auch die Möglichkeit eröffnen muß, ein brauchbares Heer aufzustellen und Eisenbahnen zu bauen. Denn ohne diese wären die verpfändeten inneren Einnahmen wertlos. Frankreich hat daher als Hauptgläubiger Marokkos ein ganz besonderes Interesse, Marokko nicht nur eine Anleihe zu verschaffen, sondern ihm auch die Wege zu weisen, auf welchen es die erforderlichen Garantien beibringen könnte. Das finanzielle Interesse Frankreichs berührt sich aber mit dem politischen insofern, als Frankreich nicht zugeben kann, daß die militärische und administrative Stärkung Marokkos durch eine dritte Macht erfolgt. Frankreich wird als führende Macht in

Marokko alles daran setzen, damit ihm die eine Anleihe ermöglichende Kontrolle Marokkos zufällt. Hieraus sind die bekannten Forderungen entstanden, welche ben Ghabrit Mulay Hafid gegenüber vertreten hat.

Deutschlands Stellung zu diesen Forderungen kann nur folgende sein:

1) Wir erkennen an, daß Marokko ohne Verpfändung innerer Einnahmen keine neue Anleihe aufnehmen und deshalb seine bisherigen Schulden nicht voll begleichen kann.

2) Wir geben zu, daß innere Einnahmen Marokkos nur dann als ernsthafte Garantien in Betracht kommen könnten, wenn die Sicherheit vorliegt, daß diese Einnahmen regelmäßig eingehen, was unmöglich ist, solange der Sultan nicht über eine Truppe und über Verkehrswege verfügt.

3) Wir bestreiten nicht, daß der Sultan aus eigener Kraft sich weder eine Armee noch Verkehrsmittel schaffen kann, noch überhaupt in seinem ganzen Lande Ordnung halten kann.

4) Wir erkennen an, daß Frankreich als Hauptgläubiger und Grenznachbar in erster Linie berufen ist, dem Sultan Hilfe zu bringen.

5) Wir können aber nicht zugeben, daß die Finanz- und Militärkontrolle ausschließlich durch französische Organe ausgeübt wird. Denn dies würde eine tatsächliche Tunisifizierung Marokkos bedeuten.

6) Deshalb müssen wir wünschen, daß auch bei der geplanten Finanz- und Militärkontrolle der internationale Standpunkt der Algecirasakte zum Ausdruck kommt, das heißt daß die Kontrolle eine internationale wird.

7) Wir erkennen indes an, daß eine wirksame Kontrolle nur dann ausgeübt werden kann, wenn dieselbe eine möglichst einheitliche ist, und wenn ihre Entschließungen nicht auf Mehrheitsentscheidungen zu beruhen brauchen.

8) Wir sind deshalb bereit, Frankreich die tatsächliche Leitung der Kontrollorganisation zuzuerkennen, müssen aber

9) darauf bestehen, daß nach außen hin der internationale Charakter der Institution dem Geiste der Algecirasakte entsprechend gewahrt bleibt.

In der Praxis wird sich die Sache so gestalten, daß die Mächte an den Sultan mit der Forderung herantreten, seine Schulden zu bezahlen. Der Sultan wird auf seine gänzlich leeren Staatskassen hinweisen. Es wäre sodann Frankreichs Sache (und Deutschland könnte es dabei beim Sultan unterstützen), die Anweisung von Pfändern und die Stellung von Garantien für die richtige Verwaltung derselben vom Sultan zu verlangen und ihm damit die Idee einer internationalen Schuldenverwaltung mit weitgehenden administrativen Befugnissen zu suggerieren. Der Geschlossenheit der Mächte gegenüber sind ernsthafte Einwendungen Mulay Hafids kaum zu erwarten, da dieser als kluger Mann sofort begreifen wird, daß die internationale Unterstützung die beste Garantie für den Bestand seiner Herrschaft sein würde.

In Tanger sprachen selbst schon die Franzosen von der Einrichtung einer internationalen Schulden- und Verwaltungskommission als dem einzigen Rettungsanker, welcher sich Marokko biete. Nur befürchteten die Franzosen, daß wir zu viel Einfluß in der Verwaltung beanspruchen würden. Nehmen wir den Franzosen diesen Glauben, so werden sie mit sich reden lassen. Ich glaube, daß die internationale Verwaltung der beste Paravent werden würde zur Deckung unseres politischen Verzichts. Später könnten der Verwaltung vielleicht die meisten Befugnisse des diplomatischen Korps abgetreten werden, damit die Marokkofrage für uns ganz zu einer wirtschaftlichen wird.

Wangenheim

Nr. 8478

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Erckert**

Ganz geheim Berlin, den 8. Januar 1909

Mit dem Kaiserbesuch und den daran anschließenden Maßnahmen hatten wir in der Marokkofrage eine Offensive ergriffen. Wir haben diese Offensive nicht durchgeführt und befinden uns seit Algeciras in einem Rückzugsgefecht, da wir den Krieg, durch den allein die französische Penetrationspolitik wirklich verhindert werden kann, nicht wollen. Gelegentlich verteidigen wir in diesem Rückzugsgefecht eine Position, indem wir gegen französische Übergriffe, Verletzungen und Umgehungen der Algecirasakte mehr oder weniger energisch und mit mehr oder weniger Erfolg Front machen und uns die Gunst der marokkanischen Machthaber zu sichern suchen, dazwischen setzen wir den Rückzug fort, indem wir uns andere Übergriffe gefallen lassen und in manchen Situationen die Marokkaner hilflos den Franzosen überlassen. Zum Beispiel: Wir haben uns die Gunst Mulay Hafids durch Betreibung seiner Anerkennung, durch Entsendung Vassels gesichert, überlassen ihn aber jetzt — wenn wir nicht durch contre-coups die Situation mit Frankreich erneut auf die Spitze treiben wollen — den Einwirkungen Regnaults, die durch die neuesten französischen Offensivbewegungen unterstützt werden (letztere bewahrheiten sich bis zu einem gewissen Grade). Anderes Beispiel: Wir haben gegen die vertragswidrige Verwendung der von Frankreich ausgebildeten Polizei außerhalb der für sie bestimmten Zone Stellung genommen, dulden aber seit lange stillschweigend, daß die ebenso vertragswidrige Einstellung von Algeriern in diese Polizei „provisorisch" erfolgt. Solche Beispiele ließen sich zahlreiche anführen. Bei jeder kleinen Frage in Marokko — und es

* Die Aufzeichnung ist mitunterschrieben von dem Gesandten Freiherrn von Wangenheim, rührt aber nach Ausweis der Archivbücher von Erckert her.

tauchen deren fast täglich auf — stehen wir vor der Entscheidung: sollen wir fünf gerade sein lassen, oder sollen wir den deutschen Standpunkt wahren, und wie weit sollen wir in der Verfechtung desselben gehen. Dieser Zustand schafft eine schiefe und gefährliche Lage. Wir kommen in den Ruf der Planlosigkeit, eine Besserung der Beziehungen zu Frankreich wird dauernd verhindert — vielleicht sehr zum Schaden der allgemeinen Politik —, und in Frankreich wird, wie wir neuerdings wieder hören, der Glaube erweckt, als wollten wir Marokko zum Kriegsvorwand benutzen.

Eine Änderung scheint also erwünscht. Auch im Innern ist man marokkomüde, und eine verständige Lösung würde freudig begrüßt werden. Das haben die letzten Reichstagsdebatten* gezeigt. Wir müssen versuchen, eine neue Basis für unsere Marokkopolitik zu finden.

Wie läßt sich das machen?

A. Eine wirklich radikale Liquidation der Frage läßt sich nur auf zwei Arten denken.

1) Wir geben unsere Marokkoposition einfach auf, stillschweigend, ohne Abkommen und Abmachungen. Dazu brauchen wir nur stillschweigend, wie es alle anderen Mächte tun, die Franzosen gewähren lassen, zusehen, wie sie die Algecirasakte durchlöchern und ihre Penetration durchführen. Diese Eventualität wird wohl kaum ernsthaft erwogen werden können. Wenn wir auch keine Prestigepolitik treiben wollen, so würde ein solcher Rückzug doch unser Ansehen in der Welt schwer erschüttern. Er würde auch von den Franzosen, die jetzt noch immer ziemlichen Respekt vor uns haben, als Schwäche aufgefaßt werden und unserem Verhältnis zu Frankreich nicht nützen.

2) Wir tauschen unsere Marokkostellung gegen ein anderes Objekt — französische Kolonie oder sonst etwas — aus. Auch diese Lösung dürfte, wenn sie auch auf den ersten Blick manches Bestechende hat, vor allem, weil sie ziemlich radikal wäre, bei näherer Prüfung auszuschalten sein. Ein Aufgeben unserer Position in Marokko und der mühsam erkämpften Algecirasakte selbst gegen ein Äquivalent würde doch wohl unser Ansehen schwer schädigen. Wichtiger noch ist, daß, abgesehen von der Abschaffung der Algecirasakte (die wir nicht einmal allein vornehmen können), unsere aufzugebende Position in Marokko zu wenig definierbar, zu schwer zu formulieren ist, als daß sie als Kompensationsobjekt für eine Gebietserwerbung von den Franzosen angenommen werden könnte. In dem englisch-französischen Abkommen handelte es sich darum, zwei Einflüsse gegeneinander auszutauschen — den französischen in Ägypten und den englischen in Marokko —, nicht einen Einfluß gegen ein Gebiet oder gegen sonst etwas Materielles, Greifbares.

Eine vollständige Liquidation der Affäre erscheint also ausgeschlossen. Bleibt als dritte Lösung ein Ausgleich der deutsch-französischen Gegen-

---

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1908, S. 37ff.

sätze auf dem Gebiete der Marokkopolitik selbst und innerhalb der Algecirasakte, bei dem beide Teile etwas zugestehen. Mit andern Worten, wir müssen unsern Rückzug möglichst wenig verlustreich gestalten und zu retten suchen, was zu retten ist. Auch unter formeller Beibehaltung der Algecirasakte (strikt innegehalten wird sie ja auch jetzt nicht) können wir den Franzosen weiten Spielraum für ihre politischen Pläne gewähren. Dagegen werden wir Sicherheiten dafür erhalten müssen, daß auch unter französischer Präponderanz unser Handel nicht nur seinen jetzigen Besitzstand wahrt, sondern denselben auch in vernünftigen Grenzen auszudehnen vermag. Gelingt es uns, dieses Ziel zu erreichen — Erhaltung und mäßige Ausdehnung des deutschen Handels, sodaß wir nach einer Reihe von Jahren auf Fortschritte der deutschen wirtschaftlichen Interessen hinweisen können —, so ist unsere Stellung nach innen und außen eine gute, selbst wenn die Franzosen inzwischen ihre Penetrationspolitik fortgesetzt haben.

Ist nun in vorstehendem Absatz das zu erreichende Ziel definiert, so fragt sich, auf welche Weise es erreicht werden kann. Hier beginnt die Hauptschwierigkeit. Wie sollen die Sicherheiten für unseren Handel festgelegt werden, in welcher Form soll das von uns an Frankreich zu machende Zugeständnis bezüglich seines politischen Einflusses zum Ausdruck gebracht werden?

Man könnte zunächst an eine mündliche Abmachung denken, die die beiderseitigen Zusicherungen enthalten und gewissermaßen Zug um Zug ausgeführt werden würde, dergestalt, daß wir die Zügel gegenüber dem französischen Vorgehen locker lassen, solange man unserem Handel entgegenkommt, sie aber wieder straffer ziehen, wenn man uns schikaniert. Ein solches Verfahren hätte manches für sich, da es uns immer noch ziemlich freie Hand läßt. Dagegen spricht, daß das Resultat einer endgültigen Beruhigung zwischen uns und Frankreich dabei nicht erreicht wird, und daß es schwer sein wird, die einmal locker gelassenen Zügel wieder anzuziehen — mit andern Worten, den einmal aufgegebenen Einfluß auf die Marokkaner wieder zu gewinnen. Auch eine schriftliche Formulierung des allgemeinen Prinzips, daß wir den Franzosen politisch freie Hand lassen und sie uns Sicherheiten für unseren Handel gewähren, würde nicht viel nützen (vgl. Notiz am Schluß dieser Aufzeichnung). Sie wäre zu unbestimmt und würde beiden Teilen zu viel Spielraum in der Auslegung lassen, die Situation also nicht wesentlich ändern.

Der gangbarste Weg dürfte vielleicht der sein, keine schwer zu formulierenden und doch mehr oder weniger dehnbaren und auslegbaren Abkommen zu treffen, sondern praktische Maßregeln gemeinsam zu ergreifen, Einrichtungen zu schaffen, die den obigen Absichten entsprechen und ihnen Ausdruck verleihen würden.

Als solche kämen in Frage:

1) Errichtung einer internationalen Dette. Sie könnte mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet werden, es könnte den Franzosen dabei ein

weitgehendes Übergewicht — eventuell unter Benutzung des Schlüssels der marokkanischen Staatsbank — zugestanden werden, so daß sie unter dem Deckmantel dieser Einrichtung, die sie beherrschen würden, ihre Pläne durchführen könnten. Unser Gesicht würde durch eine wenn auch untergeordnete und mehr formelle Beteiligung an diesem Institut einigermaßen gewahrt sein. Mit der Einrichtung könnte die von den Franzosen erstrebte Finanzkontrolle verbunden werden. Demnach könnte diese Institution als die den Franzosen zu bietende Konzession gelten, die gleichzeitig aber auch für die Regelung der marokkanischen Finanzen und damit auch für uns von Nutzen wäre.

2) Als Sicherheit für unseren Handel kämen in Frage: Gründung eines oder mehrerer Syndikate von Deutschen und Franzosen — auch andere können hineingelassen werden —, bei denen unsere Marokkoleute beteiligt werden. Ein vielversprechender Anfang ist eben mit dem großen Minensyndikat in Paris gemacht worden. Mit solchen Syndikaten könnte die Gewährung einer Anleihe an Marokko verbunden werden, die wieder eine Kontrolle gewisser Einnahmequellen erfordern würde. Auch dabei könnte man den Franzosen den Hauptanteil lassen, wenn wir Garantien dafür erhalten, daß unsere Schuldforderungen nicht schlechter behandelt werden als die französischen. Hierhin gehört auch die frühere Langwerthsche Idee, daß wir bei allen Adjudikationen, die an Franzosen fallen, mit 30% beteiligt werden sollten, und umgekehrt. Die Verhandlungen über diese Fragen wären unter Ermutigung der beiden Regierungen im wesentlichen von den Geschäftsleuten beider Länder zu führen, die sich gewöhnlich leichter verständigen als die Regierungen, besonders wenn die prinzipielle Begünstigung beider Regierungen feststeht.

Als kleinere Fragen kommen noch gewisse Garantien für die gleichmäßige Behandlung der Deutschen seitens der französischen Zollbeamten, und gegen eine zu große Ausdehnung des Mochalaten- und Semsarwesens durch Frankreich (eventuell Einschränkung der Steuer- pp. Vorrechte dieser Leute) in Betracht.

Vorstehende Vorschläge bilden nur eine vorläufige und ganz allgemeine Basis. Sollte auf ihr weitergebaut werden, so würde sich vielleicht empfehlen, nicht gleich in offizielle Verhandlungen von Regierung zu Regierung zu treten, sondern zwischen von beiden Seiten zu bezeichnenden Persönlichkeiten eine zwanglose akademische Erörterung stattfinden zu lassen.

Wangenheim Erckert

Nachschrift von Erckerts vom 5. April 1909.

Nach Beginn der Verhandlungen über den Marokkoausgleich zeigte sich, daß die dringend erwünschte baldige Beilegung des Zwistes am besten durch einen Austausch von Erklärungen, wie auf Seite 6 in Erwägung gezogen, zu erreichen sei. Da andrerseits auf beiden Seiten der Eindruck gewonnen wurde, daß man es aufrichtig meine und eine loyale Durch-

führung eines derartigen Abkommens zu erwarten sei, so wurde zu dem Abkommen vom 9. Februar geschritten, dessen Formulierung das Resultat sehr eingehender Erwägungen war. Die genauere Festsetzung einer Reihe von Punkten, in denen uns Frankreich in nächster Zeit wirtschaftlich entgegenkommen sollte, wurde späteren Besprechungen zwischen Organen beider Regierungen überlassen. Diese Besprechungen haben Ende März zwischen dem Referenten und dem Legationsrat Freiherrn von Langwerth einerseits und dem französischen Gesandten Guiot andrerseits stattgefunden.

Erckert

Nr. 8479

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Schoen

Reinschrift

Berlin, den 9. Januar 1909

Der französische Botschafter hat in den Unterredungen, die ich im Laufe dieser Woche mit ihm hatte, seiner lebhaften Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Spannung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu einem Konflikt und in dessen weiterem Verfolg zu einer europäischen Konflagration führen könnte. Es sei entsetzlich, meinte Herr Cambon, zu denken, daß Frankreich und Deutschland wegen Dingen, die sie eigentlich wenig berühren, zu einem blutigen Zusammenstoß kommen sollten.

Ich habe Herrn Cambon kühl erwidert, es würde sich bei einer Konflagration nicht nur um Ausfechtung von Orientfragen, sondern großen europäischen Fragen handeln; wir würden unserer Bündnispflicht bis zu den äußersten Konsequezen treu bleiben. Etwas abgeschwächt könnte die elektrische Spannung der heutigen Lage ja zweifellos dadurch werden, wenn gewisse Reibungsflächen zwischen den Großmächten, beispielsweise zwischen Frankreich und uns die marokkanische Frage, beseitigt würden. Er, Cambon, habe im Laufe des letzten Jahres wiederholt den Wunsch geäußert, „de causer", konkrete Gestalt aber habe er diesem Gedanken bisher nicht gegeben, wiewohl ich ihn stets dazu ermutigt habe. Wir seien nach wie vor bereit, in einen Gedankenaustausch einzutreten.

Der Botschafter gab zu, daß der Wunsch nach einer Verständigung mit uns über Marokko auf französischer Seite ungeschwächt bestehe, daß aber die immer erneuten marokkanischen Zwischenfälle stets wieder einen Aufschub seiner Ausführung mit sich gebracht hätten. Er wünschte dann zu erfahren, ob wir in unseren Erwägungen bereits bis zu einem Programm oder einer Formel gelangt seien. Ich erwiderte, eine Formel, welche ein politisches Programm so präzise wiedergebe, daß mißverständliche Deutungen ausgeschlossen sein würden, wäre sehr schwer zu finden. Leichter scheine mir eine Verständigung über einzelne praktische Fragen, deren

Durchführung die Tendenz politischen Friedens erkennen lassen und ihn fördern würde, so über ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten deutscher und französischer Interessentengruppen sowie über internationale finanzielle Hilfe und Kontrolle unter Gewährung eines bedeutenden Übergewichts an Frankreich[1].

Herr Cambon war von meinen Ausführungen, die ich ihn als streng vertrauliche zu behandeln bat, sehr angenehm berührt und versprach, sich in Paris, wohin er im Begriff stand sich auf wenige Tage zu begeben, über die dortigen Absichten zu orientieren und nach seiner Rückkehr mich zu unterrichten.

v. Schoen

Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Gut!
Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:
Die Hauptsache ist, daß die Angelegenheit von französischer Seite auch diskret behandelt wird, und daß beide Teile von vornherein darauf verzichten, de se tailler un succès diplomatique aux dépens de l'autre.

Nr. 8480

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen

Telegramm. Konzept

Nr. 8
Ganz geheim — Berlin, den 9. Januar 1909

Selbst entziffern.

Zwischen uns und Frankreich schweben seit einigen Tagen Erwägungen über einen auch aus Gründen der allgemeinen Politik wünschenswerten Ausgleich betreffend Marokko.

Es besteht die Gefahr, daß Mulay Hafid, wenn er, wie anzunehmen, hiervon durch die Franzosen hört, zu dem Glauben kommt, wir ließen ihn fallen. Hierdurch würde unser Einfluß auf ihn vorzeitig als Kompensationsobjekt gegenüber Frankreich ausscheiden.

Ew. pp. wollen daher Mulay Hafid — je nach Lage der Dinge durch Dr. Vassel in Fes oder Neudörfer in Rabat — folgende Gedanken entwickeln lassen, natürlich im strengsten Vertrauen:

Nachdem seine Anerkennung erfolgt sei, werde eine Reihe schwieriger Fragen, namentlich auch auf finanziellem Gebiet an ihn herantreten. Wir seien gewillt, ihm bei deren Überwindung behilflich zu sein und zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse Marokkos beizutragen. Zu diesem Zweck müßten wir uns naturgemäß mit Frankreich in Verbindung setzen. — Es kommt darauf an, Mulay Hafid möglichst davon zu überzeugen, daß wir eine wirtschaftliche Erstarkung seiner Regierung wünschen

und darauf hinarbeiten, und daß ein Zusammengehen zwischen uns und Frankreich in diesem Sinne auch in seinem Interesse liegt.

Bitte Angelegenheit im übrigen als strengstes Geheimnis zu behandeln.

v. Schoen

Nr. 8481

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 16
Vertraulich

Paris, den 9. Januar 1909

Herr Pichon besuchte mich gestern, um mir noch nachträglich persönlich für meine Neujahrsglückwünsche zu danken. Ausgehend von den neuesten Meldungen aus dem Orient, entwickelte sich bald zwischen uns ein längeres, vom Minister augenscheinlich mit gewollter Offenheit geführtes Gespräch.

Herr Pichon meinte zunächst, Frankreichs Politik sei ernstlich darauf gerichtet, die gegenwärtigen Balkanwirren, die mit der äußersten Vorsicht behandelt werden müßten, auf friedliche Weise gelöst zu sehen. Um hierin erfolgreich zu sein, wäre es sehr erwünscht, wenn Deutschland in gleichem friedenerhaltenden Sinne sein Wirken mit dem Frankreichs vereinigte. Einige von mir gestellte Zwischenfragen brachten den Minister dazu, ziemlich unzweideutig durchblicken zu lassen, daß, falls es etwa, den hiesigen Anstrengungen zum Trotz, zu kriegerischen Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel kommen und Rußland in dieselben hineingezerrt werden sollte, daß dann Frankreich schon aus Rücksicht auf sein gutes Verhältnis zu Österreich-Ungarn und andererseits im Hinblick auf die unzweifelhaft bestehende friedliche Grundstimmung des Landes nach Möglichkeit versuchen würde, vor einer aktiven Teilnahme bewahrt zu bleiben. Der Gedanke jedenfalls, der in ängstlichen deutschen Gemütern aufgetaucht sei, als trage Frankreich sich mit der Hoffnung, eine allgemeine Konflagration zur Befriedigung von Revanchegelüsten gegen uns zu benutzen, sei durchaus falsch. Abenteuerliche Revancheideen seien aus den ernsten französischen Köpfen längst verschwunden. Allerdings (und damit kam der Minister auf die hier immer noch bestehende Nervosität und Beunruhigung über die geheimsten Intentionen Deutschlands zu sprechen) möge, schon im allgemeinen Friedensinteresse, unsere Regierung in ihrer Haltung zu dem westlichen Nachbar besonders vorsichtig sein und die durch die Vorgänge der letzten Zeit, welche als systematische Nadelstichpolitik hier bezeichnet werden, plötzlich gesteigerte französische Empfindlichkeit schonen. Ich darf bemerken, daß Herr Pichon, indem er des Näheren die Gründe darlegte, die für eine solche deutsche Politik sprächen, einer hier herrschenden Stimmung Ausdruck gab, wie ich sie in meinem gehorsamsten

Berichte vom 24. v. Mts. Nr. 578* zu schildern mir gestattete, und deren Richtigkeit ich auch in dem unterm 28. v. Mts. Nr. 583** von mir gemeldeten Gespräch mit Herrn Clemenceau bestätigt fand, dessen damalige Äußerungen sich mit denen des Herrn Pichon in großen Zügen deckten.

Selbstverständlich nahm ich die Gelegenheit wahr, um Herrn Pichon eingehend auseinanderzusetzen, daß das Mißtrauen, das man hier immer noch gegen uns hege, keinerlei Rechtfertigung habe, und daß wir von aufrichtiger Friedensliebe nach allen Seiten hin erfüllt seien.

Immerhin kann ich auch auf Grund des Gesprächs mit dem Minister nur dringend empfehlen, der hier nun einmal augenblicklich herrschenden Stimmung Rechnung zu tragen. Sobald erst einige Zeit absolut ungestörten Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland verstrichen sein wird, kann es meiner Überzeugung nach sehr wohl möglich sein, an eine auch für uns durchaus nicht ungünstige Verständigung über Marokko mit ihren erfreulichen allgemeinpolitischen Folgen heranzutreten.

Radolin

Nr. 8482

Der Gesandte in Tanger Rosen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Tanger, den 17. Januar 1909

Dr. Vassel hat mir mehrfach über andauernde Erregung des Sultans über französisches Vorgehen jenseits Schauia berichtet. Nachdem es ihm geglückt zu sein schien, Sache als harmlos hinzustellen und Mulay Hafid einigermaßen zu beruhigen, berichtet er nunmehr unter dem 14. d. Mts. mit Eilboten: „Folgende politische Darlegung wünscht der Sultan durch mich an Euer Hochwohlgeboren zu richten: ‚Sein unverrückbares Programm bleibe Algecirasakte, und zwar ihr Wortlaut. Er treffe heute leider nur mit Einschränkungen mehr zu; denn Budenib, Udjda, Benisenassen und Schauia widersprächen ihm. Wenn er Aussicht auf wahrhafte, vor unbequemen Konsequenzen nicht zurückscheuende, starke europäische Macht habe, werde er Beseitigung dort jetzt bestehenden vertragswidrigen Zustandes auf diplomatischem Wege ehrlich betreiben. Da er sehr wider seine Erwartung diesen Rückhalt nicht habe, bemühe er sich auf andere Weise, Franzosen dort hinauszulocken. Niemand dürfe sich wundern, wenn er ihnen zu diesem Zwecke sehr weit entgegenkomme. Es sei nicht seine Absicht, sich ihnen auszuliefern, aber die politische Lage zwinge ihn, so zu tun, als ob er es wolle. Er könne auch nicht gegen ein gleichgültiges Europa angehen'".

---

* Siehe Nr. 8472.
** Siehe Nr. 8474.

In gleichzeitigem Bericht, den ich einsende, sagt Dr. Vassel, der Sultan zeige sich mehr und mehr beunruhigt über Hinausschiebung Entscheidung in Sachen deutschen Instrukteurs. Als Dr. Vassel diesen Bericht schrieb, war er noch nicht in Besitz meiner auf Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 8* beruhenden Instruktion.

Rosen

Nr. 8483

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 Paris, den 20. Januar 1909

Pichon kam bei seinem heutigen Empfang auf seine letzte Rede in der Kammer** zu sprechen, in der ich, wie er meinte, die Bestätigung dessen finden würde, was er hinsichtlich seiner marokkanischen Politik, insbesondere der Räumung der Schauia mir schon immer gesagt hätte. Der Minister meinte, ihn habe bei seinen Ausführungen im Parlament der Gedanke geleitet, auch mit Deutschland in gewissen Fragen ein Zusammengehen zu ermöglichen. Das gleiche Bestreben habe ja auch bei Cambon vorgelegen, als er kürzlich mit dem Herrn Staatssekretär von Schoen die Möglichkeit einer Annäherung besprochen habe. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Meinungsaustausch den Ausgangspunkt zu einer Verständigung bilden würde.

Meiner Bemerkung, daß die Verhandlungen, wenn sie irgendeinen Erfolg bringen sollten, in diskretester Weise geführt werden und namentlich vorzeitige Andeutungen in der Presse vermieden werden müßten, stimmte der Minister voll bei und setzte hinzu, daß er von dem Berliner Gespräch noch keinem seiner Kollegen Mitteilung gemacht habe, ich sei der erste, mit dem er darüber spreche.

Weisungsgemäß habe ich zur Sache Pichon nichts entgegnet.

Radolin

Nr. 8484

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 37 Paris, den 31. Januar 1909

Herr Clemenceau sprach mich neulich auf die Verhandlungen an, die in Berlin zum Zwecke der Herbeiführung einer deutsch-französischen Verständigung über Marokko geführt würden, und drückte dabei seine

---

* Siehe Nr. 8480.

** Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1909, S. 494f.

Genugtuung über den guten Stand der Sache aus. Ich mußte mich darauf beschränken, mit einigen vagen Worten die gleiche Genugtuung zu erkennen zu geben.

Herr Louis ist heute dem Botschaftsrat Baron Lancken, als ihn dieser in einer laufenden Sache aufsuchte, auf den gleichen Gegenstand zu sprechen gekommen. Herr Louis meinte dabei, daß der gegenwärtige Moment besonders stark den Wunsch hervortreten lasse, allen Grund zu Mißhelligkeiten aus der Welt zu schaffen. Die bisherige Auffassung, daß Deutschland und Frankreich nicht in Kontakt zu sein brauchten und schweigend nebeneinander hergehen könnten, habe vor den Erfordernissen praktischer Politik nicht standgehalten und sei sogar als nicht unbedenklich erkannt worden, denn beharrliches Schweigen führe fast immer zu Mißverständnissen. In der jetzigen Situation sei es von ganz besonderer Bedeutung, daß Paris und Berlin offen und rückhaltlos miteinander verkehrten.

Speziell die Marokkobesprechungen anlangend meinte Herr Louis, er hoffe bestimmt, da man beiderseits grundsätzlich ja einig zu sein scheine, daß es bald gelingen werde, eine allgemein befriedigende Verständigungsformel zu finden. Im übrigen werde die Öffentlichkeit wohl immer weniger Grund haben, sich mit Marokko zu beschäftigen. Das Kommando des Generals d'Amade sei beendet, die Zurückziehung der Hälfte der an der marokkanischen Küste stationiert gewesenen Schiffe sei beschlossen, und sowie erst Herr Regnault genügende Zusagen von Mulay Hafid über die Sicherung der Schauia durch Sultanstruppen erhalten haben werde, würden die französischen Truppen das Gebiet verlassen. Die Regierung freue sich der Aussicht, die militärische Betätigung soweit als irgend möglich einzuschränken und weitere bedeutende Kosten zu sparen.

Radolin

Nr. 8485

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 18
Ganz geheim — Berlin, den 4. Februar 1909

Selbst entziffern.

Mit Herrn Cambon haben über Ausgleich in marokkanischer Frage hier ganz geheime Besprechungen stattgefunden, die sich in die Länge zogen wegen der Schwierigkeit, eine der öffentlichen Meinung beider Länder annehmbare Formel zu finden. Schließlich ist es gelungen, mit Herrn Cambon Entwurf zu einer Deklaration zu vereinbaren, durch welche Algecirasakte und deren Grundprinzipien — Unabhängigkeit, Integrität,

Offene Tür für Marokko — erneut bekräftigt werden. Frankreich verspricht, deutschen Handels- und gewerblichen Interessen nicht entgegenzuwirken, Deutschland erklärt, nur wirtschaftliche Ziele zu verfolgen, und wird den mit Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Marokko eng verknüpften politischen Sonderinteressen Frankreichs nicht entgegenwirken. Beide werden keine wirtschaftlichen Sonderstellungen schaffen und ihre Staatsangehörigen an Geschäften, die ihnen zufallen, gemeinsam zu beteiligen trachten*.

Cambon ist gestern abend nach Paris gereist, um Annahme Entwurfs bei französischer Regierung zu betreiben.

Vorstehendes ausschließlich zu Ew. pp. persönlicher Information. Falls Sie seitens der französischen Regierung auf die Sache angeredet werden, bitte ich, sich auf einige freundliche Redensarten zu beschränken. Angelegenheit ist hier und in Paris nur ganz wenigen Personen bekannt. Ew. pp. werden mit mir übereinstimmen, daß es dringend erwünscht ist, weiter strengstes Geheimnis zu wahren.

v. Schoen

---

* Der erste Entwurf Cambons lautete:

Le Gouvernement Impérial Allemand et le Gouvernement de la République Française animés d'un égal désir de faciliter l'exécution de l'acte d'Algésiras sont convenus de préciser la portée qu'ils attachent à ses clauses, en vue d'éviter toute cause de malentendu entre eux dans l'avenir.

En conséquent le Gouvernement de la République fermement attaché au maintien de l'intégrité de l'Empire chérifien et désireux d'y sauvegarder l'égalité économique prévue dans le préambule de l'acte d'Algésiras et le Gouvernement Impérial Allemand résolu à ne contrarier en rien l'action politique de la République Française dont les intérêts particuliers sont liés à la consolidation de l'ordre et de la paix intérieure au Maroc déclarent d'un commun accord qu'ils ne poursuivront ni n'encourageront aucune mesure de nature à créer en faveur d'une Puissance quelconque un privilège économique et qu'ils chercheront, en tenant compte de la situation spéciale que le voisinage de ses possessions crée à la France, à associer leurs nationaux dans les affaires dont ils pourraient obtenir l'entreprise."

Dem Cambonschen Entwurf stellte Staatssekretär von Schoen einen eigenen gegenüber. Er lautete:

„Le Gouvernement Impérial Allemand et le Gouvernement de la République Française animés d'un égal désir de faciliter l'exécution de l'Acte d'Algésiras sont convenus de préciser la portée qu'ils attachent à ses clauses, en vue d'éviter toute cause de malentendu entre eux dans l'avenir.

En conséquent le Gouvernement de la République Française fermement attaché au maintien de l'indépendance et de l'intégrité de l'Empire chérifien et résolu à y sauvegarder l'égalité économique prévue dans le préambule de l'acte d'Algésiras et le Gouvernement Impérial Allemand décidé à ne poursuivre au Maroc que des intérêts d'ordre économique et reconnaissant les intérêts politiques particuliers de la République Française étroitement liés à la consolidation de l'ordre et de la paix au Maroc déclarent d'un commun accord qu'ils ne poursuivront ni encourageront aucune mesure de nature à créer en faveur d'une Puissance quelconque un privilège économique et qu'ils chercheront, en tenant compte de la situation spéciale de la France dans les régions limitrophes à ses possessions, à associer leurs nationaux dans les affaires dont ils pourront obtenir l'entreprise."

Der dann beiderseits vereinbarte Entwurf, der von der französischen Regierung unverändert angenommen wurde (siehe den definitiven Text in Nr. 8490), stellt sich als

Nr. 8486

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34
Ganz geheim

Paris, den 5. Februar 1909

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 18*.

Falls es noch möglich ist, den marokkanischen Ausgleichentwurf bestimmter zu fassen oder teilweise abzuändern, möchte ich auf Grund der früher hier gewonnenen Überzeugung dringend empfehlen, den Versuch zu machen, noch folgendes durchzusetzen:

1. Deutsche Beteiligung an Kontrolle marokkanischen Finanzwesens.
2. Bestimmte gegenseitige Verpflichtung, an den den Angehörigen einer Nation zufallenden Geschäften die Interessen der anderen Nation prozentualiter zu beteiligen.

Die deutscherseits gemachte ausdrückliche schriftliche Zusage, den politischen Sonderinteressen Frankreichs nicht entgegenwirken zu wollen, dürfte hier — mag auch Cambon Gegenteiliges behauptet haben — zweifellos als unerwartetes Zugeständnis aufgefaßt werden und wäre vielleicht noch immer, wenngleich natürlich unter bedeutend schwereren Umständen, dazu zu benutzen, um die oben erwähnten, der Öffentlichkeit gegenüber besonders markanten Errungenschaften durchzusetzen**.

Radolin

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Wir müssen vor allem verhüten, daß das Abkommen in unserer Presse aufgebauscht wird!

Es darf in keiner Weise als Überraschung oder als Ereignis behandelt werden. Es ist mehr seine negative Bedeutung (keine Reibereien, keine Nadelstiche) hervorzuheben als das Positive. Je kleiner wir es halten, um so besser. B. 8/II

---

ein Kompromiß zwischen den ersten Entwürfen dar. Mit Rücksicht auf die deutsche öffentliche Meinung war in dem gemeinschaftlichen Entwurf der Schluß des zweiten Alinea der ersten Entwürfe, der von der Sonderstellung Frankreichs in Marokko handelte, gestrichen worden; stattdessen sollte die deutsche Anerkennung dieser Sonderstellung in einem geheimen Briefwechsel zwischen Freiherrn von Schoen und Jules Cambon Ausdruck finden. Siehe diesen Briefwechsel in Nr. 8491 und 8492. In einem Schreiben Freiherrn von Schoens an Fürst Bülow vom 1. Februar heißt es bei Übersendung des zwischen ihm und Cambon endgültig vereinbarten Entwurfs noch: „Die Stelle über die Berücksichtigung von Frankreichs Sonderstellung im Schlußsatz ist gestrichen. Ein entsprechender Satz, aber in sehr gemilderter Form ist in das Schreiben aufgenommen, das geheim bleiben soll. Er erscheint mir unbedenklich, weil er lediglich tunlichste Rücksichtnahme auf einen tatsächlich vorhandenen Zustand empfiehlt, die Tatsache nämlich, daß Frankreich infolge seiner geographischen Nähe mehr Gelegenheit zu Geschäften haben wird wie wir".

* Siehe Nr. 8485.

** Der Anregung Fürst Radolins konnte, da der verabredete Entwurf zum Abkommen bereits der französischen Regierung unterbreitet war, nicht mehr entsprochen werden.

Nr. 8487

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 7. Februar 1909

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beeile ich mich ehrfurchtsvollst zu melden, daß die französische Regierung heute ihre Zustimmung zu dem Euerer Majestät bekannten Entwurf eines Abkommens über Marokko hat aussprechen lassen*.

Herr Cambon wird übermorgen, Dienstag, früh hier zurückerwartet. Die Unterzeichnung des Abkommens ist für 10 Uhr des gleichen Vormittags in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung soll noch am selben Tage erfolgen, und zwar unsererseits mit Angabe der Stunde der Unterzeichnung. Auf diese Weise wird jedem Gedanken vorgebeugt sein, als ob das Zustandekommen von der Mitwirkung König Eduards** abhängig gewesen sei.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Sehr erfreulich! 8. II. 09 W.

Nr. 8488

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Paris Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 21 Berlin, den 7. Februar 1909

Im Anschluß an Telegramm 18***.

Französische Regierung hat uns heute formelle Zustimmung zu dem Ew. Durchlaucht inhaltlich bekannten Entwurf eines Abkommens über Marokko aussprechen lassen.

Unterzeichnung soll hier nach Rückkunft Cambons Dienstag 9. d. Mts. vormittags 10 Uhr stattfinden. Da schon vieles in Presse gedrungen und mangels zutreffender Information manche schiefe Urteile laut werden, halten wir Veröffentlichung sofort nach Unterzeichnung für unumgänglich.

---

* Es war durch ein Schreiben des französischen Geschäftsträgers Baron de Berckheim an Freiherrn von Schoen vom 7. Februar geschehen.

** Am 9. Februar traf das englische Königspaar in Berlin zu offiziellem Besuche des dortigen Hofes ein. Die deutsche Absicht, das Marokkoabkommen vor der Ankunft König Eduards zu unterzeichnen, ließ sich nicht verwirklichen, da Botschafter Cambon infolge einer Verspätung seines Zuges zur verabredeten Stunde nicht zur Stelle war. Vgl. Freiherr von Schoen, Erlebtes, S. 88.

*** Siehe Nr. 8485.

Bitte sogleich dortiges Einverständnis mit Veröffentlichung Dienstag 12 Uhr einholen.

Zugleich wollen Ew. Durchlaucht vorschlagen, daß beide Regierungen schon Montag ihre Vertreter in Madrid und Tanger zu einstweiliger vertraulicher Mitteilung des Abkommens an spanische und scherifische Regierung telegraphisch anweisen. Wir würden dann auch unsere Verbündeten morgen benachrichtigen

Hiesiger französischer Geschäftsträger ist in diesem Sinne von mir verständigt. Drahtbericht.

v. Schoen

Nr. 8489

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Paris, den 8. Februar 1909

Antwort auf Telegramm 21 vom 7. Februar*.

Hoher Weisung gemäß habe ich heute Montag vormittag $11^1/_2$ Uhr Herrn Pichon Inhalt des obigen Telegramms mitgeteilt, mit dem er in allen Punkten sich einverstanden erklärte mit der Zusage seinerseits, das Geeignete veranlassen zu wollen. Er gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß das Abkommen endlich gelungen sei, auf das er den höchsten Wert lege.

Radolin

Nr. 8490

Text des deutsch-französischen Marokkoabkommens

Ausfertigung

Le Gouvernement Impérial Allemand et le Gouvernement de la République Française animés d'un égal désir de faciliter l'exécution de l'acte d'Algésiras, sont convenus de préciser la portée qu'ils attachent à ses clauses, en vue d'éviter toute cause de malentendus entre eux, dans l'avenir.

En conséquence,

le Gouvernement de la République Française, entièrement attaché au maintien de l'intégrité et de l'indépendance de l'Empire Chérifien, résolu à y sauvegarder l'égalité économique et, par suite, à ne pas y entraver les intérêts commerciaux et industriels allemands

et le Gouvernement Impérial Allemand, ne poursuivant que des intérêts économiques au Maroc, reconnaissant d'autre part que les intérêts

* Siehe Nr. 8488.

politiques particuliers de la France y sont étroitement liés à la consolidation de l'ordre et de la paix intérieure, et décidé à ne pas entraver ces intérêts,

déclarent qu'ils ne poursuivront et n'encourageront aucune mesure de nature à créer en leur faveur ou en faveur d'une puissance quelconque un privilège économique, et qu'ils chercheront à associer leurs nationaux dans les affaires dont ceux-ci pourront obtenir l'entreprise*.

Fait à Berlin le 9 février 1909

v. Schoen Jules Cambon

Nr. 8491

*Der französische Botschafter in Berlin Jules Cambon an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Schoen***

Eigenhändig

Confidentielle Berlin, le 9 février 1909

Pour éviter tout malentendu sur la portée de notre arrangement de ce jour sur les affaires marocaines, Votre Excellence me permettra de spécifier que le désintéressement politique de l'Allemagne ne porte pas atteinte aux situations déjà acquises par ses nationaux, mais implique la non-candidature de ses ressortissants aux fonctions de directeurs ou de conseillers techniques des services publics marocains ayant ou susceptibles d'avoir un caractère politique ou d'instructeurs dans ces services.

D'autre part, il est entendu que dans les affaires qui comporteront une association des intérêts allemands et français, il sera tenu compte, dans la mesure du possible, du fait que les intérêts français au Maroc sont plus importants que les intérêts allemands.

Jules Cambon

Nr. 8492

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den französischen Botschafter in Berlin Jules Cambon

Konzept

Berlin, le 9 février 1909

Je m'empresse de vous accuser réception de la lettre que vous m'avez adressée aujourd'hui et dans laquelle vous précisez, pour éviter tout

---

* Der deutsche Wortlaut des Abkommens wurde am 9. Februar durch Wolffs Telegraphisches Bureau bekanntgegeben.

** Über die Entstehung dieses und des folgenden Schreibens vgl. Nr. 8485, S. 486, Fußnote.

malentendu, la portée de notre arrangement de ce jour sur les affaires marocaines.

J'ai la satisfaction de vous faire connaître que je suis entièrement d'accord avec vous.

v. Schoen

Nr. 8493

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Botschafter in Madrid Grafen von Tattenbach

Telegramm. Konzept

Nr. 15 Berlin, den 9. Februar 1909

Zur Regelung Ihrer Sprache:

Der spanische Botschafter hat mir den Wunsch ausgesprochen, Spanien dem heute zwischen uns und Frankreich abgeschlossenen Marokkoabkommen beitreten zu lassen, und hat durchblicken lassen, daß man in Madrid über die Nichtbeteiligung Spaniens bei dem Abkommen nicht erfreut sei.

Ich habe erwidert, das Abkommen habe nicht die geringste für Spanien unfreundliche Tendenz, es sei ausschließlich dazu bestimmt, die Reibungsfläche zwischen uns und Frankreich zu beseitigen. Spanische Rechte würden nicht verletzt, um so weniger, als das Abkommen sich durchaus im Rahmen der Algecirasakte bewege und diese erneut bestätige. Da zwischen uns und Spanien keinerlei Reibungen bezüglich Marokkos bestanden hätten, sehen wir keinerlei Anlaß zu Verhandlungen mit Spanien.

v. Schoen

Nr. 8494

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 Paris, den 9. Februar 1909

Herr Tardieu hat mir soeben eine von Herrn Pichon inspirierte Deklaration mitgeteilt, welche heute abend im „Temps" erscheinen soll. Diese Deklaration enthält eine längere Ausführung über den erfreulichen Abschluß des deutsch-französischen Abkommens, welches wesentlich zur Erhaltung des Weltfriedens beiträgt, und anerkennt den versöhnlichen Sinn der Kaiserlichen Regierung in den stattgehabten Verhandlungen, die der Staatssekretär von Schoen und der Botschafter Cambon so glücklich zu Ende geführt haben.

Herr Tardieu meint, es sei auch des Ministers Pichon Ansicht, daß es einen guten Eindruck in der Welt machen würde, wenn gleichzeitig auch deutscherseits eine kurze Erklärung über die gute Verständigung beider Regierungen abgegeben würde. Ich würde es freudig begrüßen, wenn hierbei ein freundliches und anerkennendes Wort über Minister Pichon gesagt werden könnte, von dessen aufrichtig versöhnlichen Tendenzen ich mich während aller Verhandlungen überzeugt habe.

Ich meinerseits habe Herrn Tardieu nicht verhehlt, wie sehr ich über die endlich zustande gekommene Verständigung befriedigt sei.

Radolin

Nr. 8495

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Paris, den 9. Februar 1909

Die schon in Morgenpresse ausgedrückte Befriedigung darüber, daß von Marokko her für deutsch-französische Beziehungen keine Schädigung mehr droht, gibt sich auch einmütig in Abendblättern kund. „Temps" und „Débats" bezeichnen Abkommen geradezu als epochemachend, allerdings ist zwischen Zeilen dieser Blätter wie auch „Liberté" zu lesen, daß die von der französischen Regierung in der Casablanca-Affaire bewiesene Festigkeit Deutschland von dem Wert eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich überzeugt habe.

Bei „Temps" und „Débats" findet sich gleicher Gedanke, daß Abkommen im Wesen mit dem französisch-englischen von 1904 übereinstimme und Frankreich dieselben Vorteile sichert. Alle Blätter zollen der Loyalität und dem Entgegenkommen Dank, welches Seine Majestät der Kaiser, Euere Durchlaucht und der Herr Staatssekretär Frankreich anläßlich der Verständigung bewiesen hätten.

Radolin

Nr. 8496

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Paris, den 9. Februar 1909

Als eben zwischen mir und Herrn Louis auch eine von Tardieu im „Temps" von heute abend veröffentlichte Erklärung spanischen Bot-

schafters zur Sprache kam, derzufolge Botschafter geäußert hat, daß Spanien wegen seiner den französischen gleichen Aufgaben in Marokko an der deutsch-französischen „Convention" notgedrungen werde teilnehmen müssen, meinte Louis unter Betonung, daß seine rein persönliche und vertrauliche Äußerung sei, er sehe die Notwendigkeit eines solchen spanischen Beitritts nicht ein. Sollte darauf wirklich bestanden werden, so könne es sich wohl nur darum handeln, daß einem spanischen Vorschlag Frankreich und Deutschland gemeinschaftlich als Gegenkontrahent gegenüberständen. Gesondertes Vorgehen gegenüber Spanien würde hier von der öffentlichen Meinung bestimmt als eine Verminderung des Wertes des deutsch-französischen Abkommens aufgefaßt werden.

Radolin

Randbemerkung des Freiherrn von Schoen:

Ich habe dem spanischen Botschafter, der bei mir Beteiligung Spaniens an dem Abkommen anregte, bereits gesagt, ich könne die Notwendigkeit nicht einsehen. Zwischen uns und Spanien hätten keine Reibungen stattgefunden, um deren Vermeidung es sich nur handle.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bülow:

Tu l'as voulu Georges Dandin! Warum hat sich Spanien seit Jahr und Tag auch in Marokko willenlos von Frankreich schieben, vorschieben und ausbeuten lassen? B.

Nr. 8497

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Wien, den 9. Februar 1909

Befohlene Mitteilung* Freiherrn von Aehrenthal gemacht. Der Minister dankte für vertrauliche Eröffnung und begrüßte lebhaft das Zustandekommen dieser Abmachung mit Frankreich wegen Marokko. Sie werde sicherlich zur friedlichen Entwickelung dortiger Verhältnisse wesentlich beitragen und eine günstige Wirkung auf die allgemeine politische Lage ausüben. Der Minister fügte noch hinzu, das Abkommen sei auch deshalb so erfreulich, weil es in der Richtung einer allmählichen Abziehung Frankreichs von der englischen Vormundschaft liege. Dieses Ziel ebenso wie die Lockerung der englisch-russischen Entente müsse seiner Ansicht nach das oberste Leitmotiv unserer gemeinsamen Politik bleiben.

Tschirschky

---

* Nämlich über den Abschluß des Marokkoabkommens.

Nr. 8498

Der Geschäftsträger in London von Kühlmann an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 London, den 9. Februar 1909

Sir E. Grey ließ mich zu sich bitten, und indem er mir den eben eingetroffenen Text der deutsch-französischen Erklärung über Marokko zeigte, sagte er, er lege Wert darauf, sofort seiner herzlichen Befriedigung darüber Ausdruck zu verleihen, daß die beiden Länder in dieser Frage zu einem Einverständnis gekommen seien und damit eine Quelle beständiger Reibungen und Gefahren beseitigt sei. Die englische Regierung sei durch das Abkommen von 1904 gebunden, Frankreich in der marokkanischen Angelegenheit diplomatisch zu unterstützen, doch habe gerade die marokkanische Frage einen Gegenstand fortwährender Sorge gebildet*. pp.**

Kühlmann

Nr. 8499

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Schoen an den Gesandten in Tanger Rosen****

Konzept

Nr. A 212 Berlin, den 25. Februar 1909

Die deutsch-französischen Reibungen der letzten Jahre wegen Marokko haben auch auf die sonstigen Beziehungen beider Länder zueinander und

---

* Ähnlich wie Sir E. Grey äußerte sich Sir Charles Hardinge, der eben damals mit König Eduard VII. in Berlin weilte, am 10. zu Fürst Bülow. In einer Aufzeichnung des Reichskanzlers vom 10. Februar heißt es darüber: „In sehr warmen Worten beglückwünschte mich Hardinge zum Abschluß des Marokkovertrages. Derselbe werde in England mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Dieses Arrangement werde auch dazu beitragen, die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundlicher zu gestalten. Durch den Abschluß sei die englische Politik von einer großen Sorge befreit, da man immer befürchtet hätte, es könne aus der Marokkofrage ein deutsch-französischer Konflikt entstehen." Analoge Äußerungen tat Sir Charles Hardinge zu dem früheren Londoner Botschaftsrat von Stumm, der jetzt Vortragender Rat im Auswärtigen Amt war: „Das deutsch-französische Marokkoabkommen befreie die englische Regierung von einer großen Sorge. Er wolle mir jetzt nachträglich nicht verhehlen, daß, wenn es zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko zum Kriege gekommen wäre, die öffentliche Meinung in England so gebieterisch ein Eingreifen zugunsten Frankreichs würde gefordert haben, daß eine Beteiligung Englands am Kriege sich kaum würde haben vermeiden lassen." Aufzeichnung Stumms vom 13. Februar 1909. Siehe die beiden Aufzeichnungen in Bd. XXVI, Kap. CCII.

** Der hier nicht mitgeteilte Schluß des Telegramms betrifft die Arbeiten der Londoner Seekriegskonferenz, von deren Fortschreiten Sir E. Grey sich sehr befriedigt zeigte.

*** Der Erlaß ist vom Fürsten Bülow in der Reichstagssitzung vom 29. März 1909 auszugsweise verlesen worden.

damit auf deren Verhältnis zu anderen Nationen und auf die allgemeine politische Lage ungünstig eingewirkt. Da die praktische Bedeutung der von beiden Teilen verfochtenen, sich widersprechenden Auffassungen nicht im Verhältnis stand zu dem durch ihre Vertretung angerichteten Schaden, so war beiderseits das Bedürfnis nach Beseitigung des Gegensatzes seit einiger Zeit hervorgetreten.

Abgesehen von diesen Erwägungen allgemein politischer Natur hatte sich ferner bei den beiden Regierungen die Überzeugung Bahn gebrochen, daß der bisherige Zustand ein Hindernis bildete für die gedeihliche Entwicklung der beiderseitigen örtlichen Interessen in Marokko selbst wie auch für die Gesundung und Erschließung dieses Landes, auf die Deutschland wie Frankreich besonderen Wert legen.

Aus solchen Erwägungen allgemeiner wie lokalpolitischer Natur ist das in Abschrift hier nochmals beigefügte Abkommen vom 9. d. Mts. entstanden, das den bisherigen Zustand zu ändern beabsichtigt. Es hat in außergewöhnlichem Maße die Billigung der öffentlichen Meinung beider Länder gefunden und wird auch vom Auslande als ein Erfolg des gesunden Menschenverstandes begrüßt.

Die von beiden Teilen bezüglich jeden Wortes genau abgewogene Vereinbarung bedarf keiner besonderen Auslegung, sondern nur der loyalen Durchführung, um Eintracht an Stelle des bisherigen Zwistes zwischen Deutschland und Frankreich in Marokko treten zu lassen. Sie sichert Frankreich als höher zivilisiertem Nachbarland Marokkos, das an der Erhaltung von Ruhe und Ordnung daselbst besonders interessiert ist, einen nicht unberechtigten politischen Einfluß, ohne ihm die Möglichkeit zu geben, sich das Land in irgendeiner Form anzueignen. Deutschland aber sichert das Abkommen die freie Betätigung von Handel und Gewerbe in einem unabhängigen, dem heutigen Gebietsumfang entsprechenden Marokko sowie die Möglichkeit, sich an gleicher Betätigung französischer Kreise zu beteiligen und aus deren Errungenschaften Nutzen zu ziehen. An die Stelle gegenseitiger Befehdung sucht das Abkommen eine gemeinsame Arbeit zur Erschließung des Landes zu setzen, die — sehr im Sinne beider Regierungen — in der ruhigeren Atmosphäre der letzten Zeit bereits in einigen Ew. pp. bekannten Fällen praktische Form angenommen hat.

Es darf erwartet werden, daß die vorstehend gekennzeichneten Gesichtspunkte auch seitens der deutschen Marokkointeressenten, insbesondere auch seitens der Deutschen in Marokko selbst gewürdigt werden, und daß letztere die ihnen von der Kaiserlichen Regierung durch Klärung und Beruhigung der politischen Lage geschaffene Möglichkeit zu neuer und erhöhter wirtschaftlicher Betätigung nicht unbenutzt vorübergehen lassen werden. Dafür, daß in den wirtschaftlichen Kreisen der Heimat in letzterer Hinsicht eine günstige Stimmung herrscht, liegen hier bereits Anzeichen vor. Eine Gefährdung der zurzeit gegenüber Marokkounternehmungen bestehenden günstigen Stimmung und damit auch der Interessen der Marokkodeutschen bedeutet es aber, wenn dortige berufs-

mäßige oder gelegentliche Korrespondenten, die sich in die veränderte Lage nicht hineinzufinden vermögen, in Klagerufe ausbrechen, die Entrüstung der Marokkaner und die Entmutigung der Deutschen schildern und damit den in dieser Allgemeinheit gewiß nicht zutreffenden Eindruck erwecken, als ob unsere doch sonst so tätige Kaufmannschaft in Marokko die Flinte ins Korn werfe und an weiteren Marokkogeschäften verzweifle. Ew. pp. wollen daher fortfahren, wie es bereits bisher in anerkennenswerter Weise von Ihnen geschehen ist, persönlich und durch die übrigen Kaiserlichen Beamten in Marokko im vorstehenden Sinne aufklärend zu wirken und darauf hinzuweisen, daß die Kaiserliche Regierung durchaus gewillt ist, unseren Interessenten die Wege zu ebnen und sie zu unterstützen, wofern sie nur selbst sich bemühen, die Verhältnisse auszunutzen. Ew. pp. Erwägung gebe ich auch anheim, ob es nicht angezeigt und möglich wäre, die dortigen Vertreter der „Vossischen" und „Kölnischen" Zeitung zu ersetzen. Diese Frage wird auch hier im Auge behalten werden.

Als besonders unerwünscht und dem neuen Einvernehmen, von dem wir Gutes hoffen dürfen, abträglich müßte es aber bezeichnet werden, wenn von deutscher Seite fortgefahren würde, gegen die Franzosen zu hetzen und ihnen bei jeder Gelegenheit die schwärzesten Pläne zuzuschreiben. Als Beispiel, wie hierbei verfahren wird, nenne ich die übertriebenen Meldungen über das Vordringen des Roghi gegen Fes, seine angebliche Unterstützung durch die Franzosen, die hierdurch Mulay Hafid in Schrecken versetzt und gefügig gemacht haben sollten, während der Kaiserliche Konsul in Fes meldet, daß man den Roghi dort durchaus nicht tragisch nehme.

Erste Vorbedingung dafür, daß das Abkommen die erhofften Früchte zeitigt, ist natürlich seine loyale Innehaltung durch beide Teile. Bei den hiesigen Verhandlungen haben beide Regierungen in dieser Hinsicht den besten Eindruck von ihrer Aufrichtigkeit gewonnen. Dementsprechend wird auch seitens der Organe der Kaiserlichen Regierung in Marokko — und soweit sie hierauf einen Einfluß auszuüben in der Lage sind, auch seitens der dortigen deutschen Privatpersonen — zu verfahren und peinlichst alles zu vermeiden sein, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als meinten wir es mit der Erfüllung des Abkommens nicht ehrlich und suchten trotz desselben den Franzosen auf Gebieten entgegenzuwirken, wo wir ihnen freie Hand zu lassen versprochen haben. Nicht berührt wird hierdurch die Pflicht der Kaiserlichen Vertretungen, über die Tätigkeit der Franzosen auch auf solchen Gebieten, soweit es sich um Tatsachen, nicht um unverbürgte Gerüchte handelt, weiter an das Auswärtige Amt zu berichten, da dieses nach wie vor über die Lage in Marokko unterrichtet bleiben muß. Bei der Sammlung von Material für diese Berichterstattung sind jedoch ebenfalls die vorstehenden Grundsätze zu beobachten.

Wir erwarten, daß auch die französische Regierung ihre Organe in Marokko zur loyalen Durchführung des Abkommens anweisen und die Befolgung ihrer Weisungen durchsetzen wird. Sollten seitens der Kaiser-

lichen Beamten in Marokko entgegengesetzte Beobachtungen gemacht werden, so sind diese zur Kenntnis des Auswärtigen Amts zu bringen, soweit sich die etwa entstehenden Schwierigkeiten nicht an Ort und Stelle ausgleichen lassen.

In letzterer Hinsicht bemerke ich, daß es dem Geiste des Abkommens entsprechen würde, wenn zwischen den Kaiserlichen und den französischen Behörden und Beamten in Marokko an Stelle des jetzt vielfach bestehenden persönlichen und sachlichen Gegensatzes ein freundschaftliches, vertrauensvolles und kollegiales Verhältnis treten könnte, das einer gemeinsamen Tätigkeit der beiderseitigen Interessenten in die Hände arbeiten würde. Ebenso wie dies seitens beider Regierungen angestrebt wird, muß von deren örtlichen Organen in Marokko versucht werden, durch offene Aussprache über die schwebenden Fragen deren Regelung zu fördern und sich, wo angängig und wo gemeinsame Interessen vorliegen, gegenseitig tunlichst zu unterstützen. Daß ein derartiges Hand in Hand Gehen keine Spitze gegen Angehörige dritter Staaten haben darf, ist selbstverständlich. Die Rechte dieser werden durch das neue Abkommen in keiner Weise berührt.

Was unser Verhältnis zu den Marokkanern, insbesondere zum Sultan Mulay Hafid und dessen Regierung betrifft, so werden wir trachten müssen, die freundschaftlichen Beziehungen, die bisher bestanden haben, im Interesse unseres Handels auch fernerhin zu erhalten. Wenn auch beim Sultan und einem Teile seines Volkes wohl zeitweise weitergehende Hoffnungen bestanden haben, den deutsch-französischen Gegensatz im politischen Interesse Marokkos auszunutzen, und wenn auch die Vernichtung dieser Hoffnungen durch das Abkommen eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen haben mag, so werden doch die Marokkaner nicht vergessen dürfen, daß lediglich die deutsche Intervention von 1905 und deren Folgen, namentlich die Algecirasakte, es verhindert haben, daß Marokko heute vollständig in französischen Händen ist. Auch wird Mulay Hafid nicht vergessen dürfen, daß er ohne die von Deutschland eingenommene Haltung heute schwerlich anerkannter Sultan von Marokko sein würde, ebenso wie die Schauiaexpedition sich ohne Deutschland kaum in dem verhältnismäßig engen Rahmen gehalten haben würde, indem sie sich abgespielt hat. Andererseits dürfen wir erwarten, daß sich beim Sultan und seinem Volke die Überzeugung Bahn brechen wird, daß bei einem Fortbestehen des bisherigen Gegensatzes auf die Dauer auch Marokko nichts zu gewinnen hatte, daß vielmehr die Beseitigung desselben einer ruhigen und gedeihlichen Entwicklung und Erschließung dieses Landes und damit auch der Schaffung von für den Sultan so wichtigen neuen und regelmäßigen finanziellen Hilfsquellen zugute kommen werde. Auch Mulay Hafid wird also bei der neuen Lage der Dinge seinen Vorteil finden können.

Im übrigen müssen wir uns klar darüber sein, daß ein gutes Einvernehmen mit Frankreich — abgesehen von seiner allgemein politischen Bedeutung — auch für unsere Interessen in Marokko ebenso wichtig ist

als unsere Beziehungen zum Sultan und den Marokkanern, und daß wir die Bedeutung dieser Beziehungen, ohne ihre Pflege deshalb zu vernachlässigen, auch nicht überschätzen dürfen.

Ew. pp. beehre ich mich zu ersuchen, sich die Ausführungen dieses Erlasses für Ihre weitere dienstliche Tätigkeit in Marokko zur Richtschnur zu nehmen. Bei Ew. pp. bewährtem Takt, Ihrer Erfahrung und Kenntnis der örtlichen Verhältnisse zweifle ich nicht daran, daß es Ihnen gelingen wird, sich der neuen Lage anzupassen und auch unter den veränderten Verhältnissen die Ihnen anvertrauten Interessen weiter mit Erfolg zu vertreten. Ich bitte, auch die Ihnen unterstellten Beamten der Kaiserlichen Gesandtschaft sowie die Vorsteher der Kaiserlichen Konsularämter, die Wahlkonsuln, unter Wahrung der nötigen Vorsicht im Sinne dieses Erlasses mit Weisungen zu versehen und ihnen deren genaue Befolgung einzuschärfen.

v. Schoen

Nr. 8500

Der Gesandte in Tanger Rosen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 68 Tanger, den 3. März 1909

Den hohen Erlaß vom 25. Februar des Jahres A 212*, in welchem Euere Durchlaucht mir Instruktionen bezüglich des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom 9. Februar erteilen, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und werde die in demselben enthaltenen Grundsätze auch fernerhin zur Richtschnur meiner hiesigen Tätigkeit nehmen. Euerer Durchlaucht ist aus meiner Berichterstattung bekannt, wie ich mich stets bemüht habe, auf einen vernünftigen modus vivendi mit den hiesigen Franzosen und namentlich auf gemeinsame wirtschaftliche Unternehmungen hinzuarbeiten. Wenn ich hierbei den deutschen Standpunkt nach Möglichkeit zu wahren getrachtet habe, so habe ich es doch andererseits niemals — soweit dies an mir lag — an weitgehenden Konzessionen fehlen lassen. Ich brauche nur an meine Haltung in Sachen der drahtlosen Telegraphie, des Sammelkanals und des Hafenbaus von Larasch zu erinnern. Es ist sehr zu hoffen, daß — nach Abschluß des Abkommens — nunmehr französischerseits ebenfalls einiges Entgegenkommen gezeigt werden wird; dann werden die günstigen Resultate nicht ausbleiben. Durch fortgesetzte Begünstigung der Bildung hiesiger internationaler — in der Hauptsache deutsch-französischer — Syndikate glaube ich einem Zusammengehen der wirtschaftlichen Interessen praktisch vorgearbeitet zu haben.

---

* Siehe Nr. 8499.

Als ein besonders günstiges Anzeichen ist es anzusehen, daß, wie Euere Durchlaucht mir in dem hochgeneigten Erlasse mitteilen, bereits Anzeichen dafür vorliegen, daß in den wirtschaftlichen Kreisen Deutschlands zu neuer und erhöhter wirtschaftlicher Betätigung in Marokko Geneigtheit vorhanden ist. Es ist dies natürlich die Voraussetzung für alle größeren deutschen Unternehmungen im Lande. Denn die hiesigen deutschen Kaufleute sind zur Beteiligung an öffentlichen Arbeiten ohne Hilfe des Heimatlandes nicht kapitalkräftig genug. Wenn aber erst einige größere Unternehmungen unter deutscher Beteiligung hier zur Wirklichkeit geworden oder mindestens gesichert sein werden, dann werden die Klagen der hiesigen Kaufleute — und auch die der Zeitungsschreiber — von selbst aufhören, wenigstens soweit der wirtschaftliche Gesichtspunkt in Frage kommt.

Was die Stellungnahme der hiesigen Deutschen zur politischen Seite des Abkommens betrifft, so glaube ich nicht, daß man billigerweise von ihnen erwarten kann, daß sie nach allem, was vorgefallen ist, sich mit einem Schlage in die neue Lage hineinfinden. Vielmehr glaube ich, daß auch hier die Zeit und die künftige Entwicklung der Dinge das ihrige tun müssen. Ich befürchte, daß eine zu weit gehende und übereifrige Beeinflussung hier mehr schaden als nützen würde. Auch kann diese Einwirkung, wie ich sie befohlenermaßen den Pressevertretern gegenüber angewandt habe, ja nur das Ziel erreichen, die Unzufriedenen zum Schweigen zu bringen. Sie zu überzeugen, ist mehr nötig. Am wenigsten würden Diskussionen hierzu führen. Auch hier wird viel mehr alles auf das Verhalten der Franzosen ankommen. Wenn die hiesige französische Vertretung sich in ihren Penetrationsbestrebungen etwas mehr Mäßigung auferlegt, wenn ihre Organe — namentlich die französischen Konsuln an der Küste — etwas weniger den Herrn spielen, wenn die französische Lokalpresse etwas weniger laut über den „diplomatischen Sieg" Frankreichs triumphiert, dann wird die Beruhigung der Gemüter die natürliche Folge sein. Denn dasjenige, was die Erregung bis jetzt wach gehalten hat, ist die allgemein — und nicht nur unter den Deutschen — verbreitete Ansicht, daß Frankreich seine in dem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen ebensowenig einhalten wird, wie es dieselben Verpflichtungen, die es bereits in Algeciras und zum Teil schon in dem englisch-französischen Abkommen vom 8. April 1904 übernommen hatte, eingehalten hat. Dieses Mißtrauen zu beseitigen, sind allein die Franzosen selbst imstande. Wenn ich auch bemüht bin — und wie ich glaube, nicht ohne Erfolg — zunächst für einige Zeit unliebsame Kritiken des Abkommens zurückzuhalten, so wird dies auf die Dauer nur dann möglich sein, wenn französischerseits mit dem bisherigen System gebrochen wird und die internationalen Bedingungen etwas mehr beobachtet werden. Vor allem wird es darauf ankommen, daß die Zustände der „politique de Rabat", das heißt der Zeit, als Mulay Abdul Asis sich ganz in die Hände des Herrn Regnault begeben hatte, sich nicht wiederholen. Jener Zustand war de facto ein französisches Protektorat, was sich be-

sonders dadurch dokumentierte, daß alle Stellen mit französischen Protégés besetzt wurden, und daß die Korrespondenz des Machsen mit den anderen Gesandtschaften durch die französische Gesandtschaft diktiert wurde, das heißt daß eine Gesandtschaft, welche an das Machsen schrieb, von diesem in Wirklichkeit die ins Arabische übersetzte Antwort des französischen Gesandten erhielt. Da unter diesem Zustande auch die Privatinteressen der hiesigen Deutschen viel zu leiden hatten, ist es zu hoffen, daß die neuen Instruktionen Herrn Regnault ein etwas langsameres Tempo vorschreiben. Dies würde mehr als alles andere den Klagen in der Presse die Nahrung entziehen. Daß deutscherseits, nicht nur seitens der amtlichen Organe, sondern im großen und ganzen auch von den Privatpersonen das Abkommen seinem Inhalte und seiner Tendenz nach auf das peinlichste eingehalten wird, dafür glaube ich Euerer Durchlaucht gegenüber die Garantie übernehmen zu können. pp.*

Rosen

* Der Schluß des Berichts betrifft die Behandlung der Presse im einzelnen.